

# **Funktionen und Folgen politischer Grenzen in der Weltgesellschaft**

Inauguraldissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie  
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von  
Jochen Kleinschmidt  
aus Dortmund

2013

Erstgutachter: Privatdozent Dr. Christian Schwaabe  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Karsten Fischer  
Drittgutachter: Prof. Dr. Bernhard Zangl  
Tag der mündlichen Prüfung: 27.01.2014

# Inhalt

1. Einleitung .....	5
1.1 Ausgangspunkt: Die Territorialisierung des Raums in der Politikwissenschaft .....	5
1.2 Problemformulierung: Vom Territorium zum Raumbegriff .....	23
1.3 Vorgehensweise: Eine metatheoretische Rekonstruktion politischer Räume .....	49
2. Zur Problematik des Raumbegriffs .....	60
2.1 Räumliche Unterscheidungen .....	60
2.1.1 Alltagsnahe Binarisierungen und das Problem des Containerraums .....	60
2.1.2 Binarisierung von Raum und Zeit .....	72
2.1.3 Systemtheoretische Begriffsbildung I: Gesellschaftsexterner Raum .....	81
2.1.4 Systemtheoretische Begriffsbildung II: Gesellschaftsinterner Raum .....	92
2.2 Zur Beobachtung räumlicher Beobachtungen .....	117
2.2.1 Raum als Form und Medium .....	117
2.2.2 Raum als Parasit sozialer Systeme .....	133
2.2.3 Materieller und virtueller Raum .....	140
2.2.4 Deterministischer und voluntaristischer Raum .....	142
2.2.5 Chorologischer und rhizomatischer Raum .....	145
2.2.6 Absoluter und relationaler Raum .....	149
2.3 Raumsemantiken und Sozialstruktur .....	155
2.3.1 Raum als Struktur und Semantik .....	155
2.3.2 Raumsemantiken und sozialstrukturelle Differenzierung .....	157
3. Politische Raumsemantiken .....	168
3.1 Geographie und Geodeterminismus in der politischen Ideengeschichte .....	168
3.1.1 Kontinuität oder Historizität? Politische Raumsemantiken seit der Antike .....	168
3.1.2 Ibn Khaldūns <i>Muqaddimah</i> : Politische Geographie im raumlosen Mittelalter? ..	174
3.1.3 Montesquieu: Klimatheorie und neuzeitlicher Geodeterminismus .....	179
3.1.4 Kant, Herder, und die Entdeckung der Globalität .....	193
3.2 Politische Geographie, Geopolitik und Staatsorganizismus .....	199
3.2.1 Geopolitik als Leitsemantik politischer Raumbeschreibung? .....	199
3.2.2 Maritime Geopolitik und liberaler Modernismus .....	210
3.2.3 Kontinentale Geopolitik und reaktionärer Modernismus .....	240
3.3 Deterritorialisierung und Atopizität .....	264
3.4 Kritische Geopolitik .....	272
3.5 Zur Beobachtung politischer Raumsemantiken .....	285

4. Räumliche Formen als parasitäre Codierung der Macht .....	290
4.1 Zur Operation räumlicher Formen im Medium der Macht .....	290
4.2 Territoriale Formen .....	295
4.4 Hegemoniale Formen .....	297
4.5 Exkludierende Formen .....	299
5. Fazit: Politische Räume als fraktales Ensemble .....	301
Literatur .....	303
Abbildungsverzeichnis .....	357

*“Susie, one of the world’s longest borders on earth is right here  
between your country and mine. An open border.  
Fourteen hundred miles without a single machine gun in place.  
Yeah, I suppose that all sounds very corny to you.”*

Charlton Heston in *Touch of Evil* (1958)

# 1. Einleitung

## 1.1 Ausgangspunkt: Die Territorialisierung des Raums in der Politikwissenschaft

Räumliche Abgrenzungen sind in der alltagsweltlichen Betrachtung politischer Vorgänge weit verbreitet und tendenziell metaphorischer Art. Ob eine politische Entscheidung in der Hauptstadt einer Weltmacht oder in einem Andendorf, auf einem Rednerpodium im Parlament oder im nahezu sprichwörtlichen, wenn auch mittlerweile wahrscheinlich rauchfreien Hinterzimmer diskutiert wird – ihre räumliche Verortung enthält eine Information über die anzunehmende Relevanz der Diskussion. Gleiches gilt für analoge Verräumlichungen prinzipiell aller Lebensbereiche: Findet ein beliebiges Gespräch auf dem Börsenparkett, in einem Hörsaal, einem Beichtstuhl, auf einer Polizeiwache, im Gerichtssaal oder einer Eckkneipe statt, werden je nach Schauplatz den Gesprächsteilnehmern unterschiedliche Interessen und Motivationen unterstellt werden, es werden andere Anschlussmöglichkeiten für Kommunikation angenommen, es gelten andere Kriterien für die Relevanz des Gesagten. Diese durch räumliche Verortung implizierten Relevanzannahmen erscheinen aber als so offensichtlich und allgemeinverständlich, dass sie kaum weitergehende theoretische Aufmerksamkeit zu verdienen scheinen.

Ähnlich ergeht es räumlichen Differenzierungen bisweilen in der Politikwissenschaft (Agnew 1994: 55). Die hier nach wie vor fast immer begrifflich der Beobachtung zugrunde liegende Figur ist die der territorialen Staatsgrenze – sei es im Kontext einer „Verstaatlichung des Politikbegriffs“ in der Staatsrechtslehre und frühen Politikwissenschaft der klassischen Moderne oder später in Theorien eines dezisionistischen „Dualismus von Staat und Politik“ bis hin zu den Globalisierungs- und Entstaatlichungstheoremen der 1990er Jahre (Voigt 2007: 261): Das mit eindeutigen Grenzen definierte Staatsgebiet wird als Normalfall der Verräumlichung von Politik in zahllosen Varianten der politikwissenschaftlichen Theoriebildung mitgeführt – tendenziell wird dieser Normalfall dabei aber eher vorausgesetzt als analysiert. Er findet immer noch seine implizite oder explizite Grundlage in Anlehnung an oder Abgrenzung von der Trias der *Allgemeinen Staatslehre* von Georg Jellinek, der den Kern seiner Drei-Elemente-Lehre im Bezug auf das räumliche Element folgendermaßen formulierte:

„Das Land, auf welchem der staatliche Verband sich erhebt, bezeichnet seiner rechtlichen Seite nach den Raum, auf dem die Staatsgewalt ihre spezifische Tätigkeit, die des Herrschens, entfalten kann. In diesem rechtlichen Sinne wird das Land als Gebiet bezeichnet. Die rechtliche Bedeutung des

Gebietes äußert sich in doppelter Weise: negativ dadurch, daß jeder anderen, dem Staate nicht unterworfenen Macht es untersagt ist, ohne ausdrückliche Erlaubnis von Seiten des Staates Herrschaft zu üben; positiv dadurch, daß alle auf dem Gebiete befindlichen Personen der Staatsherrschaft unterworfen sind. [...] Die Notwendigkeit eines abgegrenzten Gebietes für Dasein des Staates ist erst in neuester Zeit erkannt worden. Die antike Staatslehre faßt den Staat als Bürgergemeinde auf, dessen Identität nicht notwendig mit deren Wohnsitz verknüpft ist. Keine der uns aus dem Altertum überlieferten Staatsdefinitionen erwähnen des Staatsgebietes. Unter dem Einfluß der Antike hat aber auch die neuere Staatslehre zunächst nur das persönliche Element des Staates in Betracht gezogen, daher auch keine Staatsdefinition vom 16. bis ins 19. Jahrhundert hinein etwas von einem dem Staate wesentlichen festen Gebiet weiß.“ (Jellinek 1914: 394f)

Jellinek nahm also bei seiner klassisch gewordenen Darlegung des Zusammenhangs von Politik und Raum eine eindeutige, binäre Trennung von Innen und Außen im Rahmen einer durch kartographisch demarkierte räumliche Grenzen geschaffenen staatlichen Territorialität vor. Gleichzeitig aber traf er wichtige, das territoriale Modell spezifizierende Unterscheidungen, die heute bei der meist impliziten Übernahme oder Kritik seines Modells meist entfallen: So wird die strikte Unterscheidung von Innen und Außen ausdrücklich als *rechtliche* Normierung gekennzeichnet – mithin als eine normative Erwartung gegenüber politischen Systemen, die nicht notwendigerweise ständig oder auch nur regelmäßig der auffindlichen Realität entsprechen muss, auch wenn sie im Hinblick auf die zeitliche Verstetigung derartiger Erwartungshaltungen sehr wohl strukturelle Bedeutung erlangen kann und nicht eine reine Wunschvorstellung darstellt (Luhmann 1993: 126). Gegenüber Jellineks Konzeption wechseln spätere Interpretationen staatlicher Territorialität sowohl die Systemreferenz – von einer explizit rechtlich verstandenen zu einer politischen oder gar gesamtgesellschaftlichen Unterscheidung – wie auch die Erwartungshaltung, die anstelle einer Norm nunmehr eine kognitiv erwartete Realität tatsächlicher politischer Kontrolle voraussetzt (vgl. auch Onuf 1998: 120).

Letztere Unterscheidung nicht zur Kenntnis zu nehmen hieße, entweder eine uneingeschränkte „Normativität des Faktischen“ oder aber eine reine „Kontrafaktizität des Normativen“ zu konstatieren – beides „Extrempositionen“, die in den staatsrechtlichen Theoriediskussionen der Weimarer Republik mit den Namen von Carl Schmitt beziehungsweise Hans Kelsen verknüpft waren (Fischer-Lescano/Liste 2005: 211). Kontemporären politiktheoretischen und rechtssoziologischen Vorstellungen werden sie sicherlich nicht mehr gerecht, eine rigide Hierarchisierung von Recht und Politik in welcher Rangfolge auch immer – außerhalb vielleicht von rhetorischen Appellen in Politik und

Zivilgesellschaft – erschiene als zumindest antiquiert. Aber auch Jellinek als Vertreter des Rechtspositivismus war eine absolute, transdisziplinäre Gültigkeit seines Territorialmodells fremd, vielmehr legte er großen Wert auf die Feststellung, nicht „von einer juristischen Methode der gesamten Staatswissenschaft“ auszugehen, vielmehr wollte er „am Staate nur erfassen, was rechtlicher Natur ist“ (Jellinek 1914: 74). Anderen Disziplinen wie unter anderem „der *physikalischen* und *politischen Geographie*“ wie auch verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen käme die Konstruktion eigener Raummodelle des Staates gemäß ihren eigenen Relevanzkriterien zu (ebd.: 76; 84).

Darüber hinaus wird die territoriale Normierung der Politik explizit an die Epoche der Moderne gebunden, sie wird als historisch bedingte Setzung gefasst. Offensichtlich ging es bei der territorialen Auffassung des Staates nicht um eine Universaltheorie der politischen Existenz an sich, sondern um ein sachlich und zeitlich in seiner Reichweite klar beschränktes Modell.<sup>1</sup> Eben dieses Modell dient aber bis in die Gegenwart als Paradigma für die große Mehrzahl der räumlichen Betrachtungen des Forschungsgegenstandes in der Politikwissenschaft – und zwar in positiver wie negativer Hinsicht. Wohl am bekanntesten und einflussreichsten war und ist Max Webers Definition:

„*Politischer* Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen *Gebiets* kontinuierlich durch Anwendung und Androhung *physischen* Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden. *Staat* soll ein politischer *Anstaltsbetrieb* heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das *Monopol legitimen* physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“ (Weber 1984: 91)

Dies stellt gegenüber der Rechtslehre Jellineks bereits eine erhebliche Erweiterung dar: Das Staatsgebiet bezeichnet nicht mehr nur einen juristischen Geltungsanspruch, sondern die regelmäßige räumliche Strukturierung des operativen Vollzugs politischer Herrschaft. Von einer normativen Erwartung der Gültigkeit von Herrschaftsansprüchen wird gewechselt zu

---

<sup>1</sup> Und zwar um ein Modell, welches auch zu seiner Zeit durchaus noch staatsrechtstheoretische Konkurrenz hatte – etwa in der Vorstellung einer ausschließlich im Personenverband begründeten Staatlichkeit, die über das räumliche Staatsgebiet lediglich in einer dem privaten Eigentum an Grundstücken analogen Weise verfüge (Jellinek 1914: 398). Dies entspräche der Einführung früher, vielleicht als *prototerritorial* einzustufender Vorstellungen der politischen Räumlichkeit etwa bei Jean Bodin, wo die prinzipielle Ausformung der Grenze des souveränen Staates noch über dessen Umfassung von Haushalten beschrieben wurde (vgl. Behr 2004: 59). Auch der Völkerrechtler und Philosoph der Aufklärung Emmerich de Vattel, dessen Werk oft als grundlegend für moderne Vorstellungen von Territorialität gilt (z.B. Onuf 1998: 120) und der diesen Begriff auch verwendete, verstand unter einem Territorium noch eine Form öffentlichen Kollektivbesitzes an Land durch einen Staat als Personenverband (Vattel 1805: 158f), nicht eine der Staatlichkeit stets bereits inhärente Eigenschaft. Auf diese Differenz wird noch zurückzukommen sein.



einer kognitiven Erwartung deren tatsächlicher erfolgreicher Durchsetzung. Darüber hinaus wird das Territorialitätsprinzip nicht auf den modernen Staat beschränkt, sondern jegliche Art politischer Organisation, die über rein personale Herrschaft hinausgeht, muss gebietsmäßig organisiert sein – der Leitsatz der Staatstheorie nach Weber lautet: „No territory, no state (Wendt 1999: 211).

Nachfolgende Überlegungen dehnten das Territorialitätskonzept weiter, indem als die für die Moderne maßgebliche Gesellschaftsformation die ebenfalls durch territoriale Grenzen umschlossene „nationalstaatlich verfasste Gesellschaft“ angenommen wurde (Schroer 2006: 19), das Konzept also von der Staatstheorie auf die Gesellschaftstheorie ausgeweitet wurde. In dieser Territorialgesellschaft wurden dann „diverse, zum Beispiel ethnische, sprachliche, steuerliche, wirtschaftliche und zuweilen sogar konfessionelle Räume“ über das Element der Staatsgrenze zu einer homogenen räumlichen Einheit zusammengefasst (Huhnholz 2012: 190). Schließlich wurde die Innen/Außen-Unterscheidung Jellineks – dies insbesondere in klassischen Texten der Internationalen Beziehungen (z.B. Morgenthau 1993: 254), deren Autoren daher später auch großen Anteil an der kritischen Relativierung dieser Unterscheidung hatten – in Gestalt des „Westphalian system“ uneingeschränkt souveräner Territorialstaaten dann auch auf der Zeitachse weit in die Vergangenheit, meistens auf die europäische Welt ab dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, projiziert. Spätestens bei solchen Extensionen wurden aber auch schnell die Grenzen der Plausibilität überschritten, etwa dann, wenn das territoriale Ordnungsmodell auf das antike Griechenland oder das Italien der Renaissance übertragen wurde (vgl. Agnew 1994: 65).

Tatsächlich wurde im Westfälischen Frieden lediglich eine Reihe von Übereinkünften über die interne Organisation des Heiligen Römischen Reichs getroffen, die zudem mit modernen Vorstellungen staatlicher Territorialität kaum zu vereinbaren sind. Bereits die Tatsache, dass verschiedene Studien die Zahl der auf dem Gebiet des Reichs etablierten ‚territorialen‘ Einheiten zwischen 300 und 2500 angeben, demonstriert die im Westfälischen Frieden noch fehlende, aber für die moderne Territorialität konstitutive Eindeutigkeit der räumlichen Zuordnung politischer Macht (Osiander 2001: 270f). Allenfalls könnte man einige Aspekte der Verträge als Inspirationsquelle für die weitaus spätere Entstehung der Vorstellung souveräner Territorialität als normativem Konzept betrachten (vgl. Bobbitt 2002: 514). Der in den Verträgen tatsächlich verwendete Rechtsbegriff der „Landeshoheit“ hatte – trotz der rein semantischen Nähe, die gerade im Englischen oft zu Fehlübersetzungen als „territorial sovereignty“ führt – eine aus heutiger Sicht der souveränen, territorialen Staatlichkeit eher widersprechende Bedeutung. Sie bezeichnete nämlich das Recht *und* die Verpflichtung von

Fürsten zur personalen Herrschaft nach gemeinsamen reichsweiten Regeln, die ihre Handlungsfreiheit sowohl gegenüber ihren Untertanen als auch gegenüber dem Kaiser beträchtlich einschränkten – und zwar wohlgerne in Ländereien, die noch keineswegs kartographisch eindeutig demarkiert und zudem durch vielfach verschachtelte Statusdifferenzen innerhalb und zwischen ihnen gekennzeichnet waren (Osiander 2001: 272). Überhaupt wäre es fast unmöglich, eine Epoche zu nennen, in der diese souveräne staatliche Territorialität etwas anderes gewesen wäre als ein nur in Teilen und rudimentär verwirklichtes sowie politisch umstrittenes Ideal. Dementsprechend kommt eine Untersuchung der heutigen Konzeption souveräner, territorialer Staatlichkeit zu dem Ergebnis, dass es sich in empirischer Hinsicht letztendlich um eine, wenn auch sicherlich als Simplifikation komplexer Sachverhalte fungible, Schimäre handele:

„The Westphalian sovereign state model, based on the principles of autonomy, territory, mutual recognition and control, offers a simple, arresting, and elegant image. It orders the mind of policymakers. It is an analytic assumption for neo-realism and neo-liberal institutionalism. It is an empirical regularity for various sociological and constructivist theories of international politics. It is a benchmark for observers who claim an erosion of sovereignty in the contemporary world. [...] In fact, the Peace of Westphalia itself had almost nothing to do with what has come to be termed the Westphalian system [...]. There has never been some golden age for sovereignty. The sovereign state model has always been a cognitive script; its basic rules are widely understood but also frequently violated.“ (Krasner 2001: 17)

Angesichts dieser Erkenntnisse mag es verwundern, dass der Großteil in der kontemporären Politikwissenschaft gängigen Ansätze zur Beschreibung ihres Gegenstands in räumlichen Begriffen eben diese als etatistisch oder territorialistisch zu bezeichnende Semantik zum epistemischen Ausgangspunkt im Sinne einer vorausgesetzten, empirisch oder theoretisch zu fassenden Normalität machen. Dies kommt etwa im *Lexikon der Politikwissenschaft* (Nohlen/Schultze 2010) zum Ausdruck, in dem unter dem Stichwort „*Gebiet/Gebietsreform*“ eine Jellinek fast exakt entsprechende Definition vorgenommen wird – ein „abgegrenztes Territorium, über das sich Befehlsgewalt erstreckt. Dies impliziert primär den staatl. Hoheitsbereich, aber auch kleinere territoriale Einheiten“ (Rausch 2010: 292). Gleiches gilt für die „*Territorialität*“, unter dem die begriffliche Hegemonie des von der juristischen Norm zum empirischen Begriff gewandelten Raumkonzepts über dessen Infragestellung durch „Globalisierung“ noch gestärkt wird (Rausch 2010a: 1087). Diese fortgesetzte Dominanz des binären territorialen Modells hat nach Ansicht von Kritikern aber zu einer relativen

Unfruchtbarkeit von Raum- und Grenzbegriffen in der Politikwissenschaft geführt. Die politikwissenschaftliche Umsetzung räumlicher Begriffe setze diese von vornherein mit territorialen Formen gleich und verhindere somit alternative Konzeptionen:

„So werden die den nationalstaatlichen Grenzen zugeschriebenen Funktionen als jeder Territoriums- und Raumkonstitution vorgängig und zugrunde liegend angenommen, da sie die unabdingbaren Bedingungen bilden, damit ein politischer Raum überhaupt entstehen kann. Die Selbstverständlichkeit dieser Annahme führte in der Vergangenheit paradoxerweise dazu, dass sie in den wissenschaftlichen Konzeptionen von Raum und Territorialität nicht explizit thematisiert wurden. Erst in den letzten Jahren, als die Selbstverständlichkeit nationaler Grenzen und ihrer Funktionen im Zuge transnationaler Politikprozesse in Frage gestellt wurde, scheint diese Selbstverständlichkeit, da sie wegbricht, bewusst und vornehmlich unter dem Topos der ‚Entgrenzung‘ auch diskutiert zu werden.“ (Behr 2004: 115)

Die hier beschriebene Vernachlässigung des Raumbegriffs trifft zumindest auf den überwiegenden Großteil der politikwissenschaftlichen Theoriebildung zu, der sich nicht ausdrücklich als politikgeographisch oder in anderer Weise raumtheoretisch ambitioniert versteht. Die weitgehende Nichtbeachtung wird nur selten explizit thematisiert oder auch nur sichtbar, da – wie in den Modellen von Jellinek oder Weber – der Raum unter den Begriff des Staats subsumiert werden kann. Ein großer Teil der politikwissenschaftlichen Kritik am binären Raummodell dürfte somit als Kritik der klassisch-modernen Staatsvorstellung in Erscheinung treten und muss nicht einmal notwendigerweise in räumlichen Begriffen formuliert sein. Diese Kritik ist verschiedentlich auf die Idee des Staatsgebiets als Norm oder auf seine empirische Plausibilität bezogen. Auch die Infragestellung der Gültigkeit dieses territorialen Modells der Staatlichkeit als empirischer Annahme setzt aber generell voraus, dass dieses zuvor eine adäquate Realitätsbeschreibung darstellte.

Wenn man als Mindestvoraussetzung des Vorliegens einer solchen zumindest primär territorial organisierten politischen Raumordnung „ein innerstaatliches Gewalt- und zwischenstaatliches Kriegführungsmonopol als regelhaftes Regime“ annimmt (Huhnholz 2012: 192) – also Webers Gewaltmonopol mit der anarchischen, ‚westfälischen‘ Staatenwelt der Internationalen Beziehungen zu einer räumlichen Grundordnung der modernen Politik kombiniert – besteht die Gefahr der Erwartungsenttäuschung: Zwar wurden sicherlich die vernichtendsten Gewaltkonflikte der modernen Geschichte in Gestalt der beiden Weltkriege von Staaten geführt, die plausibel als dem Weberschen Modell des Gewaltmonopols recht nahekommend beschrieben werden könnten (Münkler 2003: 200). Andererseits werden

ausgerechnet die maßgeblichen Protagonisten des zweiten Weltkriegs, gleichzeitig Urheber der Ermordung von Millionen von Menschen in von ihnen beherrschten Gebieten – also insbesondere das nationalsozialistische Deutschland, das militaristische Japan wie auch die stalinistische Sowjetunion – auch als „Reichsstaaten“ beschrieben, deren ungeheure Gewaltbereitschaft gerade auf die Negation des politischen Herrschaft im Allgemeinen und Gewaltausübung im Besonderen einhegenden und verregelnden territorialen Modells zurückzuführen sei (Ferguson 2006: 599; 809f).

Gesellschaftstheoretische Überlegungen hingegen sehen diese totalen Staaten als Ergebnisse einer „kriegsgesellschaftlichen Transformation“, die über bürokratische Zwangsmobilisierung aller erdenklichen Ressourcen zur Überwindung gegenwärtiger oder zukünftiger militärischer Gegner diejenigen Prozesse erst in Gang setze, die staatliche Territorialität von einem normativen juristischen Konzept zur empirischen Realität der nahezu vollständigen politischen Durchdringung des Staatsgebiets mit militärischen und militärindustriellen Verwaltungs-, Kontroll- und Erzwingungsmaßnahmen werden lassen (Kruse 2009: 212). Es wäre dann vermutlich kein Zufall, dass das Staatsgebiet als raumbegrifflicher Dreh- und Angelpunkt der Politik- und Staatstheorie in einer Epoche aufkam, in der diese Militarisierung der Politik und die daraus folgende durchgreifende Politisierung des Raums bereits deutlich beobachtbare Formen annahm.

Das Personalausweis- und Reisepasswesen etwa wurde vor dem Ersten Weltkrieg allgemein als nur noch in manchen Ländern beachteter Anachronismus betrachtet, der dem Reiseverkehr und Handel im Weg stünde; selbst nach Kriegsbeginn wurde die (Wieder-)Einführung dieser Kontrollmechanismen der Bewegung von In- und Ausländern zunächst als temporäre, nur durch außergewöhnliche kriegsbedingte Notwendigkeiten zu rechtfertigende Maßnahme beschrieben (Torpey 2001: 256f). Was heute als selbstverständliche Normalität der modernen Staatlichkeit erscheint, könnte in einer alternativen Sichtweise auch als Ausnahme von einer vorherigen, eine ‚eigentliche‘ Moderne repräsentierende Raumordnung gewertet werden – Globalisierungs- oder Entgrenzungssphänomene wie die teilweise Abschaffung von Pass- und Visumpflichten in Europa oder Südamerika wären dann eine allmähliche Rückkehr zur Normalität und keineswegs eine sensationelle Neuerung. Einem Zeitgenossen Jellineks und Webers, dem bekannten Ökonomen John Maynard Keynes, erschien die Situation Europas vor dem Ersten Weltkrieg entsprechend:

„The inhabitant of London could order by telephone, sipping his morning tea in bed, the various products of the whole earth, in such quantity as he might see fit, and reasonably expect their early delivery upon his doorstep; he could at the same moment and by the same means adventure his

wealth in the natural resources and new enterprises of any quarter of the world, and share, without exertion or even trouble, in their prospective fruits and advantages; or he could decide to couple the security of his fortunes with the good faith of the townspeople of any substantial municipality in any continent that fancy or information might recommend. He could secure forthwith, if he wished it, cheap and comfortable means of transit to any country or climate without passport or other formality, could despatch his servant to the neighboring office of a bank for such supply of the precious metals as might seem convenient, and could then proceed abroad to foreign quarters, without knowledge of their religion, language, or customs, bearing coined wealth upon his person, and would consider himself greatly aggrieved and much surprised at the least interference. But, most important of all, he regarded this state of affairs, as normal, certain, and permanent, except in the direction of further improvement, and any deviation from it as aberrant, scandalous, and avoidable. The projects and politics of militarism and imperialism, of racial and cultural rivalries, of monopolies, restrictions, and exclusion, which were to play the serpent to this paradise, were little more than the amusements of his daily newspaper, and appeared to exercise almost no influence at all on the ordinary course of social and economic life, the internationalization of which was nearly complete in practice.“ (Keynes 1920: 11f)

Die Welt war für Keynes' fiktiven Vorkriegslondoner also – bis auf einige technologische Detailpunkte – bereits ebenso „flach“ wie für manchen Globalisierungsenthusiasten des frühen 21. Jahrhunderts (Friedman 2008: 17f). Ein annähernd linearer Verlauf der räumlichen Entwicklung moderner politischer Strukturen von einer klassisch-modernen, völlig verstaatlichten und territorialisierten hin zu einer weitgehend entstaatlichten und somit entgrenzten Phase, wie sie in aktuellen politikwissenschaftlichen Arbeiten immer wieder angedeutet wird (z.B. Freudenberg 2008: 148-152; siehe Kap. 3.3), erscheint demgegenüber als überaus zweifelhaft. Die Kontingenz potenzieller Raumbeschreibungen des Politischen wurde und wird durch die unbedingte Identifikation des Raumbegriffs mit dem nationalen Territorium verdeckt.

Diese wäre aber auch bereits den Zeitgenossen Jellineks und Webers womöglich als seltsam erschienen, da sie in ihrer Epoche andere, territorialen Grenzen an struktureller Bedeutung nicht oder kaum nachstehende Formen politischer Raumordnungen kannten. Primär wäre sicherlich die Unterscheidung von Kolonien und Kolonialmächten zu nennen – „Kolonien sind staatsrechtlich Ausland, völkerrechtlich Inland“ (Schmitt 2010: 15) und somit eine mögliche Ausnahme von einer angenommenen ausschließlich territorialen Ordnung (vgl. auch Jellinek 1914: 750; s.u.). Daher muss selbst die annähernd universale Akzeptanz der souveränen Territorialität als allgemeiner rechtlicher Normierung politischer Existenz

möglicherweise in die Epoche der Dekolonialisierung *nach* dem Zweiten Weltkrieg datiert werden (vgl. Stichweh 2007: 27).<sup>2</sup>

In dieser wurde sie als solche aber *politisch* bereits wieder durch die Orientierung an Raumordnungen wie der Unterscheidung von Erster, Zweiter und Dritter Welt sowie vor allem durch die Strukturierung von Staatlichkeit durch die Funktionsweise der nach ihrer jeweils dominanten Ideologie unterschiedenen östlichen und westlichen Blöcke konditioniert – man denke etwa an die „Breschnew-Doktrin“ als explizite Negation staatlicher Souveränität im Ostblock (Stöver 2007: 75) oder an die wesentlich subtileren, aber dennoch entscheidenden Eingriffe der westlichen Mächte in innenpolitische Konflikte nominell unabhängiger Bündnispartner wie Griechenland oder Italien (ebd.: 52). Diesen Blöcken könnte daher in mancher Hinsicht eher die Eigenschaft souveräner Staatlichkeit zuerkannt werden als ihren Komponenten:

„National state entities were penetrated by the international organizations of the Western state and adapted accordingly, finding new roles in pressing redefined, chiefly economic, national interests within their frameworks. We can analyse the development, therefore, of *a new form of state: the national and international bloc-state*. The Western state was a largely successful example of this form, rooted in the social relations which produced national economic, welfare and democratic legitimacy as well as international, collective security. The Soviet bloc-state was a much less credible, and ultimately unsuccessful, example of this form. [...] The states of eastern and central Europe, including eastern Germany, had Soviet-type regimes forced upon them through the Yalta agreements, Soviet occupation and political manipulation, with modest or minimal popular support.“ (Shaw 2000: 128)

In der sowjetischen Einflussphäre wurde über die faktische Möglichkeit zur Durchbrechung territorialer Prinzipien hinaus auch die völkerrechtliche Ermächtigung zu Interventionen der Hegemonialmacht vorgenommen, in der DDR erhielt sie gar Verfassungsrang (Meissner 1984: 64f). Nach den weberschen Kriterien des Gewaltmonopols erscheint eine solche Beobachtung von Staatsqualitäten der westlichen und östlichen Blöcke zumindest im Bezug

---

<sup>2</sup> Mit der Territorialität als Rechtsnorm wird hier nur die generelle normative Erwartung bezeichnet, dass Staaten mit gebietsmäßiger Organisation die maßgeblichen Einheiten sind, innerhalb derer kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden, und dass diese die maßgeblichen politischen Adressen zur Kommunikation mit den jeweiligen Kollektiven darstellen (vgl. Schirmer 2007: 140f). Sie ist nicht zu verwechseln mit der wesentlich anspruchsvolleren Norm der *territorialen Integrität*, die darüber hinaus noch die Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit staatlicher Grenzen durch militärische Gewalt oder andere einseitige Eingriffe fordert, diese wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt formuliert und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich durch (Zacher 2001: 236f). Der universelle Anspruch auf territoriale Integrität ist aber bis heute zahlreichen konkurrierenden Rechtsansprüchen wie etwa der Schutzverantwortung und entsprechenden Interventionsrechten ausgesetzt (vgl. Bonacker 2007: 32f).

auf die Hochphase des Kalten Krieges als durchaus angemessen – ohne dass untergeordnete Einheiten ihre eigenständige Staatlichkeit dadurch vollständig einbüßen mussten. Territorialität und Souveränität waren zumindest auf zwei verschiedenen Maßstabsebenen zu beobachten, das Kriterium der Ausschließlichkeit damit nicht mehr erfüllt. Es wird deutlich, dass theoretisch gehaltvolle Beschreibungen politischer Räumlichkeit sich nicht auf die Beobachtung im Rahmen einer singulären Innen/Außen-Unterscheidung beschränken können. Allzu oft verbleiben Aussagen zur Territorialität in der Affirmation oder Negation dieser Norm oder ihr entsprechender empirischer Annahmen. Die politikwissenschaftliche Kritik am territorialen Staats- und Politikmodell setzt typischerweise voraus, dass dieses Modell in der Tat die in der Moderne allein maßgebliche räumliche Ordnung politischer Machtausübung gewesen sei, die sich gegen konkurrierende Modelle wie Stadtstaaten oder Städtebünde wie die Hanse nahezu vollständig durchgesetzt habe (Ruggie 1993: 167).

Aus dieser Annahme einer homogen territorialen politischen Raumordnung folgt dann meist unmittelbar, dass jegliche diesem Primat widersprechende Empirie einen vollständigen Bruch mit bisherigen territorialen Formen darstellen müsste – etwa in Gestalt einer „Rückkehr des Mittelalters“ oder einer globalen „Weltinnenpolitik“ (Hoch 2002: 33). Dementsprechend häufig wurde die staatlich-territoriale Ordnung der Politik denn auch schon endgültig verabschiedet. Dies geschah nicht erst in der Globalisierungsdebatte der 1990er Jahre, in der wahlweise globale wirtschaftliche oder parochiale ethno-nationalistische Tendenzen das Ende des Territorialstaats herbeiführen sollten (vgl. Drezner 1997), sondern bereits zu dessen heute im Rückblick so betrachteten Blütezeit – etwa im Rahmen der Erweiterung des territorialen Prinzips auf heterogene, imperiale Raumkonstrukte in der Großraumtheorie von Carl Schmitt (1994: 352) oder der Verkündung der Obsoleszenz territorialer Schutzfunktionen wegen der globalen Reichweite von nuklear bestückten ballistischen Raketen durch John Herz (1957: 473).

Diese Prognosen fügen sich ein in eine ganze Reihe von heute reichlich verfrüht erscheinenden „endist“ theories“ nach dem Ende des Kalten Krieges, in denen neben der territorialen Ordnung teils auch der Staat, der Krieg, die Geschichte und weitere zentrale Konzepte der politischen und ideengeschichtlichen Semantik übereilt verabschiedet wurden (Agnew/Muscarà 2012: 165). Für das Territorium als Konzept ist sein unmittelbar bevorstehender Bedeutungsverlust allerdings geradezu permanente Begleiterscheinung seiner semantischen Karriere. Gegenwärtig scheint der Trend wieder in die entgegengesetzte Richtung zu gehen – die Vorstellung einer politischen Entgrenzung durch wirtschaftliche Globalisierung weicht im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise dem Befund eines

Wiedererstarkens staatlich-souveräner territorialer Abgrenzungen und Regelungsbefugnisse (Burrows/Harris 2009: 31). Das entspräche wiederum einer Dialektik von „deterritorialization and reterritorialization“ (Ó Tuathail/Luke 1994: 382), innerhalb der durch die Infragestellung gebietsförmiger Machtverhältnisse im Erfolgsfall wieder neue, aber ebenfalls gebietsförmig organisierte Machtverhältnisse in Übereinstimmung mit neuen Prinzipien oder Interessen organisiert werden. Diese rekursive Verknüpfung von „Deterritorialisierung“ und „Reterritorialisierung“ stammt ursprünglich aus *Tausend Plateaus* (Deleuze/Guattari 1992: 77) und bezeichnet dort in psychoanalytischem Kontext die De- und Rekontextualisierung von Sinnbeständen, „die Auflösung einer Assoziation und der Beginn einer neuen, anders gearteten“ (Best 2003: 69). Sie bezieht sich nicht notwendigerweise auf räumliche Unterscheidungen, sondern auf einen fundamentalen Kontextwechsel bestehender Wissensformen.

Insofern wäre die politikgeographische Anwendung dieser Dialektik als Auflösung und Neubildung territorialer staatlicher Räume aber gerade *keine* De- und Reterritorialisierung im Sinne von Deleuze und Guattari, da die Signifikanz territorialer Räumlichkeit nicht verändert wird, sondern lediglich ihre konkrete Gestalt wechselt. Die „territorial trap“, in der die theoretische Betrachtung politischer Strukturen gefangen ist, besteht darüber hinaus nicht nur in der simplifizierenden Annahme der Existenz exklusiver territorialer Abgrenzungen (Agnew 1994), sondern vielmehr auch in der Konstruktion von Alternativen als Gegenmodell zu gerade dieser Annahme:

„[...] [R]ejecting the immutability of the territorial state, formulating the escape of these entrenched categories and dichotomies on the basis of claims that ‚physical‘ borders are being overcome (implying that state power is effective only when its borders literally ‚seal‘ the state) is possible only by ascribing to and naturalizing the normative concept of the bordered territory.“ (Shah 2012: 68)

Auch in den verschiedenen Versuchen zur Überwindung des territorialen Raumparadigmas zugunsten globaler, interpersonaler oder sonstiger alternativer politischer Raummodelle behält dieses letztendlich seine begriffliche Dominanz, da Alternativen stets in begrifflicher und historischer Abgrenzung zu ihm gesucht und beschrieben werden (vgl. auch Mansbach 2002: 114). Oftmals sind entsprechende Vorschläge lediglich aktualisierte Versionen historischer Raumbeschreibungen, gelegentlich haben ihre Thesen einen deutlich wahrnehmbaren antikisierenden Duktus als Narrativ einer Wiederkehr historisch gewesener Phänomene. Beispielhaft und typisch wäre etwa die Betrachtung vormoderner räumlicher Organisationsformen wie die der oberitalienischen Stadtstaaten als paradigmatisches Vorbild



für die Betrachtung der angenommenen postmodernen Machtfülle von Finanz- und Handelsplätzen wie Hong Kong oder Singapur – gerade die Figur des Stadtstaates ist aber keine historische Kategorisierung mit eindeutigen empirischen Referenten, sondern beruht auf der vor dem Hintergrund einer verallgemeinerten Erfahrung staatlicher Territorialisierung vorgenommenen Abgrenzung vorgängiger Formen (vgl. Agnew 1994: 64f).

Ähnliches gilt für die Formulierung neuer politischer Nord-Süd-Bruchlinien nach 1989 als Analogie zum Verhältnis des römischen Imperiums zu den „Barbaren“ außerhalb seiner Grenzen nach dem Wegfall Karthagos als konkurrierendem Machtfaktor (Rufin 1993: 17f). Generell ist das Konzept des Imperiums eine häufig wahrgenommene Option zur Beschreibung nicht-territorialer Formen politischer Räume, eine auch nur halbwegs einheitliche Begriffsverwendung hat sich allerdings nicht etabliert. Bis auf die allgemeine Vorstellung, dass Imperialität durch eine territorialen, also flächenhaft gleichmäßigen Raumstrukturen entgegengesetzte Differenz von Zentrum und Peripherie gekennzeichnet sei, sind oft wenig Gemeinsamkeiten zu erkennen: Teils wird Imperialität als eine historisch spezifische Form der Organisation abhängiger Territorien, also lediglich als eine bestimmte Erweiterung oder Hierarchisierung des territorialen Prinzips im Zuge der historischen Entstehung einer Welt souveräner Staaten betrachtet (z.B. Biersteker 2002: 159f). Die oben angesprochenen Blockstaaten des Kalten Krieges könnten vielleicht noch am ehesten als Umsetzung eines solchen Modells gelten, verfügten ihre Peripherien doch sowohl in rechtlicher als auch in politisch-administrativer Hinsicht über alle Elemente territorialer Staatlichkeit. Ähnliches gilt für das Großraum-Modell von Carl Schmitt, welches eine umfassende administrative Durchdringung der peripheren Gebiete gerade unter dem Aspekt der kriegswirtschaftlichen Mobilisierung sowie eine präzise Abgrenzung der verschiedenen Großräume vorsah (Eberl 2008: 201-203).

Andere Interpretationen hingegen gehen von einer völlig andersartigen räumlichen Beschaffenheit von Imperien aus, die sich etwa durch die Existenz unscharfer und mobiler, als „Expansionsgrenze“ oder „Barbarengrenze“ vorzustellender *Grenzräume* anstelle permanenter und eindeutig festgelegter *Grenzlinien* auszeichneten (z.B. Leitner 2011: 89). Die Gegensätzlichkeit der beiden Konzeptionen imperialer Räumlichkeit zeigt sich unter anderem in der paradox anmutenden Tatsache, dass in der Debatte um die Existenz eines amerikanischen Imperiums in der post-bipolaren Ära sowohl die territoriale Organisation der USA selbst als auch das Fehlen direkter territorialer Herrschaftsausübung in peripheren Gebieten durch diese als Argument *gegen* diese Vorstellung angeführt wurden (Huhnholz 2012a: 198). Im ersten Fall wäre Imperialität auf keinen Fall mit territorialer Organisation

vereinbar, im zweiten Fall ohne sie gar nicht denkbar. Mehr als von raumtheoretischen Überlegungen scheint die Art der Betrachtung imperialer Räume hier davon abzuhängen, welches historische Imperium zum konkreten Vorbild der eigenen Überlegungen gemacht wird – tendenziell scheinen die europäischen Kolonialreiche des 19. Jahrhunderts oder die Blöcke des Kalten Krieges eher der territorialen, antike und spätere außereuropäische Großreiche hingegen eher der nicht-territorialen Form zu entsprechen. Aber auch diese Beobachtung setzt eine eigentlich unzulässige Gleichsetzung von auch innerhalb der jeweiligen Epochen stets hochgradig heterogenen räumlichen Modellen imperialer Herrschaft voraus (vgl. Savage 2010: 161f). Dennoch demonstriert die Debatte über Imperialität in Geschichte und Gegenwart, dass Territorialität auch heute noch den bei weitem wichtigsten begrifflichen Dreh- und Angelpunkt politikwissenschaftlicher Raumbeschreibungen darstellt – auch wenn Vorstellungen wie die von einem amerikanischen „post-territorial empire“, welches zwar einerseits traditionelle Formen souveräner Staatlichkeit transzendiert, andererseits aber die klassische Gestalt von Staatsgrenzen in vielerlei Hinsicht weiter nutzt oder gar in digitaler Gestalt neu erfindet (Maier 2006: 107f), bereits deutlich auf die Notwendigkeit neuer Raumbegrifflichkeiten hindeuten.

Das Verharren in territorialen Denkmodellen ist aber auch bei Alternativen der Beschreibung politischer Räume anzutreffen, die ohne relativ eindeutige historische Analogien auskommen. Post-territorial gedachte Raummodelle im Rahmen der Governance-Forschung etwa, die auf die konkrete räumliche Verortung spezifischer Leistungserbringungen abstellen, werden auch in dieser Konkretheit als diametraler Gegensatz zu Jellineks Territorialmodell mit seiner abstrakt-flächenhaften Räumlichkeit konstruiert vorgestellt und als komplementär zu diesem vorgestellt (Kötter 2007: 16). Auch solche räumlichen Ordnungen, die prinzipiell nicht auf der juristischen Idee des Staatsgebiets basieren und auch ideengeschichtlich nicht auf diese zurückzuführen sind, werden bei der Verwendung in der politikwissenschaftlichen Forschung oftmals nachträglich territorialisiert: Prominent wäre hier die marxistische beziehungsweise weltstheoretische Unterscheidung von Zentrum und Peripherie zu nennen, die dann regelmäßig die Form der „unterentwickelten Länder“ oder der „postkolonialen Staaten“ annimmt (Ziai 2011: 33).

Von dieser Norm der gebietsmäßigen Organisation abweichende Formen, etwa in der Organisation der transnationalen privaten Entwicklungszusammenarbeit, werden auch hier vor allem als „non-territorial“ definiert und bestätigen somit wieder die Territorialität als scheinbar unverzichtbaren epistemischen Fixpunkt (Duffield 2005: 155). Dabei war die Verortung von politischen Strukturen in Form zentraler oder peripherer Territorien im Zuge

der Ausarbeitung der Weltsystemtheorie durch Wallerstein (1984: 15f) eigentlich nur eine semantische Vereinfachung, die eine Bezeichnung von temporären politischen Kontrollverhältnissen als Überbau des ständig seinen räumlichen Standort wechselnden Industriekapitals erleichtern sollte. Dieses wäre aber prinzipiell mobil zu denken. Es erzeugt neben temporären Territorialisierungen auf staatlicher Ebene auch der politischen Homogenisierung entgegenwirkende Ungleichheiten und Spannungen zwischen auf anderen Niveaus der Wertschöpfung produzierenden Regionen innerhalb von Staaten, darüber hinaus aber auch zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen urbaner und ländlicher Gebiete sowie – sichtbar insbesondere in der kontemporären Gentrifizierungsdebatte – zwischen unterschiedlichen Ansprüchen auf die politische Gestaltung vor allem städtischer Räume (vgl. Harvey 2013: 88f). Diese Vielfalt an potenziellen Verräumlichungen politischer Gegensätze wurde und wird in der Rezeption marxistischer Ansätze in der Politikwissenschaft aber fast regelmäßig zugunsten einer theoretisch eigentlich nicht zu rechtfertigenden, vorgängigen Territorialisierung des politischen Raums vernachlässigt.<sup>3</sup>

Auch theoretische Überlegungen, die im Zuge von ökonomischer Globalisierung quasi als Gegengewicht zum Weltmarkt eine weltweite politische Vereinheitlichung in Gestalt eines Weltstaats prognostizieren oder befürworten, stellen diesen in räumlicher Hinsicht meist entweder als „weltumspannenden Territorialstaat“ dar, übertragen also historische Staatenbildungsprozesse lediglich auf eine höhere Maßstabebene, oder betrachten Weltstaatlichkeit als „Auflösung von Territorialität“ (Teusch 2003: 88). Daneben existieren auch Beschreibungen eines zukünftigen Weltstaats, die wieder eher historisierende Muster einführen und beispielsweise eine „stufenweise immer größere Territorien erfassende Weltzentralisierung“ nach dem Vorbild historischer imperialer Expansionsprozesse annehmen – am Ende steht aber auch hier eine Form weltweiter Territorialität inklusive eines klassischen Gewaltmonopols (Tönnies 2002: 13).<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> So beurteilt zumindest Wallerstein im Interview diese Territorialisierung seiner Weltsystemtheorie sehr kritisch – „the terms core and periphery [...] do not refer to countries“; vielmehr müsste man sie als temporäre Verräumlichungseffekte eines sich stets wandelnden Weltmarkts auffassen, der in verschiedenen Gebieten unterschiedliche Verhältnisse von zentralen (mit hohen Gewinnspannen) und peripheren (mit niedrigen Gewinnspannen) ökonomischen Aktivitäten erzeuge (Schouten 2008).

<sup>4</sup> Interessanterweise wurde der Begriff des Weltstaats schon lange vor den Globalisierungsdebatten der 1990er Jahre genutzt, um neue räumliche Arrangements des Politischen zu beschreiben – und zwar von Ernst Jünger (1960), der in den Machtblöcken des Kalten Krieges lediglich „die beiden Hälften der Gußform zur Bildung des Weltstaates“ sah (ebd.: 24). Dieser wiederum wurde als Endstufe eines teleologischen Prozesses zur allmählichen Pazifizierung der menschlichen Existenz durch zunehmende Konzentration der Gewaltmittel gewertet (ebd.: 75). Trotz einer gegenüber den heutigen Vertretern von Weltstaatskonzepten völlig andersartigen Semantik ist das konzeptuelle Verhältnis zur Territorialität sehr ähnlich – es handelt sich um ein Prinzip, welches in einem Prozess schöpferischer Zerstörung auf den gesamten Erdball übertragen werden soll oder muss.

In kleinerem Maßstab gilt ähnliches für Beschreibungen eines künftigen „post-modern state“ und der auf ihm beruhenden Weltordnung, die sich in ihrer verbreitetsten Form auf eine Art Universalisierung der Strukturprinzipien der Europäischen Union berufen (z.B. Cooper 1996): Nach wie vor wird die politische Welt als in gebietsmäßig organisierte Staaten gegliedert gedacht, die aber nun nicht mehr die unbedingte Wahrung der politischen Kontrolle betrieben, sondern vielmehr der Herstellung attraktiver Lebens- und Investitionsbedingungen und damit einhergehend der Etablierung wechselseitig verpflichtender rechtlicher Maßstäbe mit anderen Staaten Priorität einräumen (ebd.: 29f). Uneingeschränkte Souveränität innerhalb des eigenen Territoriums würde also zugunsten möglichst großer Offenheit zurückgestellt, das grundlegende Prinzip territorialer Organisation aber zumindest in räumlicher Hinsicht nicht tangiert.

Eine andere, räumlich weitaus spezifischere Interpretation des Wandels politischer Räumlichkeit im Zuge einer als Globalisierung vorgestellten Hochmodernisierung ist die Theorie des „glocal state“ – diese postuliert ebenfalls einen dramatischen Bedeutungszuwachs von transnationalen Interaktionen, diesmal allerdings in Gestalt von global vernetzten Weltstädten. Sie sieht darin aber keine Abkehr von der territorialen Ordnung der Politik. Vielmehr würde diese lediglich in verschiedenen Maßstabsebenen neu konfiguriert, der territoriale Staat übernehme dabei letztlich die Einbindung der ökonomischen, finanziellen und informationstechnologischen Netzwerke in die weiterhin durch gebietsmäßige Abgrenzungen charakterisierte Politik (Brenner 1998: 27). Dies gilt in kleinerem Maßstab auch für solche Konzepte regionaler staatlicher Steuerung, die im Zuge von Partnerschaften öffentlicher und privater Organisationen deren räumliche Gestaltung als Netzwerke fordern (Luutz 2005: 77). Territorialität wird also als Organisationsprinzip bestätigt und nur durch die Kontrastierung mit netzwerkförmigen wirtschaftlichen Raumphänomenen kontextualisiert. Politische Räumlichkeit bleibt begrifflich fest an den souveränen, territorial organisierten Staat gebunden.

Eine Beeinflussung oder Relativierung politischer Raumordnungen durch eine als ständige Intensivierung und Beschleunigung weltweiter ökonomischer Austauschbeziehungen verstandene Globalisierung sollte man aber keineswegs als singuläre, neuartige Erscheinung auffassen – vielmehr könnte eine derartige Dialektik als mögliches Grundmuster der politischen Geographie der Moderne angenommen werden, die sich bereits in der interkontinentalen Baumwollindustrie des frühen 19. Jahrhunderts nachweisen ließe. Ein Problem für die politikwissenschaftliche Theoriebildung stellt sie nur dar, wenn derartige

Phänomene unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidung entweder strikt territorialer oder strikt nicht-territorialer Raumbilder betrachtet werden (Rosenberg 2000: 31-40).

Eine solche Binarisierung findet man desweiteren – und hier auch im Hinblick auf die Übernahme wissenschaftlicher Begriffsprägungen in der politischen Rhetorik besonders erfolgreich – in der Rede von den ‚gescheiterten Staaten‘ oder *failed states*. Dieses Konzept wurde ursprünglich nach dem Ende des Kalten Krieges als Sammelbegriff für verschiedene Phänomene des meist überraschenden Zusammenbruchs, Zerfalls oder zumindest der Prekarität von zuvor als stabil erscheinenden Staatswesen geprägt. Das ‚Scheitern‘ von Staaten vollzieht sich in diesem Narrativ typischerweise als gegenläufige, aber den weberianischen Kernprozessen der Herausbildung gebietsmäßiger Machtausübung analoge Entwicklung – entweder wird das territoriale Gewaltmonopol durch nichtstaatliche Gewaltakteure ausgehöhlt, der auf die Zentralmacht bezogene Legitimitäts Glaube geht verloren, oder aber die zur effektiven Kontrolle des Staatsgebiets notwendigen Verwaltungs- und Erzwingungskapazitäten fehlen oder gehen verloren (Call 2010: 303f). *State failure* könnte somit auch als eine weitere Form der zahlreichen Deterritorialisierungsthesen des frühen 21. Jahrhunderts gedacht werden.

Interessant ist dabei insbesondere, dass das Konzept der Territorialität in diesem Narrativ seinen ursprünglich bei Jellinek noch sehr deutlich normativen Charakter zurückgewann, und zwar namentlich in Gestalt der Präskription des *state building* durch externe Intervention: Bei nicht hinreichend sichtbarer territorialer Herrschaft wurde dies insbesondere seit der Feststellung der tatsächlichen oder vermeintlichen Riskanz nicht staatlich organisierter Räume nach den Anschlägen des 11. September 2001 zur für funktionierende Staaten nahezu verbindlichen Pflicht erklärt. Dabei wurden teils anspruchsvolle theoretische Konzepte zur Rekonstitution dieser Räume als staatlich kontrollierte Territorien erstellt (prominent etwa Fukuyama 2006). Allmählich setzte sich dann die Ansicht durch, dass zum einen die gescheiterten Staaten keineswegs allein maßgeblich für zahlreiche der ‚neuen‘ Bedrohungen durch Terrorismus oder organisierte Kriminalität seien – diese wären eben auch auf funktionierende Infrastrukturen in noch nicht gescheiterten, territorial organisierten Staaten angewiesen (Patrick 2007: 653). Zudem verringerten sich die Erfolgserwartungen bezüglich der überaus aufwendigen Implementation staatlicher Autorität von außen recht schnell (Luke 2007: 1572). Schließlich musste auch entgegen der oben beschriebenen Tendenz zur begrifflichen und historischen Universalisierung der territorialen Betrachtungsweise konzidiert werden, dass staatliche Territorialität keineswegs den historischen Normalfall

verkörperte, sondern selbst in der klassischen Moderne andere Modelle politischer Organisation ubiquitär waren:

„Afghanistan was never a functioning modern state; neither was Congo, nor Sierra Leone, nor Somalia, nor most of the dozens of states that have been characterized in the past decade as failed or failing. With their boundaries often drawn by colonial and imperial powers, these faux states made for tidy maps and possessed seats at the United Nations and had international juridical personalities, but they rarely possessed the attributes of robust states in anything other than a purely formal legal sense.“ (Brooks 2005: 1167f)

Aus dieser fehlenden Tradition territorialer Herrschaft und dem augenfälligen Scheitern externer Intervention zu deren Durchsetzung etwa im Irak und in Afghanistan wird nun auch – entgegen der jellinekschen und weberschen Identifizierung politischer Entitäten mit dem von ihnen kontrollierten Territorium – die Forderung abgeleitet, im Völkerrecht Formen zur Verfügung zu stellen, die nicht-territorial organisierten Einheiten einen völkerrechtlichen Status ermöglichen (ebd. 1881f). Als Vorbild wird unter anderem die gegenwärtige völkerrechtliche Lage des Heiligen Stuhls oder des Malteserordens genannt – eine vergleichbare nicht-staatliche Rechtssubjektivität könnte den Bewohnern gescheiterter Staaten zumindest als Mitglieder anderweitig organisierter, etwa tribaler oder religiöser Kollektive eine Teilhabe am internationalen Rechtsverkehr ermöglichen (ebd.: 1187-1194).<sup>5</sup>

Zu dieser neuerlichen Berücksichtigung eigentlich in der klassischen Moderne als überwunden eingeschätzter traditionaler Sozialformen passt auch die Parallelisierung dieser mit postmoderner und somit als post-territorial aufgefasster Politik: Neben die weiterhin bestehende territoriale Staatenwelt der Moderne träten nun Zonen, in denen entweder prä-territoriale, traditionale oder schlicht gewaltmäßige Ordnungsformen oder aber die post-territoriale Entgrenzung dominierten (Cooper 1996: 17-25). Die Territorialität der klassischen Moderne franst gewissermaßen auf der Zeitachse in beide Richtungen aus. Charakteristisch für die fortgesetzte epistemische Hegemonie territorialer Begrifflichkeiten ist aber im Narrativ Coopers, dass sowohl die prä- als auch die postmoderne Zone ausschließlich durch das

---

<sup>5</sup> Ob diese Forderung begründet ist, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, dass das gegenwärtige Völkerrecht weniger flexibel scheint, als in der zitierten Arbeit angenommen. Es werden die zitierten Beispiele generell klar als Ausnahmen gehandhabt, die zudem entweder über eine Art Behelfsterritorium verfügen (den Vatikanstaat im Fall des Heiligen Stuhls) oder aber ihre Völkerrechtssubjektivität aus einer früher innegehabten territorialen Souveränität herleiten (der Malteserorden durch seine frühere Herrschaft über Malta). Ein gänzlich nicht-territoriales Völkerrechtssubjekt wäre eventuell im Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zu sehen – dieses nimmt aber für seine eigene Organisation das Vereinsrecht der Schweiz in Anspruch und operiert auch in anderen Ländern unter dortigem Recht, weswegen sein Status als originäres Völkerrechtssubjekt umstritten ist (Verdross/Simma 1984: 247-254).

Verschwinden territorialer Grenzen definiert sind – eine positive Bestimmung ihres Charakters fehlt vollständig. Eine ähnliche Definition irregulärer Akteure und informeller politischer Strukturen sowie der von ihnen eingenommenen Räume aus dem angenommenen Gegensatz zu geregelten, befriedeten, territorialen Verhältnissen findet sich in zahlreichen sicherheitspolitischen Rhetoriken aus der Zeit nach dem 11. September 2001 (vgl. Hindess 2006: 251): Politik ist territorial eingehegt oder aber völlig raumlos.

Diese Binarität *entweder* territorialer *oder* in irgendeiner Form nicht-territorialer – etwa: imperialer, globaler, netzwerkförmiger, um nur einige gängige Negationen des Territorialmodells zu nennen – Raumformen erscheint nach wie vor als Grundmuster des Raumdenkens in der politischen Rhetorik wie auch im großen Teil der heutigen Politikwissenschaft. Sie dabei hat als vereinfachendes Schema zur vorläufigen Organisation empirischer Beobachtungen sowie vor allem zu deren normativer oder juristischer Beurteilung sicherlich eine – noch genauer zu bestimmende – Funktion erfüllt. Als raumtheoretische Leitunterscheidung für empirische und theoretische Forschung erscheint sie aber, wie oben verdeutlicht wurde, als unterkomplex – und zwar nicht erst als Ergebnis neuester Entwicklungen, sondern bereits aufgrund ihrer ursprünglichen Anlage als zeitgebundene Rechtsnorm.

Die ständige Abwechslung von Negation und Affirmation territorialer Räumlichkeit in der politischen Ideengeschichte der Moderne legt m. E. weniger die Notwendigkeit einer Alternative zum am Staatsgebiet orientierten Raumdenken nahe, sondern vielmehr eine Neubegründung – oder vielleicht sogar: überhaupt eine erstmalige grundagentheoretisch reflektierte Begründung – der politiktheoretischen Raumbegrifflichkeit.<sup>6</sup> Die eigentlich interessante Aufgabe könnte darin bestehen, „*positiv* bestimmbare Strukturkonzepte“ politischer Räume zu entwerfen (Behr 2004: 20), für die nicht jede Transzendierung der Staatslehre Jellineks bereits einen drastischen Bruch darstellt, der sofort die Notwendigkeit einer Aufgabe bisheriger Begriffe und Theorien nach sich zieht. Ein Versuch zu einem solchen Entwurf ist der prinzipielle Gegenstand dieser Arbeit.

---

<sup>6</sup> Ob es sich nun um eine Neubegründung oder um den Versuch einer neuartigen Begriffsbildung handelt hängt prinzipiell davon ab, wo man die entsprechenden Disziplingrenzen ziehen will – ob man also raumtheoretische Versuche wie die von Carl Schmitt (1997) oder etwa die Politische Geographie von Friedrich Ratzel (1897) als politikwissenschaftlich im weiteren Sinne verstehen möchte, was eine hier nicht zu klärende Frage darstellt – und wie man transdisziplinäre Denkrichtungen wie etwa die Kritische Geopolitik (vgl. Kap. 3.4) einordnen möchte (weitgehend bejaht wird diese Zugehörigkeit z. B. von Helmig 2008: 16f). In jedem Fall – und das gilt auch für die in der gegenwärtigen Politikwissenschaft noch am ehesten anschlussfähigen Globalisierungs- und Deterritorialisierungstheorien (vgl. Kap. 3.3) – besitzen alle räumlich argumentierenden Theorien des Politischen in der Politikwissenschaft allenfalls randständigen Status, alle ihre Kernbegriffe wurden in Nachbardisziplinen wie der Geographie, Soziologie und der Philosophie geprägt.

## 1.2 Problemformulierung: Vom Territorium zum Raumbegriff

Es geht also um eine theoretisch angeleitete ‚Deterritorialisierung‘ des Raumbegriffs im Sinne von Deleuze und Guattari (1992) – mithin um eine produktive Neuverortung. Auch wenn man territorialen Abgrenzungen weiterhin eine durchaus zentrale begriffliche Rolle zubilligen möchte, wofür im Hinblick auf ihre immer noch zentrale Rolle in der politischen Semantik wie auch ihre begriffliche Langlebigkeit ja manches spricht, müsste ihrer theoretischen Begründung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden – insbesondere auch im Hinblick auf die Frage, wie sich Territorialität zu anderen Begriffen der politischen Theorie verhält – anstatt sie automatisch als alleiniges räumliches Korrelat der Politik zu begreifen: „Political theory lacks a sense of territory, territory lacks a political theory“ (Elden 2010: 799); oder noch weiter gehend: „Das Konzept politischer Grenzen war in der Ära der Nationalstaaten kaum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion“ (Kaltmeier 2012: 27). Offensichtlich besteht mehr als hundert Jahre nach Jellineks Staatslehre immer noch – oder eher: schon wieder, da zumindest in den gängigen Theorien der Politikwissenschaft die Bindung der Politik an territoriale Staatlichkeit kaum hinterfragt wurde – Bedarf nach der theoretischen Reflexion des territorialen Paradigmas und der mit ihm etablierten Begriffe.

Die Frage, warum gerade territoriale Grenzen die für politikwissenschaftliche Theoriebildung maßgebliche Form der Räumlichkeit darstellen, wird aber selten in mehr als rhetorischer Weise gestellt, der Raumbegriff nicht als potenzieller Gegenstand einer fruchtbaren Auseinandersetzung betrachtet. Es dominieren insbesondere in der deutschsprachigen Politikwissenschaft stattdessen: „kurze Wiedervorlagen, schnelle Wiederverabschiedungen, wiederholte Vernichtungs-, Obsessions- oder Irrelevanzhypothesen hinsichtlich politischen Raums, dessen Funktionen und dessen Steuerung“ (Huhnholz 2010: 2). Raum wird als Territorium gewissermaßen verdinglicht vorgestellt – als Gegenstand, der bei der Betrachtung politischer Strukturen als vorhanden oder nicht vorhanden beobachtet werden kann, der aber einen empirisch evidenten Sachverhalt bezeichnet und einer begrifflichen Präzisierung letztlich unzugänglich ist (vgl. Luutz 2005: 70). Damit kommt seine Performanz einer Objektifizierung abstrakter Konzepte in der Alltagssprachlichen Kommunikation recht nahe – eine Annäherung, die auch im Bezug auf manch andere stark generalisierbare Begriffe in ihrer sozialwissenschaftlichen Verwendung zu beobachten ist:

„Alle Sozialwissenschaften, die sich mit aktuellen politischen und sozialen Strukturen und Prozessen befassen – und zudem einen mehr oder weniger ausgeprägten Praxisbezug beanspruchen –, übernehmen Worte aus der Alltagssprache. Diese Worte stehen unter Alltagsbedingungen einer



Vielzahl von Bedeutungskonnotationen offen. In der Wissenschaftstheorie wird deshalb von ‚indexikalischen Begriffen‘ gesprochen, die in verschiedenen Situationen unterschiedliche Bedeutungen haben. Im wissenschaftlichen Umgang muß die Bedeutung eines Begriffs allerdings möglichst eindeutig sein, damit die mit ihm gemachten Aussagen intersubjektiv überprüfbar bleiben. Eine solche Eindeutigkeit kann zum einen über die Definition eines Begriffs erreicht werden. Zum anderen besteht die Möglichkeit zur Explikation eines Begriffs; dabei wird ein vager und mehrdeutiger Ausdruck aus der Alltagssprache in ein System von anderen, ergänzenden und möglichst exakten Begriffen gestellt, für deren Anwendung bestimmte Regeln festgelegt werden. Ein solches Verfahren zur Festlegung und Konzeptualisierung von Begriffen erfordert eine gewisse Nüchternheit oder, um mit Norbert Elias zu sprechen, die Distanzierung des Wissenschaftlers von seinem Gegenstand.“ (Daase 1996: 462)

Man könnte die oben angerissene Begriffskarriere der Territorialität in der Politikwissenschaft vielleicht so umreißen, dass sie in Gestalt des jelinekschen Staatsgebiets mit einer recht präzisen, aber engen und vor allem nur juristisch spezifizierten Definition startete, dann aber aufgrund der stetigen Infragestellung ihrer Plausibilität als *empirischer* Begriff scheiterte, um ihren Weg dann eben als ‚indexikalischer Begriff‘ zur recht diffusen Beschreibung jeglicher räumlicher Differenzierung politischer Systeme in staatlicher Form fortzusetzen – und im Zuge der *failed states*-Semantik als normatives Konzept in neuem Gewand zurückzukehren. Die Problematik dieser semantischen Entwicklung wurde und wird in der Literatur sehr wohl bemerkt. So wurde etwa im Rahmen einer Raumsoziologie des Politischen die Rückbeziehung des Begriffs des Territoriums auf rechtliche Verhaltenszumutungen gefordert – erst das spezifisch moderne Verhältnis von Recht und Politik mache präzise umrissene Gebietsherrschaft strukturell notwendig und erklärbar, aus einer politischen Logik heraus sei sie somit gar nicht abzuleiten:

„Das Recht macht Politik bodenständig. Ein Rechtsstaat ist immer auch ein Territorialstaat. Macht und Recht definieren durch das, was sie verbieten, also negieren, einen einheitlichen Raum für die Bevölkerung innerhalb ihres Geltungsbereiches: Vor dem Gesetz sind alle gleich. Um eventuellen Gesetzesübertretungen vorbeugen zu können, verwandelt der moderne Staat sein gesamtes Territorium tendenziell in einen *Wahrnehmungsraum*. Dem Auge des Gesetzes soll sich nichts und niemand entziehen können.“ (Junge 1995: 231)

Wahrscheinlich wird mit dieser geradezu panoptischen Funktionalität ein durchaus zentraler Punkt bei der Herausbildung territorialer Formen in der Politik der Moderne angesprochen. Begrifflich wäre deren strikte Bindung an den modernen Rechtsstaat aber nicht befriedigend:

Zum einen wird so die geforderte positive Beschreibung vom Modell territorialer Gebietsherrschaft abweichender Raumformen nicht ermöglicht. Zum anderen taucht, wie im vorigen Kapitel erwähnt, Territorialität auch in solchen Kontexten auf, in denen von Rechtsstaatlichkeit keineswegs die Rede sein kann. Darüber hinaus sollte möglicherweise berücksichtigt werden, dass territoriale Raumvorstellungen auch in nicht rechtlich codierten Situationen eine politische Rolle spielen können – wenn es etwa um die Formulierung von Identität, Zugehörigkeit oder mit faktischen oder behaupteten historischen Besitzverhältnissen gerechtfertigten Gebietsansprüchen geht (vgl. dazu Pfaff-Czarnecka 2012: 28). Konsequenterweise wird daher auch die oben zitierte rechtssoziologische Begründung des Territoriumsbegriffs lediglich als Zwischenstufe zu einer allgemeineren „Bestimmung des Verhältnisses von Ordnung und Ortung“ betrachtet (Junge 1995: 227).

Warum dieses Verhältnis jenseits rechtlicher Argumentationsformen aber als prinzipiell territoriale Verräumlichung zu erfolgen hat, bleibt theoretisch meist ebenso unscharf wie eventuell denkbare Alternativen. In der modernen politischen Theorie finden sich relativ wenige Argumente, die in der Sache grundlegend über Jellinek oder Weber hinausgehen. Eine potenzielle ökonomisch-rationalistische Begründung für die räumliche Organisation staatlicher Politik lieferte etwa Robert Nozick in seiner libertären Staatsphilosophie:

„Anfänglich werden mehrere Schutzvereinigungen oder -firmen ihre Dienste im gleichen geographischen Gebiet anbieten. Was geschieht nun bei Konflikten zwischen den Klienten verschiedener Organisationen? Die Dinge liegen verhältnismäßig einfach, wenn die Organisationen zur gleichen Entscheidung über die Behandlung des Falles kommen (obwohl vielleicht jede der anderen Seite eine Buße auferlegen möchte). Doch was geschieht, wenn sie die Sachlage verschieden beurteilen, wenn die eine Organisation ihren Klienten schützen möchte, während ihn die andere bestrafen oder ihm eine Wiedergutmachung auferlegen möchte?“ (Nozick 2006: 38)

Er sieht drei denkbare Ergebnisse einer derartigen Situation – Entscheidung durch Kampf unter Beseitigung der unterlegenen Organisation und der Aufnahme ihrer bisherigen Mitglieder, eine freiwillige räumliche Trennung oder aber die freiwillige räumliche Vereinigung unter einer gemeinsamen Entscheidungsinstanz:

„In jedem dieser Fälle sind fast alle Menschen in einem geographischen Gebiet einem gemeinsamen System unterworfen, das zwischen ihren gegensätzlichen Ansprüchen entscheidet und ihre Rechte durchsetzt. Aus der Anarchie entsteht durch spontane Gruppenbildungen, Vereinigungen zum gegenseitigen Schutz, Arbeitsteilung, Marktverhältnisse, ökonomische Größenvorteile und vernünftiges Eigeninteresse ein Gebilde, das sehr stark einem Minimalstaat oder einer Gruppe

geographisch abgegrenzter Minimalstaaten ähnelt. Warum nun unterscheidet sich dieser Markt von allen anderen Märkten? Warum würde hier ein Monopol entstehen [...]? Der Wert des gekauften Gutes, des Schutzes gegenüber anderen, ist ein relativer: Er hängt davon ab, wie stark die anderen sind. Doch im Unterschied zu anderen Gütern, die vergleichend bewertet werden, können maximale Schutzdienstleistungen nicht in Konkurrenz nebeneinander bestehen; die Art dieser Dienstleistung schafft zwischen verschiedenen Organisationen nicht nur eine Konkurrenz um Kunden, sondern auch gewaltsame Konflikte. Und da der Wert des nichtmaximalen Gutes unverhältnismäßig stark mit der Anzahl derer, die das maximale Gut kaufen, fällt, werden sich die Kunden nicht auf die Dauer mit dem geringeren Gut zufriedengeben, und die konkurrierenden Firmen werden in einen Abwärtssog hineingerissen. Daher die drei angeführten Möglichkeiten.“ (Nozick 2006: 39f)

Die rationalen Wahlentscheidungen der Handelnden in diesem Szenario erscheinen zunächst als einleuchtender Antrieb für die Herstellung einer territorialen Organisationsform. Bei näherem Hinsehen wird allerdings schnell klar, dass mit der räumlichen Trennung der „Schutzorganisationen“ bei Nozick Phänomene gemeint sind, die staatliche Gebietsherrschaft möglicherweise mit erfassen, aber für sich genommen noch keineswegs hinreichend sind, um eine territoriale Ordnung im typischerweise gemeinten Sinn zu konstituieren. Hier ist eine Verwendung des Begriffs „Territorium“ allenfalls noch in einer Bedeutung sinnvoll, die in der Sozialgeographie gelegentlich anzutreffen ist: Er bezeichnet dann jegliche irgendwie geartete Ausformung politischer Räumlichkeit oder, noch weiter gefasst, jede Form der Einflussnahme auf das Verhalten von Personen über die Ziehung mehr oder weniger präzise demarkierter räumlicher Grenzen (Sack 1986: 19).<sup>7</sup> Nozicks diffuse Gebietslogik konkurrierender Gewaltakteure würde auf Straßenbanden in urbanen Elendsvierteln ebenso zutreffen wie auf *warlords* im Rahmen prekärer Staatlichkeit (Lopes de Sousa 1995: 243; vgl. Schlichte 2005). Die universelle Anwendbarkeit auf jegliche Form menschlicher Zwangsbeziehungen liegt dabei durchaus in der Intention der Begründung eines Minimalstaats, der sich nach Auskunft des Autors eben auch nur marginal von derartigen Organisationsformen unterscheiden würde (Nozick 2006: 50). Die sich daraus ergebende Raumbeschreibung ist aber dementsprechend so unspezifisch, dass sie trotz nachvollziehbarer Argumentation keinen raumtheoretisch interessanten Erkenntnisgewinn verspricht.

Ein weiterer Klassiker der modernen politischen Theorie, der als einer von relativ wenigen so zu bezeichnenden Autoren zu raumtheoretischen Fragen ausführlich Stellung bezogen hat, ist

---

<sup>7</sup> Eine derartige Begriffsverwendung wird hier i. F. vermieden oder gesondert ausgewiesen – einerseits besteht die Gefahr der Verwirrung, andererseits ist diese Definition von Territorialität hinreichend unspezifisch, um als mit dem geographischen Begriff der *Chorologie* fast deckungsgleich betrachtet zu werden (siehe Kap. 2.2.5).

Carl Schmitt mit dem *Nomos der Erde* (Schmitt 1997) und der aus diesem Werk entwickelten, eingangs bereits erwähnten Großraum-Theorie (Schmitt 1995). Die Rezeption beider wurde allerdings geprägt von der persönlichen und teilweise auch intellektuellen Verstrickung Schmitts in das Machtgefüge des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland – Kritiker sehen in diesen Werken Schmitts auch den Versuch, einerseits eine von antisemitischen Stereotypen einer „jüdisch-normativistischen Bodenlosigkeit“ geprägte Begrifflichkeit politischer Räume zu etablieren (Gross 2005: 113) sowie innerhalb dieser eine völkerrechtliche Sonderstellung des expansionistischen NS-Staates geschichtsphilosophisch zu rechtfertigen (Teschke 2011: 83). Insbesondere in der kontemporären englischsprachigen Rezeption überwiegt aber anscheinend die Ansicht, diese problematischen Aspekte als durch die zeitgeschichtliche Lage Schmitts bedingt weitgehend ausklammern zu können. Aus dieser Sicht liefert das Nomos-Denken dann ein begriffliches Fundament für Kritik an universalistischen Konzepten einer liberalen Weltordnung und deren sicherheitspolitischen Strategien insbesondere im Kontext der globalen Terrorismusbekämpfung (z.B. Odysseos 2007; Masala 2008: 178f; kritisch dazu Chandler 2008).

Unabhängig von dieser normativen Problematik verleiht sein nicht von vornherein territorial konzipiertes und nicht allein auf den souveränen Staat bezogenes Raumkonzept Schmitt nahezu ein Alleinstellungsmerkmal, welches ihn in der Politikwissenschaft gelegentlich zum Referenzautor für jegliche Raumproblematik macht (vgl. Voigt 2008b: 33-43), wenn auch manchmal nur unter schlagwortartiger Übernahme einiger Begriffe. Zentral ist das besagte Konzept des „Nomos“, worunter Schmitt (1997: 48f) die originäre Konstitution rechtlicher und politischer Ordnungen durch die ursprüngliche, vorstaatliche Aneignung und Verteilung von Land versteht. Dieser Akt der „Landnahme“ sei Bedingung der Möglichkeit jeder weiteren politischen Ordnungsbildung institutioneller oder informeller Art (ebd.: 50f), er etabliere „ein erstes Maß, das alle weiteren Maße in sich enthält“ (ebd.: 16). In geradezu mythisch anmutender Weise wird also hier der Raum beziehungsweise seine erstmalige Aufteilung durch einen ursprünglichen Rechtsakt zum Kernbegriff jeder Politiktheorie erklärt. Alle weitere politische (Ideen-)Geschichte erscheint dann als faktische oder intellektuelle Reaktion auf die Entdeckung, Eroberung oder Neuverteilung planetarischen Raums (vgl. Minca/Vaughan-Williams 2012: 762).

Die territoriale Raumordnung der klassisch-modernen Staatenwelt sieht Schmitt dementsprechend – und hier ist eine der wenigen originären räumlichen Begründungen dieser Ordnung zu finden – als Resultat der Etablierung einer Zone unbegrenzter, geradezu räuberischer Eroberungs- und Handlungsfreiheit durch die Entwicklung der

Hochseeschiffahrt und die daraus resultierende koloniale Einbeziehung der westlichen Hemisphäre in die europäische Staatenwelt:

„Ihr Nomos hat seinen Kern in der Teilung des europäischen Bodens in Staatsgebiete mit festen Grenzen. Damit verbindet sich sofort eine wichtige Unterscheidung: dieser Boden anerkannter europäischer Staaten und ihres Staatsgebietes hat einen besonderen, völkerrechtlichen Boden-Status. Er wird von dem ‚freien‘ d.h. der europäischen Landnahme offenen Boden nicht-europäischer Fürsten und Völker unterschieden. Außerdem entsteht noch eine dritte Fläche infolge der neuen (dem bisherigen Völkerrecht in dieser Form völlig unbekannten) Freiheit der Weltmeere. Das ist die Raumstruktur, die den Gedanken eines Gleichgewichts der europäischen Staaten trägt. Sie ermöglicht ein Binnenrecht der europäischen Souveräne auf dem Hintergrunde riesiger offener Räume einer besonderen Art von Freiheit.“ (Schmitt 1997: 120)

Mit dieser Trennung einer territorial gehegten und durch Säkularisierung auch von religiösen Universalismen befreiten Staatenwelt von einer der imperialen Dominanz und schrankenlosen Konkurrenz zugänglichen Welt auf und jenseits der Weltmeere sei erst die weitgehende Einhegung von Konflikten zwischen den kartographisch scharf abgetrennten politischen Entitäten Europas möglich geworden (ebd.: 120f). Eben diese Konfliktbegrenzung sah Schmitt dann durch die Erlangung gleichberechtigter Souveränität durch außereuropäische Staaten ab dem Ende des 19. Jahrhunderts schwinden, ohne dass ein in ähnlicher Weise befriedend wirkender Nomos zur Verfügung stünde – die Destruktivität der beiden Weltkriege sei als Konsequenz zu verstehen. Auch diese hätten aber keinen neuen Nomos entstehen lassen, dessen Definition er als herausragende intellektuelle und politische Herausforderung verstand (ebd.: 200f). Für denkbar hielt er neben einer Schaffung neuer konflikthegender Abgrenzungen – etwa durch die Bildung unabhängiger „Großräume oder Blocks“ (Schmitt 1995: 521) oder gar die Auslagerung von Konflikten in den Weltraum, der damit die Rolle der Weltmeere im Zeitalter der Entdeckungen übernehmen würde! (Schmitt 2002a: 83) – im Falle des Scheiterns aber auch die Rückkehr zur im Rahmen eines räumlich ungehegten, ideologisch grundierten Universalismus denkbaren „absoluten Feindschaft“, die aufgrund der gegebenen technischen Möglichkeiten wohl gleichbedeutend mit der nuklearen Selbstzerstörung der Menschheit sei (ebd.: 95).

Als bloße Typologie verstanden liefert die Nomos-Theorie also eine Unterscheidung dreier verschiedener Typen politischer Räume – umgrenzte, befriedete Zonen wie in der Moderne die der europäischen Territorialstaaten; die diesen zur potenziellen Unterwerfung zugänglich gemachten Zonen wie etwa die westliche Hemisphäre zur Zeit ihrer Entdeckung; und

schließlich vollständig regellose Räume, bei Schmitt insbesondere die Weltmeere, in denen prinzipiell jede Form des Konfliktaustrags statthaft ist. Insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges, im Zuge der Beobachtung sowohl universeller Überlegenheitsansprüche im Rahmen von „demokratie- wie liberalitätsmissionarischen Weltanschauungen“ (Huhnholz 2012a: 195) wie auch deren Scheitern in den anarchisch erscheinenden Räumen der „failed states“ (Vinci 2008: 296) erscheint eine solche dreigliedrige Raumbeschreibung bereits intuitiv deutlich plausibler als die säuberlich abgegrenzte und kolorierte Staatenwelt der politischen Weltkarte – oder der jellinekschen Staatsrechtslehre. Sie erinnert auch an die Beschreibung neuer prä- und postmoderner Zonen der Staatlichkeit bei dem bereits erwähnten Robert Cooper (1996).

Als problematisch könnte sich allerdings der in der heutigen Rezeption sehr wenig beachtete grundlegende raumbegriffliche Aspekt von Schmitts Arbeiten herausstellen. Dieser verbleibt reichlich unspezifisch auf der Ebene einer auf unklare Weise durch gedachte Linien abzugrenzenden Substanz, die dabei teils als soziale Konstruktion, teils als materielle Umwelt – wie etwa bei der Unterscheidung von Land und Meer – erscheint. Eine Inspiration des Raumkonzepts Schmitts durch die gestaltpsychologisch ausgerichtete medizinische Anthropologie Viktor von Weizsäckers wird angenommen, von Schmitt selbst aber nicht expliziert – eine solche Fundierung würde aber die Anschlussfähigkeit in den gegenwärtigen Sozialwissenschaften auch nicht wirklich erhöhen. Zuzustimmen ist dem Urteil, dass Schmitts Ansatz eher „im Widerspruch und in der Dekonstruktion“ bereits gegebener politischer Raumbeschreibungen als in der begrifflich scharfen Bezeichnung einer Alternative glänzt (Voigt 2008b: 33). Später erschienene Kommentare und Weiterentwicklungen des Nomos-Konzepts durch Schmitt selbst weisen dann einen noch stärkeren mythologischen Zug mit zahlreichen Bezügen auf Nebenzweige der mittelalterlichen katholischen Geschichtstheologie auf (vgl. die Zusammenfassung bei Mehring 2009: 491-494).

Die häufige Bezugnahme auf das Nomos-Denken – insbesondere in den englischsprachigen Internationalen Beziehungen – als potenzieller Fundierung einer politikwissenschaftlichen Raumbegrifflichkeit (z. B. die Beiträge in Odysseos/Petito 2007) oder einer Kritik liberaler, globaler Universalismen und ihrer Interventionsstrategien (z. B. Roach 2005; kritisch dazu Axtmann 2007) steht also metatheoretisch eigentlich auf tönernen Füßen. Dies betrifft insbesondere die Beschreibung der Landnahme als zentralem ordnungsbegründendem Akt:<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Darüber hinaus wäre auch einer historische Kritik am Narrativ der räumlichen Welteinteilung im *Nomos der Erde* denkbar. Für den von Schmitt bezeichneten Zeitraum der Geltung des Nomos – also vom späten 17. bis ins späte 19. Jahrhundert – wären zahlreiche Beispiele zu nennen, in denen Konflikte innerhalb Europas nicht annähernd so kabinettskriegsmäßig verregelt, oder Konflikte außerhalb Europas nicht annähernd so regellos ausgetragen wurden, wie man Schmitt zufolge eigentlich annehmen müsste. Auch quasi-koloniale

Aktuelle historische und anthropologische Forschungen scheinen eher nahezu legen, dass der feste Besitz mehr oder weniger präzise festgelegter Gebiete ein Phänomen darstellt, welches weder zeitlich noch kausal mit der Etablierung wirksamer normativer Ordnungen zusammenfällt – vielmehr wird die soziale Organisation von Verwandtschaftsbeziehungen generell als zuerst dominierender Faktor betrachtet, der dann mit zunehmender sozialer Komplexität allmählich durch räumliche Abgrenzungen ergänzt und erst sehr spät – soll heißen, erst in der Neuzeit – weitgehend durch diese verdrängt wird (Bondarenko 2008: 20-23). Wenn man tatsächlich einen ‚Urakt‘ sozialer Ordnungsbildung suchen möchte, wären vermutlich die aus der Anthropologie bekannten Heiratsregeln tribaler Gesellschaften ein geeigneterer Kandidat – diese regeln überhaupt erst das Zustandekommen der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen (vgl. Lévi-Strauss 1973: 147f), die dann eventuell bestimmte Territorien für sich beanspruchen könnten. Für ideenpolitische Interventionen in der Gegenwart eignen sich diese Heiratsregeln selbstredend recht wenig – vor allem aber macht diese Kritik am Nomos-Konzept auf die Schwierigkeit epochenübergreifender Begriffsbildungen der politischen Räumlichkeit aufmerksam. Dies ist eine Problematik, die auch zahlreiche weitere Beschreibungen politischer Räume und Grenzen betrifft (siehe Kap. 3.1).

Eine modernisierte und von mythisch oder ideologisch anmutendem Ballast befreite Aktualisierung des Nomos-Denkens – oder zumindest der sich aus ihm ergebenden dreigliedrigen Typologie politischer Räume – wurde im Zuge der Debatte um die räumliche Problematik der globalen Terrorismusbekämpfung und die darin verschärfte Infragestellung der Norm staatlicher Souveränität vorgelegt (Walker 2006). Diese würde zunehmend von allgemeinen, global geltenden Normen der Modernität im Sinne eines allgemeinen Anspruchs auf Gewaltfreiheit, Säkularismus und politische Repräsentation verdrängt. Souveräne, staatliche Territorialität sei zwar weiterhin als Normalfall politischer Räume zu betrachten, würde aber zur Ausdehnung oder ausnahmeartiger Außerkraftsetzung der Geltung dieser Normen gegebenenfalls durch andere Formen der sicherheitspolitischen Grenzziehung ersetzt: „What we have learned to call security can in large part be understood in relation to the ways in which we have learned to exceptionalize within an international understood as a negation of empire“ (ebd.: 81). Räumliche Differenzierungen erfüllen hier somit die Aufgabe der

---

Landnahmen wie etwa die der polnischen Teilungen waren *innerhalb* Europas durchaus zu beobachten (vgl. Kleinschmidt 1998: 194). Dies würde im Sinne einer Idealtypisierung an sich kein Problem darstellen – wenn der *Nomos* nicht bei Schmitt wie auch bei der Übertragung auf heutige Ereignisse nicht immer wieder als Darstellung einer tatsächlichen bestehenden Raumordnung gewertet würde (Koskeniemi 2004: 496f). Die i. F. beschriebene Problematik des Raumkonzepts ist aber für die hier interessierenden Fragen wesentlich wichtiger.

Auflösung von Paradoxien beim unvermeidlichen Aufeinandertreffen von staatlichen, territorialen Souveränitätsansprüchen einerseits und liberalen Normen mit globaler Reichweite andererseits.

Politische Grenzen nehmen damit drei mögliche Formen an: Sie sind „international“ als räumliche Normalität souveräner und damit territorialer Staatlichkeit, „imperial“ im Falle der eigenmächtigen Intervention einzelner Staaten zur Durchsetzung globaler Normen, oder „exceptionalist“ im Falle der temporären oder permanenten Außerkraftsetzung dieser Normen (ebd.: 66). Dabei treten allerdings zwei Probleme auf: Zum einen wird die Herkunft dieser modernen Normen – und die Frage, inwiefern sie gegenüber einer auch bei Walker angenommenen ‚klassisch‘ territorialen Moderne, deren historische Fragwürdigkeit oben (Kap. 1.1) bereits dargestellt wurde, überhaupt eine Neuerung darstellen, schließlich sind imperiale und exzeptionale Verräumlichungen des Politischen bereits, wie bei Schmitt, in der Neuzeit nachzuweisen – nicht hinreichend expliziert. Man könnte sie als nicht weniger mythisch hergeleitet betrachten als das ursprüngliche Nomos-Konzept bei Schmitt (vgl. Huysmans 2008: 180f). Desweiteren – und für die hier interessierenden Fragen noch relevanter – wird bei näherer Betrachtung des Charakters dieser drei Grenztypen klar, dass es sich bei den imperialen und ausnahmhafte Grenzen eigentlich um abgeleitete Phänomene handelt: Sie ergeben sich aus der Spannung zwischen globalen Menschenrechts-, Demokratie- und Sicherheitsnormen einerseits und der territorialen Norm staatlicher Souveränität andererseits. In einer Weiterentwicklung des Ansatzes werden daher räumliche Formen als „horizontal space“ in Form einer territorial geordneten Welt beschrieben, wohingegen die anderen Grenztypen einen hierarchischen Eingriff im „vertical space“ darstellen (Walker 2010: 104; 166f). Das eigentliche Raumkonzept Walkers unterscheidet sich damit nicht mehr wirklich von dem, was in zahlreichen Globalisierungs- oder Deterritorialisierungsnarrativen präsentiert wird – zumal wiederum nicht klar wird, wie räumliche Grenzen überhaupt begrifflich präzise gefasst werden könnten. Sie erscheinen letztlich als eine Form politischer Abgrenzung neben anderen.

Ein ebenfalls auf die Verräumlichung von dauerhaften Ausnahmezuständen im Sinne von Schmitts Definition „der Souveränität als einem Grenzbegriff“ (1996: 13) – um nichts anderes handelt es sich bei den freien Räumen im *Nomos der Erde* jedenfalls in der gängigen Interpretationsweise (vgl. Koskeniemi 2004: 499f) – abstellende, auch in der kontemporären Politikwissenschaft stark rezipierter Ansatz gründet sich auf die von Michel Foucault vorgeschlagene Erforschung von *Heterotopien*:



„La société adulte a organisé elle-même, et bien avant les enfants, ses propres contre-espaces, ses utopies situées, ces lieux réels hors de tous les lieux. Par exemple, il y a les jardins, les cimetières, il y a les asiles, il y a les maisons closes, il y a les prisons, il y a les villages du Club Méditerranée, et bien d'autres. Eh bien! je rêve d'une science – je dis bien une *science* – qui aurait pour objet ces espaces différents [...] elle s'appelle déjà ,l'hétérotopologie'.“ (Foucault 2009: 25)

Ähnlich wie bei Schmitt und in der Rezeption häufig mit dessen Liberalismuskritik assoziiert (Chandler 2009: 56) – wenn auch bei Foucault nicht ausschließlich auf politische, sondern auf jegliche soziale Ordnungsbildung gerichtet – würde so der Normalzustand einer gegebenen Ordnung erst über die räumliche Vergegenwärtigung von Anomalien sichtbar. Im Rahmen einer solchen Heterotopologie wäre somit die Produktion von Gesundheit über die Verräumlichung von Krankheit in Krankenhäusern, die Etablierung sexueller Normen über die Sichtbarkeit sexueller Devianz etwa in Rotlichtbezirken oder die Herstellung psychischer Gesundheit durch die Behandlung psychisch Kranker in Nervenheilanstalten zu erforschen. Im Bezug auf die hier interessierende Frage der Verräumlichung des Politischen ist der von Foucault untersuchte klassische Fall die Produktion von territorialer Sicherheit über das Einsperren von aus welchen Gründen auch immer gefährlichen Personen in Gefängnissen (Foucault 1994).

Dies wird präsentiert als Symptom eines grundlegenden Wandels der Methodik zur Herstellung politischer Ordnungen. Anstelle des vorneuzeitlichen Spektakels öffentlicher Zeremonien wie etwa der spektakulären Marter und Hinrichtung von Verbrechern, die eine gelegentliche, aber überwältigende Demonstration herrschaftlicher Überlegenheit zum Gegenstand haben, tritt im Zuge der Entwicklung zur modernen Gesellschaft die systematische Erfassung und ständige Kontrolle des Verhaltens von Personen. Der „Traum von einer reinen Gemeinschaft“ wird abgelöst vom „Traum von einer disziplinierten Gesellschaft“ (ebd.: 255), so die poststrukturalistische Fassung der Dichotomie Tönnies'. Ersterer entspricht als Form gesellschaftlicher Hierarchie das „Pastorat“, also ein analog zur priesterlichen Leitung einer Gemeinde als zu erlösende Herde gedachtes *interpersonales* Verhältnis. In der foucault'schen Moderne hingegen rückt nun das Problem der verhaltensmäßigen Steuerung einer unpersönlichen, auf einen territorialen Raum projizierten und von der einzelnen Person abstrahierten Bevölkerung durch eine ebenfalls wesentlich unpersönliche Bürokratie und deren Informationsmechanismen in den Mittelpunkt (Foucault 2006: 334f). Dementsprechend wird das Benthamsche Panopticon – ein architektonisch perfektioniertes Gefängnis, welches die ständige Beobachtung des Verhaltens der Insassen

ermöglicht (Bentham 1843: 172f) – zum Paradigma für die Beschreibung politischer Räume der Moderne in allen denkbaren Maßstäben:

„Dieser geschlossene, parzellierte, lückenlos überwachte Raum, innerhalb dessen die Individuen in feste Plätze eingespannt sind, die geringsten Bewegungen kontrolliert und sämtliche Ereignisse registriert werden, eine ununterbrochene Schreiarbeit das Zentrum mit der Peripherie verbindet, die Gewalt ohne Teilung in einer bruchlosen Hierarchie ausgeübt wird, jedes Individuum ständig erfasst, geprüft und unter die Lebenden, die Kranken und die Toten aufgeteilt wird – dies ist das kompakte Modell einer Disziplinierungsanlage.“ (Foucault 1994: 253)

Der Territorialisierung der Politik läge also ein Abstraktionsvorgang zugrunde: Anstelle der momentanen, spektakulären *Präsentation* von zu bestrafenden oder zu verherrlichenden *Körpern*, die als in vormodernen Sozialstrukturen dominierende räumliche Form des Ausdrucks von Macht betrachtet wird (ebd.: 44f; Muller 2008: 164), wird nunmehr der Vorgang der permanent beobachtbaren visuellen oder schriftlichen *Repräsentation* von Personen in Form von Datensätzen zum Zweck der langfristigen Kontrolle ihres Verhaltens zur zentralen räumlichen Äußerungsform politischer Macht.

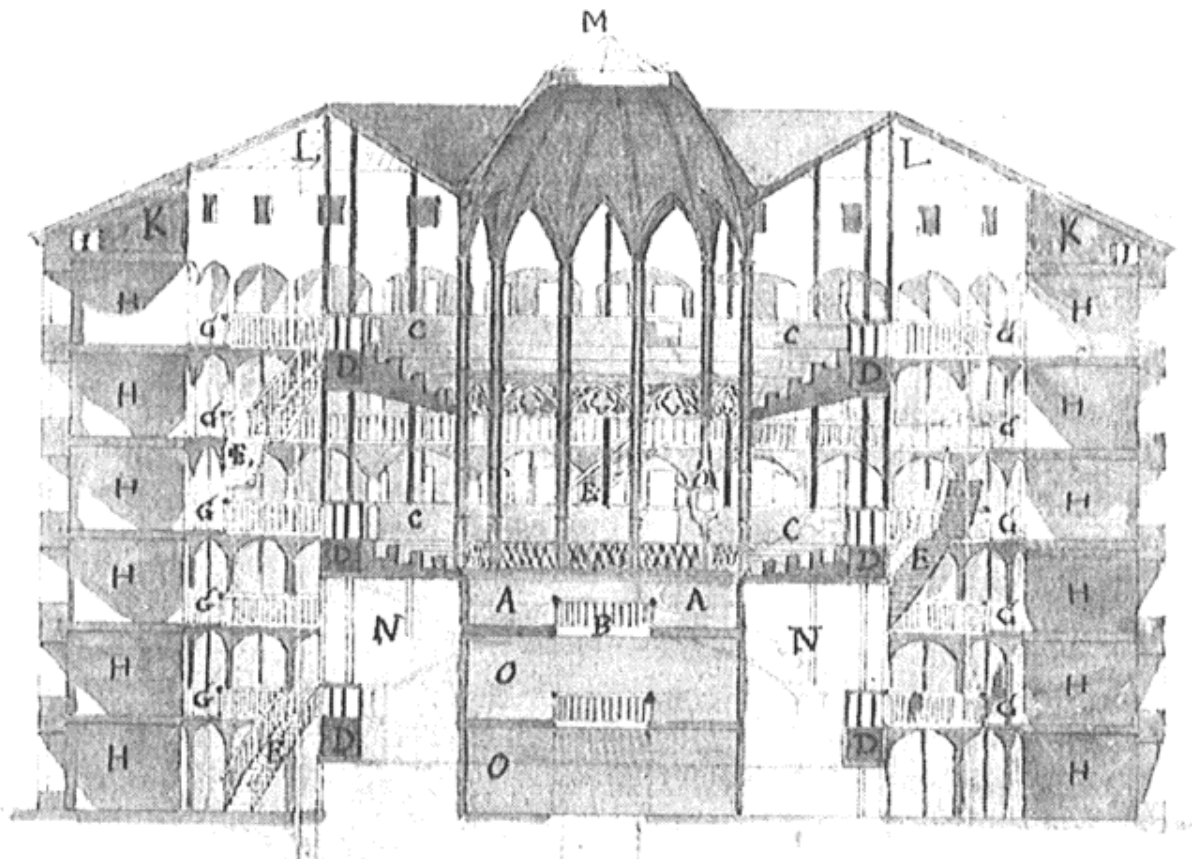


Abbildung 1: Das Panopticon, gezeichnet von Willey Reveley (Quelle: Bender 1987: 209)

Hiermit wäre also eine gehaltvolle und zudem historisch nicht ganz unplausible Beschreibung politischer Räumlichkeit vorhanden, die zudem nicht nur die Form der Territorialität, sondern auch nicht-territoriale Anomalien als konstitutiven, zentralen Teil des eigenen Narrativs umfasst. Dementsprechend erscheint das panoptische Raumdenken Foucaults – insbesondere in der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen oft in Verbindung mit Anleihen von Schmitts Überlegungen zum *Nomos* als verräumlichtem Ausnahmezustand – noch am ehesten als eine in der heutigen Politikwissenschaft anschlussfähige und für die Erforschung spezifischer räumlicher Aspekte der Politik nützliche Raumtheorie. Am bekanntesten dürften unter diesen Forschungen wohl die Arbeiten Giorgio Agambens sein, der das *Lager* als maßgebliche politische Heterotopie der Moderne beschreibt:

„Wenn [...] also das Wesen des Lagers in der Materialisierung des Ausnahmezustands und der darauf folgenden Erschaffung eines Raumes für das bloße Leben als solches besteht, dann werden wir zugeben müssen, dass wir uns potenziell in Gegenwart eines Lagers befinden, wann immer eine solche Struktur geschaffen wird, unabhängig vom Wesen der dort begangenen Verbrechen, und was immer seine Bezeichnung und die ihm eigene Topografie sind. Ein Lager ist dann sowohl das Stadion von Bari, in dem 1991 die italienische Polizei illegale albanische Einwanderer provisorisch zusammenpferchte, bevor sie sie in ihr Land zurückbeförderte, als auch das Wintervelodrom das den Behörden von Vichy als Sammelstelle für Juden diente, bevor sie diese an die Deutschen auslieferten, [...] und die *zones d'attente* auf den internationalen Flughäfen Frankreichs, in denen Ausländer zurückgehalten werden, die die Anerkennung des Flüchtlingsstatus beantragen. In all diesen Fällen ist es ein Ort von scheinbarer Harmlosigkeit [...], der in Wirklichkeit einen Raum eingrenzt, in dem die normale Ordnung *de facto* aufgehoben ist und wo es nicht vom Gesetz abhängt, ob dort Gräueltaten begangen werden oder nicht, sondern einzig vom Anstand und dem ethischen Verständnis der Polizei, die vorläufig als Souverän agiert [...]. Aber auch manche Peripherien der großen postindustriellen Städte und die *gated communities* in den USA ähneln heute bereits Lagern in diesem Sinne, in denen bloßes Leben und politisches Leben, zumindest in gewissen Momenten, in eine Zone absoluter Unbestimmtheit eintreten.“ (Agamben 2006: 40f)

Das Lager in welcher konkreten Gestalt auch immer wird hier zur Heterotopie, in der unter potenziell gewaltmäßiger Durchbrechung der sonst in der politischen Ordnung gültigen Regeln die bevölkerungsmäßige Homogenisierung der Territorien vorgenommen würde, die die Akzeptanz dieser Regeln überhaupt erst ermögliche – neben die Zone der relativ befriedeten Territorialität tritt deren diese ermöglichende Schattenseite, ein permanenter Ausnahmezustand. Dieser erzeugt „eine Zone der absoluten Unbestimmtheit zwischen

Anomie und Recht, in der Rechtsordnung und kreatürliche Sphäre in ein und dieselbe Katastrophe verwickelt sind“ (Agamben 2004: 69). Nach der Etablierung von nun explizit außerhalb der territorialen Rechtsordnung der USA stehenden Lagern im Zuge der globalen Terrorismusbekämpfung wirkten Agambens Arbeiten zum verräumlichten Ausnahmezustand sicherlich prophetisch, in der politikwissenschaftlichen Beschreibung von Grenzpolitiken sind sie mittlerweile fest etabliert (Vaughan-Williams 2009: 745f).

Andere Autoren erweiterten diesen recht dystopischen Blick auf die raumpolitische Ordnung der Moderne noch. Zu nennen wäre etwa die These von der „punitiven Segregation“ (Garland 2008: 269), die gegenüber der früheren Vorstellung von der Besserung des Straftäters nun auf die permanente Inhaftierung unerwünschter Personengruppen in einer teils privatisierten Gefängnisindustrie setze; oder auch die verwandte These von der „*Hypereinkerkerung*“ armer urbaner Bevölkerungsgruppen durch die stetige Überwachung im Rahmen von sozialstaatlichen „Workfare“-Maßnahmen (Wacquant 2012: 121f). Auch die Funktion von Flüchtlingslagern bei irregulären Konflikten etwa im Nahen Osten wurde in ähnlicher Weise beschrieben: In diesen können einerseits sich bekämpfende Gruppen problemlos neue Anhänger rekrutieren und die Lager als Rückzugsraum nutzen, andererseits können sie (und ihre unbeteiligte Bevölkerung) aber auch straflos angegriffen werden – somit tragen sie über die räumliche Konzentration der bürgerkriegsartigen Gewalt zur Stabilisierung und Befriedung der territorialen Staaten bei, auf deren Gebiet sie sich befinden (Ramadan 2009). Dieses Beispiel mit seinen ethisch perversen Verhaltensanreizen ist gleichfalls typisch für die dialektische Raumlogik der Agamben-Schule. Andere, dieser nicht zuzurechnende Autoren sehen die „Normalisierungstechniken“ der foucault’schen „Disziplinarmacht“ auch bei der Entwicklungspolitik gegenüber dem globalen Süden am Werk – auch hier würde, nun auf weltweiter Ebene, durch die Hierarchisierung bestimmter Wissens- und Existenzformen eine letztlich auch als panoptisch zu beschreibende politische Räumlichkeit geschaffen (Ziai 2007: 61-63).

Die verschiedenen poststrukturalistischen Ansätze, die sich meist auf den heterotopischen Ausnahmecharakter bestimmter politischer Räume beziehen, gehen über die schlichte Dichotomie territorialer und nicht-territorialer Räume hinaus und haben somit durchaus einen beträchtlichen Beitrag zu einer politikwissenschaftlichen Raumtypologie geleistet. Es sind ihnen aber auch Probleme inhärent, die ihre im Bezug auf manche Themen politischer Räumlichkeit fast hegemoniale Stellung als problematisch erscheinen lassen. Zunächst stellen sie – und zwar mehr noch als das Nomos-Denken Carl Schmitts – in weiten Teilen eher eine Gegenposition zu bereits bestehenden politik- und rechtswissenschaftlichen, territorialen oder

universalistischen Raumbeschreibungen dar; „it is a matter of disturbing and undermining particular orthodox ways of thinking“ (Johnson 2008: 624). Diese Funktion der Unterminierung gegebener Legitimierungserzählungen erfüllen sie mit ihren paradox anmutenden Gegenüberstellungen von Räumen der Normalität und des Ausnahmezustands oft brillant. Darüber hinaus aber ist ihr Beitrag zur theoretischen Beschreibung politischer Räume zumindest unvollständig, wenn nicht gar teils als Irrweg einzustufen.

Dies betrifft zum einen die Binnenlogik der in den Texten von Agamben und anderen beschriebenen raumkonstituierenden Prozesse: In fast allen Fällen ist lediglich das nahezu reibungslose Funktionieren eines monolithischen, in der klassischen Staatsrechtslehre der Exekutive zuzurechnenden Programms zu beobachten. Die Theorie der Räume des Ausnahmezustands erinnert so an die frühmoderne Rechtsdoktrin des „besonderen Gewaltverhältnisses“, also der ausschließlichen Bindung von Personen an die Exekutive in bestimmten Situationen etwa als Schüler, Soldat oder Beamter – und zwar in meist ebenfalls durch räumlichen Ein- oder Ausschluss zu beschreibenden, sogenannten „Anstaltsverhältnissen“ (Kielmansegg 2012: 881). Diese Analogie zeigt aber gleichzeitig die epistemischen Grenzen des „jargon of exception“ (Huysmans 2008: 176) auf: Schließlich wurden diese staatsrechtlich verräumlichten Ausnahmezustände im Verlauf sozialstruktureller Evolution und im Zuge unzähliger politischer Kämpfe transformiert und häufig in im wesentlichen reguläre, weitgehend grund- und menschenrechtskompatible Verhältnisse transformiert (Kielmansegg 2012: 882). Eine solche Transformation politischer Räume ist im Rahmen der beschriebenen exzeptionalistischen Ansätze kaum denkbar, da sie prinzipiell auf das paradoxe Verhältnis von Ein- und Ausschluss bestimmter Personengruppen aus bestehenden Ordnungen als einzigem Mechanismus der Konstitution politischer Räume setzen.

Dieser begriffliche Monismus bringt dann auch absurd erscheinende Generalisierungen mit sich – wie vor allem die, dass zur Beschreibung drastisch unterschiedlicher Verräumlichungen des Politischen wie etwa der nationalsozialistischen Konzentrationslager einerseits und der bürokratischen Überwachung sanktionsbewehrter Wohlfahrtsstaatlichkeit andererseits die gleiche Begrifflichkeit erhalten muss (vgl. Geulen 2010: 142). Jegliche Differenzierung ist nur theorieextern aus der konkreten Beschreibung der untersuchten Fälle zu ziehen – ganz zu schweigen von der vollständigen Abwesenheit potenziell konkurrierender Raumlogiken. In der politischen Praxis sind aber die bezeichneten Phänomene keineswegs unumstritten, ganz im Gegenteil – sie sind häufig Gegenstand von Skandalisierung und Auseinandersetzung. Dies zeigt sich etwa in Form von Debatten über Einwanderungspolitik, die keineswegs so

einseitig verlaufen wie die als unitär beschriebenen Diskurse von Homogenität und Kontrolle bei Agamben (vgl. Luft 2008: 13f).

Während die Funktion der Skandalisierung von der Begrifflichkeit des Ausnahmezustands im Zuge solcher Debatten sicherlich kompetent erfüllt wird, projiziert ihr Panoptismus gleichzeitig einen homogenisierenden und autoritären Vernunftglauben auf die heutige Gesellschaft, der auch ideengeschichtlich wohl nur als Überzeichnung verstanden werden kann (vgl. Semple 1993: 11f). In dieser Hinsicht zeichnet ein Großteil der von Foucault und Agamben inspirierten Literatur das Bild einer nahezu hermetisch abgeschlossenen Zwangsgesellschaft, welches ebenso einseitig sein dürfte wie die Vorstellung einer vollständig schrankenlosen Globalisierung. Grenzen müssen sich zumindest potenziell öffnen können, um überhaupt eine Funktion im weiteren sozialstrukturellen Zusammenhang zu haben. Die an Agamben anschließende Forschung scheint hier bisweilen einem übertriebenen Glauben an die Wirksamkeit materieller Ein- und Ausschließungen zu frönen – und gleichzeitig die weniger tragischen, vielleicht sogar normativ begrüßenswerten Effekte politischer Grenzen zu vernachlässigen. Beides wird von einer möglichen Gegenposition effektiv veranschaulicht:

„Demokratische Gemeinschaften sind nicht kontingenterweise, sondern notwendig exklusiv. Je anspruchsvoller man den Begriff eines Bürgers macht, je mehr Beteiligung an der Politik man von ihm erwartet, um so mehr gewinnen Grenzen an Relevanz. Wer republikanisch oder kommunitaristisch eine Selbstregierung von Bürgern als politisches Ideal betrachtet, kommt um den Begriff der Grenze nicht herum. Das bedeutet nicht, daß Grenzen als total geschlossene einen Sinn machen würden. Total geschlossene Grenzen sind so sinnlos wie total geöffnete. Total geöffnete Grenzen wären keine mehr. Total geschlossene lassen sich weder denken noch halten. Der Versuch, Grenzen total zu schließen, hat sich immer wieder als undurchführbar erwiesen. Die Mauer etwa, die durch Deutschland führte (der General Hoffmann hatte sie das ‚beste Grenzsicherungssystem der Welt‘ genannt), hat bei den von ihr Eingeschlossenen eine enorme Phantasie der Grenzüberschreitung entfesselt. Die Mauer wurde untergraben und überflogen.“ (Ottmann 2004: 340)

Im Sinne einer solchen Argumentation erscheint – wiederum ähnlich wie bei Schmitt – der Begriff des Raums oder der (räumlich verstandenen) Grenze bei den poststrukturalistischen Theoretikern aber als reichlich unterspezifiziert. Ergibt sich die Verwendung räumlicher Formen der politischen Abgrenzung im ursprünglichen Gefängnis-Panoptismus Foucaults noch aus der metaphorischen Beschreibung wie von selbst, so bleiben die zahlreichen weiteren in der Forschung behandelten räumlichen Ausnahmezustände die Erklärung ihres

real-räumlich gedachten Charakters meist schuldig: Ihre ausschließlich ein- und aussperrenden, typischerweise analog zu Foucaults panoptischer Metapher gefängnishaft angelegten Grenzen lassen sich eigentlich nur aus der Durchsetzung von in kontemporären, liberalen Demokratien kaum unumstrittenen radikalen Homogenitätsvorstellungen erklären. Für das im obigen Zitat bezeichnete ‚normale‘ Funktionieren politischer Räumlichkeit jenseits der wechselseitigen Konstitution von Ausnahmezustand und ihrerseits ja auch nicht unhinterfragbarer territorialer Normalität ist in ihnen kein Platz. Das Raumdenken des Ausnahmezustands setzt den territorialen Staat in Gestalt „eines in sich geschlossenen und abgrenzbaren Körpers voraus“ (Lemke 2004: 268). Diese Vorstellung wurde aber bereits als defizitär erkannt.

Ein wirklich *allgemeiner* und jenseits von – ansonsten in der Theorielandschaft insbesondere zur Kritik ‚naiver‘ Territorialitätsvorstellungen sicherlich wertvollen – poststrukturalistischen Begriffssubversionen *anschlussfähiger* politikwissenschaftlicher Raumbegriff müsste somit sowohl zu ‚exzeptionellen‘ als auch ‚normalen‘ Funktionsweisen politischer Räume und Grenzen Aussagen treffen können. Berechtigt erscheint in diesem Kontext die Forderung, zunächst dem abstrakteren Raumbegriff die epistemische Priorität gegenüber dem des Territoriums – oder sonstigen konkret abgegrenzten, durch Begriffstraditionen bereits vorgeprägten Raumformen wie etwa dem Begriff des Imperiums oder des Lagers – einzuräumen, um mit ersterem dann vielleicht auch letztere systematisch zufriedenstellend begründen zu können:<sup>9</sup>

„Analysing modern state formation, the primary focus ought to be on space, rather than on boundaries, and it is therefore necessary that we seek to historicize knowledge of space because space is not a stable category. In consequence, to understand the modern notion of territory the construction of a specific notion of space should have primacy relative to the idea of boundaries.“  
(Strandsbjerg 2010: 11)

Eine dieser Forderung entgegengesetzte Lösung des Problems der Territorialität ziehen solche Autoren in Betracht, die anstelle einer Neubegründung des Raumbegriffs stattdessen den Begriff der Grenze neu konzeptualisieren und dabei von räumlichen und territorialen

---

<sup>9</sup> Einen in der Sache kompatiblen, aber vor allem semantisch anderen Weg fordert Lutz (2005), der anstelle einer raumtheoretischen Neubegründung lediglich „mit dem Territorialitätskonzept nicht notwendig verknüpfte Überverallgemeinerungen und Dogmatisierungen“ vermeiden, also den Begriff des Territoriums „befreien und [...] flexibilisieren“ möchte (ebd.: 81; 79). Diese zu vermeidenden Dogmen treffen dann allerdings weitgehend den Kern des im vorigen Kapitel beschriebenen Territorialisierung des Raums in der Politikwissenschaft (ebd.: 80f) – ein Rekurs auf den allgemeineren Begriff des Raums ist damit m. E. weniger missverständlich.

Konzepten entkoppeln wollen. So argumentiert etwa Anter (2004: 256f), die territoriale Grenze im Sinne Jellineks sollte im Rahmen einer Theorie politischer Ordnungsbildung nur als Spezialfall einer Vielzahl möglicher gesellschaftlicher Grenzregimes gewertet werden – das Vorhandensein von Abgrenzungen sei zur Konstruktion politischer Identitäten als „anthropologische Konstante“ unentbehrlich, die territoriale Ausprägung hingegen durchaus kontingent. Es seien gleichermaßen „soziale und politische [...], künstliche und natürliche, sichtbare und unsichtbare Grenzen“ denkbar und relevant (ebd.: 256). Vom Ansatz her ähnlich gelagert sind soziologische Überlegungen, die im Rahmen der „postnationalen Grenzkonstellation“ des heutigen Europas eine Pluralisierung von Grenzen und deren Funktionen feststellen – Grenzen erscheinen damit aber nur noch als räumlicher Ausdruck von Denationalisierungsprozessen im Rahmen der europäischen Integration (Vobruba 2010: 443). Eine raumtheoretische Auseinandersetzung würde sich damit wohl erübrigen: Grenzen wären lediglich ein sozialer Tatbestand der Trennung bestimmter Personen oder deren Rollen, und eine besondere Bedeutung räumlicher Charakteristika politischer Grenzen wäre über deren bloße Visualisierung hinaus nicht gegeben.

Auch Vasilache (2007: 28) beginnt seine grenztheoretische Analyse des Staatsbegriffs mit der Einsicht, dass „Räumlichkeit selbst keine Größe ist, die Grenzen in besonderer Art ausweist“, vielmehr seien diese lediglich ein „Phänomen [...], das Unterscheidungen ermöglicht und Aufteilungen erlaubt“ – also letztlich nichts anderes als eine Bezeichnung für soziale Differenzierung. Dem muss an dieser Stelle gar nicht inhaltlich widersprochen werden – naheliegend wäre aber die anschließende Frage, warum entsprechende politische Abgrenzungen in vielen Fällen eben doch als spezifisch räumliche Kategorie beschrieben werden, und inwiefern räumliche Grenzen gegenüber anderen Unterscheidungsmöglichkeiten spezielle Funktionalitäten oder Relevanzen aufweisen, die diese ja gewissermaßen standardisierte Beschreibungsform rechtfertigen oder erklären könnten.<sup>10</sup>

Man kommt also um eine grundlagentheoretische Klärung der Relevanz des Raums kaum herum. Der Raumbegriff hat aber, wie bereits deutlich geworden sein sollte, in der Theoriebildung besonders der deutschsprachigen Politikwissenschaft einen schweren Stand. An der Plausibilität der vor zwei Jahrzehnten getroffenen Diagnose – dass nämlich der Raumbegriff „an sich keine politikwissenschaftliche Kategorie“ (Fürst 1993: 293) darstelle –

---

<sup>10</sup> Im Kontext der in diesen ersten beiden Kapiteln angesprochenen Problematik – der in der modernen politischen Theorie meist strikten Kopplung souveräner Staatlichkeit und territorialer Grenzen – könnte man überhaupt auch berechtigte Zweifel daran äußern, ob die Diskussion einer Theorie staatlicher Grenzen tatsächlich ohne implizit vorausgesetzten raumtheoretischen Subtext stattfinden kann. Desweiteren wäre fraglich, ob unter der Voraussetzung der recht traditionell definierten staatlichen Grenze als Unterscheidung von Innen und Außen politischer Souveränität wirklich überkommene Binaritäten transzendiert werden können (vgl. auch Vasilache 2012: 140).



hat sich zwischenzeitlich nicht dramatisch viel geändert.<sup>11</sup> Dies bedeutet nicht, dass das Wort ‚Raum‘ oder dessen Derivate keine Verwendung finden würden – sie werden aber meist als eine Art stark generalisierter Verweis auf eine Vielheit von Möglichkeiten oder auf das Feld des Politischen allgemein, als Chiffre für territorial oder gebietsartig verstandene Abgrenzungen oder auch als Formel für einen letztlich eigenschaftslosen Schauplatz der eigentlich interessierenden politischen Ereignisse verwendet und bleiben so hochgradig unspezifisch (vgl. Howarth 2006: 107).

Als Raumbegriffe mag man diese Pluralität von Bedeutungen angesichts ihrer hochgradigen Austauschbarkeit kaum verstehen, eine ausgearbeitete politikwissenschaftliche Raumtheorie liegt ihnen jedenfalls nicht zugrunde. Herausragende Ausnahmen wie die Arbeiten von Ziai (2007) zur „Nord-Süd-Politik“ in der Entwicklungszusammenarbeit, von Münkler (2009) über die Figur der auch räumlich verstandenen „Mitte“ in der politischen Ideengeschichte, von Huhnholz (2010) über die räumlichen Vorstellungs- und Handlungsmuster dschihadistischer Terroristen, von Stetter (2008) über die räumliche Regionalisierung des Nahen Ostens oder von Helmig (2008) über die metaphorische Verwendung von Raumbildern in der strategischen und rüstungspolitischen Argumentation für Raketenabwehrsysteme untersuchen in anspruchsvoller Form bestimmte räumliche Aspekte ihrer jeweiligen Forschungsfelder, gehen dabei aber nicht systematisch auf allgemeine raumtheoretische Fragen ein. Vielmehr beziehen sie ihre diesbezügliche Inspiration verschiedentlich aus geographischen, philosophischen, kulturwissenschaftlichen oder raumsoziologischen Diskussionen und Begriffsmustern, die auf das jeweils interessierende Problem zugespißt werden. Diese konzeptuelle Pluralität wird noch unterstrichen durch die stark divergierenden Raumverständnisse, die in den wenigen explizit räumlichen Themen gewidmeten Sammelbänden (Schmitt 2002; Voigt 2008a) vertreten werden.

Während diese in den letzten Jahren zu verzeichnende relative Häufung von mit Raumthemen beschäftigten Arbeiten durchaus auf ein gesteigertes Interesse an räumlichen Aspekten der Politik hindeutet, verbleiben die meisten dieser Arbeiten in der Binarität von territorialen und nicht-territorialen Ordnungen oder interpretieren die räumlichen Konzepte Schmitts, Foucaults und Agambens im Bezug auf die jeweils interessierenden Forschungsfragen. Von

---

<sup>11</sup> Die dafür gelegentlich angeführten normativen Begründungen, die sich insbesondere auf die Rolle der Geopolitik in der Epoche der Weimarer Republik beziehen, werden im entsprechenden Abschnitt gesondert betrachtet und kritisiert (siehe Kap. 3.2.3). Eine weitere, begriffsgeschichtliche Erklärung wäre die Behauptung einer generalisierten Präferenz der Sozialwissenschaften für zeitliche, historische anstelle räumlicher, statischer Begriffe – womit dann aber wiederum ein impliziter Raumbegriff mitgeführt wird (siehe Kap. 2.1.2). Allgemein überwiegt aber in der politikwissenschaftlichen Literatur – wie oben dargestellt – die stillschweigende Annahme, mit der Akzeptanz oder Kritik des Modells staatlicher Territorialität sei das Raumthema bereits erschöpfend behandelt.

einer tatsächlichen politikwissenschaftlichen Raumtheorie mit eigenem begrifflichen Instrumentarium kann noch keineswegs die Rede sein. Eher scheint es sich meist um eine Projektion bereits vorgefundener politischer Strukturen auf den Raum als eine Art leerer, neutraler Folie zu handeln – so etwa das Territorium als bloße Verräumlichung der Vorstellung eines souveränen, homogenen Nationalstaates, oder die Heterotopien Foucaults als Verräumlichung sozialer Anomalien. Interesse an einer potenziellen theoretischen *Performanz* von Raum ist kaum gegeben.

Dementsprechend ist es auch so, dass die Politikwissenschaft an trans- und interdisziplinär geführten Diskussionen zum Raum als Begriff und Forschungsfeld nur sehr wenig partizipiert: In einem Grundlagenwerk zur Bedeutung des Raums in verschiedensten Disziplinen (Günzel 2009) tritt sie als solche überhaupt nicht in Erscheinung – sehr wohl hingegen Fächer, die man vom Alltagsverständnis her sehr viel weniger mit räumlichen Sachverhalten in Verbindung bringen würde, wie etwa die Erziehungswissenschaft (Reutlinger 2009) oder die Musikwissenschaft (Noeske 2009). Dieses Muster setzt sich fort: In einem vielbeachteten Sammelband über das „Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften“ (Döring/Thielmann 2008) tritt die Politikwissenschaft gleichfalls nicht in Erscheinung, ebenso wenig in einem prominenten Überblickswerk zur Verwendung des Raumbegriffs in den verschiedensten theoretischen Kontexten (Günzel 2010) – ein eigenes Kapitel über den politischen Raum beschäftigt sich vor allem mit der soziologischen sowie literaturwissenschaftlichen Debatte zum Werk Giorgio Agambens (Geulen 2010: 142f). In einem weiteren, vergleichbaren Sammelband mit Schwerpunkt auf diskursorientierten Ansätzen ist zwar von Politik durchaus, aber von Politikwissenschaft wieder nicht die Rede (Glasze/Mattisek 2009), eine Sammlung klassischer Texte zur Raumtheorie (Dünne/Günzel 2006) enthält im Abschnitt über politische Räume – neben geographischen, geschichtswissenschaftlichen und philosophischen Klassikern – immerhin Texte von Hannah Arendt und Carl Schmitt, von einer Relevanz aktueller politikwissenschaftlicher Ansätze für die Befassung mit Raum ist aber nichts zu lesen. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Politikwissenschaft ist nicht nur eine weitgehend raumlose Disziplin – auch findet die Debatte über den politischen Raum in anderen Disziplinen weitgehend ohne sie statt.

Dies liegt vermutlich nicht daran, dass räumliche Kategorien in politikwissenschaftlichen Arbeiten nicht insbesondere zur Darstellung von empirischen Sachverhalten verwendet würden – sondern vielmehr in einer nur oberflächlichen oder diesen schlicht mit dem Staatsgebiet oder dessen administrativen Unterteilungen gleichsetzenden Befassung mit dem Raumbegriff. In manchen anderen Fällen werden räumliche Unterscheidungen als weiter nicht

erklärungsbedürftige Abgrenzungen von statistisch ermittelten Merkmalsträgern behandelt. Als Musterbeispiel sei hier eine Untersuchung über Konfliktformationen in der deutschen Gesellschaft der Gegenwart (Lessenich/Nullmeier 2006) genannt: Hier werden von 17 strukturell bedeutsamen *cleavages* immerhin fünf als offensichtlich räumlich zu verstehende Gegensätze präsentiert – diese wären „Ost – West“ (Rehberg 2006), „Nord – Süd“ (Bohler/Hildenbrand 2006), „Deutsche – Ausländer“ (Thränhardt 2006), „Stadt – Land“ (Häußermann 2006) sowie „Beweglich – Unbeweglich“ (Lessenich 2006). Während dabei aber sozialstrukturellen, insbesondere einkommens- und bildungsmäßig zu beschreibenden Differenzen unter Berücksichtigung sozialtheoretischer Erklärungen und Begriffe große Aufmerksamkeit gewidmet wird, erscheinen räumliche Unterscheidungen lediglich als Kulisse, vor der sich die eigentlich interessierenden Konflikt- und Identitätsbildungsprozesse abspielen (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006: 25).<sup>12</sup>

In anderen, explizit auf den Raumbegriff eingehenden Arbeiten wird dieser dann meist entweder sofort und ohne weitere Begründung mit Territorialität gleichgesetzt (z.B. Kick 2001: 233). In einigen weiteren Fällen wird der Raumbegriff so weit generalisiert, dass der politische Raum dann kaum mehr als eine Chiffre für das Politische an sich oder ein bestimmtes Modell politischer Öffentlichkeit darstellt:

„Dabei gilt der Raumbegriff als Veranschaulichung einer symbolischen Ebene, auf der die Akteure ihre partikularen Forderungen vertreten, wenn sie als repräsentativ und legitim zur Geltung kommen wollen. Ein solcher Raum wird als durch Kommunikation konstruiert gedacht. Als Metakategorie steht er für Orte, an denen politische Kommunikation stattfindet; wo von politischen Akteuren – einzelnen oder Gruppen – über gemeinsame Angelegenheiten kontrovers und auch durchaus konflikthaft verhandelt wird. So wird vor allem die politische Öffentlichkeit als jener Raum bezeichnet, den die Menschen benötigen, um überhaupt in Erscheinung zu treten und sich kommunikativ zur Geltung bringen zu können.“ (Groh/Weinbach 2005: 11)

Eine derartige Beschreibung politischer Räume über das Kriterium der Sichtbarkeit von konkreten Personen mit politischen Anliegen könnte zumindest den potenziellen Kern einer neuen, nicht exklusiv auf staatliche Grenzen fixierten Begrifflichkeit in sich tragen. Die Neufassung des Raumbegriffs findet dann aber typischerweise nicht statt, sondern wird über seine Gleichsetzung mit dem Öffentlichkeitsbegriff tendenziell redundant. Damit ist nicht

---

<sup>12</sup> Gerade bei den genannten Arbeiten ist dies zu bedauern, da ja in den beiden letztgenannten Fällen impliziert wird, dass politisch relevante räumliche Unterscheidungen keineswegs nur entlang von Staatsgrenzen (oder deren internen administrativen oder bundesstaatlichen Korrelaten) getroffen werden. Die hier erhobene Forderung nach einer differenzierteren, grundlegend begründeten Raumbegrifflichkeit könne eventuell auch aus rein empirischen Arbeiten hergeleitet werden, was eine hier weiter nicht verfolgte Option darstellt.

gesagt, dass politische Öffentlichkeit nicht auch selbst räumlich zu denken oder für eine Raumtheorie des Politischen ohne Interesse sei. Im Gegenteil: Die Feststellung einer grundlegenden Opposition zweier in der Politikwissenschaft möglicher Raumvorstellungen – etwa einerseits einer auf Personen im öffentlichen Raum abstellenden aristotelischen, die auf individuellen Akteuren zugänglichen, verräumlichten Handlungsoptionen basiert und insofern tendenziell kleinmaßstäblich zu denken wäre; und andererseits einer hobbesianischen, die auf die Abgrenzung beliebig großer, abstrakter Flächenräume durch kollektive Akteure wie eben insbesondere Staaten abstellt (Dicke 2002: 27) – erscheint auch ideengeschichtlich zunächst plausibel, da derartige Raumvorstellungen in der Tat bei den genannten wie auch bei anderen philosophischen Klassikern auftauchen. Sie weisen zudem eine deutliche begriffliche Spannung auf, die zur Initiation einer raumtheoretischen Debatte in der Politikwissenschaft nicht unbrauchbar scheint.<sup>13</sup>

Der Gegensatz dürfte aber in dieser Polarität für die gegenwärtige Theorie der Politik dennoch nur von begrenztem Nutzen sein: Zum einen sind großräumige, abstrakte Territorialmodelle nicht nur von makrostruktureller Bedeutung, sondern auch als identitätsstiftende Narrative ein oft nicht ganz unbedeutender Teil individueller politischer Ziel- und Wertorientierungen. Zum anderen sind aber diese Orientierungen – und zwar gerade auch dann, wenn sie in der politischen Öffentlichkeit zur Geltung gebracht werden sollen – nicht nur Regeln mit territorial definierter Gültigkeit unterworfen, sondern auch nicht erst seit der Entwicklung internetbasierter politischer Kommunikationsformen auf materielle Infrastrukturen angewiesen, die innerhalb und für territorial beschriebene Räume geplant und hergestellt werden. Ein gehaltvoller Begriff politischer Räume wäre demzufolge „weder mit dem Territorium noch mit den institutionalisierten Öffentlichkeiten der politischen Gemeinschaft identisch, sondern deren Voraussetzung“ (Greven 1998: 262f).

Die beiden entgegengesetzten Konzepte erschienen dann eher als normative Ansprüche an diesen allgemeineren politischen Raum – beim „Flächenkonzept“ gehe es um „die Durchsetzung (im wesentlichen) negativer bürgerlicher Rechte und Freiheiten“ und den Schutz vor äußeren Übergriffen, das „Ortskonzept“ hingegen würde in eher allgemeiner kritischer oder emanzipatorischer Absicht ins Feld geführt (Luutz 2005: 71, im Original hervorgehoben). Damit wären auch diese beiden Konzepte wieder räumliche Projektionen normativer politischer Forderungen – die sich auf einen aber nicht zur Verfügung stehenden

---

<sup>13</sup> Diese Gegenüberstellung findet offensichtlich ohne Kenntnis der in der Sozialgeographie stattfindenden *scale*-Debatte statt (siehe Kap. 2.2.1), was als weiterer Beleg für eine relative interdisziplinäre Isolation der Politikwissenschaft in raumtheoretischen Fragen gedeutet werden könnte.

allgemeinen Begriff politischer Räume und damit auf die für diese Arbeit maßgebliche Problematik beziehen.

Zusammenfassen könnte man diese eineleitende Problematisierung des Bestands an Raumkonzepten in der kontemporären Politikwissenschaft folgendermaßen: Es werden einerseits – vor allem in eher weniger theorielastigen, empirischen Forschungsarbeiten – „häufig recht inkonsistente und eher metaphorische Raumauffassungen“ (Huhnholz 2010: 3) vertreten. Sie hängen oft einem einfachen Territorialismus oder dessen ebenso unterkomplexen Negierung in Form basaler Globalisierungstheoreme an,<sup>14</sup> oder aber übernehmen in meist unkritischer Weise historisch vorgeprägte Begriffe wie etwa den des Imperiums zur Beschreibung der interessierenden Phänomene. Weitere Ansätze, die aber wie oben beschrieben die Form propädeutischer Überlegungen selten hinter sich lassen, beziehen sich auf Unterscheidungen von abstrakter Territorialität und lebensweltlichem Nahraum. Andererseits existiert – insbesondere in den Internationalen Beziehungen, und hier vor allem in englischsprachigen Publikationen – eine vielleicht als rudimentäre ‚Schule‘ zu verstehende Strömung in der Tradition Schmitts, Foucaults und Agambens, die sich auf Heterotopien als verräumlichte Permanenzen politischer Ausnahmezustände fokussiert.<sup>15</sup>

All diese Ansätze tendieren trotz ihrer hochgradigen Heterogenität zu einer Gemeinsamkeit: Raum wird als einfacher Gegensatz in der Form einer binären Unterscheidung von Innen und Außen, von Territorium und Globalität, von Heterotopie und Normalität behandelt. Wie diese Unterscheidung dann innerhalb der jeweiligen Ansätze dann operativ zum Tragen kommt, wird mittels anderer Kategorien beschrieben, die an sich nicht räumlicher Art sind. Mit anderen Worten: Der Raumbegriff verfügt in der gegenwärtigen Politikwissenschaft über keinerlei Performanz. Damit ist gemeint: Er stellt vor allem eine Art leere Folie dar, auf die die eigene Theoriearchitektur zwar visuell eindrucksvoll projiziert werden kann, die aber, wie in manch anderen sozialwissenschaftlichen Ansätzen, letztlich nur Vehikel einer „Essentialisierung und Verdinglichung sozialer Verhältnisse“ darstellt (Lippuner/Lossau 2010: 118). Ausnahmen davon sind entweder mythisch begründet (wie in der Nomos-Theorie Schmitts), alltagslogisch vorausgesetzt (so im Falle der meisten ‚naiven‘ Territorialitäts- und

---

<sup>14</sup> Zu den Deterritorialisierungsansätzen wäre unter Umständen auch noch der Kosmopolitismus in seinen verschiedenen Spielarten zu rechnen. Meist kritisieren dessen Vertreter aber jegliche Form exklusiver Politik oder exklusiver Sozialstrukturen, ohne dafür spezifische räumliche Unterscheidungen jenseits von Territorium und Globalität zu verwenden (vgl. Zierhofer 2007: 1620f). Die Argumente des Kosmopolitismus werden daher in dieser Arbeit nur punktuell und nur dann behandelt, wenn sie eine darüber hinausgehende raumtheoretisch interessante Perspektive vorschlagen (vgl. Kap. 2.1.1).

<sup>15</sup> Damit sollen die beträchtlichen Unterschiede zwischen den Perspektiven Schmitts, Foucaults, Agambens und verschiedener anderer hier dieser Strömung zugerechneten Autoren nicht eingeebnet werden. An anderer Stelle wird die Subsumtion der Raumkonzepte Agambens unter den Begriff der Heterotopie bestritten (Geulen 2010: 143). Was die genannten Ansätze allerdings sehr wohl gemeinsam haben, ist die Konzentration auf die Verräumlichung politischer Exzeptionalität als ordnungsbildende Leistung.

Globalisierungstheoreme) oder mittels metaphorischer Analogie eingeführt (das panoptische Modell Foucaults). Vernachlässigt wird gegenwärtig die Frage nach einer möglichen eigenständigen, performativen, über die Rolle der Veranschaulichung oder Symbolisierung hinausgehenden Funktion systematisch hergeleiteter räumlicher Begriffe und Formen innerhalb der politikwissenschaftlichen Theoriebildung, wie sie idealtypisch im Rahmen einer Raumsoziologie so beschrieben wird:

„Raum prägt unser Verhalten und drückt ihm seinen Stempel auf. Räume helfen zu entscheiden, in welcher Situation wir uns befinden. Sie strukturieren vor, in welche Situationen wir kommen können, welche Erwartungen wir haben können, sie strukturieren Interaktionsabläufe, machen einige wahrscheinlich, andere unwahrscheinlich.“ (Schroer 2006: 176)

Die kontemporäre Politikwissenschaft verhält sich gegenüber derartigen Aussagen, wie oben dargestellt, eher agnostisch: Während die in ihr vorkommenden Räume in Gestalt von Staatsgrenzen oder disziplinaren Institutionen durchaus Erwartungen und Verhaltensmuster erzeugen mögen, sind die räumlichen Formen selbst lediglich die Projektion oder materielle Gestaltwerdung von anderweitig erzeugten Verhaltenserwartungen, Strukturmustern oder Normierungen. Eine theoretische Eigenleistung des Raumbegriffs ist nicht gegeben. Eine solche wird aber in zahlreichen Ansätzen anderer Disziplinen aber mittlerweile durchaus als begrifflicher Normalfall – und bisweilen sogar mit beträchtlicher Emphase (s. u.) – vertreten. Man könnte sogar mit einigem Recht davon sprechen, dass in vielen Nachbardisziplinen – vor allem im Zeitraum nach der Jahrtausendwende – ein solchermaßen verstandener Raumbegriff eine mittlerweile langanhaltende, regelrechte Hochkonjunktur erfahren habe: Für die Geistes- und Sozialwissenschaften im Allgemeinen ist die Rede von einer „Wiederkehr des Raumes“, ohne dass damit schon festgestellt wäre, in welcher begrifflichen Gestalt der Raum denn zurückkehrt (Osterhammel 1998: 374f).

Da wären einerseits die Literatur-, Geschichts- und Kulturwissenschaften mit ihren vieldiskutierten „Raumkehren“, wie sie analog zum „*linguistic*“, „*discursive*“ und „*cultural turn*“ bezeichnet werden (Lippuner/Lossau 2010: 110). Diese bezeichnen eigentlich eine recht vielgestaltige Welle der Einführung performativer Raumbegriffe in die Analyse diverser kultureller, literarischer und historischer Narrationen. Als „*spatial turn*“ firmiert dabei meist die Einführung eines Paradigmas der sozialen Wirksamkeit einer außergesellschaftlich vorgestellten, materiellen Umwelt – ein Konzept, welches oft an die alte, teils bis auf klassische Philosophen der Antike zurückgeführte Denktradition des *Geodeterminismus* erinnert (Wagner 2010: 101): Soziale Ereignisse und sprachliche Narrative sollen verstanden

werden vor dem in Hintergrund der sie strukturierenden materiellen Räume. So hat sich in der Literatur- und der Geschichtswissenschaft eine Faszination insbesondere für die in dieser Tradition stehende *Geopolitik* verbreitet, eine in der heutigen Politikwissenschaft meist als proto- oder pseudowissenschaftlich betrachtete intellektuelle Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts (siehe Kap. 3.2.1).<sup>16</sup>

In der Politikwissenschaft ebenso wie in der Geographie als die ja ‚eigentlich‘ für Politik beziehungsweise Raum zuständigen Disziplinen hat diese Wiederbelebung jedoch eine eher verhalten-skeptische bis hochgradig ablehnende Reaktion erfahren, wozu die Identifizierung der Geopolitik mit revisionistischen Positionen im deutschen Historikerstreit (vgl. Huhnholz 2010: 2) ebensoviel beigetragen haben mag wie deren zu den eigenen epistemologischen Positionen nur wenig kompatibles „fatalistisch-deterministisches Raumverständnis“ (Helmig 2008: 51). Die begrifflich nicht in dieses Raster passenden, dennoch aufgrund der Betonung materieller Faktoren gelegentlich zum *spatial turn* gezählten Arbeiten des marxistischen Geographen David Harvey (2009; 2013) behandeln hauptsächlich stadtsoziologische Themen, deren Relevanz für die Politikwissenschaft derzeit noch nicht gesehen wird – vermutlich auch deswegen, weil die urbane Ebene maßstäblich nicht mit der noch vorherrschenden disziplinären Fixierung auf Räume territorialen oder gar globalen Maßstabs harmoniert. Jenseits der akademischen Politikwissenschaft aber war die Wiederbelebung geopolitischer Begrifflichkeiten in der populären gegenwartsdiagnostischen Literatur ein durchaus beachtlicher, zahlreiche Bestsellerlisten stürmender Erfolg (Khanna 2008; Friedman 2009; Kaplan 2012; vgl. Kap. 3.2.3). Damit würde zumindest innerhalb eines aufklärerischen Wissenschaftsverständnisses die Notwendigkeit einer wie auch immer kritischen oder konstruktiven theoretisch fundierten Reaktion auf diese teils recht öffentlichkeitswirksamen Werke deutlich gegeben.

Eine mit kontemporären metatheoretischen Präferenzen eher vereinbare raumtheoretische Position ist hingegen mit dem „*topographical turn*“ verbunden, der innerhalb der Kultur- und Sprachwissenschaften die soziale Konstruktion von Räumlichkeit insbesondere über die Performanz kartographischer Darstellungen in den interessierenden Zusammenhängen

---

<sup>16</sup> Die Initialzündung dafür waren im deutschen Sprachraum vermutlich die 2003 zuerst publizierte Aufsatzsammlung *Im Raume lesen wir die Zeit* von Karl Schlögel (2007) sowie die Rezeption französischer Geographen wie vor allem Yves Lacoste (1990). Einige weitere Arbeiten befassen sich kritisch mit der Rolle der Geopolitik vor allem im nationalsozialistischen Deutschland (Jureit 2012; Köster 2002; Sprengel 1996). Mittlerweile existieren aber auch Ansätze, die geopolitische Begriffsbildungen für die Rekonstruktion literarischer Narrationen nutzbar machen wollen (Werber 2007) oder aber geopolitische Formulierungen in der Politik der Gegenwart medientheoretisch deuten (Maresch 2002; Kretzschmar 2002; Werber 2002). In der englischsprachigen Geschichtswissenschaft wären neben vielen anderen vor allem die Arbeiten von Jeremy Black (2009) zu nennen, in denen eine Wiederbelebung des materialistischen Raumdenkens der Geopolitik gefordert wird.

untersucht (Günzel 2008: 223). Hier ist auch eine beginnende Rezeption in der Politikwissenschaft (Strandsbjerg 2010) zu verzeichnen, die sich an entsprechenden Vorbildern in Geographie und Kulturwissenschaft orientiert. Als „*topological turn*“ hingegen werden solche Ansätze bezeichnet, die mittels strukturalistischer Methoden die logische Strukturierung des Raumes in den Blick nehmen, die den visuellen oder kartographischen Repräsentationen zugrunde liegt (Günzel 2008: 224f).

Teils werden auch einzelne Aspekte des Raumdenkens von Foucault (Wagner 2010: 106) und Agamben (Günzel 2008: 225f) dem *topological turn* zugerechnet, so dass man hier durch die an diesen orientierten Arbeiten vielleicht von einer marginalen politikwissenschaftlichen Partizipation am *spatial turn* sprechen könnte – eher wäre allerdings die Rede von einem partiellen Nachvollzug angemessen, eine Debatte über die verschiedenen *raumtheoretischen* Positionierungen findet, wie bereits dargestellt, kaum statt. Eine zumindest quantitativ wesentlich bedeutendere Gegenposition zum neuen Materialismus des *spatial turn* – beziehungsweise der mit ihm verbundenen Wiederbelebung geopolitischer Begrifflichkeiten – könnte man hingegen in den *critical geopolitics* sehen. Diese vor allem von Geographen getragene Strömung politischen Raumdenkens (siehe Kap. 3.4), die epistemologisch zwischen sozialkonstruktivistischen und poststrukturalistischen Positionen oszilliert, weist mit durch sie dominierten Publikationen wie der Zeitschrift *Geopolitics* durchaus eine Sonderstellung auf. In akademischer Hinsicht hat sie reüssiert wie nur wenige politische Raumtheorien – sicherlich mit Ausnahme der Geopolitik in der klassischen Moderne und vielleicht noch der aktuellen, an Schmitt, Foucault und Agamben orientierten Arbeiten.<sup>17</sup> Trotz dieses Erfolges hat sie sich für die Geographie (Müller/Reuber 2008: 461f) wie auch für die Politikwissenschaft (Helmig 2008: 66f) als recht wenig anschlussfähig erwiesen – außerhalb ihrer eigenen Kreise werden ihre Ideen sehr wenig rezipiert. Eher scheint die Kritische Geopolitik ein zwar im Bezug auf ihre Publikationsdichte erfolgreiches, aber sich dennoch weitgehend selbst genügendes Nischendasein zu führen.

Eine solche Tendenz zur Bildung relativ geschlossener Rezeptionsbereiche ist sicherlich in allen Bereichen der Wissenschaft in gewissem Ausmaß zu finden – ohne dass man deswegen gleich von Hermetismus oder gar von Zitierkartellen sprechen müsste. Was bei der Kritischen Geopolitik aber vor allem wegen ihres ja gegebenen Erfolges besonders ins Auge fällt, ist letztlich bei allen vorgenannten politischen Raumkonzepten in recht hohem Maß gegeben: Es

---

<sup>17</sup> Der Erfolg der Kritischen Geopolitik zeigt sich unter anderem daran, dass sie neben den allgegenwärtigen Globalisierungstheorien als einziger explizit räumlich argumentierender Ansatz Aufnahme in ein verbreitetes Einführungswerk zur Theorie der Internationalen Beziehungen gefunden hat (Albert et al 2003). Ihre weitere Rezeption in der politikwissenschaftlichen Forschung ist jedoch überschaubar.



gelingt den verschiedenen Denkschulen nicht oder kaum, ihre Raumbegrifflichkeiten an andere Bereiche der Disziplin weiterzugeben – und hier wäre im Vergleich zu den lebhaften Debatten über den Raumbegriff etwa in den Kulturwissenschaften durchaus ein Defizit zu sehen. Der *mainstream* der Politikwissenschaft arbeitet nach wie vor mit unspezifizierten, folienartigen Raumvorstellungen, die nur gelegentlich über das bereits vor über 100 Jahren von Jellinek Gesagte hinausgehen. Mehr noch – häufig kommt es sogar zu einer drastisch vereinfachenden Zuspitzung von dessen ja eigentlich als für Erweiterungen offener, epochen- und disziplinspezifisch gedachter Territorialitätsdoktrin.

In der über die Grenzen verhältnismäßig kleiner, hochspezialisierter und oft auch politisch recht spezifisch ausgerichteter epistemischer Gemeinschaften hinausgehenden Fachdiskussion ist eigentlich immer noch ein vor nun fast 20 Jahren im Rahmen der politikwissenschaftlichen Globalisierungsdiskussion erschienener, verdienstvoller Aufsatz das letzte Wort: Dieser sah die Räumlichkeit des Politischen in der Gegenwart durch die Spannung zwischen einer territorialstaatlichen Ordnung einerseits und diese infragestellenden Entgrenzungsprozessen etwa in Form von Welthandel, Migration und Regionalisierungsphänomenen definiert (Brock/Albert 1995). Diese Beschreibung ist sicherlich im Bezug auf empirisch feststellbare Phänomene auch heutzutage noch keineswegs unplausibel – sie kann aber ebenso wenig wie die oben aufgeführten, eher dezidiert raumtheoretisch argumentierende Positionen überzeugend verdeutlichen, wozu der Raumbegriff in theoretischen Kontexten dienen kann oder soll.

Die Beschreibung von politischen Ereignissen, Strukturen und Prozessen in alltagsmäßig als räumlich verstandenen Termini ist eine Sache – sie verlässt sich aber auf „die ontogenetische Annahme, dass es *den* Raum gibt“ (Nitschke 2008: 49). Eine ganz andere Forderung ist aber, und hier scheint gerade auch im Kontext der in den Nachbardisziplinen sehr lebhaften Raumdebatte verstärkt Reflexionsbedarf zu bestehen, die Rekonstruktion von Regelmäßigkeiten oder zumindest kognitiven Schemata, die solchen Beschreibungen als räumlichen Beschreibungen zu Grunde liegen und die *Raum* als theoretisch gehaltvollen Begriff erst legitimieren könnten. Von einem solchen generalisierbaren, positiv bestimmbar und über die engen Grenzen sehr spezifischer Theorie- und Textformen hinaus anschlussfähigen Raumbegriff ist die politiktheoretische Diskussion nach wie vor recht weit entfernt. Die hier vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur Bildung eines solchen Konzepts leisten.

### **1.3 Vorgehensweise: Eine metatheoretische Rekonstruktion politischer Räume**

Dazu erscheint es als sinnvoll, zunächst einen metatheoretischen Zugang zum Thema zu wählen. Metatheorie soll dabei nicht als eine Diskussion erkenntnistheoretischer Prinzipien oder konkurrierender Wissenschaftsverständnisse verstanden werden, sondern als Beobachtung und systematischer Vergleich der Funktionsweise von Begriffen, Argumenten und Theorien – in diesem Fall eben von Raumbegriffen, mit räumlichen Begriffen formulierten Argumenten und aus solchen Argumenten konstruierten Raumtheorien – in unterschiedlichen epistemischen und empirischen Kontexten (vgl. Turner 1990: 40). Ziel ist es dabei keineswegs, den einen, ‚richtigen‘ Raumbegriff zu finden – ein solches Ziel wäre im Rahmen einer begrüßenswerterweise hochgradig pluralen Sozialwissenschaft drastisch überzogen, auch wenn manche Arbeiten noch von der zumindest potenziellen Auffindbarkeit eines solchen Begriffs auszugehen scheinen (z. B. Howarth 2006: 129). Vielmehr geht es darum, die Frage nach dem Raum des Politischen auf ein höheres Abstraktionsniveau zu heben, um so vorrangig die im vorigen Kapitel bemängelte fehlende wechselseitige Anschlussfähigkeit und Generalisierbarkeit der verschiedenen vorhandenen Raumkonzepte zumindest ansatzweise zu beheben (vgl. Turner 1990: 44).

Metatheorie bedeutet im hier vertretenen Verständnis zunächst einen Rekurs auf eine allgemeine soziologische Gesellschaftstheorie. Es wären verschiedene Alternativen zu diesem Rekurs denkbar – so etwa ein wissenschaftsphilosophischer oder kosmologischer Zugang zum Thema Raum, oder auch eine aus reinem Theorienvergleich bestehender Ansätze gewonnene Abstraktion einer möglichst allgemeinen Vorstellung politischer Räumlichkeit (vgl. Ritzer 1990: 4f). Im Bereich der empirischen Forschung könnte vielleicht die Verwendung von Geoinformationssystemen in Zukunft zur Bildung entsprechend informierter neuartiger Begriffe und somit auch zur metatheoretischen Verunsicherung bestehender Konzepte beitragen – wobei aber deren Datenerfassung zunächst entsprechend codiert werden müsste und somit begrifflich vorgeprägt wäre (Weidmann/Kuse 2009: 37). Derartige Ansätze sind denkbar, legitim und mögen in Zukunft das vorhandene Wissen über politische Räume drastisch erweitern. Sie würden aber jeweils die Einführung völlig neuer, themenspezifischer und in der bisher zur Verfügung stehenden politikwissenschaftlichen Theoriesprache noch nicht etablierter Begriffe verlangen. Es bestünde das Risiko, lediglich der an Neologismen nicht gerade armen Beschreibungsformen politischer Räume (vgl. insbesondere Kap. 3.2) einige weitere hinzuzufügen, ohne dass ein Beitrag zur Anschlussfähigkeit dieser in der bestehenden Forschungslandschaft geleistet würde.

Die Entscheidung für einen soziologischen, gesellschaftstheoretischen Ansatz hat darüber hinaus schlicht einen forschungspragmatischen Grund, nämlich den der wechselseitigen Übersetzbarkeit der bereits vorhandenen Konzepte. In auch der bisher schon häufig theoretische und begriffliche Inspiration für politikwissenschaftliche Ansätze bietenden Soziologie sind raumbezogene Theorien von einem relativ randständigen Forschungsbereich zu einer dynamischen Teildisziplin der Raumsoziologie gereift, die neben einer großen Zahl stark beachteter Publikationen (u. a. Eigmüller/Vobruba 2006; Löw 2001; Schroer 2006; Stichweh 2008) eine lebhaftige Debatte über einen den Sozialwissenschaften angemessenen Raumbegriff hervorgebracht hat. Zahlreiche Ansätze dieser Raumsoziologien stimmen epistemologisch und methodisch mit auch politikwissenschaftlich genutzten – so etwa handlungstheoretischen, sozialkonstruktivistischen, historisch-materialistischen oder diskurstheoretischen – Ansätzen weitgehend überein und benötigen keine gesonderte Übertragungsleistung der Begriffe und Argumentationsweisen untereinander.

In einer recht unübersichtlichen Forschungslandschaft zum Thema politischer Räume – die sich ja auch noch wie oben festgestellt über verschiedenste Disziplinen verteilt, neben der Politikwissenschaft könnten insbesondere die Geographie, die (Raum-)Soziologie, die Geschichtswissenschaft sowie teils auch neuere literatur- und kulturwissenschaftliche Ansätze eine Rolle spielen – kann die Entscheidung für eine verbindende gesellschaftstheoretische Metasprache vermutlich das weitere Vorgehen erleichtern, wie auch eine mit einer in Gestalt des Sicherheitsbegriffs vergleichbar weitläufigen Problematik konfrontierte Arbeit feststellt (Schirmer 2008: 11). Anstelle der Schaffung eines vollständig neuartigen Vokabulars zur Beschreibung politischer Räumlichkeit kann die Nutzung einer soziologischen Metatheorie die Integration vorhandener, relevanter Wissensbestände und Debatten ermöglichen. Durchaus erwünschte Abstraktion und (vorläufige) Empirieferne sowie eine an sich unerwünschte, teils durch Konvention, teils aber auch durch die Schwierigkeit der Begriffsbildung auf hoher Generalisierungsebene bedingte Schwierigkeit des Textes sind dafür eventuell in Kauf zu nehmende Nebenfolgen (vgl. Moeller 2012: 12).

Dies trifft mit hoher Wahrscheinlichkeit in besonderem Maße auf die mit dem Namen Niklas Luhmanns verbundene und in verschiedener Form weiterentwickelte soziologische Systemtheorie zu, die dieser Arbeit als maßgebliche Anleitung zur Beobachtung politischer Räume zugrundegelegt wird.<sup>18</sup> Dem stehen allerdings beträchtliche Vorteile gerade im Bezug

---

<sup>18</sup> Die beliebte und keineswegs unbedeutende Unterscheidung von Frühwerk und Spätwerk Luhmanns macht hier eine Positionierung unvermeidlich: Ich beziehe mich grundsätzlich, wenn nicht anders angegeben, auf die nach der „Durchepistemologisierung“ (Göbel 2000: 135) durch den Autopoiesis-Begriff und den radikalen Konstruktivismus gegebene Werkphase. Zentral sind hier insbesondere die Hauptwerke *Soziale Systeme* und *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (Luhmann 1984; 1997) sowie als maßgebliche Arbeit zur Politik *Die Politik*

auf die oben genannten Desiderata gegenüber: Die mit ihr verknüpfte Zugangsweise der Beobachtung von Beobachtungen zwingt geradezu zu einer nicht-ontologischen, differenztheoretischen Betrachtungsweise von alltäglichen Realitätsbeschreibungen, wie sie im interessierenden Themenbereich immer wieder auftreten, sowie zu einem wechselseitigen Bezug der gewonnenen Neubeschreibungen im Sinne von Anschlussfähigkeit – die Systemtheorie „versucht, die Intransparenz der Gesellschaft durch koordinierte begriffliche Rekonstruktion transparent werden zu lassen“ (Redepenning 2006: 40). Die zuvor als metatheoretisch gekennzeichnete Herangehensweise ist also zentraler Bestandteil jedes systemtheoretisch informierten Beobachtungsversuchs und nicht ein gewissermaßen nachträglich einzubauender Mechanismus etwa zum Schutz vor empirischer Übersättigung. Aus eben diesem Grund ist auch die gelegentlich als problematisch empfundene Tatsache, dass die politische Soziologie Luhmanns eine Präferenz für konventionelle, also Politik als territorialstaatlich im Sinne von Jellinek beschreibende Politikmodelle aufzuweisen scheint (vgl. Albert 2004: 22f), eher als Herausforderung an den Umgang mit der Theorie denn als grundsätzliche Infragestellung ihrer epistemischen Kernaussagen zu betrachten. Aus diesen lässt sich weder ein territorialer *bias* noch eine sonstige klare raumbegriffliche Präferenz gewinnen, was im Bezug auf die Rekonstruktion derartiger Präferenzen in anderweitig grundierten Theorien sicherlich als vorteilhaft zu werten ist.

Vor allem aber kommt eine relativ einzigartige Möglichkeit der Verknüpfung zweier aktueller Forschungsstränge hinzu: Zum einen ist die systemische Gesellschaftstheorie mittlerweile in der – nicht nur deutschsprachigen – kontemporären Politikwissenschaft in zahlreichen Forschungsfeldern als gültige, leistungsfähige Perspektive durchaus klar positioniert (vgl. auch Göbel 2000) – so etwa innerhalb der Theorie Internationaler Beziehungen (u. a. Albert 2002; Albert/Hilkermeier 2004), der Staats- und Demokratietheorie (Albert/Stichweh 2007; Czerwick 2008; Millán 2008; Neves/Voigt 2007), der Sicherheitspolitik und verwandter Themenkomplexe wie insbesondere der Konflikt- und Terrorismusforschung (u. a. Baecker et al 2002; Bonacker 2002a; Bonacker/Weller 2006; Fuchs 2004; Schirmer 2008; spezifisch zu Territorialkonflikten Stetter 2007), der Regionalforschung (Birle et al 2012; Stetter 2008) und der allgemeinen politischen Theorie (Hellmann et al 2003).

Als übergreifende Gemeinsamkeit dieser Arbeiten könnte man vielleicht anführen, dass sie tendenziell eine Konzentration auf die Neubefragung überkommener Konzepte etablierter Ansätze aufweisen (vgl. Czerwick 2008: 10f). Skeptische Stimmen erkennen bei der

---

*der Gesellschaft* (Luhmann 2000). Andererseits gibt es bei grundsätzlicher Vereinbarkeit keinen Grund, nicht auch frühere Überlegungen in Betracht zu ziehen. Bei möglichen Unklarheiten wird zudem das mittlerweile als einschlägig zu betrachtende Kompendium *GLU* (Baraldi et al 1997) herangezogen.

Einführung systemtheoretischer Konzepte in die empirische Forschung zwar keinen bedeutenden Beitrag zur Lösung spezifisch politikwissenschaftlicher Forschungsfragen, aber immerhin eine „heuristische Bereicherung der Fragestellungen“ (Reese-Schäfer 2002: 115). Eine derartige heuristische Nutzung der Systemtheorie – „die Evolution politischer Ideen, Rhetoriken und Sinngehalte mit der strukturellen Evolution des politischen Systems in Beziehung zu setzen“, wie ein entsprechender Vorschlag zu Beginn der politikwissenschaftlichen Systemtheorierezeption lautete (Hellmann/Fischer 2003: 14) – trifft sich aber durchaus mit der Intention dieser Arbeit gegenüber dem Raumbegriff.

Als weiterer Forschungsstrang, an den in dieser Arbeit angeknüpft werden kann und soll, ist in den letzten Jahren eine zunehmende Verwendung systemtheoretischer Konzepte in der Raumsoziologie sowie der Sozialgeographie zu beobachten – eine Verbindung, die sich neuerdings auch in der Gründung eines entsprechend ausgerichteten und von der DFG finanzierten Forschungsnetzwerks niedergeschlagen hat.<sup>19</sup> So sind neben allgemein raum- und geographietheoretischen, systemtheoretisch informierten Arbeiten (u. a. Bahrenberg/Kuhm 1999; Egner 2006; Gren/Zierhofer 2003; Klüter 2002; Kuhm 2000; Lippuner 2005; Pott 2007a; Schroer 2006; Stichweh 2000; 2008; Werber 2011) auch bereits bemerkenswerte Ansätze zu einer systemtheoretisch informierten Politischen Geographie vorhanden (Redepenning 2006; 2007).

Darüber hinaus scheint sich eine systemtheoretisch angeleitete Geographie auch in anderen Forschungsfeldern zu etablieren, wie unter anderem Untersuchungen zur Räumlichkeit des Tourismus (Pott 2007), zur Kultur- und Sozialgeographie der Migration (Goeke 2007; Pott 2004) oder eine aktuelle geographische Untersuchung zur Stadt- und Raumplanung (Wilhelm 2012) zeigen. Ähnlich wie das in der Politikwissenschaft mit der Übernahme systemtheoretischer Konzepte verknüpfte Interesse an der Gewinnung einer distanzierteren Perspektive zur Reflexion der im Fach bereits bestehenden Begrifflichkeiten steht auch in der Geographie häufig das Bedürfnis nach einer gesellschaftstheoretischen Problematisierung der im Fach etablierten Konzepte und insbesondere auch der eigenen disziplinären Identität im Mittelpunkt (Goeke/Moser 2011: 247f). Diese wurde eben tendenziell stets über einen nunmehr gesellschaftstheoretisch zu befragenden Raumbegriff herzustellen versucht, was im Rahmen der hier interessierenden Frage nach der Performanz des Raums in alltäglichen und theoretischen Beschreibungen des Politischen einige Anknüpfungspunkte schafft.

---

<sup>19</sup> Einen regelmäßig aktualisierten Überblick der entsprechenden Forschungslandschaft bietet über die hier genannte Literatur hinaus die Internetseite des Forschungsnetzwerks (Netzwerk Systemtheoretische Geographie 2012).

Der unternommene Versuch der metatheoretischen Rekonstruktion eines Begriffs politischer Räume bewegt sich an der somit angedeuteten Schnittstelle zweier – jenseits der sicherlich gegebenen disziplinären Differenzen – insbesondere im Hinblick auf das Interesse an der Rekonstruktion ihrer spezifischen Begrifflichkeiten durchaus vergleichbar ausgerichteter Forschungslandschaften. Die (sozial-)geographische und (raum-)soziologische Debatte über den Raumbegriff wird also vor dem Hintergrund eines systemtheoretischen sie im Hinblick auf ihr Potenzial für die abstrahierende Weiterentwicklung der Begrifflichkeit politischer Räume beobachtet. Ein derartiges Vorgehen wird in der aktuellen Fachdebatte der Politischen Theorie auch als „Monitoring“ bezeichnet, welches dieses Teilgebiet der Politikwissenschaft neben der Ideengeschichte und der eigentlichen Theorieproduktion als dritte grundlegende Tätigkeit kennzeichne (Weiß 2012: 43). Ob man diese Sichtweise in dieser Trennschärfe übernehmen möchte, sei dahingestellt – schließlich erfolgt auch die originäre Herstellung theoretischer Texte in der modernen Politischen Theorie selten ganz ohne die Bezugnahme auf relevante Bezugspunkte in der Ideengeschichte, und sowohl diese Bezugnahme als auch die Partizipation an fächerübergreifenden Diskussionen beinhaltet eigentlich fast automatisch ein hohes Maß an Interdisziplinarität im Sinne des Transfers von Wissensbeständen zwischen verschiedenen Fächern (vgl. Schwelling 2004:12f).

Allerdings wird bei solchen Transfers typischerweise die Bearbeitung eines fachintern bestehenden Problems durch die Übernahme einer außerhalb des Fachs bereits vorhandenen Theorie angestrebt; also ein „Verwenden fachfremder Theorien“ als „Kerntätigkeit im Herzen des Fachs“ betrieben (Weiß 2012: 46). Ein relativ aktuelles Beispiel für einen solchen Vorgang wäre etwa die Etablierung der Diskurstheorie von Jürgen Habermas in den Internationalen Beziehungen (Niesen 2007: 8). Demgegenüber soll es aber in dieser Arbeit weniger um die Übernahme einer bisher nicht verwendeten Theorie zur Anwendung auf gegebene Forschungsfragen gehen – die Systemtheorie als solche ist schließlich, wie oben dargestellt, kaum noch plausibel als ‚fachfremd‘ zu bezeichnen. Es soll nicht primär Theorieimport geleistet werden. Vielmehr soll die innerhalb der Geographie und Raumsoziologie stattfindende Debatte dazu genutzt werden festzustellen, inwiefern sich ein im Fach bereits – wenn auch recht unspezifisch – genutzter Begriff, eben der Raumbegriff, neu begründen oder zumindest im Hinblick auf seine Leistung bei der Beschreibung politischer Vorgänge besser einschätzen oder systematisieren lässt. Auch dafür ist aber die prinzipielle Definition des „Monitoring“ m. E. keine ganz ungeeignete Bezeichnung:

„Monitoring ist das durch methodische und konzeptionelle Reflexion kontrollierte systematische Beobachten von Theoriegeschehen in anderen wissenschaftlichen Disziplinen, das mit dem Ziel

geschieht, diese Theorien oder Elemente von ihnen in der Politikwissenschaft zu verwenden. Die Monitoring-Metapher impliziert folgende Anschlussfragen: Wie kommt etwas auf unseren Schirm, was haben wir auf dem Schirm, und was machen wir mit dem, was wir auf dem Schirm haben? Monitoring ist so im Vergleich zur Import-Metapher schlicht der dynamischere Begriff: Es werden Prozesse beobachtet, nicht fertige Dinge transportiert, und es wird mit dem Beobachteten etwas gemacht: Kontrolle, Erfassung, Verarbeitung. Der Schirm ist dabei kontinuierlich in Betrieb und wird nicht nur – wie die Warentransfer-Metapher auch impliziert – bei begrenzten Vorgängen verwendet.“ (Weiß 2012: 47)

Um an diese metaphorische Beschreibung anzuschließen: Der verwendete ‚Schirm‘ ist in dieser Arbeit die systemische Gesellschafts- und Politiktheorie, auf dem das Auftreten räumlicher Beschreibungen verfolgt werden soll. Um einen dazu geeigneten Raumbegriff überhaupt auf dem Schirm erscheinen zu lassen, wird im folgenden Hauptkapitel (Kap. 2) ein Nachvollzug und eine Operationalisierung der systemtheoretischen Raumdebatte durchgeführt. Dabei ließe sich dieses Kapitel auch für sich genommen als systemischer Beitrag zum Dialog von Sozialwissenschaften und Sozialgeographie lesen. Zunächst wird die eingangs kritisierte, unspezifische, binarisierende, im Prinzip alltagsweltliche Verwendung räumlicher Konzepte in der Politikwissenschaft generalisiert und die raumtheoretische Diskussion zu diesem Problem – welches sich offensichtlich nicht auf die Politikwissenschaft beschränkt! – dargestellt sowie die latenten Funktionen derartiger Begrifflichkeiten sichtbar gemacht.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass derartigen Allerweltsraumbegriffen keineswegs der eine, wissenschaftliche Raumbegriff entgegengehalten werden sollte, sondern eher von einer Pluralität verschiedener möglicher Raumkonzepte ausgegangen werden sollte – ohne aber, dass bereits klar wäre, worin die begriffliche Einheit derartiger Konzepte liegen könnte (Kap. 2.1.1). Im Anschluss wird eine eher traditionelle, insbesondere in soziologischen Gesellschaftstheorien verbreitete und auch in der Politikwissenschaft nicht unübliche Herangehensweise zur Herstellung dieser Einheit diskutiert, nämlich die Definition des Raums über seine Unterscheidung von der Zeit. Diese wurde begründet durch den Apriorismus Immanuel Kants und wird heute prominent fortgesetzt in Sozialtheorien wie der von Anthony Giddens. Letztlich wird aber die Notwendigkeit dieser apriorischen Erkenntnistheorie für die Begründung einer Raum-Zeit-Dichotomie in der heutigen sozialwissenschaftlichen Begriffsverwendung nicht mehr wahrgenommen, was in der Sozialgeographie insbesondere im Zuge der Etablierung von handlungstheoretischen (und somit verzeitlichten) Raumkonzepten die Forderung nach deren Verwerfung nach sich

gezogen hat. Die daraus gewonnenen Anforderungen an einen an gegenwärtige Erkenntnistheorien anschlussfähigen, formalen und klassifikatorischen anstatt dem kategorialen Raumbegriff werden anschließend formuliert (Kap. 2.1.2).

In den darauf folgenden beiden Unterkapiteln wird diskutiert, inwiefern ein systemtheoretisches Raumkonzept diesen Forderungen entsprechen kann. Als Dreh- und Angelpunkt werden dazu die raumsoziologischen Überlegungen von Rudolf Stichweh herangezogen, der im Anschluss an Luhmann eine Doppelung des Raumbegriffs in gesellschaftsexterne und gesellschaftsinterne Bezeichnungen vornimmt, was auch den in der traditionellen Systematik der Geographie gängigen Einteilungen entspräche. Diese empiristische Dichotomisierung wird als im Bezug auf die systemtheoretische System-Umwelt-Konzeption für einen operativen Raumbegriff problematisch verworfen, da die vorausgesetzte Unterscheidung der Gesellschaft und ihrer Umwelt selbst Leistung eines gesellschaftsinternen Beobachters ist (Kap. 2.1.3). Die alternative systemtheoretische Konzeption des gesellschaftsinternen Raums als Sinndimension von Kommunikation (neben Sach-, Sozial- und Zeitdimension) wird ebenfalls verworfen, da sie eine gegenüber der Raum-Zeit-Dichotomie kaum weiterführende oder diese vielmehr implizit fortsetzende, kommunikationstheoretisch nicht begründbare und darüber hinaus auch operativ in der Forschung kaum umzusetzende Überfrachtung des Raumbegriffs darstellt. Gewonnen wird aber aus dieser Konzeption die ursprünglich aus der Kunsttheorie von Niklas Luhmann stammende Unterscheidung von Stelle und Objekt als primäre, jegliche Raumbegrifflichkeit markierende formale Unterscheidung (Kap. 2.1.4).

Diese wird sodann im Anschluss an die sozialgeographische Debatte in Gestalt eines form- und medientheoretischen Zugangs zum Raumbegriff fruchtbar gemacht und an einer Diskussion des Skalenproblems und des Begriffs der Region in der Politikwissenschaft exemplifiziert (Kap. 2.2.1). Für die Beobachtung räumlicher Beobachtungen des Politischen operationalisiert wird dieses Konzept sodann durch die Kategorisierung des Mediums Raum als *Parasit* – also als ein Medium, welches nicht selbst zur Bildung selbstreferenzieller Systeme fähig ist, sondern vielmehr seine Formen in andere Systeme einbringt, um an deren autopoietischer Selbstreproduktion teilzunehmen (Kap. 2.2.2). Diese gewinnen ihren Informationsgehalt für ihre ‚Wirtssysteme‘ – so sie denn mehr als einfache Visualisierungen oder Objektivierungen im Sinne etwa naiver Territorialitätskonzepte darstellen, die unter einen medientheoretischen Raumbegriff nicht mehr zu fassen wären – aber erst durch ihre Reflexion in sekundären, ihrerseits die Unterscheidung von Stelle und Objekt beobachtenden räumlichen Formen. Von diesen werden zur späteren Operationalisierung vier sowohl in den



raumtheoretischen Debatten um den ‚Containerraum‘ als auch für Beschreibungen politischer Räume zentrale Typen diskutiert.

Dies wäre erstens die Unterscheidung von materiellem und virtuellem Raum, die einer Bezeichnung der Aktualität beziehungsweise der Potenzialität von Stellen und Objekten gleichkommt (Kap. 2.2.3); zweitens die Unterscheidung von deterministischen und voluntaristischen Räumen, die sich auf die Eigenschaft von Räumen als zu erlebendes Phänomen oder aber als durch Handlungen herzustellendes Objekt bezieht und somit die Anschlussfähigkeit räumlicher Kommunikation regelt (Kap. 2.2.4); drittens die Unterscheidung von chorologischen und rhizomatischen Räumen, die insbesondere die Form der Inklusion und Exklusion von Personen über raumbezogene Kommunikationen bezeichnet (Kap. 2.2.5) sowie schließlich viertens die Unterscheidung von absolutem und relationalem Raum, die zwar häufig als Sammelbezeichnung für die Gegenüberstellung althergebrachter territorialer oder naturräumlicher Konzepte mit neueren handlungsbasierten Vorstellungen dient, im Rahmen eines medientheoretischen Verständnisses aber lediglich die Weise der Kopplung der Unterscheidung von Medium und Form an die primäre räumliche Unterscheidung von Stelle und Objekt und somit die Anschlussfähigkeit räumlicher Kommunikation zum Gegenstand hat.

Nach dieser grundlagentheoretischen Begriffsklärung wird die Operationalisierung der gewonnenen Konzepte angestrebt – um die oben zitierte Bildschirmmetaphorik fortzusetzen: Nachdem das Bild sichtbar geworden ist, geht es nun um die Möglichkeiten zu dessen Interpretation. Eine unmittelbare Beobachtung empirischer Gegebenheiten ist innerhalb der systemtheoretischen Vorgehensweise ohnehin ausgeschlossen – die weitere Betrachtung politischer Räume nimmt daher eine Gestalt an, die man auch als wissenssoziologisch beschreiben könnte. Dazu wird in einem weiteren Schritt die gesellschaftstheoretische Unterscheidung von Struktur und Semantik auf die Problematik des Raumbegriffs bezogen (Kap. 2.3.1). Beobachtbare räumliche Beschreibungen von Politik wären demzufolge stets im Kontext der primären Differenzierungsform zu sehen, innerhalb derer sie operieren. Die oben angesprochene, häufig vorgenommene transepoche Territorialisierung von Politik und Politiktheorie wird somit ersetzt durch die These, dass ‚politischer Raum‘ in tribalen, hochkulturellen und stratifizierten sowie schließlich modernen, funktional differenzierten Gesellschaften jeweils unterschiedliche Systemreferenzen aufweisen und unterschiedliche Funktionen erfüllen (Kap. 2.3.2).

Im anschließenden Hauptkapitel (Kap. 3) soll diese These durch die medientheoretisch informierte Beobachtung der Performanz verschiedener Raumsemantiken in verschiedenen

historischen Kontexten verdeutlicht und präzisiert werden. Dieses Kapitel könnte für sich genommen auch als ideengeschichtlicher Aufriss räumlicher Politikbeschreibungen dienen, wobei kein Vollständigkeitsanspruch erhoben werden kann – letztlich dient es der Operationalisierung der im vorherigen Kapitel gewonnenen Raumkonzepte. Den meisten Platz nimmt dabei der ideengeschichtliche Komplex ein, der typischerweise als *Geodeterminismus* zusammengefasst wird. In geodeterministischen Raumsemantiken wird – konträr zu der in den modernen Sozialwissenschaften meist vorausgesetzten ontologischen Trennung natürlicher und sozialer Tatsachen (Stehr 1996: 151) – eine Einheit von Gesellschaft und Natur vorausgesetzt, die in der politischen Ideengeschichte von der Antike bis zur Gegenwart in den verschiedensten Varianten auftritt. In rein forschungspragmatischer Hinsicht bieten geodeterministische Semantiken daher die beste Voraussetzung, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten räumlicher Politikbeschreibungen in den verschiedensten historischen sozialstrukturellen Kontexten zu beobachten – angefangen bei der *Politik* des Aristoteles, in der allerdings von einer basalen Naturalisierung der Form griechischer Stadtstaaten abgesehen keine Raumsemantik im hier vertretenen Verständnis festzustellen ist (Kap. 3.1.1).

Das vielleicht erste belegbare Auftreten einer geodeterministischen Philosophie menschlicher Gesellschaft könnte man dem arabischen Historiker Ibn Khaldūn zuschreiben, der die materiellen Charakteristika der Wüste und deren Bewohner als determinierend für den zyklischen Charakter des Dynastienwechsels in der damaligen muslimischen Welt darstellte und somit – wenn auch heute teils in Vergessenheit geraten – eine Blaupause für jede Form des politischen Naturalismus lieferte (Kap. 3.1.2). Diese wurde von Montesquieu aufgegriffen, dessen Klimatheorie das wohl prominenteste Auftauchen geodeterministischer Raumsemantiken bei einem politiktheoretischen Klassiker markiert. Sowohl die bis heute wirkmächtige Konzeption *natürlicher Grenzen* als auch die einer natürlichen Machtüberlegenheit bestimmter Räume gegenüber anderen – zunächst zur Legitimation des europäischen Imperialismus herangezogen – haben hier ihren ersten prominenten Auftritt. Dabei nehmen sie teilweise die Gestalt einer antitraditionellen Rechtfertigungssemantik des frühen Bürgertums an (Kap. 3.1.3). In den bereits durch das Vorhandensein einer akademischen Geographie kontextualisierten Raumsemantiken Kants und Herders stand demgegenüber vor allem die Frage der richtigen, gerechten oder friedensfördernden Raumordnung im Mittelpunkt, die zunehmend ihren maßgeblichen Referenzpunkt in der mittlerweile selbstverständlichen Kugelgestalt des Planeten Erde fand (Kap. 3.1.4).

Mit der Etablierung der Geographie als selbständiger Raumwissenschaft verschwand dann der Raum zunehmend aus den theoretischen Politikbeschreibungen – so vor allem der frühmodernen Soziologie und Politikwissenschaft, die sich innerhalb der kantianischen Dichotomie generell auf der Seite der Zeit verorteten. Geodeterministische Semantiken fanden sich stattdessen immer mehr als Teil spezieller, teils dem Wissenschaftssystem, teils dem politischen System zuzurechnender Narrative, die heute generell als *Geopolitik* gekennzeichnet werden und als solche eng mit dem Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege verknüpft werden (Kap. 3.2.1). Diese lässt sich prinzipiell – mit unvermeidlichen Überschneidungen und Hybridisierungen – in zwei Traditionen einteilen: Nämlich einerseits die *maritime* Tradition, in der die Schaffung von Zugang zu den Weltmeeren und die Erhaltung von deren Staats- und Herrschaftsfreiheit zur Ermöglichung ungehinderten Welthandels als primäre Aufgabe moderner Staaten und als Ursache für die angenommene Überlegenheit entsprechend engagierter Mächte betrachtet wurde. Diese Semantik findet heute ihre implizite Fortsetzung in Narrativen über Weltraum und Internet als Teil einer globalen Allmende (Kap. 3.2.2).

Ihren Gegenpart finden die maritimen, auf ungehinderte Vernetzung von globalen Knotenpunkten basierenden Semantiken in der *kontinentalen* Tradition, die die politische Dominanz über zunehmend große Landmassen als autotelischen, naturhaften Prozess beschrieb, der letztlich in der globalen Dominanz eines einzigen Superstaates enden könne – was je nach Autor als abzuwendende Schreckensvision oder als anzustrebendes Ziel formuliert wurde. Der Widerstreit von kontinentalen und maritimen Raumbeschreibungen des Politischen erscheint dementsprechend auch als Naturalisierung der Geschichte des 20. Jahrhunderts als Wettkampf zwischen autoritären Landmächten und liberalen Seemächten. Der verbreiteten Ansicht, die Geopolitik der Weimarer Republik habe eine bedeutende Rolle bei der späteren Rechtfertigung der nationalsozialistischen Angriffskriege gespielt, muss allerdings zumindest teilweise widersprochen werden (Kap. 3.2.3).

Mit den geodeterministischen Raumsemantiken werden anschließend zwei gegensätzliche Narrative politischer Räumlichkeit verglichen, die – von intellektuellen Vorläufern abgesehen – jüngeren Datums sind: Zum einen die Semantik der *Atopizität*, die eine zunehmende Irrelevanz räumlicher Abgrenzungen als zentrales Charakteristikum der Moderne ausmacht, und die sich auch in manchen systemtheoretischen Arbeiten widerspiegelt. Dieser Deutung liegt allerdings ein problematisches Verständnis historischer Staatlichkeit zugrunde, sie ist letztlich als Gesellschaftstheorie nicht haltbar. Ähnlich wie die geopolitischen Ansätze zuvor verschwanden die Deterritorialisierungsnarrative relativ schnell aus der akademischen

Literatur, sie halten sich jedoch als populärer Narrativ einer stets verfügbaren und nur noch durch temporäre Limitierung technologischer Möglichkeiten verfügbaren Welt, die sich politischer Machtausübung mehr und mehr widersetzt (Kap. 3.3). Desweiteren wird noch die Schule der *kritischen Geopolitik* betrachtet, die politische Raumbeschreibungen grundsätzlich als Werkzeuge von Machteliten bei der Durchsetzung von Eigeninteressen betrachtet und somit zwar eine konstruktivistisch anmutende Raumkonzeption vertritt, gleichzeitig aber die Naturalisierung einer recht einfachen Elitentheorie betreibt (Kap. 3.4).

Im Anschluss an diese *tour d'horizon* politischer Raumsemantiken wird deren gesellschaftstheoretische Einordnung vorgenommen. Im Vergleich zeigt sich, dass es sich bei den betrachteten modernen politischen Raumsemantiken nicht um Reflexionstheorien handelt, die in der kontemporären Politikwissenschaft anschlussfähig wären, sondern um *Einheitssemantiken*, die vor allem der sozialen Unsicherheitsabsorption durch die Projektion pluraler, polyzentrischer Logiken auf das parasitäre Universalmedium Raum dienen – und zwar in verschiedenen Modi der Naturalisierung, Technisierung oder Moralisierung der funktional differenzierten Gesamtgesellschaft. In dieser Hinsicht erfüllen sie tendenziell ideologische Funktionen – ähnlich wie andere Einheitssemantiken, die Politik auf das Umsetzen religiöser, rassistischer oder geschichtsphilosophischer Imperative reduzieren (Kap. 3.5).

Dementsprechend wird vorgeschlagen, das Verstehen von Politik *über den Raum* als maßgebliche Größe aufzugeben und statt ‚Raumtheorien‘ des Politischen als großangelegter Versuche eher detailliert das mikropolitische Funktionieren von räumlichen Unterscheidungen in zahlreichen verschiedenen politischen Kontexten nachzuvollziehen. Zu diesem Zweck wird schließlich auf den zuvor erarbeiteten Grundlagen aufbauend eine einfache Systematik politischer Räume konstruiert, die dieses Funktionieren im Rahmen einer systemtheoretischen Politiktheorie veranschaulichen können (Kap. 4)

## 2. Zur Problematik des Raumbegriffs

### 2.1 Räumliche Unterscheidungen

#### 2.1.1 Alltagsnahe Binarisierungen und das Problem des Containerraums

Die Rolle räumlicher Begriffe in der Politikwissenschaft scheint, wie einleitend festgestellt, tendenziell die Form der Binarisierung – etwa innerhalb der durch die Drei-Elemente-Lehre Jellineks vorgegebenen Grundunterscheidung von Innen und Außen – anzunehmen. Anzutreffen sind darüber hinaus noch Gegenüberstellungen wie etwa die von Land und Meer, Stadt und Land, von Metropole und Kolonie, von Globalisierung und Lokalisierung, westlicher und östlicher (oder nördlicher und südlicher) Hemisphäre, von entwickelten und unterentwickelten Ländern, von territorialen Staaten und netzwerkförmigen nichtstaatlichen Strukturen, die aber letztlich fast immer auf die basale Form staatlicher Grenzen bezogen bleiben. Diese Raumbilder gehören in verschiedensten Ausprägungen zum Wortschatz der heutigen Politikwissenschaft und der Politischen Geographie, ebenso tauchen sie regelmäßig als Bestandteil von Medienberichten oder als Argumentationshilfe in politischen Debatten auf. Mit der Präferenz für derartige räumliche Binarisierungen steht die Politikwissenschaft aber in den Sozialwissenschaften nicht allein. Räumliche Binarisierungen sind überhaupt kennzeichnend für alltägliche Raumbeschreibungen in zahlreichen Kontexten, wie in einem Klassiker der geographischen Raumtheorie angemerkt wird:

„Space is an essential framework of all modes of thought. From physics to aesthetics, from myth and magic to common everyday life, space, in conjunction with time, provides a fundamental ordering system interlacing every facet of thought. We are constantly reminded of the function of space when we use such expressions in ordinary language such as ‘everything has its *place*’ or ‘To which one are you referring, this one *here*, not that one *there*?’ The *here*, the *there*, the *place* refer to part of a spatial framework for knowledge about the world. [...] This entanglement of space and thing and space’s infusion into every realm of thought makes it a particularly important, but difficult, concept to isolate and analyse.“ (Sack 1980: 4)

Ausgangsthese dieser Arbeit war es, dass das räumliche Denken in der Politikwissenschaft – ebenso wie zahlreiche mit politischen Räumen befasste Arbeiten aus Nachbardisziplinen – gegenwärtig immer noch an solchen aus Alltagszusammenhängen entlehnten reifizierenden, binär strukturierten Raumnarrativen orientiert ist. Wie im Zitat beschrieben können solche binären Narrative – meist basierend auf einer statischen Unterscheidung von *hier* und *dort*

oder auf vorausgesetzten Assoziationen bestimmter Verortungen mit bestimmten Eigenschaften oder Handlungsimperativen – allenfalls einen temporären Ausschnitt aus einer abstrakten, komplexeren räumlichen Ordnung implizieren. Gerade dies ist in der alltäglichen Verwendung auch ihre Funktion.

Werden alltagsnahe Binarisierungen jedoch als Grundlage für sozialwissenschaftliche Raummodelle in theoretischen Kontexten verwendet, sind *unterkomplexe* Beschreibungen der mannigfaltigen Realität räumlicher Formen in der menschlichen Gesellschaft zu erwarten: Unterkomplex insofern, als dass „sie schon reduzierte Komplexität voraussetzen, deren Verarbeitung [...] nicht geleistet und daher nicht verantwortet wird“ (Luhmann 2010: 16). Gerade diese nicht weiterer Begründung bedürftige, metaphorische Rückbindung sozialwissenschaftlicher Theoriebildung an als bekannt vorauszusetzende Alltagssemantiken des Raums ermöglicht sicherlich auch einen „Brückenschlag zu öffentlichkeitswirksamen medialen und politischen Diskursen“ (Luutz 2007: 30) – man könnte ihnen wohl plausibel eine auch für wissenschaftliche Texte legitime Popularisierungs-, Veranschaulichungs-, oder auch Ästhetisierungsfunktion zuschreiben. Niklas Luhmann nutzt eine solche Alltagssemantik etwa zur Einleitung seines metatheoretischen Hauptwerks:

„Der Flug muß über den Wolken stattfinden, und es ist mit einer ziemlich geschlossenen Wolkendecke zu rechnen. Man muß sich auf die eigenen Instrumente verlassen. Gelegentlich sind Durchblicke nach unten möglich – ein Blick auf Gelände mit Wegen, Siedlungen, Flüssen oder Küstenstreifen, die an Vertrautes erinnern; oder auch ein Blick auf ein größeres Stück Landschaft mit den erloschenen Vulkanen des Marxismus. Aber niemand sollte der Illusion zum Opfer fallen, daß diese wenigen Anhaltspunkte genügen, um den Flug zu steuern.“ (Luhmann 1984: 13)

Mit Hilfe der alltäglichen Erfahrung eines Flugs bei schlechtem Wetter werden einige Kerneigenschaften seiner Theoriearbeit beschrieben: Das hohe Abstraktionsniveau (Flug über den Wolken), der selbstreferenzielle Charakter der Theorieanlage (Flug gemäß der eigenen Instrumentierung), die Empirieferne (der nur gelegentliche Blick auf eine vertraute Landschaft), sowie auch ein gewisser Gestus der intellektuellen Überlegenheit („Durchblicke nach unten“, und natürlich der Seitenhieb auf andere Theorietraditionen, die als erloschene Vulkane nur noch rauchen, aber kein Feuer mehr speien) werden in ästhetisierter Form effektiv dargestellt. Die Verwendung solcher veranschaulichenden Raumsemantiken beschränkt sich aber selbstredend nicht auf die Sozialwissenschaften, sondern ist wohl in den meisten Disziplinen bei der Visualisierung eigener Forschungsergebnisse gang und gäbe – ein bekannter Fall wäre die sogenannte DNS-Kartierung in der Genomforschung, in deren

Rahmen dann zur Veranschaulichung bei der Präsentation der Forschungsergebnisse „die Zelle als Ganzes mit der Erde, die Chromosomen mit Ländern und die Gene mit Städten verglichen“ wurden (Gill 1992: 421).

Jenseits derartiger Notwendigkeiten, die sich letztlich auf die Darstellung der empirischen und theoretischen Arbeit ‚nach außen‘ gegenüber dem nichtakademischen Publikum – auch hier eine alltagsnahe, reifizierende Raummetapher! – beschränken müssten, wird die Rolle der gängigen Simplifizierung des Raums aber kritischer betrachtet. Doreen Massey (2006: 90) beschreibt eine Tendenz zu „evasive imaginations“ – also zu vereinfachenden, der Komplexität der implizierten räumlichen Zusammenhänge ausweichenden Raumbeschreibungen. Diese fänden sich im alltäglichen Sprachgebrauch ebenso wie in der politischen Rhetorik und eben auch in den Sozialwissenschaften, müssten für eine gehaltvolle theoretische Verwendung des Raumbegriffs im Rahmen Letzterer aber durch eine Modellierung der prozesshaften Erzeugung der Vielfalt dieser binarisierenden Räumlichkeiten abgelöst werden. In der frühen Geographie als der sich für ‚den Raum als solchen‘ zuständig betrachtenden Disziplin wurde eine derartige Unterscheidungsfähigkeit noch nicht als notwendig empfunden, vielmehr ging es – zumindest in der heutigen Interpretation ihrer Texte – noch um die rein impressionistische Darstellung von ganzheitlichen Räumen ohne jegliche theoretisch erzeugte Unterscheidungen von sozialen, physischen oder psychischen Gegebenheiten:

„Im Rahmen dieses Forschungsprogramms meinte dann *Raum/Erdraum* den Schauplatz dieser Mensch-Natur(raum)-Symbiose; er bezeichnete die in der Geographie viel beschworene ‚komplexe Ganzheit‘ aus *Natur* und *Kultur*, aus Dingen und Menschen – aber die Dinge nicht nur als Dinge, sondern auch als soziale Güter und die Menschen nicht nur als Körper, sondern auch als soziale Wesen. Kurz: *Raum* konnte alles meinen, ‚was es da gibt‘, vom Physisch-Materiellen bis zum Sozialen, von den Naturgegenständen über die kulturellen Artefakte bis zum ‚ganzen Menschen‘, seinen sozialen Gruppierungen und deren physischen Manifestationen – samt all ihren räumlichen und anderen Relationen.“ (Hard 2008: 268)

Aufgabe solcher ganzheitlichen, die Gesamtheit physischer, menschlicher und gesellschaftlicher Phänomene abbildenden „kosmistischen Traditionsräume“ (Hard 2002: 212) war es demnach nicht, mittels theoretischer Interpretation empirischer Daten kausale Erklärungen oder eine systematische Komplexitätsreduktion zu ermöglichen. Vielmehr wurde eine propädeutische Funktion geographischer Raumbeschreibung angenommen, die durch die anschauliche Organisation gesammelter Daten nützlich sein könne und eine weitergehende

theoretische Befassung mit ihnen erst ermöglichte – selbst jedoch „im Vorhof der Wissenschaft anzusiedeln“ sei (Lippuner 2005: 20).

Die Geographie entsprach in dieser Phase ihrer Entwicklung noch recht genau dem Charakter einer *folk science* – also einer methoden- und theoriefreien, auf Alltagszwecke gerichteten Sammlung von Hypothesen und empirischen Feststellungen – „a folk model that assumes a grade school emphasis on topographical facts“ (Glick 1983: 92). Eine derartige naive oder simplizistische Erwartungshaltung gegenüber geographischen Texten wird von manchen Geographen auch gegenwärtig noch der Politikwissenschaft und vor allem der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen vorgeworfen – „most IR scholars assume that geography is mostly about locating phenomena and memorizing place names“ – und auf die fehlenden Raumbegrifflichkeiten wie auch die fast ausschließliche Berücksichtigung der politischen Geographie und Geopolitik anstelle neuerer geographischer Ansätze in deren Forschungsarbeit zurückgeführt (Coleman et al 2012: 389f). Bourdieu (1984: 124) bezeichnet ebenfalls noch – trotz der Verfügbarkeit wesentlich differenzierterer Raumkonzepte in der modernen Sozialgeographie – eine einfache Matrix der Verortung materieller Objekte als „geographical space“ und entspricht damit einer mittlerweile vollkommen ungerechtfertigten, in den Sozialwissenschaften aber immer noch häufig vorkommenden Sichtweise auf ihre Nachbardisziplin (vgl. Pott 2007: 35).

Eine dementsprechende, nach heutigen erkenntnistheoretischen Grundannahmen sicherlich als zumindest problematisch zu bezeichnende Raumauffassung einer *theorieextern* gegebenen Welt, innerhalb derer dann gegebenenfalls durch anderweitig erzeugte epistemische Kriterien relevante Ausschnitte räumlich markiert werden können – die aber selbst kein theoretisches Gewicht hat – hätte für den solchermaßen informierten Beobachter den Vorteil nahezu grenzenloser Flexibilität. Es würde für ihn nicht notwendig, innerhalb der eigenen Theoriebildung raumtheoretische Annahmen zu explizieren – vielmehr könnten bereits vorhandene Hypothesen, Interpretationen oder gar Dogmen bei Veranschaulichungsbedarf widerstandsarm auf einen *per se* undifferenzierten Raum als geduldige Leinwand projiziert werden, der sich als „tendenziell ununterscheidbar [...] von einem unklaren Begriffs des Universums“ darstellte (Hard 2002: 236).

Die sich daraus ergebenden Beschreibungen stellten lediglich die räumliche Umsetzung einer letztlich raumlosen Theoriebildung dar. Eine eigenständige, theoriemächtige Wirkung des Raumbegriffs wäre nicht zu erwarten – je nach Art der betriebenen Theoriebildung müsste dies aber auch kein Problem darstellen. Man könnte sich mit der Betrachtung der durch die eigene Theorie erzeugten Raumbilder zufriedengeben, auch wenn diese in ihrem theoretischen



Gehalt nicht über die eingangs erwähnten alltäglichen räumlichen Binarisierungen hinausgingen. Angesichts der Dominanz derartiger Binarisierungen in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Ansätzen wurde ein entsprechendes Verständnis vom Raum als theoriefreier, empirischer Sammelkategorie, als „Behälter-Raum“ oder „Container“ auch lange Zeit als Normalfall betrachtet. Man habe „es nicht mit der Abwesenheit von Raumvorstellungen überhaupt zu tun [...], sondern mit einer weitgehend stillschweigenden, impliziten Übernahme des Container-Konzeptes“ (Schroer 2006: 46). Dieses diene dementsprechend auch als antithetischer Fokus für Kritik an der vermeintlichen oder tatsächlichen raumtheoretischen Untersättigung zahlreicher klassischer Paradigmen, so wird in einem klassischen Werk der marxistischen Sozialgeographie angemerkt:

„The issue of space and geography is a sadly neglected stepchild in *all* social theory in part, I suspect, because its incorporation has a numbing effect upon the central propositions of *any* corpus of social theory. Microeconomists working with a theory of perfect competition encounter spatial monopolies, macroeconomists find as many economies as there are central banks and a peculiar flux of exchange relations between them, and Marxists looking to class relations find neighbourhoods, communities, regions and nations. Marx, Marshall, Weber and Durkheim all have this in common: they prioritize time and history over space and geography and, where they treat the latter at all, tend to view them unproblematically as the stable context or site for historical action. Changing space relations and geographical structures are accommodated by ad hoc adjustments, externally imposed redefinitions of regions and territories within and between which the perpetual flow of the social process takes place. The way in which the space-relations and the geographical configurations are produced in the first place passes, for the most part, unremarked, ignored.“ (Harvey 2001: 324f)

Raumtheoretische Enthaltsamkeit wäre in dieser Interpretation Bestandteil einer „Immunisierungsstrategie“, die eine Konfrontation bereits gegebener theoretischer Annahmen mit der diesen potenziell zuwiderlaufenden Vielheit von empirischen Phänomenen in der räumlichen Komplexität der Welt ‚dort draußen‘ vermeidet (vgl. Detjen 2010: 217) – und somit die Irritationsfreiheit der eigenen Theoriebildung durch deren Dogmatisierung erkaufe. Somit würde dann „Raum als allgemeiner Container für Rahmenbedingungen genutzt“ – sozusagen als „Deponie soziologischer Unbequemlichkeiten“ (Klüter 2002: 143).

Dabei stellt diese Beschreibung einer Immunisierung von Theorien gegen die Vielheit empirischer Phänomene durch die Zugrundelegung einer ganzheitlichen Raumvorstellung eigentlich einen logischen Zirkel dar: Die Vermeidung der theoretischen Auseinandersetzung mit ungefilterter, unordentlicher räumlicher Weltkomplexität durch deren Externalisierung in einen totalen, in sich selbst unterscheidungsfreien Raum wird selbst erst aufgrund der

Voraussetzung attraktiv, dass ‚der Raum‘ eben nur diese undifferenzierte Gestalt annehmen könne und müsse.

Die Kritik an der Vorstellung vom Raum „als [...] Container, der gleichermaßen Physisches, Psychisches und Soziales enthält“ (Hard 2002: 235), ist dennoch mittlerweile ein gängiger Topos zahlreicher Auseinandersetzungen mit den Raumbegrifflichkeiten verschiedener Disziplinen. Sie mag allerdings auch gelegentlich für Verwirrung sorgen, da der „Container“ in verschiedenen Disziplinen und Theoriekontexten zur Etikettierung höchst unterschiedlicher und durchaus nicht miteinander in Einklang zu bringender Raumbegriffe verwendet wird. Unterscheiden lassen sich in der Literatur dabei mindestens der

- Containerraum im oben beschriebenen Verständnis einer alle überhaupt denk- und verortbaren empirischen Phänomene enthaltenden, theorieextern gedachten Universalkategorie als „Programm der traditionellen Geographie“ und Formel für die Kritik an dieser (Redepenning 2006: 117); der
- Containerraum als Umschreibung des aus der cartesianischen Philosophie entwickelten Raummodells eines unabhängig von substanziellen Objekten gegebenen Koordinatensystems, typischerweise wird dieses identifiziert mit dem *absoluten* als Gegenbegriff zum *relationalen* Raum (Bennett 1999: 4f; Schroer 2006: 47; vgl. Kap. 2.2.6) sowie allgemein mit den mathematisch konstruierten Raumbeschreibungen der modernen Kartographie gegenüber anderweitig generierten räumlichen Weltmodellen (Sparke 2005: 17); desweiteren der
- Containerraum als kritische Umschreibung für jeglichen naturalistischen, materialistischen oder generell substantialistischen Raumbegriff – also für solche Raummodelle, die von einer realen, typischerweise *materiellen* Existenz des Raums ausgehen (Hoefler 1996: 13; vgl. Kap. 2.2.3); sowie der
- Containerraum – insbesondere in gesellschaftstheoretischen, raumsoziologischen und sozialgeographischen Texten – als determinierender Raum, der menschliches Handeln konditioniert, nicht jedoch selbst Produkt von Handlungen ist (Blotevogel 1999: 5; Schroer 2006: 46; vgl. Kap. 1.3.3); und schließlich – eigentlich als Spezialfall dieses deterministischen Raumverständnisses zu verstehen – der
- Containerraum als in der politischen Geographie, politischen Soziologie und Politikwissenschaft – und in dieser fast *nur* in dieser Bedeutung – verwendete kritische Formel für ein Gesellschafts-, Staats- oder Politikverständnis, welches auch als *territorialistisch* bezeichnet werden könnte – alle sozialen Strukturen und Prozesse

werden als durch ihre Verortung innerhalb eines Staatsgebiets konditioniert beschrieben (Taylor 1994: 152).<sup>20</sup> Im Extremfall wird so die in der Einleitung beschriebene „Gleichsetzung von Gesellschaft und Nationalstaat“ vorgenommen: „Gesellschaft gleich einem Container, in dem sich Soziales abspielt“ (Schroer 2006: 19). Bekanntester Kritiker einer solchen „Container-Theorie der Gesellschaft“, in der die „gegeneinander abgegrenzten Gesellschaften [...] im Machtraum der Nationalstaaten“ verorten würden, ist vermutlich der Soziologe Ulrich Beck (1997: 49f).<sup>21</sup>

Die Rede vom Containerraum hat offensichtlich *selbst* eine Art Containerfunktion – nämlich die, als kollektive Umschreibung für ungeachtet ihrer kategorialen Verschiedenheit als unpräzise, veraltet, zu unspezifisch, ontologisierend, epistemologisch unterbeleuchtet oder schlichtweg atheoretisch betrachtete Raumvorstellungen herzuhalten. Seine Erwähnung wird generell mit der Absicht „zum Ausstieg aus dem ‚Container‘-Denken“ (Rhode-Jüchtern 1998: 1) oder zur Entwicklung eines Politikverständnisses „beyond the container metaphor“ (Taylor 1995: 2) verbunden. Für einen kritischen Beobachter scheinen sich manche gegenwärtigen Ansätze zum Raumbegriff „allein an der Bekämpfung jenes Containerraum-Denkens abzarbeiten“ (Redepenning 2006: 118).

Gerade bei der angesprochenen traditionellen empiristischen Geographie, der ein kosmistisches Containerdenken gerne unterstellt wird, ging es in vielen Fällen aber eben um die enzyklopädische *Synthese* verschiedener Raumformen, die durchaus begrifflich und vor allem systematisch unterschieden wurden (vgl. Werlen 1993: 243f). Dies trifft ebenfalls auf die klassische Landschaftsgeographie zu, der ansonsten noch am ehesten eine begriffliche Nähe zum kosmistischen Containerdenken unterstellt werden könnte, vermischten sich doch in ihren Texten typischerweise die Wahrnehmung gesellschaftlicher und physisch-topographischer Phänomene zu einem bildhaften, generell harmoniebetonten Gesamteindruck. Dieser wurde aber als *intendierte* Zusammenschau von als in der unterstellten gesellschaftlichen Normalität getrennten Kategorien vorgenommen und als sich zu dieser Differenzierung konträr verhaltende, ganzheitliche „positive Gesellschaftsutopie“

---

<sup>20</sup> Insofern wäre die Staatslehre von Jellinek interessanterweise gerade *kein* Beispiel für ein containerräumliches Staats- oder Politikverständnis, da ja sowohl der Charakter der Territorialität als Rechtsnorm wie auch die Existenz anderer, disziplinspezifischer Raumvorstellungen des Politischen explizit erwähnt und anerkannt werden. Für die spätere Rezeption als empirischen oder analytischen Befund ist dies sicherlich nicht mehr der Fall (siehe Kap. 1.1).

<sup>21</sup> Da für die letzten vier Bedeutungen der Containerraum-Metapher jeweils etablierte und spezifischere Alternativen zur Verfügung stehen, verwende ich in den folgenden Kapiteln den Begriff, wenn er ohne weitere Erläuterung auftaucht, nur zur Bezeichnung des in der heutigen Kritik unterstellten altgeographischen, holistischen, vorthoretisch verstandenen Raums.

präsentiert. Eine gewisse epistemische Nähe zur Dekonstruktion der Unterscheidung von Ästhetik, Natur und Technik in kontemporären poststrukturalistischen Ansätzen könnte hier ebenfalls gesehen werden (Gelinsky 2001: 142). Ähnliches wäre zur Kritik an stark an symbolischen und repräsentativen Aspekten ausgerichteten poststrukturalistischen Forschungen insbesondere im Bereich der Urbanistik und der Architekturtheorie zu sagen – auch hier wird kein kosmistisches Raummodell vertreten, sondern eine alltagsnahe „theoretical synthesis“ der durchaus als different beschriebenen und anerkannten Raummodelle angestrebt (Thrift 1996: 30; vgl. Hagen 2010: 398).

Aus wissenschaftssoziologischer Perspektive wäre ergänzend anzumerken, dass ein völlig unterscheidungsfreier, universalistisch gedachter Raumbegriff als erkenntnisleitendes Konstrukt ohnehin wohl kaum zur Erzeugung irgendwelcher Aussagen in der Lage wäre, die einer an Universitäten etablierten „Disziplin Abgrenzbarkeit und erhöhte interne Anschlußfähigkeit“ vermitteln könnten (Luhmann 1991: 447) – eben dieser Prozess der fachlichen Konstitution der Geographie war zu den Zeiten des vermeintlich undifferenzierten Containerraumdenkens aber bereits in vollem Gange (vgl. Kap. 3.1.4). Unbestreitbar ist, dass auch noch in Selbstbeschreibungen der heutigen Geographie holistische, containerartige Raumvorstellungen genutzt werden – „[i]n der Geographie geht es, sehr allgemein ausgedrückt, um die Welt, in der wir leben“; und „[e]ine Grundregel der Geographie besagt, dass fast alle Dinge miteinander in Beziehung stehen“ (zitiert bei Hard 2004: 41) – dies dürfte aber eher der disziplinpolitischen Motivation folgen, vor dem Hintergrund zahlreicher widerstreitender Raumbegriffe bei der Darstellung der fachlichen Einheit einen möglichst inklusiven und neutralen Duktus zu wählen. Eine solche Form der Vereinfachung zentraler Begriffe ist in anderen Fächern nicht unüblich – so etwa bei der Vorstellung von sehr allgemeinen Politikbegriffen in politikwissenschaftlichen Einführungswerken (z.B. Patzelt 1997: 16), die dann in der operativen Forschung auch meist stark spezifiziert werden müssen. Vereinfachung ist hier sicherlich nicht *per se* kritikwürdig. Derartige wissenschaftspraktisch motivierte Generalisierungen sind aber letztlich nicht relevant für Debatten um konkrete Begriffsbildungen, wie in diesem Fall eben die Diskussion des Raumbegriffs.

Jedenfalls für die erste beschriebene, allgemeinste Definition des Containerraums – die beruht auf der Annahme, dass ein von der und durch die Theoriebildung externalisierter Container eine spezifische und kritisierbare Form metaphorischer Raumvorstellungen in raumtheoretisch ansonsten nicht interessierten Erkenntnistraditionen darstellten – könnte davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um eine adäquate ideengeschichtliche Rekonstruktion überkommener Begriffsverständnisse handelt, sondern eher um die Reduktion

historischer Literatur auf einen gemeinsamen, drastisch generalisierten Nenner, der dann als Antithese die Formulierung eines neuen, spezifischeren, angemesseneren Raumbegriffs ermöglichen soll (so z.B. Blotevogel 1999: 6).

Der Containerraum ist somit „weder einer der Raumbegriffe, die in der Umgangssprache üblich sind“ (Hard 2002: 235) – in alltäglichen Gesprächssituationen treten tendenziell die eingangs erwähnten einfachen Binarisierungen auf, die aber bereits eine hochgradig selektive Auswahl aus möglichen Bedeutungsgehalten vornehmen, diese beruhen typischerweise auf der körperlichen Anwesenheit der Gesprächsteilnehmer (Ziemann 2003: 135f); noch ist er „einer der Raumbegriffe, die in den Wissenschaften wirklich gebraucht werden und funktionieren“ (Hard 2002: 235). Man könnte ihn entweder deuten als antikisierende, romantische Vorstellung einer in historischen Gesellschaftsformationen möglicherweise noch existenten ganzheitlichen Raumkonzeption – die sich aber auch erst aus der Perspektive der sie beobachtenden, modernen Raumtheorie aus der Gegenüberstellung mit kontemporären Alternativen ergibt (Rhode-Jüchtern 1998: 4; vgl. auch Kap. 3.1.1) – oder aber, und dieser Deutung möchte ich mich hier anschließen, als „typische Ausgeburt der Situation, in der man sich gezwungen sieht, über den Raumbegriff nachzudenken“ (Hard 2002: 235). *Der Containerraum* wäre in dieser Perspektive kein abstrakter Begriff im Sinne einer Entscheidung darüber, „was man wovon unterscheiden, bezeichnen, beobachten, beschreiben und eventuell erklären kann“ (Luhmann 1991: 124). Vielmehr stellte er eine potenzielle ausweichende Antwort auf die Frage nach der Gemeinsamkeit zahlreicher nebeneinander verwendeter räumlicher Binarisierungen in nicht raumtheoretisch interessierten Theoriekontexten dar. Die Angabe einer *differentia specifica* erfolgt nicht.

Damit ist aber auch jeglicher Versuch, über die Kritik an tatsächlich oder vermeintlich containerräumlichen Denkstilen – wie sie etwa die einfachen Territorialismen (siehe Kap. 1.1) darstellen – zu einem brauchbareren Raumbegriff zu gelangen, zum Scheitern verurteilt. Der Containerraum wäre in formentheoretischer Hinsicht zu betrachten als „unmarked state“, also ein Zustand ohne jegliche Unterscheidungen. Ein derartiger Zustand mag zwar benennbar, „indizierbar“ sein – man kann auf ihn verweisen – er ist aber „unbeobachtbar“ im Sinne Luhmanns“ (Schönwälder-Kuntze et al 2009: 266): Er ermöglicht keinen operativen Anschluss an und vor allem kein versuchsweises Ersetzen durch andere Unterscheidungen, wie es für eine Begriffskritik notwendig wäre – vielmehr bräuchte der Versuch der Beobachtung und Kritik der Containerräume „eine nicht zulässige Differenz“ (Luhmann 1991: 269). Oder anders gesagt: Man kann eine diffuse Vorstellung von *allem, was irgendwie existiert*, nicht mit einer immer schon eine Differenz voraussetzenden Beobachtung kritisieren

oder zu einem angemesseneren Begriff umformen. Eine gegenüber dieser Stoßrichtung der Containerraumkritik skeptische raumsoziologische Interpretation geht dementsprechend nicht vom tatsächlichen Vorhandensein eines unterkomplexen Containerraumbegriffs aus, sondern vielmehr davon, „dass es sich bei *Raum* um eine zumeist nur implizit verwendete Kategorie handelt, die nur selten eigens thematisiert wird, in vielen Diskursen aber durchaus ein subkutanen Dasein fristet“ (Schroer 2008: 126). Die Vorstellung vom Containerraum wäre nur die Maskierung dieses Defizits, das Begriffsproblem bliebe bestehen.

Hier stellt sich die Frage: Braucht eine anspruchsvolle sozialwissenschaftliche Behandlung von Raum überhaupt den *einen*, allein korrekten Raumbegriff – oder vielmehr: Ist ein solcher Begriff überhaupt möglich? Eine ontologische oder begriffsgeschichtliche Aufarbeitung der – sehr zahlreichen – in der Ideengeschichte von Philosophie, Geographie und Raumsoziologie aufzufindenden Raumvorstellungen wäre interessant, ist aber an dieser Stelle schon aus Gründen des Umfangs nicht zu leisten. Angesichts des Umfangs der in der Raumsoziologie und Sozialgeographie bereits geleisteten Forschungen ist auch für den hier angestrebten Zweck – eben die gesellschaftstheoretisch informierte Rekonstruktion der Relevanz von Raum für die Beschreibung *politischer* Phänomene der modernen Gesellschaft – eine derartige ideengeschichtliche Anstrengung auch nicht notwendig.<sup>22</sup>

Interessant festzustellen ist jedenfalls, dass nach wie vor ein nicht unbedeutender Teil auch der heutigen raumtheoretischen Arbeiten darauf gerichtet ist, „*ein* [Hervorhebung: J.K.] der heutigen spät- oder postmodernen Gesellschaft Rechnung tragendes Raumkonzept auszuarbeiten“ (Redepenning 2006: 117) – was zumindest den meisten Konzepten der Postmodernität ja recht drastisch zuwiderliefe. In vielen Fällen wird dies allerdings nicht getan, um die allgemeine oder gar alleinige Gültigkeit eines solchen Konzepts zu behaupten, sondern um für eine bestimmte Perspektive auf ein bestimmtes Thema eine geeignete Begrifflichkeit zu finden (so etwa z.B. Thrift 1996; Augé 2011). Andere Arbeiten hingegen gehen sehr wohl von der prinzipiellen Notwendigkeit eines einheitlichen, vorherigen Konstruktionen nach jeweils verschieden definierten Kriterien überlegenen sozialwissenschaftlichen Raumbegriffs aus – in einer einflussreichen Begriffsstudie werden etwa die Forschungsergebnisse so zusammengefasst: „Raum *ist* [Hervorhebung: J.K.] eine relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten“ (Löw 2001: 271); eine Verwendung von auch nur „zwei verschiedenen Raumbegriffen“ wird aufgrund der befürchteten kommunikativen Verwirrung durch eine derartige Varietät in einem „soziologischen Grundbegriff“ (ebd.: 269f) konsequent abgelehnt.

---

<sup>22</sup> In dieser Hinsicht weiterführende Arbeiten legten u. a. Schroer (2006), Günzel (2006) und Löw (2001) vor.

Eine andere Arbeit zum Raumbegriff in der Soziologie lehnt das Streben nach einem derartigen unitären Raumbegriff ab – dabei handele es sich um nichts als den vergeblichen Versuch, „der physikalisch-naturwissenschaftlichen Entwicklung zu folgen und je nach Stand der Forschung das Raumkonzept in den Sozialwissenschaften anzupassen“ (Schroer 2006: 179). Ein derartiger Szientismus ist vielleicht tatsächlich nicht ganz auszuschließen, wenn Albert Einstein und seiner Relativitätstheorie zuerkannt wird, sie habe dazu beigetragen, „den physikalischen Raumbegriff zu novellieren“ (Löw 2001: 31) – nämlich von einem absoluten Containerraum hin zu einem rein relationalen Raumverständnis – und diese Innovation dann den Sozialwissenschaften zur Nachahmung anempfohlen wird (ebd.: 34f). Etwaige Differenzen zwischen Epistemologie und Empirie physikalischer und sozialwissenschaftlicher Forschungen werden so mittels einfacher Analogien weitgehend ausgeblendet.

Die Ironie einer solchen Entnahme raumtheoretischer Imperative aus naturwissenschaftlichen Diskussionen läge darin, dass die modernen Naturwissenschaften eben keineswegs derartig monistisch operieren, wie ihnen seitens der Sozialwissenschaften gelegentlich unterstellt wird: Selbstverständlich stellen der variable Raum und die variable Zeit – beziehungsweise in ihrer gemeinsamen Abhängigkeit von der Krümmung durch Masse als mindestens vierdimensionale „Raumzeit“ (Schmidt 2009: 292) – der Relativitätstheorie und später noch der Quantenmechanik seit der Nachkriegszeit unbestritten etablierte Parameter der physikalischen Weltbeschreibung dar:

„In dieser Vorstellung sind Raum und Zeit lediglich sprachliche Begriffe, mit deren Hilfe wir Beziehungen zwischen materiellen Objekten beschreiben. Zu sagen, es gebe 384 000 Kilometer *Raum* zwischen Erde und Mond, ist lediglich eine andere Ausdrucksweise für: Die Erde ist vom Mond 384 000 Kilometer entfernt. Wenn der Mond nicht dort wäre und wenn wir auch keine andere Möglichkeit hätten, Lichtstrahlen an dieser Stelle zu reflektieren, dann wüßten wir auch nicht, wie weit sich der Raum bis dorthin ausdehnt. Die Messung von Entfernungen oder Winkeln im Raum erfordert Maßstäbe, Theodoliten, Radarsignale oder anderes materielles Zubehör. Raum als solcher hat daher nicht mehr Substanz als etwa eine Staatsbürgerschaft. Beide sind einzig und allein Beschreibungen für eine Zugehörigkeit, für eine Beziehung zwischen Gegenständen – oder eben Staatsbürgern.“ (Davies 1981: 120)

Die Relativitätstheorie erklärt frühere Raumbegriffe also keineswegs für schlicht falsch – eher stellt sie sie auf die Ebene von Beobachtungen erster Ordnung, die durch die neue kosmologische Theorie nicht obsolet, sondern lediglich in einen neuen theoretischen Kontext gestellt werden. Die relativitätstheoretische Raumzeit verdrängt auch die klassischen

cartesischen oder newtonianischen, Raum als unendliches Koordinatensystem behandelnden Ansätze in der Physik nicht vollständig – vielmehr werden diese nun als für nicht-relativistische Situationen durchaus noch sehr angemessene Spezialfälle der allgemeineren Relativitätstheorie aufgefasst; man „betrachtet einfach die alten Vorstellungen als Grenzwerte, die nur für die Alltagserfahrungen gültig sind“ (Barnett 1951: 70). Eine vollständige Destruktion ist nur in Bezug auf die „apriorische Setzung des Raums als transzendente Ermöglichungsbedingung physikalischer Erkenntnis“ zu beobachten (Schmidt 2009: 291). Darüber hinaus ist auch in der Physik die Relativitätstheorie keineswegs als Schlusspunkt der Raumdebatte zu sehen; vielmehr treten gerade im Zuge neuerer Diskussionen in der physikalischen Kosmologie modernisierte Variationen klassischer raumphilosophischer Positionen auf (ebd.: 292f; 297).

Dass sich die meisten für Sozial- und Politikwissenschaft relevanten Ereignisse vermutlich weiterhin innerhalb der nun für die Physik als Spezialfälle einzustufenden Parameter bewegen, ist für ihre raumtheoretische Weiterentwicklung zwar vielleicht unerheblich – die in der physikalischen Kosmologie auch heute vorherrschende Ansicht, dass für verschiedene Untersuchungsgegenstände und verschiedene Maßstabsebenen unterschiedliche Raumbegrifflichkeiten angemessen sein können (vgl. z.B. Christian 2005: 42; 270), lässt aber eine gewisse begriffliche Flexibilität als nicht nur akzeptabel, sondern möglicherweise notwendig erscheinen.<sup>23</sup> Dies entspräche der Perspektive von Schroer (2006: 179f), der gerade im Hinblick auf die in den Naturwissenschaften ebenfalls gegebene Pluralität von Raumkonzepten konsequent für deren Beibehaltung auch in den Sozialwissenschaften plädiert – wie sollte man auch sozialwissenschaftlich entscheiden, welche der zahlreichen mit den Mitteln der physikalischen Theorie gewonnen Vorstellungen vom Raum nun die allein richtige sei? Der Begriffsmonismus der Ablösung eines wie auch immer definierten Containerraums durch einen in jeder Hinsicht überlegenen, wie auch immer gewonnenen neuen sozialwissenschaftlichen Raumbegriff beruht nicht nur auf einem verzerrten Verständnis vom Verlauf der Raumdebatte in den Naturwissenschaften, sie würde auch der Varietät und bemerkenswerten Kontinuität zahlreicher in der alltäglichen sozialen und politischen Praxis weiterhin verbreiteten Raumbilder (vgl. Luutz 2007) keine Rechnung

---

<sup>23</sup> Interessanterweise wurde der epistemologische Impetus der theoretischen Physik Einsteins von einem kontemporären Vertreter der politischen Geographie eben so – und nicht als definitive Ablösung älterer Raummodelle – gedeutet: Nicht auf eine Imitation oder Analogie physikalischer Raumtheorie sei zu setzen (Jones 1954: 112), sondern vielmehr auf die Integration der Begriffe und Theorien verschiedener Disziplinen im Sinne einer konzeptuell heterogenen, aber universell anwendbaren und undogmatischen „Unified Field Theory of Political Geography“ (ebd.: 122f). Diese Perspektive wurde – möglicherweise auch aufgrund des in der Nachkriegszeit stark nachlassenden Interesses an politischer Geographie (vgl. Kap. 3.2.3) – anscheinend nicht mehr wirksam verfolgt.



tragen. Wiederum stellt sich aber mit einer Kritikerin pluraler Raumbegriffe dann die Frage: Wenn ein einheitlicher, anspruchsvoller sozialwissenschaftlicher Raumbegriff entweder nicht möglich oder nicht praktikabel ist, wäre es nicht sinnvoll, den Raumbegriff als solchen ganz aufzugeben, um die zu befürchtende „permanente Verständigungsunsicherheit“ (Löw 2001: 270) zu vermeiden?

### *2.1.2 Binarisierung von Raum und Zeit*

Die hier gegebene Antwort auf diese Frage ist eine negative, unter anderem, da auch ein plurales Raumkonzept, wie sich im weiteren Lauf der Untersuchung zeigen wird, durch eine übergreifende Bezeichnung sinnvoll kategorisiert werden kann. Ich möchte keinesfalls ausschließen, dass es andere, vielleicht sinnvolle begriffliche Alternativen gäbe, die auf einen Raumbegriff dann völlig verzichteten. De facto wird eine solche Option *rein semantisch* durch zahlreiche politikwissenschaftliche Arbeiten bereits ausgeübt, wenn sie, wie eingangs problematisiert, anstelle eines Raumbegriffs direkt mit Begriffen der Territorialität bzw. der territorialen Staatlichkeit, der Grenze oder des Netzwerks operieren (z.B. zahlreiche Beiträge in Leibfried/Zürn 2006; Beck/Bonß/Lau 2006; oder auch die juristische Staatslehre, wie z.B. Blumenwitz 1994; vgl. Kap. 1.1). Typischerweise werden in solchen Fällen aber die Eigenschaften der beschriebenen Phänomene vorausgesetzt – letztlich nehmen sie dann meist die bereits besprochene Gestalt der alltäglichen Binarisierung oder die einer metaphorischen Umschreibung und Essenzialisierung bestimmter dem Untersuchungsgegenstand zugeschriebener Eigenschaften an (vgl. Lutz 2007: 33).

Vor allem aber ist die Bindung von Konzepten wie *Grenze* oder *Territorium* an einen wie auch immer gefassten allgemeineren Raumbegriff derartig etabliert, dass im Fall des Bedarfs nach einer stärkeren theoretischen Befassung mit ihnen angenommen werden kann, dass sogleich wieder auf den Raumbegriff rekurriert würde. Entsprechende empirische Begriffe haben offensichtlich einen gemeinsamen abstrakten Nenner, für den schlicht keine geeignetere Bezeichnung zur Verfügung steht: Der Raum scheint „sprachsystematisch unverzichtbar“ (Köster 2002: 11) – es sei denn, man möchte den Vorschlag, anstelle von „Raum“ angesichts der Vielfalt der möglichen Erscheinungsformen nun doch lieber von „Räumlichkeit“ zu sprechen (Werlen 1993: 251), bereits als einschneidenden semantischen Wandel werten.

Alles, was über eine solche – im zitierten Fall durch die angestrebte Umstellung von Ontologie auf Handlungstheorie motivierte, anstelle des Vorhandenseins einer einheitlichen

Raumdimension der Existenz das Vorhandensein räumlicher Aspekte in verschiedensten menschlichen Handlungen betonende – vielleicht durchaus begründete, aber begrifflich doch kosmetische Korrektur hinausginge, würde neben einer wohl unnötigen und unproduktiven Entfernung von der Alltagssprache auch wohl beträchtliche Verständigungsprobleme mit benachbarten, sich eher als die politikwissenschaftliche Theorie für räumliche Fragen spezifisch zuständig beschreibenden Disziplinen nach sich ziehen – namentlich genannt seien die (Raum-)Soziologie und die (Politische oder Sozial-)Geographie (Lossau/Lippuner 2004: 202; vgl. auch die Beiträge in Döring/Thielmann 2008).

Letztlich wäre der einzige noch denkbare Grund, warum gerade die Politikwissenschaft für sich im Alleingang den Raumbegriff aufgeben sollte, ein normatives, geschichtspolitisches Argument – nämlich die Notwendigkeit der Vermeidung eines durch seinen ideologische Missbrauch durch Imperialismus und Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert (siehe dazu auch Kap. 3.2.3) tatsächlich oder vermeintlich zutiefst diskreditierten Wortes. Die dazu vorherrschende Haltung in einschlägigen Forschungsarbeiten ist allerdings die, dass eine sozialwissenschaftliche Befassung mit Raumthemen an und für sich keineswegs problematisch sei. Die mögliche Wendung des Raums „gegen das zeitlich definierte Subjekt der Aufklärung“ bedeute in der Tat „Gefahr im Verzuge“, sei aber auch nur in Gestalt eines „Raum-Rasse-Diskurses“ zu befürchten (Sprengel 1996: 194) – also unter Hinzunahme eines nun tatsächlich fundamental belasteten Begriffs. Auch Studien, die die normative Problematik des politischen Raums sehr ernst nehmen und weit fassen – anstelle sie nur in seinem Missbrauch durch die nationalsozialistische Rassenideologie zu sehen – betrachten die Möglichkeit oder gar die Notwendigkeit einer anderweitigen, begrifflich aktualisierten, keineswegs verwerflichen theoretischen Beschäftigung mit Raumfragen durch die modernen Sozialwissenschaften als gegeben (Köster 2002: 235).

Die zentrale Problematik dürfte dann darin bestehen, wie der an derartigen Fragestellungen interessierte Forscher *einerseits* räumliche von nicht-räumlichen Phänomenen oder Begriffen unterscheiden kann, ohne aber *andererseits* eine unangemessene, konkretistische, empirische Verengung des allgemeinen Raumbegriffs vorzunehmen (Zierhofer 2005: 31). Eine klassische, im Allgemeinen auf Immanuel Kant zurückgeführte und bis heute in manchen theoretischen Ansätzen der Sozialwissenschaften verwendete Option zur Aufhebung dieses Dilemmas ist die der *Binarisierung von Raum und Zeit*. In Kants Transzendentalphilosophie finden sich die beiden Begriffe als *Apriori*, worunter jeder menschlichen Erkenntnisleistung vorausgehende, Sinneserfahrung ordnende Strukturen zu verstehen sind (Fröhlich 2001: 28f). Kant beschreibt den rein abstrakten Charakter seines Raumbegriffs folgendermaßen:

„Lasset von eurem Erfahrungsbegriff eines *Körpers* alles, was daran empirisch ist, nach und nach weg: die Farbe, die Härte oder Weiche, die Schwere, selbst die Undurchdringlichkeit, so bleibt doch der *Raum* übrig, den er (welcher nun ganz verschwunden ist) einnahm, und den könnt ihr nicht weglassen. Eben so, wenn ihr von eurem empirischen Begriffe eines jeden, körperlichen oder nicht körperlichen, Objekts alle Eigenschaften wegläßt, die euch die Erfahrung lehrt: so könnt ihr ihm doch nicht diejenige nehmen, dadurch ihr es als *Substanz* oder einer Substanz *anhängend* denkt [...]. Ihr müßt also, überführt durch die Notwendigkeit, womit sich dieser Begriff euch aufdringt, gestehen, daß er in eurem Erkenntnisvermögen a priori seinen Sitz habe.“ (Kant 1977: 48)

An die Stelle einer Raumontologie tritt also eine Epistemologie, in der Raum lediglich einen Ordnungsbegriff menschlicher Sinneswahrnehmung darstellt, eine außerpsychische Rolle des Raumbegriffs ist nicht vorgesehen. Der apriorische *Raum* ist dabei die „Form des äußeren Sinnes“, die dem Geist die Beobachtung einer externen Welt ermöglicht – die apriorische *Zeit* hingegen ist „die innere Anschauungsform“ (Fröhlich 2001: 32f), die – systemtheoretisch gesprochen – die Selbstbeobachtung des psychischen Systems ermöglicht. Die kantianische Unterscheidung von (äußerem) Raum und (innerer) Zeit hielt sich – und hält sich bis heute – in zahlreichen, wenn auch sehr wandelbaren Formen in verschiedenen Disziplinen (vgl. auch Held 2005: 38). Zuletzt wurde sie etwa in einer viel beachteten geschichtswissenschaftlichen Arbeit zum Wandel der Weltwahrnehmung im 19. Jahrhundert herangezogen, um die Information der abstrakten, zeitfokussierten historischen Darstellung durch als räumlich verstandene, konkret erlebbare lebensweltliche Anschauungen zu ermöglichen (Osterhammel 2010: 130).

An sehr prominenter Stelle der Theoriearchitektur taucht eine oberflächlich den Kantschen Apriori ähnelnde Binarisierung auch bei Anthony Giddens' Theorie der Moderne auf, der als Leitmotiv seiner Gesellschaftstheorie die Frage formuliert, „wie es denn geschehe, daß soziale Systeme Zeit und Raum ‚binden‘“ (Giddens 1996: 24). Die spezifische Qualität der Moderne gegenüber früheren Stufen gesellschaftlicher Evolution wird dann darin gesehen, dass in ihr einerseits eine zunehmende Trennung der beiden Kategorien zu beobachten sei und andererseits beide eine Entwicklung hin zu zunehmender Abstraktion durchmachten. Waren traditionale Gesellschaften nach Giddens geprägt von einer konkreten räumlichen und zeitlichen Verankerung des gesellschaftlichen Lebens – „an einen Schauplatz gebundene Tätigkeiten sind vorherrschend“ (ebd.: 30), bestimmte Handlungen also von bestimmten Personen zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten zu verrichten. Dementsprechend sieht Giddens hier eine feste Kopplung von zeitlichen, räumlichen und sozialen Tatsachen gegeben,

die sich im Prozess der Modernisierung immer mehr auflöst, dieser wird beschrieben als „Entbettung [...] sozialer Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen und ihre unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen übergreifende Umstrukturierung“ (ebd.: 33).<sup>24</sup>

In vollständig anderem Theoriekontext, aber in sehr ähnlicher, womöglich ebenfalls an die kantianische Dichotomie angelehnter Verwendung, sieht ein Beobachter die Einführung räumlicher Kategorien als Erweiterung des historisch-zeitlichen Paradigmas der marxistischen Theorie bei Antonio Gramsci: Neben zahlreichen anderen Verräumlichungen von Klassenbeziehungen ist insbesondere seine Stellungnahme zur Frage des Nord-Süd-Gefälles in Italien von Interesse. Hier sieht er die notwendige historische, also zeitliche, Entwicklung der italienischen Arbeiterklasse gehemmt durch die Prävalenz älterer, feudaler und ruraler Sozialstrukturen im italienischen „*Mezzogiorno*“, was wiederum andere Strategien für die Arbeiterbewegung notwendig mache (Jessop 2005: 429). Im Gegensatz zu einer deterministischen Abfolge bestimmter Entwicklungsstufen der Gesellschaft in bestimmten Räumen – die etwa auftaucht in Entwicklungstheorien und anderen linearen Theorien sozialer Evolution (Massey 2006: 90) – wird die Dichotomie von Zeit und Raum hier genutzt, um eine lineare historische Theorie mit in räumlichen Begriffen beschriebener Kontingenz zu versorgen. Diese Figur hat sich in der marxistisch inspirierten geographischen Theorieschule der *Radical Geography* bis in die Gegenwart gehalten, „Raum und Zeit“ werden aber wieder – wie bei Giddens vollständig unkantianisch – als „gleichermaßen gesellschaftlich wie objektiv“ betrachtet und sind gemäß der historisch-materialistischen Theoriegrundlagen Ergebnis epochenspezifischer Produktionsweisen (Harvey 2011: 43; 47f).

Eine solche gleichrangige Konzeptualisierung der beiden Begriffe ist aber ohnehin eine, wenn auch prominente, Ausnahme. Die meisten sozialwissenschaftlichen Theoretiker der Moderne nutzten eine Binarisierung von Raum und Zeit eher, um letztere gegenüber dem Raum epistemisch zu privilegieren. Für diese bis heute – und auch noch nach dem sogenannten *spatial turn* – weitverbreitete Tendenz könnten mehrere Gründe gefunden werden: Die

---

<sup>24</sup> Neben der unten ausgeführten allgemeinen Problematisierung der Raum-Zeit-Dichotomie wäre auch eine empirische, sozialhistorisch begründete Kritik der These der festen Kopplung von Raum und Zeit in traditionellen Gesellschaften notwendig. Diese könnte sich etwa auf nomadische Gruppen beziehen – in den klassischen Gesellschaftstheorien werden vormoderne Formen menschlichen Zusammenlebens meist als sesshaft-dörflich-agrarisch gedacht und das Nomadentum entsprechend vernachlässigt, was bei Giddens ebenfalls zu beobachten ist (Kradin 2008: 107). Er erwähnt in einem früheren Werk zwar Nomaden, hält aber ihre räumliche Organisation mit der „co-presence“ der Individuen in der umherwandernden Gruppe für hinreichend beschrieben (Giddens 1984: 143). Nomaden aber wiesen (und weisen) laut entsprechender Forschungen durchaus eine hohe Flexibilität in der räumlichen, zeitlichen und sozialen Organisation ihrer Lebensweise auf und variierten ihre Wanderungsrouten und die Zusammensetzung ihrer Gruppen gemäß einer Vielzahl von Parametern, weit entfernt von der kleinräumigen, starren Raum-Zeit-Struktur traditionaler Gesellschaften bei Giddens (Kratochwil 1986: 29; Meir 1988: 253). Die theoretische Marginalisierung nomadischer Gesellschaften ist auch bei manchen systemtheoretischen Arbeiten zu beobachten (vgl. Schroer 2006: 136f).

größere, insbesondere methodische Nähe zu den Geisteswissenschaften könnte entsprechend der Assoziation der Zeit mit der Selbstbeobachtung des psychischen Systems eine Rolle gespielt haben; die bereits vorhandene Nachbardisziplin der Geographie könnte als bereits zuständig für Raumthemen betrachtet worden sein (siehe Kap. 3.1.4); ebenso wäre eine größere methodische und thematische Nähe zur – trotz geographisch informierter Ansätze wie dem von Braudel (1993) dann als ausschließlich auf die Kategorie der Zeit bezogenen! – Geschichtswissenschaft denkbar (vgl. Schroer 2006: 18-20). Auch bestand mit der Geopolitik, die zumindest in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchaus ansatzweise akademische Respektabilität genoss (siehe Kap. 3.2.3), sowie mit der frühen Humangeographie bereits eine disziplinäre Form der Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher und auch politischer Räumlichkeit. Man könnte somit räumliche Fragen schlicht diesen Fächern überlassen haben. Diese Erklärungen können sicher nicht vollständig überzeugen, zumal in den verschiedenen Fällen jeweils höchst verschiedene Raum- und Zeitbegriffe anzunehmen sind. Die klassische Geographie pflegte aus der Sicht heutiger Beobachter nämlich ein durchaus affirmatives – zu den raumskeptischen Sozialwissenschaften gewissermaßen komplementäres – Verhältnis zur Vorstellung des prinzipiell statischen Raums: Sie behandelte „Zeit unter dem Aspekt der Persistenz“, also dem generellen Überdauern der von Beobachtern festgelegten handlungsrelevanten Zeitabschnitte durch räumliche Strukturen, die solchermassen zur Unsicherheitsabsorption bei der Erwartung einer ungewissen Zukunft beitrügen (Klüter 1987: 90f).

Für die hier verfolgten Zwecke mag es ausreichen, dass die Präferenz für die Zeit meist als sozialwissenschaftlicher Normalzustand angenommen wird – und eine gewisse Wertung beider Kategorien in vielen sozialwissenschaftlichen Theorien implizit oder explizit vorgenommen wird: „Während die Zeit für das Mobile, Dynamische und Progressive, für Veränderung, Wandel und Geschichte steht, steht der Raum für Immobilität, Stagnation und das Reaktionäre, für Stillstand, Starre und Festigkeit“ (Schroer 2006: 21).<sup>25</sup> In besonders prägnanter Form findet sich diese Ansicht bei Marx formuliert, der in der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch den über moderne Transportinfrastrukturen ermöglichten kapitalistischen Weltmarkt eine „Vernichtung des Raums durch die Zeit“ sah (Marx 1974: 430; vgl. auch Kap. 3.3). Es kommt also entsprechend der Codierung

---

<sup>25</sup> Auch in der Kant-Interpretation wird teilweise eine asymmetrische Beziehung der beiden Sinnkategorien gesehen, da Zeit als Determinante der internen Funktion des psychischen Systems die Entstehung räumlicher Wahrnehmungen erst ermögliche. Dieser und einige weitere Belege einer epistemisch ungleichen Kategorisierung von Raum und Zeit – unter anderem bei Kierkegaard, Bergson, Heidegger und Spengler – finden sich bei Latka (2003: 264f).

progressiv/konservativ eine politische Einordnung des Raumthemas hinzu, die Michel Foucault folgendermaßen kritisierte:

„Space was treated as the dead, the fixed, the undialectical, the immobile. Time, on the contrary, was richness, fecundity, life, dialectic. For all those who confuse history with the old schemas of evolution, living continuity, organic development, the progress of consciousness or the project of existence, the use of spatial terms seems to have the air of an anti-history. If one started to talk in terms of space that meant one was hostile to time. It meant, as the fools say, that one ‘denied history’, that one was a ‘technocrat’. They didn’t understand that to trace the forms of implantation, delimitation and demarcation of objects, the modes of tabulation, the organisation of domains meant the throwing into relief of processes – historical ones, needless to say – of power.“ (Foucault 1980: 70)

Diese Identifizierung einer räumlichen Begriffsbildung mit konservativ-technokratischen Positionen spiegelt sich noch in der modernen Geographie, wenn etwa politische Räumlichkeit ausschließlich als „Administrativraum“ gedacht wird (Klüter 1987: 92f) – nicht etwa auch als für dynamische Prozesse wie politische Partizipation, politische Konflikte oder Protest zugänglicher und durch diese gestalteter Raum. Da aber die Codierung politischer und vor allem theoretischer Positionen mittels der Unterscheidung progressiv/konservativ – im Sinne der gesetzmäßigen Erwartung von gesamtgesellschaftlichem Fortschritt – in der gegenwärtigen Sozialwissenschaft bei weitem nicht mehr die Rolle spielt wie zur Zeit des zitierten Interviews mit Foucault, könnte man diese Debatte eigentlich ruhen lassen. Bereits frühzeitig wurde von Luhmann (2005a: 321f) deren mögliche Überlagerung durch moralische gut/böse-Unterscheidungen beobachtet – eine Entwicklung, die man heute etwa am Paradigma der Kritischen Geopolitik beispielhaft beobachten könnte (Redepenning 2007; siehe Kap. 3.4). Angesichts zahlreicher aktueller, stark rezipierter Werke über räumliche Themen von politisch sicherlich als progressiv zu verstehenden Autoren (z.B. Harvey 2009; Ó Tuathail 1996; Sassen 2008) scheint sich die kantianische Dichotomie jedenfalls nicht mehr zur Identifizierung politischer Lager anhand ihrer intellektuellen Präferenz oder Dispräferenz für räumliche Begriffe zu eignen. Gleichsetzungen von Raum mit Statik und von Zeit mit Dynamik sind hingegen auch in der gegenwärtigen Literatur durchaus noch zu finden, wenn auch diese zumindest in der Sozialgeographie zugunsten differenzierterer Unterscheidungen, die auf die bestimmten Raumformen inhärenten Dynamiken abstellen, an Häufigkeit zu verlieren scheinen (vgl. Jessop et al 2008: 395f; siehe auch Kap. 2.2.4).

Zentral ist für diese Untersuchung aber, dass in diesen frühen geographischen wie auch allen betrachteten Fällen der heutigen sozialwissenschaftlichen Binarisierung von Raum und Zeit die beiden Begriffe nicht mehr, wie ursprünglich bei Kant, als transzendente Kategorien behandelt werden. Vielmehr tritt der Raum meist als eine Art Strukturmerkmal menschlicher Gesellschaft oder aber als ein gesellschaftsexternes, empirisches Objekt auf. Dies ist eigentlich wenig überraschend, denn die meisten heutigen Gesellschaftstheorien – zumal die hier vertretene systemtheoretische – operieren ohne derartige epistemologische Letztbegründungen als „absolute point of reference external to the observer or the observation (Zierhofer 2005: 30). Bereits in Emile Durkheims Religionssoziologie findet sich eine ausdrückliche Kritik an der Vorstellung rein abstrakter, vorgesellschaftlicher, empiriefrei gegebener Kategorien, wobei er neben Raum und Zeit eine ganze Reihe von Kategorien wie etwa Kausalität, Personalität und noch weitere kennt, er nimmt also gerade *keine* Binarität von Raum und Zeit an (Durkheim 1964: 18f; vgl. Schroer 2006: 48-50). Und während Foucault in seinem Spott über die politisierte Raum-Zeit-Dichotomisierung einfach als konsequenter Kritiker einer überkommenen subjektzentrierten Erkenntnistheorie betrachtet werden könnte, wird daneben mit der gegenwärtigen Renaissance normativen Denkens in der Politikwissenschaft auch aus diesem hervorgehende Kritik am apriorischen Denken laut. Dieses negiere im Rahmen seiner abstrakten Betrachtung durch von außen an die Politik herangetragenen Begriffsbestimmungen die prinzipielle Kontingenz und die auch politische Konstitution eben jener Begriffe (Lutterbeck 2007: 38).

Die Kritik ist aber in diesem Fall unabhängig von epistemologischen oder normativen Präferenzen auf rein argumentationslogischer Ebene berechtigt: Der Behandlung von Raum und Zeit als grundlegende, binäre *Strukturmerkmale menschlicher Gesellschaften*, wie sie unter den aktuellen Theoretikern neben anderen vor allem bei Giddens (1996) prominent aufscheint, fehlt die metaphysische Begründung für die Dichotomie eben dieser beiden Begriffe – namentlich deren Rolle bei der Selbst- beziehungsweise Fremdwahrnehmung des menschlichen Geistes. Eine tatsächlich kantianische Verwendung der Begriffe würde es beispielsweise keineswegs erlauben, von einer im Verlauf sozialer Evolution stärkeren oder schwächeren Kopplung räumlicher und zeitlicher Strukturen zu sprechen – ihre epistemologische Funktion als eben *transzendente*, der Empirie in jedem Fall vorausgehende Kategorien wäre damit dahin. Eine „objektive Realität“, in der sie als Objekte fester oder loser gekoppelt sein könnten, haben Raum und Zeit nur „als Gegenstände unserer Sinne“ (Nassehi 2008: 54) – nicht aber als Bedingung der Möglichkeit dieser Sinne selbst, was sie im apriorischen Denken ausschließlich sind. Ebenso wenig kann die von Giddens

beschriebene zunehmende Abstraktion der gesellschaftlichen Raum- und Zeitvorstellungen mit dem kantianischen Modell in Einklang gebracht werden, in dem beide Kategorien – wie oben zitiert – von vornherein als rein abstrakt behandelt werden. Und *außerhalb* der transzendentalphilosophischen Erkenntnistheorie gibt es zumindest dem Anschein nach gegenwärtig keine stichhaltige Begründung für die Dichotomisierung von Raum und Zeit, die zu deren Verteidigung angeführt würde.

Giddens etwa scheint die traditionelle Akzeptanz der überkommenen Binarität von Raum und Zeit teilweise einfach als gesetzt anzunehmen, was einen für eine soziologische Großtheorie zumindest fragwürdige Vorgehensweise darstellen würde. Kritikern zufolge ist seine Raum-Zeit-Unterscheidung entweder mit Bezug auf Kant gedacht – dann aber, wie oben ausgeführt, ohne Begründung mit drastisch veränderter Begriffsverwendung! – oder aber aus der „time-geography“ des Geographen Hägerstrand entliehen, die ebenfalls „essentially Kantian“ argumentiere, aber in ihrer Offenheit letztlich nicht Giddens’ recht rigider Schematik entspräche (Gregory 1989: 188-190). Der Verweis auf die beiden Begriffe als Randbedingungen sozialen Handelns reicht in jedem Fall nicht aus – wenn es um die Kontextualität sozialen Handelns in der gesellschaftsexternen Außenwelt geht, könnte man mit Durkheim, Luhmann sowie mit guten Gründen weitere, zum Beispiel psychologische Kategorien einführen (vgl. Saunders 1989: 231; Giddens 1989: 276).

Aus den Naturwissenschaften kann eine derartige Raum-Zeit-Binarität auch nicht mehr abgeleitet werden: Sie ist in dieser Form in der kontemporären physikalischen Kosmologie nicht mehr gängig – wo eher von der „Raumzeit“ als kosmologischer *Einheit* die Rede ist (Schmidt 2009: 293). Dieser Begriff wird zwar in der Sozialgeographie gelegentlich entlehnt – etwa, um spezifisch moderne Rhythmen von dynamischer, technologisierter Bewegung und vorübergehender Ruhe mit einem passenden Begriff zu umschreiben – damit ist dann aber eben keine prinzipielle Gegensätzlichkeit, sondern lediglich eine Verknüpfung zweier Begriffe gemeint (May/Thrift 2001: 31f). Dies gilt letztendlich auch für Überlegungen wie die von Wallerstein (1998), der in scheinbarer Analogie zur Relativitätstheorie den „TimeSpace“ tatsächlich als unitäre raumzeitliche Dimension sozialen Geschehens einführt. Dieses Konzept kommt schon in seiner Exposition nicht über eine bruchstückhafte Synthese räumlicher und zeitlicher Beschreibungen von Machtverhältnissen hinaus, die noch durch beliebige Kategorien – wie etwa die bestimmter Gruppen, die von diesen Machtverhältnissen profitieren, oder bestimmten Organisationsformen, auf die die „TimeSpace“-Narrative ebenfalls angewiesen sind – ergänzt werden könnten (vgl. Blommaert 2010: 34). Die bei Wallerstein postulierte „generelle Unauflösbarkeit der Verbindung von Zeit und Raum“ als



Gegenmodell zu deren evolutionärer Ausdifferenzierung bei Giddens (Bahrenberg/Kuhm 1999: 193) führt sich dadurch ad absurdum, dass zur Erklärung der unitären Raumzeit eben wieder auf die Begriffe Raum und Zeit zurückgegriffen werden muss – „TimeSpace“ bezeichnet wohl nichts anderes als die Einheit der bekannten überkommenen binären Unterscheidung.

Die Neurowissenschaften wiederum, die in mancher Hinsicht als Leitdisziplin aktueller Entwicklungen in der sozialwissenschaftlichen Epistemologie gelten oder eine solche Geltung zumindest gelegentlich beanspruchen (Pauen 2001: 112f), betrachten den Erkenntnisprozess des menschlichen neuronalen Systems nicht mehr in Begriffen von Raum und Zeit oder anderen einander entgegengesetzten Kategorien, sondern gehen vom nicht nach verschiedenen Sinnesformen gefilterten oder von ihnen determinierten, sondern durch interne Gehirnstrukturen geprägten Prozessieren von Wahrnehmungen in einer „neuronalen Einheitssprache“ aus (Kuhm 2003: 20f). Im bewussten Erleben mögen diese Informationen dann den Charakter von als räumlich oder zeitlich oder mit sonstigen Begriffen beschreibbaren Wahrnehmungen gewinnen – diese wären aber nicht dichotomisch und *a priori* zu betrachten, sondern vielmehr in ihrer zunächst unordentlichen Pluralität *a posteriori* zu bezeichnen und zu kategorisieren (vgl. auch Roth 2001: 157). Oder in anderen Worten: *Raum* als psychisches Phänomen wäre eine in der Kommunikation und somit innerhalb der Gesellschaft gewonnene Bezeichnung für bestimmte Funktionsmodi des menschlichen Gehirns, diese aber können sozialen Systemen niemals unmittelbar zugänglich sein (vgl. Luhmann 2005c: 33).

Eine *Dichotomie* von Raum und Zeit wird also in aktuellen theoretischen Ansätzen der Sozialwissenschaften oder der Sozialgeographie zumindest tendenziell nicht mehr grundsätzlich begründet, sondern ohne weitere Reflexion in bewusster oder unbewusster Fortführung der Tradition der beiden Begriffe als Wortpaar mitgeführt – in vielen Fällen als regelrechter semantischer Atavismus. Als solcher ist sie heftigen Kritiken in der kontemporären Raumtheorie ausgesetzt – „[s]ie durchzieht – als ontologisches oder transzendentes Paar – bekanntlich seit 200 Jahren auch die geographischen Reflexionstheorien, ohne je ein fruchtbares Ergebnis gezeitigt zu haben“ (Hard 2002: 288). In geographischen Ansätzen wurde und wird gegenwärtig zunehmend neben dem empiristischen Containerdenken auch das binäre, apriorische Raumverständnis zugunsten eines „[v]om handlungszentrierten Standpunkt aus“ gewonnenen und somit über den Handlungsbegriff ebenfalls verzeitlichten Raumbegriffs zurückgewiesen – und gleichzeitig eine definitorische

Neuorientierung hin zu einem komplexen, weder empiristischen noch epistemologischen, sondern eher an Beobachtungen und Prozessen ausgerichteten Begriff vorgenommen:

„Um Raum als Element der sozialen Praxis thematisieren zu können, ist es notwendig, ihn als einen *formal-klassifikatorischen* Begriff zu verstehen und weder als einen empirischen noch als einen apriorischen. Er kann kein empirischer Begriff sein, da der Gegenstand nicht nachweisbar ist; und er kann kein apriorischer Begriff sein, da er tatsächlich auf Erfahrung beruht. [...] Es handelt sich um einen *formalen* Begriff, weil er sich nicht auf inhaltliche Merkmale von materiellen Gegebenheiten bezieht; und er ist *klassifikatorisch*, weil er Ordnungsbeschreibungen von materiellen Objekten und die Orientierung in der physischen Welt ermöglicht.“ (Werlen 2009: 154)

Wenn die Unmöglichkeit eines reinen Empirismus im Stil des ‚Containerraums‘ in der gegenwärtigen raumtheoretischen Diskussion einen Fixpunkt darstellt, die in den heutigen Sozialwissenschaften *noch* verbreitete apriorische, kategoriale, grundlagentheoretische Binarisierung von Raum und Zeit aber auch nicht mehr überzeugen kann, erscheinen diese Forderungen als konsequent. Die Frage, die sich dann für diese Arbeit stellt, ist: Kann ein systemtheoretisch hergeleiteter Raumbegriff die beiden von Werlen genannte Desiderata – die formale, abstrakte Abgrenzung zu anderen sozialwissenschaftlichen Begriffen einerseits und die notwendige empirische Klassifikationsleistung, ohne die der Raumbegriff funktionslos würde, andererseits – erfüllen?

### 2.1.3 Systemtheoretische Begriffsbildung I: Gesellschaftsexterner Raum

Einen in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Raumsoziologie, viel beachteten und mehrfach weiterentwickelten systemtheoretischen Versuch hierzu hat Rudolf Stichweh (1998; 2000: 184-206; 2003; 2005; 2008) mit seinen Überlegungen zum theoretischen Ort des Raumbegriffs in der Systemtheorie angestellt. Ähnlich wie Giddens in der Strukturationstheorie setzt Stichweh zur Integration des Raumbegriffs an einem zentralen Punkt der systemischen Gesellschaftstheorie an – zunächst allerdings, ohne den in einer selbstreferenziellen Epistemologie von vornherein nicht anschlussfähigen kantianischen Apriorismus zu importieren (vgl. Luhmann 2005b: 24f; 1984: 51).<sup>26</sup> Die Frage nach der Rolle

---

<sup>26</sup> Dazu sollte der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass Luhmann durchaus an zumindest zwei Stellen allein seines Hauptwerks *Die Gesellschaft der Gesellschaft* die Begriffe „Raum“ und „Zeit“ als Paar entgegengesetzter Begriffe verwendet. Dies geschieht aber in einem Fall zur Beschreibung der Position von Vertretern des traditionellen, „humanistischen“ Gesellschaftskonzepts – im Gegensatz zu denen die Systemtheorie zur „Bestimmung der Gesellschaftsgrenzen nicht auf Raum und Zeit angewiesen ist“ (Luhmann 1997: 30) – und im anderen Fall zur Beschreibung der Umstellung von Semantiken des Sozialstatus einzelner

des Raums in der Systemtheorie ist dabei durch die Feststellung motiviert, dass zum einen mit der zentralen Rolle der Grenze sozialer Systeme ein eminent räumlich konnotierter Begriff eingeführt wird – verbunden jedoch mit der Feststellung, dass diese „überhaupt nicht im Raum begrenzt seien“ (Luhmann 1997: 76), Raum damit als materielle Umwelt außerhalb jeglicher sozialer Prozesse von der ausschließlich sinnhaft vorgestellten Gesellschaft gedacht wird, für die Gesellschaftstheorie also als irrelevant erscheinen mag.

Zum anderen wird aber bei Luhmann die Funktion mancher sozialer Systeme sehr direkt durch die Erzeugung von Grenzen in konkreten Räumen bestimmt gesehen – prominent etwa die der Kunst (Luhmann 1995: 179) oder auch der Politik, für die „eine regionale Differenzierung des weltpolitischen Systems durch Staatenbildung“ doch immerhin „vorläufig unverzichtbar“ sei (Luhmann 2003: 115). Zumindest einstweilen benötige auch „die Gesellschaft“ als umfassendes soziales System „für Zwecke ihrer Differenzierung feste Raumgrenzen“ (Luhmann 1995: 182) – und hier scheint nun ein klarer Widerspruch innerhalb der systemischen Gesellschaftstheorie gegeben zu sein. Wie kann es sein, dass soziale Systeme keine räumlichen Begrenzungen aufweisen, räumliche Grenzen gar als vollständig außerhalb der Gesellschaft stehend beschrieben werden, andererseits aber in vielfacher Hinsicht räumliche Differenzierungen erzeugen und für das Funktionieren der kontemporären Gesellschaft als „unverzichtbar“ betrachtet werden? Angesichts dieser widersprüchlich scheinenden Ausführungen zum – Luhmann ja auch nach eigener Aussage „nicht so sehr“ interessierenden (zitiert bei Huber 2009: 98) – Thema Raum wird es verständlich, dass Einschätzungen der raumtheoretischen Potenziale der Systemtheorie von deren Abwesenheit in einer „raumlosen Soziologie“ bis hin zur idealen Eignung für eine „Transformation des Raumbegriffs“ reichen und dafür jeweils auch plausible Zitate vorgebracht werden können (Paetau 2003: 192).

---

Personen, die sich im Zuge funktionaler Differenzierung von der „Raummetaphorik der festen, besetzbaren und besitzbaren Plätze“ hin zu einer „Zeitmetaphorik“ der entscheidungsabhängigen Entwicklung individueller Karrierewege verschiebt. Eine Binarität von Raum und Zeit wird also im ersten Fall explizit als zentraler Theoriebaustein abgelehnt und im zweiten Fall zur Beobachtung der Entwicklung gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen genutzt, ohne aber eine tatsächliche raum-zeitliche Dichotomie zu entwickeln oder vorauszusetzen. An einer anderen Stelle verwendet Luhmann hingegen tatsächlich eine binäre Beschreibung von Raum und Zeit – tut dies aber ausdrücklich zur Rekonstruktion der Funktionsweise der Kommunikation über die Ästhetik von Kunstwerken in dazu speziell generierten Kontexten, in einem quasi-geometrisch aufgefassten Raum, und trennt die dadurch erzeugten Möglichkeiten von außerhalb des Kunstsystems vorkommenden Raum- und Zeitvorstellungen (Luhmann 1995: 184). Sie werden als ästhetisch, also ausdrücklich auf die mit räumlichen und zeitlichen Arrangements in psychischen Systemen bewirkten Irritationen gerichtet beschrieben, zu einem solchen ästhetischen Raummodell siehe auch Baecker (2005). Dementsprechend berechtigt ist aber der Einwand von Stichweh (2000: 184f), der aus der – wenn auch unter Umständen nur scheinbaren – Widersprüchlichkeit oder zumindest Vieldeutigkeit von Aussagen wie den hier zitierten die Frage nach einem allgemeinen Raumbegriff der soziologischen Systemtheorie ableitet.

Rudolf Stichweh (2000: 190) konstatiert zur Auflösung dieses Dilemmas zunächst eine Dualität der Raumbegriffe bei Luhmann. In der ersten Variante erscheine Raum als materielle und entsprechend „der Umwelt der Gesellschaft“ zugehörige Substanz, die dementsprechend auch nicht zur Erzeugung gesellschaftsinterner Differenzierungen beitragen könne – eine solche Fassung materieller Räume sei aber unbefriedigend, da sie keine Möglichkeit zur Einbeziehung physischer Umweltgegebenheiten in soziale Prozesse – vor allem im Hinblick auf ökologische Problematiken – lasse.<sup>27</sup> In der zweiten Variante hingegen – und hier wird vor allem auf Luhmanns raumtheoretische Reflektionen über das Kunstsystem eingegangen – sei „der Raum ein Medium der Wahrnehmung und der sozialen Kommunikation, das auf Leitunterscheidungen von Objekten und Stellen und von Ferne und Nähe aufruht“, diese Vorstellung räumlicher Unterscheidungen als Element von sozialen Systemen verliere allerdings im Verlauf der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen in der modernen Gesellschaft „an formprägender Kraft“ (ebd.: 190f).

Für die Systemtheorie ergäbe sich somit zum einen die Notwendigkeit, materiellen Externalitäten, „denen als räumliche Differenzen kausale Bedeutung für Sozialsysteme zukommt“, erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar im Sinne einer „Ökologie sozialer Systeme“ (ebd.: 191; im Original hervorgehoben). Als interessierende Forschungsfragen werden insbesondere im Verlauf der gegenwärtigen Ökologiedebatte neu aufgeworfene Überlegungen zur Bedeutung der topographischen Lage von Bevölkerungskonzentrationen – nun im Kontext ökologischer Krisen – genannt, desweiteren aber auch die Bedeutung des Zugangs zum Seeverkehr als zum Wirtschaftswachstum eines Landes beitragender Faktor, gesellschaftliche Auswirkungen der menschlichen Existenz in verschiedenen „Vegetations- und Klimazonen“ (ebd.: 192f). Diese Fragen entsprechen genau denen, die von der politischen Geographie der Aufklärung (vgl. Kap. 3.1.3), der Länderkunde der Frühmoderne und später insbesondere von den in den gegenwärtigen Sozialwissenschaften nicht mehr wirklich akzeptierten geopolitischen Autoren (vgl. Kap. 3.2.1) aufgeworfen und in verschiedener Weise zur Konstruktion ihrer jeweiligen politischen Raumbeschreibungen verwendet wurden.<sup>28</sup> In der Sozialgeographie haben diese und ähnliche Überlegungen in der

---

<sup>27</sup> Die entsprechenden Aussagen Luhmanns sind es vermutlich auch, die eine marxistisch beeinflusste Autorinnen ohne weiteren Kommentar zu der Ansicht kommen lassen, die Systemtheorie sei zur Analyse der Bedeutung materieller Strukturen nicht in der Lage (Walby 2009: 53; vgl. Kap. 2.2.3). Zu einer solchen Sichtweise mag auch die noch ausstehende Übersetzung ins Englische von denjenigen systemtheoretischen Arbeiten (v.a. Luhmann 1995), in denen sich komplexere Formen des Umgangs mit dem Raumthema finden, beigetragen haben.

<sup>28</sup> Bemerkenswert und möglicherweise vielsagend hinsichtlich der Wirkung von Kritiken in der Art der im vorherigen Kapitel analysierten ‚Containerraum‘-Thesen ist die Tatsache, dass Stichweh diese Fragen weitgehend anhand der Werke populärwissenschaftlicher Autoren aus dem Umfeld der Ökologie- und Globalisierungsdebatten gewinnt. Der einzige Autor mit Bezug zur klassischen Geographie, der als relevant

Raumsoziologie und in der Literaturwissenschaft des *spatial turn* denn auch Irritation hervorgerufen – sie bedeuteten nichts geringeres als einen Rückfall in das „altgeographische Paradigma“ und dessen „natur- oder geodeterministische und zum Teil physikotheologisch motivierte Perspektive“, die in der Geographie längst „aufgrund ihrer beschränkten Aussagekraft und mangelnden Wissenschaftlichkeit aufgegeben“ worden sei (Lippuner/Lossau 2010: 113f). Eine solche Kritik klingt harsch, ist aber im Kontext mit einem als übertrieben wahrgenommenen Enthusiasmus für konkrete, materielle Räume ohne Berücksichtigung der neueren geographischen Forschung zu sehen, die in der Literatur des *spatial turn* gelegentlich zu beobachten ist (vgl. Kap. 1.2).

Was in Stichwehs Ausführungen jedenfalls durchaus berechtigt erscheint, ist der Anspruch an einen sozialwissenschaftlichen Raumbegriff, auch die materiellen Aspekte des Raums und die damit verknüpften gesellschaftlichen Effekte beschreiben zu können – und sei es auch unter rein kommunikativen Aspekten. Immerhin existiert ja die von ihm zitierte Literatur und übt in jedem Fall *als Literatur* über materielle Räume beträchtlichen Einfluss auf gegenwärtige Debatten im Bereich der Ökonomie und Ökologie aus (z.B. Diamond 2005; 2006; vgl. Schultz 2010: 57). In mehrfacher Hinsicht problematisch ist aber der dazu vorgeschlagene

---

herangezogen wird, ist Fernand Braudel – der seine Ansichten zur Relevanz physischer Räume fast anderthalb Jahrhunderte nach dem eigentlichen Beginn der politikgeographischen Debatte als abgrenzbarer Diskursformation publizierte (vgl. Stichweh 2003: 97). Immerhin haben einige der Urheber dieser geographischen Fragestellungen immer noch aufgrund anderer Theorieleistungen auch in der Soziologie einen gewissen Klassikerstatus inne – so etwa Ibn Khaldūn, Montesquieu, Kant oder Herder (siehe Kap. 3.1.2; 3.1.3; 3.1.4). Ein Ignorieren der früheren Traditionen der Geographie würde zur These Mayhews (2001: 395) passen, der von einem „[e]ffacement of early modern geography“ spricht: Ganz im Gegensatz zum hohen Interesse, das klassischen Autoren aus der gleichen Epoche in Nachbardisziplinen entgegengebracht wird, würden die intellektuellen Vorläufer der heutigen Geographen in Lehrbüchern tendenziell als un- oder vorwissenschaftlich oder auch als ethisch fragwürdig marginalisiert. Diese These ließe sich m. E. für die moderne politische Geographie, was in späteren Kapiteln noch zu konkretisieren sein wird, sowohl generalisieren als auch radikalisieren. In der gegenwärtigen Politikwissenschaft und Soziologie haben die gerade aktuellen Theorien meist relativ rezente Vorläufer, zu denen ein grundsätzlich affirmativer Bezug besteht – man denke etwa an die Genese der Luhmann’schen Systemtheorie aus Parsons’ früherer Systemtheorie, an das Anknüpfen der heutigen Kritischen Theorie an Adorno und andere Theoretiker der Frankfurter Schule oder an die Wiederaufnahme nietzscheanischer Topoi durch den Poststrukturalismus. Eine Untersuchung stellt etwa für die amerikanische Politikwissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine allmähliche, evolutionäre Absetzbewegung von staatswissenschaftlichen Paradigmen fest, die dann ab den 1970er Jahren einem pluralistischen Nebeneinander zahlreicher theoretischer Ansätze weicht, in dem die Option des gesamtdisziplinären „agenda-setting“ ohnehin nicht mehr gegeben sei. Begriffliche und metatheoretische Umwälzungen seien meist relativ konsensual als „revolutions without enemies“ erfolgt (Dryzek 2006: 491f). In der politischen Geographie – wie auch in der Geographie allgemein, was in dieser Arbeit nicht weiter untersucht werden kann – scheint es hingegen die Regel zu sein, dass ein völliger Bruch mit vorangegangenen politischen Geographien angestrebt und zeitweise auch erreicht wird. Dem entspricht dann auch eine übertriebene Verwendung der Kuhn’schen Formel vom Paradigmenwechsel, die vielfach zur Legitimierung der Forderung nach einer vollständigen Erneuerung des Theoriebestandes der gesamten (Sub-)Disziplin gebraucht wird – diese revolutionäre Tendenz ließ einen Kritiker sardonisch anmerken, die Geographie sei „the Latin America of the social sciences“ (Glick 1983: 95). Möglichen Gründen für diese Besonderheit wird im weiteren Verlauf der Untersuchung nachgegangen, auch wenn es sich um eine wissenschaftssoziologische Frage handeln mag, die hier nicht unmittelbar im Fokus steht.

Ansatz zur systemtheoretischen Beobachtung materieller Räume, dessen Kern folgendermaßen beschrieben wird:

„[Es] liegt [...] nahe, von einer *strukturellen Kopplung* der Gesellschaft mit bestimmten räumlichen Differenzen zu sprechen, was aber dazu zwingen würde, das Luhmannsche *Dogma*, das strukturelle Kopplungen nur für Bewußtseinssysteme vorsieht, zu revidieren. Damit bleibt die Möglichkeit unbestritten, daß die Gesellschaft sich in der soziokulturellen Evolution schrittweise aus vielen dieser physiogeographischen und biogeographischen Abhängigkeiten herauslöst und in diesem Sinne zunehmend abhängig von selbsterzeugten Ursachen wird. Damit die Theorie diese Autonomisierung analysieren kann, muß sie von den Sachverhalten, auf die sie sich bezieht, überhaupt wissen.“ (Stichweh 2000: 193)

In anderen Worten: Die Relevanz des ersten, materiellen Raumbegriffs für soziale Systeme soll als System-Umwelt-Beziehung beschrieben werden. Bei dieser Konzeptualisierung treten allerdings einige theoretische Folgeprobleme auf. Zunächst ist die Verwendung des Kausalitätsbegriffs problematisch: Die Existenz von physischen oder chemischen Ursache-Wirkungs-Beziehungen wird zwar von der Systemtheorie nicht bezweifelt (Luhmann 1984: 607), sie sind aber keineswegs über Systemgrenzen hinweg zu beobachten – wie dies etwa mit der Annahme geschieht, dass bestimmte physische Topographien wie etwa Vegetationszonen direkten Einfluss auf soziale Evolution nehmen könnten (Stichweh 2000: 193). Der Begriff der Beobachtung in seiner systemtheoretischen Variante besagt, „[d]aß nur ein Beobachter Beobachterunabhängigkeit beobachten kann“ (Luhmann 1991: 271). Der gesellschaftsexterne, beobachter unabhängig existierende materielle Raum ist selbst eine Beobachtungsleistung innerhalb eines sozialen Systems und auf der Ebene der Beobachtung zweiter Ordnung diesem zuzuschreiben. Als Operation des Systems kann sie nicht unmittelbar an gesellschaftsexterne Sachverhalte anschließen – auch die Beobachtung gesellschaftsexterner Sachverhalte setzt die Konstitution der Systemgrenze durch das System voraus (Luhmann 1997: 87). Fremdbeobachtung ist eine Form von Selbstbeobachtung unter Verwendung der Unterscheidung von System und Umwelt.

Auch wenn die oben referierten Kausalitätszuschreibungen auf den gesellschaftsexternen Raum nicht an und für sich *falsch* sein müssen und auf Ebene der Beobachtung erster Ordnung sowie in anderen Theoriekontexten – die dann aber eine unmittelbare Beobachtbarkeit sowohl physischer als auch sozialer Prozesse unterstellen – durchaus sinnvolle Aussagen darstellen mögen (vgl. Kap. 2.2.3), wäre ein ungefiltertes kausales Wirken physischer Umwelt im Rahmen der Theorie sozialer Systeme ein Verstoß gegen den

zentralen systemischen Imperativ der Grenzerzeugung und -erhaltung.<sup>29</sup> Autopoietische, also sich aus eigenen Elementen selbst erzeugende Systeme sind zwar „strukturell an ihrer Umwelt orientiert und können ohne ihre Umwelt nicht bestehen“, ihren Status als System gewinnen sie jedoch erst durch Systemgrenzen, die im Fall von äußerer Perturbation durch Umweltereignisse eine selektive Durchlässigkeit für Informationen ermöglichen, welche dann aber nach Maßgabe der *internen* Strukturen des Systems in diesem selbst erzeugt werden (Luhmann 1984: 35f). Soziale Systeme können nur eigengesetzlich an ihre eigenen Operationen anschließen – eben das bezeichnet der Begriff der Selbstreferenz – und „[n]ur aus der Selbstreferenz, nicht aus der Kausalität, folgt der Realitätsaufbau als Emergenz unterschiedlicher Systemtypen“ (ebd.: 608).

Dies bedeutet, dass im Rahmen der Systemtheorie die Frage nach einer *faktischen Ursächlichkeit* außergesellschaftlicher, physischer Tatbestände gar nicht gestellt werden könnte: Die Behauptung einer solchen Kausalität erschiene als „Erlebensattribution“, als Zurechnung eines bestimmten Ereignisses auf die Umwelt – im Gegensatz zur „Handelnsattribution“, die das Ereignis als Ergebnis der Operationen des Systems diesem selbst zurechnet (Baraldi et al 1997: 24f). Es wäre bei der Beobachtung einer solchen Erlebensattribution die funktionalistische Frage nach dem Beitrag dieser zum Prozessieren von Selbstreferenz durch das System selbst möglich – oder auch die äquivalenzfunktionalistische Frage nach möglichen alternativen Kausalitäten, die als in der Wirkung entsprechend beobachtet werden könnten. Unter keinen Umständen möglich ist der Systemtheorie hingegen die Bezugnahme „auf empirische Zustände in ihrer faktischen Bewirktheit“ (Luhmann 2005: 29). Zutreffend ist darüber hinaus auch die Kritik, die Frage nach der Kausalität außergesellschaftlicher Räume impliziere „gegen das Programm von Luhmanns Systemtheorie“ einen Rückfall „in eine Beobachtung erster Ordnung“ (Lippuner 2005: 126f).

Hinzu kommt, dass die für diese gesellschaftsexternen Räume verwendete Figur der „Umwelt“ nicht selbst eine undifferenzierte Menge von allen außerhalb des Systems befindlichen Elementen darstellt. Gegenüber einer solchen Betrachtungsweise wäre m. E. die Kritik der heutigen Geographie am ‚Containerraum‘ auf einen hochgradig unspezifischen

---

<sup>29</sup> In einer deutschsprachigen Arbeit über den Raumbegriff in der Systemtheorie ist es angesichts etablierter Begriffsverwendungen fast unvermeidlich, sowohl Systemgrenzen als auch räumliche Gebietsgrenzen eben beide gleichermaßen als ‚Grenzen‘ zu bezeichnen. Im Englischen können durch diese Wortgleichheit eventuell verursachte Unklarheiten vermieden werden, indem die Systemgrenze als „boundary“, die räumliche Grenze hingegen als „border“ bezeichnet wird – auch wenn in anderen Zusammenhängen die Begriffe gelegentlich synonym verwendet werden. Luhmann (1984: 35; 1982: 22f) machte von dieser Unterscheidung jedenfalls in dieser Form Gebrauch. In dieser Arbeit wird im Allgemeinen aus dem Kontext ersichtlich, ob von *borders* oder von *boundaries* die Rede ist – ansonsten wird die Systemgrenze als solche bezeichnet, die räumliche Grenze hingegen einfach als Grenze.

Umweltbegriff durchaus anwendbar. Eine derartig undifferenzierte „Einheit jeder Unterscheidung“ als *unbeobachtbare* Gesamtheit aller Möglichkeiten wäre systemtheoretisch wohl eher als „Welt“ zu bezeichnen (Baraldi et al 1997: 205), die für ein spezifisches System bedeutsame Umwelt hingegen ist nur die für dieses System *relevante Umwelt*. Sie „erhält ihre Einheit erst durch das System und nur relativ zum System“ (Luhmann 1984: 36). Anders als im alltäglichen Sprachgebrauch – und auch entgegen der Begriffsverwendung in Stichwehs sowie anderen systemischen Ansätzen zur Raumtheorie (z.B. Gren/Zierhofer 2003: 617; Kuhm 2000: 330f) – können aber materielle, physische Gegebenheiten in der Systemtheorie *kein* Element der für soziale Systeme relevanten Umwelt sein. Für organische Systeme – also für Lebewesen in ihrem biologischen Aspekt, die ihre Selbstreferenz durch operative Schließung der materiellen Produktion und Reproduktion von biogenetisch determinierten Zellen organisieren (vgl. Baraldi et al 1997: 29f) – ist hingegen genau dies der Fall:

„Lebende Systeme schaffen für ihre Zellen eine Sonderumwelt, die sie schützt und ihre Spezialisierung erlaubt, nämlich Organismen. Sie schützen sich durch *materielle* Grenzen im *Raum*. Psychische und soziale Systeme bilden ihre Operationen als beobachtende Operationen aus, die es ermöglichen, das System selbst von seiner Umwelt zu unterscheiden – und dies obwohl (und wir müssen hinzufügen: weil) die Operation nur im System stattfinden kann. Sie unterscheiden, anders gesagt, Selbstreferenz und Fremdreferenz. Für sie sind Grenzen daher keine materiellen Artefakte, sondern Formen mit zwei Seiten.“ (Luhmann 1997: 45)<sup>30</sup>

Soziale Systeme grenzen sich also nicht von allen nicht-sozialen Systemen gleichermaßen ab, sondern befinden sich in einem ständigen Prozess der „Co-evolution“ mit psychischen Systemen, die somit die *einzige* für soziale Systeme relevante Umwelt darstellen – „[d]ie jeweils eine Systemart ist notwendige Umwelt der jeweils anderen“ (Luhmann 1984: 92). Auch der menschliche Körper als organisches System – selbst wenn er regelmäßig in der Gesellschaft in Form von Kommunikation thematisiert wird! – ist *als System* für soziale Systeme nicht relevant, er stellt über die Zellularstruktur des Nervensystems relevante Umwelt für das psychische System dar (vgl. ebd.: 332). Erst für die organischen Systeme werden dann, wie im Zitat oben beschrieben, unbelebte materielle Strukturen als Umwelt relevant.

---

<sup>30</sup> Gemeint ist mit dem „Raum“ hier offensichtlich die materielle, außerhalb der Gesellschaft angesiedelte Realität. In der Tat scheint Luhmanns Verwendung des Begriffs manchmal zumindest „ambivalent“ (Gren/Zierhofer 2003: 623). Wie sich im Verlauf der Untersuchung zeigen wird (siehe Kap. 2.2.1), bedeutet dies nicht unbedingt Inkonsistenz, sondern ist insbesondere auf die komplexe, selbstreferenzielle Gestalt der Theorie sozialer Systeme zurückzuführen.



Die Gemeinsamkeit von sozialen und psychischen Systemen, die eine einfache Kausalitätsübertragung von materieller Umwelt zu sozialen System bereits auf der Ebene der grundlegenden Begrifflichkeit verhindert, liegt in ihrem Charakter als Systeme, die ihre Operationen auf *Sinn* als basaler Form vollziehen. „Sinn“ mein in der Systemtheorie nichts anderes als die Unterscheidung von „*Wirklichkeit* und *Möglichkeit*“ innerhalb des Systems – also den Zwang, nicht nur die tatsächlich vollzogenen Systemoperationen zu vollziehen, sondern diese gleichzeitig von anderen auch möglichen Systemoperationen zu unterscheiden und damit auf sie zu verweisen (Luhmann 1997: 142). Oder in anderen Worten: „Etwas Bestimmtes ist jeweils Thema der Kommunikation oder Gegenstand der psychischen Intention, während alles Übrige Horizont der Kommunikation und des Denkens ist“ (Baraldi et al 1997: 171). Im Gegensatz dazu ist die Operation von organischen oder materiellen Systemen als *ausschließlicher* Vollzug der Operation vorzustellen, es wird schlicht der jeweils angenommene Systemzustand, basierend auf vorherigen Systemzuständen, aktualisiert – und zwar ohne über eine systeminterne Repräsentation möglicher alternativer Zustände zu verfügen.<sup>31</sup> Sinn hingegen befähigt – oder zwingt – die betreffenden Systeme, diese stets *mitzudenken* (im Fall psychischer Systeme) beziehungsweise *mitzukommunizieren* (im Fall sozialer Systeme) und erzeugt somit einen ständig mitprozessierten Möglichkeitsüberschuss, an den in weiteren Operationen angeschlossen werden kann oder besser *muss*.

Sinnsysteme sind somit einem ständigen „Selektionszwang“ ausgesetzt (Luhmann 1984: 70), der in physischen Systemen nicht und in organischen Systemen allenfalls in metaphorischen Allegorien zu beobachten wäre – und dieser Zwang äußert sich in stetiger Erzeugung historisch jeweils neuer Formen interner Komplexität, die aber eben in einem Prozess wechselseitiger Irritationen psychischer durch soziale und sozialer durch psychische Systeme evolutionieren (ebd.: 72f). Darin liegt der Kern der epistemologisch privilegierten Sonderbeziehung zwischen den beiden Systemtypen.<sup>32</sup> Die prinzipielle Parallelität der

---

<sup>31</sup> Damit bewegt sich die Systemtheorie der Soziokybernetik zufolge mindestens auf der Ebene einer Kybernetik dritter Ordnung (vgl. Bühl 1992: 12f). Man könnte einwenden, dass auch als rein materiell verstandene Systeme wie Computer oder Mobiltelefone lernfähige Programmierungen umsetzen können, die zumindest für die entsprechend ausgestattete moderne Gesellschaft eine strukturelle Kopplung von materieller Umwelt und sozialen Systemen ermöglichen mögen – etwa im Fall der geographischen Informationssysteme, denen man eine direkte Beobachtung von (gesellschaftsexterner) materieller Räumlichkeit durch automatisch kommunizierte (gesellschaftsinterne) Informationen zuschreiben könnte (vgl. Kap. 2.2.6). Dabei würde jedoch ignoriert, dass auch derartig fortgeschrittene Anwendungen moderner Technologie einstweilen immer noch auf die Programmierung – oder die Überwachung einer teilautomatisierten Programmierung – durch menschliche Programmierer und die Bedienung der entsprechenden Geräte durch Menschen angewiesen ist. Die Zwiebschalenstruktur der jeweils füreinander relevante Umwelt darstellenden materiellen, organischen, psychischen und sozialen Systeme würde somit nicht tangiert.

<sup>32</sup> Ein Kritiker der Systemtheorie geht sogar davon aus, dass angesichts der überragenden theorietechnischen Stellung des Sinnbegriffs Luhmanns die Unterscheidung von psychischen und sozialen Systemen lediglich „analytisch unterscheidbare Teilsysteme“ bezeichne, die aber eigentlich besser als „umfassendes Sinnsystem“

Operationsweise beider Systemtypen rechtfertigt somit, wenn man die grundlegende Beschreibung der Funktionsweise von Sinnsystemen bei Luhmann als plausibel oder zumindest heuristisch wertvoll akzeptiert, sehr wohl eine klare Unterscheidung von Sinnsystemen und Nicht-Sinnsystemen. In der sozialgeographischen Rezeption der Systemtheorie, die bereits Mitte der 1980er Jahre einsetzte (Hard 1986; Klüter 1986) – und in der sozialwissenschaftlichen Raumdebatte leider kaum aufgegriffen wurde, obwohl einige der hier aufgeworfenen Fragen schon dort gewinnbringend diskutiert wurden – wurde das Sinnkriterium als Abgrenzung psychischer und sozialer Systeme von einer materiellen Außenwelt übrigens nicht als problematisch wahrgenommen, da das Hauptinteresse der Forschung ohnehin der Relationierung von „Individuum und Gesellschaft“ im Rahmen innergesellschaftlicher Raumstrukturen galt (Weichhart 1994: 11f). Dementsprechend wurden auch vorwiegend konstruktivistische oder behavioralistische, jedenfalls nicht-materialistische Theorien aus den Sozialwissenschaften importiert. Erst im Zuge des in diesen im Kontext von Strukturationstheorie, Ökologiedebatte und zahlreichen anderen Diskussionen wieder wachsenden Interesses an der Rolle von Materialität für die menschliche Gesellschaft wurde auch in der Sozialgeographie der Begriff der Materialität wieder wahrgenommen und problematisiert (Kazig/Weichhardt 2009: 114f).

Die Beziehung zwischen Gesellschaft und gesellschaftsexternem, materiellem Raum wie bei Stichweh in Form einer „strukturellen Kopplung“ – vereinfacht am besten zu beschreiben als wechselseitige Irritationsfähigkeit von Sinnsystemen unter Wahrung operativer Geschlossenheit (Baraldi et al 1997: 186f) – vorzustellen ist aber eine für die Systemtheorie eigentlich nicht mögliche Beschreibung und somit auch keine Lösung des Problems der Darstellung von Materialität in der Gesellschaftstheorie: Nicht in Sinnsystemen stattfindende Ereignisse in der materiellen Welt – Erdbeben, Sturmfluten und sonstige konkret-materielle Phänomene – „können die Kommunikation nur durch die Vermittlung der Wahrnehmung durch Bewußtseinssysteme stören“ (ebd.: 187). Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine dogmatische Verengung potenzieller Relevanzen in System-Umwelt-Verhältnissen, sondern um eine aus der luhmannianischen Konzeption einer Theorie selbstreferenzieller Systeme durchaus konsequent gewonnene Annahme. Noch zu untersuchen sein wird, ob diese

---

zu beschreiben seien (Martin 2010: 89). Angesichts beträchtlicher Gegenargumente auf operativer Ebene – also bezüglich der Anschlussfähigkeit der jeweiligen Systemoperationen (Luhmann 2005c: 30f) – die hier nicht weiter ausgeführt werden können, bleibe ich bei der ursprünglichen Darstellungsweise Luhmanns. Für die hier vorgestellten raumtheoretischen Überlegungen wären im Falle der Akzeptanz dieser Kritik wohl keine größeren Änderungen vorzunehmen, da das vorgeschlagene Gesamtsinnsystem immer noch als relevante Umwelt ausschließlich organische Systeme hätte, auf deren Systemstatus die Argumentation überhaupt nicht abstellt.

Annahme die erwähnte verbreitete Vorstellung einer materiellen Sachverhalten gegenüber prinzipiell ignoranten Systemtheorie bestätigt (siehe Kap. 2.2.3).

In jedem Fall aber wäre die Aufgabe der Beobachtung eines *gesellschaftsexternen* Raums für die Systemtheorie im Rahmen ihrer gegebenen Begriffe nicht lösbar – es sei denn, man konstruierte zusätzlich zur systemischen Gesellschaftstheorie noch jeweils eine Theorie psychischer und eine Theorie organischer Systeme nebst einer Möglichkeit zum Anschluss an die Methodik der physischen Geographie inklusive der Berücksichtigung aller zwischen den verschiedenen Systemarten jeweils vorkommenden strukturellen Kopplungen, letztlich also nichts anderes als eine alle Differenzierungen möglicher Forschungsgegenstände überbrückende Universaltheorie. Angesichts der Tatsache, dass auch engagierte Vertreter der Systemtheorie bereits in ihrem jetzigen Zustand die „unvermeidlichen Folgekosten einer hohen Eigenkomplexität des Theoriegebäudes“ eingestehen (Willke 1996: 7) – um eine der milderer Formulierungen zu zitieren – sollte man bezüglich der potenziellen Benutzerfreundlichkeit und Anwendbarkeit in Forschungskontexten eines solch immensen Unterfangens aber skeptisch bleiben. Zudem wäre ein universaltheoretisches Vorgehen innerhalb der Binnendifferenzierung des modernen Wissenschaftssystems recht wenig erfolgversprechend (vgl. Luhmann 1991: 450f). Ansätze zu einer universalistischen Herangehensweise, die materielle, psychische und soziale Entitäten mit „Raum und Zeit als *letzte* konditionierende Faktoren (als transzendente Bedingungen von Gesellschaft und Natur)“ zu einer hierarchischen Gliederung zusammenfasst, wurden von Stichweh (2008: 156) unter Rückgriff auf kybernetische Steuerungskonzepte vorgestellt – die potenziell überfordernde Komplexität dieses Ansatzes wird aber nicht deutlich, da die Beobachtung empirisch vorkommender Raumphänomene dann doch bei der Darstellung von räumlichen Unterscheidungen in sozialen Systemen sowie im Rahmen der bekannten Natur/Gesellschaft-Dichotomie verharret.

Insbesondere durch die fachwissenschaftliche Geographie erfuhr die mit der Einführung der Gesellschaft/Natur-Dichotomie erfolgte „unbemerkte Wiedererfindung der klassischen Geographie“ durch Stichweh harsche Kritik (z.B. Hard 2008: 272), die möglicherweise auch mit dazu geführt hat, dass in den neueren Arbeiten Stichwehs zum Thema fast ausschließlich der kommunikative, innergesellschaftliche Aspekt des Raums berücksichtigt wurde und von der strukturellen Kopplung der Gesellschaft mit der materiellen Welt nicht mehr die Rede ist. Anstelle dessen steht die „Kontrolle des Raums“ im Rahmen der „Eigenräume der Funktionssysteme“ im Mittelpunkt (Stichweh 2008: 162), also die gesellschaftstheoretischen Implikationen räumlicher Formen (vgl. Kap. 2.3). Es sollte auch erwähnt werden, dass die

weitestgehend parallele Problematik der Integration der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts begrifflich, theoretisch und empirisch allgemein getrennt operierenden Subdisziplinen der physischen Geographie und der Humangeographie in deren Theoriebildung noch nicht zu wesentlich eleganteren Vorschlägen geführt hat, sondern oftmals bei einer Auflistung der für beide potenziell interessanten Forschungsgegenstände verharret (vgl. Goudie 2000: 166). Eine vollständig überzeugende theoretisch integrative Antwort auf die überkommene Binarität sozialer und außersozialer Räumlichkeit wurde auch in der Geographie noch nicht geleistet (vgl. Egner/Elverfeldt 2009).

Man könnte Stichweh allerdings im Gegensatz zu vielen anderen soziologischen Raumtheorien – so etwa der von Anthony Giddens, die „die beiden Deutungen [des Raums als gesellschaftsextern bzw. -intern, J.K.] immer wieder alltagsontologisch verkleistert“ – möglicherweise vorwerfen, zugunsten einer theorietechnisch möglicherweise unnötigen Essenzialisierung der Unterscheidung beider zu argumentieren (Hard 2002: 286-288).<sup>33</sup> In der aktuellen Sozialgeographie wird mit systemtheoretischen Ansätzen dann auch eher die Vermeidung „einer kategorialen Mensch-Materie-Dichotomie“ im Sinne der Abwesenheit prinzipieller Ontologisierungen außergesellschaftlicher Objekte verknüpft (Kazig/Weichhart 2009: 124). Eine – zumindest begrifflich der Systemtheorie wesentlich angemessenere – Option wäre der Vorschlag einer gesellschaftstheoretischen Perspektive auf materielle Räume durch die Beobachtung der Beobachtungen der physischen Geographie als *gesellschaftsinterner Kommunikation über Raum* (Egner/Elverfeldt 2009: 325f).

Dieser Vorschlag erscheint konsequent und ist gut begründet – er ist aber eher als Versuch zu werten, die in sich zwischen physischer Geographie und Sozialgeographie gesplante geographische Theoriebildung mit jeweils gegenseitig anschlussfähigem Vokabular zu versorgen. Darüber hinaus ist im Kontext dieser Arbeit davon auszugehen, dass andere Disziplinen außerhalb der Geographie – und andere Funktionssysteme außerhalb der Wissenschaft, insbesondere das politische System – ebenfalls Beobachtungen der materiellen Umwelt anstellen, die hier von größerem Interesse sein dürften. Der maßgebliche Unterschied bei der Beobachtung dieser Beobachtungen liegt darin, dass sie im Gegensatz zu den bereits disziplinär, empirisch und theoretisch organisierten Aussagen der physischen Geographie – die darüber hinaus oft durch den vielfachen Gebrauch früher Systemtheorien recht einfach ‚übersetzbar‘ scheinen (vgl. Egner 2006: 94f) – auf eine Vielzahl von theoretisch, politisch

---

<sup>33</sup> Dies gilt interessanterweise nur für den Raumbegriff in seiner ersten, gesellschaftsexternen Fassung. In der zweiten Begriffsfassung des Raums als gesellschaftsinterner Differenz besteht – systemtheoretisch konsequent – durchaus die Möglichkeit der Beobachtung gesellschaftsexterner Räume als Selbstbeobachtung sozialer Systeme (siehe Kap. 1.1.6).

und medial erzeugten Semantiken mit unterschiedlichsten Systemreferenzen ‚unordentlich‘ verteilt sind und auch eine dementsprechende, sehr heterogene Menge von Raumbegriffen mit sich führen.

#### *2.1.4 Systemtheoretische Begriffsbildung II: Gesellschaftsinterner Raum*

Dementsprechend wäre also die zweite Variante des von Rudolf Stichweh vorgeschlagenen systemtheoretischen Raumbegriffs in Betracht zu ziehen – diese beobachtet Raum nicht als gesellschaftsexternes Phänomen, sondern als Unterscheidung, „die die Gesellschaft mittels Objekten und Stellen, mittels Ferne und Nähe als Leitunterscheidungen“; somit „also als gesellschaftsinterne Unterschiede erzeugt“ (Stichweh 2000: 193). Diese Unterscheidung wird wiederum an zentraler Stelle in die luhmannianische Theoriearchitektur eingebaut, nämlich auf der Ebene der „*Sinndimensionen*“. Der Sinn als Grundbegriff der soziologischen Systemtheorie wurde als „Grunddifferenz von Aktualität und Möglichkeitshorizont“ und somit als konstitutiver Aspekt der Operationen sozialer Systeme bereits eingeführt, die Sinndimensionen hingegen bezeichnen die verschiedenen Optionen eines Systems, bei der Prozessierung von Sinn an vorherige Systemzustände anzuschließen, ohne dass es dabei bei reiner, tautologischer Selbstreferenz bliebe (Luhmann 1984: 112f). Durch die Einführung der Sinndimensionen „wird Sinn selbst reflexiv“, erhalten soziale Systeme den basalen, für die Erinnerung und Fortsetzung der Reproduktion von Kommunikation aus Kommunikationen notwendigen „Strukturvorrat“, auf dessen Grundlage alle sozialen Systeme operieren müssen (Luhmann 1997: 1137). Sinndimensionen bilden für die jeweiligen Systeme den „Letzthorizont“ möglicher Beobachtung, nämlich „*Welt*“ (Luhmann 1984: 105). Da Raum in der Kommunikation ja vorkommt, könnte man davon ausgehen, dass er sich in irgendeiner Weise zu den Sinndimensionen verhalten muss.

Es werden in der Systemtheorie grundsätzlich drei Dimensionen unterschieden, nämlich die „*Sachdimension*, *Zeitdimension* und *Sozialdimension* [...] als allgemeine Formen für die Abwandlung der Artikulation von Welt; oder auch: als allgemeine Formen der Ordnung von Selektion“ (Luhmann 1993a: 35). Sach-, Zeit- und Sozialdimension sind die grundlegenden Formen, innerhalb derer soziale Systeme in jeder einzelnen Kommunikation Unterscheidungen treffen und somit das Treffen weiterer Unterscheidungen in anschließenden Kommunikationen ermöglichen, zur Reduktion von Umweltkomplexität beitragen und dadurch ihre Systemgrenze gegenüber der Umwelt aufrechterhalten. Sie sind operative Grundlage der Systembildung und -erhaltung – und sie werden, wenn sie auch nicht in jeder

Kommunikation alle gleichzeitig aktualisiert werden müssen, in jeder Kommunikation mitgeführt und ermöglichen dabei den Anschluss an die jeweils aktuelle Kommunikation über die Aktualisierung einer der Sinndimensionen (vgl. Hofer 2007: 133f).

Die durch die *Sachdimension* konstituierte Differenz lässt sich als Unterscheidung von „dies“ und „anderes“ beschreiben, sie etabliert somit die *Thematik* der stattfindenden Kommunikation und grenzt ein durch die Kommunikation bezeichnetes „Innen“ von einem einstweilen nicht bezeichneten, aber weiterhin latent gehaltenem „Außen“ ab. Auch Systemreferenzen werden so in der Sachdimension abgebildet (Baraldi et al 1997: 173f). Handelt es sich etwa bei dem Thema um eine Person, so fände diese Bezeichnung in der Sachdimension statt, nicht in der Sozialdimension (Luhmann 1984: 114) – es handelt sich bei den Sinndimensionen nicht um eine Klassifikation innerhalb der Kommunikation vorkommender Substanzen, sondern um stets in jeder Kommunikation aktualisierte Informationen, die deren Anschlussfähigkeit und damit das Operieren sozialer Systeme ermöglichen. Sie werden in jeder Kommunikation vorausgesetzt und treten insofern empirisch nicht getrennt auf, wenn sie auch analytisch unterscheidbar und separat aktualisierbar sind, wobei die wechselseitige Unabhängigkeit der Sinndimensionen mit zunehmender Komplexität der Sozialstruktur ebenfalls steigt (ebd.: 127f).

Die *Sozialdimension* wiederum stellt sich dar als die Differenz von „Ego“ und „Alter“, bildet also die Perspektiveninkongruenz der durch Kommunikation adressierten Personen ab – die aber durchaus in der Lage sein können, einander als „Alter ego“ zu beobachten. Sinn wird damit nicht nur in der Sachdimension „als Pluralität von Systemreferenzen“, sondern in der Sozialdimension „als Pluralität der Beobachtungsperspektiven“ aktualisiert; „hier können verschiedene Gesichtspunkte, Erfahrungen von anderen, Konsens und Dissens beobachtet werden“ (Baraldi et al 1997: 174). Wiederum gilt, dass es nicht um das Vorkommen konkreter Personen in der Kommunikation im Sinne der Klassifikation deren Inhalts geht, sondern um die Information über jeweils eingenommene Perspektiven, die ebenfalls möglichen, aber nicht eingenommenen Perspektiven werden latent mitgeführt. Die Bezeichnungen der *Sach-* und der *Sozialdimension* könnten eventuell bei an anderen philosophischen oder gesellschaftstheoretischen Modellen orientierten Lesern den Eindruck erwecken, als ob es hier prinzipiell um eine „Unterscheidung von Natur und Mensch“ ginge, die Systemtheorie zielt aber gerade auf die „Vermeidung dieser humanistischen Engführung“ (Luhmann 1984: 119). Für einen eventuellen systemtheoretischen Raumbegriff bedeutet dies konkret: Mit der Aktualisierung von Sinn in der Sach- oder Sozialdimension ist keineswegs die Einführung eines bestimmten, der jeweiligen Sinndimension entsprechenden

Raummodells impliziert – etwa im potenziellen humanistischen Missverständnis als formentheoretische Parallele zum Raum der physischen und der Sozialgeographie.

Schließlich beschreibt die *Zeitdimension* die Unterscheidung von „Horizonten der Vergangenheit und der Zukunft, die sich immer nur in der Gegenwart konstituieren können“ (Baraldi et al 1997: 175). Für frühe Gesellschaftsformen ist sie als weitgehend identisch mit der interaktionsbezogenen Unterscheidung von Anwesenheit und Abwesenheit zu betrachten, die man auch räumlich fassen kann (s.u.) – mit zunehmender Unabhängigkeit der Kommunikation von körperlicher Anwesenheit durch die Entwicklung von Schriftlichkeit und Telekommunikation sowie durch ihre Abstrahierung in Form der gemessenen Zeit wird die Zeitdimension zunehmend zu einer Möglichkeit der Erinnerung beziehungsweise der Projektion von vergangenen beziehungsweise zukünftigen Ereignissen im System (Luhmann 1984: 116f). Sie ermöglicht auch die Zurechnung von Kausalität – „[z]uerst liegt eine Ursache vor und *dann* folgt daraus eine Wirkung“ (Nassehi 2008: 174); die Sachdimension (zur Bestimmung der Systemreferenz von Ursache und Wirkung) sowie die Sozialdimension (zur Bestimmung der Perspektiven etwa von Handelndem und Erlebenden) werden bei der Bezeichnung von Ursache-Wirkungs-Beziehungen aber ebenfalls aktualisiert.

Das Beispiel der Zurechnung von Kausalität lässt erkennen, welche drastischen Wandlungen der Zeitbegriff in verschiedenen epistemologischen Traditionen im Lauf der Zeit durchmachte – als ausschließlich abstrakte, epistemische Kategorie der Selbstbeobachtung psychischer Systeme in der Transzendentalphilosophie; als zwar sozial organisiertes, aber dann doch etwas diffus als *Handlungskontext* im Sinne eines Teils der physikalischen Welt gedachtes Phänomen in der Strukturationstheorie (vgl. auch Giddens 1996: 176) – und letztlich in der innerpsychischen Operationen und sozialen Handlungen als Grundbegriffen entsagenden Systemtheorie als nur noch analytisch unterscheidbare Dimension selbstreferenzieller Kommunikation. Es wäre rein begriffsästhetisch vielleicht durchaus attraktiv, den Raumbegriff zur Verwendung in der systemischen Gesellschaftstheorie eine ähnliche Karriere durchlaufen zu lassen – auch wenn deren Zeitdimension nur eine rein semantische Ähnlichkeit zu Zeitbegriffen der Philosophie der Aufklärung oder handlungsorientierter Sozialtheorien aufweist (vgl. Nassehi 2008: 182f).

Vor diesem Hintergrund – und wohl auch in der ideengeschichtlichen Tradition der von kontemporären Sozialtheoretikern wie Giddens weitergeführten Binarisierung von Raum und Zeit, die explizit als kompatibel mit den weltgesellschaftstheoretischen Annahmen der Systemtheorie betrachtet wird (vgl. Stichweh 2000: 18) – erschien es vermutlich als attraktiv, über die Einführung einer „Raumdimension“ als zusätzlicher Sinndimension eine Art

Wiedererkennungseffekt zu ermöglichen. Stichweh etabliert über die implizierte Parallelität von Raum und Zeit als Sinndimensionen eine Vorstellung gesellschaftsinternen Raums, die als unmittelbar anschlussfähig an binarisierende Raum-Zeit-Modelle wie die von Harvey (2011) oder Giddens (2006) erscheint. Die Parallelen werden dann besonders augenfällig, wenn die Sach- und Sozialdimension bei der Weiterentwicklung dieses Raumbegriffs nicht mehr erwähnt werden, sondern nur noch „Raum und Zeit“ sowohl als zur Beobachtung der außergesellschaftlichen Umwelt maßgebliche Differenz wie auch als „beobachtungsleitende Unterscheidungen“<sup>34</sup> in sozialen Systemen vorgestellt werden (Stichweh 2008: 156f). Da für die ursprüngliche Etablierung dreier Sinndimensionen eine „Disprivilegierung der Dimension Raum“ konstatiert wird, liegt es nahe, dass ein vorgängiger Imperativ zur Gleichbehandlung von Raum und Zeit angenommen wird – es sei jedenfalls keine aus der Systemtheorie zu entnehmende Notwendigkeit ihrer Ungleichwertigkeit in Bezug auf die Sinndimensionen zu erkennen (Stichweh 2000: 186f).

Als die diese neue Sinndimension Raum konstituierende Differenz werden mehrere Unterscheidungen vorgeschlagen, eine von „Objekten und Stellen“ sowie eine von „Ferne und Nähe“ (ebd.: 193). Es ist m. E. anzunehmen, dass dabei letztere eine Unterscheidung innerhalb ersterer darstellen soll – da die Bezeichnung von Ferne und Nähe die Anordnung voneinander entfernter Objekte an entsprechenden Stellen voraussetzt – und dass anstelle ihrer auch andere räumliche Unterscheidungen denkbar wären, wie etwa solche, die wie staatliche Territorialgrenzen oder Inklusions- und Exklusionsphänomene in Großstädten „mit räumlichen Ausgrenzungen“ operieren (ebd.: 194f). Abgesehen davon wird auch die Unterscheidung von Ferne und Nähe erst durch die Bezeichnung innerhalb der räumlichen Unterscheidung überhaupt als räumliche Distanz erkennbar – ansonsten wären auch zeitliche, soziale oder in anderen Unterscheidungen gefasste Distanzen denkbarer Gegenstand (vgl. Stichweh 2003: 97).<sup>35</sup> Arbeiten, die zu der Unterscheidung von Stelle und Objekt als konstitutiver Raumdifferenz Stellung nehmen, verstehen die Relation der Unterscheidungen generell ebenso (vgl. Pott 2007: 33f; Miggelbrink 2009: 189).

---

<sup>34</sup> Im Original hervorgehoben.

<sup>35</sup> Ähnliches gilt für die von Kuhm (2000: 332) vorgeschlagene räumliche Leitunterscheidung „dieses hier/anderes dort“. Diese sollte eher als Spezifizierung der eigentlich Raum konstituierenden Unterscheidung von Stelle und Objekt gelesen werden. Bei ihrer Verwendung wird impliziert, dass bezeichnete Objekte und Stellen jeweils fest aneinander gekoppelt sind – würde dies als definitives Kriterium für räumliche Kommunikation angenommen, wäre eine Kommunikation, die etwa die Kontingenz der Platzierung eines bestimmten Objekts an einem bestimmten Ort thematisiert, bereits nicht mehr räumlich codiert. Dies erscheint bereits aus dem Alltagsverständnis des Raumbegriffs heraus seltsam. Letztlich wäre in diesem Fall ein Zusammenfallen von räumlichen Unterscheidungen mit der Sachdimension – im Sinne der Unterscheidung diskreter Gruppen von thematisierbaren Objekten – anzunehmen, was eine in der Systemtheorie ebenfalls diskutierte Option darstellt (vgl. Baecker 2004: 225). Erst unter dem Aspekt der Möglichkeit einer getrennten Betrachtung von Stelle und Objekt wird die Identität von Raum und Sachdimension unplausibel.



Die formentheoretische Annahme einer Konstitution von Raum durch die Differenz *Stelle/Objekt* ist in jedem Fall gegenüber herkömmlichen Raumbegriffen weiterführend, indem sie die Problematik eines – unmöglichen – differenzlosen Begriffs oder einer rein empirischen Kategorie wie beim altgeographischen ‚Containerraum‘ wie auch die Essenzialisierung in einer kaum noch zu theoretisch zu begründenden Raum-Zeit-Binarisierung vermeidet. Sie erfüllt auch die oben referierte Forderung nach einem formalen und klassifikatorischen Begriff: Als *formaler* Raumbegriff wird die Unterscheidung von Stelle und Objekt eingeführt, die selbst noch keine empirische Referenz beinhaltet. Formal ist der Begriff insofern, als dass „es darum geht, Strukturen zu untersuchen, die als Relationen zwischen Elementen verstanden werden, wobei Letztere ihrerseits Relationen sein können (so wie die Relationen Elemente der Strukturen sind)“ (Baecker 2007: 57). Es ist die Unterscheidung, die die Bezeichnung räumlicher Sachverhalte erst ermöglicht. *Ohne* Objekte von Stellen zu unterscheiden wäre lediglich ein Verweis auf konkret präsente Gegenstände möglich, *Raum* als Element von Kommunikation wird erst dadurch konstituiert, dass sich die Gegenstände auch an einer anderen Stelle – oder an der gleichen Stelle auch ein anderes Objekt befinden könnte, also ein spezifisches Moment der Kontingenz eingeführt wird:

„Gerade weil sie Form ist, gibt jede Identifizierung eines Objektes in Differenz zu anderen Objekten Stellen im Raum zur wahrnehmungsmäßigen und kommunikativen Bestimmung frei, die mit Objekten besetzt werden können, was die Möglichkeit eröffnet, daß Objekte ihre Stellen wechseln. Stellen sind also anders als die Objekte, aber ebenso wenig beliebig gekoppelt. Sie entstehen mit der Besetzung des Raumes als Unterschied der von dem Einzelobjekt besetzten Stelle und dem, was diese jeweils nicht ist, also der durch die Stellenbesetzung geschaffenen Umgebung.“ (Kuhm 2000: 332)

*Klassifikatorisch* wird der systemtheoretische Raumbegriff dann dadurch, dass er den Anschluss einer Unzahl von sekundären räumlichen Unterscheidungen – wie etwa „nah/fern, innen/außen“ und zahlreiche weitere (Stichweh 2008: 157) – ermöglicht, die eine Beschreibung wie auch immer gearteter räumlicher Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft ermöglichen. Es muss natürlich nicht bei zwei Ebenen bleiben – vielmehr können durch den Anschluss weiterer Differenzierungen in der Kommunikation immer komplexere Raumbilder erzeugt werden – die alltäglichen, auf derartige Differenzierungen meist verzichtenden einfachen Raumbilder und -metaphern (vgl. Kap. 2.1.1) verzichten darauf meist – wie etwa eingangs am Territorialismus mancher politikwissenschaftlicher Arbeiten illustriert wurde (Kap. 1.1). Dies gilt auch dann, wenn sie in Gestalt von „Leitmetaphern“ als ästhetisierende

Präsentationsform sozialwissenschaftlicher Theorien auftauchen (Lutz 2007: 44). Die Rückkopplung derartiger Unterscheidungen an einen formalen Raumbegriff, der in verschiedene Richtungen auch gesellschaftstheoretisch anschlussfähig sein sollte, könnte aber ein entscheidender Schritt zu einer wohl zu Recht geforderten „stärkeren Reflexivität im Umgang mit der Raummetaphorik“ sein (ebd.: 30). Er entspricht der Forderung der Ebenendifferenzierung des Raumbegriffs, deren epistemische Vorteile sich so beschreiben lassen:

„The first order space is purely formal and consists of two different “locations”. This space offers nothing but the possibility of distinction. Therefore, it serves as a blueprint or template for all subsequent distinctions of “something”, that is for all empirically enriched or second order spaces. The benefit of this distinction between first and second order spaces is to combine a notion of space as fundamental epistemic category, on the one hand, with the infinite empirical richness of particular object-spaces and locational schemes, on the other hand. At this point it is imperative to realize that the function and value of a universal epistemic category rests in the possibility to be applied to contents of any kind, but that this does not imply a claim of universal validity. Only an interpretation of first order space as a contingent cognitive tool – a distinction produced and used in a certain communicative context – would be compatible with a non-representational approach.“ (Zierhofer 2005: 32)<sup>36</sup>

In der Literatur selten berücksichtigt wird, dass es sich bei der Unterscheidung von Stelle und Objekt eigentlich um eine aus der Kunsttheorie Luhmanns entlehnte Charakterisierung räumlicher Unterscheidungen handelt, die dort zum ersten Mal in der Systemtheorie explizit vorgenommen wird (so auch Werber 2011: 361f).<sup>37</sup> Sie tritt dabei im Kontext eines rein ästhetischen Raumverständnisses auf, was zunächst Kritik an der Übernahme als allgemeine Leitunterscheidung innergesellschaftlicher Räumlichkeit hervorrief (Nassehi 2003: 220). Sinnvoll wäre vielleicht zumindest der Hinweis darauf gewesen, dass die Unterscheidung bei

---

<sup>36</sup> Es fällt auf, dass die Nummerierung der Ordinalskala für die jeweiligen Ebenen hier anders vorgenommen wird, als dies in der Systemtheorie generell üblich ist. Man würde in Anlehnung an die „Beobachtung zweiter Ordnung“ (Baraldi et al 1997: 102f) – denn nur durch eine solche kann man den abstrakten, leeren Raumbegriff ohne empirisches Signifikat, der in der alltäglich vorkommenden Kommunikation kaum auftauchen dürfte, überhaupt konstruieren – vermutlich den hier „first order space“ genannten Raum als Raumbegriff zweiter Ordnung fassen. Es wird beobachtet, wie ein Beobachter mittels räumlicher Unterscheidungen beobachtet. Den unmittelbar zugängliche Realität voraussetzenden „second order space“ würde man aufgrund seiner Beobachtungsform vermutlich als Raumbegriff erster Ordnung beschreiben wollen. Geht man hingegen von der logischen Konstitution der Begriffe aus, ist die im Zitat verwendete Nummerierung durchaus konsequent.

<sup>37</sup> Eine Andeutung eines allgemeineren formentheoretischen Raumverständnisses findet sich bei Luhmann (1984: 525) bereits früher, auch dieses beruht zumindest implizit auf der Unterscheidung von Stellen und Objekten, ohne diese Unterscheidung aber explizit zu machen oder in der Theorieentwicklung daran anzuschließen.

ihrer Verwendung als Raumbegriff zweiter Ordnung die spezifisch im Kontext der Kunsttheorie etablierte Kopplung an die Zeit und das ästhetische Erleben psychischer Systeme *verliert*.

Die Systemreferenz wird aber für diese Kopplungen explizit genannt – „die Unterscheidung von Raum und Zeit [...] liegt der [...] Evolution von Kunstarten zugrunde“,<sup>38</sup> ausdrücklich wird darüber hinaus auf die strukturelle Ungleichheit von Raum im ästhetischen Verständnis und Räumen in anderen sozialen Kontexten hingewiesen (Luhmann 1995: 179). Nicht statthaft ist es daher, Luhmanns Konzeption des Raums als *prinzipiell* im kantianischen, apriorischen Rahmen verharrend zu betrachten (dazu tendiert m. E. Pott 2007: 29). Für den Fall der Kunsttheorie liegt eine solche Assoziation zwar sehr nahe – und wäre auch, was hier nicht Thema der Untersuchung sein kann, sicherlich kritisierbar, da das apriorische Raumverständnis einem völlig anderen epistemologischen Modell entpringt, welches nicht unmittelbar in systemtheoretische Konzepte übersetzbar ist – die Frage nach einem *allgemeineren* Raumbegriff wird bei Luhmann aber stets offengelassen (vgl. dazu auch Filippov 2000: 382f). Erst bei Stichweh (1998; 2000) wird durch den Vorschlag der Generalisierung der Unterscheidung von Stelle und Objekt der Versuch eines allgemeinen, über systemspezifische Raummodelle oder kritische Erwähnungen der räumlichen Vorstellungen anderer Theorietraditionen hinausgehenden systemtheoretischen Raumbegriffs unternommen.

Mit der Gliederung des Raumbegriffs in eine formale, die Zugehörigkeit zu einer Kategorie räumlicher Kommunikation etablierenden Unterscheidung von Stelle und Objekt und in weitere, mittels dieser primären Unterscheidung gesellschaftsinterne räumliche Differenzen beobachtender Unterscheidungen ist gegenüber traditionelleren, materiell-empirisch-altgeographischen oder transzendental-erkenntnistheoretischen Raumbegriffen zumindest der Vorteil gegeben, dass der Raumbegriff zu seiner Validierung nicht mehr auf gesellschaftsexterne Substanzen wie physikalische Erdräume oder den menschlichen Geist angewiesen ist. Es eröffnet sich „eine nicht-ontische Möglichkeit der Theoretisierung von Raum“, der in dem auf Differenz statt auf Identität setzenden, unterscheidungsbasierten systemtheoretischen Verständnis „kein extern legitimes Phänomen“ mehr darstellt (Klüter 2002: 143). Damit wird auch der für die moderne sozialwissenschaftliche Epistemologie grundlegenden „Autonomie des Sozialen“ Rechnung getragen (Stichweh 2003: 93). Der zweite von Stichweh vorgeschlagene systemtheoretische Raumbegriff vermeidet im Gegensatz zur klassischen Geographie (und ihrer Wiederaufnahme im Zuge der Überlegung

---

<sup>38</sup> Im Original hervorgehoben.

zu gesellschaftsexternen Räumen) den Rekurs auf die unhinterfragbare Existenz physikalischer Gegebenheiten wie auch im Gegensatz zur Transzendentalphilosophie konkrete Annahmen zur Funktionsweise psychischer Systeme.

Mit der Aufgabe ontologischer Raumbegriffe – die erst bei dem unterscheidungstheoretischen Ansatz zur Betrachtung gesellschaftsinterner Räumlichkeit erfolgt, die lineare Kausalitätszuschreibung auf gesellschaftsexterne Räume steht wie oben angemerkt noch ganz in der Tradition älterer Raumontologien! – entsteht allerdings ein neues, in anderen, traditionelleren Raumtheorien so nicht gegebenes Problem. Eben der ontologische Status von deren Raumbegrifflichkeiten bewirkte eine relativ unproblematische Festlegung des Bezugs des Raums zur Theoriebildung: Ein rein empiristischer Raumbegriff konnte nur theorieexterne, meist als materiell oder natürlich beschriebene Gegebenheiten bezeichnen und somit für sozialwissenschaftliche Theorien lediglich die Rolle der Darstellung und Ordnung von Wahrnehmungen und empirischen Befunden übernehmen (vgl. Luhmann 1991: 224f). Eine gesellschafts- oder politiktheoretisch eigenständige Rolle als argumentativ zentraler Begriff zur Bezeichnung gesellschaftlicher Prozesse wäre so unter Voraussetzung einer in welchem Ausmaß auch immer operativ autonomen sozialen Domäne kaum denkbar (vgl. Stichweh 2003: 94; vgl. Kap. 1.2). Genau entgegengesetzt verhält es sich bei dem aprioristischen Raumverständnis der Transzendentalphilosophie – hier ist mit einer strikten kategorialen Trennung von Empirie und Beobachtung zu rechnen, die ein Wechseln räumlicher Unterscheidungen von der einen auf die andere Seite nicht zulassen kann: „Transzendente Theorien blockieren den autologischen Rückschluß auf sich selber“ (Luhmann 1991: 13; vgl. ebd.: 76). Dementsprechend sollte der apriorische Raumbegriff eigentlich auf die Bezeichnung erkenntnistheoretischer und wahrnehmungsmäßiger Voraussetzungen beschränkt bleiben, in der operativen Theoriebildung müsste er konsequent entfallen.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> Es ist wenig verwunderlich, dass eine solche Stringenz in der real existierenden sozialwissenschaftlichen Theoriearbeit selten oder nie durchgehalten wurde. Kant als Begründer eines apriorischen Raumverständnisses gab selbst in Königsberg Geographievorlesungen, in denen sehr wohl ein klassisch-geographischer, empiristischer Ansatz vertreten wurde – der aber vermutlich von ihm selbst als reine Projektion der transzendentalen Erkenntnisbedingungen betrachtet wurde. Heute werden die überlieferten Aussagen zum Thema sowohl von Geographen als auch von kantianischen Philosophen – wohl aufgrund dieser im heutigen Verständnis widersprüchlichen Lage – weitgehend verschwiegen (Harvey 2009: 19-21). In der späteren Schrift *Zum ewigen Frieden* wird wiederum ein naturhaft-materielles Raumverständnis an den Tag gelegt (siehe Kap. 3.1.4). In genau entgegengesetzter Richtung finden auch letztlich nur empiristisch zu verstehende, meist auf alltäglichen Erfahrungen beruhende metaphorische Raumbilder immer wieder Eingang in die sozialwissenschaftliche Epistemologie und Theoriebildung – und zwar nicht nur in rein illustrativer Funktion, sondern durchaus auch in bedeutungsprägender Rolle (Luetz 2007: 32f). Derartige Inkonsistenzen werden durch Verwendung eines formal-klassifikatorischen Raumbegriffs vermieden – was zuvor als epistemischer Bruch durch den Wandel im Bedeutungsgehalt des Raumbegriffs erscheint, stellt nun lediglich ein

Eben diese metatheoretische Klarheit entfällt bei der Akzeptanz eines auf der Ebene der Beobachtung zweiter Ordnung ansetzenden Raumverständnisses zunächst vollständig. Die Festlegung, dass die spezifisch räumliche Unterscheidung die von Stelle und Objekt sei, besagt noch nichts darüber, inwiefern sie für die Beobachtung anderer Unterscheidungen verwendbar werden kann oder soll. Die systemische Gesellschaftstheorie liefert nur wenige Anhaltspunkte für die begriffliche Integration der räumlichen Differenz in einen grundsätzlich ohne systematische Raumbezüge auskommenden Theoriekorpus (vgl. Filippov 2000: 403). So wird ein mit der Bezeichnung logisch möglicher Systemzustände zu identifizierender „Raum“ ins Spiel gebracht (Luhmann 1984: 525f), der an andere Raumbegriffe aber nicht anschlussfähig ist – hier werden „space“ und „state“ als gleichbedeutend“ verwendet (Filippov 2000: 383f), weswegen diese Verwendung auch in dieser Arbeit keine weitere Aufmerksamkeit erfährt.

In der Kunsttheorie (Luhmann 1995) wird wie oben erwähnt ein systemspezifisches und recht konventionell anmutendes ästhetisches Raummodell expliziert, ohne aber auf das Vorkommen von Raummodellen in anderen Funktionssystemen einzugehen. Im Hauptwerk der luhmannianischen Gesellschaftstheorie wird die Determination sozialer Systeme durch gesellschaftsexterne physische wie auch durch gesellschaftsinterne territoriale Grenzen ausgeschlossen und damit eine Kritik typischer Alltagsvorstellungen gesellschaftlicher Räumlichkeit vorgenommen, ohne – von der Globalität der modernen „Weltgesellschaft“ abgesehen – eine kohärente Alternative zu bieten (Luhmann 1997: 156), was zu der verbreiteten Annahme führt, dass die Systemtheorie „Orte, Territorien, Nationen ignoriert“ und somit für sie „territoriale Grenzen sinnlos“ seien (Bolz 2012: 14).

Diese territorialen Grenzen in durchaus jellinekschem Verständnis werden dann aber doch wieder als zumindest einstweilen noch notwendige Komponente des weltpolitischen Systems behandelt (Luhmann 2003: 115), was die Frage zeitigt, woher diese Notwendigkeit der Territorialität rührt und was im angedeuteten Falle ihres Verschwindens an ihre Stelle treten könnte (siehe Kap. 1.1). Außerdem wäre ob dieser seltsam diffusen Prognose der Obsoleszenz mancher oder aller gesellschaftsinternen räumlichen Unterscheidungen das Verhältnis eben dieser Unterscheidungen zur prinzipiellen Globalität der Weltgesellschaft zu klären. Bedeutet diese das Ende von „traditionellen, politisch konstituierten Regionalgesellschaften“ im Sinne klassischer Staatstheorien als einer „Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung“, <sup>40</sup> wie Luhmann (2005d: 71) in seinem Frühwerk noch vermutet, oder ist die Universalisierung

---

Auswechseln der verwendeten Unterscheidung auf der Ebene der Beobachtung erster Ordnung dar und wäre somit völlig unproblematisch.

<sup>40</sup> Im Original hervorgehoben.

territorialer Staatlichkeit geradezu eine strukturelle Notwendigkeit für die „Globalisierung einiger anderer Funktionssysteme“, wie im Spätwerk angenommen wird (Luhmann 2000: 224)?

Fast scheint es, als ob räumlichen Beschreibungsformeln in der Systemtheorie im Laufe der Zeit mehr Bedeutung zugewachsen sei, ohne dass klar würde, welcher Beobachtung oder welcher begrifflichen Umstellung dieser Zuwachs zuzuschreiben wäre (vgl. Filippov 2000: 407). Auch werden räumliche Differenzierungen einerseits als residuale Effekte vormoderner Gesellschaftsformen beschrieben (Luhmann 1995a), andererseits aber auch gerade als Konsequenz von Modernisierung und der mit ihr einhergehenden funktionalen Differenzierung (Luhmann 1999: 147f). An anderer Stelle wird – ganz klassisch im Sinne „raumüberwindender Mächte“ – die moderne Kommunikationstechnologie angeführt, die „die Bedeutung des Raums gegen Null tendieren“ ließe (Luhmann 2006: 166). Angesichts der Tatsache, dass digitale Netzwerke mittlerweile durch die räumlich ungleich verteilten Zugangschancen als „*Digital Divide*“ neue Formen der Problematisierung verräumlichter Exklusionen erzeugen (van Dijk/Hacker 2003: 322) – was mit Luhmanns Äußerungen zum Problem der Exklusion in der Weltgesellschaft (vgl. Luhmann 1999: 148) bestens zu vereinbaren wäre! – ist auch hier keine Eindeutigkeit festzustellen.

Ist die Weltgesellschaftstheorie Luhmanns also überhaupt als kongruent mit den Diagnosen der Globalisierung und Deterritorialisierung der 1990er Jahre zu betrachten, oder ist sie vielmehr „eurozentrisch“ (Filippov 2000: 388) oder gar „antiquiert und provinziell“, wenn sie Kritikern zufolge „den pfadabhängigen Erfahrungs- und Erwartungsraum der westeuropäischen oder auch der US-amerikanischen Modernisierung fälschlich verabsolutiert und damit gerade den soziologischen Blick auf deren Besonderheit verstellt“ (Beck/Grande 2010: 187)? Herfried Münkler erkennt in ähnlicher Weise in der Differenzierungstheorie Luhmanns „die sozio-politische Struktur der alten Bundesrepublik, überschaubar, geordnet“ wieder, Systemgrenzen seien ebenso wie „die Territorialisierung der politischen Ordnung durch den Kalten Krieg festgeschrieben und eingefroren“ (Baecker et al 2009: 141).

Eine andere Arbeit kommt gar zu dem Befund, dass die Theorie funktionaler Differenzierung im Kern eine normativ zu verstehende Reaktion auf die „Gefahren der Entdifferenzierung“ vor dem Hintergrund der spezifisch deutschen historischen Erfahrungen der NS-Herrschaft darstelle (Martin 2010: 64f). Abgesehen von der Abwegigkeit dieser letzteren, monistischen Deutung – eine allgemeine Theorie der modernen Gesellschaft sollte selbstverständlich auch in der Lage sein, weiterführende Aussagen zu Themen wie dem Nationalsozialismus zu machen, eine kohärent auf ein antitotalitäres Ziel hin entworfene Theorie würde aber eine

andere, vor allem emphatischere, öffentlichkeitswirksamere und handlungsbezogenere Argumentationsstruktur aufweisen<sup>41</sup> – wäre für eine tatsächlich raumlose Gesellschaftstheorie die Frage nach der Möglichkeit ihrer eigenen räumlichen Konditionierung tatsächlich nicht zu beantworten. Diese Anfragen an die Systemtheorie sind also – trotz mancher polemischer Übertreibung – durchaus produktiv in der Benennung eines theoriearchitektonischen Schwachpunkts.

Eine selbstreferenziell operierende Gesellschaftstheorie kann ohne ein integrales Raumverständnis kaum beurteilen, ob von einem bestimmten räumlichen „Standpunkt aus zahllose Unterschiede um einiges unbedeutender erscheinen, als sie es für einen von einen [sic] anderen räumlichen Standpunkt aus urteilenden Beobachter wären“ (Filippov 2000: 388).<sup>42</sup> Die regionale Verbreitung, die der systemtheoretische Ansatz mit besonderem Erfolg

---

<sup>41</sup> Eine solche kann man etwa bei Hayek (2005) oder Popper (2002) feststellen, die explizit eine Wiederbelebung liberalen politischen und ökonomischen Denkens als Gegenmittel zu faschistischen und kommunistischen Entdifferenzierungssemantiken fordern, mit konkreten politischen oder zumindest begriffspolitischen Programmen verknüpfen und damit an politische Kommunikation anschlussfähig machen. Luhmanns eigene Überlegungen (Luhmann 1995a) zur Entdifferenzierungsproblematik sind, wenn man – gegen die Intentionen der Systemtheorie – unbedingt einen empirischen räumlichen Bezugspunkt für sie finden möchte, wohl viel eher auf seine Erfahrungen mit informellen Strukturen in Politik und Wirtschaft bei seiner Arbeit in Italien zu beziehen (vgl. auch Taschwer 2009: 26f). Anstelle der ideologischen Konfrontation wie Hayek oder Popper – bei denen dann auch polemische Begriffe wie ‚Knechtschaft‘ oder ‚Feinde‘ schon im Titel verwendet werden – scheint Luhmann eher die subtile Transformation entdifferenzierender Strukturen oder auch deren nicht notwendigerweise dysfunktionales Weiterbestehen (vgl. Kap. 3.5) im Auge zu haben. Ältere, kybernetisch basierte Systemtheorien mit ihrer Vorstellung des Systems „als *immanente* Konkrektion, als Differenzierung bereits vorhandener Strukturen“ konnte man noch mit einiger Berechtigung als „konservative Gesellschaftstheorie“ kennzeichnen, die durchaus der politischen und ökonomischen Verfügbarkeit bestehender Sozialstrukturen und der Rechtfertigung von bestehenden politischen Machtverhältnissen diene (Greven 1974: 266f). Falls mit der autopoietischen Systemtheorie hingegen wirklich eine eindeutige politische Wirkungserwartung verknüpft gewesen wäre, könnte man diese Absicht getrost als glücklich gescheitert abhandeln. Sicher wurde die distanzierte, schon aufgrund begrifflicher Abstraktheit und theoretischer Selbstreferenz weitgehend politik- und moralfreie Beobachtungsweise, für die Luhmanns Arbeiten stehen, als tendenziell konservativ empfunden. Darauf antwortet die Systemtheorie bekanntermaßen mit dem Gegenvorwurf des epistemischen Konservatismus im Sinne einer Forderung nach der Übereinstimmung von Vernunft und Gesellschaft (Moeller 2012: 30). Die Kritik unterstelle, „die Welt, wie sie wirklich ist, beschreiben zu können und anderen dann von da aus mitteilen zu können, wie sie richtig zu denken und zu handeln haben“ – und kopiert die Entrüstung der sich solchermaßen selbst privilegierenden Kritiker mit dem Slogan: „Nie wieder Vernunft!“ (Luhmann 2006: 76). Aktuell wird aber auch angesichts der „nonkonformistischen Haltung“ der Systemtheorie gegenüber überkommenen gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen die Parallele zum „bösen Blick“ der Kritischen Theorie gezogen und sogar das Projekt einer „Kritischen Systemtheorie“ skizziert (Fischer-Lescano 2009: 50). Die Wirkungen einer politisch eindeutig zu verortenden Theorieschule sehen sicherlich anders aus.

<sup>42</sup> Die Anspielung auf einen Beobachter, der sich auf einem bestimmten – räumlichen – Standpunkt befinde, sollte als ironisches Wortspiel begriffen werden. Der ‚Beobachter‘ befindet sich in der Systemtheorie eben nicht als das soziale Geschehen von außen betrachtender menschlicher Zuschauer in einem konventionell als solchem zu verstehenden materiellen Raum, sondern bezeichnet die Einnahme einer Perspektive innerhalb eines ausschließlich sich selbst beobachtenden sozialen Systems (vgl. Baecker 2007: 32f): „Beobachten ist nichts weiter als das Handhaben einer Distinktion“ (Luhmann 1984: 245). Die Frage, ob Beobachtungen manchmal oder sogar immer mit räumlichen Unterscheidungen operieren, hängt von der vorausgesetzten Rolle des Raumbegriffs innerhalb der Systemtheorie ab. Möchte man mit Stichweh auf einen gesellschaftsexternen Raumbegriff zurückgreifen, so wäre dies m. E. gerade nicht der Fall – zwar müsste man mit der problematischen Vorstellung externer Kausalitäten gegenüber dem System rechnen, die Beobachtung selbst fände aber ohne diesen Raum innerhalb von sozialen Systemen statt. Nimmt man hingegen eine gesellschaftsinterne Räumlichkeit als kommunizierte Unterscheidung von Stellen und Objekten an, so könnte

gerade an Universitäten außerhalb der Kerngebiete der klassischen Moderne erfahren hat – so etwa in Russland (Füllsack 2000: 420), Lateinamerika (Birle et al 2012: 7-11) und auch Japan (Latka 2003: 3) – scheint zunächst für eine universelle Anwendbarkeit zu sprechen. Andererseits ist auffällig – und dies könnte durchaus auf ein Moment regionaler Spezifität in den Aussagen der Systemtheorie hindeuten – dass von in eben jenen Gebieten arbeitenden Systemtheoretikern stets einige zentrale Punkte der Gesellschaftstheorie modifiziert wurden (Füllsack 2000: 433f; Neves 2007: 182; Latka 2003: 87).<sup>43</sup>

Ohnehin scheinen derartige regionale Unterschiede im Rezeptionserfolg von Theorien hauptsächlich in den Geistes- und Sozialwissenschaften aufzutreten, in der Naturwissenschaft sind sie kaum relevant – bis auf durch autoritäre Entdifferenzierungen bedingte, in der sonstigen Fachkommunikation meist als unseriös und pseudowissenschaftlich betrachtete Randerscheinungen wie die ‚deutsche Physik‘ oder der gegen die genetische Bedingtheit biologischer Evolution als ‚bürgerlichen Formalismus‘ polemisierende Lysenkoismus in der Sowjetunion (vgl. Hossfeld/Olsson 2002). Wie aber die Präferenz für verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien in verschiedenen räumlichen Kontexten – die ja über empirische Vergleiche etwa von Publikationen von Forschern in verschiedenen Staatsgebieten durchaus plausibel dargestellt werden kann – in der Theoriebildung selbst behandelt werden kann, ist noch weitgehend ungeklärt.

Sicherlich kann man kausale Erklärungen über den Einfluss der Verwendung verschiedener Sprachen oder ‚kulturell bedingter‘ epistemologischer Grundannahmen konstruieren (z.B. Abend 2006: 2). Die vollständig vortheoretisch getroffene Entscheidung für Staatsgebiete als Maßstab des Vergleichs stellt dabei aber oft ein artifizielles Kriterium dar, wenn man nicht von der Figur einer alle gesellschaftlichen Funktionssysteme umfassenden

---

eine Beobachtung selbst durchaus räumlich codiert sein. Um die Frage nach der Konditionierung ihres eigenen Beobachtens durch räumliche Unterscheidungen zu beantworten, muss zuerst deren Stellenwert innerhalb der Systemtheorie geklärt werden.

<sup>43</sup> Dieser Punkt trifft natürlich auf andere gesellschaftstheoretische Schulen ebenfalls zu. Angesichts der verhältnismäßig kurzen Rezeptionsgeschichte der Systemtheorie außerhalb der OECD-Welt wären anspruchsvolle Vergleiche vermutlich schwierig durchzuführen. Im Bereich der kritischen Theorie wird etwa kritisiert, dass deren heutiger Fokus auf politische Anerkennung kultureller Identitäten mit einer Vernachlässigung materieller ökonomischer Ungleichheiten einherginge, die ihre Aussagen für einen Großteil der heutigen Weltbevölkerung irrelevant werden lasse (Dussel 2000: 236) – jedenfalls sollte man vorbehaltlich einer differenzierteren Erörterung dieser Fragen die Systemtheorie nicht von vornherein als weniger universalisierungsfähig als andere Theorieschulen darstellen. Zur Rezeption Luhmanns in Lateinamerika ist weiterhin zu sagen, dass sich die Beeinflussung hier gerade *nicht* auf eine „Einbahnstraße“ aus der OECD-Welt in periphere Regionen der Weltwissenschaft beschränkte. Dies betrifft mindestens zwei Begriffe, die in der Systemtheorie eine äußerst prominente Rolle spielen: namentlich den von Luhmann aus spanischsprachigen Werken der chilenischen Neurobiologen Maturana und Varela entlehnten Begriff der Autopoiesis sowie das in seinem Austausch mit brasilianischen Soziologen weiterentwickelte Exklusionskonzept (Birle et al 2012: 9f). Damit erscheint die Systemtheorie in Bezug auf die geographische Herkunft ihrer Begriffe – wenn eine solche räumliche Zuordnung überhaupt möglich und sinnvoll ist, ich gehe davon nicht aus! – dann doch als wesentlich globaler, als dies auch heute noch in den Sozialwissenschaften der Normalfall ist (vgl. Aydinli/Mathews 2008: 694).



Territorialgesellschaft ausgehen möchte und damit einen soziologischen „Geburtsfehler immer weiter tradiert“ (Schimank 2005: 394; vgl. Kap. 2.1.1).<sup>44</sup> Solange aber seitens der Systemtheorie kein theoretisch begründbares Alternativangebot für eine Betrachtung anderer Verräumlichungen des Wissenschaftssystems – das im hier gegebenen Rahmen nicht beziehungsweise nur im Hinblick auf die statistische Ubiquität politisch definierter Räume (vgl. Kap. 1.1) geleistet werden kann – geliefert wird, ist die Kritik an solchen Ansätzen redundant.

Jedenfalls lassen die Vielheit und tendenzielle Divergenz der in der systemischen Gesellschaftstheorie angeführten, aber oft unzureichend in Bezug auf ihren Zusammenhang mit den Hauptsträngen ihrer Differenzierungs-, Evolutions- und Beobachtungstheorie explizierten räumlichen Referenzen die Forderung nach einer Präzisierung der theoretischen Verortung des Raumbegriffs als geradezu zwingend erscheinen. Dem Beobachter drängt sich bei der Betrachtung der genannten und anderer Beispiele für räumliche Begriffe in der Systemtheorie der Eindruck auf, dass „am Einzelfall die Theorievorlage selbst diffundiert“; „Raum mal als Sinnform, mal als Schema, mal als ‚Klassifikationsschema‘, mal als Sinndimension, mal als Medium“ behandelt wird (Ziemann/Göbel 2004: 59f) – eine solche kasuistische Behandlung passt allerdings kaum zu einer sich als universell auf jegliche soziale Gegebenheit anwendbare Theorie (vgl. Filippov 2000: 407). Auch Luhmann vermerkte an zumindest einer – allerdings wenig prominenten (Luhmann 1982: 242) – Stelle seines Werks

---

<sup>44</sup> Dies wäre in einer Untersuchung von Abend (2003) zu beobachten. Dort werden die epistemologischen Differenzen zwischen US-amerikanischer und mexikanischer Wissenschaftskultur in der Soziologie m. E. drastisch überzeichnet – und zwar durch die ausschließliche Berücksichtigung der „[...] most cited and most prestigious [journals]“, die im mexikanischen Fall durch die Abwesenheit und im amerikanischen Fall durch die Dominanz empirisch-quantitativer Methoden auffallen. Beim Vergleich nur nicht-quantitativ ausgerichteter Aufsätze ist in den amerikanischen Zeitschriften ein Überwiegen von Theorien mittlerer Reichweite festzustellen, in den mexikanischen hingegen das Überwiegen von großtheoretisch informierten Ansätzen oder der freien Bildung multitheoretisch inspirierter Narrative. Die Überzeichnung ist dem Autor auch bewusst (ebd.: 3-7) – das Problem senkt aber die Aussagekraft des Vergleichs gegen Null. Die als Ergebnis nationaler Wissenschaftskulturen präsentierten spezifischen Herangehensweisen lesen sich wie ein Vergleich von empirisch-analytischer und poststrukturalistischer Epistemologie – und letztlich handelt es sich genau darum. Identische Unterschiede hätten sich möglicherweise auch beim Vergleich politikwissenschaftlicher Aufsätze von Autoren aus München und Frankfurt oder Mannheim und Bielefeld ergeben. Möglicherweise hätte sich bei einem Vergleich auch zweitrangiger Zeitschriften das Ergebnis erheblich angenähert. In eigenen Gesprächen des Verfassers mit mexikanischen Politikwissenschaftlern und Soziologen an Universitäten in Guanajuato, Mazatlán, Mexiko-Stadt und Puebla wurde von diesen mehrfach angemerkt, dass der nationale Raum Mexikos nicht wirklich eine entscheidende Differenz im Wissenschaftssystem darstelle, sondern vielmehr der Gegensatz zwischen Universitäten in den urbanen Zentren und denen in eher peripheren, kleineren Städten dominiere: In ersteren erhielten Wissenschaftler Reputation durch Teilnahme an Debatten im System der Weltwissenschaft, in letzteren hingegen tendenziell eher durch die empirische Untersuchung oder normative Kommentierung von lokal- oder regionalspezifischen Ereignissen und Strukturen in anderen Funktionssystemen und somit die Teilhabe an den Debatten einer lokalen Geisteselite, die nicht nur Wissenschaftler, sondern auch etwa Lehrer und Verwaltungsbeamte umfasst. Eine Wirkung auf Fachdebatten außerhalb des jeweiligen Bundesstaats oder die Teilnahme auswärtiger Wissenschaftler an der lokalen Diskussion ist nicht notwendigerweise beabsichtigt und gilt z.T. als bemerkenswert (vgl. Maciel 2009: 147). Derartige Unterscheidungen sind dann auch bei der Beobachtung politischer Räume anschlussfähig (vgl. Kap. 4.3).

einen aktualisierten Raumbegriff als Desiderat, sah die Arbeit daran aber vermutlich nicht als dringlich. Die vergleichsweise ausführlichen Überlegungen zum Raum in *Die Kunst der Gesellschaft* (Luhmann 1995) könnten als Ansatz zu einer solchen, letztlich aber nicht durchgeführten Aktualisierung betrachtet werden – an keiner Stelle seines Werks ist eine Systematisierung der verstreuten Anmerkungen zum Raum oder deren Einarbeitung in die systemtheoretischen Begriffsmuster erkennbar (Pott 2007: 28).

Die von Stichweh (2000: 187) vertretene Behebung dieser theoretischen Ortlosigkeit – die Vorstellung des Raums als zusätzlicher Sinndimension neben Sach-, Zeit- und Sozialdimension – stellt die zumindest in der Raumsoziologie wohl einflussreichste und in zentralen Arbeiten zum Thema nachvollzogene (vgl. Schroer 2006) Lösung dar. Sie ist allerdings vor allem in der Sozialgeographie, und zwar vielleicht sogar noch mehr als die Überlegungen zu den innergesellschaftlichen Effekten außergesellschaftlicher materieller Räume, zur Zielscheibe heftiger Kritik geworden. Zunächst treffen die oben gegen die unbedachte Verwendung binarisierender Raum-Zeit-Konzepte vorgebrachten Argumente auch auf dieses Modell zu, insofern es zur unreflektierten Dichotomisierung der beiden Dimensionen verwendet wird. Die Einführung des Raums als Sinndimension hat aber noch ganz andere, theoretisch im Rahmen der Systemtheorie kaum in den Griff zu bekommende Konsequenzen.

Zunächst wirkt dieser Schritt theoriebautechnisch sicherlich recht plausibel. Den ursprünglich eingeführten drei Sinndimensionen werden etwa auffällige Parallelen zu Theorien der Genese von Primärgruppen in der Organisationssoziologie zugeschrieben: Diese könnten sich um die bereits bestehende Bekanntschaft der die Gruppe bildenden Personen (Sozialdimension), um die temporale Kontinuität von deren Interaktion (Zeitdimension) sowie um die „Ausbildung einer eigenen Gruppenidentität“ (Sachdimension) strukturieren (Willke 1996: 75). Warum sollte nicht auch der sinnhafte Bezug auf die geteilte Bedeutung einer Stelle im Raum konstitutiv werden? Dementsprechend projiziert auch eine detaillierte Untersuchung der Funktion der Sinndimensionen in der Systemtheorie die drei Dimensionen als jeweils konstitutiv für einen Aspekt der Theoriearchitektur: Diese bestünde aus einer für die Sozialdimension zuständigen „Kommunikationstheorie“, einer für die Zeitdimension zuständigen „Evolutionstheorie“ und einer für die Sachdimension zuständigen „speziellen Systemtheorie“ (Schützeichel 2003: 45).

Von diesen Annahmen her kommend könnte man davon ausgehen, dass mit der Einführung des Raums als zusätzlicher Sinndimension die Systemtheorie nun durch eine Raumtheorie ergänzt werden müsse; oder andersherum gedacht, dass ein Einbezug der Raumsoziologie in

die Systemtheorie eben am besten über die Einführung einer entsprechenden Sinndimension zu bewerkstelligen sei. Diese Parallele greift allerdings zu kurz. Sie verkennt, dass die Sinndimensionen zwar analytisch unterscheidbar sind, aber stets gleichzeitig „in jedem real gemeinten Sinn selbdrift“ auftreten (Luhmann 1984: 127). Die genannten Teiltheorien – sofern man sich dieser Aufgliederungsweise überhaupt anschließen möchte – der Systemtheorie operieren hingegen typischerweise auf Systemebenen, auf denen bereits zahlreiche aneinander anschließende Kommunikationen beobachtet werden, und schließen somit eine ausschließliche Zuständigkeit solcher Teiltheorien für nur eine Sinndimension eigentlich aus. Gerade für den Fall der Evolutionstheorie ist klarzustellen, dass diese keineswegs nur zeitliche Variationen kommunikativer Anschlussbildungen beobachtet, sondern insbesondere auch auf das Verhältnis von System und Umwelt bezogen ist – und damit unter anderem auch mit der Unterscheidung dies/anderes als zentraler Differenz operiert (vgl. Baraldi et al 1997: 52-55). Keine Beobachtung sozialer Systeme, die über die analytische Betrachtung des Funktionierens von Sinndimensionen auf der Mikroebene einzelner Kommunikationen hinausgeht, kann auf nur eine Sinndimension zurückgreifen oder auch nur eine Sinndimension prioritär behandeln – bereits deswegen nicht, weil sie als Beobachtung selbst Sinn reproduziert, der in allen drei Sinndimensionen Unterscheidungen mitführt.

Da *alle* in sozialen Systemen möglichen Kommunikationen operativ auf der Grundlage der Unterscheidung von Aktualität und Potenzialität – also über das Universalmedium Sinn – vollzogen werden und dabei *alle* in ihnen vorkommenden Informationen zur Regelung der Anschlussfähigkeit weiterer Kommunikationen in die Sinndimensionen dekomponiert werden *müssen* (Luhmann 1984: 112), bedeutet die Einführung des Raum als vierter Sinndimension (neben Sach-, Sozial- und Zeitdimension) nichts anderes als das Postulat einer stetigen und universellen, jeder Kommunikation inhärenten Selbstverräumlichung. Eine Beobachtung der Zu- oder Abnahme der Relevanz dieser Raumdimension für soziale Strukturen, wie Stichweh (2000: 188f) sie für verschiedene historische Gesellschaftsformationen konstatiert, wäre eigentlich in diesem Rahmen eine unmögliche Diagnose, da die Raumdimension als Sinndimension ja notwendigerweise in jeder Kommunikation mitgeführt und aktualisiert werden müsste.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> Über die hier angeführten Überlegungen hinaus könnte man auch darüber nachdenken, was die Einführung des Raums als Sinndimension für die Fähigkeit zur Beobachtung anderer sozialwissenschaftlicher Theorien – im Sinne einer Beobachtung zweiter Ordnung – bedeuten würde. Wenn etwa Texte von Autoren wie Hardt und Negri (2000: 44) eine Entwicklung hin zu einem „undifferentiated and homogenous space“ proklamieren (vgl. Kap. 3.3), ist wohl viel eher ein Bedeutungswandel des Raums als sozialer Struktur (und nicht das völlige Schwinden räumlicher Informationen in der gesellschaftlichen Kommunikation) bezeichnet, der

Allenfalls die Möglichkeit einer Ausdifferenzierung verschiedener Sinndimensionen – vielleicht ähnlich der Entbettung bei Anthony Giddens – im Zuge zunehmender sozialer Komplexität könnte konzidiert werden (vgl. Luhmann 1984: 127), diese passt aber eben nicht zu dem Befund, dass in der Struktur „einfacher Gesellschaften“ ein „Primat des Raumes“ zu beobachten sei, der dann durch eine Dominanz der Zeitdimension abgelöst würde (Stichweh 2000: 188f). Sinndimensionen konkurrieren nicht miteinander, sondern sind immer alle notwendigerweise in jeder Kommunikation vorhanden, wenn auch nur in latenter Form (vgl. Luhmann 1984: 113f). Möchte man mit der Atopizitätstheorie von Helmut Willke (2001) – und der Argumentationsrichtung einiger oben aufgeführter Zitate Luhmanns entsprechend – einen generellen Relevanzverlust räumlicher Unterscheidungen im Modernisierungsprozess konstatieren, würde dies unter der Voraussetzung des Raums als Sinndimension eine etwa ebenso absurde Argumentation wie eine Annahme des Bedeutungsgewinns der Sachlichkeit gegenüber der Zeitlichkeit (also der Thematisität gegenüber der Temporalität) darstellen. Ein solcher Sachverhalt wäre empirisch schon nicht abbildbar, da Kommunikation notwendigerweise auf die Bezeichnung thematischer Inhalte wie auf ihren Charakter als verzeitlichtes Ereignis zurückgreifen muss, um überhaupt stattfinden zu können.

Was mit der wandelnden gesellschaftlichen Bedeutung des Raums vermutlich gemeint ist, ist die Veränderung gesellschaftlicher *Selbstbeschreibungen*, die zum Beispiel von räumlichen auf zeitliche (oder auch auf soziale oder monetäre oder moralische, ästhetische und fast unendlich viele weitere) Unterscheidungen umgestellt werden können: In vormodernen Gesellschaftsformationen wären dann sozialstrukturell wichtige Unterscheidungen vor dem Hintergrund der Erfahrung einer starken Abhängigkeit von physisch-natürlichen Gegebenheiten tendenziell räumlich kommuniziert worden – was noch gesondert zu untersuchen wäre (siehe Kap. 2.3.2). In modernen, funktional differenzierten Gesellschaften hingegen könnte man annehmen, dass aufgrund einer nunmehr größeren Abhängigkeit von innergesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sozialstrukturelle Unterscheidungen in ähnlicher Form temporalisiert werden (vgl. Luhmann 1997: 997). Das ist weder theoretisch

---

systemtheoretisch vielleicht besser in Sach-, Zeit- und Sozialdimension beobachtet werden könnte. Die Auffassung des Raums als Sinndimension setzt theoriearchitektonisch viel zu umfassend an, um noch eine Verarbeitung typischer sozialwissenschaftlicher Raumbegriffe zuzulassen. Das vollständige Fehlen räumlicher Beschreibungen in weiten Teilen der Politikwissenschaft (Fürst 1993: 293) könnte ebenfalls kaum thematisiert werden – denn was fehlt, ist nicht die Berücksichtigung einer angenommenen Modalität kommunikativer Anschlussfähigkeit, sondern die Beobachtung gegebener Daten-, Begriffs- und Theoriebestände mittels räumlicher Unterscheidungen. Ähnliche Probleme würden wohl bei der Auseinandersetzung mit räumlichen Beschreibungen in anderen Texten auftauchen – und sie ähneln frappierend den Problemen, die beim Umgang mit dem apriorischen Raumbegriff in kontemporären Gesellschaftstheorien entstanden sind (s.u.; vgl. Kap. 2.1.2). Man könnte m. E. vermuten, dass in beiden Fällen das hohe Generalisierungsniveau des Raumbegriffs im Hinblick auf ein universelles Vorkommen von Raum in jeder basalen Operation der jeweiligen Theorien seine Rolle bei der überzeugenden Beschreibung der konkret interessierenden Phänomene kompliziert.

unmöglich noch – zunächst – empirisch völlig unplausibel. Ein Bedeutungswandel von Sinndimensionen ist darin jedoch auf keinen Fall zu erkennen, lediglich eine Umstellung der gesellschaftlichen Semantik als Reaktion auf veränderte Kausalitätserwartungen (vgl. auch Kap. 2.3.1).

Der Charakterisierung des Raums als Sinndimension scheint manchmal ein Fehlverständnis weniger des Raumbegriffs als vielmehr der begrifflichen Rolle der Sinndimensionen zugrundezuliegen. Es handelt sich bei diesen keineswegs um eine Aufgliederung des Informationsgehalts von Kommunikationen nach ‚W-Wörtern‘ – etwa in dem Stil, dass die Sachdimension auf Was-Fragen, die Sozialdimension auf Wer-Fragen, die Zeitdimension auf Wann-Fragen und nun eben die Raumdimension auf Wo-Fragen Aufschluss gäbe. Die Behauptung von Schroer (2006: 158), eine eigenständige Raumdimension sei notwendig, da die anderen Sinndimensionen „nicht automatisch Auskunft über das *Wo*“ erteilen, basiert zum einen auf einem solchen Fehlverständnis und setzt desweiteren in zirkulärer Argumentationsweise voraus, *dass* eine solche Auskunft überhaupt in jeder Kommunikation erforderlich sei. Warum aber anstelle der „Kuh auf der Weide“ und dem „Pferd im Stall“ nicht etwa – ohne mitgeführte räumliche Information – von der Kuh oder dem Pferd *an sich* sprechen? Dass diese Tiere natürlich auch in rein theoretischen Überlegungen eine räumliche Gestalt annehmen können – in dem Sinne, dass sie über einen Körper verfügen und somit jeweils ein Innenraum und ein Außenraum der Kuh beziehungsweise des Pferdes bezeichnet werden kann (vgl. ebd.: 284) – ist richtig, müsste jedoch gesondert in der Sachdimension thematisiert werden. Als unproblematisch voraussetzbare Realität kann die räumliche Existenz von Kühen und Pferden nur unter Voraussetzung eines gesellschaftsexternen Raums gewertet werden, woraus sich dann wieder die diesem Konzept entspringende Problematik ergäbe (vgl. Kap. 2.1.1).

Luhmann war bezüglich der Einführung des Raums als Sinndimension angesichts derartiger Plausibilisierungsprobleme ebenfalls skeptisch – auch wenn sein Argument gegen eine separate Raumdimension, diese sei von der Sachdimension „nicht zu trennen“ (Luhmann 2002: 239), nicht wirklich stichhaltig ist und wohl auch nicht als endgültige Antwort auf die Problematik gedacht war (vgl. Schroer 2006: 159). Räumliche Unterscheidungen von Stelle und Objekt können auch – und zwar nicht nur in „metaphorisch-metonymischer“ Weise (Hard 2002: 288) – Informationen in der Sozialdimension (so etwa als mitkommunizierter räumlicher Standpunkt, in dessen Kontext eine Kommunikation als eine bestimmte Perspektive einnehmend zu verstehen ist) oder in der Zeitdimension (etwa im Fall einer alltäglichen räumlichen Bewegungsroutine von der Wohnung zur Arbeitsstelle, die mit der

Mitteilung eines Aufenthalts an einem bestimmten Orten *auch* über einen zeitlichen Ablauf informiert – man ist *noch* im Büro oder *schon* auf dem Heimweg) transportieren. Raum ist nicht wirklich plausibel auf die Sachdimension reduzierbar.

Angesichts der genannten Beispiele wird auch deutlich, dass eine Etablierung des Raumbegriffs auf der kommunikationstheoretisch höchstmöglichen und allgemeinsten Ebene – eben als eigene Sinndimension – in forschungsstrategischer Hinsicht sogar Informationsverluste mit sich bringen kann: Bei der vorgängigen Existenz einer in jeder Kommunikation ohnehin gegebenen Raumdimension bestünde das Risiko, dass jedes irgendwie als räumlich interpretierbare Phänomen in diese Raumdimension jeder einzelnen Kommunikation abgeschoben wird. Der Raum würde zumindest potenziell wieder wie in der traditionellen Geographie zum Behälter für jegliche denkbaren, theoretisch nicht verarbeiteten Informationen – die durch ihre sichere Aufbewahrung im Raumcontainer dann wieder bequem ignoriert werden könnten – oder zum Vehikel für ständig mitlaufende, aber letztlich nichtssagende Verräumlichungen (vgl. Hard 1986: 78).<sup>46</sup>

In der Sozialgeographie wurde eben zur Vermeidung dieses dort viel diskutierten und kritisierten Problems die ursprüngliche, triadische Konzeption der Sinndimensionen ausdrücklich positiv bewertet – der „Verzicht auf Raum als Erkenntnisdimension“ sei vielmehr der Bildung eines nicht-ontologischen Raumbegriffs als „abgeleitete Kategorie“ dienlich, die dann nach ihrer Selektionsleistung innerhalb aller drei Sinndimensionen beschrieben werden könne (Klüter 2002: 143). Darüber hinaus ist auch fraglich, ob die eigentlich reflexive Gestalt des hier vorgestellten Raumbegriffs – der Raum als Unterscheidung von Stelle und Objekt, die dann in einer weiteren, die erste kopierenden Unterscheidung erst die kommunikative Performanz des Raums erzeugt – überhaupt mit einer Bezeichnung als Sinndimension vereinbar ist: Die Sinndimensionen stellen grundlegende Unterscheidungen dar, die keine sekundäre Beobachtung ihrer selbst benötigen, um in der Kommunikation zu funktionieren – Raum hingegen operiert bereits als Beobachtung einer vorgängigen Unterscheidung, und bei dieser handelt es sich nicht um die basale, Sinn überhaupt konstituierende Differenz von Aktualität und Potenzialität (vgl. Baraldi et al 1997:

---

<sup>46</sup> Diese Befürchtung wird dadurch untermauert, dass systemtheoretische Arbeiten aus der Politikwissenschaft nur selten auf die Sinndimensionen oder die allgemeine Kommunikationstheorie überhaupt Bezug nehmen. Sie ist letztlich für die Forschung über die interessierenden Phänomene auch als wenig produktiv einzuschätzen, da diese schlicht auf einer anderen phänomenologischen Ebene angesiedelt sind – den meisten Autoren erscheint es sinnvoller, die von vornherein mehr interessierenden politikwissenschaftlichen Begriffe mittels der systemtheoretischen Differenzierungs-, Medien- und Gesellschaftskonzepte in den Blick zu nehmen. Dies gilt vor allem im Kontext der Rezeption der Systemtheorie im Kontext der Steuerungsdebatte in der Politikwissenschaft (vgl. Göbel 2000: 148). Vor diesem Hintergrund gibt es wenig Anlass zu der Hoffnung, dass eine sinndimensionale Betrachtung des Raums dessen Nutzen für die politikwissenschaftliche Forschung steigern oder gar zu einer Überwindung der überkommenen räumlichen Dichotomien beitragen könnte.

125). Oder vereinfacht ausgedrückt: Der als Abfolge zweier Unterscheidungen beschriebene Raumbegriff ist offensichtlich eine Beobachtungsebene höher angesiedelt als die drei ursprünglichen Sinndimensionen Luhmanns.

Damit ist gemeint, dass Sach-, Sozial-, und Sinndimension unmittelbar in die Unterscheidung von Aktuellem und Möglichem eingeschrieben sind und insofern auf der für Sinnsysteme ‚untersten‘, als Bedingung ihrer Möglichkeit fungierenden Ebene konstituiert sind. Der wie oben beschriebene formale *und* klassifikatorische Raumbegriff hingegen würde – wenn man ihn als Form in die gleiche Relationsebene zum universellen Medium Sinn wie die anderen Sinndimensionen setzen möchte – eine zusätzliche Unterscheidung benötigen: Zu der Raum ermöglichenden formalen Unterscheidung von Stelle und Objekt kommt notwendigerweise die zweite, klassifikatorische Unterscheidung hinzu, durch die die erste Unterscheidung überhaupt erst als räumlich zu verstehen ist. Die übrigen Sinndimensionen *können* durch Beobachtung reflexiv werden (vgl. auch Luhmann 2002: 242), Raum in der hier und auch von Stichweh prinzipiell so vertretenen zweistufigen Begriffsfassung *entsteht* hingegen erst durch eine reflexive Beobachtung.

Man kann dieses operative Funktionieren des Raums als *Beobachtung* in sozialen Systemen mit einem einfachen Gedankenexperiment effektiv nachvollziehen: Die bekannte Klage über ‚die da oben‘ – typischerweise als Attribution beliebiger Erwartungsenttäuschungen auf tatsächliche oder vermeintliche Fehlleistungen von Eliten im Rahmen einer überkommenen Semantik der Klassengesellschaft zu verstehen – impliziert für sich genommen noch keine räumliche Unterscheidung, sondern bezeichnet eine Form sozialer Stratifizierung (vgl. Luhmann 1997: 886). Gleichwohl unterscheidet sie die beiden Seiten der formalen Raumdifferenz, Stelle („da oben“) und Objekt („die“, wer auch immer gemeint sein mag). Als räumliche Bezeichnung wäre sie erst erkennbar, wenn aus einer zusätzlichen – eventuell auch zuvor in der Systemgeschichte etablierten – Unterscheidung klar wird oder ist, dass an die Bezeichnung von ‚denen da oben‘ durchaus mit weiteren räumlichen, die Unterscheidung von Stelle und Objekt mitführenden Unterscheidungen angeschlossen werden kann:<sup>47</sup> Nämlich dann, wenn die bezeichneten Personen sich in einer höheren Etage des gleichen Gebäudes aufhalten, oder wenn deren Abteilung in einem Organigramm eines Unternehmens oder einer Behörde tatsächlich näher an der Spitze der auf diesem abgebildeten Organisation zu finden ist.

---

<sup>47</sup> Gleiches gilt sicherlich für zahlreiche Textstellen in der hier vorliegenden Arbeit, wenn von einem ‚Ort in der Theoriearchitektur‘ oder ähnlichen Veranschaulichungen die Rede ist. In einem zweistufigen Raumbegriff könnten sie noch nicht als räumliche Beschreibung gewertet werden, da die anschließende, klassifikatorische Unterscheidung vermutlich den durch die räumliche Unterscheidung aufgespannten Horizont wieder verlassen wird.

Raum entsteht somit nicht einfach aus der Auswahl aus einer unendlichen Menge von Informationen im Sinne von Welt, sondern durch ein spezifisches Verstehen einer bereits getroffenen Auswahl – Raum ist Beobachtung, nicht reiner Vollzug sinnhafter Operationen (vgl. zu diesem Unterschied Baraldi et al 1997: 125). Oder, poetischer formuliert: „Grüne Hügel, Meer und Wind“ werden erst dann zu einem Ort, wenn sie eine stellenbezogene Unterscheidung implizieren“ (Pott 2007a: 60), ansonsten handelt es sich schlicht um eine Referenz auf die genannten Naturphänomene – oder möglicherweise, je nach den weiteren angeschlossenen Kommunikationen, um eine ästhetische Beschreibung. Damit wird die Vorstellung von Raum als Sinndimension zumindest fragwürdig: Entweder man gibt den ja als innerhalb der Systemtheorie für notwendig befundenen formal-klassifikatorischen Raumbegriff auf – oder die unter begriffs- und forschungsstrategischen Gesichtspunkten ohnehin schon problematische Beschreibung als Sinndimension. Letztere Option erscheint attraktiver.

Einen Versuch, Raum *als Sinndimension* für empirische Forschung fruchtbar zu machen, unternimmt bisher anscheinend lediglich Goeke (2007) in seiner Untersuchung von Erinnerungen Betroffener an die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre. Dort werden allerdings tendenziell eher verschiedene Systemreferenzen in deren Narrativen – vor allem Bezüge auf Politik, Familie und Wirtschaft – jeweils in ihren räumlichen Differenzierungen betrachtet, von den eigentlichen Sinndimensionen ist nicht wirklich die Rede. Vermutlich wurde hier die Bezeichnung der Raumdimension gewählt, weil sie eben in der systemtheoretischen Literatur bereits als theoriebautechnische Verortung des Raumbegriffs zur Verfügung stand und eine vergleichende Kategorisierung verschiedener Narrative ermöglichte. Ein Anschluss an kommunikationstheoretische Figuren oder ein systematischer Vergleich des Raums mit den drei ursprünglich etablierten Sinndimensionen erfolgt im Text nicht (vgl. Goeke/Lippuner 2011: 228), dies stellt aber die literaturwissenschaftlich orientierte Arbeit mit ihrer Orientierung an verbalen familienhistorischen Narrativen und ihrer inneren Strukturierung nicht vor argumentative Probleme. Bei einer systematischen Relationierung von Sinndimensionen in der theoretisch eigentlich gemeinten Bedeutung wäre vermutlich das Problem des Beobachtungscharakters des Raumbegriffs zum Hindernis geworden.

Mit dieser Verteidigung der drei Sinndimensionen soll aber keineswegs gesagt werden, dass die Figur der Sinndimensionen nicht auch in ihrer ursprünglichen triadischen Gestalt tatsächliche theoretische Probleme aufwerfen könnte. Diese liegen allerdings eher auf epistemologischer Ebene und wären durch die Einführung weiterer, zusätzlicher Sinndimensionen kaum zu beheben. Minimalkriterium für die Einführung einer neuen



Sinndimension ist deren Irreduzibilität auf die anderen, bereits etablierten Unterscheidungen – diese Regel basiert auf grundlegender Logik, an der nichts auszusetzen ist. Sie besagt aber nichts über den darüber hinausgehenden Umgang mit Vorschlägen alternativer Sinndimensionen. Problematisch ist die sparsam ausfallende Begründung, die drei etablierten Sinndimensionen – Sach-, Sozial- und Zeitdimension – seien eben „phänomenologisch so gesetzt“ (Luhmann 2002: 238f). Diese Präsentation der Sinndimensionen als „fundamentum inconcussum“, als unvermittelt vorgefundene Superkategorien der Systemtheorie stellt eine manche Kritiker aus verständlichen Gründen recht wenig überzeugende Begründung dar (Schönwälder-Kuntze et al 2009: 266).

So erscheint die Figur der Irreduzibilität möglicherweise als Suggestion einer direkten, quasi-realistischen Beobachtbarkeit von Kommunikation, die im gegebenen Theorierahmen eigentlich überhaupt nicht vorgesehen ist – weil nicht nur die Beobachtungen in diesen Sinndimensionen beobachtet werden, sondern auch vorausgesetzt wird, dass andere Beobachtungen eben *nicht* möglich seien. Dies ist im Rahmen der systemtheoretischen Form der Beobachtung, die „keine privilegierte Erkenntnisform“, sondern lediglich eine mit mehr Freiheitsgraden rechnende Operation darstellt und „keinen Zugang zu einer vom Beobachter unabhängigen objektiven Welt“ ermöglicht (Baraldi et al 1997: 125f), eigentlich nicht denkbar. Womöglich ist in Gestalt der Sinndimensionen eine Ontologisierung innerhalb der ansonsten doch auf Ontologieverzicht Wert legenden Systemtheorie gegeben. Andererseits wäre dies wenigstens eine Ontologie, die an die Stelle der Identität der Dinge mit sich selbst deren fortgesetzte Auflösung in Differenzen setzt und so einen doch erheblichen Gewinn an Kontingenz ermöglicht (vgl. Luhmann 1984: 111f) – gerade gegenüber herkömmlichen, apriorischen oder materialistischen Ontologisierungen des Raumbegriffs.

Diese Überlegungen können hier nicht weiter verfolgt werden – es muss die Feststellung genügen, dass der Raum bisher den einzigen ernsthaften Kandidaten für eine neue Sinndimension darstellt,<sup>48</sup> und dass gegen dessen Kandidatur im Rahmen der gegebenen

---

<sup>48</sup> Eine Ausnahme stellt die Annahme von Schützeichel (2003: 47) dar, eine zusätzliche vierte Sinndimension in Gestalt einer „Differenz von Selbstreferenz und Fremdreferenz“ gefunden zu haben. Diese wird als ebenfalls nicht auf andere Sinndimensionen reduzierbar betrachtet und sei „als kategoriales Verweisungsverhältnis konstitutive Voraussetzung für das sinnhafte Oszillieren in den Horizonten, die in den übrigen Dimensionen aufgespannt sind“ (ebd.: 48). Sie soll also bezeichnen, ob sich die stattfindende sinnhafte Operation in ihrem Vollzug auf sich selbst oder auf systemexterne Umwelt bezieht – womit man bereits hier fragen könnte, ob eine solche Unterscheidung nicht auf der Ebene des Sinnbegriffs auch in der Sachdimension (dies/anderes) gut aufgehoben wäre. Die neue Sinndimension wird allerdings lediglich in sehr kompakter Form eingeführt und noch nicht einmal benannt; von anderen Autoren wurde der Vorschlag bisher anscheinend noch nicht aufgegriffen. Dies ist wohl vor allem damit zu erklären, dass – im Gegensatz zum Raum! – die Unterscheidung von Selbst- und Fremdreferenz schon einen eindeutigen und fungiblen Ort in der Theoriearchitektur der Systemtheorie einnimmt: Sie bezeichnet die Eigenschaft eines autopoietischen, also sich selbst erzeugenden Systems, die die ausschließliche Anschlussfähigkeit von dessen Elementen aneinander gewährleistet – nicht aber eine Aktualisierung von Information *in* dessen Elementen. Selbstreferenz entsteht

Begrifflichkeit gewichtige Gründe sprechen. Die Akzeptanz einer Raumdimension als eigenständiger Sinndimension würde bedeuten, dass in jeder überhaupt nur denkbar möglichen Kommunikation bereits räumliche Unterscheidungen mitgeführt werden müssten. Um dies zu plausibilisieren, reicht eine bloße Anführung der in zahlreichen Kontexten relevanten räumlicher Unterscheidungen in der modernen Gesellschaft oder der Nachweis sozialstruktureller Unterschiede in kartographischen Darstellungen sozialer Phänomene aber nicht aus (vgl. Stichweh 2000: 192f). Auch moralische, religiöse, politische, wirtschaftliche und zahlreiche weitere Unterscheidungen sind unbestritten in jeweils bestimmter Art und Weise für die Gesellschaft relevant, deswegen sind deren jeweilige spezifische Differenzen aber noch keine Sinndimensionen, sondern sekundäre Formen, die in der Gesellschaft *auch* vorkommen und als solche in das Universalmedium Sinn eingeschrieben werden *können*. Allein bereits das Vorkommen von Behauptungen der punktuellen oder generellen gesellschaftstheoretischen Irrelevanz von Räumlichkeit könnte kontrastiert werden mit der Abwesenheit solcher Behauptungen gegenüber den Kategorien von Sachlichkeit, Zeitlichkeit und Sozialität in Bezug auf deren jeweilige Rolle als Sinndimensionen.

In mancher Hinsicht scheint es, dass die Kategorisierung des Raums als Sinndimension durch die Hintertür dann doch auch wieder den gesellschaftsexternen, physischen Raum einführen soll – diesmal allerdings als sinnhaften Verweis auf die in der Tat stets notwendig vorhandenen materiellen Substrate von Kommunikation in Form einer virtuellen Kartierung der Kommunikationsteilnehmer und eventuell notwendiger Randbedingungen – wie das Vorhandensein von Papier, Druckerpatronen, Glasfaserkabeln, Telefonleitungen,

---

dadurch, dass das System durch Bildung einer Systemgrenze den – in Sinnsystemen in Sinndimensionen dekomponierten – Elementen eine „Bezugnahme auf anderes durch Bezugnahme auf sich selbst“ ermöglichen und sich somit ein operativ geschlossenes (Selbstreferenz), gleichzeitig aber kognitiv offenes (Fremdreferenz) – also für Umweltirritationen zugängliches – autopoietisches System bildet (Krause 2001: 198). Würde man die Unterscheidung von Selbstreferenz und Fremdreferenz in die Systemelemente – also in die einzelnen Kommunikationen – hineinkopieren, ergäbe sich das Problem, dass diese Unterscheidung ja je nach der vom Beobachter gewählten Systemreferenz variiert: Wird die Gesellschaft als Systemreferenz angenommen, ist jede Kommunikation, die nicht auf die außergesellschaftliche Umwelt rekurriert, Selbstreferenz. Wird hingegen das politische System als Systemreferenz gewählt, so stellte eine Referenz auf eine dem Wirtschaftssystem zuzuordnende Geldzahlung bereits eine Fremdreferenz dar. Handelt es sich bei dem gewählten System um eine Organisation in der Verwaltung des politischen Systems, so wäre die Bezugnahme auf den Wählerwillen trotz dessen politischen Charakters ebenfalls eine Fremdreferenz; handelt es sich um eine Unterhaltung vor dem Kaffeeautomaten dieser Organisation, so wäre sogar der Bezug auf andere, ebenfalls in der gleichen Organisation stattfindende Interaktionen Fremdreferenz. Somit „ist der Beobachter die Einheit dieser Differenz“ von Selbstreferenz und Fremdreferenz (Baraldi et al 1997: 167) – der Beobachter entscheidet, was das jeweils maßgebliche „Selbst“ zu sein hat. Aber eine einzelne Kommunikation oder ein einzelner Gedanke beobachtet sich nicht selbst – dies wäre die eigentliche und unmögliche Implikation der Verschiebung der Unterscheidung von der Ebene des Systems auf die Ebene der Sinndimensionen. Dies können nur Systeme durch den Anschluss einer weiteren Operation. Gezeigt werden soll damit, dass das Kriterium der Irreduzibilität eben *nicht* ausreicht, um von einer Sinndimension sprechen zu können. Hinzukommen muss wohl zumindest, dass die betreffende Unterscheidung im Rahmen *jeder einzelnen Operation* des Systems gegeben sein muss, damit diese überhaupt als Systemelement fungieren kann. Und hier ist dann doch eine sehr deutliche Parallele zur Problematik des Raums als Sinndimension gegeben.

Mobilfunkmasten und anderen Gegenständen mehr, die als physikalische Objekte nicht selbst Bestandteil des Systems sein können (vgl. auch Luhmann 1984: 245f). Anders ließe sich das permanente Mitlaufen des Raums als Sinndimension kaum erklären. Die genannten Beobachtungen der sozialen Relevanz von Räumen heben letztlich auf die kommunikative Verarbeitung des Aufenthalts von Körpern an bestimmten Stellen einer physischen Topographie ab – ohnehin seien in der Empirie generell gleichzeitig „natürliche und künstliche“ Raumphänomene zu erwarten (Stichweh 2003: 97). Dieser Aussage entspricht in etwa die Annahme eines „*sozialen Raumes*“ bei Jensen (1999: 150f), in dem die „natürlichen und/oder technischen“ Gegebenheiten zusammen mit „ideellen Strukturen“ und „normativen Paradigmen“ zu einer beobachterabhängig konstruierten „*lokalen Realität*“ synthetisiert werden.<sup>49</sup>

Besonders plausibel erscheint eine solche Mitführung physischer Gegebenheiten in Sinnform zunächst für Interaktionssysteme, in denen – zumindest ohne technische Hilfsmittel, also in vorschriftlichen Gesellschaften immer, was dann auch die Annahme einer in diesen Gesellschaften höheren Relevanz der Raumdimension rechtfertigen würde! – die körperliche Anwesenheit der Adressaten für die Ermöglichung von Kommunikation zwingend erforderlich ist (Luhmann 1997: 314). In dieser Hinsicht wird für Interaktionssysteme „Leiblichkeit *in* der Kommunikation relevant“, und zwar im Rahmen einer „Differenz von Anwesenheit/Abwesenheit“ (Ziemann 2003: 135). Man könnte unterstellen, dass gesellschaftsexterner und gesellschaftsinterner Raum zwar nicht begrifflich identisch werden, aber ihr Unterschied als rein begrifflich und als empirisch nicht weiter interessant zu verstehen wäre. Gerade im Fall solcher Interaktionssysteme könnte man aber auch die räumliche Unterscheidung auf die Zeitdimension reduzieren, da die körperliche Anwesenheit im Raum mit der zeitlichen Dauer möglicher Interaktion koinzidiert, also eine Unterscheidung in der Zeitdimension markiert.

Unzweifelhaft kann man über all diese räumlichen Tatbestände kommunizieren – durchaus fragwürdig ist jedoch die Annahme, dass diese notwendigerweise stets in jeder Kommunikation mitgeführt werden. Dies gilt zumal für soziale Systeme, in denen

---

<sup>49</sup> Das beobachtungstheoretische Problem bei einer solchen synthetischen Begriffskonstruktion dürfte sein, dass die Existenz und die Synthese materieller und virtueller Räume von einem Beobachter zweiter Ordnung unterstellt wird, der damit der eigentlich erst zu beobachtenden Beobachtung des Beobachters erster Ordnung vorgreifen würde. Im hier gegebenen theoretischen Rahmen ist eine derartige Konstruktion daher nicht möglich. Auf der Ebene der Beobachtung erster Ordnung kann zum Beispiel eine Schranke an einer Staatsgrenze als technisch-materielles Hindernis oder auch als Ausdruck einer gegebenen, Bewegungen von Personen rechtlich und exekutiv normierenden politischen Machtordnung verstanden werden. Der Beobachter erster Ordnung mag auch beides in einer anschließenden Selbstbeobachtung der zuvor verwendeten Unterscheidung synthetisieren – der Beobachter zweiter Ordnung kann ihm dies allerdings nicht vorschreiben, indem er die Synthese zur Konsequenz einer beobachtungsvorgängigen Realität erklärt (vgl. Baraldi et al 1997: 125).

Verbreitungsmedien wie die Schrift, der Buchdruck oder später elektrische und elektronische Kommunikationstechnologien die Adressierung von Kommunikation an einen nicht präzise abgrenzbaren, prinzipiell unbegrenzten Empfängerkreis ermöglichen und so die konstitutive Bindung von Kommunikation an die körperliche Anwesenheit der Adressaten im Raum eliminieren (vgl. Luhmann 1997: 202f).

So ist es für das Verstehen eines Textes nicht notwendigerweise relevant, wo sich der Leser räumlich aufhält – es sei denn, dieser Aufenthalt wird anschließend in weiteren Kommunikationen beobachtet und thematisiert. Macht es einen Unterschied, ob man – beispielsweise – die Bibel in einem Hotelzimmer, in einem Theologieseminar oder in einer Gefängniszelle liest? Für das psychische System des Adressaten kann man davon ausgehen, dass dessen Motivationen und Wahrnehmungen durchaus von der jeweils gegebenen materiellen und sozialen räumlichen Umwelt irritiert werden *könnten*. Inwieweit der Ort der Bibellektüre dann aber in sozialen Systemen eine Rolle spielt, hängt von den in diesen bereits gegebenen spezifischen Erwartungen und Erwartungserwartungen ab: In einem Hotelzimmer kann man – sofern kommuniziert wurde, dass man nicht gestört werden möchte – normalerweise von der Nichtthematisierung ausgehen, im Theologieseminar dürfte sie als Teil der universitären Normalität auch zumindest nicht als in räumlicher Hinsicht ungewöhnlich thematisiert werden, und zumindest in einem amerikanischen Gefängnis kann meist davon ausgegangen werden, dass die Erwartungen und Erwartungserwartungen sich auf eine angestrebte günstige Sozialprognose für eine Bewährungskommission richten (Irwin 2009: 69).

Die Relevanz des Raums in den genannten Situationen ist eben *nicht* jeweils über eine in jeder einzelnen Kommunikation ständig mitlaufenden Raumdimension adäquat zu beschreiben, sondern als Teilmenge der in einem spezifischen sozialen System – in den beschriebenen Fällen handelt es sich um Organisationssysteme, es könnte sich aber auch um Interaktionssysteme oder insbesondere in dieser Arbeit um Funktionssysteme handeln – jeweils vorausgesetzten Erwartungsmuster. Die Bedeutung von Raum in der Systemtheorie wäre demzufolge nicht in einem ubiquitären, über Sinn universalisierten Begriff zu sehen, sondern in „den Codes der gesellschaftlichen Teilsysteme“ zu finden, mittels denen Raum in Form von jeweils systemspezifisch erzeugten „Raumabstraktionen“ kommuniziert werden kann (Lippuner 2005: 131). Damit wäre der Frage nachzugehen, welche Funktion die räumliche Kommunikation von Erwartungsmustern auf der Ebene selbstreferenzieller sozialer Systeme erfüllt, über welche Mechanismen dies bewerkstelligt wird, und wie diese

systemtheoretische Beobachtungsweise zur Beschreibung spezifisch politischer Räume genutzt werden kann.

Um zuvor die hier angestellten präliminaren Überlegungen zum Raumbegriff in der Systemtheorie noch einmal zusammenzufassen: Der Einführung des Raumbegriffs in die Systemtheorie bei Stichweh kommt der unbestrittene Verdienst zu, eine Debatte zum Thema Raum innerhalb der Systemtheorie maßgeblich mit angeregt zu haben und die Notwendigkeit der Befassung mit diesem etabliert zu haben. Der doppelte Begriffsvorschlag des gesellschaftsexternen Raums als Materie und des gesellschaftsinternen Raums als Sinndimension war zudem der erste, wenn auch sicherlich korrekturbedürftige systematische Vorschlag für eine allgemeine theoretische Verortung des Raumbegriffs in der soziologischen Systemtheorie (vgl. Hard 2002: 288). Die Erscheinungsdaten eines Großteils der systemtheoretisch vorgehenden Publikationen in der Sozialgeographie und der theoretischen Geographie legt darüber hinaus auch nahe, dass das Interesse in dieser Disziplin nicht zuletzt durch die für sie provokativen Anfragen Stichwehs an den Raumbegriff – für den sie disziplinar zuständig sein will – geweckt worden sein könnte.

Frühere geographische Arbeiten mit systemtheoretischen Ansätzen (Hard 1986; Klüter 1986, 1987) waren weniger auf eine begriffliche Situierung des Raums in der Systemtheorie, sondern eher um eine Nutzung systemtheoretischer Begrifflichkeiten zur Bearbeitung geographischer Probleme gerichtet. Die eigentliche, kontrovers und interdisziplinär geführte Debatte um den Raumbegriff in der Systemtheorie – die in diesem Kapitel im Hinblick auf die Gewinnung eines Raumbegriffs zur Beobachtung politischer Räumlichkeiten systematisiert und zugespitzt nachvollzogen wurde – begann mit einem Aufsatz von Stichweh (1998), dem dann vor allem die Entgegnungen von Hard (1999; 2002) und Klüter (2002) folgten. Der Stellenwert dieser Debatte für die Sozialgeographie wie auch die Systemtheorie ist unter anderem daran abzulesen, dass ihr kürzlichst ein Sonderheft der soziologischen Zeitschrift *Soziale Systeme* unter Beteiligung zahlreicher Sozialgeographen gewidmet wurde (eine konzise Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse findet sich bei Goeke/Lippuner 2011).

Zahlreiche der in Stichwehs Konzeption angestellten Überlegungen verlieren durch die notwendige Problematisierung der ihnen zugrundeliegenden gesellschaftstheoretischen Annahmen nicht an Gültigkeit, sondern sind für den Zweck der hier vorgenommenen Untersuchung hochgradig relevant (vgl. Kap. 2.2.3). Insbesondere die Fassung des Raumbegriffs als formale *und* klassifikatorische, zweistufige Unterscheidung von Stelle und Objekt und anschließenden, zunächst offen gehaltenen räumlichen Unterscheidungen weist

gegenüber möglichen konzeptuellen Alternativen Vorteile auf. Die Konkretisierung in Form der beiden Raumbegriffe selbst wird dann aber nicht hinreichend ‚chirurgisch‘ ausgeführt, sondern zerbricht mit ihren Nebenfolgen zentrale Aspekte der Begriffe und der Theoriearchitektur, die sie eigentlich nur ergänzen sollte. Dies gilt sowohl für den ersten, als gesellschaftsextern beschriebenen Raumbegriff – der aufgrund der spezifisch systemtheoretischen Relationierung von System und Umwelt nicht in seiner aus der klassischen Geographie übernommenen Fassung Verwendung finden kann – als auch für den zweiten vorgeschlagenen Raumbegriff – die Vorstellung des Raums als Sinndimension, die aber in Bezug auf die Rolle der Sinndimensionen in der systemischen Kommunikationstheorie nicht wirklich plausibilisiert werden kann und sich zudem bei der Beobachtung vorliegender Kommunikationen schlicht als unpraktisch erweisen dürfte. Die von Stichweh abgelehnte Privilegierung der Zeit lässt sich in dem von ihm verwendeten Rahmen der Systemtheorie dann eben doch recht überzeugend begründen.

Zu diesem Ergebnis kommen auch verschiedene Vertreter der systemtheoretisch orientierten Sozialgeographie, die – was angesichts der traditionellen Rollenverteilung der Disziplinen paradox anmuten mag – eine die Grundbegrifflichkeit der Systemtheorie *weniger* tangierende Lösung der Raumproblematik vorschlagen (Lippuner 2007: 183). Eine solche soll im folgenden Unterkapitel zur beobachtungs- und formentheoretischen Grundlage dieser Arbeit entwickelt werden und im Anschluss die Beobachtung der systemspezifischen Semantiken politischer Räume ermöglichen.

## **2.2 Zur Beobachtung räumlicher Beobachtungen**

### *2.2.1 Raum als Form und Medium*

Die hier vertretene begriffliche Alternative zur Einführung des Raums als Sinndimension ist seine Konzeption als *Form* und *Medium*. Sie schließt damit an einen bedeutenden Teil der systemtheoretisch arbeitenden Sozialgeographie an, die größtenteils aus den im vorherigen Kapitel ausgeführten Gründen dem sinnuniversellen Raumbegriff nicht folgen wollte. Auch wenn dabei die Anwendung der Begriffe Form und Medium oft divergiert und zudem auch solche Arbeiten, die Raum als Sinndimension zugrundelegen (z.B. Goeke 2007), dann oft doch eine eher formentheoretisch anmutende Herangehensweise zeigen, hat sich die Behandlung räumlicher Themen mit dieser Unterscheidung innerhalb der systemtheoretischen Ansätze als viable Alternative etabliert. Sie bedarf aber für den hier verfolgten Zweck der Neubeschreibung politischer Räumlichkeit der Erläuterung und vor allem der

Konkretisierung.<sup>50</sup> Zuerst wurde sie von Kuhm (2000) vertreten, wenn auch bereits bei Stichweh (1998; 2000: 187) der Medienbegriff für den Raum verwendet wurde – aber sofort hinter seine Kategorisierung als Sinndimension zurücktrat, worin aber auch kein Widerspruch zu sehen ist – da, wie im Folgenden ausgeführt, die Unterscheidung von Form und Medium gewissermaßen quer zum Begriff der Sinndimensionen steht.

Somit ist zunächst die Begrifflichkeit von Medium und Form einzuführen und zum Raumbegriff in Bezug zu setzen. Die Unterscheidung ist in der Systemtheorie ähnlich ubiquitär gegeben und erfüllt auch einen ähnlichen Zweck wie der Begriff der „Übertragung“ in der klassischen Informationstheorie: „Kommunikation ist nur [...] als Prozessieren dieser Differenz möglich“ (Luhmann 1997: 195). Anstelle wie in früheren Modellen der Kommunikation bei Shannon und Weaver – ähnlich wie ein Postpaket – von einem Sender an einen Empfänger gesendet zu werden, nimmt Kommunikation im Rahmen der Annahme selbstreferenzieller, Kommunikation an andere Kommunikationen (und nicht an Adressaten als Personen) anschließender sozialen Systeme die Gestalt der Auswahl von Informationen (Form) aus einer zu bestimmenden Grundmenge möglicher, kommunizierbarer Informationen (Medium) an (vgl. Baecker 2000: 176).

Das Problem der Übertragung in der klassischen Informationstheorie wird also durch ein Problem der Selektion ersetzt: Welche Elemente aus potenziell undenkbar vielen zur Verfügung stehenden können an welche anderen Elemente angeschlossen werden (Luhmann 1995: 166f)? Um eine bereits verwendete Form/Medium-Differenz zur Illustration zu verwenden: Sinn und Sinndimensionen stellen beide jeweils sowohl Medium als auch Form dar. Sinn ist insofern eine Form, als dass er aus der Menge aller denkbaren Informationen die Differenz von Aktuellem und Möglichem selektiert, für die Sinndimensionen stellt er hingegen Medium dar, aus dem diese wiederum anschlussfähige Unterscheidungen als Formen herstellen. Diese Formen sind wiederum Medium für aus ihnen selektierende Unterscheidungen bzw. Formen. Es handelt sich also um eine rekursive, in sich selbst eintretende Unterscheidung – Formen können zum Medium werden und aus diesem können wiederum Formen entstehen. Man könnte diese Rekursivität als fraktales Prinzip oder auch als eine „*Stufenbaufähigkeit* der Unterscheidung“ beschreiben (Pott 2007: 33).

Ein Unterschied zwischen Medium und Form – wobei die Unterscheidung von Medium und Form selbst auch eine Form darstellt – besteht darin, dass auf der Seite des Mediums eine Menge von „lose gekoppelten Elementen“ vorliegt, die ohne weitere Bindungen zur beliebigen Bildung von Anschlüssen untereinander zur Verfügung stehen, wohingegen auf

---

<sup>50</sup> Eine kompakte Übersicht über die die jeweiligen Positionen vertretenden Autoren mit einer konzisen Einschätzung der Debatte aus sozialgeographischer Sicht liefert Pott (2007: 30f).

der Seite der Form Elemente mittels „striker Kopplung“ aneinander gebunden werden (Luhmann 1997: 189). Die Form verfügt somit über „Durchsetzungsfähigkeit“, das Medium bietet ihr keinen Widerstand, ist andererseits aber verhältnismäßig dauerhafter Natur. Die Form hingegen stellt ein Ereignis im System dar, weswegen auch „das Medium nur an den Formen und nicht als solches beobachtet werden kann“ (Luhmann 1995: 171). Die Seiten der Unterscheidung werden aber im Verlauf des Operierens sozialer Systeme regelmäßig und ständig gewechselt, keine Operation sozialer Systeme ist substanzhaft als Form oder als Medium zu klassifizieren:

„Die Unterscheidung zwischen Form und Medium ist also immer relativ: Nichts ist ‚an sich‘ Form oder Medium, sondern immer Medium in bezug auf eine sich durchsetzende Form oder Form, die sich in einem Medium niedrigerer Ebene durchsetzt. Die Elemente der Sprache (die Worte) setzen sich zum Beispiel als Formen im Kontinuum der Laute durch und kondensieren in ihm als stabilere Konfigurationen; sie bilden aber zugleich ein Medium für die Übermittlung von Kommunikationsinhalten. Die Unterscheidung Form/Medium operiert immer als Unterscheidung, wobei jede Seite auf die andere Seite verweist.“ (Baraldi et al 1997: 59)

Kommunikation nimmt dann unter dem Gesichtspunkt dieser Unterscheidung die Gestalt ständig laufender Kopplungen und Entkopplungen sinnhafter Elemente in Formen an: „Das Medium wird gebunden – und wieder freigegeben“; in einer solchen fraktalen, prozesshaften Dynamik erscheint dann die Erhaltung eines Systems nicht mehr als „strukturelle Stabilität“ im Sinne eines statischen Gleichgewichts, sondern als Kontinuität der „Spezifik, in der ein Medium Formbildungen ermöglicht“ (Luhmann 1997: 199). Damit ist auch das Verhältnis der Unterscheidung von Medium und Form zum Systembegriff benannt. „Medien und Formen [werden] jeweils von Systemen aus konstruiert“ – das System beziehungsweise seine Sinngrenze legt fest, welche Elemente überhaupt zur Formbildung in Frage kommen (Luhmann 1995: 166).

„Dieses Verhältnis [von Form und Medium, J.K.] ist seinerseits Element eines Systemzusammenhangs, der sich von einer Umwelt abgrenzt. Bei dieser Fassung des Problems wird deutlich, daß das Medium eine Art innerer Umwelt des Systems ist. Man kann jedoch das Verhältnis von System und Umwelt wiederum in das Verhältnis von Form und Medium bringen, muß zu diesem Zwecke zwar ein neues übergreifendes System postulieren, gewinnt jedoch die Möglichkeit, auch die externe Umwelt eines Systems als Medium des Systems zu begreifen. Wenn die Systemunterscheidung Sinn macht, wird das Medium der internen Umwelt des Systems sich von dem Medium der externen Umwelt des Systems unterscheiden.“ (Baecker 2000: 178f)



Die operativ konstitutive Form für ein Medium kann also mit der Form System/Umwelt deckungsgleich sein. Dies ist insbesondere der Fall bei den systemspezifischen, symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft: So können – dies dürfte eine der bekanntesten und wirkungsmächtigsten Figuren der soziologischen Systemtheorie darstellen – deren Funktionssysteme an den grundsätzlich zweiwertigen Leitunterscheidungen („distinctions directrices“) ihrer jeweils spezifischen Medien erkannt werden (Luhmann 2005e: 18): Immanenz und Transzendenz im Medium Glaube des Religionssystems, Recht und Unrecht im Medium Recht des Rechtssystems, Zahlung und Nichtzahlung im Medium Geld des Wirtschaftssystems, Überlegenheit und Unterlegenheit im Medium Macht des politischen Systems, Wahrheit und Unwahrheit im Medium Wahrheit des Wissenschaftssystems (vgl. Baraldi et al 1997: 135; Krause 2001: 43)<sup>51</sup> – ihnen allen und zahlreichen weiteren Systemen dienen ihre systemspezifisch operierenden Form/Medium-Unterscheidungen zur Aufrechterhaltung ihrer sinnhaften Systemgrenze und mithin zum Bestandserhalt. Sie alle sind in ihrer aktuellen, gerade beobachtbaren Gestalt Ergebnis der fraktalen Iteration (oder des fortwährenden „re-

---

<sup>51</sup> Zur grundlegenden Figur der funktionalen Differenzierung sei hier aus Platzgründen auf die einschlägige Einführungsliteratur (Kneer/Nassehi 2000: 111-155) sowie das *GLU* (Baraldi et al: 1997) als maßgebliches Glossarium zur Systemtheorie verwiesen. Welche Funktionssysteme überhaupt als solche zu bezeichnen sind und wie die dazugehörigen Codes zu benennen sind, gibt gelegentlich Anlass zu Diskussionen – die aber meist nicht sonderlich produktiver Natur sind, da sie sich tatsächlich meist nur um die Frage der Benennung drehen. In Bezug auf die Benennung der Seiten von binären Codes verwende ich schlicht die m. E. am ehesten zur Theorie passenden eindeutigen Bezeichnungen – daher die Unterscheidung ‚Überlegenheit/Unterlegenheit‘ anstelle von „Unterlegene/Überlegene“ (ebd.: 114) oder von „Macht haben/keine Macht haben“ (Krause 2001: 43) als Codierung der Politik. Gemeint ist jeweils dasselbe, wobei das ‚haben‘ ebenso wie die scheinbare Referenz auf Personen bei ‚Unterlegene/Überlegene‘ wegen der damit einhergehenden, scheinbar präferenziellen Bezeichnung der Sozialdimension problematisch sein könnte. In Bezug auf erstere Frage der Erkennung voll ausdifferenzierter Funktionssysteme halte ich mich in dieser Arbeit zur Vermeidung unnötiger Nebenstränge in der Argumentation an die allgemein unumstrittenen ‚G-9‘ der (‚großen‘) Funktionssysteme – das wären Religion, Recht, Erziehung, Kunst, Medizin, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Massenmedien; als gelegentlich genannte Kandidaten mit einer gewissen Plausibilität kämen noch Sport, Familie und/oder Liebe hinzu (vgl. z.B. Baraldi et al 1997: 56f). Luhmann nennt als zentrales Kennzeichen für die funktionale Ausdifferenzierung eines Systems (neben dem Vorhandensein von symbolisch generalisiertem Medium, binärem Code und einer benennbaren Funktion gegenüber dem Gesamtsystem) die Relationierung von systemspezifischen Leistungs- oder Expertenrollen mit ebenso spezifischen „Bedarfs- oder Klientenrollen“, also etwa Patienten im Medizinsystem, Bürger im politischen System, Konsumenten im Wirtschaftssystem oder Schüler im Erziehungssystem (Luhmann 2008: 153). Ausdrücklich *kein* Funktionssystem sind also beispielsweise die in der modernen Gesellschaft virulenten Protestbewegungen (also etwa die Umwelt- oder Friedensbewegung), die als Systeme *sui generis* der Beobachtung der – in der polyzentrischen funktional differenzierten Gesellschaft unbeobachtbaren – Einheit der Gesellschaft in Form der Entrüstung oder der Betroffenheit dienen (Luhmann 1997: 847; 864f), für die aber keine spezifische Bedarfsrolle festzustellen ist. Sie richten sich an eine fiktive Gesamtgesellschaft. In ähnlicher Weise ist die Moral (oder die Ethik) kein Funktionssystem, sondern in der modernen Gesellschaft ein Medium, aus welchem Formen der auf Gesamtpersonen bezogenen Achtung und Nichtachtung erzeugt werden können – jenseits von system- oder milieuspezifischen Sonderethiken kann diese Unterscheidung aber nur gegen die Logik funktionaler Differenzierung gerichtet sein und ist daher nicht systembildungsfähig (Luhmann 2008: 154-156). Die Bildung unitärer Gegensemantiken in Bezug auf eine polyzentrische moderne Gesellschaft im Kontext von Protest oder Moral ist allerdings eine Form, die auch über Raum kommuniziert werden kann (vgl. Kap. 3.5).

entry“) der Unterscheidung von Medium/Form im Verlauf ihrer Systemgeschichte, wie ein einfaches Beispiel illustriert:

„Medien werden aus immer schon geformten Elementen gebildet, denn anders könnte weder von loser noch von fester Kopplung die Rede sein. Daraus ergeben sich Möglichkeiten eines evolutionären Stufenbaus von Medium/Form-Verhältnissen [...]. Im Medium der Geräusche werden durch starke Einschränkung auf kondensierbare (wiederholbare) Formen Worte gebildet, die im Medium der Sprache zur Satzbildung (und nur so: zur Kommunikation) verwendet werden können. Die Möglichkeit der Satzbildung kann ihrerseits wieder als Medium dienen – zum Beispiel für Formen, die man als Mythen, Erzählungen oder später, wenn das Ganze sich im optischen Medium der Schrift duplizieren läßt, auch als Textgattungen und als Theorien kennt. Theorien wiederum können im Medium des Wahrheitscodes zu untereinander konsistenten Wahrheiten gekoppelt werden, zu Formen also, deren Außenseite der Bereich der untereinander nicht konsistenten Unwahrheiten wäre. Wie weit ein solcher Stufenbau getrieben werden kann, hängt von evolutionären Formfindungsprozessen ab. Die Logik der Unterscheidung von Medium und Form läßt hier keine Aussagen über letzte Grenzen des Möglichen zu, wohl aber Aussagen über Abhängigkeitsketten, die auf evolutionäre Errungenschaften der Formbildung verweisen, die vorliegen müssen, damit eine weitere, ins immer Unwahrscheinlichere treibende Konstellierung möglich ist.“ (Luhmann 1995: 172f)

Es dürfte bereits zu erahnen sein, dass hier als die für das Medium Raum konstitutive Form die im vorherigen Kapitel von Stichweh übernommene Differenz von Stelle und Objekt angenommen wird. Die Unterscheidung selektiert aus dem jeweils in Frage kommenden medialen Substrat diejenigen Elemente, die sich unter dem Aspekt von Stelle und Objekt anschließen lassen (der formale Aspekt des zweistufigen Raumbegriffs). Diese dienen sodann als Medium für weitere, durch Beobachtung in der Form Stelle/Objekt erzeugte räumliche Formen (der klassifikatorische Aspekt), die dann in der vorgestellten, rekursiven und iterativen Dynamik für weitere Anschlüsse zur Verfügung stehen.<sup>52</sup> Räumlich codierte Kommunikation lässt sich so in verschiedensten Komplexitätsgraden und Maßstabebenen beschreiben.

---

<sup>52</sup> In der Zeitdimension ist selbstredend auch die umgekehrte Reihenfolge der Unterscheidungen möglich: Zuerst wird durch eine klassifikatorische Formbildung ein Medium spezifiziert und erst im Anschluss daran mittels der Unterscheidung von Stellen und Objekten die selektierte Information als räumliche Formbildung ausgewiesen. Dies geschieht vermutlich häufig, möglicherweise sogar häufiger als die für die hier – aufgrund der in Bezug auf den Raumbegriff gegebenen logischen Vorgängigkeit als auch der vielleicht größeren Vertrautheit der Bewegung von der rein abstrakten hin zur phänomenbezogenen Unterscheidung – gewählte Darstellungsform. Nicht immer ist primär die Bezeichnung von Räumlichkeit das Hauptanliegen räumlich codierter Kommunikation. Eine weitere Explikation möglicher Stufenbaumuster erfolgt unten (Kap. 4).

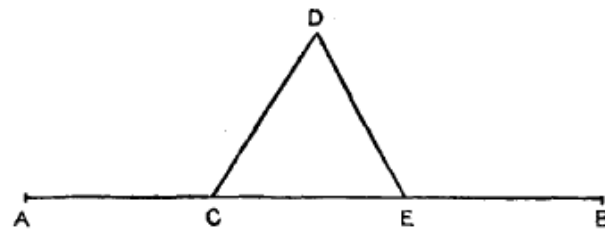


Fig. 1.

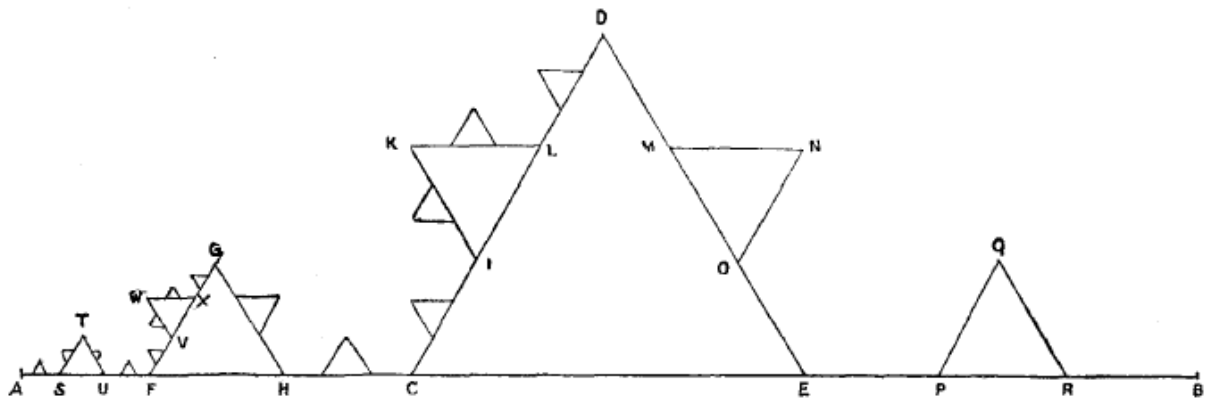


Fig. 2.

Abbildung 2: Selbstähnliches Fraktal – Iterationen der Koch-Kurve (Quelle: Koch 1906)

Diese Option der Systemtheorie, räumliche Differenzierungen mittels des Wiedereintritts der Form in sich selbst als „fraktalen Raum“ zu beschreiben (Baecker 2004: 234), stellt m. E. eine im Vergleich zu den meisten sozialwissenschaftlichen Raumbegriffen und -theorien recht elegante Herangehensweise an das sogenannte „Skalenproblem“ dar (Görg 2007: 136f). Das Skalenproblem stellt empirische Forschungen und Theoriebildung in praktisch allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die räumliche Differenzierungen welcher Art auch immer berücksichtigen, vor schwierige konzeptuelle Entscheidungszwänge. Wenn in wissenschaftlichen Realitätsbeschreibungen „potentiell weltweit gültige Modelle auf regionalen und lokalen Maßstabsebenen versagen“ können (Ehlers 2001: 137), stellt sich in verschiedener Hinsicht die Frage nach dem geeigneten räumlichen Zuschnitt der Erfassung von interessierenden Phänomenen. Typischerweise wird die Skalierung von Räumen dabei als Problem der Größenordnung vorgestellt – analog zur Eignung der Landkarten verschiedener Maßstäbe für jeweils verschiedene Zwecke habe die Untersuchung der Phänomene entweder auf nur einer räumlichen Ebene und auf für diese spezifisch angemessene Weise zu erfolgen, oder aber es sei ihre jeweils spezifische, räumlich differenzierte Existenz innerhalb eines Kontinuums von Maßstabsebenen in Betracht zu ziehen. Impliziert wird damit ein absolutes Raummodell (vgl. Kap. 2.2.6), also die Existenz der Untersuchungsgegenstände *innerhalb*

eines Raumes und nicht ein erst theoriegeleitet zu betrachtende Konstitution von Räumlichkeit.

Die klassische Option für die Wahl der Maßstabsebene jeglicher Art der empirischen Analyse war (nicht nur) in der Politikwissenschaft sicherlich, wie schon angemerkt,<sup>53</sup> die auf die ursprüngliche Raumdifferenzierung der frühen Statistik zurückzuführende Präferenz für das Staatsgebiet (oder dessen administrative Unterteilungen) als durchaus im Sinne der Containerraumkritik absoluter ‚Behälter‘ der Untersuchungsgegenstände (vgl. Brian 2001: 292). Diese Maßstabsebene war zunächst politisch determiniert. Der auch unter dem Rubrum des ‚Containerraums‘ kritisierte „methodologische Nationalismus“ mit seiner Annahme der „Kongruenz von territorialen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen“ (Beck 2008: 19) geriet ab dem Ende der 1980er Jahre – obwohl in Teilbereichen der Sozialwissenschaften wie auch in den staatlichen Statistikbehörden (und dort vielleicht notwendigerweise) nach wie vor durchaus quicklebendig – mitsamt den ihm zugrunde liegenden epistemologischen, gesellschafts- und staats-theoretischen Grundannahmen zunehmend in Plausibilisierungsnot.

An seine Stelle traten dann meist Raumdifferenzierungen nach mehreren Ebenen – „global, national, regional, local“ (Jessop et al 2008: 390) wäre die wohl typische Einteilung – diese stellen aber eher eine Weiterentwicklung des früheren, territorialistischen Modells dar, nach wie vor entsprechen sie einer „nested hierarchy of discrete, enclosed jurisdictional spaces“ (Cox 1998: 1). Insbesondere konnte über die verschiedenen Disziplinen hinweg eine Hinwendung zu regionalen Raummaßstäben beobachtet werden, wobei unter den Begriff der Region jeweils unterschiedliche Konzepte gefasst wurden. Nach wie vor beanspruchen sie auch die Fähigkeit zur unmittelbaren Beobachtung ihres Gegenstandes, der jetzt aber in mehreren räumlichen Koordinatensystemen gleichzeitig auftaucht.

In der Politikwissenschaft sind derartige Raummodelle implizit enthalten in Modellen der „europäischen Mehrebenenverflechtung“, in denen das Zusammenwirken von politischen Akteuren aus „zentralen (europäischen) Institutionen“ sowie „dezentralen (nationalen, regionalen oder lokalen) Gebietskörperschaften“ beschrieben wird (Benz 1998: 319). In den Internationalen Beziehungen sind ähnliche Unterscheidungen klassisch, wenn etwa bei Kenneth Waltz (2001: 15) die „first, second, and third images“ internationaler Politik der Kausalitätsverortung dienen – sie zeigen an, auf welcher der diskreten, leicht auch als räumliche Differenzierungen zu verstehenden Seinsebenen die entscheidenden Ursachen für

---

<sup>53</sup> Dieses Problem wurde bereits angesprochen bei der Diskussion der Frage der Verortung von Theoriebildung in den Sozialwissenschaften (FN 44). Je nach Wahl des untersuchten räumlichen Ausschnitts werden bestimmte Differenzierungen hervorgehoben, andere wiederum verdeckt.

bewaffnete Konflikte zu suchen seien: auf der des Individuums, des Staates oder des weltpolitischen Systems. Dabei wurde grundsätzlich meist angenommen, dass eine Theorie jeweils nur eines der drei „images“ berücksichtigen kann, dieses „levels-of-analysis problem“ wurde gewissermaßen analog zur Skalenproblematik der Geographie zu einer der am meisten umstrittenen und zur innerdisziplinären Lagerbildung beitragenden Fragen dieser politikwissenschaftlichen Teildisziplin (Sjoberg 2008: 473).

Zuletzt wurde häufig wie bei den anderen Skalenmodellen noch ein „regional level“ eingeführt – der sich aber größtmäßig in diesem Fall nicht zwischen der nationalen und der lokalen, sondern der globalen und der nationalen Ebene findet (z.B. Buzan/Wæver 2003: 27f). Typisch für die Verwendung des Begriffs der Region scheint eine Art Zwischenposition zwischen den als eigentlich ontologisch konstitutiv angenommenen Entitäten (im ersten Fall zwischen Staaten und Städten oder Dörfern, im zweiten Fall zwischen Staaten und dem Erdball) zu sein. Es fällt auf, dass bei seiner Verwendung typischerweise räumliche Unterscheidungen bezeichnet werden, die ihre Demarkierung gerade *nicht* aus den territorialen Grenzen einer politischen oder anderweitig funktional definierten Einheit beziehen – also etwa über ethnokulturelle oder andere der im Sinne funktionaler Differenzierung verstandenen Modernisierung vorgängigen Prozesse definiert werden und häufig durch eine stärkere Einbeziehung dieser Regionen in politische Entscheidungsprozesse als gewissermaßen ‚naturwüchsige‘ Räume protegiert werden sollen. Dabei wird auch häufig die als spezielle Naturlandschaft vorgestellte, umweltschutzmäßig in ihren besonderen Eigenheiten zu berücksichtigende „Ökoregion“ angeführt (Bahrenberg 1987: 155f).

Auch auf den höheren räumlichen Maßstabsebenen in der Internationalen Beziehungen taucht die Region mit einer prinzipiell analogen Funktionalität auf: Regionale Staatenverbünde wie die EU, ASEAN oder MERCOSUR werden als räumlich formierte Widerständigkeit gegen „simplifying neoliberal ‚globalist‘ images“ betrachtet und in dieser Rolle meist in der Tendenz positiv bewertet (Albert/Reuber 2007: 550f). Einen beide Maßstabsebenen vereinenden räumlichen Narrativ findet man dann in den Legitimierungserzählungen dieser regionalen Staatenverbünde – so werden laut einer Broschüre der EU durch deren regionale Integration sowohl die Eigenheiten der subnationalen Regionen vor einer globalisierenden Vereinheitlichung als auch die Unternehmen in der Region Europa vor den Unwägnissen der Weltwirtschaft geschützt; durch „mehr Einheit“ also gleichzeitig „mehr Vielfalt“ ermöglicht (Europäische Kommission 2003: 18-20).<sup>54</sup> Eine Gemeinsamkeit des Begriffs der Region wäre bei den genannten Beispielen also weniger in der Maßstabsebene oder sonstigen räumlichen

---

<sup>54</sup> Für den Hinweis auf diese Broschüre bedanke ich mich bei Ulrike Jureit und Nikola Tietze.

Strukturierung, sondern vielmehr in der Unterstellung einer natürlichen, authentischen, schützenswerten räumlichen Existenz gegen potenziell schädliche äußere Einflüsse zu sehen – „eine Geographie der vom Weltmarkt noch nicht oder noch nicht vollständig erfaßten Relikte menschlicher Kultur“ (Bahrenberg 1987: 157).

Angesichts der dieser Vorstellung inhärenten räumlichen Ontologisierung, Naturalisierung und teilweise sicherlich auch Idyllisierung sozialer Gegebenheiten ist es kaum verwunderlich, dass vor allem in der Sozialgeographie Kritik an diesem pyramidenartigen Modell der Maßstabsebenen laut wird, mit welchem bestimmte gesellschaftliche Tatbestände exklusiv bestimmten Größenordnungen räumlicher Existenz zugewiesen werden, innerhalb deren spezifischem Rahmen besagte Gegenstände dann angemessen zu erforschen seien (z.B. Harvey 2009: 229). In konstruktionistischen Ansätzen ist etwa die Rede von „politics of scale“ – also zielgerichteten Bemühungen von Akteuren, die räumliche Verortung eines Gegenstandes oder Prozesses so zu präsentieren, dass diese Verortung die Wahrnehmung des Gegenstandes durch andere im Sinne der eigenen Absichten begünstigt: So etwa dann, wenn die lokale Verankerung eines Unternehmens zur politischen Unterstützung der Abwehr von Übernahmeversuchen durch Konkurrenten auf dem Weltmarkt betont wird (Delaney/Leitner 1997: 93f), wenn in umgekehrter Richtung Bürgerinitiativen gegen Infrastrukturprojekte sich zum Teil einer landesweiten Bewegung gegen derartige Projekte erklären (Cox 1998: 8) – oder auch dann, wenn terroristische Bewegungen „entfremdende Migrationserfahrungen“ in „westeuropäischen Großstadtquartieren“ kommunikativ anschlussfähig an Vorstellungen einer globalen Auseinandersetzung zweier Religionsgemeinschaften zu machen versuchen und die Politik diesen Anschluss „mit entwicklungspolitisch antrainierten Mitleidsreflexen“ noch plausibilisiert (Huhnholz 2010: 53-55). Die Debatte um *human security*-Konzepte in der sicherheitspolitischen Forschung hat ebenfalls eine derartige Skalenpolitik zum Gegenstand – nämlich die Absicht, die akademische und politische Thematisierung von Sicherheitspolitik von einer globalstrategischen, auf militärische Bedrohungen und internationale Konflikte fokussierten Ausrichtung weg, hin zur Beobachtung alltäglicher Sicherheitsprobleme etwa von Bevölkerungen in volatilen Stadtbezirken von armen Ländern zu bewegen (Lemanski 2012: 63). Keine dieser räumlichen Beobachtungen ist sachlich falsch oder richtig, es kommt in der neuen – und in der Systemtheorie Bestätigung findenden – Sichtweise darauf an, das Sich-Ereignen von Maßstabsebenen in der Kommunikation und die dadurch ermöglichten Anschlüsse in den Blick zu nehmen.

Auch die beginnende politikwissenschaftliche Diskussion des Skalenproblems schließt nun verstärkt an die sozialgeographische Debatte an, und auch hier werden Forderungen nach

einer Entontologisierung der verschiedenen Ebenen und eine Berücksichtigung der iterativen Prozesse, die zu ihrer sozialen, politischen und materiellen Konstitution beitragen, laut. Untersuchungsgegenstände sollten demnach nicht mehr innerhalb einer Kategorie von Größenordnungen verortet werden, sondern auf ihr jeweiliges Auftreten auf verschiedenen Maßstabsebenen hin befragt werden (Sjoberg 2008: 478). Dies betrifft auch und gerade den Staat beziehungsweise das Staatsgebiet als in den früheren Skalenebenenmodellen fast automatischen Bezugspunkt räumlicher Betrachtung: Er existiert nicht nur auf ‚nationaler‘ Ebene, sondern auch in zahlreichen größeren und kleineren Bezugsräumen – in dieser Hinsicht das klassische Gegenbild zur exklusiven Verortung von Staatlichkeit ist sicherlich Foucault (1994: 295), für den nicht so sehr in der Eingrenzung und Beherrschung eines nationalen Territoriums der prozessuale Kern der Räumlichkeit moderner Staaten darstellt, sondern vielmehr das Sich-Ereignen von Staat in „Disziplinarmechanismen“ wie Gefängnissen, Schulen, Kasernen und Psychiatrien.

Es geht also nicht mehr um die Frage der umfassenden „Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen *Gebiets*“ (Weber 1984: 91), so die klassische Formulierung der territorialen Staatlichkeit auf ‚nationaler‘ Maßstabsebene, sondern um die Beobachtung der Vermittlung dieser Geltungsansprüche auf jeweils in räumlich codierten Kommunikationen entschiedenen Größenordnungen. Man kann die Grenze eines Staates als Linie auf der Erdoberfläche beschreiben, man kann diese Linie dreidimensional werden lassen und bis zum Erdmittelpunkt und bis in den Weltraum ziehen (vgl. Khan 1996: 22), man kann sie als konkretes materielles Arrangement der Schranken und Kontrollpunkte an einem Grenzübergang oder auch als rein informationstechnischen, virtuellen Vorgang betrachten, der bereits beim Kauf eines Flugtickets im Internet beginnt (Bennett 2005: 118f). Und sicherlich kann man sie auch rein metaphorisch als „Mauer in den Köpfen“ oder dergleichen fassen, was aber im hier vertretenen Sinne wegen dem Fehlen des Wiedereintritts der räumlichen Form in sich selbst noch keine räumliche Unterscheidung darstellte – dazu müsste diese Mauer dann mittels der Unterscheidung von Stellen und Objekten wiederum räumlich, also in Form der Referenz auf neue und alte Bundesländer beobachtet werden (Schlottmann 2005: 310).

In dieser Gebrochenheit von sozialen Tatbeständen durch ihre räumliche Repräsentation und Reproduktion in verschiedensten Maßstabsebenen in einer Vielzahl von Situationen ist damit auch tatsächlich ein im weit, aber m. E. nicht zu weit verstandenen ursprünglich mathematischen Begriffssinn *fraktaler* Charakter räumlicher Kommunikation plausibel zu beschreiben: Signifikate sind nicht mehr auf einer Maßstabsebene fest verortet, sondern

vielmehr als „unregelmäßige Bruchstücke“ (Mandelbrot 1987: 16) ihrer selbst vorhanden – da sie in unterschiedlichen Maßstäben mit unterschiedlicher Fungibilität und Ästhetik auftauchen – aber dennoch „skaleninvariant“, also trotz ihres Vorkommens in verschiedenen Maßstäben jeweils als die gleichen Signifikate zu verstehen. Die Republik Kroatien ist beispielsweise auf der Weltkarte als solche zu erkennen; wer bei einer Grenzkontrolle mit einer kroatischen Zöllnerin zu tun hat, weiß im Allgemeinen, dass diese die gleiche Republik Kroatien, die auf der Weltkarte abgebildet ist, personifiziert – obwohl sie nun völlig anders aussieht. Ein davon abweichendes, mithin also nicht mit Skaleninvarianz rechnendes Verständnis wäre in der Kommunikation insbesondere mit der Zöllnerin wohl nicht anschlussfähig.

Damit sind räumliche Formen „selbstähnlich“ (Mandelbrot 1987: 30), was in systemtheoretischem Kontext bedeuten würde: Unabhängig von der jeweils gewählten Maßstabsebene und von der Ordnung und Iteration der jeweiligen räumlichen Beobachtungen wird stets die räumliche Unterscheidung von Stelle und Objekt in ihrem Oszillieren zwischen Medium und Form mitkommuniziert.<sup>55</sup> Die Fraktalität des Raums ist damit in diesem formentheoretischen Konzept immer schon zumindest latent gegeben – sobald räumliche Beschreibungen hinreichender Komplexität gegeben sind – und nicht erst, wie ein Autor aus dem Bereich der Kulturtheorie vorschlägt, als Ergebnis kontemporärer kultureller Austausch- und Globalisierungsprozesse, in dem schließlich „no Euclidean boundaries, structures, or regularities“ mehr gegeben seien (Appadurai 1996: 46).<sup>56</sup> Der fraktale Charakter ist in der Theoriearchitektur der Systemtheorie begründet, nicht in einer auf bestimmte Epochen eventuell passende Zeitdiagnosen. Gerade auch die konventionellen, ‚euklidischen‘ Linien etwa der politischen Staatsgrenzen tauchen in fraktalisierter Gestalt wieder auf, wenn sie sich etwa – wie oben beschrieben – in einer Grenzkontrolle oder in deren anschließender Beobachtung manifestieren.

---

<sup>55</sup> Wobei die iterative Mitführung gerade dieser Unterscheidung noch keine für einen theoretischen Beobachter interessanten räumlichen Referenzen herstellen dürfte – die Produktivität der hier vorgestellten Beobachtungsweise dürfte eher in der Beobachtung der Iteration selbstähnlicher räumlicher Unterscheidungen höherer Ordnung liegen (siehe Kap. 2.2.6).

<sup>56</sup> Ohnehin wird nicht ganz klar, was an der zitierten Stelle mit dem Begriff des Fraktals gemeint sein soll. Das Nichtvorhandensein euklidischer geometrischer Formen hat mit dem Auftauchen von Fraktalen schlichtweg nichts zu tun – vielmehr lassen sich, wie in der obigen Abbildung (Abb. 2) erkennbar, fraktale Formen bereits aus der Iteration einfacher euklidischer Objekte wie etwa Dreiecken bilden. In der für die Einführung des Fraktals in die Fach- und Alltagssprache maßgeblichen Arbeit (Mandelbrot 1987: 31) wird explizit darauf hingewiesen. Bei der Verwendung von Worten wie „fractal“ oder „Euclidian“ bei Appadurai (1996: 46) scheint es eher darum zu gehen, durch ein außergewöhnliches Vokabular eigentlich fachfremder Konzepte Aufmerksamkeit für eine nach Ansicht des Autors völlig neuartige, mit vorhandenen Begriffen nicht zu beschreibende Situation zu wecken. Ein solches Vorgehen hat gerade in der politischen Geographie eine gewisse Tradition (vgl. Kap. 3.2.3). Es dient aber sicherlich nicht der Klarheit und auch nicht der interdisziplinären Anschlussfähigkeit.



Die Feststellung der Fraktalität des Staates auf verschiedenen Maßstabsebenen wäre selbst wieder eine Form im Medium Raum – und welche Maßstabsebenen in einer bestimmten Situation gegeben und relevant sind, wird vom Beobachter im System unterschieden, nicht von einer ontologischen Hierarchie verschiedener Seinsebenen. Fraktalität bedeutet in diesem Kontext ebenso wie in der mathematischen Definition auch eine potenzielle Endlosigkeit der Beschreibung von Räumen: Es ist immer wieder durch wiederholte räumliche Beobachtung ein Wechsel der Maßstabsebene möglich, wie auch durch wiederholte Iteration mathematischer Operationen die Länge einer fraktalen Küstenlinie der Unendlichkeit angenähert werden kann – „big bays have little bays within them, and so on“ (O’Sullivan/Unwin 2003: 149).

Dies gilt auch dann, wenn man Typologien sozialer Systeme analog zu der geographischen Skalenhierarchie verwenden möchte. Dies scheint eine Intention von Klüter (1987) zu sein – hier werden jeweils spezifische Formen der Räumlichkeit mit bestimmten Systemtypen verknüpft: Interaktionssysteme mit Raum als relativ simpler und offener „Kulisse“ für die Kommunikation der anwesenden Personen, Organisationssysteme mit „Programmraum“ als räumlicher Abstraktion der jeweils für die Organisation relevanten Abläufe und schließlich Funktionssysteme mit einem „Sprachraum“, der generalisierte Raumeinteilungen im Rahmen der systemspezifischen Leitunterscheidung vornimmt (ebd.: 88-90). Hier scheint es sich aber eher um eine Einführung überkommener geographischer Raum- und Skalentypologien in die Theorie sozialer Systeme zu handeln: Ob eine bestimmte Kommunikation auch räumlicher Art nun als einer Interaktion oder einer Organisation oder einem Funktionssystem zugehörig beobachtet werden muss, hängt vom kommunikativen Anschluss ab. Ob die soziale Situation eines Beichtgesprächs oder einer Kabinettsitzung als Element einer Interaktion (die Kommunikation unter den jeweils anwesenden Personen), einer Organisation (Kirche oder Regierung) oder eines Funktionssystems (Religion oder Politik) beobachtet wird, hängt von der Unterscheidung ab, mit der man sie beobachtet (vgl. Luhmann 2005d: 17f). Keineswegs ist eine einfache Zugehörigkeit bestimmter ‚Realräume‘ zu sozialen Systemen – oder umgekehrt – denkbar.

Dementsprechend ist für den bereits erwähnten und in gerade dieser Hinsicht für problematisch befundenen Begriff der *Region* festzuhalten: Anstatt eine vorthoretisch gegebene Maßstabsebene darzustellen, die eine bestimmte Menge von Phänomenen zu enthalten hat, könnte man von Region oder Regionalisierung im Rahmen der Systemtheorie nun immer dann sprechen, wenn eine räumliche Form soziale Strukturen bezeichnen soll, die funktionaler Differenzierung als primärer Form sozialer Differenzierung auf der Ebene der

Weltgesellschaft widersprechen. Es handelt sich bei Region also nicht mehr um eine kartographische Größenordnung, sondern um ein funktionales Kriterium, wie auch ohne präzise Anwendung eines formentheoretischen Raummodells in der Verwendung des Begriffs bei Luhmann deutlich wird:<sup>57</sup>

„Die Charakterisierung der modernen Gesellschaft durch den Primat einer an Funktionen orientierten Form der Differenzierung findet viel Widerspruch, der sich auf den ersten Blick empirisch gut begründen läßt. Sobald man den Blick auf einzelne Regionen richtet, fallen Strukturen auf, die sich dem Funktionsmuster der differenzierten Großsysteme nicht fügen. Man denke zum Beispiel an die Bedeutung von (reichen) Familien und analog gebauten sozialen Netzwerken im südchinesischen (Hongkong und Taiwan einschließenden Wirtschaftsraum, aber auch für die Verbindung von Politik und Wirtschaft in manchen lateinamerikanischen Staaten. [...] Die scharfe Trennung von Rechtsfragen und politischen Fragen ist in vielen Staaten des Weltsystems unüblich, und es hilft wenig, die dort praktizierten Problemlösungen dann als ‚korrupt‘ zu bezeichnen. Die Strategien der Vorteilsteilung, der Zukunftssicherung und der Einflußnahme folgen vielfach Netzwerken persönlicher, direkter oder vermittelter ‚Empfehlungen‘, und dies auch dort, wo die agrarisch bedingten Klientelverhältnisse zusammengebrochen sind und man statt dessen auf Positionen in Organisationen zugreift. Je mehr man auf Details zugeht, desto auffälliger werden die Abweichungen von dem, was die Theorie funktionaler Differenzierung erwarten läßt.“ (Luhmann 1997: 806f)

Die Form der Region könnte man also fassen als Unterscheidung zwischen durch den Primat funktionaler Differenzierung und der damit einhergehenden Erwartungen und Erwartungserwartungen normalisierten Räumen und solchen Räumen, in denen diese Erwartungen in strukturell relevanter Form durchbrochen werden. Dies könnte etwa dann der Fall sein, wenn „formale Organisationen mit klientelistischen Netzwerken (gestützt auf Familien und Clans) und Stratifikation“ verknüpft werden; oder wenn „kollektive (ethnische) Präferenzen“ regelmäßig und erwartbar eine Rolle bei der Vergabe z.B. von Staatsaufträgen spielen (Japp 2007: 187).

Eine systemtheoretisch informierte Analyse des Nahen Ostens als Region in der Weltgesellschaft behandelt diesen daher auch konsequent als Gebiet, welches sich nicht durch

---

<sup>57</sup> Diese Definition schließt nicht aus, dass auch andere sinnvolle Möglichkeiten der Begriffsverwendung – etwa in der konventionellen Bedeutung eines ‚Dazwischen‘ gegenüber sonst als konstitutiv angenommenen Maßstabsebenen wie etwa globalen oder staatlichen Räumen – gegeben sein könnten. Im gegebenen Zitat verwendet Luhmann den Begriff der Region letztlich in uneindeutiger, mit beiden Konzepten zu vereinbarende Weise – auch das ist aber im Rahmen eines hinreichenden flexiblen Raumbegriffs möglich. Es muss nicht ständig jede denkbare räumliche Unterscheidung in Gestalt der Abarbeitung einer Checkliste verwendet werden. Es reicht das reflexive Auftreten der Unterscheidung von Stelle und Objekt.

die addierten Territorien von Staaten darstellen lässt – auch wenn deren Territorialität eine bedeutende Rolle spielen mag. Vielmehr wird der Nahe Osten als Form der räumlichen Beobachtung bestimmter politischer, religiöser, wirtschaftlicher und anderer Formen beobachtet, die im Kontext funktionaler Differenzierung überraschend sind und insofern einen Strukturbruch bezeichnen mögen, ‚realräumlich‘ aber auch in London oder Bielefeld verortet werden könnten und ohne Weltgesellschaft als Kontext überhaupt nicht in dieser Weise auftauchen würden (Stetter 2008: 36f). Diese „Weltgesellschaft“ wäre in der Form räumlicher Unterscheidungen selbstredend analog zu beobachten:

„Geht man von Kommunikation als der elementaren Operation aus, deren Reproduktion Gesellschaft konstituiert, dann ist offensichtlich in *jeder* Kommunikation Weltgesellschaft impliziert, und zwar ganz unabhängig von der konkreten Thematik und der räumlichen Distanz zwischen den Teilnehmern. Es werden immer weitere Kommunikationsmöglichkeiten vorausgesetzt und immer symbolische Medien verwendet, die sich nicht auf regionale Grenzen festlegen lassen. Dies gilt selbst für die Bedingungen, unter denen man über territoriale Grenzen spricht. Denn auf der anderen Seite jeder Grenze gibt es wiederum Länder mit Grenzen, die ihrerseits eine andere Seite haben. Dies ist natürlich ‚nur‘ ein theoretisches Argument, das bei einer anderen Begrifflichkeit entfiel. Aber der Realitätsgehalt eines solchen ‚Landkartenbewußtseins‘ ist gleichwohl hoch, denn es wird heute kaum eine erfolgreiche Kommunikation geben, die diese Tatsache der Grenzen hinter Grenzen in Zweifel zieht. Weltgesellschaft ist das Sich-ereignen von Welt in der Kommunikation.“ (Luhmann 1997: 150)

Das schließt nicht aus, dass „Weltgesellschaft“ nicht auch ganz konkret als globale, die gesamte Erdkugel beinhaltende (oder auch: von dieser beinhalteter) Gesellschaft beobachtet werden kann – so bei Luhmann (2005d: 66f), wohl um mit empirischen Befunden gegen die überkommene Vorstellung territorial abgrenzbarer Nationalgesellschaften als essenzialisierten Gegenstand der Sozialwissenschaften zu argumentieren.<sup>58</sup> In seiner Gesellschaftstheorie wird dennoch Weltgesellschaft nicht über die räumliche Erweiterung der kommunikativen Anschlussfähigkeit etwa durch Verbreitungsmedien wie Telegraphie oder das Internet begründet – auch wenn diese unabdingbare Voraussetzung darstellen – sondern durch die „Vereinheitlichung [...] auf allen Ebenen intersubjektiver Erwartungsbildung“ im Rahmen der Struktur funktionaler Differenzierung als universellem Erwartungshorizont (ebd.: 67f). Auch der Nahe Osten kann in der Kommunikation als Gebiet, welches je nach Präferenz von der libyschen Wüste bis in die Sümpfe des Schatt al-Arab reichen mag, beschrieben werden. Zu

---

<sup>58</sup> Eine diese Argumentation weiter ausführende Untersuchung findet sich unten (Kap. 3.3).

fragen wäre dann im Rahmen des hier vorgestellten Raumbegriffs etwa nach der Anschlussfähigkeit dieser Kommunikation an andere Kommunikationen in einem jeweils gegebenen Systemkontext. Systemtheorie als Methodik der Beobachtung zweiter Ordnung kann in einer solchen Beschreibung aber keine Darstellung einer irgendwie beobachterunabhängig existierenden Realität erkennen, sondern eben eine Kommunikation räumlicher Unterscheidungen, die zum Anschluss an die Kommunikation weiterer Unterscheidungen bereitsteht.

Was aber entsteht aus dieser ständigen Kopplung und Lösung der Formen im Medium Raum? Wie verhält sich dieses Medium zur Primärstruktur sozialer Differenzierung als Möglichkeitshorizont? Gibt es eine spezifische Systemreferenz des Raums als Medium, oder kann Raum selbstreferenziell werden, das heißt: Wenn aus der iterativen Kopplung und operativen Schließung von Kommunikationen wie Aussagen, Hypothesen und Theorien im Medium der Wahrheit letztlich das moderne Wissenschaftssystem entsteht oder aus der operativen Schließung von Iterationen zahlungsbasierter Kommunikation das System der Weltwirtschaft (vgl. Luhmann 1997: 320), ergibt sich nicht aus der iterativen Kopplung von immer neuen Formen der Unterscheidung von Stellen und Objekten bei ständiger Steigerung der Komplexität räumlicher Kommunikationszusammenhänge irgendwann am Ende ein spezifisch räumliches System?

Intuitiv möchte man diese Frage verneinen. Es erscheint unmöglich, eine selbstbezügliche Funktion für ein derartiges Raumsystem zu beschreiben – eine zirkuläre Operation räumlicher Formen wäre für den Kommunikationsteilnehmer wohl eher eine Fahrt ins Nirgendwo oder eine Art Horrortrip: Man denke etwa an die bekannte Karikatur der Person, die in einer Behörde von einer Stelle zur anderen geschickt wird und schließlich wieder am Ausgangspunkt ankommt – so wäre vielleicht eine selbstreferenzielle Operationsweise räumlicher Kommunikation denkbar, räumliche Formen verweisen auf räumliche Formen in einem endlosen, selbstreferenziellen Zirkel. Es handelte sich dabei aber durchaus um „eine sehr reduktive, um nicht zu sagen: eine stupide Kodierung eines sozialen Systems“ (Hard 1986: 78), da es dem in der rein räumlichen Kommunikation geformten Sinn kaum gelingen dürfte, Kausalitäten oder Zwecke intern zu erzeugen oder eine Bildung von Erwartungen oder deren Enttäuschung zur Regulierung der strukturellen Kopplung an die Umwelt aus psychischen Systemen, ohne deren Adressierung soziale Systeme nicht bestehen können, zu verwenden (vgl. Luhmann 2008a: 32). Ganz offensichtlich wäre die operative Geschlossenheit eines auf räumlicher Selbstreferenz basierenden Systems, wie in der oben beschriebenen Karikatur einer labyrinthischen Behörde angedeutet, gleichbedeutend mit einer

Verfehlung der Möglichkeitsbedingungen der Systembildung, sie ist daher zu verwerfen. Oder einfacher formuliert: Niemand setzt sich räumlicher Kommunikation aus, um an räumlicher Kommunikation teilzuhaben. Einem fiktiven Raumsystem würden schnell die Teilnehmer abhanden kommen.<sup>59</sup>

Damit ist eine Bedingung der Möglichkeit der Bildung von Medien in sozialen Systemen angesprochen: Obwohl Körper von Menschen ebenso wenig wie deren Bewusstsein Elemente sozialer Systeme sind, müssen Kommunikationsmedien den wiederum auch organisch bedingten Funktionsparametern der für sie relevante Umwelt darstellenden psychischen Systeme Rechnung tragen<sup>60</sup> – ähnlich wie ein Fisch, der zwar kein Element des Wassers ist, aber der chemischen Zusammensetzung und physikalischen Konsistenz von Wasser durch den Besitz von Kiemen und Flossen Rechnung trägt. Derartige Entsprechungen zur Regelung des Umweltbezugs sozialer Systeme werden als „symbiotische Mechanismen“ bezeichnet (Luhmann 1984: 338):

„Alle Kommunikationsmedien bilden symbiotische Mechanismen aus – und zwar in Abhängigkeit vom Grade der Ausdifferenzierung, der Generalisierung und der Spezifikation ihres Codes unter jeweils verschiedenen Bedingungen. Es gibt einerseits *gemeinsame* symbiotische Grundlagen für alle Kommunikationsmedien, etwa Bedingungen und Beschränkungen der organischen Kapazität für Informationsverarbeitung, und außerdem besondere, konstellationsspezifische Mechanismen, die jeweils nur für *einzelne* Kommunikationsmedien *besondere* Relevanz haben [...]. Im Falle von Wahrheit gewinnt *Wahrnehmung* eine spezifische Relevanz, im Falle von Liebe *Sexualität*. Der Geld-Code ist angewiesen darauf, daß er sich in *Bedürfnisbefriedigungen* auszahlt, und Macht hat eine spezifische Beziehung zu *physischer Gewalt*.“ (Luhmann 1988: 62)

---

<sup>59</sup> Derartige Überlegungen wären im Rahmen eines handlungstheoretisch begründeten Raumbegriffs nicht notwendig, da die Motivation handelnder Personen hier als fundamental unterstellt werden könnte. Ich gehe dennoch von beträchtlichen Vorteilen einer systemtheoretischen Konzeption aus – zum einen, weil eine Definition des Raums über Handlungen den Raum letztlich in zwei unverbundene Signifikate spaltet, nämlich Raum als Randbedingung von Handlung und Raum als Ergebnis von Handlung (vgl. Kap. 2.2.4). Mit dem systemtheoretischen Begriff können räumliche Strukturen beschrieben werden, ohne ständig durch ein Oszillieren zwischen beiden Bedeutungen semantische Brüche befürchten zu müssen. Zum anderen – und dieses Argument ist sicherlich der Akzeptanz der systemtheoretischen Gesellschaftsbeschreibung geschuldet, lässt sich aber auch in anderen Theorien finden – ist davon auszugehen, dass eine Gesellschaft von der Komplexität der modernen Weltgesellschaft nicht-intendierte Nebenfolgen in einer Menge produziert, die diese vielmehr als die eigentlichen ‚Hauptfolgen‘ erscheinen lässt (vgl. Luhmann 1984: 644f), ein ständiges Rekurren auf Motivationen individueller Akteure würde möglicherweise zu ständiger Enttäuschung von Kausalitätserwartungen führen.

<sup>60</sup> Insofern wäre mit dem entsprechenden Begriff des symbiotischen Mechanismus möglicherweise eine weitere, von bisherigen Arbeiten noch nicht wahrgenommene Option zur Darstellung materieller, gesellschaftsexterner Räumlichkeit in der Systemtheorie gegeben. Angesichts der theoretischen Unterspezifizierung des Begriffs (s.o.) ist aber m. E. nicht davon auszugehen, dass damit eine wesentlich andere Konzeptualisierung als bei Stichweh (1998) zu erzielen wäre – erneut würde man zur Beobachtung solcher Räume eine Theorie organischer oder materieller Systeme benötigen, die m. E. eine Überfrachtung der ohnehin schon hinreichend komplizierten Systemtheorie bedeuten würde.

Ein für das Medium Raum hochgradig plausibler symbiotischer Mechanismus ist die „räumliche Orientierung“, die im Rahmen der frühen sozialgeographischen Rezeption der Systemtheorie zwar nicht als solcher – sondern als „sozialgeographischer Grundbegriff“ – bezeichnet wurde (Klüter 1987: 86), aber dennoch alle entsprechenden Kriterien erfüllt. Räumliche Orientierung beschreibt die strukturelle Kopplung räumlicher Kommunikation in Formen der Unterscheidung von Stelle und Objekt an die psychischen Systeme der adressierte(n) Person(en), die für diese zu verarbeiten sind – wenn auch sicherlich in der heutigen Gesellschaft vielfach unter Einschaltung von Verbreitungsmedien wie GPS-Geräten oder gedruckten Karten.<sup>61</sup> Damit ist nicht gemeint, dass alle räumlich codierte Kommunikation stets und ausschließlich der Orientierung von den durch sie adressierten Personen dient – symbiotische Mechanismen werden im Großteil der im jeweiligen Medium stattfindenden Kommunikation weitgehend latent gehalten und nur in Kontexten der Unvermeidlichkeit oder der Infragestellung manifest (vgl. Luhmann 1988: 63). Nicht jede Kommunikation im Medium Macht kommt unter Gewaltdrohung zustande, nicht jede Liebesbeteuerung erlangt ihre Glaubwürdigkeit durch die sofortige Einhaltung erotischer Versprechen, und bei weitem nicht jede Bezugnahme auf eine Weltkarte dient der tatsächlichen Durchführung einer Weltreise.

### *2.2.2 Raum als Parasit sozialer Systeme*

Im Gegensatz zu anderen symbiotischen Mechanismen, die um ihrer selbst willen – also zur materiellen oder sexuellen Bedürfnisbefriedigung, Latenthaltung eigener normativer Erwartungen, Vermeidung physischer Gewalt oder Herbeiführung anderer je nach dem eben verwendeten Medium spezifischer gewünschter Zustände – angestrebt werden, ist räumliche Orientierung somit kein ‚Wert an sich‘.<sup>62</sup> Raum als Medium kann keine „Zwecke über die

---

<sup>61</sup> Verbreitungsmedien unterscheiden sich von Erfolgsmedien (wie den hier vorrangig besprochenen Medien Raum und Macht) dadurch, dass sie nicht auf inhaltliche Besonderheiten oder – via symbiotischen Mechanismen – auf die Annahmewahrscheinlichkeit von Kommunikation zu beziehen sind, sondern lediglich die „Unwahrscheinlichkeit bearbeiten, daß die Kommunikation die Adressaten erreicht“ (Baraldi et al 1997: 199). Sie stellen dadurch „soziale Redundanz“ im Sinne der Möglichkeit einer Kommunikation mit noch nicht bestimmten und auch noch nicht genau bestimmbar Personen bereit und lösen damit auch die Bindung sozialer Systeme an die Interaktion körperlich anwesender Personen, womit sie eine wichtige Rolle bei der evolutionären Steigerung sozialer Komplexität und Ausdifferenzierung neuer Systemtypen spielen (Luhmann 1997: 202f).

<sup>62</sup> Selbst wer sich auf eine Reise begibt und dabei den Weg als Ziel beobachtet, unterstellt nicht irgendeine räumliche Differenz als Zweck, sondern verwendet einen ästhetischen Raumbegriff, der vielleicht dem der Kunsttheorie Luhmanns entsprechen könnte. Auch in einem in offensichtlich hohem Maße auf räumlichen Codierungen aufbauenden Kontext wie dem des Tourismus muss Bedürfnisbefriedigung (im Sinne von Erholung einerseits und im Sinne des Erzielens monetärer Gewinne andererseits) als Zweck angenommen

Einzelwirkung hinaus festhalten, einseitige Werturteile und Wertneutralisierungen [...] stabilisieren“ (Luhmann 1999a: 200) – was selbstreferenzielle Funktionssysteme wie Politik (Machtüberlegenheit ist Machtunterlegenheit vorzuziehen!), Wirtschaft (eine Zahlung ist keiner Zahlung vorzuziehen!) oder Medizin (Krankheit ist Gesundheit vorzuziehen!)<sup>63</sup> im Vollzug ihrer basalen Operationen ständig tun und tun müssen, um ihre Systemgrenze aufrechtzuerhalten. Mit der Kommunikation von Ohnmacht kann man nicht an Politik (wenn auch an Protest), mit der Kommunikation von Zahlungsunfähigkeit nicht an Wirtschaft und mit der Kommunikation bester Gesundheit nicht an der Medizin partizipieren. Der Leitunterscheidung des Mediums Raum fehlt ein solcher „Reflexionswert“ (Luhmann 1991: 200),<sup>64</sup> der über das ständige Prozessieren der Asymmetrie einer präferierten und einer dispräferierten Seite laufend neue Gelegenheiten zur Schaffung systemspezifischer Probleme und deren Lösungen – die anschließend als neue Probleme figurieren können – schafft. Die Unterscheidung von Stelle und Objekt hat, obwohl sie sehr wohl einen Unterschied markiert, keine präferable Seite, die die Selbstreferenz des Raums auf Dauer stellen und ihr damit Systemcharakter verleihen könnte. Dies wurde eingangs (Kap. 1.1) bereits an der nicht-performativen Verwendung räumlicher Beschreibungen in territorialen Politikmodellen illustriert – hier geht es in der Tat nur um die Projektion anderweitig erzeugter Unterscheidungen.

Das Medium Raum verhält sich daher m. E. zu sozialen Systemen *parasitär*. Parasitär ist das Verhältnis in dem Sinne, dass Raum nicht selbst zur Systembildung fähig ist, sondern vielmehr seine Formen in andere soziale Systeme einbringt, um an deren Autopoiesis zu partizipieren. Analog zur negativen Konnotation des Begriffs wird bei solchen parasitären Formen in der Systemtheorie meist angenommen, dass er im Wirtssystem „von der Information profitiert, und zwar prinzipiell ohne selbst etwas zu leisten, von dem das Wirtssystem profitieren könnte“, oder allenfalls dieses störende Signale produziert (Schirmer 2008). Eine sogar destruktive Wirkung auf die Codierungen sozialer Systeme verschiedenster Art wird für gesellschaftliche Konflikte als Parasiten angenommen – wenn ein solcher nämlich als „auswucherndes Negationspotenzial in der systemischen Normalkommunikation“ deren „Funktion(en) sabotiert“ (Messmer 2003: 78f). Obwohl die meisten Konfliktformationen relativ schnell zerfallen, wird es als möglich angenommen, dass sie sich

---

werden – der Tourismus „mag zwar auch auf räumlichen Formen beruhen, aber als kontextspezifische Charakterisierung wäre auch ihr detaillierter Nachweis nicht hinreichend“ (Pott 2007: 46). Seine Systemreferenz wäre somit im Wirtschaftssystem zu suchen.

<sup>63</sup> Die Krankheit ist in der Tat die präferierte Seite der Leitunterscheidung des Funktionssystems der Krankenfürsorge, da nur das Vorhandensein einer Krankheit den kommunikativen Anschluss innerhalb des Systems ermöglicht (Baraldi et al 1997: 116).

<sup>64</sup> Im Original hervorgehoben.

unter bestimmten Umständen als „Konfliktsystem“ stabilisieren, an die Stelle des Wirtssystems setzen und ihre eigene Codierung – etwa der Unterscheidung von Feind und Freund, mit Feind als der präferierten, weil für weiteren Konflikt anschlussfähigen Seite – als Leitunterscheidung etablieren (ebd.: 93; 272). Eine nur in Teilen vergleichbare, aber auch die Flexibilität des Konzepts illustrierende Beschreibung eines parasitär operierenden Kommunikationsmediums liegt für Technik als Medium gesellschaftlich erzeugter physikalischer Zweckmechanismen vor (Bardmann et al 1992). Deren Fungibilität als Parasit wird dabei so beschrieben:

„Das ‚Objekt-Sein‘ der Technik ist eine individuelle bzw. soziale Zuschreibung, mit deren Hilfe der Technik die Charakterzüge eines autonomen Agens abgesprochen werden sollen. Wir betonen demgegenüber, daß die sozial erzeugte Technik die Kommunikationszusammenhänge, in die sie eingebunden ist, zu irritieren, zu stören, durcheinanderzubringen vermag und insofern als ein quasi selbstreferentiell operierendes ‚Subjekt‘ in sozialen Kommunikationszusammenhängen in Erscheinung treten kann: Technik kann [...] aufgrund ihrer Eigenkomplexität die sie hervorbringende Kommunikation anstoßen, anregen, anheizen, neu formieren und zu Umorientierungen ‚zwingen‘. Als Irritatorin selektiert, transformiert, inspiriert und reduziert Technik soziale Kommunikation. Sie bleibt dabei aber selbst stets irritierbar, bereit, Anregungen zur Selbstveränderung zu ‚akzeptieren‘, Anregungen zur Selbstausformung aufzunehmen.“ (Bardmann et al 1992: 207)

Ich nehme an, dass eine systemische Destruktivität wie im Fall des Konflikts oder eine kreative Information durch eigene Unterscheidungen wie im Fall der Technik bei der Beobachtung des Parasiten Raum nicht zu erwarten ist – er wäre insofern vielleicht besser als Symbiont bezeichnet, aber dieser Begriff ist in der Systemtheorie bereits besetzt und daher missverständlich. Die Unterscheidung von Stelle und Objekt stellt keine logische Opposition dar; sie eignet sich schlicht nicht zur Bildung einer präferierten Seite und damit auch nicht zur operativen Schließung. Damit wäre also das Medium Raum im Rahmen parasitärer Strukturen in der Lage, die Formen seiner Wirtssysteme zur Bildung neuer Anschlüsse für diese im Medium Raum zu nutzen als auch eigene, räumliche, Formen dem Medium des Wirtssystems zur Bildung eigener Anschlüsse zur Verfügung zu stellen. Oder einfacher gesagt: Raum ermöglicht sozialen Systemen die Selbstbeobachtung als Fremdbeobachtung. Raum doppelt die beobachtbaren Formen gegebener sozialer Systeme durch ihre Abbildung innerhalb der Unterscheidung von Stelle und Objekt. Auch dies könnte man an den bereits erwähnten einfachen territorialen Modellen beobachten.



In dieser Hinsicht läge der parasitäre Charakter des Raums vielleicht näher an der Beschreibung von Serres (1982), von dem Luhmann (1984: 123) den Begriff des Parasiten entlehnte. In dieser ursprünglichen Konzeption wird die Information durch den Parasiten nicht als *per se* irritierend im Sinne einer Störung, sondern als in beide Richtungen deutungsfähig beschrieben: Man kann seine Geräusche als störenden Lärm empfinden, aber auch sinnhafte Bezüge zu ihnen bilden (Serres 1982: 236f). Auch Luhmann (1984: 122f) nimmt trotz der vorgängigen „Differenz von Ordnung und Störung“ eine potenziell innerhalb systemischer Leitunterscheidungen produktive Rolle parasitärer Irritationen an. Gerade durch die räumliche Form der Unterscheidung von Stelle und Objekt dürfte aber der Grad der *störenden* Irritation sozialer Systeme durch diese relativ gering sein – schließlich erscheint sie aus der Perspektive der Systemtheorie als nichts anderes als eine „durch Raumstellen organisierte Widerspruchsvermeidung“ oder ein „Grundmodell für die Entwicklung der Logik“ (ebd.: 525); sie lässt sich aufgrund ihrer abstrakten Ähnlichkeit zur basalen Formenlogik von Unterscheidung und Bezeichnung sogar als ein Spezialfall dieser beschreiben (Baecker 2007: 82). Das Medium Raum scheint jeglichen Formen sozialer Systeme minimalen Widerstand entgegenzusetzen – durchaus anders als die oben beschriebenen Parasiten Konflikt und Technik, die sich wesentlich spezifischer und insofern widerständiger verhalten. Dies erklärt auch die relative Ubiquität räumlicher Formen in sozialen System jeglicher Art: „Man könnte die gesamte Soziologie noch einmal neu als Soziologie des fraktalen Raums schreiben“ (Baecker 2004: 234).

Diese annähernde Allgegenwärtigkeit in der Kommunikation teilt der Raum mit einem weiteren Medium, welches bereits als ebenfalls nicht systemgebunden vorgestellt wurde (FN 51) und dessen Verhältnis zu den Funktionssystemen der modernen Gesellschaft gleichfalls als parasitär beschrieben werden kann (Luhmann 1998: 422f), nämlich dem Medium Moral. Raum wie auch Moral ermöglichen unter den Bedingungen funktionaler Differenzierung keine eigenständige Systembildung. In hochkulturellen oder stratifizierten Gesellschaften könnte man noch recht plausibel von einer sowohl räumlichen – im Sinne der als Objekt an bestimmten Stellen sichtbaren Form sozialer Einheiten wie etwa der griechischen Polis als „im Raum sichtbare, als ‚nómos‘ ausdifferenzierte Einheit, die alle städtischen Haushalte in sich schließt und sich vom Land unterscheidet“ – als auch moralischen – im Sinne von je nach Schichten- oder Gruppenzugehörigkeit jeweils personal unterschiedlichen Erfordernissen individueller Achtbarkeit – Sekundärcodierung von oder begrifflichen Deckungsgleichheit mit der gesellschaftlichen Primärstruktur ausgehen (Luhmann 1997: 932f; vgl. Kap. 3.5).

Raum ist insofern – ebenso wie die Parasiten Technik, Konflikt, Moral oder auch Sicherheit (Schirmer 2008: 198) – in seinem Auftreten nahezu allgegenwärtig, in seinem operativen Funktionieren als Form und Medium aber an die jeweils historische Form der Differenzierung einer Gesellschaft gebunden. Die erwähnte Vorstellung vom Raum als Permanenz gegenüber einer temporalisierten Dynamik muss dementsprechend ebenfalls als Beobachtung erster Ordnung qualifiziert werden, die zwar möglicherweise bestimmte Funktionen in sozialen Systemen erfüllt, aber keineswegs als gesellschaftstheoretische Realitätsbeschreibung gelesen werden sollte. Gleiches gilt, ebenso wie für ein von außen gedachtes Herantragen einer gesellschaftsexternen Moral an die Gesellschaft, für die Vorstellung des gesellschaftsexternen Raumes als Systemumwelt – diese muss nun als interne Strukturbildung von mit parasitären räumlichen Unterscheidungen operierenden sozialen Systemen gelesen werden (vgl. Rasch 2000: 110f).

Gleichzeitig kann man für den Raum ebenso wie für die Moral das Vorliegen einer „informationsunspezifischen Universalisierungstendenz“ konstatieren (Dabrock 2002: 23) – sie können jederzeit und für fast jeden denkbaren Fall zur Beschreibung sozialer Strukturen in Form der Unterscheidung von Stelle und Objekt beziehungsweise der Unterscheidung von Achtung und Missachtung von Personen genutzt werden. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass gerade diese Parasiten häufig einer ganzheitlichen Gesellschaftsbeschreibung dienen: Moral in der Beschreibung der Gesellschaft als System von Normen, über die möglichst Konsens zu bestehen habe, oder in denen gerade essenzielle Werte ausgekämpft werden (vgl. Kleinschmidt/Schirmer 2005); Technik in der Beschreibung der modernen Gesellschaft als Industriegesellschaft, wobei sich diese Formel meist auf die auffällige sichtbare Veränderung im Vergleich zu vormodernen Gesellschaftsformen stützt (vgl. Luhmann 2011: 9); Konflikt in an Klassenkämpfen oder anderen universellen Gegensätzen wie dem von Gesellschaft als Horizont der an ihr möglichen Kritik orientierten kritischen Theorien (Nassehi 2006: 162) – und schließlich Raum in der klassisch-soziologischen Beschreibung der Gesellschaft als Gesellschaft innerhalb eines letztlich staatlich zu denkenden Territoriums, als System von innerhalb eines bestimmten Gebiets durchgesetzten oder durchzusetzenden Normen (klassisch z.B. Parsons 1961: 47) oder als auf räumlichen Infrastrukturen und Organisationsleistungen basierender Funktionszusammenhang (z.B. Willke 1996a: 364f).

In derartigen Beschreibungen wird die Allgegenwärtigkeit der entsprechenden Parasiten dazu genutzt, über diese eine auf Identität abstellende Vorstellung von Gesellschaft zu gewinnen. Im Gegensatz zu spezifischeren Formen bereitstellenden Parasiten, wie etwa „polemogene“ Moral (Luhmann 1984: 318) oder Instabilität und Wandel suggerierender Konflikt (vgl.

Lamla 2002: 210f), liefert Raum keine Unterscheidung, die eine Gesellschaftstheorie prägend informieren könnte. Darin liegt vermutlich auch eine Quelle der Attraktivität räumlicher Beschreibungen sozialer Sachverhalte: Raum als Unterscheidung von Stelle und Objekt impliziert eine rein kognitive Erwartungshaltung, keine normativen Anforderungen oder Deutungen, nahezu jegliche Information über soziale Strukturen und Prozesse lässt sich in vielfach kontingenter Weise auch räumlich abbilden (vgl. Hard 2002: 272). In dieser Hinsicht erschiene Raum dann wieder als eine fast beliebig nutzbare, aber gesellschaftstheoretisch kaum ausgeleuchtete Projektionsfläche, wie zu Beginn dieser Arbeit angemerkt und in raumtheoretisch ambitionierteren Überlegungen kritisiert (Strandsbjerg 2010: 30).

Wie festgestellt ist eine solche Verwendung des Raumbegriffs weder in theoretischer Hinsicht weiterführend, noch erfolgt die empirisch vorkommenden Kommunikation mit und über Raum in dieser Weise – zumindest nicht, wenn der Informationsgehalt der Kommunikation über einfache räumliche Binarisierungen hinausgeht. Raum im medientheoretischen Sinn ist, wie oben (Kap. 2.1.4) festgestellt, immer die Beobachtung einer in die Form der Unterscheidung von Stelle und Objekt gebrachten Unterscheidung – ansonsten handelte es sich allenfalls um eine vorübergehende, nicht wirklich einen operativen Unterschied markierende Objektivierung eines sozialen Sachverhalts. Entscheidend für das Vorliegen räumlicher Kommunikation ist der „Wiedereintritt der Differenz in den Raum des Unterschiedenen“ (Baecker 2004: 230), also die Information des parasitären Mediums Raum durch eine weitere, ebenfalls in der Unterscheidung von Stelle und Objekt spezifizierte sekundäre Form. Erst durch Reflexivität wird eine räumliche Unterscheidung zum beobachteten und seinerseits beobachtbaren Raum.

Daher werden im Anschluss einige einfache – wenn auch sicherlich bei weitem nicht die einzigen – sekundäre Formen zur Spezifikation des Mediums Raum beschrieben, die insbesondere im Hinblick auf die Beobachtung insbesondere der für das politische System spezifischen Raumsemantiken relevant sein dürften.<sup>65</sup> Ausgewählt wurden diese Formen aufgrund ihres gehäuft Auftretens in der Kritik am ‚Containerraum‘ (siehe Kap. 2.1.1). Dieser ging es ja trotz aller inhaltlichen Verschiedenheiten gerade darum, ein grundsätzlich ohne jede Differenzierung operierendes Allerweltskonzept von Raum – welches wie erwähnt typischerweise als Folie für die Präsentation eigener, spezifischerer Vorstellungen zu verstehen ist – durch eigene Vorstellungen eines angemesseneren Konzepts zu informieren,

---

<sup>65</sup> Eine umfassendere Untersuchung verschiedenster weiterer in den Sozialwissenschaften auch vorkommender oder für andere Funktionssysteme relevanter räumlicher Formen würde den hier angenommenen Rahmen sprengen. Entsprechende Diskussionen finden sich unter anderem bei Günzel (2010) und insbesondere für den Bereich der Architektur und der Designtheorie bei Bollnow (2004). Auf einige dieser Unterscheidungen wird im weiteren Verlauf der Untersuchung cursorisch eingegangen.

also mit theoretisch, ethisch, politisch oder in sonstigen Systemreferenzen anschlussfähigen Unterscheidungen, im hier vertretenen systemtheoretischen Sinne also: mit Reflexivität zu versorgen. Darüber hinaus lassen sich diese Unterscheidungen auch (mit einer möglichen Ausnahme, siehe Kap. 2.2.6) – nur selten alle zugleich, sicherlich nicht immer eindeutig formuliert, aber dafür fast konkurrenzlos – in allen in dieser Arbeit untersuchten politischen Raumsemantiken als jeweils maßgebliche Bestandteile der räumlichen Narration von Politik antreffen (vgl. Kap. 3.5).

Es handelt sich also um die im Folgenden zu explizierenden vier Unterscheidungen von *materiellem* und *virtuellem*, *determinierendem* und *voluntaristischem*, *chorologischem* und *rhizomatischem* sowie *relationalem* und *absolutem* Raum. Während diese Formen in zahlreichen Varianten in raumtheoretischen Texten verwendet werden, existiert noch keine durchgängig etablierte Terminologie zu ihrer Bezeichnung. Um eine einigermaßen brauchbare und kohärente Begrifflichkeit zu erhalten, ist für manche – ohnehin in einigen Fällen, wie etwa der ‚Natur‘, sehr vieldeutige – Begriffe in diesen Formen eine manchmal vielleicht etwas willkürlich anmutende Umbenennung mancher in anderen Theoriekontexten verwendeter Konzepte unvermeidbar.<sup>66</sup>

Da die entsprechenden Unterscheidungen im Sinne des Versuchs einer adäquaten Komplexitätsreduktion in möglichst stark abstrahierter Form dargestellt und insofern gegenüber ihren Ursprungskontexten auch in gewissem Umfang verkürzt auftreten, wären sicherlich andere, insbesondere vollständig neuartige Benennungen wie auch alternative, auf Kosten der Generalisierbarkeit feiner differenzierende Konzeptualisierungen denkbar und möglich. Ziel ist aber nicht eine grundlegende raumtheoretische Innovation, sondern vielmehr die möglichst inklusive Einpassung von bereits vorhandenen Systematiken für Raumbeobachtungen erster Ordnung in eine Theorie der Beobachtung zweiter Ordnung. Ich halte mich daher an einen von Andreski (1964: 19-22) formulierten Vorschlag einer Regel zur Zulässigkeit von Neologismen und Vermeidung von „purely verbal innovations“ in den Sozialwissenschaften, der zufolge ein neuer Begriff nur dann zulässig sei, wenn seine Abweichung von bereits vorhandenen Begriffen nicht mit weniger als fünf Worten zu erklären wäre. Dies ist bei den im Folgenden betrachteten operativen räumlichen Unterscheidungen ganz offensichtlich nicht der Fall, im Interesse von Verständlichkeit und

---

<sup>66</sup> Die häufig als Unterscheidung von „physischem“ und „sozialem Raum“ bezeichnete Differenz (z. B. Schroer 2006: 82) wird vor allem deswegen hier als Unterscheidung von ‚materiellem‘ und ‚virtuellem‘ Raum geführt, weil sie in der systemtheoretischen Betrachtung *als Unterscheidung* grundsätzlich immer sozialer Art ist. Der ‚chorologische‘ Raum wird insbesondere deswegen als begriffliche Alternative zur häufigeren Bezeichnung als „territorial“ genutzt, da Territorialität als spezifischerer Begriff für eine räumliche Unterscheidung im politischen System erhalten bleiben soll. Dies ist möglicherweise auch etymologisch gerechtfertigt (Hindess 2006: 244).

Anschlussfähigkeit verwende ich daher für sie Bezeichnungen, die am ehesten den in der sonstigen raumtheoretischen Literatur verwendeten Begriffen entsprechen.

### *2.2.3 Materieller und virtueller Raum*

Die bereits angesprochene (Kap. 2.1.3) Unterscheidung von materiellem und virtuellem, von sozialem oder textuellem und ‚realem‘ oder physischem Raum ist in der Geographie klassisch und wird allgemein zur basalen Kategorisierung raumtheoretischer Aussagen und Begriffsdefinitionen sowie zur Positionierung in Debatten über diese verwendet (Gerber 1997: 2). Keine der in dieser Arbeit betrachteten Raumtheorien kommt ganz ohne sie aus, selbst wenn sie latent bleibt. Sie steht häufig im Zusammenhang erkenntnistheoretischer und disziplinärer Identitätsbildungen:

„Die in vielen Diskurskontexten selbstverständlich vorausgesetzte Unterscheidung von Natur und Gesellschaft insinuiert, dass die beiden Seiten der Unterscheidung für sich klar konzipiert seien und es nun darum gehe, ihr Zusammenspiel zu verstehen. Gerne wird dann gefordert, dass zu diesem Zweck Naturwissenschaftler und Sozialwissenschaftler interdisziplinär zusammenarbeiten müssten: Letztere dürfen ihr Wissen über die Konstruktion der sozialen Wirklichkeit einbringen, erstere dagegen sind für die davon ausgenommene natürliche Umwelt zuständig, so dass am Ende die Unterscheidung von Natur- und Sozialwissenschaften weitgehend mit der Unterscheidung von Realismus und Konstruktivismus parallelisiert erscheint. Dass derartige Zwei-Reiche-Konstellationen unbefriedigend bleiben, ist bekannt und insbesondere von Latour zu Recht kritisiert worden. Allerdings hilft es kaum weiter, die entsprechenden Unterscheidungen nun schlicht zu kassieren, denn sie sind *als* Unterscheidungen zweifelsfrei ein Moment sowohl alltagsweltlicher als auch wissenschaftlicher Kommunikation.“ (Kaldewey 2011: 279)

Entsprechende, auf Ebene der Beobachtung erster Ordnung operierende Raumtheorien behandeln ihren mittels dieser Unterscheidung gewonnenen Raumbegriff somit als eigenständige, grundlegend definierte Klasse direkt beobachtbarer diskreter Erscheinungen und invisibilisieren dadurch die Unterscheidung – andere, wie der systemtheoretische Versuch einer Raumtheorie von Stichweh (2000), bauen ihre Argumentation gerade vor dem Hintergrund der Differenz auf oder konstruieren eine ihr entsprechende Dialektik: Bevor der physische, reale Raum beobachtet werden kann, muss er in eine lesbare Form, also etwa eine Karte oder einen Globus, transformiert werden – anschließend steht er wieder als materielle Umwelt für menschliches Handeln zur Verfügung (vgl. Kaspersen/Strandsbjerg 2009: 239). So kann Raum als eine ständige „immersion du réel dans le virtuel et du virtuel dans le réel“

erscheinen – eine Beschreibung, die etwa im Bezug auf den Realitätscharakter des Internet, welches sich einerseits als virtuelle Datenwelt, andererseits aber auch als Ergebnis sehr konkreter materieller Geräte und deren Vernetzung mit Hilfe von Kabeln und Modems darstellt. Dabei erscheinen beide Seiten der Unterscheidung weniger als unterschiedliche Räume, die die Untersuchung durch separate theoretischen Traditionen verdienen, sondern eher als die differenten – aber miteinander verflochtenen – Seiten eines Möbius-Bandes (Rosière 2008: 7-9).

Auch für einen Raumbegriff, der auf die Beobachtung räumlicher Beobachtungen abstellt, kann die Unterscheidung von materiellem und virtuellem Raum relevant werden<sup>67</sup> – sie tut dies aber wie oben beschrieben als von einem Beobachter in der Gesellschaft als Beobachtung anderer räumlicher Beobachtungen getroffene Unterscheidung. Die Frage ist nicht deren Realitätsadäquanz, sondern die Performanz der Unterscheidung im Bezug auf die beobachteten räumlichen Formen. Diese Performanz ist vor allem in der Konstitution der räumlichen Unterscheidung als Bezeichnung von Selbstreferenz und Fremdreferenz zu sehen (vgl. Luhmann 2009: 10): Auf Sinnbasis operierende Systeme produzieren und reproduzieren sich durch die Erzeugung einer Systemgrenze (im nicht-räumlichen Sinne) zwischen sich selbst und der Umwelt, um die prinzipiell unbegrenzte Komplexität der Welt zu reduzieren. Im Falle von sozialen Systemen ist diese Grenze durch den Charakter der Verarbeitung von Sinn innerhalb des Systems, durch Kommunikation, definiert, während es außerhalb des Systems eine Vielzahl von anderen Formen (Gedanken, neurologische Prozesse) gibt, die beobachtet oder übersetzt werden können, aber dadurch zu einer weiteren Kommunikation werden (Luhmann 1984: 247).

Die Unterscheidung von materiellem und virtuellem Raum setzt dabei an der Seite der Objekte in der basalen Raumdifferenz an und behandelt diese analog zur Form des Sinns als Unterscheidung von Wirklichkeit und Möglichkeit: Werden Objekte als Materie beobachtet, also als außerhalb der aus Kommunikationen bestehenden Gesellschaft existent, werden sie als Wirklichkeit charakterisiert. Dies war das Modell der klassischen Geographie, die ihre disziplinäre Identität aus der Beschreibung real existierender Gegenstände und deren räumlicher Verteilung *außerhalb* der Gesellschaft zog (Glick 1983: 92). Wird ihnen hingegen virtueller – also texthafter, mithin kommunikativer – Charakter unterstellt, werden sie als

---

<sup>67</sup> Ich bevorzuge diese Terminologie auch aufgrund ihrer Inklusivität – anstelle von ‚Virtualität‘ etwa von ‚Textualität‘ zu sprechen würde eventuell Reminiszenzen an poststrukturalistische Raumtheorien hervorrufen, wohingegen die Bezeichnung eines ‚physischen‘ Raums anscheinend eher in klassischen Geographien verwendet wird, die damit manchmal den tatsächlichen Realitätscharakter ihrer Beobachtungen zu betonen scheinen. Die Verwendung dieser Begriffe ist aber kontingent zu sehen.

Potenzialität beschrieben. Das bedeutet nichts anderes, als dass man im gleichen Moment auch andere Objekte in anderen Verteilungen beobachten könnte.

Wirklichkeit ist – auch wenn sie der Veränderung zugänglich sein mag (siehe Kap. 2.2.4) – in diesem Moment so und nicht anders gegeben, Potenzialität hingegen impliziert die Kontingenz der erfolgten Raumb Beobachtung innerhalb der Gesellschaft. Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass eine Beobachtung virtueller Räume als Eröffnung von Freiheitsgraden oder zumindest Möglichkeiten – aber auch als Risiko – auftreten kann (z. B. Lehmann 2012: 264-266), eine Bezeichnung von Räumen als materiell hingegen als Einschränkung von Kontingenz und somit von Entscheidungsspielräumen. Erstere reduzieren Komplexität durch eine selektive Normierung der Umweltbeschreibung, zweitere durch die Erzeugung neuer Optionen für die kommunikative Anschlussfähigkeit im System (vgl. Luhmann 2009: 12). Beide tun dies durch das parasitäre Einbringen der Selbstbeobachtung des Systems mittels der Unterscheidung von Stelle und Objekt. Virtueller Raum ermöglicht sozialen Systemen die Beobachtung eigener Strukturen als kontingent, materieller Raum ermöglicht deren Beobachtung als objektivierte Realität.

Diese Sichtweise legt eine gewisse Komplementarität der beiden – traditionell als antagonistisch formulierten (Schroer 2006: 82) – Vorstellungen von Raum in Bezug auf ihre Funktion im Prozess der Reduzierung von Umweltkomplexität und dem Aufbau von Eigenkomplexität in sozialen Systemen nahe. Auch wenn ihre operative Leistung als unterschiedlich codierte Kommunikationen plausibel als gegensätzlich beschrieben werden kann, lässt dieser umformulierte Antagonismus die moralisch oder politisch codierte Präferenz für eine der beiden Formen, die beispielsweise in den Diskussionen über geopolitische Konzepte in der Politischen Geographie auftauchen (siehe Kap. 3.2; 3.4), als nicht zwingend erscheinen. Auch eine vollständig materialistische Raumbegrifflichkeit erscheint in der Beobachtung wieder als Teil einer Kommunikation, an die ihrerseits wieder bejahend oder verneinend angeschlossen werden kann.

#### *2.2.4 Deterministischer und voluntaristischer Raum*

Manche Raumtheorien setzen die Entscheidung für materielle Raumbeschreibungen mit der Betrachtung von Räumen als konditionierende Umweltbedingungen für handelnde Personen und die Beschreibung virtueller Räume mit der Option für deren prinzipielle Gestaltbarkeit dieser durch Handlungen gleich. Man könnte diese Ineinssetzung der beiden Unterscheidungen als durch eine über die grundsätzliche Kontingenz von Handlungen und ihren Ergebnissen begründete Nähe auffassen oder als Relikt überkommener Sichtweisen aus

der klassischen Geographie im Sinne des für die Beschreibung politischer Räume lange Zeit prägenden und bis heute einflussreichen *Geodeterminismus* (siehe Kap. 3.1) verwerfen, man könnte sie auch plausibel auf die Tradition der für den handelnden Menschen verfügbaren, passiven „Natur“ in der stoischen und christlichen Philosophie zurückführen (Luhmann 2008b: 10) – zwingend ist die Verknüpfung aus der Perspektive der Beobachtung zweiter Ordnung jedenfalls nicht: Man kann eine Rasenfläche als „schützenswerte Natur“ betrachten (und entsprechend das Betreten verbieten) oder als Ergebnis einer „tabuierten Ordentlichkeit und Gartenkunst“ und damit von Handlungen bewundern (und entsprechend das Betreten verbieten; Hard 2003: 329f).

Andere Raumtheorien heben analog zum Möbiusband materieller und virtueller Verräumlichungen die rekursive Verknüpfung von deterministischen und voluntaristischen Raumvorstellungen hervor, in denen physische und symbolische Topographie gleichermaßen zur Verräumlichung gesellschaftlicher Tatsachen dienen können und in wechselseitiger Abhängigkeit bestehen (Simmel 2006: 22); wiederum andere Theorien beschreiben die Entstehung von Räumen als sozialstrukturell determinierte Verteilung von materiellen Objekten auf Stellen durch handelnde Personen (Löw 2001: 272f). Tendenziell wird an der klassischen Geographie – und zwar schon seit deren Existenz als universitäre Disziplin (vgl. Kap. 3.1.3) – eher ein übermäßiger Determinismus kritisiert (Kaufmann 2005: 87), an aktuellen raumsoziologischen Beiträgen hingegen vor allem die Vernachlässigung der strukturellen Wirkung der durch Handlungen hervorgebrachten Räume auf weitere Wahrnehmungen und Handlungen (Schroer 2006: 78).

Gegenüber diesen Debatten befindet sich eine systemtheoretische Raumtheorie in der komfortablen Position des Sowohl-als-auch. Diese teilt sie mit der Akteur-Netzwerk-Theorie, die eine Unterscheidung von deterministischem Raum als Natur und voluntaristischem Raum als Kultur ebenso wie die Unterscheidung innergesellschaftlicher und außergesellschaftlicher Entitäten als Resultat der „Großen Trennungen“ im Rahmen eines hegemonialen Modernismus kritisiert und zu überwinden versucht (Latour 2008: 129).<sup>68</sup> An die Stelle der Überwindung tritt für die Systemtheorie aber wieder die Beobachtung zweiter Ordnung, die die Unterscheidung von Raumvoluntarismus und Raumdeterminismus gleichsetzen kann mit der Verräumlichung der Unterscheidung von Handeln und Erleben: „Erleben aktualisiert die Selbstreferenz von Sinn, Handeln aktualisiert die Selbstreferenz sozialer Systeme“ (Luhmann 1984: 124). Es geht nicht um die Feststellung eines tatsächlichen Determinismus oder

---

<sup>68</sup> Ein Vergleich der auf den Arbeiten von Latour und Luhmann aufbauenden Raumkonzepte und deren Möglichkeiten zur Kritik an vereinfachend binarisierenden Geographien der Politik findet sich bei Kleinschmidt/Strandsbjerg (2010).



tatsächlicher Gestaltung des Raums im Kontext handelnder Menschen, sondern um die dem betrachteten System gegebenen Möglichkeiten der Selbstbeobachtung.

Diese Unterscheidung dient somit nicht ausschließlich der Darstellung von Aktivität oder Passivität im Bezug auf wie auch immer zu beschreibende Räume, sondern vor allem der differenziellen Anschlussbildung von Kommunikationen (ebd.: 125): Räumliches Erleben, also die Beschreibung von Gesellschaft determinierenden Räumen, ist wenig spezifisch, es lässt Verweisungen zahlreicher Art zu. Als von sozialen Systemen durch Handeln determiniert bezeichnete, also raumvoluntaristische Differenzen müssen hingegen ihre Kausalitätsaussagen spezifizieren, müssen festlegen, welche Anschlussmöglichkeiten des Handelns oder Erlebens gegeben sind und wie mit diesen weiter zu verfahren ist. Im Hinblick auf den parasitären Charakter des Raumes kann man die Unterscheidung so beobachten, dass in raumdeterministischen Beobachtungen die räumliche Form gegenüber der systemischen Leitunterscheidung dominant, der Selektions- und Evolutionsdruck auf diese also vermindert wird. Was geschieht, wird als Resultat räumlicher Ordnungen, nicht als systemeigener Prozess vorgestellt. In raumvoluntaristischen Beobachtungen hingegen werden Stellen und Objekte als von systemeigenen Codierungen informiert betrachtet, womit eine gewissermaßen reifizierte Beobachtung der Systemperformanz möglich wird, die im System selbst erzeugten Leistungserwartungen also auch einer möglichen Kritik ausgesetzt werden (vgl. Schlottmann 2005: 118f).

Es wäre somit naheliegend, dass diese Unterscheidung vor allem auch der Regulierung gegenseitiger Erwartungen und Erwartungserwartungen zwischen sozialen Systemen dient. Ein aktuelles Musterbeispiel für eine dementsprechende Raumbeobachtung hoher politischer Relevanz wäre die Diskussion um die anthropogene – also durch Handeln erzeugte, raumvoluntaristische – Erwärmung des Planeten Erde durch Emissionen der modernen, industrialisierten Gesellschaft: Wird diese bejaht, so werden sehr konkrete politische Imperative anschlussfähig, die wiederum auf die Fähigkeit des politischen Systems abstellen, seine Unterscheidungen der Welt aufzuprägen (Storch/Stehr 1997: 68f). Wird die Verantwortlichkeit der von Menschen verursachten Emissionen hingegen abgestritten, dürfte die Spezifität der an das System herangetragenen Erwartungen weit geringer ausfallen. Ähnliches gilt in etwas plakativerer Weise auch für die koloniale Vorstellung historischer nichteuropäischer Gesellschaftsformationen als prinzipiell von ihrer räumlichen Lage und physischen Umgebung determiniert (vgl. auch Kap. 3.1.3) – bereits von ihrer natürlichen Umwelt determiniert war eine auch politische Unterwerfung semantisch möglicherweise leichter zu rechtfertigen (Sluyter 2003: 816).

Man kann somit davon ausgehen, dass die Unterscheidung von Raumdeterminismus und Raumvoluntarismus der Selbstbeobachtung eines durch Verräumlichung objektivierten Systems im Bezug auf seine Umwelt dient, in die somit Kausalitätsrelationen eingezeichnet werden können, die auf einer entsprechenden Generalisierungsstufe ohne Zuhilfenahme des Mediums Raum nicht möglich wären – man stelle sich vor, für ein soziales System erheblicher Komplexität, etwa das globale Wirtschaftssystem, müsste eine allgemein gültige Annahme der Kausalitätsrichtung aufgestellt werden. Über die Verlegung der Kausalitätsannahmen in das Medium Raum können solche Selbstsimplifizierungen aber gelingen – die „Differenz System/Umwelt“ wird dabei verdoppelt, sie „kommt zweimal vor: als *durch* das System *produzierter* Unterschied und als *im* System *beobachteter* Unterschied“ (Luhmann 1997: 45).

#### 2.2.5 Chorologischer und rhizomatischer Raum

Während die Unterscheidung virtueller und materieller Räume auf die Frage nach der Aktualität oder Potenzialität räumlicher Beobachtungen und die Unterscheidung voluntaristischer und deterministischer Räume auf die Frage nach deren Anschlussfähigkeit als Selbstreferenz oder Fremdreferenz antwortet, bezeichnet die hier so bezeichnete Unterscheidung chorologischer und rhizomatischer Räume zunächst – auf der Ebene einer Beobachtung erster Ordnung – nichts weiter als deren basale geometrische Struktur in Form von Punkten und Linien. Setzt die Unterscheidung virtuell/materiell an der Objektseite der Unterscheidung von Stelle und Objekte an, so bezieht sich die strukturlogische Unterscheidung chorologisch/rhizomatisch auf die Seite der Stelle oder besser gesagt auf die Art und Weise der Relationierung von Stellen innerhalb einer räumlich codierten Kommunikation: In chorologischen Räumen wäre diese als eine zwei *Flächen trennende* Linie zu visualisieren, in rhizomatischen Räumen hingegen als eine zwei *Punkte verbindende* Linie.

An dieser Stelle ist zunächst eine Klärung der verwendeten Begriffe angebracht. In vielen theoretischen Überlegungen zum Raumbegriff werden für ähnliche Konzepte metaphorische Bezeichnungen wie etwa der des Containers für erstere (siehe Kap. 2.1.1) oder des Netzes (Castells 2001: 3) oder der „Ströme“ (Hildebrand 2008: 207) für zweiteere verwendet. Soll eine entsprechende räumliche Struktur als Grundlage für gesellschaftstheoretische Aussagen dienen, werden auch entsprechende Metaphern wie die der „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 2001) oder – seltener, da durchaus noch vielfach als Normalfall angenommen – die der

„Territorialgesellschaft“ (Jurich 2006: 23). Abstrakt lässt sich diese Unterscheidung aber ohne Rekurs auf mathematische beziehungsweise eben geometrische Formulierungen kaum darstellen (vgl. Osterhammel 2010: 130). Dementsprechend betrachtete Hegel Punkte als „Negation des Raumes“, Linien als „Negation des Punktes“ und Flächen schließlich als „Negation der Negation“ (Schubert 1987: 40), womit die antithetische und doch auf einen vorgängigen Raumbegriff angewiesene Beziehung der beiden Seiten recht gut auf einen Nenner gebracht wäre. Die offensichtlichste politiktheoretische Anwendung der Unterscheidung ist selbstredend die herkömmliche Beschreibung der territorialen Staatlichkeit (siehe Kap. 1.1), auf ihrer anderen Seite könnte man etwa den „Personenverband“ als prä- (Ottmann 2004: 334) wie auch möglicherweise postmoderne (Ruggie 1993) Form politischer Organisation situieren.

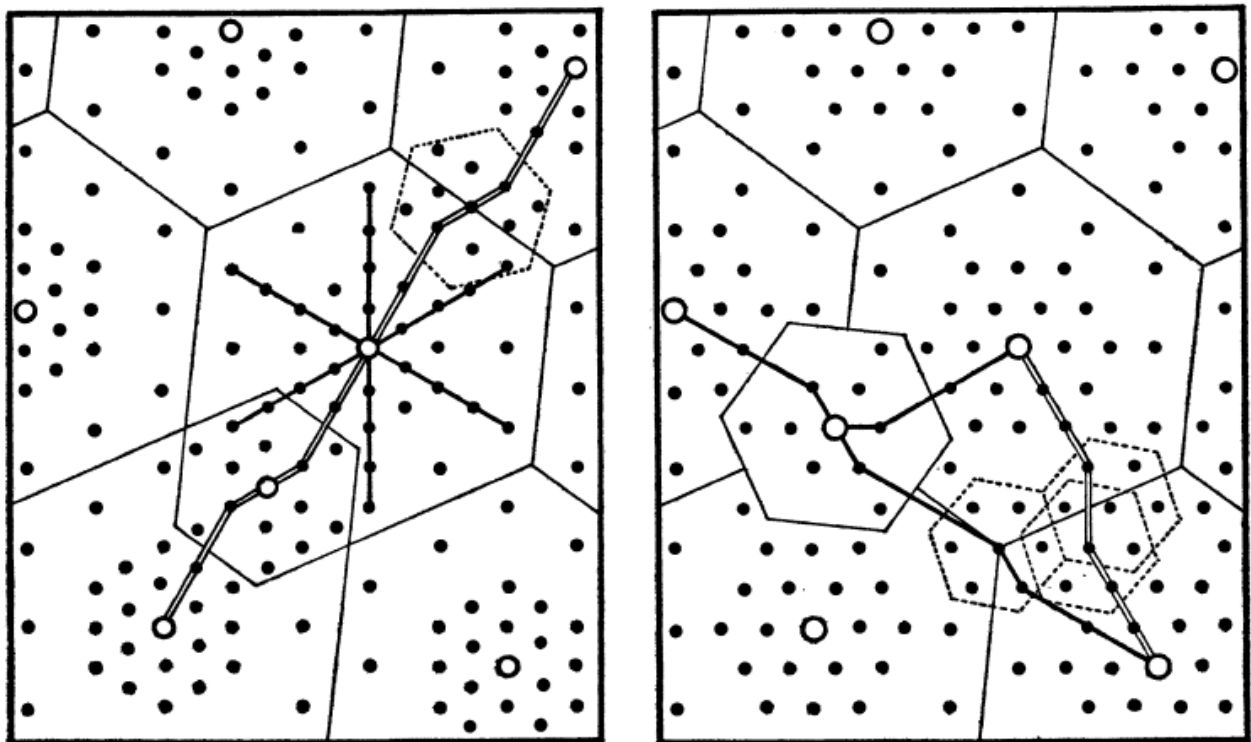


Abbildung 3: Chorologische und rhizomatische Raumstrukturen (Quelle: Skinner 1965)

Die hier verwendeten Bezeichnungen entnehme ich einer frühgeographischen Bezeichnung für die Beschreibung von Sachverhalten in ihrer flächenmäßigen Verteilung als „Chorologie“ (Wardenga 1995: 94), die sich wiederum auf die ältere Bezeichnung flächenhafter Räume als „*chôra*“ bezieht (Baecker 2005: 67), und der von Deleuze und Guattari etablierten Metapher vom Verbindungen schlagenden „Rhizom“ als netzwerkartig wuchernde Raumstruktur (Deleuze/Guattari 1977: 35). Diese relativ unübliche Benennung hat jedenfalls den Vorteil,

die Unterscheidung nicht voreilig auf konkrete politische Organisationsformen festzulegen. Schließlich kann man entsprechende Formen auch in zahlreichen anderen Kontexten beobachten, in denen sie generell auf die Zielgruppen räumlicher Kommunikation bezogen werden:

„Es gehört [...] zu den historischen Evidenzen, daß es nicht nur eine Abstraktionsgeschichte der Zeit, sondern auch eine des Raumes gibt und unterschiedliche soziale Systeme immer schon sehr unterschiedliche Raumabstraktionen produziert haben: Kriegsvolk und Händler abstrahierten ‚immer schon‘ vorzugsweise Netze (d. h. räumlich projizierte Erreichbarkeiten), Feudalherren, Bauern und Administrationen vorzugsweise Grundstücke (im weitesten Sinn, d. h. räumlich projizierte Herrschafts-, Macht-, Nutzungs-, Besitz- und andere Rechtsansprüche).“ (Hard 2002: 240)

Die Gegenüberstellung rhizomatischer und chorischer Räume wird teilweise auch einer hochgradig normativistischen Binarisierung unterzogen, wenn etwa eine „demokratische Weltgemeinschaft als Rhizom“ begriffen wird, die mittels „fluider Konnektivität“ anstelle überkommener, ein- und aussperrender territorialer Grenzen unerahnte Freiheitsgrade eröffne (Werber 2008: 181). Demgegenüber stehen umgekehrte normative Aufladungen, wenn etwa rhizomatische Räume mit terroristischen Organisationen, der Verbreitung von Krankheiten, illegaler Einwanderung, Drogenschmuggel und anderen Gefahren in Verbindung gebracht werden, vor denen territoriale Grenzen Schutz versprechen (Painter 2010: 1093). Die beiden gegensätzlich wertenden Konzepte sind sich aber anscheinend zumindest tendenziell darin einig, dass sie chorologische Räume als statisch und relativ dauerhaft betrachten, wohingegen rhizomatische Formen als dynamisch oder ereignishaft auftreten:

„Ein Standort wird eingenommen oder nicht eingenommen. Mit der Kategorie des Weges kommen neue Elemente ins Spiel. Ein Weg kann als Verbindung mehrerer Orte verstanden werden, auch als Aufeinanderfolge mehrerer Positionen im Raum. Bewegung kann als Ortsbewegung oder Transport verstanden werden, und wird dann zur zeitlich aufeinanderfolgenden Einnahme von Positionen im Raum.“ (Held 2005: 99)

Rhizomatische Formen behandeln die von ihnen bezeichneten Sachverhalte also als vorübergehendes Ereignis – abgegrenzte, also chorologische Räume hingegen als mehr oder weniger dauerhafte Strukturen im Sinne von relativ stabilen Erwartungen und Erwartungserwartungen (vgl. Klüter 2002: 155). Dies trifft gerade auch auf gängige Beschreibungen politischer Raumstrategien zu, wenn etwa staatliche Politikstrategien in territorialer, also chorischer Verräumlichung bestehen und „Protestmärsche,

Demonstrationszüge und „Streetpolitics“<sup>69</sup> als ereignisbasierte „zentrale raumpolitische Strategien sozialer Bewegungen“ ausgemacht werden (Kaltmeier 2012: 76).

Dabei muss betont werden, dass es sich bei solchen Assoziationen in einer formentheoretisch informierten Raumtheorie eben nicht um eine ontologische Festlegung handeln kann. Auch das meist als abgegrenzter, fester, chorologischer Raum behandelte staatliche Territorium könnte aus anderer Perspektive ein auf zahlreichen Ereignissen basiertes Netzwerk darstellen – „the governmental technologies that produce the effect of territory are the product of spatially extensive networks of human and non-human actors“ (Painter 2010: 1114). Und das Internet, als „weltweites Gewebe individualisierter, interaktiver Kommunikation“ (Castells 2001: 403) gerne als Musterbeispiel für den rhizomatischen Raum herangezogen, kann oder muss chorologisch verräumlicht werden, sobald sich mit der Online-Kommunikation verbundene stabile, generalisierbare Erwartungsmuster herausbilden. Dies gilt sowohl im Bezug auf die technische Erreichbarkeit von materiellen Räumen (Townsend 2001: 1701) als auch für die virtuelle Verortung in spezifischen, abgrenzbaren Gemeinschaften (Wellman 2001: 237).

Hochmobile Nomaden – in der klassischen raumtheoretischen Wahrnehmung antagonistische, unvorhersehbar auftauchenden Widersacher jeglicher stabilen Raumstruktur und somit auch der staatlichen Territorialität (Werber 2007: 108f) – können auch bezüglich der ökologisch oder sozial bestimmten Grenzen der von ihnen durchreisten Gebiete beobachtet werden (Kradin 2008: 111; vgl. Kap. 3.1.2). Auch der transnationale Drogenschmuggel als fast immer rhizomatisch und anti-territorial beschriebener Prozess organisiert sich in räumlicher Hinsicht quasi-territorial, sobald seine Strukturen dauerhafter werden und ein gewisses Maß an Berechenbarkeit zur Koordination mit polizeilichen und administrativen Organisationen erfordern: So etwa in Form der „plazas“ im heutigen Mexiko, deren Vorsteher für die Beziehungen zu den Behörden in deren Verantwortungsbereich verantwortlich sind und im Gegenzug für deren Schutz Geldleistungen und ein gewisses Maß an Sicherheit garantieren (Grillo 2011: 52f).

Letztlich gilt es, übertreibende Essenzialismen im Sinne eines „methodological territorialism“ als auch eines „network-centrism“ zu vermeiden (Jessop et al 2008: 391).<sup>69</sup> Traditionelle Politik- und Staatstheorie tendiert wie besprochen eher zu ersterem (vgl. Kap. 1.1), aktuellere raumsoziologische Ansätze werden hingegen bisweilen für die Übertreibung der Ereignishaftigkeit von Raum im Kontext mancher Netzwerk- oder Globalisierungstheorien kritisiert (Schroer 2006: 172f). Ein systemtheoretischer Ansatz wie der hier vertretene scheint

---

<sup>69</sup> Im Original hervorgehoben.

hingegen durch seinen Zugang über die Beobachtung von Beobachtungen gut aufgestellt, um die Forderung nach einer Vermeidung derartiger Essenzialismen zu erfüllen und sowohl rhizomatische als auch chorologische Beschreibungen politischer Räumlichkeit im Kontext ihrer jeweiligen sozialen Funktion in Betracht zu ziehen.

#### *2.2.6 Absoluter und relationaler Raum*

Die hier so bezeichnete Unterscheidung von absolutem und relationalem Raum – annähernd, aber nicht völlig bedeutungsgleich mit der ebenfalls verwendeten Unterscheidung von „absolutistischen“ und „relativistischen“ Raumvorstellungen (Löw 2001: 24) – wird sehr häufig den anderen betrachteten räumlichen Formen gewissermaßen als metatheoretische Leitunterscheidung übergestülpt und somit zur Einordnung von eigentlich recht heterogenen sozialwissenschaftlichen Raumkonzepten in zwei antagonistische Lager verwendet. Absoluter Raum wäre in dieser festen Kopplung dieser Unterscheidungen dann ein materieller, determinierender und chorologischer Raum, relationaler Raum hingegen wäre als virtueller, voluntaristischer und rhizomatischer Raum zu verstehen (Schroer 2006: 174f) – und derartige Binarisierungen spiegeln sich denn auch wieder in Vorstellungen von einer beobachtbaren Entwicklung empirischer Räume vom festen, territorialstaatlichen Raum hin zum virtuellen, fluiden Netzwerkraum (z. B. Castells 2001). Derartige Modelle leiden aber unter den gleichen Plausibilitätsproblemen wie die ihnen entsprechenden Deterritorialisierungsansätze in der Politikwissenschaft (vgl. Kap. 1.1). Hinzu kommt, dass die strikte Kopplung im Hinblick auf die operative Verwendung der entsprechenden Unterscheidungen in der beobachtbaren Kommunikation nicht wirklich durchzuhalten ist – auch rhizomatische Räume können als materiell beschrieben werden (in Gestalt einer physischen Bewegung von einem Ort zum anderen), auch chorische Räume können in virtueller Gestalt auftauchen (etwa als Visualisierung von Grenzen in Geoinformationssystemen). Zahlreiche weitere Beispiele wären denkbar.

Andere Konzeptualisierungen betrachten den absoluten Raum als die oben (Kap. 2.1.1) bezeichnete Vorstellung eines theoretisch unproblematischen Raums im Sinne einer neutralen, fixierten, rein geometrischen Projektionsfläche anderweitig erzeugter Unterschiede – als relational wären dann alle Raumbegriffe zu bezeichnen, die Raum als eine irgendwie performative Differenz fassen (Simonsen 1996: 502). Und schließlich wird auch der absolute Raum bisweilen mit chorischen, der relationale Raum hingegen mit rhizomatischen Formen identifiziert – was semantisch nicht ganz unplausibel ist, erscheint der Raum in ersteren doch

als ‚Behälter‘, wohingegen er in letzteren durch die Relationierung der Körper von handelnden Personen netzwerkartig aufgespannt zu werden scheint (vgl. Stichweh 2003: 97; Löw 2001: 35). Im Bezug auf diese verwirrende Bedeutungsvielfalt eines doch offensichtlich zentralen Begriffspaares der Raumtheorie ist möglicherweise Kuhm (2000: 328) zuzustimmen, der diese als Konsequenz einer unklaren Rezeption physikalischer Raummodelle behandelt.

In diesen tritt die Unterscheidung typischerweise in historischen Debatten über den kosmologischen Charakter des Raums auf. Nach Isaac Newton wurde der absolute Raum als stets gleichbleibendes, abstraktes Koordinatensystem verstanden, aus dem relative Räume als temporäre und potenziell dynamische Ausschnitte markiert werden können (Jammer 1960: 106f). Im Bezug auf die Temporalisierung von Räumlichkeit wäre also durchaus eine Parallele zur Unterscheidung chorischer und rhizomatischer Räume gegeben. Die dem am nächsten kommende sozialwissenschaftliche Fassung der Unterscheidung absoluter und relationaler Räume wäre aber vermutlich die, die – unabhängig von sonstigen Eigenschaften der bezeichneten Räume – in ersterem Fall soziale Tatsachen im Raum, in zweiterem Fall den Raum innerhalb sozialer Tatsachen beobachtet (vgl. Schroer 2006: 178).

Kommunikationstheoretisch umformuliert könnte dies heißen, dass in der Unterscheidung eine Bezeichnung der Anschlussbildung räumlicher Kommunikation an andere, nicht-räumliche Kommunikationen stattfindet: Im Fall absoluter Räumlichkeit würden andere Kommunikationen an der Objektseite der basalen räumlichen Unterscheidung angeschlossen (und über eine Stelle im Raum codiert), im Fall relationaler Räumlichkeit würden andere Kommunikationen an der Stellenseite der basalen räumlichen Unterscheidung angeschlossen (und über ein Objekt im Raum codiert). Dies klingt zunächst verwirrend, ist aber an einem Beispiel recht einfach darzustellen: Eine Staatsgrenze *als Stelle* trennt bestimmte Länder *als Objekte* voneinander (absoluter Raum) – andererseits erzeugt diese Trennung aber auch die betreffenden Länder *als Stellen*, an denen sich Objekte befinden können (relationaler Raum). Derartige Differenzierungen spielen beispielsweise dann eine meist implizite Rolle, wenn etwa die Rolle von räumlichen Differenzierungen bei sozialen Identitätsbildungsprozessen in den Blick genommen wird (Paasi 2012: 2305). Eine strikte Festlegung auf einen absoluten oder relationalen Raumbegriff erschiene somit absurd, da in der operativen Verwendung räumlicher Unterscheidungen in der Kommunikation eine stete Oszillation zwischen beiden Seiten der Unterscheidung zu erwarten ist.

In medientheoretischer Hinsicht sei dabei Luhmann widersprochen, wenn er in seiner Theorie von Raum und Zeit als Wahrnehmungsmedien im Kunstsystem annimmt, dass stets

„Stellendifferenzen [...] das Medium, Objektdifferenzen die Formen des Mediums [markieren]“ (Luhmann 1995: 180). In dieser Hinsicht scheint die Betrachtung eine an das Vorhandensein von fixen Koordinatensystemen gebundene Raumbegrifflichkeit vorauszusetzen, die man zumindest in einer allgemeineren Fassung des Raumbegriffs aufgeben müsste. Dieser Kopplung entgegengesetzte Bildungen räumlicher Informationen sind nicht schwer zu finden – wenn etwa Architekturtheoretiker wie Le Corbusier die Anordnung nahezu beliebiger Objekte als Medium in der *Form* des rechteckigen Gitters aus strikt gekoppelten Stellen als basale Ästhetik der klassischen Moderne proklamierten, würde dies einer umgekehrten Bezeichnung der Seiten von Medium und Form entsprechen (Taylor 2001: 25-28).

Unter Beibehaltung von Luhmanns strikter Seitenzuweisung von Stellendifferenzen und Objektdifferenzen in der Unterscheidung von Medium und Form wären dann die entsprechenden Texte von Le Corbusier nur als nicht-räumliche Kommunikation zu beobachten. So würde ohne jegliche Notwendigkeit ein bedeutender Bestandteil der theoretischen Reflexion von Architektur und Urbanität von der Anschlussfähigkeit an die Raumdebatte ausgeschlossen, was nicht nur wegen dessen Klassikerstatus in der interdisziplinären Debatte ein schlichtweg absurdes Ergebnis darstellte. Die in den Texten von Le Corbusier und der an diese anschließenden, architekturfunktionalistischen „*Charta von Athen*“ explizit geforderte „räumlich klare Trennung“ der „Elemente des täglichen Zyklus – Wohnen, Arbeiten und Erholen“ und die daraus resultierenden „Wohnmaschinen“ in architektonischen und infrastrukturellen Gitternetzmustern prägen bis heute Ästhetik und Alltag von urbanen Siedlungen auf der ganzen Welt (Noack/Oevermann 2010: 269f).

Gerade über die Beobachtung unterschiedlicher Bedeutungen des Funktionsbegriffs in Architektur und Systemtheorie sind hier weiterführende Auseinandersetzungen möglich (z.B. Lippuner 2012: 218f). Die nach Luhmann unmögliche Verwendung von Objektdifferenzen als Medium und Stellendifferenzen als Form zählt aber auch zu den zentralen Raumkonzepten vieler postmoderner Kritiker von Le Corbusiers Semantik der eckigen Moderne – nun aber in und mit der Form fraktalisierter Muster und fluider Netze, wie sie sich etwa in Frank Gehrys *Guggenheim Museum Bilbao* zeigen (Taylor 2001: 40-44). Warum sollte die Beobachtung dieser und anderer Debatten als Diskussionen um das ‚richtige‘ Raumkonzept nicht auch mit einem medientheoretischen Raumbegriff möglich sein?

Die strikte Seitenzuweisung von Stellen- und Objektdifferenzen ist schon deshalb unnötig, weil innerhalb der Unterscheidung von Stelle und Objekt auch die nicht bezeichnete Seite stets mitgeführt wird (Baecker 2007: 74) – das bedeutet für einen medientheoretisch



informierten Raumbegriff: Selbst wenn Medium und Form einer räumlichen Operation sozialer Systeme jeweils beide ausschließlich auf Stellendifferenzen oder ausschließlich auf Objektdifferenzen basierten, läge dennoch eine räumliche Unterscheidung vor. Im Zuge der systemischen Dynamik eines ständigen Seitenwechsels in der Unterscheidung von Form und Medium wäre zudem auch ein stetes Oszillieren von Stellen- und Objektdifferenzen zwischen den beiden Seiten zu erwarten; die kategorische Identifizierung von Stellendifferenzen mit dem Medium und von Objektdifferenzen mit der Form verstößt letztlich gegen das Essenzialisierungsverbot dieser Unterscheidung. Ein Flexibilitätsvorteil der verwendeten konstruktivistischen Epistemologie besteht somit eben darin, nicht von vornherein auf einen als absolut oder relational zu beschreibenden Raum zurückgreifen zu müssen – inklusive auch der Freiheit, diese auf eigentlich überwundene ontologische Debatten zurückzuführende Unterscheidung überhaupt nicht zu verwenden.

Bei komplexeren, auf mehrstufigen Beobachtungen basierenden Raumbeschreibungen – also bei der Iteration des Wiedereintritts der Unterscheidung von Stelle und Objekt in sich selbst – ist desweiteren der Wiedereintritt einer Form sowohl im Stellen- als auch im Objektstatus beim Wechsel zwischen verschiedenen Maßstabebenen möglich: Dörfer, die bei einer kleinräumigen Betrachtung als Form der Unterscheidung von fest gekoppelten Häusern und Wegen (als Objekten) im Medium einer Ortskarte (als Menge von Stellen) beschrieben werden können, erscheinen dann in größerem Maßstab möglicherweise selbst als Objekte – etwa als wiederum von Wegen unterschiedene mögliche Ausflugsziele im Medium einer Landkarte (wiederum als Menge von Stellen) bei der Bildung der Form eines Wochenendausflugs. Sie könnten aber, beispielsweise bei der Bildung einer Wirtschaftsregion als räumlicher Form, auch selbst als von zu kartierenden Branchen oder Absatzmärkten als Objekte unterschiedene Stellen und Medium zur Verfügung stehen (vgl. z.B. Marr/Sutton 2004; Skinner 1965). Unzählige andere Rekombinationen sind denkbar. Dieser Vorgang des Seitenwechsels ist in der alltäglichen Kommunikation im Medium Raum derartig selbstverständlich, dass man darüber kein Wort verlieren würde – und es gibt keinen guten Grund, bestimmte räumliche Formen von vornherein ignorieren zu müssen.

Man könnte in Bezug auf die Diskussion über absolute und relationale Räume sinnvollerweise auch dann von einem absoluten Raum sprechen, wenn Differenzen von lose gekoppelten, fast beliebig verfügbare Stellen als Medium und fest gekoppelte Objekte als Form fungieren. Prominentestes Beispiel ist sicherlich das cartesianische Koordinatensystem, welches Luhmanns Beschreibung von Räumen im Kunstsystem vermutlich mit zugrunde lag – zumindest die auffällige Verwendung des Begriffs der „Messung“ legt eine Assoziation hier

recht nahe (Luhmann 1995: 179). Derartige Raumbeschreibungen, in denen einem abstrakten Koordinatensystem bestimmte Objekte als Form eingeschrieben werden, spielen nach wie vor in zahlreichen sozialen Zusammenhängen eine erhebliche Rolle. Dies möglicherweise sogar mehr denn je – wenn man etwa an das immense Wachstum des Markts für satelliten- oder mobilfunkgestützte Navigations- und Geoinformationssysteme mit ihrer kartenförmigen Darstellung der Position des Benutzers und der für ihn relevanten Objekte als Form denkt, die von ihnen erzeugten Raumbeschreibungen passen exakt in das ‚altmodische‘ Schema absoluter Räume:

„Conventional GIS perpetuates the positivist concept of space as a container of objects with a definite extent and precise location with the Cartesian grid. This concept supports the intent of spatial science to decipher spatial laws that produce patterns independently from nonspatial factors. Critical geography, however, sees space no longer as a location of phenomena but as a relation between them [...].“ (Pavlovskaya 2006: 2015)

Aus dieser vollständig plausiblen Beschreibung der elektronischen Raumkartierungen als absolutem Raummodell dann aber – anstelle einer Flexibilisierung der eigenen Verwendung raumtheoretischer Unterscheidungen – auch noch die Forderung nach einer Modifizierung der Technologie abzuleiten, damit diese der normativen Präferenz für relational gebildete Räume entspräche (Pavlovskaya 2006: 2009), stellt ebenso wie bei der Unterscheidung chorischer und rhizomatischer Räume eine deutlich übertriebene normative Aufladung der Raumbegrifflichkeit dar. Absolute Formen des Raumes in der hier vertretenen, differenztheoretischen Fassung bringen nicht nur eine „Gleichsetzung von Raum und Territorium“ im Sinne der naturalisierenden „geopolitischen Argumentationen“ hervor (dazu tendiert m. E. recht deutlich Löw 2001: 269f).

Eine solche Annahme beruht auf der erwähnten automatischen Identifikation von absoluten mit materiellen, determinierenden und chorologischen Raumvorstellungen, die man vor dem Hintergrund zahlreicher einfacher Gegenbeispiele nur als Überdetermination bezeichnen kann. Gerade die auf juristischen Überlegungen basierenden Vorstellungen gebietsmäßiger Staatlichkeit von Jellinek und Weber hatten mit Geodeterminismus eben nichts im Sinn (so auch explizit Jellinek 1914: 78). Sicherlich ermöglichen die genannten Technologien auch neue Formen der Kartierung von Territorien und Gefechtsfeldern, die kaum noch aus dem kontemporären administrativen und militärischen Denken wegzudenken sind (vgl. McDermott 2009: 70). Sie sind aber keineswegs auf diese beschränkt, wie die Unmenge an

Alltagsanwendungen, die letztlich auf elektronischen Kartentechnologien basieren, verdeutlichen.

Ein als relational beschreibbarer Raum läge in der hier vertretenen Sichtweise dann vor, wenn Objektdifferenzen als Medium zur Bildung von Formen als Stellendifferenz genutzt werden. Relationaler Raum wäre damit auch als Begriff gerade nicht – anders als in einem Teil der raumtheoretischen Debatten angenommen (z.B. Löw 2001: 34) – deckungsgleich mit rhizomatischen, netzwerkförmigen Räumen, und auch nicht notwendigerweise zu assoziieren mit einer moralisch positiv konnotierten Form irgendwie emanzipatorischer Räumlichkeit: Man denke als ein relativ traditionelles Beispiel für eine relationale, aber chorologische Form an den – eigentlich als Semantik viel eher der naturalisierenden, geopolitischen Tradition zuzuordnenden – auch in dieser Hinsicht klassischen Begriff des Ost-West-Konflikts: Dieser stellt medientheoretisch beschrieben eine Form im Sinne strikter Kopplung zweier Raumstellen dar, wobei lose gekoppelte Objekte das mediale Substrat bilden, auf das die Form je nach theoretischer oder politischer Präferenz passend angewendet werden kann – handelte es sich um einen Konflikt zwischen verschiedenen Staaten (der USA und der Sowjetunion mit ihren jeweiligen ‚Satellitenstaaten‘), zwischen Modernität und Tradition, zwischen „Kulturen“ (Huntington 1997) oder zwischen territorialen und imperialen Formen der politischen Ordnungsbildung (Link 2001: 11)? Ist dies von einem Beobachter entschieden, so kann dieses Raummodell auch wieder absolut werden und als räumliche Folie für die Platzierung weiterer Objekte dienen – im ständigen Oszillieren zwischen absoluten und relationalen Formen entsteht so die Anschlussfähigkeit räumlicher Kommunikation.

	Räumliche Unterscheidungen			
	materiell / virtuell	deterministisch / voluntaristisch	chorologisch / rhizomatisch	absolut / relational
traditionelle Raumtheorien bzw. Beobachtung erster Ordnung	außergesellschaft- licher, physischer Raum / innergesellschaft- licher, sozialer oder texthafter Raum	Raum als Rahmen von Handlungen / Raum als Ergebnis von Handlungen	Raum von Orten und Wegen / Raum als Behälter	abstrakter Raum / konkreter Raum
formentheoretische Neufassung bzw. Beobachtung zweiter Ordnung	Aktualität / Potenzialität	Fremdreferenz / Selbstreferenz	Ereignis / Struktur	Anschluss an andere Kommunikationen über Stelle / Objekt

**Abbildung 4: Funktionen räumlicher Formen in sozialen Systemen (eigene Darstellung)**

## 2.3 Raumsemantiken und Sozialstruktur

### 2.3.1 Raum als Struktur und Semantik

Mit diesem Verweis auf eine viel diskutierte Beschreibung politischer Räume sei auch die Brücke geschlagen zum durchführenden Teil dieser Arbeit – nämlich zur Beobachtung der operativen Funktion räumlicher Formen bei der Operation und Selbstbeschreibung politischer Systeme. Im bisherigen Vorgehen wurde zunächst ein systemtheoretischer Raumbegriff als reflexive Unterscheidung von Stelle und Objekt entwickelt (Kap. 2.1), die in sozialen Systemen parasitär an deren Autopoiesis teilhat und dabei verschiedene Formen einbringen kann, die den räumlich kommunizierenden Systemen die – typischerweise visuelle oder metaphorische – *Selbstbeschreibung als Fremdbeschreibung* ermöglichen. Diese Formen versetzen Systeme in die Lage, sich selbst als Aktualität oder als Potenzialität, in Form von räumlich simulierter Selbstreferenz oder Fremdreferenz, als Menge von punktuellen Ereignissen oder in Form kontinuierlicher Erwartbarkeit zu beschreiben und diese Beschreibungen in verschiedener Weise an den Vollzug der normalen, nicht räumlich codierten Kommunikation im System anzuschließen (Kap. 2.2).

Insofern wurde Raum als *Struktur* beschrieben – also „von der Notwendigkeit autopoietischer Selbstreproduktion her“ als Möglichkeit des Anschlusses einer Kommunikation an die andere (Luhmann 1984: 381). Mit den oben beschriebenen, recht abstrakten Anschlussmöglichkeiten ist aber noch wenig gesagt zum operativen Funktionieren räumlicher Formen in der Operation moderner politischer Systeme als eigentlichem Fokus dieser Arbeit. Raum erscheint im bisher entwickelten Verständnis als unverbundene Menge von verschiedenen Operationen. Ihren direkt beobachtbaren Informationswert entwickelt aber räumlich codierte Kommunikation erst auf der Ebene einer Generalisierung in Form von *Semantik*, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann, die somit über stets nur punktuelle Ereignisse hinaus zur Verfügung steht und somit auch bei der Erforschung der Funktionsweise sozialer Systeme den eigentlich Angriffspunkt für die sozialwissenschaftliche Forschung darstellt:

„Die jederzeit aktualisierbaren systemischen Kontexturen stellen aus dieser Perspektive sowohl Ursache wie auch Lösung, Ausgangspunkt wie auch Problem kommunikativer Prozesse dar. Sie erscheinen als selbstreferentieller Eigenwert kommunikativer Prozesse, gleichzeitig als ihr Einsatz wie auch als ihr Gewinn. Die Gesellschaft stellt hier gleichsam das Medium dar, welches bewährte Sinnkontexturen zur Verfügung stellt, auf die dann in der Kommunikation bei Bedarf, insbesondere unter Bedingung erhöhter Unsicherheit, zurückgegriffen werden kann und muss.“ (Vogd 2007: 306)

Es geht also im Folgenden zunächst um die Beobachtung von *Raumsemantiken* und ihrer Funktion für das politische System. Jenseits einfacher Situationen in der Interaktion werden räumliche Formen kaum einzeln, unverbunden in der oben herausgearbeiteten Gestalt auftreten, sondern vielmehr erst in komplexer Verbindung mit anderen räumlichen und nicht-räumlichen Unterscheidungen eine benennbare Funktion auf Systemebene entfalten – Klüter (2002: 146) bezeichnet diesen Sachverhalt als Unterscheidung von Raum als „Kulisse“ in Form von einzelnen Unterscheidungen in einfachen Interaktionen und Raum als „Steuerungssemantik“, also als komplexere Wissensform in stärker differenzierten Zusammenhängen. Erst als letztere wäre also von einer erkennbaren, theoretisch bearbeitbaren Relevanz für Politik als Funktionssystem in der Weltgesellschaft auszugehen. Der entsprechende Ansatz wäre also auch als Fortführung *wissenssoziologischer* Ansätze zu beschreiben, allerdings mit einem bedeutenden Unterschied:

„Während die Wissenssoziologie ihr Hauptproblem parallel zur Relation Subjekt-Objekt als ein *Zurechnungsproblem* gestellt hatte, das heißt nach Trägern des Wissens gefragt hatte und damit zufrieden gewesen war, wenn sie Trägergruppen identifizieren konnte, stellt die Frage nach einer *Korrelation* oder *Kovariation* von Wissensbeständen und gesellschaftlichen Strukturen theoretisch erheblich höhere Anforderungen. Wenn überhaupt an gesellschaftsstrukturelle Korrelationen gedacht wird, müßte die Theorie ‚entsprechende Komplexität‘ bieten, das heißt auch das Gesellschaftssystem abstrakt und differenziert genug analysieren können.“ (Luhmann 1993a: 15)

Die Erzeugung „entsprechender Komplexität“ ist nicht Gegenstand dieser Arbeit, sie wird mit Vorliegen einer ausgearbeiteten systemischen Gesellschaftstheorie (Luhmann 1997) schlicht als gegeben gesetzt. Es interessiert hier vielmehr die Herausarbeitung einer Art produktiven Zirkels: Die oben entwickelte Raumbegrifflichkeit wird vor dem Hintergrund einer Theorie sozialer Evolution in ihrem Auftreten in politischen Raumsemantiken beobachtet. Aus dieser Beobachtung wird wiederum eine einfache Typologie politischer Raumstrukturen entwickelt, die für sich beansprucht, eine höhere Komplexitätsangemessenheit aufzuweisen als die binarisierenden Raumformen, die typischerweise in der Politiktheorie verwendet werden. Um dies leisten zu können, soll zuerst knapp der sozialstrukturelle Hintergrund erläutert werden, vor dem verschiedene Raumsemantiken zur Verfügung stehen, und generelle Überlegungen zum möglichen Charakter von Raumsemantiken innerhalb der jeweiligen Formen angestellt werden. Die sozialtheoretische Grundlage dieser Überlegungen ist in der systemischen Differenzierungstheorie zu sehen, die als solche im Folgenden nicht weiter problematisiert

wird – insbesondere auch deswegen, weil in der Raumsoziologie entsprechende Vorarbeiten bereits geleistet wurden (Schroer 2006: 132-160).

### 2.3.2 Raumsemantiken und sozialstrukturelle Differenzierung

Die systemische Gesellschaftstheorie unterscheidet verschiedene Gesellschaftstypen anhand ihrer primären Differenzierungsform – das heißt, über die grundlegende Unterscheidung, mit Hilfe derer Teilsysteme der jeweiligen Gesellschaft sich von anderen Teilsystemen differenzieren, und auf die alle weiteren Unterscheidungen, auch solche räumlicher Art, letztlich verweisen müssen, um anschlussfähig zu sein (Luhmann 1997: 610f). Es werden – in Reihenfolge des historischen Auftauchens und mit zunehmender sozialer Komplexität – unterschieden:

- *Segmentär differenzierte* Gesellschaften, die ihre Teilsysteme als „gleichartige und gleichrangige Teile“ im Sinne von „Familien, Clans, Stämme“ unterscheiden, also Sozialformen, die gemeinhin als „archaische Gesellschaften“ beschrieben werden;
- *Stratifizierte* Gesellschaften, die ihre Teilsysteme als „ungleichartige und ungleichrangige Teile“ unterscheiden. Nimmt diese Unterscheidung einen räumlichen Charakter von „Zentrum und Peripherie“ an, so könnte man von „hochkulturellen Gesellschaften“ sprechen, die etwa in ländlichen Gebieten segmentäre Differenzierung zulassen, bei einer räumlich allgegenwärtigen Schichtung könnte man sie als „Kastensystem“ oder „Ständeordnung“ bezeichnen; und schließlich
- *Funktional differenzierte* Gesellschaften, die keine übergeordnete Einteilung von Personen in bestimmte Gruppen oder Schichten mehr zulassen, sondern diese jeweils spezifisch in gleichrangigen, aber im Bezug auf ihre Funktion für die Gesamtgesellschaft ungleichartigen Funktionssystemen in Form von jeweils spezifischen Rollen adressieren – in dieser Form strukturierte Gesellschaften würde man in der Alltagssprache auch als *moderne* Gesellschaft bezeichnen (Schimank 2000: 150f; vgl. Luhmann 1997: 613).

Es fällt auf, dass in den ersten zwei (oder drei, sofern man die hochkulturellen Gesellschaften als eigene Form zählen möchte) Typen gesellschaftlicher Primärdifferenzierung einfache, unspezifisch räumliche Innen/Außen- beziehungsweise Oben/Unten-Unterscheidungen zur Beschreibung der jeweiligen Gesellschaft verwendet werden, und dass dies in der modernen

Gesellschaft nicht mehr geschieht. Stattdessen ist die moderne Gesellschaft in dieser Differenzierungstheorie eben nur noch als „Weltgesellschaft“ zu denken, also als tendenziell universelles System – „Funktionssysteme wie Wirtschaft oder Wissenschaft, Politik oder Erziehung [...] stellen jeweils eigene Anforderungen an ihre eigenen Grenzen, die sich nicht mehr konkret in einem Raum oder im Hinblick auf eine Menschengruppe integrieren lassen“ (Luhmann 1997: 149). Daher ist es zunächst durchaus verständlich, wenn der Systemtheorie nachgesagt wird, sie sehe „keinen Raum für den Raum vor“ (Werber 1998: 219). Zumindest im Hinblick auf ihre primäre Differenzierungsform ist die moderne Gesellschaft so nicht mehr über eine mit dieser semantisch deckungsgleiche, vorgängige räumliche Identität zu beschreiben. Sie kann im Sinne der obigen Unterscheidungen nicht mehr als Objekt an einen absoluten Raum angeschlossen werden – was aber impliziert, dass dies in vormodernen Gesellschaften durchaus möglich gewesen sei.

Im Bezug auf archaische Gesellschaften ist dies kaum weiter nachprüfbar, ist es doch aufgrund deren Ermangelung von dauerhafter Kommunikation in Form von Schriftlichkeit geradezu ein Kennzeichen, dass man über sie „nur sehr unzureichend unterrichtet“ ist (Luhmann 1997: 634). Vermutlich sind als gemeinsame Abstammung beschriebene Identitäten vorgängig, und erst mit komplexeren Segmentierungen wie der in „Familien, Dörfer und Stämme“ könnten sie sich entweder „primär von der Verwandtschaft oder primär vom bewohnten Raum her [...] definieren“ (ebd.: 635). Aus der anthropologischen Forschung sind darüber hinaus zum einen pragmatische, materielle und chorische Abgrenzungen bestimmter Zonen für bestimmte temporäre Zwecke bekannt – „assertion of control over an area was often imprecise, seasonal, and strategic“ (Sack 1986: 8). Zum anderen sind auch örtlich manifestierte und zum Teil durch Tabus geschützte Totems von Bedeutung, die die gemeinsame Abstammung symbolisieren und durch in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen durchgeführte Zeremonien etwa der rituellen Kommunikation mit den imaginierten oder tatsächlichen gemeinsamen Ahnen der Identitätsbildung einzelner Gruppen dienen (vgl. Lévi-Strauss 1973: 102f). Man könnte aber auch davon ausgehen, dass diese in vielen Fällen durch die schlichte physische Nicht-Erreichbarkeit anderer Segmente erreicht wurde, die insofern eine Art implizite, materielle und chorische Determination darstellen könnte (Schroer 2006: 136).

Deutlich besser ist die Informationslage im Bezug auf die semantische Bedeutung räumlicher Unterscheidungen in hochkulturellen Gesellschaften – zum einen aufgrund der hier generell vorauszusetzenden Schriftlichkeit, zum anderen aufgrund der Erhaltung von Bauten, die mit der Konzentration differenzierter Sozialstrukturen in Städten zusammenhängen. Über diese

Zentrumsbildung hinaus ist eine naturräumliche Unterscheidung von „bewohnbarem und bewohntem Land und Wildnis ringsum“ überliefert, so dass der Verkehr mit anderen Gesellschaften weniger durch die Ziehung und Überquerung territorialer Grenzen, sondern eher über die Form der unwahrscheinlichen, abenteuerlichen und entsprechen mystifizierten, aber sehr wohl gegebenen Erreichbarkeit über Fernreisen durch diese Wildnis beschrieben wird (Luhmann 1997: 666f). Normal und typisch ist darüber hinaus die zyklische Expansion und Kontraktion der entweder völlig unscharfen „frontier“ oder – wie im Fall des römischen Limes – materiell befestigten Grenzen, jenseits derer dann nur fallweise bei gelegentlichem Kontakt relevante, wenn auch durchaus als Menschen betrachtete marginale Grenzbevölkerungen verortet werden (Lattimore 1962: 470). Abgesehen von derartigen Grenzbefestigungen ist von einem grundsätzlich rhizomatischen Raumbild nur gelegentlicher Fernkontakte auszugehen – auch für die räumliche Beschreibung ihres Innenraums sind aber durchgängig kolorierte Territorien eine eigentlich unzulässige Übertragung moderner Vorstellungen (Smith 2005: 845).

Zur Abgrenzung von dieser Nicht-Welt sind schließlich in manchen Fällen hochgradig elaborierte Kosmologien zu beobachten, die eine herrschende Elite auch mit Legitimationserzählungen versorgen. Diese wird dann etwa als allein in der Lage beschrieben, notwendige kosmische Vorgänge herbeizuführen oder den Zorn von an den Rändern der Welt, aber typischerweise ohne Transzendenzvorstellung *innerhalb* der Welt verorteten Göttern abzuwenden (Soustelle 1986: 56f). Vermutlich waren derartige, zum Beispiel bei Azteken oder Ägyptern zu beobachtende Legitimationserzählungen bei der Stabilisierung von hochkulturellen Imperien ein durchaus strukturell wichtiger Faktor – die Existenz der Welt wurde im Rahmen einer „Kosmogonie“ mit der Existenz des jeweiligen hochkulturellen Imperiums verknüpft (Assmann 2005: 183). Diese geteilten spirituellen und kosmologischen Bezugspunkte verhinderten, dass im Fall vorübergehender Krisen sofort die Abspaltung peripherer Segmente begann. Lediglich auf erzwungene „Mehrproduktabschöpfung“ gerichtete Imperien wie etwa das Mongolenreich waren dementsprechend von meist kurzer Dauer (Münkler 2007: 95). Gleichzeitig hoben solche Legitimationserzählungen grundsätzlich auf die einzigartige kosmologische Rolle des hochkulturellen Zentrums als „Zentrum der Welt“ ab, was für so verschieden anmutende Gesellschaften wie das Aztekenreich als auch das chinesische Reich zutrifft (Luhmann 1997: 669; 671).

Das letztere Beispiel wäre allerdings zumindest in seinem Kernbereich dann bereits dem Typus der stratifizierten Gesellschaften zuzuordnen, in denen die kasten- oder adelsmäßige Schichtung nicht mehr nur in einem städtischen Zentrum zu beobachten ist, sondern in der



Fläche zur Geltung kommt – Münkler (2007: 113) spricht hier vom Überschreiten der „augusteischen Schwelle“. Diese Stratifizierung äußert sich räumlich typischerweise mittels der Präsentation von Personen der herrschenden Strata an speziell dafür vorgesehenen und entsprechend elaborierten Orten (Schroer 2006: 141). Die Gesamtheit der so verkörperten Ordnung kann auch „mit Hilfe der Metaphorik des politischen Körpers als einer künstlichen Person“ reflektiert werden – dies eine Raumsemantik, die sich in zahlreichen Versionen bis in die Moderne hält (Stollberg-Rilinger 2005: 74). Mit einem der Leitunterscheidung oben/unten entsprechenden „hierarchischen Körperbild“ mit lenkenden, höheren Teilen und entsprechend abgewerteten, für rein vegetative Funktionen zuständigen Teilen ist auch eine der primären Form sozialer Differenzierung angemessene naturalisierende Raumsemantik zu beobachten (Schroer 2006: 284).

Diese Stratifikation ist allerdings – dies ein wichtiger Unterschied zur auf systemspezifischer Rollendifferenzierung und entsprechenden Inklusionskarrieren basierten Stratifikation in der modernen Gesellschaft! – auf Haushalte bezogen (Luhmann 1997: 697), die als sekundäre und typischerweise durch voluntaristische Abgrenzungen in Form segregierter Wohnbereiche ausgedrückte segmentäre Differenzierungsform weiterbestehen. Dementsprechend ist auch – neben der universellen Stratifizierung – eine zunächst schlicht auf Grundbesitz adeliger Haushalte basierende gebietsmäßige Aufgliederung politischer Herrschaft zu beobachten, die zumindest in semantischer Hinsicht als Vorläufer der modernen Territorialstaatlichkeit gewertet wird (Sassen 2008: 67). Daneben bestehen aber auch alternative Formen der Herrschaft etwa von Städtebünden oder Mönchsorden mit verschieden ausgeprägten, meist rhizomatisch repräsentierten Formen der Verräumlichung (vgl. Osiander 2001a: 120). Es stehen eine Vielzahl weiterer Formen der Verräumlichung segmentärer Identitäten zur Verfügung, die etwa auf landschaftliche oder religiöse Bezüge zurückgreifen (Assmann 2005: 38f). Die Verständigung dieser verschiedenen Segmente erfolgte in der europäischen ebenso wie etwa in der chinesischen Form der Stratifizierung über ständespezifische Rituale und Wertsysteme (vgl. Zhang 2001: 47), die ansatzweise noch heute in den Formalitäten internationaler Diplomatie beobachtet werden können.

In all diesen historischen Fällen ist es durchaus plausibel anzunehmen, dass maßgebliche Raumsemantiken direkt auf die primäre Form gesellschaftlicher Differenzierung zurückzuführen sind. Mit dem allmählichen, evolutionären und regional höchst unterschiedlich verlaufenden Prozess der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen ist diese Einheit repräsentierende Funktion von Raumsemantiken in struktureller Hinsicht am Ende – zuerst wohl verdeutlicht durch die weder religiöse Heilsinteressen noch ständische Ehrmotive

respektierende Geldwirtschaft (Luhmann 1997: 723). Diese wiederum ermöglichte manchen Adelshaushalten die Verschuldung zur vorübergehenden Konzentration militärischer Fähigkeiten, die somit ebenfalls die Logik stratifizierter Gesellschaften mit ihren tendenziell dezentralisierten Gewaltpotenzialen unterliefen (Tilly 1989: 567f). In einem Jahrhunderte währenden und in manchen Aspekten bis heute andauernden (Neves 2007) Prozess wurde somit jeglicher Möglichkeit der semantischen Repräsentation räumlicher Einheit allmählich die sozialstrukturelle Grundlage entzogen:

„Forschung und wissenschaftliche Kritik arbeiten, trotz aller Restriktionen wirtschaftlicher, politischer, sprachlicher Art, in einem weltweiten Kommunikationsnetz, und die sondergesellschaftlichen Bezüge der Quellen des Wissens sind neutralisiert. Daneben gibt es eine weltweite öffentliche Meinung, die Themen unter dem Aspekt von Neuigkeiten aufnimmt und in Prämissen weiterer Erlebnisverarbeitung übersetzt. [...] Ferner sind sehr großräumige, zum Teil weltweite wirtschaftliche Verflechtungen entstanden. Allen Autarkiebestrebungen, politischen Kontrollen und Isolierungen zum Trotz werden weltweite Möglichkeiten der Bedarfsdeckung laufend in Betracht gezogen und gegen die Nachteile einer Verflechtung abgewogen. Nationale politische Ziele werden gewonnen aus einem internationalen Vergleich des Entwicklungsstandes in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht. [...] Fast überall kann man Kontakte, wenn sie nicht ihrer Natur nach riskant sind, unter einer Art ‚Normalitätshypothese‘ einleiten [...]. Jedes Land hat zwar seine Dazulernquote [...]. Aber man gerät nicht in seltsame, völlig unverständliche Situationen, in denen es unmöglich wird, abzuschätzen, was andere von einem erwarten. [...] Im übrigen gilt diese Prämisse einer Weltgesellschaft nicht nur für formales und normkonformes, sondern auch für abweichendes Verhalten – so neuerdings etwa für Flugzeugentführungen.“ (Luhmann 2005d: 66f)

So also in einer solchen globalen Gesellschaft räumlich beschriebene Differenzierungen noch eine Rolle spielen, tun sie dies im Hinblick auf die in Funktionssystemen codierten Möglichkeiten und Rollenerwartungen, nicht mehr auf identitäre Personen mit festen Rollenbündeln. Ein Phänomen dieser fehlenden räumlichen Einheitsrepräsentation ist die Kritik an der Multiplizierung der „empirischen Nicht-Orte“, also „Verkehrs-, Konsum- und Kommunikationsräume“ reiner Funktionalität, die keine speziellen individuellen Merkmale oder Historien aufweisen (Augé 2011: 124). Dieses Fehlen von persönlicher oder gesellschaftlicher Identität verräumlichenden Formen ist auch daran zu beobachten, dass die Geographie als Raumwissenschaft heute ihre Themen hauptsächlich aus funktionssystemspezifischen Nachbardisziplinen wie etwa der Ökonomie bezieht – „Bindestrich-Geographien“ allenthalben, aber keine räumliche Darstellung gesellschaftlicher Einheit (Goeke/Moser 2011: 235f).

Dass die Geographie wie auch die Kartographie ihrerseits weitgehend ein Phänomen der Moderne darstellt, demonstriert aber bereits den scheinbar paradoxen erhöhten Bedarf der doch fundamental ent-räumlichten Weltgesellschaft an räumlich codierter Kommunikation. Dieser ist nicht zuletzt an der Logik der verdichteten Kommunikation in Organisationen zu beobachten – funktionale Differenzierung ist auch zu sehen als „Unwahrscheinlicherwerden der Annahmemotivationen von Kommunikation“ (Drepper 2003: 172).<sup>70</sup> Unwahrscheinliche Annahmemotivationen können aber anscheinend nur gesichert werden durch die panoptischen (siehe Kap. 1.2) Kontrollmuster in Organisationen: „Büros, Klubs, Universitäten, Kliniken, Gefängnisse, Fabriken, Flughäfen, Kasernen usw.“ (Schroer 2006: 144). Viele dieser Organisationen weisen über den unmittelbar *materiell* gestalteten Bereich ihrer baulichen Verräumlichung hinaus auch *virtuelle*, etwa rechtlich definierte oder statistisch ermittelte Einzugsbereiche, Zuständigkeitsgebiete oder sonstwie räumlich generierte Relevanzbereiche auf, auf die sie die für sie relevanten Unterscheidungen projizieren.

Es ist also schon empirisch keineswegs so, dass „die Raumsemantik in modernen Gesellschaften [...] zurücktritt und dysfunktional wird“ (Hard 2002: 291). Dies mag als Befund allenfalls im Bezug auf naturräumlich gedachte Formen (im Bezug auf die Überwindung natürlicher Hindernisse durch technische Mittel) eine gewisse Plausibilität annehmen – andererseits aber erlebten und erleben naturräumliche Weltbeschreibungen selbst *gerade* in der Raumsemantik der Moderne eine Rückkehr. Dies tun sie teilweise in Form von gegen Machbarkeitsansprüche gesellschaftsplanerischer oder revolutionärer Art gerichteter Widerständigkeit der Natur (Burgess 1978: 73; vgl. Kap. 3.1.3), teils in Gestalt der Legitimation politischer Herrschaft durch deren Identifikation mit natürlichen Gegebenheiten (Fahlbusch et al 1989: 354f; vgl. Kap. 3.2) – und auch in vielfältigen ökologischen Semantiken einer zu bewahrenden Natur, die typischerweise in Gestalt besonders verletzlicher, vor menschlichen Eingriffen zu beschützenden Räumen beschrieben wird. Gerade diese Form der naturräumlichen Semantik erlaubt auch in der durch Differenz charakterisierten modernen Gesellschaft die Bezeichnung einer unitären Gesellschaft, die erst durch ihr naturräumliches Gegenüber konstituiert wird (Hard 2003: 336f). Diese Perspektive kann dann auch als Außenansicht der Gesellschaft zur Formulierung von Kritik und Protest genutzt werden, etwa in der Gestalt der „Ablehnung der gegenwärtigen Modernisierung, der Globalisierung, des Staates und der Konsumorientierung“ – also letztlich der vollständigen Ablehnung funktionaler Differenzierung – und der Forderung nach einem diese ablösenden,

---

<sup>70</sup> Im Original hervorgehoben.

kleinräumigen „Bioregionalismus“ als konservativer oder anarchistischer, jedenfalls aber tendenziell antimoderner Utopie (Hamm/Rasche 2002: 24).

Neben dem Bedarf an panoptischen Organisationen und der geringen Widerständigkeit gegen das Einschreiben jeglicher sozialer Formen in das Medium Raum – sowie der Möglichkeit der Formulierung von Einheitserfahrungen – dürfte es zumindest zwei weitere Gründe für dessen bemerkenswerten Erfolg in der Evolution sozialer Systeme geben, die erst mit dem Primat funktionaler Differenzierung relevant werden. Der erste Grund ist darin zu sehen, dass Raum über die Relationierung von beliebig zu definierenden Objekten an beliebig zu besetzenden Stellen modellhaft über die Differenzen zwischen verschiedenen Funktionssystemen hinweg kommunizieren kann (vgl. Klüter 1987: 87). Das Wirtschaftssystem kann über die Formulierung von Kriterien für attraktive Investitionsstandorte Entscheidungsansprüche an das politische System stellen (Luhmann 2000: 387), das politische System und das Rechtssystem koppeln ihre jeweiligen Entscheidungen aneinander in den territorialen Formen ihrer jeweiligen Geltung (vgl. Luhmann 1993: 434f), was wiederum im Wirtschaftssystem dazu dient, via „forum shopping“ einen den eigenen Interessen angepassten, die finanziellen Risiken minimierenden Gerichtsstand auszuwählen (Lowenfeld 1997: 315-318), und wie oben beschrieben können überraschende Erfahrungen von Ausnahmefällen, der fallweisen Durchbrechung funktionaler Differenzierung über die Form der Region mit ihren jeweils typischen Sonderfällen plausibel erklärt werden (vgl. Kap. 2.2.1).

Unter diesem Gesichtspunkt kommt es im Rahmen funktionaler Differenzierung nicht nur keineswegs zu einer Enträumlichung der Gesellschaft – vielmehr ist mit der häufigen Verräumlichung struktureller Kopplungen zwischen den funktional ausdifferenzierten Systemen eine Multiplizierung räumlicher Semantiken anzunehmen. Schließlich kann oder muss zur Bezugnahme auf die Tatsache, dass trotz des in der modernen Gesellschaft gegebenen generalisierten Inklusionsimperativs bei weitem nicht alle Menschen als Personen in Funktionssystemen adressiert werden – also zur Beschreibung von Exklusionsphänomenen, etwa in „Ghettos, Favelas und Banlieus“ – ebenfalls auf derartige räumliche Beschreibungsmuster zurückgegriffen werden (Schroer 2006: 154f).

Als Tendenzaussage ist es zweifellos plausibel, dass im durch technologische Neuerungen begleiteten Prozess der Modernisierung „Raumdistanzen und Raumgrenzen ihren restringierenden Charakter“ zumindest teilweise einbüßen und insofern ein „Verzicht auf räumliche Integration“ zu konstatieren ist (Luhmann 1997: 314f). Umso schwieriger wird damit aber auch die Legitimation des Fortbestands derartiger grenzbasierter, chorischer Restriktionen, die gerade durch politische Systeme vorgenommen werden. Zuletzt illustriert

die Annahme der räumliche Abhängigkeiten lediglich abbauenden Modernisierung auch, dass „Luhmann beim Thema Raum an erdräumliche Differenzierungen denkt“ (Schroer 2006: 159) – was aber, wie gezeigt, bei weitem nicht die einzige und im Hinblick auf moderne Gesellschaften vermutlich auch nicht unbedingt die wichtigste Form von Räumlichkeit sein muss.

Dies wird deutlich bei der Betrachtung des zweiten, durch funktionale Differenzierung erst bedingten Grundes für die Relevanz räumlicher Formen. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass „in der modernen Gesellschaft ein gesamtgesellschaftlicher Status und eine gesamtgesellschaftliche Sichtbarkeit für Personen und Familien kaum noch vorstellbar sind“ (Stichweh 2005a: 177) – von den zuvor genannten Exklusionsbereichen, die durchaus über die Herkunft aus ihnen eine in mancher Hinsicht als gesellschaftsuniversal zu bezeichnende Statusmarkierung vornehmen, einmal abgesehen. Sie stellen Ausnahmen im wahrsten Sinne des Wortes dar – nicht, weil sie numerisch insignifikant wären, sondern aufgrund ihrer Skandalisierbarkeit. Sie sind in der funktional differenzierten Gesellschaft Symbol der Nichtanwendung einer Norm, und dies nicht lediglich in juristischem Sinne (Agamben 2004: 51; vgl. Kap. 1.2).

In der Tat muss es somit als *Normalfall* der Moderne gelten, dass Erwartungen und Erwartungserwartungen gegenüber Personen nicht aufgrund eines diesen prinzipiell, also als Person zukommenden Status abgerufen werden, sondern je nach Funktionssystem spezifischen Kriterien, die in anderen Funktionssystemen völlig andere Reaktionen herbeiführen können. Traditionelle Gesellschaften bildeten in der Regel eine relativ stabile Reihe von Rollenkombinationen (mit Parametern wie Mann/Frau, Bauer/Städter, adelig/bürgerlich etc.) heraus, die sich über eine gedachte oder tatsächliche räumliche Anordnung von Körpern und Gegenständen durchaus adäquat abbilden ließ. In der modernen Gesellschaft sind derartige Rollenkombinationen nun fluide – abhängig nicht nur von der anzusprechenden Person, sondern auch von der spezifischen Situation und den in ihr manifest werdenden systemspezifischen Imperativen (vgl. Kuhm 2000: 333f).

Zentrale Herausforderung für jede Art von Informationsverarbeitung ist es unter diesen Umständen, „auch hohe Grade von Heterogenität, Heteronomie und Heterarchie zu bewältigen“ (Willke 2003: 88) – eine dementsprechende Proliferation verschiedenster Raumsemantiken ist zu erwarten: Denn räumliche Kommunikation kann über die Vergegenständlichung oder Visualisierung dieser extrem vielfältigen systemischen Unterscheidungen, wie im vorigen Kapitel dargestellt (Kap. 2.2), gewissermaßen als „Kontingenzunterbrecher“ (Kuhm 2000: 334) fungieren. Sie tut dies, indem sie mit im

Vergleich zu anderen denkbaren Mitteln der Sprache relativ geringem zeitlichen und sachlichen Aufwand – typischerweise in Form der Karte, die analog zur Rolle der Schrift und später der digitalen Kommunikation als maßgebliches Verbreitungsmedium räumlicher Unterscheidungen in der Moderne fungiert (vgl. Strandsbjerg 2008: 336) – eine Vielzahl von in sozialen Systemen gegebene Möglichkeiten ausschließt. Von Raumsemantiken ist insbesondere zu erwarten, dass sie

- Systemzustände als Aktualität oder Potenzialität markieren, d. h. mittels der Unterscheidung materieller und virtueller Räume gegenwärtige, reale Systemzustände von denkbaren, wünschbaren oder zu vermeidenden Systemzuständen unterscheiden (Kap. 2.2.3);
- Systemzustände in Form von Selbstreferenz oder Fremdreferenz markieren, also mittels der Unterscheidung determinierender und voluntaristischer Räume als Eigenleistung des Systems oder als auf dieses einwirkenden äußeren Zwang Kausalitätserwartungen kommunizieren (Kap. 2.2.4);
- Systemzustände in Form relativ dauerhafter Erwartbarkeiten oder als Serie von Ereignissen markieren, also über die Unterscheidung chorologischer und rhizomatischer Räume zeitliche Komplexität reduzieren (Kap. 2.2.5) sowie schließlich über die
- Unterscheidung der Anschlussfähigkeit an der Seite von Stelle und Objekt, mithin über die Annahme der Charakteristika absoluter und relationaler Räume, die Fortsetzung der Kommunikation im System regulieren (Kap. 2.2.6).<sup>71</sup>

Damit wird die Untersuchung nun auf in der politischen Kommunikation tatsächlich vorkommende Raumsemantiken in ihren strukturalistischen Kontexten gerichtet und gefragt, „welche räumlichen Kodierungen der Wirklichkeit dort vorgenommen werden, wie diese Raumabstraktionen funktionieren und was sie für welche sozialen Systeme und gesellschaftlichen Praxen leisten“ (Hard 1986: 79). Dabei ist es selbstredend aus Gründen der Länge nicht möglich, alle historisch beobachtbaren politischen Raumsemantiken gleichermaßen zu beachten. Die bei der notwendigen Auswahl zugrundegelegten

---

<sup>71</sup> Die verschiedenen hier untersuchten Formen räumlicher In-formation sozialer Systeme wurden hier zur Erinnerung noch einmal bündig dargestellt. In den folgenden Kapiteln wird schlicht aus Platzgründen nicht jedesmal auf die angenommene spezifische Wirkungsweise der Unterscheidung materieller und virtueller oder determinierender und voluntaristischer Raumformen eingegangen – es bleibt dem Leser überlassen, die jeweils angenommene Wirkungsweise der räumlichen Kommunikation selbst auf ihre Plausibilität im gegebenen Kontext zu prüfen.

Selektionskriterien seien daher hier offengelegt: Eine Analyse spezifischer *Raummetaphern*, die in konkreten historischen Situationen etwa in der politischen Rhetorik verwendet wurden, wie sie Helmig (2008) sehr aufschlussreich vornimmt, scheidet wegen mangelnder Kontinuität der entsprechenden Begriffe und somit mangelnder Generalisierungsfähigkeit aus. Eine erneute Betrachtung einfacher territorialer Modelle wie der eingangs vorgestellten (Kap. 1.1) kommt bereits deswegen nicht in Frage, weil sie keinen performativ wirksamen Raumbegriff verwenden, sondern lediglich eine Projektion anderweitig gewonnener Unterscheidungen darstellen und somit eigentlich keine räumliche Kommunikation im hier vertretenen Sinn darstellen. Ebenfalls weitgehend verzichtet wird auf die Analyse der Raumkonzepte Schmitts, Foucaults und Agambens – einerseits würde die Problematik des nicht-performativen Raumbegriffs auf sie ebenfalls zumindest teilweise zutreffen (vgl. Kap. 1.2).

Andererseits erscheint es im Hinblick auf die Relevanz der untersuchten Raumsemantiken in der operativen Politik auch als durchaus sinnvoll, Literatur heranzuziehen, die nicht ausschließlich für den akademischen Betrieb gedacht ist, sondern eine gewisse Nähe zu „politischer Gebrauchsliteratur“ aufweist (so auch Schaffner 2008: 34) und somit anschlussfähig an nicht nur wissenschaftliche Theorien, sondern auch an politische Debatten und Konflikte sein könnte. Luhmann (1993a) verfolgte bei der Auswahl der Quellen für seine wissenssoziologischen Studien anscheinend eine ähnliche Präferenz für eher alltagsnahe oder vielmehr praxisnahe als intellektuell zuspitzende oder avantgardistische Literatur (was eine Avantgarde innerhalb derartiger Literatur natürlich nicht ausschließen soll). In dieser Hinsicht erscheint es als besonders lohnend, die bereits erwähnte *geodeterministische* Tradition politischer Raumsemantiken als zentrales Untersuchungsobjekt zu wählen.

Nicht nur ist diese Argumentationslinie ideengeschichtlich in zahlreichen Kontexten zu finden und auch für politische Rhetorik vielfach verwendet – in einigen Fällen möchte man sagen: missbraucht – worden, sie ist zudem auch in vormodernen Texten zur Politik bereits ansatzweise zu finden und erlaubt somit als eigentlich einzige Semantik politischer Räume eine Beobachtung ihrer Entwicklung im Rahmen der gesellschaftlichen Ausdifferenzierungsprozesse über Jahrhunderte hinweg. Dies geschieht nicht mit dem Interesse, „eine kontinuierliche Ideengeschichte“ zu erstellen (Köster 2002: 35) – wenngleich die Darstellung sicherlich ideengeschichtlich gelesen werden kann – sondern insbesondere mit dem Interesse der Sichtbarmachung der innerhalb einer relativ kontinuierlichen Semantik gegebenen Strukturbrüche im Rahmen sozialer Evolution. Als Kontrapunkte zu dieser historisch weiter zurückreichenden Tradition der materialistischen politischen Geographie

werden schließlich zwei politische Raumsemantiken neueren Datums betrachtet, nämlich zum einen die um die Jahrtausendwende sehr populäre, aber gleichfalls auf ältere Vorbilder zurückgehende *Deterritorialisierungssemantik* sowie zum anderen die aktuell stark vertretene *kritische Geopolitik*. Das Spektrum ist also sowohl in intellektueller als auch in politisch-ideologischer Hinsicht recht weit gefasst. Im Anschluss daran werden diese Semantiken auf ihr Funktionieren im Rahmen einer funktional ausdifferenzierten und im Medium der Macht kommunizierenden Politik befragt und die Ergebnisse in einer konzisen Strukturtypologie politischer Raumformen für den weiteren Gebrauch aufbereitet.



### 3. Politische Raumsemantiken

#### 3.1 Geographie und Geodeterminismus in der politischen Ideengeschichte

##### *3.1.1 Kontinuität oder Historizität? Politische Raumsemantiken seit der Antike*

Die Frage, zu welchen intellektuellen Ursprüngen räumliches Denken und räumliche Beschreibungen von Gesellschaft und Politik in der Ideengeschichte zurückverfolgt werden kann, lässt mehrere Antworten zu (Black 2009: 14f). Die theoretische Genealogie der politischen Geographie ist hochumstritten, wie etwa Köster (2002: 36) mit deren Beschreibung als „Problematik der Vorgeschichte“ erkennen lässt. Eine Position assoziiert die Untersuchung politischer Räume ausschließlich mit der Disziplin der Geographie bzw. deren Teil- oder Nachbardisziplin der politischen Geographie – sie wäre dann ein reines Produkt der frühen Moderne oder Neuzeit.<sup>72</sup> Umwelt- bzw. genauer geodeterministische Thesen als Fokus der frühen politikgeographischen Debatten werden dann mitunter – dies ist eine durch die Literatur nicht gedeckte Extremposition, die aber dennoch in einem aktuellen Standardlehrbuch der politischen Geographie an sehr prominenter Stelle auftritt – zu intellektuellen Ausgeburten frühmodernen imperialistischen Überlegenheitsdenkens erklärt: „Environmental determinism was developed in the mid-nineteenth century purportedly to explain the discrepancies in standards of living between European colonizers and their colonial subjects“ (Gallaher et al 2009: 2).

Auch die bereits begrifflich wesentlich umstrittenere „Geopolitik wurde im 20. Jahrhundert geboren“, wenn man der Deutung des räumlichen Denkens als essenziell modernes Phänomen folgt (Taylor 1994a: 25). Diese These einer Synchronität von politischer Moderne und politischer Geographie würde einerseits die theoretische Auseinandersetzung mit beiden erleichtern – sie ist aber ideengeschichtlich durchaus problematisch. Sowohl Vertreter als auch Kritiker der frühmodernen politischen Geographie und der späteren Geopolitik (zu dieser siehe Kap. 3.1.4; 3.2.) sehen beide Varianten in hohem Maße durch begriffliche und theoretische Inspirationen aus der Geographie der Neuzeit und insbesondere der Aufklärung geprägt und belegen diesen Konnex teils sehr spezifisch (z.B. Grabowsky 1962: 216; Helmig 2008: 53; Kristof 1960: 16).

Für Vertreter der Kontinuitätsthese in ihrer starken Form stellen die Begriffe Geodeterminismus und Geopolitik, verstanden als Lehren von der Determination der Politik

---

<sup>72</sup> Es ist wenig überraschend, dass diese Position anscheinend eher von Geographen als von Politikwissenschaftlern vertreten wird – tendenziell irreführend ist daran allerdings die Verwechslung der Ideengeschichte eines Begriffs mit der Geschichte der durch den Begriff konstituierten Disziplin.

durch die physische Geographie im Sinne einer auf materiellen und materialistischen Räumen beruhenden Politikbeschreibung, dann oft lediglich eine neue Bezeichnung für wesentlich ältere Denktraditionen dar. Auch diese These ist problematisch, kann aber zumindest plausible erscheinende stützende Argumente vorweisen. Einige Elemente geopolitischer Überlegungen finden sich etwa in früheren naturalistischen Politiktheorien, so etwa der Physiokraten, wieder (Teschke 2006: 328), andere, prominentere Verbindungen – so etwa die bekannten Beispiele Montesquieu, Kant und Herder – werden in den folgenden Kapiteln bezüglich ihrer Funktion in den jeweiligen Raumsemantiken behandelt. Die Kontinuitätsthese scheint im Hinblick auf die tatsächliche Formulierung geodeterministisch anmutender Thesen bei zahlreichen Klassikern der politischen Ideengeschichte zumindest oberflächlich etwas plausibler.

Andererseits ist der sozialstrukturelle und epistemologische Hintergrund wie auch die anzunehmende Motivation der Autoren von antiken philosophischen Klassikern wie Aristoteles einerseits und Geopolitikern wie Friedrich Ratzel (vgl. Kap. 3.2.3) andererseits viel zu divergent, als dass die Konstruktion eines ungebrochenen Narrativs unhinterfragt bleiben könnte. Deutlicher differenzierend beschreibt Köster (2002) den eigentlichen Bruch von vormodernen und neuzeitlichen Raumsemantiken in der politischen Theorie hin zu modernen politikgeographischen und geopolitischen Beschreibungen: Dieser sei zum einen in der „Etablierung der Begriffe Raum und Zeit als Chiffren für die Objektkonstitution der Disziplinen Geographie und Geschichtswissenschaft“ (ebd.: 44) – und damit auch der Emergenz einer spezifischen Form von Raumtheorien des Politischen – zu sehen, zum anderen aber, unabhängig von der akademischen Theoriebildung, in der zunehmenden alltagssprachlichen Verräumlichung von Staatlichkeit und Politik (ebd.: 52f).

Möchte man eine systemtheoretisch informierte Synthese der beiden Positionen – Kontinuität und Historizität der Theoretisierung politischer Räume – in Betracht ziehen, so könnte man sich vielleicht auf den Standpunkt begeben, dass historische räumliche Beschreibungen von Politik mitunter eine hohe *semantische* Kontinuität aufweisen,<sup>73</sup> die oft an der weitgehend unveränderten Visualität der physischen Topographie des Planeten und der diese darstellenden Karten festzumachen ist, derer sie sich für ihre Raumbilder bedienen. John Agnew (1998: 11) betrachtet diese Fähigkeit zur Visualisierung politischer Strukturen – „seeing the world-as-a-picture“ – sogar als zentrale Funktion der modernen politischen Geographie und der Geopolitik. Zweifelsohne ist diese Visualisierung oft in hohem Maße über Karten u.ä. gegeben, und es lässt sich sehr plausibel argumentieren, dass die Wirkung

---

<sup>73</sup> Dies gilt, wie bereits angemerkt, nicht mehr für die akademische politische Geographie ab dem 19. Jahrhundert.

geopolitischer Weltbeschreibungen auf die öffentliche Meinung vor allem durch ihre visuelle Darbietung erreicht wird (vgl. Boria 2008: 283). Strandsbjerg (2010: 69) betrachtet ebenfalls die rapide Entwicklung der Kartographie in der europäischen Neuzeit als konstitutiv sowohl für spätere Raumtheorien als auch für räumliche Alltagsverständnisse von Staat und Politik. Dem ließe sich entgegenhalten, dass sich Kartographie als Modus der Kommunikation räumlicher Informationen nicht auf Visualität reduzieren lässt.<sup>74</sup> Vor allem aber beinhaltet Visualität als Kategorie der alltäglichen und theoretischen Betrachtung von Politik ein derartig breites Spektrum von Kommunikationen, die *auch*, aber eben bei weitem nicht *nur* räumlich verstanden werden können. Innerhalb dieses Spektrums nehmen Karten und andere primär räumlich zu verstehende Repräsentationen wohl nicht notwendigerweise eine zentrale Position ein – man denke in dieser Hinsicht etwa an Flaggen, Wappen, Symbole politischer Parteien oder auch an die in der politischen Systemlehre beliebten Organigramme. Wenn die Visualität politischer Geographien starke historische Kontinuitäten zeigt, so wären diese systemtheoretisch als semantische Kontinuitäten zu verstehen (vgl. Stäheli 2007: 72f). In *struktureller* Hinsicht aber können diese visuellen Raumbeschreibungen eine Vielzahl von sozialen und politischen Unterscheidungen beobachten und im Kontext verschiedenster System auftauchen; die semantische Kontinuität ist nicht notwendigerweise auch in ihrem strukturellen Korrelat gegeben.<sup>75</sup> Diese Beobachtung soll im Folgenden an einigen zentralen geodeterministischen Texten und Theorietraditionen plausibilisiert werden.

Die wohl weitestgehende Zurückdatierung des politischen Raumdenkens betrachtet, wie oben erwähnt, die antiken Philosophen als dessen Urväter – so etwa Hippokrates von Kos, der die menschliche Wesensart durch klimatische Gegebenheiten bestimmt sah: In den kälteren Ländern des Nordens seien tendenziell kräftige, aber auch eher stumpfsinnige Charaktere zu erwarten, in wärmeren Gegenden hingegen intelligentere, aber auch schwächlichere Menschen. Ein „optimales Mischungsverhältnis“ sei lediglich unter gemäßigten Klimaverhältnissen zu erwarten – so konnte dann auch die Vorstellung griechischer Überlegenheit begründet werden, eine den späteren geopolitischen Theorien zumindest oberflächlich nicht unähnliche Argumentationsform (Schultz 2010: 45): Politische Macht wird als Phänomen mit konkreter, geographischer Verortung beschrieben. Aristoteles bezieht diese Klimatheorie im siebten Buch seiner Politik auf die spezifischen Tugenden von

---

<sup>74</sup> So existierten und existieren – etwa in Form von Entfernungstabellen, verbalen Informationen aus Navigationssystemen und anderen texthaften Wegbeschreibungen wie etwa den antiken römischen Straßennetzdokumentationen – räumliche Darstellungen, die in vielerlei Hinsicht Kartenfunktionen erfüllen, aber zumindest im heutigen Verständnis nicht als Karten zu bezeichnen sind; ebenso gibt es visuelle Repräsentationen der Welt, die keine Karten im heute gebräuchlichen Wortsinn darstellen (vgl. Black 2005: 9f; 27).

<sup>75</sup> Zur Unterscheidung von Struktur und Semantik vgl. Kap. 2.3.1.

Philosophen und Wächtern, die wiederum nur bei den Hellenen vereint seien. Damit wären diese im Falle ihrer politischen Vereinigung in der Lage, „über alle zu herrschen“ (Aristoteles 1989: 336) – was als Vorwegnahme der Assoziation von Mittellage und imperialer Rolle etwa im strategischen Diskurs der kontinentalen Geopolitik interpretiert werden könnte (vgl. Münkler 2010: 180f; Kap. 3.2.3).

Politische Großgebilde solcher Art lehnt er allerdings ab – die Bewohner müssten sich untereinander persönlich bekannt sein, um ihre individuellen Eigenschaften und damit die jeweilige Eignung zu politischen Ämtern beurteilen zu können (Aristoteles 1989: 332). Zudem fordert Aristoteles neben der wirtschaftlichen Autarkie eines Staatsgebiets vor allem die Verteidigungsfähigkeit desselben – so müsse es sowohl zum Land als auch zum Meer hin über gute Verkehrsanbindungen besitzen, um im Ernstfall über mehrere strategische Optionen zu verfügen (ebd.: 333).<sup>76</sup> Darüber hinaus weist er auch – und hier deutet sich wieder ein geopolitischer Topos an, der später in der Debatte über das Verhältnis von Landmacht und Seemacht bedeutend wurde – auf potenzielle Risiken einer an sich vorteilhaften Nähe zur See hin; namentlich die Präsenz von „Menschen, die unter anderen Gesetzen aufgewachsen“ (ebd.: 334) sind – Sicherheitsbedenken gegenüber Einwanderern waren bereits Aristoteles nicht fremd, und auch er assoziiert eine bedeutende Rolle des Seehandels mit einer tendenziell kosmopolitischen Ausrichtung des Gemeinwesens.

Grundsätzlich erkennt er einen potenziellen Widerspruch zwischen der räumlichen Logik des alltäglichen Lebens und den Notwendigkeiten der Verteidigung, so sei etwa eine von geraden Straßen erschlossene Stadt für Erstere, eine ungeordnete und verwirrende Anordnung der Häuser hingegen für Letztere vorteilhaft (ebd.: 347). Politische Räumlichkeit wird somit bei Aristoteles nicht *nur* als determinierende materielle Externalität, sondern durchaus *auch* als Gegenstand politischer Handlungen und Entscheidungen aufgefasst, für die grundsätzlich mehrere Optionen zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die Einrichtung von Befestigungen innerhalb der Stadt, die er durch die jeweilige Staatsform bedingt sieht – eine „Stadtburg“ (gemeint ist wohl eine Zitadelle) sei für Oligarchien und Monarchien angebracht,

---

<sup>76</sup> Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Aristoteles hier die Wahl des geeigneten Orts für eine Stadtgründung diskutiert – möglicherweise im Zusammenhang mit der griechischen Mittelmeerkolonisation, bei der sich diese Frage häufig gestellt haben wird. Die Lage eines Staatsgebiets als Gegenstand politischer Entscheidungen ist eine Figur, die in der modernen politikgeographischen Theoriebildung nicht mehr auftaucht – sie wird als gegeben und die politische Existenz überhaupt konstituierend betrachtet. Entscheidend ist, dass die politische Existenz einer Gruppe von Menschen ihrer räumlichen Verortung bei Aristoteles vorauszu gehen scheint – womit doch ein deutlicher Gegensatz zur Naturbestimmtheit der Politik in der Geographie der Aufklärung und in der späteren geopolitischen Lehre vom Staat als Raumorganismus gegeben ist (vgl. Schultz 1998: 128).

nicht jedoch in einer Demokratie, der eine „ebene Gleichmäßigkeit“ entspräche.<sup>77</sup> Darüber hinaus stellt er weitere, auf die optimale Verteidigungsfähigkeit abstellende Überlegungen zur Stärke der Stadtmauern und dem Grundeigentum an den Stadtgrenzen; aber auch zum Einfluss der Lage der Stadt auf die Gesundheit ihrer Bewohner an (ebd.: 345f). Eine systematische Unterscheidung von Raum als Rahmenbedingung und Raum als Ergebnis von Handlungen ist aber nicht gegeben.

Damit wird klar, dass Aristoteles zahlreiche Topoi aufführte, die in der späteren politischen Geographie bedeutend werden sollten – von der Unterscheidung maritimer und tellurischer Lagen über die Betonung der Bedeutung verschiedener Klimata und Geländeformen bis hin zu Fragen wirtschaftlicher Autarkie. Dennoch muss die Frage einer ideengeschichtlichen Kontinuität von der Antike bis hin zur klassischen Geopolitik des 19. und 20. Jahrhunderts wohl verneint werden. Zutreffender ist vermutlich die Charakterisierung seines Raumbegriffs als eine Synopse physisch-topographischer Faktoren, die für die Polis seiner Zeit relevant waren, aber typische Unterscheidungen späterer Theoriebildung noch nicht aufwies. Insbesondere die bis in die Gegenwart für zahlreiche Debatten konstitutive Polarisierung zwischen raumdeterministischen und raumvoluntaristischen Positionen kann bei Aristoteles – ebenso wenig wie die Binarisierung von Raum und Zeit – nicht festgestellt werden. Anstelle der Identifikation des Raums mit permanenten, ‚natürlichen‘ und menschlicher Gemeinschaft mit ‚geschaffenen‘, ‚künstlichen‘ Tatsachen verteidigte er die politische Theorie einer Polis, die aufgrund ihres der Natur des menschlichen Wesens entsprechenden Charakters *selbst* den Status einer natürlichen Substanz innehat (vgl. Dietz 2012: 281).

Natur bedeutet in der *Politik* allerdings nicht – wie in manchen frühmodernen Ansätzen – eine dem menschlichen Handeln völlig entzogene Substanz, vielmehr können die in der aristotelischen Natur angelegten Normen auch durch menschliches Handeln durchbrochen oder modifiziert werden, so lautet zumindest eine plausible Auffassung zu dieser Frage (Frank 2004: 92). Dabei ist das Verhältnis zwischen Natur und Handlungsfreiheit in der Aristoteles-Interpretation bis in die Gegenwart umstritten, eine definitive Aussage ist mit den oben vorgestellten binären Unterscheidungen wohl auch nicht möglich. Vielmehr bewahrt die räumliche Darstellung des politischen Lebens in der *Politik* ein hohes Maß an Kontingenz und Spannung, die eben nicht in für die moderne Raumtheorie anschlussfähige Unterscheidungen

---

<sup>77</sup> Dieser Topos findet sich auch in der späteren Literatur zum Zusammenhang zwischen homogener Territorialität und liberaler Demokratie (vgl. Kick 2001: 236; Kap. 1.1). Die Aussage dürfte allerdings bei Aristoteles noch nicht auf eine abstrakte Homogenisierung vermessener Territorien bezogen sein, sondern auf die Gelegenheit zu ungehinderten Interaktionen körperlich anwesender Bürger, unter denen keine permanenten Asymmetrien zugelassen werden dürfen (vgl. Bubner 2002: 72f; 86).

aufgelöst wird, sondern vielleicht besser als Ambiguität zulassende, stets lageabhängige Interpretation der interessierenden Dinge interpretiert werden könnte.

Der spezifische historische und begriffspolitische Hintergrund der aristotelischen *Politik* könnte unter anderem in früheren Auseinandersetzungen mit den Sophisten zu sehen sein, die gerade die binäre Unterscheidung von „*physis*“ und „*nomos*“ zur Infragestellung der religiös begründeten Autorität der Poleis verwendeten (Ambler 1985: 163). Andere Interpretationen sehen eher eine theoretische Reflexion der Spannung zwischen der pluralen, auf Unabhängigkeit bedachten griechischen Welt der Poleis und dem universalen Herrschaftsanspruch des makedonischen Imperiums – in der Aristoteles aufgrund seiner Situation als Grieche in Diensten des makedonischen Königs eine sehr ambivalente Position einnahm (Dietz 2012: 279).

Geographische Fragen spielten aber für diesen Konflikte – wie auch für die politischen Theorien der Antike im Allgemeinen – keine zentrale Rolle. Dies ist auch nicht verwunderlich vor dem Hintergrund einer – trotz befestigter zentraler Orte und teils relativ präzise abgegrenzter Territorien – in den Poleis nach wie vor dominierenden Personenverbandsstaatlichkeit und der letztlich durch quasi-verwandtschaftliche Bande determinierten politischen Identifikation (vgl. Kolb 2005: 59f). Auch Aristoteles' eigener Heimatort Stagira war selbst vermutlich keine Polis im eigentlichen Sinne als Bezeichnung für ein unabhängiges Gemeinwesen, sondern eher eine Art Grenzland im Schwebezustand zwischen relativer Eigenständigkeit und dem Vasallenstatus gegenüber dem makedonischen Imperium (Dietz 2012: 278). Städtische oder gebietsmäßige Organisation waren auch nicht durchgängig Voraussetzung für die Anerkennung politischer Existenz im antiken Griechenland, so waren zumindest zeitweise auch „Seeräuber“ und „Söldnerheere“ als legitime Vertragspartner akzeptiert (Demandt 2004: 66).

Für die geringe Bedeutung räumlicher Kategorien spricht nicht zuletzt vor allem auch die Tatsache, dass Aristoteles in seiner *Politik* die ja von ihm selbst in der *Physik* ausgearbeitete Raumtheorie nicht einmal ansatzweise auf seine Staatstheorie anwendet – „[...] Aristotle's politics are evidently not directly derived from his physics [...]“ (Ambler 1985: 177). Nach Köster (2002: 37) ist aber auch in der *Physik* mit „*topos*“ noch kein abstrakter Begriff des Raums im heutigen Verständnis gegeben, vielmehr sei damit die „einem Ding wesensmäßig zukommende Form mit dem ihm wesensmäßig zukommendem Ort“ verknüpft (so auch Jammer 1960: 16). Als Konsequenz daraus wird die „begriffliche Unterscheidung zwischen [moderner, J.K.] Raumpolitik und [aristotelischer, J.K.] Topopolitik“ gefordert (Köster 2002: 38) – womit Aristoteles zumindest als direkter Ahnherr der modernen politischen

Raumsemantiken ausscheiden müsste. Dennoch sollte seine Beschäftigung mit Fragen, die heutzutage der strategischen Geographie und der Stadt- und Raumplanung zugeordnet würden, als ideengeschichtlich erste Begegnung systematischen politischen Denkens mit geographischen Themen gewürdigt werden.

Dies gilt insbesondere, da raumbezogene Themen in der nachhellenistischen Phase politischen Denkens lange Zeit nicht präsent waren. Die *Geographica* des Strabon stellen eine Art länder- und völkerkundliche Weltbeschreibung dar, weisen aber nur periphere Bezüge zur politischen Philosophie der römischen Antike auf.<sup>78</sup> Während ein Einfluss der physischen Umgebung auf den Charakter und die politische Ordnung ihrer Bewohner durchaus zugestanden wird – Bergbewohner seien meist arm und tendenziell kriegerisch – seien dadurch bedingte Probleme jedoch durch kluge politische Führung und Geistesbildung überwindbar (Strabon 1927: 487-489). Dies könnte in der heutigen Diskussion als Absage an geodeterministische Überlegungen verstanden werden – vermutlich handelt es sich aber eher um eine alltagslogische Abwägung verschiedener Faktoren im Sinne des altgeographischen ‚Containerraums‘.

### 3.1.2 Ibn Khaldūns *Muqaddimah*: Politische Geographie im raumlosen Mittelalter?

Während naturräumliche Beschreibungen von Politik im europäischen Mittelalter in Ermangelung einer hinreichend institutionalisierten (Proto-)Geographie jenseits alltäglicher Identifikationen mit bestimmten landschaftlichen Gegebenheiten ohnehin keine zentrale Rolle spielten konnten, kann von einer Absenz räumlichen Denkens in der islamisch-arabischen Welt des Mittelalters keine Rede sein – das bekannteste Beispiel dafür dürfte die *Muqaddimah*, das universalhistorische *magnum opus* des maghrebinischen Universalgelehrten Ibn Khaldūn (2011) darstellen. Dieses Werk ist im Kontext der umfangreichen Kenntnisse arabischer Geographen und Kartographen (vgl. Black 2005: 27f) zu sehen, die im Gegensatz zu kontemporären Raumvorstellungen des christlichen Europas mit ihrer Fusionierung physisch-geographischer und religiöser Topoi (vgl. Black 2009: 21f) auf der Möglichkeit basierten, trotz religiöser Orthodoxie – auch Ibn Khaldūn hatte zeitweise hohe Ämter der islamischen Jurisprudenz Ägyptens inne – immanent und transzendent codierte Räume deutlich zu unterscheiden.

---

<sup>78</sup> Die Bezeichnung Strabons (neben zahlreichen anderen frühen Geographen) als intellektuellem Ahnherren der Geopolitik etwa durch Robert Strausz-Hupé (1945: 2) – die ohne Plausibilisierung am Text vorgenommen wird – dürfte wohl eher ihrer Rehabilitierung über die Konstruktion einer möglichst langen Tradition und der dadurch bewirkten Distanzierung von nationalsozialistischem Gedankengut gedient haben als einer ernsthaften ideengeschichtlichen Auseinandersetzung.

Eine solche Unterscheidung wurde möglicherweise begünstigt durch den in der mittelalterlichen islamischen Philosophie angenommenen „noble aspect of reason as a natural bridge to the suprarational realities and to religious faith, rather than as an obstacle against them“ (Nasr 1993: 115), eine realistische Beschreibung materieller Räume ohne jeden herkömmlich als theologisch zu verstehenden Aspekt war im Hinblick auf religiöse Normen unproblematisch. Die spirituelle Existenz wurde als in einer grundsätzlichen anderen Seinsebene befindlich, aber dem Interesse an Naturwissenschaft und physischer Geographie nicht zuwiderlaufend verstanden. Dagegen bestanden in der christlichen Apologetik des Mittelalters beträchtliche Vorbehalte gegenüber der materiellen Welt und ihrer Versuchungen, etwa in der scholastischen Philosophie ihres dominierenden Vertreters Thomas von Aquins. Natur und Religion wurden zumindest tendenziell als gegensätzlich empfunden; hinzu kam eine im Gegensatz zum Islam keineswegs rein transzendente Gottesvorstellung – vielmehr wurde ein Wirken höherer Kräfte durch Wunder auch in der materiellen Welt angenommen, welches eine physisch-geographische Beschreibung politischer Räume ohnehin nicht sinnvoll erscheinen ließ (vgl. Bernath 1988: 182f).

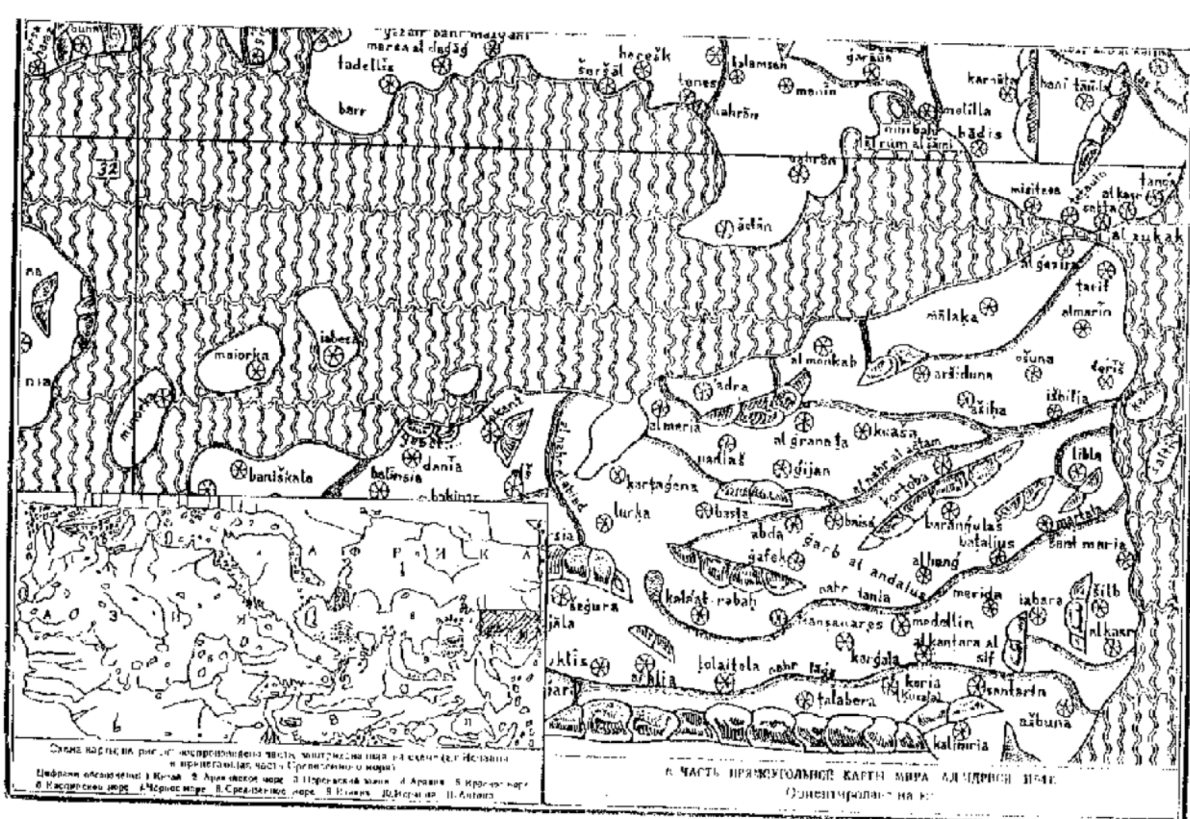


Abbildung 5: Topographische Karte von al-Idrisi, 1154 (Quelle: Tkachenko 2003).



Vor diesem Hintergrund entwickelt Ibn Khaldūn in der arabischen Welt – vermutlich über Aristoteles von der hippokratischen Klimatheorie inspiriert, aber weit über sie hinausgehend<sup>79</sup> – eine geodeterministische Zyklentheorie dynastischer Herrschaft, die an begrifflicher Klarheit und nomothetischer Kohärenz auch in späteren geodeterministischen Raumsemantiken selten überboten wurde. Ausgangspunkt ist die am Nordafrika seiner Epoche exemplifizierte primäre Differenzierung politischer Gruppen in nomadische Wüsten- und Gebirgsbewohner einerseits und die sesshaften Bewohner fruchtbarer Landstriche andererseits, wobei erstere sich durch die Gewöhnung an Entbehrungen auszeichnen:

„Es ist, als ob die Notwendigkeiten eine Wurzel seien und der Luxus ein Ast, der aus ihr hervorwächst. Die Nomaden sind also die Wurzel für die Städte und die Sesshaften, denen sie vorangegangen sind, denn der Mensch beansprucht zunächst nur das Notwendige, und er gelangt nicht zu Wohlstand und Luxus, ohne dass das Notwendige sich vorher einstellt. Die Härte des Nomadenlebens kommt vor der Weichheit des sesshaften Lebens, und deshalb finden wir, dass das Stadtleben das Ziel des Nomaden ist. [...] Wenn er dann genügend Besitz erlangt hat, so dass sich für ihn die Verhältnisse und Gebräuche des Wohlstands einstellen, wendet er sich dem Wohlleben zu und unterwirft sich dem Joch der Stadt.“ (Ibn Khaldūn 2011: 139f)

Im Zuge dieser Migration werden die wohlhabenden Stadtregionen tendenziell unter die Kontrolle armer, aber kriegerischer Nomaden aus unwirtlicheren Regionen gelangen. Die unter den Bedingungen des nomadischen Lebens florierende Wehrhaftigkeit und Kühnheit (ebd.: 142f) wird aber beim Erreichen des Ziels der Sesshaftigkeit allmählich ebenso aufgegeben wie die zuvor überlebensnotwendige „Gruppensolidarität“ (ebd.: 147).<sup>80</sup> In der letztendlichen Dekadenzphase geht diese dann nicht nur aus Gründen der Bequemlichkeit, sondern auch wegen der über die erlangten Reichtümer ausbrechenden Verteilungskämpfen verloren, so dass schließlich für die herrschende Gruppe „ihr Verfall und ihre Altersschwäche

---

<sup>79</sup> Der Anspruch, eine stringendere, nomothetische Theorie der Politik vorzulegen, wird auch offensiv und sehr selbstbewusst vertreten: So kritisiert der Autor an der *Politik* des Aristoteles, das das Werk „nicht erschöpfend ist, dass ihm nicht das Seine an Beweisen beigegeben ist und dass es mit anderen Dingen vermischt ist“ (Ibn Khaldūn 2011: 107).

<sup>80</sup> Der in der verwendeten Übersetzung mit „Gruppensolidarität“ wiedergegebene Begriff lautet im arabischen Original „عصبية“ („asabiya“), er impliziert die unbedingte gegenseitige Loyalität und Schutzverpflichtung unter (angenommenen) Blutsverwandten in einer tribal geordneten Gesellschaft und stellt damit den theologisch negativ besetzten Gegenbegriff zur universellen Gemeinschaft der muslimischen Gläubigen („Umma“) dar (Grutzpalk 2007: 36f). In dieser partikularistischen Implikation kann eine weitere Parallele von Ibn Khaldūns Denken zur späteren Gedankenwelt der Geopolitik gezogen werden, die ebenfalls den verorteten Interessen partikularer politischer Einheiten Priorität gegenüber (auch im ursprünglichen Wortsinne) utopischen Universalismen einräumte.

beginnt, so wie es bei der natürlichen Lebenszeit der Lebewesen ist“ (ebd.: 329).<sup>81</sup> Der Zyklus beginnt von neuem, indem noch nicht ‚verweichlichte‘ Nomaden aus ihrer angestammten Umgebung in wohlhabendere Gegenden eindringen und schließlich die Herrschaft an sich reißen – bis auch ihre Dynastie der urbanen Dekadenz verfällt und verdrängt wird (ebd.: 158f). Damit verknüpft Ibn Khaldūn sowohl als Historiker wie auch als öffentlicher Würdenträger der damaligen nordafrikanischen Stadtstaaten seine regionalspezifische, persönliche Erfahrung mit dem verallgemeinerbaren Muster des hochkulturellen Imperiums, das von peripheren nomadischen Gruppen erobert wird, die aber dann die metropolitane Lebensweise annehmen. Ein derartiger Prozess ließe sich beispielsweise auch für das Ägypten der Mameluken oder bei der Interaktion des chinesischen Kaiserreichs mit zentralasiatischen Nomadenvölkern, die mit den Mongolen und den Mandschu nach deren ‚Sinisierung‘ mindestens zwei chinesische Dynastien stellten (Zhang 2001: 55f), unterstellen. Seine Thesen zu Machtgewinn und -verfall wurden darüber hinaus auch als konstitutiv für Zyklen-theorien in den modernen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften betrachtet (Atalas 2006: 16).

Über diese wissenschaftshistorische Bedeutung hinaus ist hier vor allem interessant, dass die politische Theorie Ibn Khaldūns in ihrer logischen Struktur bereits bis ins Detail den späteren politikgeographischen und geopolitischen Narrativen entspricht: Es werden verschiedene physisch-geographische Zonen voneinander differenziert, die bestimmten sozialen Entitäten spezifische politisch-strategische Rollen zuweisen. Diese Rollen – in der *Muqaddimah* sind es die nomadischen Wüstenbewohner, die den sesshaft-urbanen Küstenbewohnern gegenüberstehen, bei Mackinder (1904) ebenso wie bei den meisten späteren Autoren dann maritime versus kontinentale Mächte – sind grundsätzlich binär-antagonistisch definiert. Sie bilden die grundlegende Struktur eines zentralen Konflikts als *Movens* eines räumlich beschriebenen politischen Systems, wobei dieser Konflikt typischerweise eine durch geographische Gegebenheiten konditionierte Chronologie der zyklischen Dominanz jeweils der einen oder der anderen Seite annimmt. Man könnte spekulieren, dass diese geodeterministisch begründete zyklische Regularität in Ibn Khaldūns Werk auch eine theoretische Reaktion auf die Unberechenbarkeit in der arabischen Welt nach dem Zerfall der arabisch-islamischen Großreiche darstellte, von der auch seine eigene Biographie stark geprägt wurde (vgl. Hourani 1992: 261f). Das Chaos der ständigen Machtübernahme verschiedener Gruppierungen in den bestehenden Stadtstaaten erschien so als eine letztlich

---

<sup>81</sup> Man könnte in diesem Satz die Andeutung eines Staatsorganizismus, wie er in der späteren geopolitischen Literatur auftritt (siehe Kap. 3.2.3), vermuten. Da derartige Vergleiche allerdings nicht weiter auftauchen, sollte eher von einer zufällig gewählten Metapher ausgegangen werden.

doch verlässliche, durch physische Raumstrukturen determinierte Ordnung. Dieser Aspekt wird noch in einigen weiteren Raumsemantiken der Moderne zu beobachten sein.

Was allerdings im Gegensatz zu politischen Raumbeschreibungen der Moderne nicht auftritt, ist der unitäre, territoriale *Staat als alleiniger Organisator homogener politischer Räume*. Vielmehr agiert noch eine Vielzahl an diversen und gelegentlich räumlich überlappenden oder durch Migration oder Eroberung ineinander aufgehenden Akteuren – zu nennen sind mindestens: Stämme, Dynastien, Städte, Sprach- und Religionsgemeinschaften. Mit dieser Varietät an im geographischen Raum potenziell relevant werdenden Entitäten steht Ibn Khaldūn nicht nur im Gegensatz zu der quasi-natürlichen Form der Polis bei Aristoteles, sondern auch in Übereinstimmung mit aktuellen raumsoziologischen Ansätzen, die ein Ende der epistemischen Monopolisierung politischer Räumlichkeit durch den Staatsbegriff fordern:

„There are more types of polities than states. There is more than one polity in a given territory. The notion of a monopoly of political control must give way in the face of evidence. The exceptions to the conventional notion of political monopoly constitute the norm, not the exception. Sociology should recognize the lack of monopoly; that no one polity politically saturates a given territory“ (Walby 2004: 1036).

Diese Ansicht erschien in der *Muqaddimah* ebenso wie in der chinesischen Antike (Zhang 2001: 53) – trotz nomineller Weltherrschaft eines teils religiös ausgedeuteten Oberhauptes – noch als selbstverständlich und nicht weiter begründungsbedürftig. Sie entspricht der Vielfalt der in stratifizierten Gesellschaften auftauchenden politisch relevanten Gruppen (vgl. Kap. 2.3.2). In der neuzeitlichen politischen Geographie wurde diese Vielfalt dann, typischerweise ebenso ohne Begründung, zugunsten der Identifikation politischer Räumlichkeit mit territorialer Staatlichkeit vergessen. Dennoch wurde das Werk auf verschlungenen, allerdings von der ideengeschichtlichen Forschung recht gut belegten Pfaden zu einer wichtigen Inspiration desjenigen Werkes, welches gemeinhin als grundlegend für die staatsbezogene, neuzeitliche politische Geographie wie auch für die Geopolitik betrachtet wird (vgl. Günzel 2004: 66; Black 2009: 15): dem *Geist der Gesetze* von Montesquieu (2011).

Dass man Ibn Khaldūn bei seiner Entdeckung durch die europäische Orientalistik zu Beginn des 19. Jahrhunderts als „einen arabischen Montesquieu“ (zitiert bei Gates 1967: 415) – und nicht umgekehrt! – bezeichnete und die Möglichkeit einer Inspiration durch den arabischen Autor noch nicht einmal in Betracht zog, ist angesichts des damaligen, aufklärerisch-kolonialen Blicks auf die arabische Welt nicht überraschend – die mangelnde Berücksichtigung in kontemporären Arbeiten zur Ideengeschichte des Geodeterminismus

(z.B. bei Schultz 2010) oder zur politischen Geographie Montesquieus (z.B. Leuerer 2002) hingegen ist durchaus kritikwürdig. Dies gilt insbesondere für sich als kritisch verstehende Werke, die zwar den „scientific racism“ (Agnew 1998: 23) der neuzeitlichen europäischen Geographie beklagen, den maßgeblichen außereuropäischen Beitrag zu dieser Geographie aber außer Acht lassen – obwohl seine Bedeutung in der Fachliteratur bereits der 1960er Jahre sehr wohl bekannt war (Gates 1967, vgl. Königsberg 1960: 69).<sup>82</sup>

### *3.1.3 Montesquieu: Klimatheorie und neuzeitlicher Geodeterminismus*

Während Montesquieu (2011: 261-264) eine Klimatheorie bietet, die um zeitgemäßes medizinisches Wissen ergänzt wird, aber durchaus noch plausibel auf Hippokrates und Aristoteles zurückgeführt werden kann; sind darin auch Elemente enthalten, die sich gegenüber der politischen Geographie anderer neuzeitlichen Autoren wie Machiavelli oder Bodin (die sich weitgehend auf die Ideen der Antike beschränken, vgl. auch Dicke 2002: 13) als radikale Neuerungen ausnehmen: Während diese wie auch die antiken Autoren die Determination menschlicher Qualitäten durch die natürliche Umwelt noch als schlichte Gegebenheit beschreiben und nicht weiter hinterfragen, schildert Montesquieu analog zu Ibn Khaldūn eine recht detaillierte Kette von Kausalitäten – verschiedene Klimata machen verschiedenartige Formen individueller Verhaltensweisen und sozialer Organisation notwendig, die dann ihren Ausdruck in ethischen Haltungen und diesen entsprechenden sozialen, rechtlichen und politischen Institutionen finden (Gates 1967: 419).<sup>83</sup> Gegenüber dem „neuzeitlichen Voluntarismus“ der Kontraktualisten wird ein den später als Geodeterminismus beschriebenen Ansätzen zumindest ähnlicher Naturalismus vertreten, staatliche Strukturen als „Produkt der Natur [...] ohne expliziten oder impliziten Vertragsschluss“ beschrieben, die je nach geographischer Lage unterschiedliche Formen annehmen können und müssen (Hidalgo 2010: 296). Wiederum findet sich damit der Topos eines physisch-geographisch determinierten Partikularismus, der in diesem Fall nicht gegenüber dem religiösen, sondern dem rationalistischen Universalismus der Vertragstheoretiker seiner Zeit geltend gemacht wird.

---

<sup>82</sup> Somit fügt sich dieses Ignorieren jeglichen Einflusses ‚nichtwestlicher‘ Literatur durch Autoren der kritischen Theorietradition durchaus in die Muster des von ihnen ansonsten kritisierten ‚Eurozentrismus‘ – nur unter Umkehrung der ethischen Bewertung. Die Verleugnung potenzieller Agentur und intellektueller Originalität bleibt erhalten (zur Kritik dessen vgl. Kap 2.3).

<sup>83</sup> Ein weiterer Hinweis auf die externe Beeinflussung könnte der drastische Bruch mit dem zuvor Gesagten sein, Montesquieu (2011: 271) wechselt zum 14. Kapitel von einer Darstellung bestehender Verfassungen ohne jegliche geographische Bezüge zu einer milieutheoretischen Begründung der darauffolgenden geodeterministischen Aussagen, wie auch Günzel (2004: 67) bemerkt.

Die geodeterministischen Ansätze der *Muqaddimah* beeinflussten das Werk Montesquieus vermutlich indirekt, nämlich über den Reisebericht seines Zeitgenossen John Chardin über dessen langjährigen Aufenthalt im damaligen Persien, der eine Ibn Khaldūn fast genau entsprechende Klimatheorie auf die dortigen Verhältnisse anwendet, ohne seine Quelle zu nennen – möglicherweise kannte er sie auch nur aus der mündlichen Tradition. In jedem Fall ist es kaum denkbar, dass der Autor eines einfachen Reiseberichts über seinen Aufenthalt im Nahen Osten – der wohl auch die Persischen Briefe Montesquieus mit inspirierte – seine klimatheoretische Inspiration einem Anderen als dem in der Region verbreiteten und einzigen in dieser Hinsicht dort einflussreichen Autor Ibn Khaldūn verdankte. Montesquieu benannte Chardin dann allerdings als Quelle seiner klimatheoretischen Aussagen genausowenig<sup>84</sup> wie dieser Ibn Khaldūn als Autor seiner Thesen kennzeichnete – was angesichts der Zitierpraxis der Zeit durchaus nicht ungewöhnlich war, andererseits aber auch zu seinen Ansichten über ‚südliche‘ Gesellschaften passte – so dass die Übernahme seiner prinzipiellen Argumentation durch den französischen Theoretiker lange nicht als der Kairos der neuzeitlichen politischen Raumsemantik wahrgenommen wurde, den sie vermutlich darstellte (Gates 1967: 420-422).

Damit soll allerdings keineswegs die Originalität von Montesquieus Werk bestritten werden – vielmehr wurde erst seine spezifische Interpretation der Klimatheorie im Rahmen eines weltweit Herrschaft ausübenden und drastischem sozialen und intellektuellem Wandel unterworfenen europäischen Kontinents für die geographische Wahrnehmung der Politik bis hin zu Kant, Herder und darüber hinaus prägend (vgl. Günzel 2005: 28). In Bezug auf geodeterministische Komponenten seiner politischen Theorie bleiben die Parallelen zu Ibn Khaldūn erhalten, sie werden allerdings mit der Semantik der Aufklärung und des beginnenden Liberalismus auf eine neue Grundlage gestellt. Damit war er der wohl erste Vertreter eines „aus dem Naturrechtsdenken des Rationalismus und der Aufklärung hervorgegangenen *geo-politischen* Zeitgeistes“, welcher sich allerdings im Zeitalter des aufkommenden Nationalismus bald gegen den toleranten Liberalismus seines Urhebers wenden sollte (Schultz 2001: 30f). Die deutlichste – und im Kontext eines Zeitalters europäischer Herrschaft über weite Teile der bekannten Welt sicherlich aus der Autorenperspektive notwendige – Wandlung gegenüber dem frühen Geodeterminismus Ibn Khaldūns stellte die veränderte Definition des ‚gemäßigten Klimas‘ dar, welches mehr als

---

<sup>84</sup> An anderen, konzeptionell weniger bedeutenden Stellen (z.B. Montesquieu 2011: 284) erfolgt sehr wohl ein Verweis auf Chardin, so dass die Bekanntheit mit dessen Werk vorausgesetzt werden kann. Zahlreiche Kommentare zu Montesquieus Werk beschreiben zudem den auffällenden Wandel der Argumentationsweise zu Beginn des vierzehnten Buches (vgl. Gates 1967: 420).

zuvor mit einer geradezu proto-rassistisch anmutenden Überlegenheit der dort Lebenden assoziiert wird.<sup>85</sup>

„Große Hitze entnervt, wie schon gesagt, Stärke und Mut des Menschen. In den kalten Zonen ist eine bestimmte Stärke des Körpers und Geistes zu finden und befähigt zu langwierigen, mühevollen, großen und gewagten Taten. Das läßt sich nicht allein zwischen Nation und Nation, sondern auch zwischen dem einen und dem anderen Teil eines Landes beobachten. Die Völker im Norden Chinas sind mutiger als die im Süden. [...] Daher braucht man nicht erstaunt zu sein, daß Feigheit aus den Völkern der heißen Zonen fast durchweg Sklaven machte und Mut den Völkern der kalten Zonen die Freiheit sicherte.“ (Montesquieu 2011: 287)

Damit wird der zuvor von Ibn Khaldūn für die mediterranen Länder der arabischen Welt ausgearbeitete Narrativ der geographischen Verortung naturalisierter Machtverhältnisse übertragen auf die globale Dominanz der europäischen Kolonialmächte über ihre transozeanischen, meist südlich gelegenen Besitztümer. Gleichzeitig wird auch die von Hippokrates stammende triadische Klimazonentheorie tendenziell (vgl. aber Günzel 2004: 69) zugunsten einer binären Nord-Süd-Differenzierung aufgelöst, die bis heute ein gängiges Muster in politischen Raumbildern darstellt und vielfach verknüpft wird mit hegemonialen Unterscheidungen wie „höherwertig/minderwertig, zivilisiert/unzivilisiert, rational/emotional, vernunftgeleitet/instinktgeleitet [...]“ (Ziai 2007: 39).

---

<sup>85</sup> Ob es gerechtfertigt ist, Montesquieu mit rassistischen Thesen zu verbinden, muss an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Bereits der Begriff des Rassismus ist vielfach und fundamental umstritten. Leuerer (2002: 35) argumentiert gegen eine solche Assoziation mit der Begründung, dass die Überlegenheit europäischer Nationen auf geographischer, nicht biologischer Basis beschrieben werde – und zudem die Überwindung geographischer Einschränkungen durch geschickte Gesetzgebung in der Theorie vorgesehen sei. Dies ist zweifelsohne zutreffend. Montesquieus Aussagen sind aber nicht ganz eindeutig: So scheint er zu Beginn des 14. Buches davon auszugehen, dass die Prägung des menschlichen Charakters unmittelbar durch das Klima erfolgt, dementsprechend also auch Menschen aus nördlichen Gebieten, „die in den Süden verfrachtet werden“ (Montesquieu 2011: 262), durch das tropische Klima ebenfalls den dort typischen Charakterzug der Trägheit annehmen. Im gleichen Kapitel wird aber auch eine permanente Formung des menschlichen Wesens durch sein Herkunftsklima beschrieben, kurz darauf heißt es: „Selbst die in Indien geborenen Kinder von Europäern verlieren den Mut ihres heimatlichen Klimas“ (ebd.: 265). Die genaue Wirkungsweise der behaupteten Kausalität wird keineswegs eindeutig. Eine zu den klimatheoretischen Thesen passende Diskriminierung aufgrund des Geburtsorts entspräche genau der zur Zeit Montesquieus im spanischen Kolonialreich aufkommenden Praxis, den in den überseeischen Kolonien geborenen Nachfahren spanischer Einwanderer („*criollos*“) geringere Privilegien zuzusprechen als den „*peninsulares*“, im Mutterland geborenen Spaniern (Carrera 2003: 33). Diese Hierarchisierung wurde einem System aufgepropft, welches zuvor lediglich die biologische Abstammung zum Kriterium gemacht hatte. Eine solche, vielleicht als ‚Geo-Rassismus‘ zu bezeichnende Kategorisierung ist sicherlich in seinen Auswirkungen ebenfalls schwerwiegend für die Betroffenen, ideengeschichtlich aber trotz der taxonomischen und begrifflichen Ähnlichkeit vom späteren, biologisch begründeten Überlegenheitsdenken deutlich zu unterscheiden. Andere Autoren sehen Montesquieu dennoch aufgrund eben dieser Ähnlichkeiten als frühen Vertreter rassistischer Denkweisen (z.B. Agnew 1998: 23) oder betrachten ihn zumindest bei deren Genese – insbesondere was die Diskussion der Sklavereifrage betrifft – als zentralen Stichwortgeber (Addison 2009: 90).

Die Annahme natürlicher Überlegenheit den ‚nördlichen‘ gegenüber den ‚südlichen‘ Nationen war in dieser globalen Projektion neu, waren doch in der Frühphase des europäischen Überseeimperialismus durchaus anerkennende, bewundernde, ja auch geradezu verklärende Beobachtungen exotischer Hochkulturen durchaus die Regel. So betrachtete Voltaire die religiöse Toleranz und literarische Bildung der Verwaltungseliten des chinesischen Reiches als vorbildlich, physiokratischen Denkmern schien hingegen seine ökonomische Organisation mit der dominierenden Rolle der Agrarwirtschaft besonders nachahmenswert (Wendt 2007: 216f). Bei Montesquieu beschränkt sich die Anerkennung auf die Nennung kluger politischer Maßnahmen zur Abmilderung der naturbedingten Unterlegenheit ‚südlicher‘ Gesellschaften – womit generell asiatische Länder gemeint sind. So sei es den chinesischen Gesetzgebern gelungen, die natürliche – klimabedingte! – Trägheit ihrer Untertanen durch pragmatische Strenge auszugleichen, wohingegen buddhistische Normen in Indien [sic!, gemeint ist möglicherweise die heute als Südostasien bekannte Region, J.K.] diese Tendenz mit bedauerlichen Konsequenzen noch verstärkt hätten (Montesquieu 2011: 266f).

Damit ist ein weiterer Gesichtspunkt dieser hegemonialen Nord-Süd-Unterscheidung angesprochen, der auch in modernen geopolitischen Theorien eine Rolle spielt – nämlich die Forderung nach den geographischen Gegebenheiten angemessenen Herrschaftspraktiken. Die Aussagen dazu lesen sich mitunter wie eine Rechtfertigung der Praktiken des europäischen Kolonialismus:

„In manchen Ländern entnervt die Hitze den Körper und schwächt die Tatkraft so sehr, daß die Menschen nur durch Furcht vor Strafe zur Übernahme einer mühseligen Pflicht zu bringen sind. Hier ist daher die Sklaverei für unseren Verstand nicht so ungereimt; der Sklavenhalter ist seinem Herrscher gegenüber hier ebenso unterwürfig wie sein Sklave ihm gegenüber. Deshalb wird die wirtschaftliche Sklaverei hier noch von politischer Sklaverei begleitet. [...] Da indessen alle Menschen als gleiche geboren werden, muß eingeräumt werden, daß Sklaverei widernatürlich ist, obgleich sie in gewissen Ländern einen natürlichen Grund hat. Diese Länder sind streng von denen zu trennen, wo sich ihr sogar natürliche Gründe widersetzen, wie etwa in den europäischen Ländern. Glücklicherweise ist sie dort abgeschafft worden.“ (Montesquieu 2011: 275)

Mit der physisch-geographischen Einteilung des Globus ist somit wiederum eine naturgegebene Dominanz einer der Zonen verknüpft, die sich in diesem Fall nicht nur durch rein kriegerische Überlegenheit, sondern vor allem auch durch eine klimatisch bedingte vernünftiger Lebensweise auszeichnet, was verhältnismäßig liberale Herrschaftsformen ermöglicht. Der damit zu begründende Auftrag, „die anderen Weltgegenden gesetzgeberisch

zu kolonialisieren“ (Günzel 2004: 70), war zuvor – ebenso wie zahlreiche mit der Staatenbildung in Europa einhergehende internationalen Rivalitäten – typischerweise durch die Notwendigkeit religiöser Missionierung begründet worden (Agnew 2006: 185f). Mit Montesquieu tritt nun eine politische Theorie auf den Plan, die eine transzendente Herleitung politischer Imperative ebenso ablehnt wie die Forderung einer bewussten, rein rationalen Poiesis politischer Strukturen, sondern vielmehr eine maßgebliche Berücksichtigung der unwandelbaren, naturgegebenen Umwelt durch politische Entscheidungsträger fordert.

Man könnte diesen Naturbezug des Theoretikers als Ausdruck einer historischen Episode werten, in dem religiöse Normen ihre Verbindlichkeit bereits verloren hatten, die Normen der rationalen Planbarkeit und der unbeschränkten technischen Gestaltungsfähigkeit – die dem Industriezeitalter oder eben der Semantik der funktional differenzierten Moderne zuzuordnen wären – aber noch nicht hinreichend prägend waren: „In dieser Situation wurden die Natur und ihre Gesetze zur Göttin der Künste und Wissenschaften“ (Weigand 2011: 66). Gegen eine einfache Periodisierung einer Abfolge von religiösem, naturbestimmtem und schließlich technologisch-voluntaristischem Raumdenken spricht aber, dass gerade im Industriezeitalter – und noch in der Gegenwart (z.B. Friedman 2009) – wesentlich stärkere Geodeterminismen reüssierten (siehe auch Kap. 3.2.3). Dementsprechend existieren Interpretationen, die Montesquieu keineswegs als Vertreter einer reinen Bestimmung politischer Existenz durch die geographische Lage sehen, vielmehr liefere die Natur seiner Ansicht nach lediglich Rahmenbedingungen, die durch geistige Bildung und politische Steuerung auszugleichen seien – „Raum ist kein Schicksal“ (Leuerer 2002: 35). In jedem Fall werden – vermutlich mit der durchaus liberalen Intention der Begrenzung politischer Gestaltungsansprüche – naturbedingte Grenzen staatlicher Wirkungsmacht aufgezeigt (Weigand 2011: 67). Dem widerspricht nicht, dass diese Rahmenbedingungen einigen politischen Einheiten einen Vorsprung gegenüber anderen verschaffen, die dementsprechend in der Entwicklung vernunftgemäßer Institutionen zurückliegen.

Diese Denkfigur entspricht einer Transformation wahrgenommener räumlicher in zeitliche Unterscheidungen, die im missionierungs- oder später entwicklungsorientierten Kolonialismus ebenso wie in späteren Modernisierungstheorien, Transformations- und Demokratisierungstheorien wiederholt auftauchen sollte: Verschiedene Räume befinden sich auf verschiedenen zeitlichen Stufen eines linearen historischen Entwicklungspfad und nehmen dementsprechend unterschiedliche Rangstufen einer zivilisatorischen Hierarchie ein, auch wenn diese Ungleichheit vorübergehend sein mag (Agnew 1998: 42; vgl. Kap. 4.3).



Durch erfolgreiche Entwicklung in den durch jeweilige Theorie vorgegebenen Kriterien ist die Erreichung eines höheren Perfektionsgrades möglich. Montesquieu nimmt damit eine Art Zwischenposition zwischen fortschrittsskeptischem Geodeterminismus (vgl. Kap. 3.2.3) und fortschrittsoptimistischen Modernisierungstheorien ein: Gesellschaften in allen Gebieten können die Imperative vernunftgeleiteter Entwicklung vollziehen, einige werden es dabei aufgrund ihrer nachteiligen geographischen Lage aber wesentlich schwerer haben als andere. Die Option der gezielten Weiterentwicklung sozialer Institutionen auch gegen die geographischen Faktoren wird deutlich an der Diskussion der Sexualmoral, explizit wird hier gefordert, „bürgerliche Gesetze zu schaffen, die die Natur des Klimas überwinden und die ursprünglichen Gesetze wiederherstellen“ (Montesquieu 2011: 283).

Den geographisch benachteiligten wird aber im Vergleich zu den bereits fortgeschritteneren Gesellschaften zunächst eine Art Adoleszenzstatus zugesprochen. Inwiefern ein derartiger, als vorübergehend vorgestellter inferiorer Status sich aber in einem System globaler Interaktionen – wie es im 18. Jahrhundert bereits bestand – sich nicht eher durch diese verfestigen musste, bleibt unklar. Schultz (2010: 47) ist zuzustimmen, dass dieser „Konflikt zwischen der Natur als Natur und der Natur als Norm im naturrechtlichen Sinne“ nicht gelöst wird. Falls Montesquieu tatsächlich maßgeblicher Ahnherr geodeterministischen Denkens sein sollte, so müsste man ihm zubilligen, auch zumindest Andeutungen späterer Enträumlichungsthesen gemacht zu haben: Die „Natur als Natur“ fordert ihren Tribut als klimabedingte Einschränkung menschlichen Vernunftgebrauchs, wird jedoch letztlich durch eben diese Vernunft transzendiert, deren Durchsetzung die „Natur als Norm“ bewirkt. Wie bereits bei Aristoteles wird hier deutlich, dass sich die Begriffswelt auch der neuzeitlichen vormodernen politischen Theorie keineswegs der strikten Binarität von gesellschaftsexterner Natur und für die menschliche Gesellschaft konstitutivem willensgesteuerten Handeln fügt. Diese erweist sich dann doch als Phänomen der Moderne.

Andererseits sah er für seine Zeit noch weitere Gegebenheiten eine Rolle spielen, die sehr deutlich an spätere geopolitische Werke erinnern: Neben den klimatheoretischen Hypothesen werden im *Geist der Gesetze* auch Ansätze einer strategischen Geographie diskutiert, die sich bei Carl von Clausewitz (2001: 173) und auch noch in aktuellen militärgeographischen Lehrbüchern (vgl. z.B. Collins 1998: 105) in nahezu bedeutungsgleicher Form finden. Montesquieu geht in Bezug auf die Rolle der physischen Topographie für die Konditionierung politischer Kontrolle wie zahlreiche andere Autoren von einer Dichotomie aus, analog zu der von Wüste und Küstenland bei Ibn Khaldūn – oder von Land und Meer bei späteren, geopolitischen Ansätzen. In seiner Sicht ist die entscheidende Differenz die von Ebenen und

gebirgigem oder durchschnittlichem Gelände. In ersteren „vermag man dem Stärkeren nichts streitig zu machen“, weswegen hier die Bewahrung der politischen Unabhängigkeit schwieriger sei, zudem seien die Bewohner der meist fruchtbaren Ebenen mit ihrem wirtschaftlichen Gewinn beschäftigt und daher durch Drohungen leicht zu beeindrucken (Montesquieu 2011: 290f).

Hingegen seien gebirgige Landschaften „nicht so durch eine Eroberung gefährdet“, denn „sie sind schwer anzugreifen“ – zudem auch angesichts ihrer Armut durch Zerstörungsdrohungen wenig zu beeindrucken (ebd.: 291). Damit bildeten sie auch natürliche Barrieren für die räumliche Erweiterung politischer Herrschaftsbereiche, zumal ihre Kontrolle schwierig und wirtschaftlich wenig ertragreich sei. Eine ähnliche trennende Wirkung wird auch größeren Strömen zugeschrieben (ebd.: 288). Diese These der natürlichen Herausbildung politischer Grenzen entlang topographischer Bruchlinien war zur Zeit ihres Autors bereits verschiedentlich diskutiert worden – so u.a. von John Locke, später wurde sie explizit von Jean-Jacques Rousseau übernommen – war aber noch nicht in dem Maße für zwischenstaatliche Konflikte politisiert worden, wie dies später beispielsweise im Streit um die Rheingrenze der Fall sein sollte (Fall 2010: 143). Die Vorstellung von Grenzstreitigkeiten als Konflikt zwischen geographisch definierten Kollektiven wäre ohnehin für die Mobilisierung politischer Leidenschaften in einer Epoche, in der die Teilnahme an bewaffneten Konflikten typischerweise über die Semantik der Durchsetzung dynastischer Erbansprüche oder universeller religiöser Wahrheiten gegenüber Häretikern oder Ungläubigen legitimiert wurde (Black 2009: 37f), wenig aussichtsreich gewesen.<sup>86</sup>

Im Kontext Montesquieus nimmt sie aber – passend zu seiner Klimatheorie – den Charakter einer Differenz zwischen Europa als aufgeklärtem, liberalem Zentrum und einer rückständigen, tendenziell tyrannischen Peripherie an. Aufgrund des unterstellten Fehlens trennender topographischer Merkmale seien asiatische Staaten nämlich historisch stets als despotisch regierte Imperien aufgetreten, wohingegen die „natürliche Gespaltenheit Europas“ die dortige „geniale Eignung für die Freiheit“ bewirkt habe (Montesquieu 2011: 288). Die strikte Assoziation zwischen der gebietsmäßigen Größe eines Staates und seiner Regierungsform ist ein origineller Bestandteil seiner Theorie, der zunächst unabhängig von Klima und Landschaftsformen vorgestellt wird. Republiken könnten sich nur in relativ kompakten Staatsgebieten erhalten, ansonsten drohte der Zerfall aufgrund des Überhandnehmens regionaler Einzelinteressen. Hingegen seien Monarchien optimal auf eine durchschnittliche Gebietsgröße ausgelegt – kleinere Gebiete würden republikanische Formen

---

<sup>86</sup> Die erstmalige Verwendung des Wortes „international“ wird Jeremy Bentham (2000: 10) zugeschrieben, der sie zur Beschreibung des Völkerrechts als eigenständigem Rechtsgebiet verwendete.

bevorzugen, in größeren Monarchien hingegen würden die Vasallen des Monarchen zur Selbständigkeit tendieren. Für große Staatsgebilde bleibt demzufolge nur noch die Despotie, deren Brutalität allein jeden Ansatz von Separatismus im Keim ersticken könne. Dementsprechend empfiehlt er zur Bewahrung eines gegebenen politischen Systems den Verzicht auf territoriale Erweiterung jeglicher Art (ebd.: 197-200), was durchaus in die Gleichgewichtspolitik des Zeitalters der Kabinettskriege passte – wenn auch die zeitgenössische Rechtfertigung eher darauf abzielte, durch die Vermeidung der unbotmäßigen Schwächung eines Kriegsgegners das Erstarken potenzieller Konkurrenten zu verhindern (Kleinschmidt 1998: 189f).

Aber gerade gegenüber den expansionistischen Ideologien späterer Autoren (vgl. Kap. 3.2.3) nimmt sich Montesquieus Aufruf zur realpolitischen Mäßigung sowohl moderner – im Sinne rational gerechtfertigter Gleichgewichtspolitik – als auch empirisch weniger angreifbar aus. Keineswegs seien räumlich große Reiche notwendigerweise besser zu verteidigen, vielmehr könne allein in mittelgroßen Staaten – „Frankreich und Spanien besitzen genau den gehörigen Umfang“ (Montesquieu 2011: 201) – die schnelle Konzentration der gesamten Truppen gegen einen eindringenden Feind gewährleistet werden. Damit nahm er die These vom Vorteil der inneren Linie des französischen Militärtheoretikers Henri Jomini (1862: 114) vorweg, die im 19. Jahrhundert an zahlreichen Kriegsschulen als Orthodoxie unterrichtet wurde und bis heute eine in der militärischen Operationsplanung akzeptierte Doktrin darstellt (z.B. Collins 1998: 399). Die Obsession späterer Geopolitiker mit der unüberwindbaren Macht von Staaten kontinentaler Größe (vgl. Bassin 1987: 480) war hier noch nicht gegeben. Andererseits war die strikte Kopplung von Regimetyp an Gebietsgröße klar an eine Zeit gebunden, in der Nachrichten ausschließlich mit der Geschwindigkeit der gängigen Transportmittel übermittelt werden konnten. Sie mag auch ein Ausdruck der Gegnerschaft zu seinem „Feindbild, dem Gewaltherrscher Ludwig XIV.“ – seinerseits auf stete territoriale Erweiterung Frankreichs bedacht – gewesen sein; Montesquieu verfolgte als Justizbeamter insbesondere auch die Bewahrung intermediärer Institutionen vor der absolutistischen Homogenisierung (Albrecht 1998: 57).

Über dieses konkrete politische Bestreben hinaus sind die in seinem Werk aufzufindenden deterministischen Charakterisierungen politischer Räumlichkeit konzeptionell stets auf die Abwehr universeller politischer Gestaltungsansprüche gerichtet: Die Freiheit wird bewahrt durch das Überleben kleiner und mittlerer Staatswesen im geographisch durchschnittlichen Europa, unterschiedliche Klimazonen erzeugen unterschiedliche Mentalitäten, die wiederum Divergenzen bei der politischen Steuerung der jeweiligen Gesellschaften nach sich ziehen

müssen, und geographisch bedingte Unterschiede in der Gebietsgröße verschiedener Staaten sind ursächlich für ihre voneinander verschiedenen Regimetypen.

Wenn man Montesquieus Narrativ der natürlichen Bedingung politischer Räumlichkeit eine normative Essenz entnehmen will, so könnte man von einer politischen Geographie der Diversität sprechen. Er beschreibt das Zustandekommen gesellschaftlicher und politischer Ordnung „als *Einheit des Differenten*, die sich über fortschreitende Differenzierung, und nicht etwa infolge deren Hemmung, einstellt“ (Fischer 2009: 27). Er demonstriert nicht nur „the great difficulty of the project of securing human freedom from physical determination“ (Samuel 2009: 312) – diese Einschränkung menschlicher Handlungsfreiheit erscheint ihm gegenüber einem illiberalen Voluntarismus als geringeres Problem. Vielmehr richtet sich seine theoretische Arbeit *gegen* ein solches Projekt, das in der Gestalt eines „emphatisch-progressivistischen, egalitären Radikalismus“ selbst zur Gefahr für die Freiheit werden könne (Fischer 2009: 23). Dabei wendet er sich in einer Weise, die heute als bedenklich empfunden werden mag, eben auch gegen egalitäre Haltungen etwa in der Sklavereifrage. Auch hier sieht er eine grundsätzliche Vermutung der „Dysfunktionalität politischer Einmischung“ (ebd.: 25) als sinnvoll.

Uneinigkeit besteht indes darüber, ob seine Thesen als *geodeterministisch* bezeichnet werden können – was auch mit darüber entscheiden müsste, ob man den als maßgeblicher Theoretiker der Gewaltenteilung einen guten Leumund genießenden Klassiker auch als Urheber der wesentlich umstritteneren Geopolitik (vgl. Kap. 3.2) ansehen müsste und insofern auch begriffspolitisch eine nicht unerhebliche Entscheidung darstellen würde. Versteht man „Geodeterminismus“ mit einem bekannten Lehrbuch der Sozialgeographie als Paradigma, demzufolge „alle menschlichen Kulturen und Gesellschaften als Ausdrucksformen natürlicher Bedingungen anzusehen und ursächlich auf diese zurückzuführen“ (Werlen 2004: 383) seien, so müsste man einräumen, dass dies bei Montesquieu in einem nicht unbedeutenden Ausmaß der Fall ist. Wenn eine derartig elementare Entscheidung wie die über die grundsätzliche Regierungsform – Republik, Monarchie oder Despotismus – strikt von der Größe des Staatsgebiets abhängt und dieses Staatsgebiet wiederum mit hoher (wenn auch nicht bezifferter) Wahrscheinlichkeit von natürlichen Gegebenheiten begrenzt wird, so ist die Rede vom Geodeterminismus sicher nicht vollständig absurd.

Dennoch haben – möglicherweise auch aufgrund der bezeichneten ideengeschichtlichen und wissenschaftspolitischen Konsequenzen – zahlreiche Autoren diese Einordnung bestritten. Nicht zuletzt Montesquieu selbst äußerte vor kirchlichen Autoritäten, sein Werk „zeige den ewigen Triumph des Moralischen über das Klima und die physischen Faktoren im

allgemeinen“ (Leurer 2002: 35). Diese Rechtfertigung mag angesichts der Tatsache, dass er im Gegensatz zu späteren Autoren durchaus ein Regieren *gegen* die Natur nicht nur für möglich, sondern auch für wünschenswert erklärte (s.o.), zumindest ansatzweise überzeugen. Da er von seinen Zeitgenossen aber vollständig gegensätzlich verstanden wurde (vgl. die Zitate bei Gates 1967) – genauso wie von der katholischen Kirche, die seine Verteidigung so wenig beeindruckte, dass sie den *Geist der Gesetze* auf den *Index Librorum Prohibitorum* setzen ließ – ist eine erhebliche Skepsis gegenüber einer Gleichrangigkeit von Natur und Voluntarismus jedoch angebracht. In jedem Fall beeinflusste er die theoretische Diskussion seiner vernunft- und fortschrittsbegeisterten Epoche in die entgegengesetzte Richtung. Recht eindeutig klingt etwa seine Aussage „[d]ie Herrschaft des Klimas ist die primäre Herrschaft“ (Montesquieu 2011: 303), auch wenn die Transzendenz dieses Primats des Klimas zumindest potenziell in den – ebenfalls natürlichen – Vernunftgesetzen vorgesehen ist. Nur „[ü]ber die Wilden herrschen fast ausschließlich Natur und Klima“ (ebd.: 295). Letztlich muss wohl konzediert werden, dass Montesquieu entweder bei der viele Jahre dauernden Arbeit am *Geist der Gesetze* mehrfach seine Auffassung über den Grad geographischer Determination geändert haben könnte oder sich für seine zahlreichen Fallstudien epistemische Flexibilität erhalten wollte (vgl. Kriesel 1968: 560; 568).

Problematisch beim Versuch der Einordnung des Werks in derartige Kategorien wäre aber auch bei perfekter Homogenität der Aussagen zum Thema m. E. vor allem die Frage, wie stark die kausale Bestimmung durch die natürliche Umwelt denn sein muss, um von Determination überhaupt sprechen zu können. Ein *reiner* Geodeterminismus im Sinne der vollständigen Bestimmtheit jeglicher menschlicher und sozialer Existenz durch physische Umweltgegebenheiten stellte sich ohnehin als paradox dar, da dieser die spezifische Beschäftigung mit politischer oder sozialer Geographie unnötig machen würde, sie könnte als Aspekt der physischen Geographie behandelt werden, was auch keiner der allgemein als geodeterministisch kategorisierten Autoren vorschlägt. In einer solchen hypothetischen, vollständig ‚geo-determinierten‘ Gesellschaft wäre darüber hinaus jede Form von präzeptoraler politikgeographischer Theoriebildung, wie sie Montesquieu und zahlreiche Theoretiker nach ihm betrieben, funktionslos: Es gäbe schlicht keine zu reduzierende Kontingenz. Da eine solche Beratung auf die Beratungs*notwendigkeit* von Entscheidungen abstellen muss, ohne die sie ja völlig zweckfrei wäre, muss sie auch potenzielle Effekte dieser Entscheidungen unterstellen – „if we can aspire to do something in the face of geographical determinism then the determinism cannot be absolute but must be also contingent in its effects“ (vgl. Agnew et al 2011: 49).

Um an die oben angestellten systemtheoretischen Überlegungen anzuschließen: Eine *vollständig und direkt* über physische Kausation von außen determinierte Gesellschaft wäre *entweder* in Ermangelung einer Systemgrenze ohnehin kein autopoietisches System, welches für sich begriffen und beschrieben werden könnte, *oder* es wäre (auch bei Einbezug der physischen Umwelt in das System) aufgrund seines deterministischen Verhaltens in keinem Fall ein System von einem Komplexitätsgrad, welches sinnhafte – etwa theorieförmige – Selbstbeschreibungen wie beispielsweise politische Geographie anfertigen könnte (vgl. Bühl 1990: 12f). Was also vonnöten wäre, ist entweder eine Aufgabe des Kausalitätsbegriffs als Element sozialwissenschaftlicher Raumtheorie überhaupt – die hier mit der Wahl der Systemtheorie als diese Arbeit anleitende Perspektive bereits implizierte Entscheidung – oder aber eine explizite, theoriefähige Beschreibung der Mechanismen, über die die physische Umwelt auf soziale Gegebenheiten einwirken kann. Eine solche wäre, wie oben (Kap. 2.1.3) ausgeführt, nur im Rahmen einer kaum praktikablen Universaltheorie zu leisten.

Die allgemein geringe Trennschärfe bei der Verwendung des Begriffs ‚Geodeterminismus‘ ist insofern wenig überraschend. In der geographischen Fachdiskussion – in der Montesquieu trotz seines Einflusses bei der späteren Herausbildung der Disziplin als eigenständiges Fach recht wenig Beachtung findet, womöglich auch dies eine Konsequenz seiner anderweitigen disziplinären Verortung – wird er teils ohne Umschweife in die geodeterministische Tradition gestellt (Königsberg 1960: 69), von anderen Autoren hingegen als Vertreter einer Vorform des geographischen Possibilismus gesehen. Diese Schule, deren Begründung im Allgemeinen dem französischen Geographen Vidal de la Blache als Kritiker ‚starker‘ geographischer Determination zugerechnet wird, sieht menschliche Gesellschaften durch ihre physische Umgebung nicht kausal bestimmt, sondern lediglich in ihren denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt (Kriesel 1968: 568f). Wie oben dargestellt, können beide Positionen eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen – zumal manche Zitate Montesquieus die eine, manche wieder die andere Sichtweise angemessener erscheinen lassen.

Generell ist die Form der von geodeterministischen Thesen beschriebenen Kausalität umstritten: Eine behavioralistisch informierte Position geht davon aus, dass von Kausalität oder auch nur Einfluss nicht die Rede sein dürfe, da diese im sozialen Kontext die zielgerichtete, aktive Initialisierung von Handlungen beinhalten müssten – somit bliebe für naturräumliche Faktoren entweder die Rolle einer „Matrix“, die denkbare Resultate politischer Prozesse einschränkt (das Argument des Possibilismus in neuer Gestalt), oder aber ihr Auftauchen in der menschlichen Kognition, wobei dann aber der primäre Einfluss dieser

zugeschrieben wird (Crikemans 2011: 2). Andere Theoretiker hingegen möchten diesen Einschränkungen nicht folgen und sind bereit, auch eine scheinbar passive und unveränderliche Entität wie die physische Umwelt als einen menschliches Verhalten direkt formenden Faktor zu akzeptieren (Kristof 1960: 16). Letztere Haltung erschien im Kontext der klassisch-modernen Handlungstheorien wohl als archaisch. Betrachtet man sie hingegen im Lichte der Infragestellung einer strikten und objektiven Trennung natürlicher und sozialer Sphären etwa durch die Akteur-Netzwerk-Theorie, der zufolge „Grenzziehungen zwischen Natur und Gesellschaft [...] weder harte Fakten noch rein sprachlich-kulturelle Konstrukte [sind]“ (Viehöver et al 2004: 75) und die ebenfalls die Agentur von traditionell als nicht handlungsfähig betrachteten physischen Entitäten kennt (Latour 1991: 103), so erscheint diese Flexibilität als durchaus nicht absurd.

Letztlich aber haben Vertreter früher geodeterministischer (und auch späterer geopolitischer) Raumsemantiken ihre Kausalitätsaussagen nie auf eine Art und Weise formuliert, die an derartige philosophische Fragestellungen überhaupt anschlussfähig wäre. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts verharnte der Geodeterminismus im Status einer evidenzbasierten Alltagslogik – die Erfahrungen, dass Flüsse oder Berge schwerer zu überwinden sind als flaches Terrain, dass verschiedene Böden verschieden gute Ernteerträge erzielen, dass man bei ungewohnter Hitze eher weniger zu hektischer Aktivität neigt, waren auch dem Laien unmittelbar plausibel und mussten nicht weiter belegt werden. Dieses als vorhanden vorausgesetzte Erfahrungswissen bildete bei Montesquieu wie zuvor schon bei Ibn Khaldūn die Grundlage für die eigentliche Konstruktion der Beschreibung politischer Räume, nicht einen erst zu erarbeitenden Teil dieser. Möglicherweise war diese Zugänglichkeit sogar ein Grund für den argumentativen Erfolg von Montesquieu und den ihm folgenden Autoren – die durch den Buchdruck einem weiten Publikum zur Verfügung stehende Wissenschaft der Aufklärung konnte sich nicht mehr die „Okkultistik und den komplizierten Apparat des verselbständigten Schulwissens“ leisten, die noch als mittelalterliche Atavismen die gedruckten Werke der frühen Neuzeit prägte, und verließ sich „statt dessen auf Auge, Hand und common sense“ (Luhmann 1991: 606). Das bürgerliche europäische Publikum der deterministischen Geographie der Aufklärung verfügte nun über einen auf seiner eigenen Alltagserfahrung beruhenden Narrativ, der vorzüglich dazu geeignet war, überkommene absolutistische oder feudalistische Herrschaftsansprüche im Zuge der „Abgrenzung von der ‚orientalischen Despotie‘“ als unnatürlich zurückzuweisen (Sprengel 1995: 15).

Diese Anschlussfähigkeit an die alltägliche Semantik eines durch sozialstrukturelle Evolution neu entstandenes soziales Milieu ist für die geographische Weltbeschreibung Montesquieus

anscheinend zentral. Eine mit den Begriffen moderner politikgeographischer Konzepte geführte Debatte wäre hier irreführend. Darüber hinaus hängt die Angemessenheit der Bezeichnung raumtheoretischer Aussagen als ‚geodeterministisch‘, ‚possibilistisch‘ oder ‚raumvoluntaristisch‘ maßgeblich von den wissenschafts- und begriffshistorisch gegebenen Vergleichsmöglichkeiten des Beobachters ab, der diese Unterscheidungen trifft. Gegenüber den rationalistischen Vertragstheoretikern seiner Zeit könnte Montesquieu als Geodeterminist bezeichnet werden, und dies wäre er sicherlich auch im Vergleich zu ‚raumlosen‘ Politiktheoretikern der Gegenwart. Lediglich im Vergleich zu den sich auf die raum- und klimatheoretischen Kapitel im *Geist der Gesetze* berufenden Ansätzen einer frühen politischen Geographie des beginnenden 19. Jahrhunderts wie auch gegenüber der klassischen Geopolitik repräsentiert er eine recht vorsichtige Einschätzung der kausalen Wirkung physischer Umweltbedingungen. Vidal de la Blache als Begründer des Possibilismus etwa bleibt nach der Einschätzung heutiger Sozialgeographen „in der Auseinandersetzung um das Mensch-Natur-Verhältnis gefangen“ (Werlen 2004: 61) – ein Dualismus, der in der gleichen Form später auch von geopolitischen Autoren wie etwa Mackinder (1996: 176) gepflegt wurde und diesem zu einem soliden Ruf als Geodeterminist verhalf. Insofern wäre die Kategorisierung als ‚Possibilist‘ – ein Begriff aus der geographischen Fachdiskussion des frühen 20. Jahrhunderts! – heute im Kontext einer weitgehend ohne räumliche Begrifflichkeiten operierenden Politikwissenschaft (so z.B. Fürst 1993: 293; Meinken 2007: 129) gleichbedeutend mit einer Nuancierung innerhalb einer im Vergleich zur den gegenwärtig etablierten Denkschulen geradezu naturraumfetischistischen Position. Die Performanz entsprechender Unterscheidungen entsteht aus ihrer jeweiligen historischen Anschlussfähigkeit.

Die Diskussion der Einordnung Montesquieus innerhalb der bekannten Determinismus/Voluntarismus-Unterscheidung soll illustrieren, dass die Nominalskalierung von Raumsemantiken entsprechend ihres jeweiligen ‚Determinismusgehalts‘ für ideengeschichtliche Zwecke wie auch zur raumtheoretischen Neubeschreibung ihrer Texte wenig sinnvoll ist. Die Quantifizierbarkeit physisch-räumlichen Einflusses wurde auch von den diesen Einfluss betonenden Autoren nie angestrebt – lediglich Karl Haushofer (siehe Kap. 3.2.3) kündigte ohne weitere Begründung an, dass „[...] in der Willkür menschlichen, politischen Waltens [...] die Geopolitik nur in etwa 25 % der Fälle ganz bestimmte Aussagen machen können [wird]“ (Haushofer 1979: 546). Von marxistischen Theoretikern wurde Haushofer für diese Aussage ob seines schwach ausgeprägten Materialismus kritisiert und der bescheidene Erklärungsanspruch auf die Überlegenheit des historischen Materialismus



zurückgeführt (Wittfogel 1985: 39), die Geopolitik Haushofers also genau anders als bei den meisten heutigen Autoren (z.B. Leuerer 2002) als *weniger* deterministisch eingeschätzt als der *Geist der Gesetze*.<sup>87</sup>

Diese zunächst als paradox oder nur durch Interpretationsfehler erklärbar anmutende Divergenz erscheint aber als durchaus konsequent, wenn man annimmt, dass räumliche Narrative für oder wider die kausale Wirkung physisch-räumlicher Gegebenheiten nicht einfach monologisch für sich selbst gelesen werden sollten. Vielmehr entfalten sie ihren Sinngehalt erst durch die Opposition ihrer Thesen zu bereits bestehenden theoretischen Aussagen auf der Grundlage etablierter gesellschaftlicher Semantik (vgl. Ó Tuathail 1994: 314). Diese poststrukturalistisch inspirierte Lesart lässt sich hervorragend auf die hier besprochenen Texte übertragen: Aristoteles' Interpretation der Polis als natürliche Lebensform als Gegenbild zu den Vorstellungen der Sophisten, Ibn Khaldūns umweltbedingte *asabiya* als Kontrapunkt zur religiösen Solidarität der *umma* und schließlich Montesquieus Klimabedingtheit des politischen Geschehens gegenüber den vernunftbegeisterten Machbarkeitsvorstellungen der Aufklärung mögen zwar in Teilen Inspiration von jeweils früheren Autoren beziehen, sind aber ohne Kenntnis von den kontemporären, konkurrierenden Narrativen nur bruchstückhaft zu verstehen. Die These einer starken Kontinuität geodeterministischer Thesen in der politischen Ideengeschichte (z.B. Kristof 1960: 17-19) legt hingegen eine letztlich ahistorische Lektüre ihrer Texte nahe, die zahlreiche Informationen über sozialstrukturelle und semantische Unterscheidungen sowie konkrete politische Konflikte als Treiber bei der Entwicklung klassischer raumtheoretischer Positionen verschütten könnte.

Dies bedeutet andererseits durchaus nicht, dass begriffliche Kontinuitäten nicht in hohem Maße gegeben seien. Aus ideengeschichtlicher Perspektive ist aber kaum abzustreiten, dass die Veröffentlichung von *Geist der Gesetze* einen Einschnitt darstellte: Räumliche Begrifflichkeiten fanden auf verschiedenen Wegen Eingang in das Vokabular der sich entwickelnden Sozialwissenschaften; darüber hinaus war eine steigende Anerkennung für geographisches Denken zu beobachten – und zwar nun als universitäre Disziplin, nicht mehr als die zuvor gegebene „utilitaristische *Staatenkunde*, die über *Land und Leute* berichtete, um die verschiedensten Personengruppen, vom Staatsmann bis zum Reisenden, mit der Welt [...] vertraut zu machen“ und insofern einem recht unspezifischen ‚Containerraumdenken‘ anhing (Schultz 2002: 345).

---

<sup>87</sup> Eine vergleichbare Kontroverse stellt Schultz (1998: 128) beim Vergleich der politischen Geographien Herders und Ratzels fest.

Auch im politischen Sprachgebrauch ab der französischen Revolution etablierten sich geodeterministische Semantiken – im Gegensatz zu den als willkürlich empfundenen Landerwerbungen und -abtretungen der absolutistischen Monarchien wurde nun der Vorrang ‚natürlicher‘ Grenzen „vor aller Diplomatie“ gefordert, „da ihre ewigen Gesetze der Erde unbestreitbare natürliche Schranken eingeprägt hätten“ (Schulz 2010: 48). Unbestreitbar waren diese Grenzen jedoch keineswegs, auf die französische Forderung nach der „Rheinlinie“ reagierten deutsche Publizisten zum einen Teil mit dem Postulat des „Wasserscheidenprinzips“ – die Vorstellung natürlicher Grenzen also akzeptierend, sie aber in den Dienst der eigenen Sache stellend – zum anderen Teil hingegen, indem sie sprachlicher Homogenität Vorrang vor topographischen Merkmalen einräumten (Schulz 2001: 30). Was beide Vorstellungen verband, war die Ablehnung der mechanistischen Narrative absolutistischer Herrschaftspraxis und ihre Ablösung durch einen Narrativ organischer Natürlichkeit (Kleinschmidt 1998: 248) – wobei sich freilich die Auseinandersetzung nach den ‚tatsächlichen‘ Intentionen der Natur jederzeit für die Mobilisierung politischer und zunehmend auch nationalistischer Leidenschaften eignete.

Die neu entstehende politische Geographie der Aufklärung war „sowohl *deskriptiv* wie *präskriptiv* zugleich“ (Schulz 2001: 31). Sie stand als politische Raumsemantik einerseits im Zuge funktionaler Differenzierung neu entstehenden bürgerlichen Eliten als Argument gegen eine als unnatürlich empfundene Dominanz von Adel und Klerus zur Verfügung. Andererseits war sie nach wie vor der überkommenen Narrativen segmentärer Differenzierung verhaftet, und beschrieb die entstehenden Territorialstaaten analog zu den räumlichen Abgrenzungen mittelalterlicher Haushalte (vgl. Kap. 2.3.2) als ganzheitliche Gemeinschaften. In dieser Hinsicht ist sie eine klassische „*Übergangssemantik*“ jener Epoche, „deren eigene Funktion dadurch bedingt ist, daß sie noch nicht alles weiß“ (Luhmann 1993a: 83).

#### 3.1.4 Kant, Herder, und die Entdeckung der Globalität

Im Gegensatz zu derartigen raumdeterministischen Abgrenzungen sah Kant die Nationen vor allem durch die „Verschiedenheit der Sprachen und der Religionen“ (Kant 1984: 32) voneinander getrennt, die Besiedlung der Erde und insbesondere ihrer unwirtlichen Gegenden erklärte er durch – von einer natürlichen Vernunft gewollte – kriegerische Auseinandersetzungen, nach denen sich die Besiegten regelmäßig in unzugängliches Gebiet zurückziehen würden (ebd.: 27). Die zu diesen Auseinandersetzungen notwendige Organisationsleistung wiederum sei entscheidender Antrieb zur Staatsbildung (ebd.: 30), die

dann aber letztlich eine Tendenz zum friedlichen Zusammenleben aufgrund rationaler Erwägung nach sich ziehen müsse (ebd.: 33).

Die Schrift *Zum ewigen Frieden* als frühe Kritik einer allzu physiozentrisch ausgerichteten politischen Geographie deuten zu wollen wäre sicher eine sehr weitreichende Interpretation, die Spannung zwischen den beiden Raumbegrifflichkeiten war Kant aber wohl bewusst: In einer Rezension des frühen Herder deutete er bereits den Streit zwischen deterministischen und voluntaristischen Positionen an und beschrieb diesen als Auseinandersetzung, ob die „Vernunft nun am physiologischen Faden tappen, oder am metaphysischen fliegen wolle“ (zitiert bei Günzel 2005: 25). Im frühen 19. Jahrhundert kam zum begrifflichen dann der disziplinäre Streit darum, ob geographische Darstellungen der politischen Welt „*Staatenkunde*“, d.h. räumliche und statistische Erfassung der politisch und rechtlich definierten Staatsgebiete, oder „*Länderkunde*“ als einer „ewigen Geographie“ der physischen Merkmale des Raums ohne größere Beachtung politischer und rechtlicher Abgrenzungen sein sollten (Schulz 2010: 48f). Wiederum ist der Sinngehalt ihrer geodeterministische Aussagen vor allem über die Negation des konkurrierenden voluntaristischen Narrativs zu verstehen:

„Während die ältere Staatengeographie sich am dynastischen Territorialstaat mit seiner heterogenen Bevölkerung und seinen ständig wechselnden Grenzen orientierte und diese Veränderungen nahm, wie sie kamen, *kritisierte* die Länderkunde diese politische Ordnung im Namen der Natur und legitimierte statt dessen den modernen Nationalstaat, der von einem festen Raumbild mit einer national homogenen Bevölkerung ausging. Land = Volk = Staat: das war ihre Sollformel und Vorgabe für die Politik, die zusammenfassen und -halten sollte, was die Natur mit ihren Mitteln bereits zu einem Ganzen vereinigt hatte. Damit belastete sich die Länderkunde allerdings [...] mit einer strukturellen Fremdenfeindlichkeit; denn wenn zu jedem Land nur einerlei Volk gehörte, dann schloss dies *Heterogenität* vom Prinzip her aus.“ (Schultz 2001: 31)

Im Kontext der Revolutionskriege wurden derartige Politisierungen der physischen Geographie zum bedeutenden Faktor für die geistige Mobilisierung der Bevölkerung. Sie wirkten auf eine Politik zunehmend über Landkarten imaginierende Öffentlichkeit (Albrecht 1998: 24). Während Montesquieus Klimathesen seinerzeit noch vielfach mit Unverständnis aufgenommen wurden, konnte Herder (2001) sich für seine sehr ähnlichen, später neben anderen Autoren als Geburtsstunde der Geographie bezeichneten Überlegungen bereits auf ein schulplanmäßig entsprechend vorgeprägtes Publikum stützen (Günzel 2004: 73). Dabei verzichtete er im Gegensatz zu zahlreichen früheren und späteren Autoren auf klimatisch oder

topographisch bedingte Überlegenheitspostulate, vielmehr sollte die Kenntnis unterschiedlicher Lebensbedingungen – ganz im Sinne der bildungsbürgerlichen Aufklärungsvariante – toleranzfördernde Effekte erzielen (Herder 2001: 112).

Ohnehin betrachtete Herder die topographische Differenzierung der Erdoberfläche in bestimmten Nationen zugeordnete Räume als nur vorübergehenden Behelf auf dem Weg des allmählichen Zusammenwachsens der Menschheit – von Familien über Völkern bis hin zur letztendlichen „Abschleifung aller naturbedingten Gegensätze“ und der „Herrschaft einer universalen Humanität“ (Schultz 2010: 48). Neben diesem wesentlich prägnanter als bei Montesquieu vertretenen Naturüberwindungsoptimismus wendete Herder aber den Geodeterminismus auch in einer Weise, die an die spätere konstruktivistische Kritik erinnert und der aufklärerischen Vorstellung einer rational zu erschließenden exakten geographischen Wahrheit drastisch widerspricht. So betonte er die Möglichkeit, über die eindruckliche Schilderung verschiedener Exotika im Rahmen der Schulgeographie die Jugend für deren Studium zu begeistern: „Der Elefant und Tiger, das Krokodil und der Walfisch interessieren einen Knaben weit mehr, als die acht Kurfürsten des heiligen römischen Reichs in ihren Hermelinmützen und Pelzen“ (ebd.: 113). Der Charakter von derartigen Exotizismen als Narrativ des *othering* zur sozialen oder politischen Externalisierung geographischer Einheiten wurde erst später zum Gegenstand der theoretischen Reflexion (vgl. Anand 2007: 25); aber auch bei Herder klingt er – so etwa bei der Identifizierung ferner Länder mit seltsamen (und gefährlichen!) Tieren (Herder 2001: 113) – bereits an.

Ebenfalls bei Kant, Herder und der durch sie inspirierten frühen Geographie finden sich erste systematische Hinweise auf Globalität als eigenständig gedachte Ebene politischer Existenz. Frühere, proto-geographische Texte beschränkten sich meist ohne definitive Eingrenzungen auf die ihnen bekannte Welt – gewissermaßen analog zur Verwendung verschiedener exkulpatorische Symbole mythologischer Art („*hic sunt dracones*“!) für das allmähliche Übergehen in damals unbekanntes Terrain (Black 2005: 31) oder, noch früher, die Darstellung eines den Erdkreis ringförmig umschließenden Weltmeeres auf mittelalterlichen Karten. Derartige Abgrenzungen erinnern an das chaotische Nichts, mit dem sich hochkulturelle Imperien in ihrer Raumsemantik umgaben (siehe Kap. 2.3.2) und stellen somit wohl einen semantischen Atavismus dar.

Auch Montesquieus Einteilung der Welt in Klimazonen bleibt in dieser Hinsicht noch durch die entsprechende Klassifikation in der Antike geprägt, wenn auch mit der weitgehenden Vernachlässigung der kalten Klimazone – tatsächlich wird diese im *Geist der Gesetze* kaum erwähnt – der die politische Praxis seiner Epoche bereits prägenden Zweiteilung des Globus

in europäisches Zentrum und nicht-europäische Peripherie gefolgt wird (vgl. Günzel 2004: 71). Die Wahrnehmung der Erde als räumlich abgeschlossene Einheit war zwar bekannt, wurde aber nicht für das theoretische Raumverständnis maßgeblich. Die bereits lange zuvor erfolgte Etablierung der Kugelgestalt der Erde und des heliozentrischen Weltbildes durch Kopernikus und andere war – zum Teil sicherlich aufgrund der durch kirchliche Indexierung gegebenen Tabuisierung<sup>88</sup> – noch ohne konzeptionelle Auswirkung auf die politische Theorie geblieben, das Verhältnis zu den neu entdeckten Ländern wurde weitgehend durch religiöse und aus der Antike überlieferte Semantiken beschrieben (vgl. Bartelson 2010: 227f). Ein von Carl Schmitt (1997: 55) als direkte intellektuelle Konsequenz der Entdeckung Amerikas betrachtetes „*globales Liniendenken*“ (vgl. Kap. 1.2) im Sinne der Projizierung politischer Ordnungsvorstellungen auf einen abstrakt-geometrisch vorgestellten Globus war noch nicht gegeben – zumindest nicht in der politiktheoretischen Auffassung räumlicher Themen.

Im Völkerrecht und in der politischen Praxis wurde zumindest implizit die Notwendigkeit eines gewandelten Raumbildes sichtbar: Der 1494 geschlossene Vertrag von Tordesillas, der eine Teilung der außereuropäischen Welt in jeweils von Spanien und Portugal zu missionierende (und somit zu beherrschende) Weltgegenden vornahm, bezeichnete lediglich eine Linie westlich der kapverdischen Inseln und ging somit augenscheinlich noch von einer in zwei Dimensionen beschreibbaren Erdoberfläche aus. Damit war die Trennung der solchermaßen beanspruchten Besitztümer im asiatisch-pazifischen Raum der kugelförmigen

---

<sup>88</sup> Bartelson (2010: 228) verweist aber auch – nicht ohne Plausibilität – schlicht auf die monumentale Aufgabe der Neuinterpretation der bisherigen Politik im Kontext einer völlig verwandelten Kosmographie. Für diese Annahme spricht, dass sowohl Kartographie wie auch politische Philosophie – wie jede Art von schriftförmigen Wissensbeständen – im vormodernen Europa nur sehr kompakten Eliten zugänglich waren, die von kirchlicher Zensur weit weniger eingeschränkt wurden als allgemeinverständliche Texte. Viel spricht dafür, dass die ersten Schritte zur Bewältigung neuer, global-räumlicher politischer und wirtschaftlicher Existenzformen ohnehin nicht durch theoretische Texte, sondern durch den poetischen Vergleich mit historischen – insbesondere antiken – Vorbildern getan wurden. Das möglicherweise erste Beispiel stellen die an Heldensagen wie Homers *Odysee* anknüpfenden *Lusiaden* des portugiesischen Nationaldichters Luís de Gamões (geb. ca. 1524, gest. 1580) dar, die aber neben der Heroisierung der christlichen Seefahrt auch die tragischen Aspekte des frühen europäischen Imperialismus keineswegs verkennen (Ensberg 1995: 63). Am Ende des 10 Gesänge mit insgesamt 1102 Strophen umfassenden epischen Gedichts wird seinem Helden Vasco da Gama die Schau auf eine „*máquina do Mundo*“ („Weltmaschine“) gewährt, die ein geozentrisches Weltbild repräsentiert (Gamões 2000: 460). Detailliert werden die Kontinente, Länder und Inseln der damals bekannten Welt als Komponenten des Globus vorgestellt. Da Gama erhält schließlich stellvertretend für Portugal den Auftrag, diese Ländereien dem Katholizismus zu unterwerfen, wobei die ethische Ambivalenz dieses an sich als wertvoll dargestellten Unterfangens durch die blutigen Kämpfe der vorangegangenen Gesänge deutlich wird. Dementsprechend schließt das Werk mit zahlreichen Mahnungen zu Frömmigkeit und Bescheidenheit (ebd.: 477f). Die *Lusiaden* enthalten somit in poetischer Form eine konkrete (wenn auch in Bezug auf seinen Geozentrismus nicht heutigem Wissen entsprechende) geographische Beschreibung des Planeten Erde als *von außen betrachtetes Ganzes* und *potenzieller politischer Einheit*, den göttlichen Auftrag zu seiner Beherrschung an ein imperiales Zentrum, aber auch eine schonungslose Darstellung der humanitären Konsequenzen dieses europäischen Überseeimperialismus. Damit nahm Gamões zahlreiche Topoi der späteren politischen Geographie der Aufklärung wie auch späterer kritischer Ansätze – und zwar teils um Jahrhunderte! – vorweg. Darüber hinaus wird bei der Darstellung der Legitimität Portugals in der Nachfolge antiker Imperien sowie vor allem der Betonung von dessen Unabhängigkeit von den kastilischen Königen eine frühe Form nationalistischer Rechtfertigung deutlich (vgl. Bartelson 2010: 229).

Welt, insbesondere der für den Gewürzhandel interessanten Molukkeninseln, aber unklar geblieben – erst im Vertrag von Saragossa wurde eine zweite Linie für den pazifischen Ozean spezifiziert, eine globale Perspektive auf die politische Raumordnung war aber auch damit noch nicht gegeben: vielmehr ging es um die päpstlich moderierte Entscheidung über die Kontrolle bestimmter Handelsrouten seitens zweier katholischer Könige unter Bedingungen noch recht unklarer geographischer Verhältnisse, es handelte sich also eher um eine Anwendung überkommener Deutungsmuster auf politisch noch unerschlossene geographische Räume (vgl. Kleinschmidt 1998: 118f).<sup>89</sup>

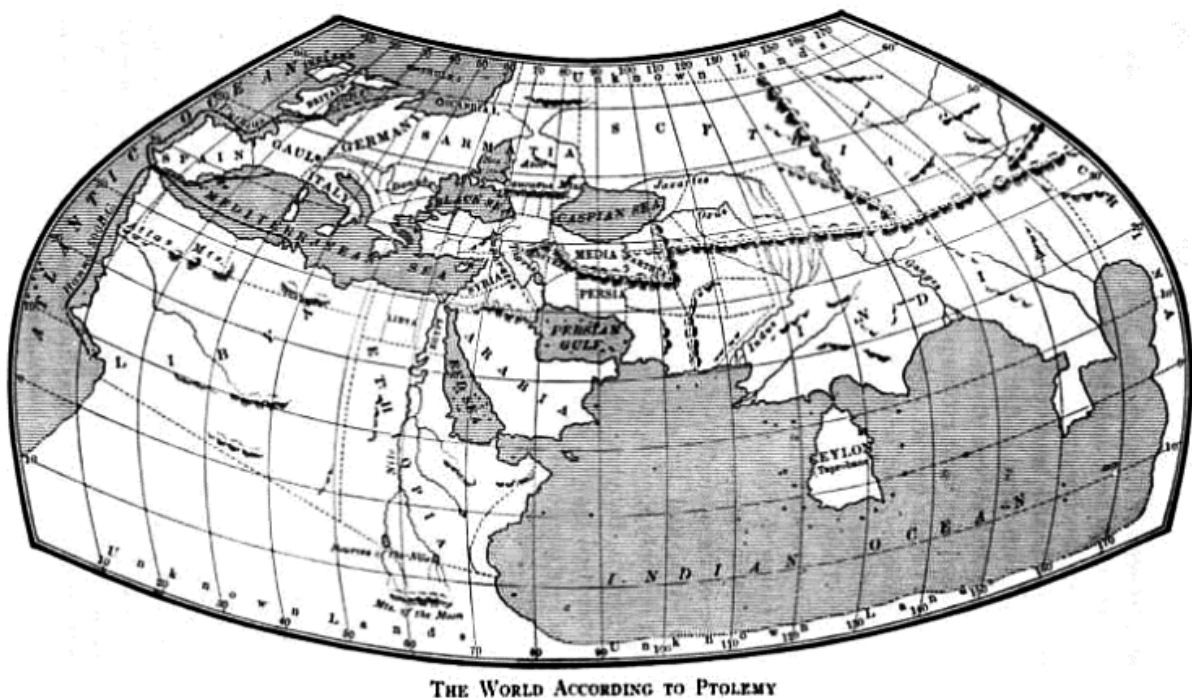


Abbildung 6: Ptolemäische Weltkarte (Quelle: Wells 1921; Wikimedia Commons).

<sup>89</sup> Entgegen der Annahme von Bartelson (2010: 230) bezogen sich die Verträge von Tordesillas und Saragossa nicht auf (abstrakte) Längengrade, sondern auf anhand konkreter geographischer Punkte (bzw. Inseln) beschriebene Linien (westlich der Kapverden bzw. östlich der Philippinen), die Besitzrechte an konkreten Ländern (dem amerikanischen Doppelkontinent bzw. den Molukken) bzw. vor allem der Handelsrouten dorthin klären sollten: „[...] Spain claimed a monopoly of ocean trade routes with ‚the West‘ and Portugal with ‚the East‘“ (Ruggie 1989: 23). Sie wurden anschließend von den nicht in die Verträge einbezogenen europäischen Mächten nicht anerkannt und von den Vertragspartnern mit Begeisterung ignoriert, weswegen das heutige Brasilien von Portugal und die Philippinen von Spanien kolonisiert wurden (Kleinschmidt 1998: 117-119). Was politisch verhandelt wurde, war der Anspruch auf diese Gebiete, nicht eine global gültige politische Raumordnung. Deren Setzung zugunsten Spaniens und Portugals durch den Papst ohne Rücksichtnahme auf andere europäische Mächte war den damals bereits gegebenen Machtverhältnissen nicht wirklich angemessen, die Verträge werden in der Literatur – auch in klassischen Werken zum Thema wie im *Nomos der Erde* von Schmitt (1997) – womöglich wegen ihres enormen geographischen Regelungsanspruchs tendenziell überbewertet, ihre konsequente Nichtbefolgung lässt die geringe politische Bedeutung sichtbar werden.

Auch stellten die Linien von Tordesillas und Saragossa nicht wirklich Markierungen politischer Herrschaft dar – insbesondere das eher merkantil orientierte portugiesische Reich musste in manchen asiatischen Häfen zunächst als Vasall lokaler Machthaber auftreten und spielte generell meist die Rolle eines neuen Teilnehmers an bereits etablierten regionalen Systemen, anstatt diese zu kontrollieren (Wendt 2007: 42f). Die politischen und seemännischen Praxen des Zeitalters der Entdeckungen konstituierten somit nicht aus sich selbst heraus eine politische Geographie der Erdkugel, zumal gerade die in dieser Hinsicht eigentlich für ihre Zeit modernen Portolankarten der frühen Seefahrt eine von den politischen Machtverhältnisse beschreibenden Weltkarten der Renaissance weitgehend unabhängige Wissensform darstellten (Black 2005: 32). In vielen Fällen erwiesen sich für die räumliche Beschreibung der Expansion europäischer Macht- und Handelsbeziehungen auf dem ptolemäischen Weltbild beruhende Karten als geeigneter – diese zeigten die bisher bekannten Kontinente auf einem *Kugelausschnitt*, so dass viel freier Raum für aktuelle und potenzielle Entdeckungen und Spekulationen über noch unbekannte Gebiete blieb.

Diese Darstellung bot zudem den unter Umständen lebensrettenden Vorteil, der biblischen Kosmographie nicht explizit zu widersprechen und zudem aufgrund der nicht notwendigerweise maßstabsgetreuen Wiedergabe Möglichkeiten zur ästhetisierenden Hervorhebung als besonders wichtig betrachteter Weltgegenden zu belassen. Sie dominierte bis ins 17. Jahrhundert und tauchte im 19. Jahrhundert noch auf, wenn auch die 1648 erschienene Weltkarte von Willem und Joan Blaeu die Erde bereits als abgeschlossene Einheit präsentierte (Agnew 1998: 13-15). Hier ist im Vergleich zur strukturell bereits im Gange befindlichen Verwirklichung von Weltgesellschaft klar eine „Nachträglichkeit der Semantik“ zu beobachten (Stäheli 1998: 315).

Erst anderthalb Jahrhunderte später erfolgte mit Kants „Verkopplung von physikalisch-kosmologischen und kognitiv-logischen Postulaten“ im Rahmen eines bereits vollständig kopernikanischen Weltbildes, in dessen Zentrum nur theoriearchitektonisch der denkende, erkennende Mensch stand, dann eine endgültige Abkehr der Philosophie vom traditionellen Raumordnungsdenken; wenn auch noch unter Mitführung nun explizit rassistisch formulierter klimatheoretischer Denkmuster (Günzel 2005: 27f). Wohl hier – und nicht bereits in den päpstlichen Bullen und Verträgen des 15. Jahrhunderts, aber auch nicht erst in der Geopolitik des frühen 20. Jahrhunderts (so aber Ó Tuathail 2001: 13) – war der Blick auf die „erstmalig überschaubar gewordene Weltbühne aus kartesischer Perspektive“ (ebd.) als eigenständiger Maßstab politischen Geschehens erstmals gegeben. Aus dieser Perspektive konnten dann Vorstellungen wie Kants friedliche Welt der Republiken, deren Völkerschaften

zuvor mittels des Krieges über die Erdkugel verstreut worden waren, oder Herders Vision des friedlichen Zusammenwachsens der einstweilen noch durch topographische Merkmale voneinander getrennten Nationen zu einer weltumspannenden Gemeinschaft erwachsen. Der heutzutage naiv anmutende „Enlightenment cosmopolitanism“ der frühen politischen Geographie, wie er von Kant sowie vor allem von Herder vertreten wurde, sollte zwar zunächst Episode bleiben (Agnew 1998: 19, siehe Kap. 2.2). Kombiniert mit der Etablierung des Raums als transzendente Bedingung menschlicher Welterfahrung überhaupt und der damit verbundenen erkenntnistheoretischen Aufwertung geographischen Wissens über die literarische Form des Reiseberichts oder der handwerklichen Bedeutung von Karten für Seefahrt und Kriegführung hinaus (Günzel 2005: 25f) erzeugte die Geographie der Aufklärung jedoch die Bedingungen für die beginnende Diskussion über politische Räumlichkeit als eigenständiges und zunehmend akademisch etabliertes Wissensgebiet. Die verwirrende Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung mag die Nachfrage nach kontingenzbeschränkenden Beschreibungen politischer Räumlichkeit zusätzlich begünstigt haben.

### **3.2 Politische Geographie, Geopolitik und Staatsorganizismus**

#### *3.2.1 Geopolitik als Leitsemantik politischer Raumbeschreibung?*

Mit der Etablierung der sich häufig explizit als politische Wissenschaft verstehenden Länderkunde an europäischen (und bald auch außereuropäischen, prominent zunächst japanischen) Universitäten – zunächst noch meist in Kombination mit anderen Fächern als „Länder- und Völkerkunde“ (Schultz 2010: 49), worin sich die zuvor erwähnten Debatten über die möglichen naturgegebenen Differenzierungsmerkmale zwischen verschiedenen politischen Kollektiven spiegelte – hatte die theoretische Reflexion politischer Räume spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen Wendepunkt erreicht. Räumliches Denken war zuvor entweder Gegenstand militärischer, technischer oder kartographischer Kunstlehren gewesen oder – wenn auch nur gelegentlich – Gegenstand allgemeiner politischer Theorien größerer Reichweite wie bei Montesquieu. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die raumbezogene Darstellung politischer Einheiten und Prozesse nun zu einem Spezialdiskurs akademisch-politischer Deutungseliten, die zudem bald für ihre Semantik politischer Räume beanspruchten, das eigentliche Kerngebiet jeglicher Wissenschaft von der Politik darzustellen.



Dementsprechend entwickelte sich diese intellektuelle Strömung, heute meist unter dem Begriff der „Geopolitik“ zusammengefasst, auch disziplinär weitgehend getrennt von den sich fast zeitgleich herausbildenden Sozialwissenschaften. Die wichtigsten Vertreter früher geopolitischer Ansätze lassen keine dominierende Form der intellektuellen Biographie erkennen. Sie waren zum Teil ehemalige Offiziere, in anderen Fällen handelte es sich um Naturwissenschaftler (vgl. Black 2009: 108), andere Hintergründe waren auch vertreten – insgesamt handelte es sich um eine recht heterogene Gruppe.<sup>90</sup> Eine Gemeinsamkeit dieser Autoren war, dass sie ihre Arbeit nicht primär als Theoriebildung betrieben, sondern präzeptoral als Stichwortgeber für die Politik ihrer jeweiligen Staaten fungieren wollten – was im übrigen auch von heutigen Geopolitikern durchaus selbstbewusst beansprucht wird (Brill 2004: 202f). Im Gegensatz zu den sich als allgemeine Theorien verstehenden Texten der Geographie der Aufklärung, die aus Naturgesetzen universell gültige politiktheoretische Hypothesen ableiten wollte (Günzel 2004: 67), geht es der Geopolitik typischerweise um eine Übersetzungsleistung mit dem Ziel, diese angenommenen Naturgesetze in den Dienst einer nationalen Sache zu stellen:

„Location is [...] defined first in terms of the great land and ocean masses. But it should be remembered that this global frame of reference is different for each state because for each state it has a different focus, namely, the capital of that state. Every Foreign Office, whatever may be the atlas that it uses, operates mentally with a different map of the world. This means that a given area in the world will have for two states which lie far apart an entirely different strategic and political significance, a fact which is responsible for the failure of our system of world-wide collective security.“ (Spykman 1938: 43)

Diese Aussage steht beispielhaft für die Situierung der Geopolitik in einem doppelten Kontext der nationalen Selbstbehauptung in der zunächst europäischen, später dann globalen Großmächtekonkurrenz wie auch der imperialen Dominanz gegenüber den als Kolonien beherrschten Gebieten. Im Stil des Sozialdarwinismus gingen geopolitische Texte von einem

---

<sup>90</sup> Um nur einige der prominentesten geopolitischen Autoren als Beispiele zu nennen: Friedrich Ratzel und Halford Mackinder hatten unter anderem Zoologie studiert und waren beide früh in Kontakt mit Darwins Evolutionstheorie gekommen. Karl Haushofer war – bevor er nach dem 1. Weltkrieg sich der akademischen Geographie zuwendete – General des Königlich Bayerischen Heeres gewesen, Alfred Thayer Mahan Offizier der amerikanischen Marine. Robert Strausz-Hupé und Julian Corbett waren ursprünglich wohlhabende Privatiers, die auf heute nicht mehr vollständig rekonstruierbaren Pfaden – vermutlich auch einfach aus privaten intellektuellen oder politischen Interessen heraus – ihre geopolitischen Ideen publizierten und darauf eine Karriere als Publizisten und Politikberater aufbauten. Rudolf Kjellén und Nicholas Spykman waren Politik- oder Staatswissenschaftler, Edmund Walsh war katholischer Geistlicher und später Dozent in der Diplomatenausbildung der Vereinigten Staaten. Einige weitere biographische Angaben finden sich bei Baumann (2004: 16-20).

zwangsläufig gewalttätigen oder zumindest gewaltanalogen, antagonistischen Konkurrenzverhältnis zwischen Staaten aus, in dem letztlich geographische Kriterien wie Größe, strategische Lage und Ressourcenvorkommen über die Überlebensfähigkeit einzelner politischer Einheiten entscheiden würden – „natural advantage gave rise to national advantage“ (Gallagher 2009: 89).

Die Hoffnung auf die zielgerichtete Überwindung physisch-räumlicher Beschränkungen durch vernunftgemäßes Handeln, wie sie bei Montesquieu, Kant und anderen noch prominent – bei Herder geradezu als Telos der historischen Entwicklung – auftauchte, war in diesem Überlebenskampf nicht nur irrelevant, sondern aus der Sicht der frühen Geopolitiker potenziell gefährlich (Ó Tuathail 2001: 10). Sie traten stattdessen mit dem Anspruch auf, politischen Entscheidungsträgern wie auch der öffentlichen Meinung geographische Schemata zu liefern, die die *korrekte* Interpretation dieses globalen Konfliktgeschehens und damit das Bestehen und letztendlich die Dominanz des eigenen Staates (über konkurrierende Staaten wie auch über koloniale Besitztümer) ermöglichen sollten. Insofern handelte es sich bei Geopolitik nicht nur – oder noch nicht einmal hauptsächlich – um eine akademische Schule, sondern immer auch um eine die Intellektualisierung konkreter politischer Interessen anstrebende Bewegung, „geopoliticians [...] are primarily engaged in explaining the world and redressing the minds of an audience rather than devising research strategies“ (Dijkink 2004: 462). Oder systemtheoretisch gesagt: Geopolitische Texte haben im Allgemeinen keine unmittelbar identifizierbare funktionssystemspezifische Identität, sondern weisen in dieser Hinsicht eine gewisse Ambivalenz auf. Man könnte auch von „Mehrsystemzugehörigkeit“ sprechen (Krause 2001: 172) – was die funktionale Differenzierung von Politik und Wissenschaft nicht hinterfragen würde, wohl aber die hochgradig unterschiedlichen Verständnisse geopolitischer Texte in verschiedenen Kontexten plausibel macht.

Im Kontext der Politik wäre es sicherlich möglich, Geopolitik als Ideologie zu beschreiben, und zwar in einem durchaus nicht abwertenden Sinn – sie „regelt zunächst, welche Folgen des Handelns überhaupt beachtlich sind und prägt so dem Kausalfeld eine Relevanzstruktur auf. Dadurch werden die Möglichkeiten des Wirkens eingeengt, übersehbar, entscheidbar“ (Luhmann 2005: 71). Diese funktionalistische Wendung des Ideologiebegriffs lässt sich aber gerade in Bezug auf eine – ja mit durchaus nicht harmlosen potenziellen Konsequenzen operierende – Doktrin wie die Geopolitik nicht oder nur schwer unter verschärften normativen Ansprüchen gegenüber der öffentlichen Meinung durchhalten. Dies gilt insbesondere dann, wenn wie im Falle der deutschsprachigen Geopolitik Teile ihrer Argumentation für die Legitimation von Entscheidungen verwendet wurden, die im Endeffekt den Mord an

Millionen von Menschen nach sich zogen.<sup>91</sup> Aber auch etwa im angelsächsischen Sprachraum wird heutiger englischsprachiger geopolitischer Literatur nachgesagt, tendenziell vor allem für eine chauvinistische politische Rechte attraktiv zu sein, insbesondere wird sie in dieser Hinsicht mit dem britischen Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts assoziiert (Dalby 2008: 416).

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieses zweifelhaften Rufs scheinen sich zahlreiche theoretische und praktische Narrative über politische Räume und Grenzen immer noch in hohem Maße über ihre Beziehung zur klassischen Geopolitik zu definieren. Bis heute bildet der Begriff und die darunter einzuordnende Literatur das Prisma, durch das vor allem Geographie und Politikwissenschaft – aber auch andere Disziplinen wie gerade in den letzten Jahren etwa die Geschichts- und Literaturwissenschaft (z.B. Albrecht 1998; Schlögel 2007; Werber 2007) – ihre Aussagen über Formation und Funktion politischer Räumlichkeit reflektieren, wenn Raum dabei als explizit politiktheoretischer Begriff und nicht als reine Rechtsnorm betrachtet werden soll.

Das Auftreten geodeterministischer Aussagen in der politischen Ideengeschichte bei Autoren wie Montesquieu oder Herder wird allgemein als Vorgeschichte der Geopolitik betrachtet – und zwar unabhängig von der Akzeptanz der Kontinuitätsthese (vgl. Kap. 2.1): Wird diese verworfen, so wird Geopolitik als definitiver, radikal innovativer intellektueller Bruch mit der ideengeschichtlichen Tradition beschrieben (so etwa bei Kost 1986: 16) – wird hingegen eine wie auch immer geartete Kontinuität bejaht, stellt sich Geopolitik als logische Konsequenz früherer geodeterministischer Theoriebildung dar (so bei Werlen 2004: 383).<sup>92</sup> Sie dient dabei

---

<sup>91</sup> Ob die Geopolitik für den Nationalsozialismus oder andere Gewaltherrschaften eine zentrale Rolle spielte, ist umstritten. Wie wichtig ihre Aussagen für die Formulierung und Umsetzung nationalsozialistischer Ideologie letztendlich waren, ist für die Beurteilung ihres *Sinngehalts* aber nicht entscheidend. Auch wenn die Klärung dieser Frage nicht primärer Zweck dieser Arbeit ist – mit den Arbeiten von Sprengel (1996), Köster (2002) und neuerdings Jureit (2012) liegen drei anspruchsvolle und differenzierte Untersuchungen spezifisch zu dieser Frage bereits vor – wird sie unter systemtheoretischen Aspekten zu behandeln sein (vgl. Kap. 3.2.3).

<sup>92</sup> Verständlicherweise wurde die Kontinuitätsthese von den meisten Geopolitikern selbst auch genutzt, um für die eigenen – in der akademischen Welt und insbesondere in den frühen Sozialwissenschaften niemals unumstrittenen – Thesen den Hintergrund einer respektablen Theorietradition zu konstruieren. Dass sie dabei von den meisten klassischen Autoren „durch Abgründe ganz inkompatibler Kausalitätsvorstellungen getrennt“ waren (Köster 2002: 48), muss die Kontinuitätsthese noch nicht ad absurdum führen: Ähnliche ideengeschichtliche Traditionssmantiken lassen sich für zahlreiche kontemporäre Theorieschulen finden – so könnte man die systemtheoretische Theorie funktionaler Differenzierung durchaus plausibel auf Carl Schmitts Denken in sachgebietsspezifischen Unterscheidungen zurückführen (Ladwig 2003: 54) oder dieses selbst wiederum in die Tradition der Hobbes'schen Staatstheorie stellen (Lehnert 2003: 84). Die dabei zu überspringenden epistemologischen Gräben sind wohl nicht wesentlich breiter als die zwischen – um nur ein Beispiel zu nennen – Montesquieu und Ratzel. Entscheidend ist, ob derartige Konstruktionen eine überzeugende Formähnlichkeit der von den zu vergleichenden Texten verwendeten Unterscheidungen darlegen sollen – oder ob sie durch den Verweis auf anerkannte Autoren die eigenen Unstimmigkeiten verdecken sollen. In Anbetracht der oft nebulösen Kausalitätsnarrative vieler Geopolitiker dürfte in vielen Fällen letzteres der Fall sein – „[s]ie fassen ihre wissenschaftshistorischen Wurzeln als einen Prozeß der Entdeckung einer diskursvorgängigen Realität [...] auf und lassen ihre eigene diskursive Produktivität in der vorgebliebenen Substantialität ihres Objektes verschwinden“ (Köster 2002: 49).

regelmäßig als maßgebliche Orientierungshilfe – oder systemtheoretisch formuliert als „Leitsemantik“ (Luhmann 2000: 136), ohne dass eine neue Semantik zur Ablösung bereitstünde – jeder Ideengeschichte politischer Geographie. Je nach Präferenz wird Geopolitik dann als deren Wende- oder als Kulminationspunkt gedacht. Dies geschieht unabhängig von normativen oder epistemologischen Bewertungen: Selbst die in beiderlei Hinsicht der Geopolitik diametral entgegengesetzte konstruktivistisch-poststrukturalistische Schule der Kritischen Geopolitik (vgl. Kap. 3.4) zeigt diese Referenz bereits in ihrer selbstgewählten (z.B. Ó Tuathail 1996) Bezeichnung, und die Betonung eines entschiedenen Positivismus durch Geographen der westdeutschen Nachkriegszeit vermittelte einer heutigen Geographietheoretikerin „den Eindruck der permanenten ‚Ich-Erschaffung‘ einer vermeintlich unpolitischen Politischen Geographie im Spiegel ihres vermeintlich verwerflichen ‚Anderen‘ – der Geopolitik“ (Lossau 2002: 78).<sup>93</sup> Somit operieren auch gegenwärtige politische Raumsemantiken in ihrem ideengeschichtlichen Schatten, m. E. könnte man sie oft als *post-geopolitische* Narrative bezeichnen.

Diese konzeptuelle Hegemonie führt dabei mitunter zu einer derartigen Erweiterung des Begriffsverständnisses, dass das Wort ‚Geopolitik‘ für die theoretische oder praktische Befassung mit jeglicher Form politischer Räumlichkeit verwendet wird – von der Kommunikation von Gebietsinteressen mittelalterlicher Dynastien (Black 2009: 38) über die Verwendung von geographischen Metaphern und Karten in der politischen Rhetorik amerikanischer Präsidenten (Flint et al 2009: 605) bis hin zur Räumlichkeit der virtuellen politischen Realität in der Handlung von Computerspielen (Günzel 2007: 448f). Darüber hinaus findet man die Bezeichnung auch häufig als intellektualisierende Umschreibung für Phänomene, die man umgangssprachlich als „Machtpolitik“ charakterisieren würde (Buzan/Wæver 2003: 70) – es wird also die Konflikthaftigkeit politischer Prozesse in den Mittelpunkt gestellt. Popularisiert wurde diese Auffassung von Geopolitik vor allem von dem früheren amerikanischen Außenminister Henry Kissinger (Baumann 2004: 22). Auf diesen

---

<sup>93</sup> Diese Fixierung auf Geopolitik als maßgebliche Feinderzählung zur Konstruktion entgegengesetzter Raumsemantiken wurde von der marxistisch-leninistisch fundierten „Politischen und Ökonomischen Geographie“ der frühen DDR geteilt; auch einige sowjetische Geographen sahen ihre Hauptaufgabe in der Widerlegung der „bürgerlich-imperialistischen Geopolitik“ – auch hier nimmt sie eine „Zentralstellung in der Negation“ ein (Schöller 1959: 89). Die historische Dialektik wurde aber im Sinne einer Unterscheidung der Geopolitik vom Geodeterminismus der Aufklärung konsequent angewandt – letztere habe vielmehr zur Durchsetzung bürgerlicher Klasseninteressen als „antifeudale Ideologie“ eine ursprünglich fortschrittliche Funktion gehabt. Diese ging dann mit dem Auftreten der Arbeiterklasse als neuer progressive Kraft verloren, erst die Geopolitik des späten 19. Jahrhunderts wird als „reaktionär“ beurteilt (ebd.: 93). Damit legte die marxistische Geographie trotz aller parteitaktisch motivierten Übertreibungen immerhin eine gesellschaftstheoretisch begründete Synchronitätsthese (vgl. Kap. 2.1) vor, die sich von den oft mehr oder weniger willkürlich gewählten Abgrenzungs- oder Zusammenfassungsmerkmalen anderer Ideengeschichten des Geodeterminismus abhebt.

Aspekt verweisen auch neuere Derivationen wie „Theopolitik“ oder „Petropolitik“ (z.B. McDaniel 2003; Bodemer 2007). Auch hier ist meist die politische Kontrolle über wie auch immer definierte Räume durchaus zentral, es besteht also nicht unbedingt ein Widerspruch zur ursprünglichen akademischen Begriffsverwendung, auch wenn die ideengeschichtliche Bindung an geodeterministische Thesen dabei verloren gehen mag.

In manchen Fällen wird Geopolitik explizit als *raumvoluntaristisch* definiert, wobei dann typischerweise der Versuch einer Neudefinition vorliegt (z.B. Boesler 1997: 309). Andere – der ursprünglich als geopolitisch bezeichneten Literatur kritisch gegenüberstehende – Autoren akzeptieren den Begriff in seiner erweiterten Fassung *gerade* mit dem Ziel, ihn als griffige Formel für das Zusammen-Denken von Politik und Raum der Gedankenwelt seiner früheren Vertreter zu entreißen (Agnew et al 2011: 49). Dieser Ausdehnung des Bedeutungsfelds entspricht auch die Alltagssprachliche Verwendung von ‚Geopolitik‘ zur zusammenfassenden Bezeichnung akademischer, politischer oder journalistischer Aussagen und Praktiken, die sich in beliebiger Weise auf politisch-räumliche Zusammenhänge beziehen können – ein Beispiel wäre die Debatte um die deutsche „Mittellage“ im Kontext des Historikerstreits der 1980er Jahre (Lossau 2002: 73). Jürgen Habermas (1986) bezeichnete die Verwendung dieses Konzepts als Veranstaltung eines „geopolitischen Tamtam“, was wiederum eine spezifisch bundesrepublikanische Diskussion über den korrekten Umgang mit geopolitischen Raumsemantiken auslöste – insbesondere auch über die Frage, ob auch ohne aggressiv-expansionistische außenpolitische Vorstellungen bereits von Geopolitik die Rede sein dürfe (Sprengel 1996: 21f). Eine derartige öffentliche Begriffsdiskussion stellt aber international eine Ausnahme dar. Im Allgemeinen ist eine eher verschwommene Verwendung des Begriffs die Regel, was angesichts seiner Geschichte auch nicht verwunderlich ist.

Zum Zeitpunkt seiner Prägung durch den schwedischen Politikwissenschaftler Rudolf Kjellén im Jahr 1899 (vgl. Sprengel 1996: 26) sollte er nämlich lediglich einen Teilaspekt dessen organizistischer Staatstheorie – eben die Bedeutung der räumlichen Lage und landschaftlichen Struktur eines Staatsgebiets – darstellen. Diese betrachtete er als durchaus gleichrangig mit vier anderen Faktoren, nämlich den „ethnischen, wirtschaftlich-ökonomischen, sozialen und juristischen“ (Kjellén 1933: 3; vgl. Helmig 2007: 32), für die er parallel zur „Geopolitik“ die Begriffe „Demopolitik“, „Ökopolitik“, „Soziopolitik“ und „Kratopolitik“ prägte. Somit nahmen Kjelléns zeitgenössische Epigonen wie Karl Haushofer, die nun ihre Kombination von Staatendarwinismus und Geodeterminismus als Geopolitik bezeichneten, eigentlich eine nicht unbeträchtliche Modifikation vor, indem sie „geflissentlich übersahen, daß neben der Geographie noch vier weitere Disziplinen an der Kjellénschen Staatslehre beteiligt waren“

(Kost 1986: 16). Diese Unterschlagung wurde von zeitgenössischen Autoren (Vogel 1926: 185f) auch bemerkt, aber auf den zumindest semantischen Neuigkeitswert dieser geopolitischen Ansätze zurückgeführt. Über den tatsächlichen Innovationscharakter – über die Prägung einer Bezeichnung hinaus – besteht allerdings keine Einigkeit, schließlich waren entsprechende Ansätze bereits weit verbreitet (vgl. Kost 1989: 161). Deren Autoren wie Mahan und Mackinder verwendeten die Bezeichnung nicht, obwohl gerade diese Autoren vermutlich häufiger mit Geopolitik assoziiert werden als andere – zumindest in der englischsprachigen Literatur (Sprengel 1996: 25; Agnew et al 2011: 49). Die Definitionsproblematik ist damit nahezu unvermeidlich.

Ich entscheide mich dafür, den Begriff in dieser Arbeit so zu verwenden, dass er spezifischer denn als allgemeine Bezeichnung für jegliche politische Raumsemantik verwendet wird – für akademische Texte ist darüber hinaus der ja vorhandene und so gebrauchte Begriff der politischen Geographie (im interdisziplinären Kontext von Politikwissenschaft und/oder Geographie) bzw. (wenn als Subdisziplin der akademischen Geographie großgeschrieben) der „Politischen Geographie“ (vgl. z.B. Lossau 2002) bestens geeignet. Dies gilt auch dann, wenn ‚Geopolitik‘ in der Geographie selbst „häufig als Synonym für ihre Teildisziplin Politische Geographie“ verwendet wird (Kost 1986: 19).<sup>94</sup> Diese Verwendung scheint in der neueren, insbesondere englischsprachigen Literatur eher noch zuzunehmen – wobei dann im Allgemeinen aus dem Kontext ersichtlich wird, welche Thesen mit dem Begriff bezeichnet werden sollen. Es existieren aber auch zahlreiche Publikationen, die einen Antagonismus zwischen beiden Begriffen unterstellen (z.B. Antonsich et al 2001), eine solche Gegensätzlichkeit wurde vor allem in der deutschen Geographie nach und der amerikanischen Geographie während dem 2. Weltkrieg betont – meist unter Gleichsetzung von Politischer Geographie einerseits mit einer wie auch immer gearteten politisch neutralen, wissenschaftlichen Vorgehensweise und von Geopolitik andererseits mit ideologisierten, chauvinistischen Machtkonzepten (Schöller 1958: 316; Bowman 1942: 648f; vgl. Wolkersdorfer 2001: 41).<sup>95</sup>

---

<sup>94</sup> Eine exklusive Zuordnung der Geopolitik zur Politikwissenschaft – etwa als gemeinsamer „Unterdisziplin“ von Systemlehre und Internationalen Beziehungen, wie sie von Patzelt (1997: 136) noch vorgenommen wird – ist hingegen allgemein nicht mehr üblich. Von dem Erfinder des Begriffs, Rudolf Kjellén, war tatsächlich eine derartige eindeutige Zuordnung zur Politik- bzw. Staatswissenschaft intendiert – die von ihm beeinflussten Autoren wie Haushofer ignorierten dies allerdings, vermutlich auch aufgrund des Fehlens einer institutionalisierten Politikwissenschaft in der damaligen deutschsprachigen Welt (vgl. Murphy 1997: 6). Generell ergibt sich der Eindruck, dass sich heute in der deutschsprachigen Politikwissenschaft der Begriff ‚Geopolitik‘ tendenziell in der verallgemeinernden Bedeutung findet – entgegengesetzt zur Geographie, die eher die hier vertretene engere Begriffsfassung bevorzugt. Dies geschieht typischerweise, um sich von der Geopolitik abzugrenzen oder eine kritisch-distanzierte Position zur eigenen Ideengeschichte zu entwickeln.

<sup>95</sup> Noch allgemeiner, wenn auch noch nicht zweifelsfrei etabliert (vgl. Kap. 1.1) wäre eine Bezeichnung wie ‚Theorie politischer Räume‘ oder ‚politikwissenschaftliche Raumforschung‘ – in Analogie zu Beschreibungen

Eine derartig scharfe Abgrenzung ist aber ebenfalls in hohem Maße fragwürdig – der überwiegende Teil der modernen Politischen Geographie hat sich von grundlegenden Annahmen geopolitischer Texte recht wenig entfernt, was etwa die Annahme einer Natur/Kultur-Dualität oder die Beschreibung politischer Einheiten über jeweils abgeschlossene Räume anbetrifft, wie Lossau (2002: 77f) kritisch anmerkt und eine Verwendung des Begriffs zum Zweck der Selbstirritation politischer Raumbeschreibungen durch das Abrufen ihrer eigenen kontroversen Ideengeschichte vorschlägt (ebd.: 80). Dabei bestünde allerdings m. E. zumindest für diese, in den Identitätsdebatten der Geographie abseits stehende politiktheoretische Arbeit das Risiko, einerseits ein ästhetisch wirksames, aber diffuses und zur Verselbständigung neigendes Schlagwort zur Andeutung nicht weiter bestimmbarer und nicht zu hinterfragender begrifflicher Unschärfen einzuführen – wie könnte bei einer solchen Begriffsverwendung eine nicht-geopolitische Beschreibung politischer Räume möglich sein, die post-geopolitische Problematik würde eher verschärft! – aber andererseits einen zur Kategorisierung einer über ihr charakteristisches geodeterministisches Narrativ und bestimmte dramatisierende Stilelemente doch provisorisch abgrenzbaren Semantik konkurrenzlos geeigneten Begriff zu verlieren.

Darüber hinaus halte ich es auch für wenig sinnvoll, ‚Geopolitik‘ über primär moralische Begrifflichkeiten bestimmen zu wollen, also *a priori* auf imperialistisches, expansionistisches, nationalistisches oder sonstiges in der Gegenwart eindeutig moralisch negativ besetztes Gedankengut einzugrenzen.<sup>96</sup> Gleiches gilt für den Versuch, sie unbedingt in postkoloniale

---

wie „sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung“, die eine außerhalb der Disziplin der Geographie stattfindende oder in der Fragestellung über sie hinausgehende Thematisierung von Raum andeutet (z.B. bei Glasze/Mattisek 2009).

<sup>96</sup> Die gängige Verknüpfung von Geopolitik mit derartigen Chauvinismen ist wohl dafür verantwortlich, dass das Spätwerk von Samuel P. Huntington – dem ebenfalls eine fragwürdige Essenzialisierung von politischer Ungleichheit vorgeworfen wird, und in dem ebenfalls Kartenmaterial eine prominente Rolle spielt – auch gelegentlich als Geopolitik klassifiziert wird (vgl. Bassin 2007: 352; Wolkersdorfer 2001: 36). In der hier vertretenen Definition wäre der *Kampf der Kulturen* zwar eine politische Raumsemantik, aber keine Geopolitik, da die kausale Bedeutung physischer Räume eindeutig bestritten wird. So seien kulturelle und nicht geographische Gemeinsamkeiten für die Möglichkeit internationaler Kooperation ursächlich (Huntington 1997: 203), für industrialisierte Gesellschaften habe die physische Geographie im Vergleich zu traditionellen Lebensformen ohnehin so gut wie keine Bedeutung mehr (ebd.: 97f). Lediglich für militärstrategische Fragen im Rahmen einer bereits kulturell determinierten Außenpolitik wird an einer einzigen Stelle eine gewisse Bedeutung der physischen Topographie eingeräumt (ebd.: 355). Mit der Geopolitik teilt Huntington zwar die Essenzialisierung politischer Differenzen, sie wird aber auf quasi-naturalisierte kulturelle und letztlich im Rahmen religiöser Wertsysteme entstandene Normen zurückgeführt (ebd.: 53f). Dies markiert aber einen deutlichen Unterschied, da somit der individuelle, sozialisierte Mensch Träger dieser Differenzen ist, die er nicht einfach ablegen kann – weswegen Huntington in einem späteren Buch auch Einwanderung über solchermaßen konstituierte Grenzen hinweg ablehnt (Huntington 2004: 222f). Tatsächlich im hier vertretenen Sinn geopolitisch orientierte Autoren sehen mit derartigen Migrationsprozessen kein grundsätzliches Problem, sie werden vielmehr als potenziell nützlich und in manchen Fällen notwendig beschrieben (Friedman 2009: 133) – solange nicht durch die physische Topographie der betreffenden Räume Konflikte verursacht werden (ebd.: 225f). Ähnlich unterschiedliche Einschätzungen ergeben sich etwa bezüglich der Rolle Chinas in der Weltpolitik, die Huntington (1997: 379f) als aufgrund kultureller Differenzen zu den USA als hochgradig

Kriterienkataloge einzupassen, also Geopolitik etwa als „[w]hite, male, elite, and Western situated knowledge“ zu beschreiben (Flint 2006: 17). Unbenommen der Tatsache, dass diese Beschreibung für die klassischen Autoren des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts sicherlich zutreffend ist,<sup>97</sup> sind ihr eigene Essenzialisierungen eingeschrieben, die denjenigen der geopolitischen Literatur in ihrer Fragwürdigkeit zum Teil nicht nachstehen (vgl. Black 2009: 10). Sie ignoriert auch den teils bewusst antihegemonialen und antiwestlichen Duktus zahlreicher geopolitischer Texte oder die bereits früh – eigentlich parallel zum beginnenden Diskurs in westlichen Staaten – einsetzende eigenständige Interpretation geopolitischer Ideen etwa in Japan (vgl. Usui 2008: 258f; Black 2009: 111).

Noch weniger handelt es sich bei Geopolitik notwendigerweise um die Intellektualisierung einer autoritär konnotierten und *territorial organisierten* souveränen Staatlichkeit (so aber Flint 2006: 17). Tatsächlich haben in der Moderne bis auf den theoretischen Anarchismus und kontemporäre Globalisierungssemantiken wenige intellektuelle Strömungen die Vorstellung der staatlichen Souveränität über ein präzise definiertes Territorium so radikal als juristische Fiktion kontingent gesetzt wie die Autoren der frühen Geopolitik: Souveränität impliziert eine *statische* Dimension als „neuzeitliche Hegungsform soziopolitischer Dynamik“ (Mayer-Tasch 1991: 20), wohingegen geopolitische Texte gerade den rapiden, oft katastrophalen *Wandel* der Expansion oder Kontraktion der Kontrolle von Räumen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt haben (Sprengel 1996: 142). Ob sie deswegen schon unter die Rubrik der „Entgrenzung“ gefasst werden sollten (ebd.: 140; vgl. Kap. 3.3), sei dahingestellt – immerhin geht es nach wie vor um räumliche Ein- und Ausschlüsse, aber diese werden als naturhafte Dynamik und nicht als relativ dauerhafte, stabile, rechtliche und politische Konvention präsentiert.

Die automatische begriffliche Identifikation der Geopolitik mit *allen* in irgendeiner Form mit autoritärer Politik, Chauvinismus und Repression in Verbindung zu bringenden Begriffen ist somit irreführend und könnte eher dazu beitragen, entsprechendes Gedankengut ohne weitergehende Untersuchung ins geistige Exil abzuschieben, was einer ernsthaften Auseinandersetzung der ja in der Tat anzutreffenden bedenklichen Tendenzen in der Geopolitik eher abträglich sein dürfte. Solche Pauschalisierungen wurden hauptsächlich im Rahmen des Forschungsprogramms der kritischen Geopolitik vorgenommen und erfüllen dort

---

konfliktiv betrachtet, während Friedman (2009: 100) dies aufgrund der topographischen Isolation des ersteren als hochgradig unwahrscheinlich betrachtet.

<sup>97</sup> Die gleiche Kategorisierung wäre für den Großteil der in ihrer Epoche in irgendeiner Form intellektuell oder politisch einflussreichen Wissensformen gültig. Gerade für die Geopolitik gilt dies zudem nur dann, wenn man entscheidende außereuropäische Beiträge wie den Ibn Khaldūns zur begrifflichen Vorgeschichte geopolitischen Denkens leugnet – und sich damit selbst einer kolonialen Praxis anschließt (vgl. FN 82).



letztlich die Funktion, generalisierte Zustimmung für ein metatheoretisch noch nicht hinreichend ausgearbeitetes und sich daher über die moralisch codierte Ablehnung eines konkurrierenden Paradigmas selbstbeschreibendes Forschungsprogramm zu erzeugen (vgl. Kap. 3.4) – „wer wird schon ernsthaft Zielen wie etwa Freiheit, Demokratie und Antihegemonie widersprechen?“ (Redepenning 2007: 98f). Die Frage, ob Geopolitik in jedem Fall verwerflich sei, könnte im dieser Arbeit gesetzten theoretischen Rahmen ohnehin nicht beantwortet werden – vielmehr interessiert dafür die Frage, welche Funktion sie möglicherweise für die „höhere Amoralität der Politik“ (Luhmann 2008: 163; 168) erfüllen könnte, und über eine derartig interessierte Fragestellung könnte dann vielleicht auch eine ethische Beobachtung geopolitischer Texte informiert werden.

Im Sinne einer klaren Abgrenzung von ideengeschichtlich anderweitig einzuordnenden Traditionen – wie etwa juristischen Souveränitätstheorien (Schmitt 1997) – einerseits und der Vermeidung einer moralisch motivierten Einschränkung auf eine bestimmte chauvinistische Überlegenheitsdoktrin andererseits – und ohne die Möglichkeit anderweitiger, auch legitimer Definitionen in anderen forschungsstrategischen Kontexten zu negieren – wird in dieser Arbeit deshalb als *Geopolitik* jede Raumsemantik bezeichnet, die

- eine wie auch immer geartete Determination politischen Geschehens durch physische Gegebenheiten als primären Kausalfaktor annimmt und damit eine Festlegung auf materielle und deterministische Räume betreibt,
- im Kontext einer bereits etablierten fachwissenschaftlichen Geographie auftaucht und deren Begrifflichkeiten zumindest ansatzweise – etwa in Form von Karten – nutzt,
- dabei eine primär antagonistische, also durch die Behauptung existenzieller Konflikte bestimmte Politiktheorie unterstellt,
- diese auf eine planetarische Ebene projiziert, also die Erdkugel als Schauplatz des politischen Geschehens betrachtet,
- einen maßgeblichen, diese weltpolitische Entität strukturell bestimmenden Konflikt beschreibt, der zwischen physisch-geographisch definierten Zonen bzw. denen diese besetzenden Politien ausgetragen wird, und schließlich
- mittels dieser räumlichen Beschreibung der politischen Welt eine präzeptorale Rolle gegenüber politischen Entscheidungsträgern einzunehmen sucht.

Im Gegensatz zur weitverbreiteten Verschwommenheit der Verwendung von ‚Geopolitik‘ als „ungeklärter, aber anerkannter ‚terminus technicus‘ (Kost 1986: 19) – eine

Verschwommenheit, die gelegentlich für das Offenhalten begrifflicher Optionen hilfreich sein kann, aber dafür neue Abgrenzungsprobleme schafft – dürfte mit dieser Definition zumindest eine erkennbare Tradition der Beschreibung politischer Räumlichkeit identifiziert sein.

Wenn die Bezeichnung *klassische Geopolitik* verwendet wird, so bezeichne ich damit solche Arbeiten, die für ihre zentralen Argumentationsfiguren explizit auf die geodeterministische und staatsorganizistische politische Geographie des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurückgreifen – also auf Autoren wie z.B. Mahan, Ratzel, Kjellén oder Mackinder. Dies steht in Übereinstimmung mit dem in der gegenwärtigen englischsprachigen politischen Geographie üblichen Sprachgebrauch (Owens 1999: 60-62); die „Münchener Schule“ der revisionistischen Autoren um Karl Haushofer wird dort oft mit dem deutschen Wort „Geopolitik“ bezeichnet,<sup>98</sup> um ihre Position politischer Zuspitzung zu kennzeichnen (Owens 1999: 66). In einer davon abweichenden Herangehensweise wird diese autoritär-militaristische Tradition insbesondere mit der von Autoren wie Mackinder (1996) als „demokratische und angelsächsische Tradition“ kontrastiert, die dann allein ‚klassisch‘ sei (Sprengel 1996: 25).<sup>99</sup> Im Gegensatz dazu schlägt Sprengel vor, eben jene „Deutsche Geopolitik“ als die eigentlich klassische zu definieren, da hier „der erste Diskurs, der sich explizit um den Begriff ‚Geopolitik‘ als [...] gemeinsamen Referenzpunkt“ bildete, vorliege (ebd.: 9). Um einerseits eine Vielzahl von Sondergattungsbezeichnungen zu vermeiden und

---

<sup>98</sup> Dies ist ein Stilmittel, welches in einem deutschsprachigen Text selbstredend nicht zur Differenzierung zur Verfügung steht – es sei denn, man wolle eine „angelsächsisch-demokratische Tradition“ (Sprengel 1996: 25) dann jeweils durch die analoge Verwendung von *geopolitics* oder die spezifisch russische – ‚eurasisische‘ – Spielart (vgl. Morozova 2009: 668) mit *Геополитика* kennzeichnen. In der Tat verwenden zahlreiche Texte, die Geopolitik als jeweils einer bestimmten nationalen Perspektive zuzurechnend beschreiben wollen, im gleichen Duktus fremdsprachige Bezeichnungen, so wie etwa in der Formel „Geopolitik plus géohistoire gleich géopolitique“ (Sprengel 1996: 13) zur Kennzeichnung der stärker sozial- und geschichtswissenschaftlich beeinflussten geopolitischen Literatur Frankreichs im Anschluss an Braudel (1993). Derartige Tendenzen können zwar manchmal größtenteils, aber niemals vollständig einem bestimmten Sprachraum zugerechnet werden: Gerade die Geopolitik von Yves Lacoste (1990) wurde in Deutschland stark rezipiert (Lacoste 1994), und der Eurasismus mancher russischer Geopolitiker erinnert eher an den Kulturessenzialismus Huntingtons als an europäische Geopolitiktraditionen (vgl. Morozova 2009: 674). Auch war Friedrich Ratzels ‚deutsche‘ Geographie der Politik wohl mehr von Auguste Comte und Herbert Spencer beeinflusst als von deutschsprachigen Autoren (Troll 1947: 21f). Ich halte daher diese sprachliche Nationalisierung für übertrieben generalisierend und setze sie nicht ein. Dies soll aber keinesfalls bedeuten, dass nicht für zahlreiche Texte der klassischen Geopolitik *auch* eine durch länderspezifische Vorstellungen geprägte geographische Weltsicht ausschlaggebend gewesen sein mag.

<sup>99</sup> Eher außerhalb der üblichen Begriffsverwendung steht der Vorschlag Owens' (1999: 65f), diese angelsächsisch-maritime Tradition als „geostrategy“, also als ‚Geostrategie‘ zu bezeichnen, wohingegen die deutschen Autoren – „continentalist in outlook“ (ebd.: 64) – unter „organic state theory“ eingeordnet werden. Diese Unterscheidung soll vermutlich die wahrgenommene Differenz zwischen dem rationalen strategischen Denken liberaler Seemächte und den tendenziell totalitären Expansionsdoktrinen autoritärer Landmächte (s.u.) ausdrücken, nimmt aber in Anbetracht der bereits – sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch – etablierten Bedeutungen des Wortes ‚Strategie‘ einen verfremdenden Zug an. Zudem negiert sie die organizistischen und chauvinistischen Potenziale der ‚maritimen‘ Narrative (vgl. Agnew et al 2011: 51). Sinnvoller ist es m. E., „Geostrategie“ konventionell zur Beschreibung politischen Entscheidungshandelns zu verwenden, welches unter der Annahme „geopolitisch bestimmter regionaler und weltweiter Bedingungen“ stattfindet (Baumann 2004: 12; im Original hervorgehoben).

andererseits das – im Gegensatz zu kritischen oder poststrukturalistischen Raumtheorien und den verschiedenen Deterritorialisierungsansätzen – doch Gemeinsame all dieser Strömungen zu betonen, wähle ich die inklusivere Begriffsvariante.

Schließlich werden aktuelle Beiträge, die – mit modernisiertem Vokabular, aber ohne den Versuch einer Distanzierung – auf der klassischen geopolitischen Semantik aufbauen (z.B. Brzezinski 1997; Friedman 2009; Kaplan 2012), gelegentlich als *neoklassische Geopolitik* bezeichnet (z.B. Megoran 2010). Dabei werden allerdings keine Merkmale aufgeführt, die eine Unterscheidung neoklassischer von klassischen geopolitischen Texten ermöglichen würden – vielmehr wird die ungebrochene Fortführung ihrer Narrative kritisiert, „just as Mackinder produced three iterations of [the heartland thesis], neoclassical thinkers see themselves as doing nothing different“ (ebd.: 188). In solchen Fällen scheint die Verwendung des beliebten Präfixes ‚neo-‘, die ja im sonst üblichen sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch den Transfer bestimmter theoretischer Aussagen in ein neueres metatheoretisches Umfeld kennzeichnet – so etwa bei „Realismus“ und „Neorealismus“ in den Internationalen Beziehungen (Menzel 2001: 141f) – als eher unangemessen. Als ‚neoklassisch‘ sollten daher m. E. eher solche Aussagen bezeichnet werden, die – analog zu dem vorangegangenen Beispiel – eine Transformation klassischer Geopolitik im Sinne der quantitativen Untermauerung geodeterministischer Kausalitätsnarrative oder der Verwendung moderner sozialwissenschaftlicher Sprache anstreben, mithin also eine (Re-)Integration der Geopolitik in die kontemporäre Geographie oder Politikwissenschaft beabsichtigen (vgl. auch Alexander 1994: 185). Dies würde teilweise etwa auf Werke von Spykman (2008) oder Hugill (2005) zutreffen – der weitaus größte Teil auch der kontemporären geopolitischen Semantiken bleibt aber in diesem Sinn klassisch.

### *3.2.2 Maritime Geopolitik und liberaler Modernismus*

Den wohl ersten einflussreichen Text der klassisch-geopolitischen Narrative stellt Alfred T. Mahans zuerst 1890 veröffentlichtes Buch *The Influence of Seapower upon History* dar – oder vielmehr eigentlich das erste Kapitel dieses ansonsten recht konventionellen, an der Beschreibung bedeutender Seeschlachten orientierten marinegeschichtlichen Werks (Mahan 1918: 1-89). Besagtes Kapitel wurde auf Verlangen des Verlegers eingefügt mit dem Ziel, eine Anschlussfähigkeit an kontemporäre Diskussionen über die Rolle von Seemacht und Flottenbau in den USA und damit eine bessere Popularisierungsfähigkeit des Buches zu erzielen (Hobson 2002: 158f). Beides gelang – das Kapitel lieferte eine erste theoretische

Fundierung der im Kontext der Flottenbaukonkurrenz der Großmächte des späten 19. Jahrhunderts aufkommenden Doktrin des Navalismus. Im wilhelminischen Deutschland war seine Schrift eine intellektuelle Grundlage der Tirpitz'schen Flottengesetze (ebd.: 82f), und im japanischen Großmachtdenken der Epoche wurde sie – trotz anscheinend weitgehender Unverständlichkeit der ins Japanische übersetzten weitschweifigen Formulierungen Mahans – allgemein als Kanon akzeptiert und als Argument in haushaltspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Heer und Marine verwendet (Asada 2006: 26f). Noch in der Gegenwart stellen Mahans Thesen für die Begründung maritimer Aufrüstung etwa der Volksrepublik China das maßgebliche Vokabular zur Verfügung (Holmes/Yoshihara 2006: 176f).

Die hier interessierende raumsemantische Innovation Mahans stellt aber die Einführung der Weltmeere als eigenständige, aus der Normalität territorialstaatlicher Ordnung herausgelöster Zone politischer Prozesse dar. Zwar hatten bereits frühere Autoren die Rolle der Seefahrt für den Handel und die Kriegführung erwähnt, so finden sich bei Montesquieu im auf Großbritannien bezogenen 19. Buch des *Geist der Gesetze* Überlegungen über den Vorteil der Insellage, die wegen des Fehlens eines Landheeres sowohl finanzielle Einsparungen als auch eine vergleichsweise liberale Herrschaftsform ermögliche. Die Verlagerung der Verteidigung auf den Ozean gestatte zudem gleichzeitig die Projektion von Einfluss in die restliche Welt (Montesquieu 2011: 317-319).<sup>100</sup> Seine Überlegungen ähneln denen Mahans in einigen Zügen, die Raumbeschreibung ist aber auf die Insel als solche bezogen, der Ozean als eigenständiges Vehikel strategischer Machtprojektion tritt nicht auf. In der akademischen Geographie des 19. Jahrhunderts – so bei Carl Ritter – wie auch in der Alltagsliteratur wurde die Seefahrt als vor allem wirtschaftlich verbindende Verkehrsform gewürdigt, Überlegungen zu einer spezifisch maritimen Form politischer Macht beschränkten sich aber weitgehend auf die Bedeutung der Kontrolle von Meeresengen, Hafenstädten und eisenbahnanalog gedachten Handelsrouten (Schlögel 2007: 213-215).

Bei Mahan hingegen liegt der Fokus zunächst auf der Seemacht als Dominanz innerhalb der vom Festland getrennt gedachten, eigengesetzlichen Allmende des Meeres. Er leitet deren Beschreibung mit einem Vergleich historischer Seefahrzeuge ein: Das von der Antike bis in die frühe Neuzeit dominierende Ruderschiff erlaubte die Fortbewegung zum gewünschten Zeitpunkt und in die gewünschte Richtung, aber nur in Küstennähe sowie mit geringer

---

<sup>100</sup> Mahan hatte Montesquieu offensichtlich detailliert rezipiert und zitiert ihn gelegentlich (z.B. Mahan 1918: 55). Das könnte als Beleg für eine Kontinuität zwischen der Geographie der Aufklärung und der klassischen Geopolitik gewertet werden – andererseits ignoriert Mahan wie auch andere geopolitische Autoren die Klimatheorie als konzeptuellen Kern von Montesquieus Geographie weitgehend.

Reichweite. Das hochseefähige Segelschiff des Zeitalters der Entdeckungen hingegen ermöglichte interkontinentale Seereisen, allerdings in Abhängigkeit von den Winden. Mit den in seiner Zeit entwickelten Dampfschiffen sei nun zum ersten Mal in der Geschichte die nahezu beliebige und vollständige Befahrbarkeit der Weltmeere gegeben (Mahan 1918: 3-5), was deren Charakter als „a great highway; or [...] a wide common, over which men may pass in all directions“ (ebd.: 25) offensichtlich und die regelmäßige Nutzung auch interkontinentaler Handelsrouten unter Nutzung der massiven Kostenvorteile des Seetransports Realität werden lasse. Eben diese ökonomischen Vorteile machten auch den bewaffneten Schutz des Seehandels im Kriegsfall notwendig – im Gegensatz zu Landstreitkräften entsteht die Seemacht Mahans nicht aus rein militärischen Überlegungen heraus, sondern zur Unterstützung einer bereits vorhandenen zivilen Handelsflotte und der von ihr genutzten Infrastruktur (ebd.: 26f). Diese Beschreibung des Meeres als einer homogenen, in sich keine Unterscheidungen aufweisenden Fläche ähnelt der einer begradigten Arena, innerhalb der sich die für das globale politische System entscheidenden Konflikte abspielen:

„As unclaimed and unclaimable ‘international’ space, the world-ocean lends itself to being constructed as the space of anarchic competition par excellence, where ontologically pre-existent and essentially equivalent nation-states do battle in unbridled competition for global spoils“ (Steinberg 2001: 17).

Die Vorteile der Nutzung dieser globalen Allmende sind laut Mahan aber nicht gleich verteilt, vielmehr seien – und hier wird der geopolitische Charakter seiner Arbeit deutlich – manche Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage und dem Vorhandensein guter Häfen *natürliche* Seemächte, und zwischen diesen Seemächten spiele sich ein globaler Kampf um die Dominanz auf den Weltmeeren ab (ebd.: 26-28). Die USA sieht er hier insbesondere wegen dem gleichzeitigen Zugang zu Pazifik und Atlantik sowie der Kontrolle über die Verbindung zwischen beiden in Gestalt des Panama-Kanals in einer besonders privilegierten Position, die allerdings durch entsprechenden Ausbau von Handelsschiffahrt und Marinerüstung verdient werden müsse (ebd. 33f).

Dies war eine Position, die sich mit den Bemühungen der amerikanischen Bundesregierungen jener Zeit, unter einseitiger Durchbrechung des in der Monroe-Doktrin kodifizierten Isolationismus maritime Großmachtpolitik zu betreiben, hervorragend vereinbaren ließ – dementsprechend wurde Mahan als Stichwortgeber hoch geschätzt. Seine politische Raumbeschreibung macht darüber hinaus zwei konkurrierende, sozialdarwinistisch inspirierte

Narrative der gesellschaftlichen Existenz als andauernden Konflikt – einerseits den des klassisch-liberalen ökonomischen Wettbewerbs der Individuen, und andererseits den des autoritär-militaristischen Überlebenskampfes der Nationen, wie er neben vielen anderen im gleichen Zeitraum von Heinrich von Treitschke vertreten wurde (van der Pijl 1996: 94f) – miteinander vereinbar. Vertreter der beiden Lager in der Staatenwelt des späten 19. Jahrhunderts pflegten stark gegensätzliche Auffassungen, was die Vorteile des Freihandels und die notwendige Höhe der Staatsausgaben anbetraf. Gerade der als Reaktion auf hohe Rüstungsausgaben vor dem 1. Weltkrieg aufkommende liberale Pazifismus ging von der ökonomischen Irrationalität hoher Rüstungsausgaben aus und betonte die dynamische wirtschaftliche Entwicklung kleiner, neutraler und wenig militarisierter Staaten (ten Brink 2008: 52).

Über die Semantik der kommerziellen und machtpolitischen Logiken in Einklang bringenden Seemacht konnte Mahan hier eine liberale Harmonie zwischen maritimem Militarismus und globalem Kapitalismus konstruieren – jedenfalls für diejenigen Staaten, die neben ausreichendem geographischen Zugang zu den Weltmeeren auch über eine zur Seefahrt disponierte und hinreichend große Bevölkerung verfügen (Mahan 1918: 43f). Er betont die notwendige gegenseitige Ergänzung von maritimem Freihandel und ausreichender militärischer Vorbereitung zur Beherrschung der Seeverkehrswege, um im – ohne weitere Erklärung vorausgesetzten und in seinen späteren Veröffentlichungen nicht mehr in dieser Form auftauchenden<sup>101</sup> – antagonistischen Wettbewerb der Staaten zu bestehen. So seien die ökonomischen Eliten Hollands zwar wirtschaftlich kompetent, aber nicht zu militärischen Ausgaben bereit gewesen, so dass die ehemals dominante Rolle im Seehandel verloren gehen musste – andersherum im Falle Frankreichs, welches zwar über eine starke Flotte verfügt habe, aber nicht über einen bedeutenden Fernhandel die langfristige Verankerung dieser Flotte im Dienste ökonomischer Eliten betrieben habe (ebd.: 51-53; 88).

Mahan könnte somit in die geographische Schule des Possibilismus eingeordnet werden – die Möglichkeit der Entwicklung von Seemacht ist geographisch bedingt, muss aber durch soziale Institutionen und politische Entscheidungen verwirklicht werden, und damit eignete sich sein Narrativ unter anderem auch für die Formulierung eines Programms zur Marinerüstung. Dabei bezweifelte er den Wert kontemporärer Konzepte einer materiell sparsamen Seekriegsführung durch Landmächte, die sich auf die reine Unterbrechung der gegnerischen

---

<sup>101</sup> So z.B. im zuerst 1900 ursprünglich als Serie von Zeitschriftenartikeln erschienenen Werk *The Problem of Asia* (Mahan 2003), in dem eher eine tendenzielle Interessenharmonie zwischen Seemächten unterstellt wird. Deren Wettkampf um die Herrschaft auf den Weltmeeren wird somit erst in späteren Arbeiten abgewandelt zu einer Verteidigung des freien Verkehrs auf den Ozeanen gegen imperialistische Landmächte (s.u.). Erst damit erscheint der klassische Land/Meer-Gegensatz der Geopolitik.

Seeverkehrswege mit kleinen Kampfschiffen konzentriert – derartige Konzepte wurden etwa im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg in Frankreich vertreten, sie wurden in beiden Weltkriegen von der deutschen Marine praktiziert und heute in der Fachsprache als „sea denial“ bezeichnet. Vielmehr forderte Mahan eine Strategie, die heutzutage als „command of the sea“ bekannt ist, also die Durchsetzungsfähigkeit schwerer Kriegsschiffe auch gegen Widerstand zur tatsächlichen Kontrolle über die globale Allmende der Weltmeere (Rubel 2012: 21f) – der moderne Seehandel sei viel zu dezentral auf tausende Handelsschiffe verteilt, als dass einzelne Nadelstiche diesen bedeutend schwächen könnten. Für eine tatsächlich effektive Blockade gegnerischen Seehandels sei eben die dauerhafte Kontrolle über die Seeverkehrswege nötig (Mahan 1918: 539f).<sup>102</sup>

Den Erwerb dieser „Herrschaft über die Meere“ als natürlichen Ort globaler Machtausübung bezeichnete später Carl Schmitt (2001: 100; vgl. Kap. 1.2) unter explizitem Bezug auf Mahan als „Seenahme“, die Übernahme dieser zuerst von Großbritannien erbrachten Leistung durch die Vereinigten Staaten sei das Hauptinteresse von dessen Schriften gewesen. Allerdings fehle dabei eine weltanschauliche Ordnungsvorstellung amerikanischer Seemacht, wie Schmitt (ebd.: 102) sie für England noch in der Kombination aus „Seefahrertum und calvinistischem Prädestinationsglauben“ erkennen wollte, Mahans Überlegungen entsprängen hingegen lediglich „aus einem konservativen Bedürfnis nach geopolitischer Sicherheit“ (ebd.). Diese Aussage ist m. E. so nicht zu halten – auch wenn Mahans Texte einer einfach nachzuvollziehenden, strategie- und alltagstauglichen Logik zu folgen scheinen, werden in ihnen bis heute relevante politikgeographische Unterscheidungen etabliert.

Zwar wurde die theoretische und strategische Verknüpfung merkantiler und politischer Interessen in der Tat zunächst ganz prosaisch zur Legitimation seegestützter Interventionen genutzt – so etwa bei der Abtrennung Panamas von Kolumbien zur Sicherstellung der amerikanischen Verfügung über den interozeanischen Seeverkehr durch den gerade fertiggestellten Kanal, was ein von Mahan publizistisch explizit gestütztes Projekt darstellte, aber auch bei der Eintreibung von Auslandsschulden über die Entsendung von Kriegsschiffen

---

<sup>102</sup> In dieser Hinsicht könnte man Mahans Thesen durch die Erfahrung der gescheiterten deutschen Ubootkriegführung im Gegensatz zur recht effektiven alliierten Seeblockade in zwei Weltkriegen bestätigt sehen. Im gegenwärtigen Kontext wird allerdings die generelle Frage nach der Möglichkeit von Seeblockaden gegen bestimmte Staaten gestellt: Zu Mahans Zeit bedeutete die Blockade der Häfen eines Landes die Verhinderung von dessen Handel mit anderen Ländern. Aufgrund der Transnationalisierung und Konzentration von Fertigungsprozessen (vgl. Hatzichronoglou 1999) in der heutigen Industrie allerdings würde die Blockade eines größeren Industrielandes aller Wahrscheinlichkeit nach die massive Beeinträchtigung der Industrie zahlreicher weiterer Länder – und unter Umständen der eigenen – mit entsprechenden politischen Komplikationen bedeuten (vgl. Rubel 2010: 39). Somit wäre eine Seeblockade heute wohl allenfalls gegen reine Rohstoffexporteure (Beispiel: Iran) oder kleinere Industriestaaten (Beispiel: Jugoslawien) möglich, solange deren Ausfall durch andere kompensiert werden kann – aber nicht mehr als Mittel zur Entscheidung von Konflikten zwischen Großmächten wie bei Mahan.

vor die Küsten lateinamerikanischer Länder (vgl. Russell 2006: 550f). Insofern wurde sicherlich *auch* eine auf Interessedenken basierende Intellektualisierung der für die Zeit typischen imperialistischen Praktiken betrieben.

Andererseits war der navalistische Nationalismus Mahans aber keineswegs eine exkludierend-rassistische Doktrin wie der kontemporäre Antisemitismus der deutschen Agrarier oder der biologische Rassismus zahlreicher europäischer und amerikanischer Autoren der Zeit. Vielmehr wird in *The Influence of Sea Power* sogar – und dies ist eine für das späte 19. Jahrhundert bemerkenswert progressive Position – die verstärkte Einwanderung und Einbürgerung ausländischer Seeleute unabhängig von ihrer Herkunft vorgeschlagen, diese würden sich aus eigenem Interesse der sie beschützenden amerikanischen Seemacht gegenüber loyal verhalten und diese im Gegenzug stärken (Mahan 1918: 49). Eine solche Aussage wirkt heute im Kontext einer vielfach als reaktionär empfundenen geopolitischen Denkschule überraschend. Sie ist jedoch keine zufällige Laune des Autors.

Vielmehr baute Mahan seine liberale Präferenz in späteren Arbeiten noch aus, knüpfte sie aber gleichzeitig an die von ihm beschriebene Form der maritimen staatlichen Existenz als Seemacht. So wurde insbesondere Russland als bedeutender Großmacht ohne zuverlässigen Zugang zum Seeverkehr eine aus diesem Defekt erwachsende grundsätzliche Tendenz zur Armut und eine daher rührende Neigung zur Aggression unterstellt – „it is natural and proper that she should be dissatisfied, and dissatisfaction readily takes the form of aggression“ (Mahan 2003: 77). Somit wird der ursprünglich noch als Kampf um die Seeherrschaft zwischen maritimen Staaten gedachte Konkurrenzkampf in entscheidender Weise modifiziert zur Auseinandersetzung zwischen diesen Seemächten einerseits und den aufgrund ihres mangelnden Zugangs zum globalen Seeverkehr rückständigen und aggressiven kontinentalen Staaten andererseits. In einer zugespitzten, aber durchaus konsequenten Interpretation wird Mahan damit zum geopolitischen Vorläufer heutiger Hegemonie-, Integrations- oder Weltstaatstheorien – „his unit of political analysis in so far as sea power in the twentieth century was concerned was a trans-national consortium rather than the single nation state“ (Sumida 1999: 40).

Der *maritime* Imperialismus erfährt somit als liberal und fortschrittlich eine Aufwertung, die sich auch in den politischen Äußerungen und Schriften des von Mahan beeinflussten liberalen Imperialisten, Flottenbaubefürworters und schließlich US-Präsidenten Theodore Roosevelt wiederfindet (Russell 2006: 557f). Schließlich war die Seemachttheorie *auch* verwendbar zur Schaffung einer neuen, maritimen geopolitischen Selbstbeschreibung für die Vereinigten Staaten – und zwar nach Ansicht von Kern (2003: 164) als Folge der zunehmenden



Implausibilität der „frontier“-Semantik nach der Durchdringung des nordamerikanischen Kontinents bis zur Westküste. Zahlreiche mit der *frontier* assoziierte Topoi – insbesondere der mit der Existenz im Grenzland verbundene Geist der Freiheit und Unabhängigkeit von überkommenen sozialen Hierarchien und Normen sowie die Abneigung gegenüber intrusiven staatlichen Institutionen; vor allem aber auch die Notwendigkeit zur solidarischen Inklusion möglichst aller Personen in einer feindlichen Umwelt, der dann eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der amerikanischen Demokratie zugeschrieben wurde (ebd.: 166) – fanden sich später in verwandter Form in Narrativen der maritimen Geopolitik wieder. Die leeren, zu beherrschenden Räume der *frontier* wurden mitsamt den von ihnen geprägten Einstellungen und Sozialstrukturen auf eine neue, maritime *frontier* projiziert. Darüber hinaus mag der maritime Narrativ auch anstelle der ursprünglich vom territorialen Expansionismus der Siedlungsbewegung geprägten Zukunftserwartung, letztlich „alle Teile des nordamerikanischen Kontinents früher oder später zu einem integrativen Bestandteil der USA“ zu machen (Hobsbawm 2009: 64f) – eine Vorstellung, die ein mit der republikanischen amerikanischen Tradition inkompatibles, autoritäres Kolonialreich impliziert hätte – eine alternative, liberale Semantik außenpolitischer Dominanz ermöglicht haben.

Damit ist ein Topos angesprochen, der die spätere politiktheoretische Diskussion jenseits von epochengebundenen marinestrategischen und geographischen Überlegungen prägen sollte – nämlich die in seiner impliziten politischen Geographie enthaltene und durch sie in der politischen Semantik etablierte Distinktion zwischen liberalen Seemächten und autoritären Landmächten. Diese ist von allen in geopolitischen Werken etablierten Konzepten wohl die mit dem weitestgehenden Einfluss auf andere politik-, sozial- und geschichtswissenschaftliche Beschreibungen politischer Räume – wobei nicht der Eindruck erweckt werden soll, dass Mahan die Unterscheidung von Land- und Seemächten als solche erfunden hätte. Sie findet sich zumindest andeutungsweise an einer Stelle bei Montesquieu (2011: 317-319), bei der an ihn anschließenden Literatur stand aber noch seine Klimatheorie als zentraler Narrativ politischer Dominanz im Mittelpunkt. Hegel traf die Unterscheidung zwischen Land und Meer deutlich – das Meer aufgrund seines verbindenden Charakters sei für die Industrie ebenso die natürliche Rahmenbedingung wie das Land für das Familienleben, und ohne Zugang zum Seeverkehr sei weder an technischen noch an geistigen Fortschritt zu denken (Hegel 1970: 391f). Daraus werden aber keine für seine Staatstheorie entscheidenden Konsequenzen gezogen, vielmehr bleibt die See als rein ökonomisch codierter Verkehrsweg ein Attribut der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Kopplung der maritimen Existenz an die Idee

des technisch-industriellen Fortschritts ist allerdings bereits gegeben, dieser Topos scheint in der Ideen- und auch Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts immer wieder auf.

In der Literaturwissenschaft – im Rahmen des *spatial turn* für das Thema sensibilisiert – wird durch einige Autoren der Walfängerroman *Moby Dick* von Herman Melville (1952) als paradigmatisch für die moderne Beschreibung der Differenz kontinentaler und ozeanischer Räume aufgefasst. Zumindest sei „seine Anschlußfähigkeit innerhalb der (geo-)politischen Semantik [...] enorm“ (Werber 2007: 104). In der Beschreibung staatsfreier Räume als globale Allmende trifft dies in raumtheoretischer Hinsicht wohl auch zu. Diese Anschlussfähigkeit wird aber nicht nur in Bezug auf die Unterscheidung von Land und Meer konstatiert, sondern lässt sich auch auf andere Unterscheidungen von „glatten“ und „gekerbten“ Räumen – so etwa in der biblischen Genesis – übertragen: Der Vertreibung aus dem umgrenzten Garten Eden folgt die nomadische, regellose Existenz der Vertriebenen (ebd.: 105). Parallel dazu etabliert Melville die maritime Existenz der Walfänger als eine aus der gehegten Normativität des Festlandes ausbrechende, radikal moderne Lebensform, die eine Beobachtung überkommener sozialer Strukturen aus der Außenperspektive des Seefahrers ermöglicht (vgl. Long 2011: 78f). Die *politische* Hierarchisierung in *Moby Dick* beschränkt sich zwar, oberflächlich betrachtet, weitgehend auf die Dominanz amerikanischer Offiziere über eine ethnisch divers zusammengesetzte Mannschaft des Walfängers „Pequod“ – ein kosmopolitisches Element im Rahmen transkontinentaler Seefahrt, das wie bei Mahan Merkmale kolonialer Dominanz aufweist (Melville 1952: 118, vgl. Werber 2007: 112).

Der Raum dieser Seefahrt steht aber außerhalb der Regeln der normalen, landgebundenen Zivilisation, der sie sich prinzipiell entfremdet (vgl. auch Melville 1952: 63). Ihre sozialen, räumlichen und auch zeitlichen Bezüge werden von der gesellschaftlichen Normalität an Land abgelöst und durch von der ozeanischen Umgebung und der Interaktion an Bord bestimmten Relationen soweit abgelöst, dass ein eigener, nomadischer, autotelischer Mikrokosmos entsteht, der zu den Normen der restlichen Welt ein Verhältnis völliger Externalität einnimmt (vgl. Lorraine 2005: 167f). Gerade in der Manie des Kapitäns Ahab wird eine Eigendynamik erkennbar, die an die „Myopie“ der Funktionssysteme moderner Gesellschaften erinnert – wenn sie denn, so wie bei Willke (2001: 192), „die Fähigkeit verloren haben, ihren gesellschaftlichen Kontext als Bedingung ihrer eigenen Möglichkeit zu sehen“. Die Beschreibung der Verlorenheit im ozeanischen Raum bei Melville könnte somit auch als kritische Reflexion der Eigendynamik der Moderne gewertet werden.

Im 19. Jahrhundert überwog aber die optimistische Interpretation sowohl der Erschließung ozeanischer Räume wie auch der damit als eng verknüpft betrachteten Modernisierung. Im

Anschluss an Hegel nahm fast zeitgleich mit Melville der Geograph und Technikphilosoph Ernst Kapp eine Unterscheidung dreier zivilisationsgeschichtlicher Epochen nach ihrem Umgang mit Wasserverkehrswegen vor, die jeweils mit einer sie beherbergenden geographischen Zone korrespondieren, es „entfaltet sich die politische Geographie als Darstellung der potamisch-orientalischen, der thalassisch-classischen und der oceanisch-germanischen Welt“ (Kapp 1868: 89).<sup>103</sup> Erstere ist dabei landgebunden, agrarisch und despotisch organisiert (ebd.: 162), die zweite wird mit der mediterranen Küstenschifffahrt und den sich von rein naturräumlichen Zwängen allmählich emanzipierenden Kulturen des klassischen Antike identifiziert (ebd.: 164; 249). Schließlich wird durch die weltweite Seefahrt von Westeuropa aus eine globale Kultur etabliert, deren potenzielles Zentrum Kapp (wie später Mahan) in den Vereinigten Staaten sieht, wobei diese gleichzeitig durch ihre modernistische Maßlosigkeit im Umgang mit menschlicher Freiheit gefährdet seien (ebd.: 599f).

Kapps Werk war einflussreich und mag in mancher Hinsicht eine Inspiration für die geopolitische Interpretation der Bedeutung der Seefahrt gewesen sein.<sup>104</sup> Es stellt aber letztlich eine einzigartige und sehr eigenwillige Projektion der hegelianischen Geschichtsphilosophie auf recht modern anmutende geographische Raumbeschreibungen dar, in denen das Wasser als Element für den gesellschaftlichen Fortschritt hin zur „Selbstbewußterwerden des Weltgeistes“ steht (Sprengel 1996: 88f). Keine Rolle spielen indes machtpolitische Überlegungen im geopolitischen Stil – die Unterscheidung von Land- und Seemächten als wichtigster Programmpunkt geopolitischen Denkens etwa fehlt völlig. Ozeanisch ist bei Kapp eine Epoche menschlicher Zivilisation, nicht eine Form staatlicher Machtprojektion in einem globalen Konkurrenzkampf oder ein spezifischer Stil der Politik. Die literarische und philosophische Beschreibung der Weltmeere im 19. Jahrhundert war die einer gesamtgesellschaftlich außerhalb der bestehenden Ordnung stehenden, diese in Frage stellenden und potenziell in neuer Form begründenden Zone – nicht die einer besonderen politischen Strategie.

Typisch für spätere geopolitische Texte ist hingegen eine weitgehend ahistorische Sicht auf die Unterscheidung von See- und Landmacht, die als ewige Konstante zentraler menschlicher

---

<sup>103</sup> Den Begriff der politischen Geographie verwendet Kapp allerdings noch im Sinne von Sozial- oder Anthropogeographie, jedenfalls nicht mit der später von Ratzel (1897) propagierten, staatsorganisatorischen Konnotation oder in der heute weitgehend etablierten Bedeutung.

<sup>104</sup> Carl Schmitt (2001: 23) übernahm für seine Schrift *Land und Meer* die Stufenlehre Kapps explizit, auch im *Nomos der Erde* (Schmitt 1997: 19) finden sich noch begriffliche Anklänge. Nach dem 1. Weltkrieg wurde das Modell von verschiedenen nationalistischen Autoren, darunter dem bedeutenden Geographen Alfred Hettner, um eine weitere, „universale“ Epoche ergänzt, deren Sinngehalt dann entweder die Ablösung der englischen Weltherrschaft oder die als Niedergang im Stil Spenglers gedachte Abdankung Europas von seiner weltbeherrschenden Rolle war (vgl. Sprengel 1996: 92f).

Großkonflikte beschrieben wird. Häufig wird die bei Mahan an sich als Phänomen der Neuzeit und frühen Moderne beschriebene Differenz auf den Gegensatz von Athen und Sparta in der griechischen Antike – dargestellt etwa an Thukydides’ Geschichte des Peloponnesischen Krieges (vgl. Gilpin 1988: 599) – oder auf die Punischen Kriege zwischen Rom und Karthago (vgl. Münkler 2007: 96) projiziert. Diese Deutungspraxis verkennt aber bedeutende Unterschiede sowohl in Bezug auf die damalige militärische Rolle der Seefahrt als auch in der Interpretation ihrer politischen und raumtheoretischen Bedeutung. In militärischer Hinsicht war der Seekrieg der griechischen oder römischen Antike noch nicht wie zu Mahans Zeiten eine klar vom Landkrieg unterscheidbare Konfliktform, sondern letztlich eine Fortführung desselben unter Zuhilfenahme schwimmender Untersätze. Diese stellten zumindest bis zur Entwicklung der Dampfschiffahrt nicht „autonome Instrumente der Strategie“ dar, „sondern dienten stets als Verlängerung, oder genauer gesagt, zur Unterstützung von Landheeren“ (Keegan 2001: 107).<sup>105</sup> Im Kontext dieser Arbeit wichtiger ist aber die bei den antiken Autoren noch fehlende Verknüpfung von Seemacht und einer nicht-expansionistischen – *hegemonialen* statt *imperialen*<sup>106</sup> – Form politischer Machtausübung in Opposition zur erobernden Landmacht. Die konventionelle Darbietungsform dieser Unterscheidung ließe sich so zusammenfassen:

„Seemächte sind ihrem Wesen nach, das aus der Einheit von Meer und ‚communication‘ resultiert, defensiv, Frieden und Ausgleich suchend, und, da der Handel die Produktion stimuliert, nicht nur im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung, sondern auch der mit ihnen in Kontakt tretenden, anderen ‚sozialen Organismen‘ tätig. [...] An den Seemächten kann und soll die Welt genesen“ (Sprengel 1996: 75).

Landmächte hingegen üben politischen Einfluss auf andere Weise aus:

„Die militärische Expansion, die sich in der Regel zu Lande vollzieht, ist *politisch* organisiert; in ihrem Zentrum steht ein Herrscher oder eine politisch-militärische Elite, welche die

---

<sup>105</sup> Diesen Zustand sieht Keegan (2001: 109f) allerdings auch zu Mahans Zeiten noch gegeben, da Dampfschiffe mit Kohlefeuerung ebenfalls nur eine geringe eigenständige Reichweite besitzen. Ohne Flugzeuge oder Radar ist zudem eine tatsächliche Überwachung der Hochsee illusorisch, weswegen Keegan die tatsächliche strategische Emanzipation des Seekrieges vom Land noch etwas später, nämlich mit den japanisch-amerikanischen Gefechten im 2. Weltkrieg, gegeben sieht (ebd.: 112).

<sup>106</sup> Wobei an dieser Stelle die präzise Definition von Hegemonie und Imperium offengelassen werden muss; in jedem Fall bezeichnet Hegemonie im Vergleich zum Imperium eine weniger intrusive, zur Informalität tendierende Kontrolle über externe politische Entitäten (Motyl 2001: 20). Durch die autoritären Konnotationen der geopolitischen Landmachtkonzepte allerdings definitiv ausgeschlossen wären gegenwärtige, liberale Vorstellungen imperialer Herrschaft etwa im Sinne eines „*American Empire*“ (Huhnholz 2010a).

Voraussetzungen für die Expansionsfähigkeit schafft und die Militäroperationen anleitet und organisiert“ (Münkler 2007: 85).

Demgegenüber ist etwa bei heutigen Interpretationen des Gegensatzes von See- und Landmacht bei Thukydides von einem strukturellen politischen Unterschied zwischen Athen und Sparta nicht wirklich die Rede. Zwar wird der kommerzielle Nutzen der athenischen (Küsten-)Seefahrt durchaus als möglicherweise frühkapitalistische Form der Kapitalakkumulation erwähnt, der militärische Nutzen der Seefahrt liegt aber für die Athener insbesondere darin, andere Städte und Inseln zu erobern oder tributpflichtig zu machen (Crane 1998: 165f) – dies ist eine imperiale Form der Expansion, die Mahan und seine Zeitgenossen als Politik einer Landmacht eingeordnet hätten.<sup>107</sup> Das typische Missverständnis liegt darin, bereits beim Vorhandensein jeglicher Art von Seefahrt in bedeutsamem Umfang von Seemacht zu sprechen (so z.B. bei Gilpin 1988).

Mahan hingegen ist konsequent darin, auch dem spanischen Kolonialreich (trotz seiner großen Flotte) den Seemachtaspekt abzusprechen (Mahan 1918: 41f) – was überaus berechtigt erscheint, wenn man etwa die räumliche Vorgehensweise bei der tatsächlichen *Eroberung* des heutigen Mexiko beachtet (vgl. Hansel 2010: 537): Anstatt sich auf die wenigen kommerziell interessanten Punkte zu konzentrieren – oder gleich auf die Eroberung zu verzichten und nur die maritimen Handelsbeziehungen mit den bestehenden Gemeinwesen Mesoamerikas zu monopolisieren – wurde planmäßig das gesamte Gebiet unter beträchtlichem Aufwand der eigenen Herrschaftsordnung unterworfen (Trautmann 1986: 243f). Die portugiesische Seefahrt im Indischen Ozean – wenngleich im Gegensatz zum spanischen Kolonialismus nicht auf die Beherrschung großer Landgebiete gerichtet – folgte ebenso wie die spanische Expansion in der westlichen Hemisphäre zumindest anfangs dem Ziel, andere Nationen von der Teilnahme auszuschließen (Münkler 2007: 84). Auch die mittelalterlichen christlichen und muslimischen Seehandels- und Pirateriestaaten Italiens, Nordafrikas und der iberischen Halbinsel verfolgten die Vorstellung einer „territoriality on the high seas“ (Bruce 2010: 235). Die geopolitische Theorie der Seemacht identifiziert diese also nicht einfach mit Seefahrt, sondern darüber hinaus noch mit der Ausübung politischer Macht im Kontext einer besonderen Interpretation politischer Räumlichkeit:

---

<sup>107</sup> Die Abtrennung Panamas von Kolumbien erfolgte demgegenüber zum Zweck der Sicherung des Panamakanals, nicht zur Ausübung territorialer Kontrolle, die niemals angestrebt wurde – außer in dem extraterritorialen Streifen der Panamakanalzone, wo sie mit Sicherheits- und Gesundheitsaspekten legitimiert wurde. Hier zeigten sich dann allerdings auch die Grenzen liberalen Seemachtdenkens in einem kolonialen Regime der Rassentrennung (Frenkel 1992: 146f). Auch dies wäre ein Beispiel für die Koexistenz landmachtspezifischer und seemachtspezifischer Formen politischer Machtausübung *innerhalb* eines Staates (s.u.).

„Anders als die militärische schafft die kommerzielle Expansion keine territorial geschlossenen Herrschaftsräume, sondern aus verschiedenartigen Teilen zusammengesetzte Handelsbereiche, die nur durch die Verkehrswege verbunden sind, über die der wirtschaftliche Austausch organisiert wird. Auf kommerzieller Mehrproduktaberschöpfung begründete Imperien sind daher in der Regel Seeimperien, also Reiche, die sich auf der Karte nicht in geschlossenen, entsprechend schraffierten Flächen zeigen, sondern in einem Gewirr von Punkten und sie verbindenden Linien bestehen“ (Münkler 2007: 85).

In anderen Worten: Mit Seemacht wird ein *rhizomatisches*, mit Landmacht hingegen ein *chorologisches* Raummodell impliziert. Die Funktion von Politik und Staatlichkeit besteht im ersten Fall aus der Ermöglichung von Dynamik und Entwicklung, im zweiten Fall hingegen eher in deren Verstetigung oder Einhegung. Darüber hinaus ist auch die Unterscheidung determinierender und voluntaristischer Räume (Kap. 2.2.4) von Bedeutung, sie zeigt sich bei Mahan beispielsweise in der unterschiedlichen Darstellung amerikanischer Seemacht und russischer Landmacht: Die Rolle der Seemacht wird erworben, die der Landmacht wird erlitten. Der Drang zur See der Landmächte ist ein Naturgesetz, die Herausbildung von Seemacht ist eine Strategie, erstere werden durch den *Raum determiniert*, letztere handeln *raumvoluntaristisch*.

Darüber hinaus wird bis in die Gegenwart der expansionistisch-autoritäre Charakter von Landmächten betont, in der Gegenwart vor allem in alarmistischen Beschreibungen des Aufstiegs der Volksrepublik China – diese betreibt systematisch „a denial of the Westphalian system based on geopolitical landscape, and is potentially aggressive and expansionistic“ (Ikegami 2011: 2). Kontemporäre Vertreter der Seemachttheorie tendieren dabei oft zu einer gelasseneren Sicht der Entwicklung, beruhigen etwa mit dem Hinweis auf den Interessengegensatz zwischen maritimer Küstenregion und kontinentalem Landesinneren, der eher interne Konflikte als das Streben nach einer Großmachtrolle erwarten ließe (Black 2001: 119f; Friedman 2009: 96-99).

Mit dieser Raumbeschreibung wird aber auch deutlich, dass geopolitische Texte nicht einfach ein Narrativ zwischenstaatlicher Konflikte um geographisches Gebiet darstellen, sondern vielmehr auch eine Beschreibung innerstaatlicher Strukturen und deren möglicher interner Widersprüche vornehmen (vgl. Black 2009: 80f). Im Gegensatz zu der Vorstellung von Geopolitik als einer Theorie territorialer Souveränität (s.o.) sind die für die klassischen Autoren maßgeblichen Differenzierungen eben gerade nicht als Staatsgrenzen zu denken, sondern als naturräumlich vorgegebene Unterscheidungen, die sowohl zwischen als auch

innerhalb von als lediglich juristisch relevant betrachteten (vgl. Hunter 1967: 239) Grenzmarkierungen politische Konflikte hervorrufen oder verhindern und die Ausübung politischer Macht konditionieren. Eine in dieser Hinsicht vielleicht instruktive Aussage bezieht sich auf die offensive Zweifrontenstrategie Deutschlands im 1. Weltkrieg und die damit erklärte Niederlage:

„[...] Berlin committed a fundamental mistake; she fought on two fronts without fully making up her mind on which front she meant to win. You may strike at the two flanks of your enemy [...], but, unless your force is sufficient to annihilate, you must decide beforehand which stroke is to be the feint and which the real attack. Berlin has not decided between her political objectives – Hamburg and overseas dominion, or Baghdad and the Heartland – and therefore her strategical aim was also uncertain“ (Mackinder 1996: 109).<sup>108</sup>

Ein Staat, der sowohl Merkmale kontinentaler als auch maritimer Existenz aufweist, ist diesem Zitat Halford Mackinders zufolge also in seiner Identität gespalten und wird dadurch in der unterstellten globalen Staatenkonkurrenz Nachteile zu erleiden haben. Geopolitische Hybridität wird ausdrücklich als nachteilhaft beschrieben, was angesichts der tatsächlichen

---

<sup>108</sup> Diese Erklärung der Entscheidung zur Offensive an zwei Fronten ignoriert freilich die Möglichkeit, dass die zunächst ja erfolgreiche Eroberung weiter Gebiete im Osten als zwingend empfunden wurde, um eine Lösung der von der Seeblockade durch die Ententemächte hervorgerufenen Versorgungsprobleme zu finden und damit den Krieg an der Westfront überhaupt fortsetzen zu können (vgl. Weigand 2011: 65). Zur Verteidigung Mackinders könnte man anführen, dass diese Probleme bei einer rechtzeitigen Konzentration auf eine *entweder* kontinentale *oder* maritime Strategie Deutschlands vielleicht gar nicht erst aufgetaucht wären. Eine elitentheoretisch informierte Hypothesenbildung würden allerdings auch darauf verweisen, dass solche Strategien jeweils von diese stützenden Eliten (so etwa die Großindustrie, Handel und Bankenwesen auf der maritimen, Agrarwirtschaft, Adel und Heeresoffiziere auf der kontinentalen Seite) vertreten werden, so dass bei entsprechender geographischer Lage *und* Sozialstruktur der interne Interessenkonflikt wieder als zwangsläufig erscheint (vgl. Hugill 1999: 7f). Untersuchungen zur Präferenzbildung der deutschen Regierung am Vorabend des Krieges zeigen, dass die von Mackinder angeführten geographischen Umstände den Entscheidungsträgern durchaus als problematisch bewusst waren. Sie gingen aber dieser Interpretation zufolge in Erwartung britischer Neutralität davon aus, den von ihnen präferierten kontinentalen Krieg ohne bedeutende maritime Aspekte wie etwa eine Seeblockade führen zu können. Zur Begründung der kontinentalen Präferenz – also der prioritären Führung eines Landkrieges gegen Russland – wurden aber interessanterweise keine geopolitisch informierten Argumente vorgebracht, sondern vielmehr die Notwendigkeit der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei angeführt, die zwar keinen offensiven Eroberungskrieg gegen das demokratische Frankreich, aber doch einen als solchen wahrgenommenen Verteidigungskrieg gegen das autoritäre Russland mittragen würde (vgl. Levy 1990: 164f). Aufgezeigt werden soll hier nur, dass geopolitische Semantiken zwar wohl strategische Narrative prägen und zur Legitimation politischer Entscheidungen beitragen mögen, aber in krisenhaften Entscheidungssituationen kurzfristig anfallenden und hochgradig kontingenten Eventualitäten unterliegen können. Interessant ist auch, dass Mahans Seemachtdoktrin in Deutschland zwar zur Begründung der Notwendigkeit einer Marinerüstung gegenüber der Öffentlichkeit verwendet wurde, die solchermaßen legitimierte Flotte dann letztlich weitgehend konträr zu Mahans Doktrin und ohne wesentlichen Einfluss auf das Kriegsgeschehen eingesetzt wurde (vgl. Kleinschmidt 1998: 306f). Sieht man hingegen von den jeweils verfolgten Strategien der beteiligten Regierungen ab und betrachtet den räumlich-zeitlichen Ablauf der Mobilisierung zu Kriegsbeginn, so steht dieser durchaus im Einklang mit der geopolitischen Unterscheidung der durch kommerzielle Interdependenzen friedlich gesonnenen Seemächte und auf territoriale Expansion bedachten Landmächte: Die ersten Schritte zum Krieg wurden in den im Sinne Mahans kontinental geprägten und verhältnismäßig wenig am damals bereits bestehenden Welthandelssystem partizipierenden Staaten Österreich-Ungarn, Serbien und Russland getan (Gartzke/Lupu 2012: 124-129).

Varietät der physisch-geographischen Verhältnisse fast aller Staatswesen in mancher Hinsicht geradezu als im ursprünglichen Wortsinne utopisch anmutet (vgl. Hugill 1999: 10f). Selbst ein in allen relevanten geopolitischen Arbeiten ausschließlich als Seemacht behandelter Staat wie Großbritannien betrieb als Kolonialmacht etwa in den Burenkriegen (Fremont-Barnes 2003: 16) oder noch später in Kenia – was dann zum als Mau-Mau-Krieg bekannten Konflikt führte (Nissimi 2006: 5f) – eine auf den Erwerb von Rohstofflagern bzw. Agrarflächen gerichtete Politik, die Mahans Beschreibung des typischen Verhaltens von Landmächten alle Ehre machte. Angesichts der von Seemachttheoretikern wie Mahan vertretenen Doktrin der auf durch Seehandel erzeugtem Reichtum beruhenden zivilisatorischen Überlegenheit maritim orientierter Staaten ist eine streng binäre Unterscheidung – reine Landmächte versus reine Seemächte – eher eine normativ anmutende Haltung.

Sie wurde aber auch von Historikern wie Edward Fox (1971; 1991) für empirische, historisch-soziologische Analysen von Interessenkonflikten zwischen auf Welthandel und maritime Machtprojektion fokussierte Eliten einerseits und deren an Ressourcenextraktion und kontinentaler Expansion interessierten Widersachern andererseits genutzt. Fox (1991: 56-61) beschreibt anhand gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen im neuzeitlichen Frankreich die Dualität und Agonalität von in Hafenstädten dominierenden und über Seehandel mit dem Ausland in Verbindung stehenden kommerziellen Eliten einerseits und der nationalen Verwaltungs- und Militärbükratie in der Hauptstadt Paris andererseits, die über eine möglichst zentralistische Verwaltung der Provinzen ein Maximum an Ressourcenextraktion anstreben. Mit Napoleon I. habe sich dann letztendlich letztere Gruppe durchgesetzt.

Diese geographisch-politische Dichotomie zwischen maritimer Handels- und kontinentaler Extraktionsorientierung als Movens politischer Konflikte lässt sich auf zahlreiche historische Situationen übertragen, neben Deutschland etwa auch auf den Sezessionskrieg in den USA, in denen dem geopolitischen Narrativ zufolge die Südstaaten den kontinentalen Part übernehmen (Hugill 1999: 7). In anderen Fällen hingegen konnte sich nur eine der beiden Gruppen überhaupt herausbilden – so etwa in den Niederlanden nach der Unabhängigkeit von Spanien, wo die ökonomische Abhängigkeit vom Seehandel und die hochgradige Zersplitterung potenzieller kontinental-militärischer Interessengruppen zur Dominanz der Kaufleute auch in politischen Entscheidungsprozessen beitrug (Rommelse 2011: 140). Dementsprechend war im klassischen Beispiel für kontinentale Staatswesen – Russland, das in dieser Hinsicht für geopolitische Autoren bisweilen eine Art Faszinosum darzustellen scheint – eine Ausdifferenzierung kommerzieller Eliten nicht möglich, denn „the flat geography of the



Eurasian plain bred a genuinely Hobbesian international system in which a bias toward expansion was the only means of survival“ (Wohlforth 2001: 217). Passend zu Mahans These der kontinentalen Rückständigkeit musste die Modernisierung staatlicher und wirtschaftlicher Institutionen dann stets von bürokratischen Eliten erzwungen werden, eine Kontinuität, in der noch die Herrschaft der Kommunisten in der Sowjetunion gesehen wird (ebd.: 224f).

Die Darstellung des wiedervereinigten Deutschlands als „Handelsstaat“ (Staack 2000: 29f), der zur Wahrung seiner kommerziellen Interessen im internationalen Handel eine friedliche und kooperative Rolle in der Welt anstrebt, könnte man vor diesem Hintergrund als Konzeption einer Überwindung der von Mackinder beschriebenen geographischen Dualität Deutschlands – zwischen kontinentaler und maritimer Lage – lesen. Der in der These vom Handelsstaat enthaltene ökonomische Rationalismus wäre dann eine plausible Gegensemantik zu den martialischen, Krieg und Kämpfertum heroisierenden – landmachtspezifischen? – „Ideen von 1914“ (Schwaabe 2003: 40). Anstelle von einer Überwindung von militaristischen Werten im Sinne eines Wandels der deutschen politischen Kultur würde man, geopolitisch gesprochen, lediglich die Übernahme eines der Notwendigkeiten maritim orientierter Politik angemessenen Wertesystems sehen – und vor diesem Hintergrund müsste das Unbehagen der deutschen öffentlichen Meinung über die imperialen Aspekte (so vor allem der Expansion der eigenen Herrschaftsordnung) der amerikanischen Intervention im Irak (ebd.: 208) als Unbehagen einer rational kalkulierenden, auf die ungestörte Teilnahme am maritimen Welthandel orientierten politischen Elite an dem eigentlich rollenuntypischen Verhalten der USA verstanden werden.<sup>109</sup> Vergleichbare Kritik wurde auch in den Vereinigten Staaten von Befürwortern einer maritimen Geostrategie geäußert, 2011 kündigte der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates dann mit einer an Mahan erinnernden Semantik explizit die Rückkehr zur Seemachtrolle mit einem modifizierten Zitat von Douglas MacArthur an: „Any future defense secretary who advises the president to again send a big American land army into Asia or into the Middle East or Africa should have his head examined“ (zitiert bei Friedman 2011: o.S.).

Die Unterscheidung von See- und Landmacht spiegelt sich somit bis heute in der historischen Soziologie staatlicher Politik, wobei in vielen Fällen fraglich ist, ob tatsächlich die klassische Geopolitik die Inspiration hierzu lieferte. An prominenter Stelle wird diese Traditionslinie durchaus so gezogen (Hugill 1999: 6f). Mit dieser Soziologie politischer Eliten stößt die

---

<sup>109</sup> Demgegenüber existieren gegenüber der maritimem Denken zufolge angemessenen Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika weitaus weniger Vorbehalte – auch die zivilgesellschaftliche Empörungsfähigkeit fällt in Deutschland so gering aus, dass an Berliner Think Tanks sogar über eine Erweiterung des maritimen Einsatzspektrums nachgedacht wird (Albrecht 2012).

geopolitische Semantik allerdings auch an ihre explanatorischen Grenzen: Die Identifikation von Seehandel und Seemacht mit Fortschritt, Modernität und Liberalismus einerseits und primärem Wirtschaftssektor und Landmacht mit traditionellen, militaristischen und autoritären Strukturen *kann* auf einige historische Fälle projiziert durchaus erklärungsmächtig wirken. Bei quantitativen historischen Querschnittsanalysen der entsprechenden Kategorien sind dem zum Trotz allenfalls schwache Korrelationen etwa von Insellage und Demokratisierungsaussichten festgestellt worden, und auch diese nur in spezifischen Kontexten – „the results have been quite discouraging“ (Anckar 2008: 449; 454).<sup>110</sup>

Problematisch ist desweiteren die stets unterstellte *prinzipielle* Gegnerschaft von maritimen und kontinentalen Eliten – Charles Tilly etwa beschreibt in seiner Soziologie der Staatsbildung eine zwar konfliktgeladene, aber tendenziell doch kooperative Logik beider: Die Wirtschaftseliten benötigen den zuverlässigen Schutz sowohl ihres Besitzes als auch ihrer Handelswege, die militärisch-bürokratischen Staatseliten hingegen benötigen für ihre Projekte imperialer Expansion eine zuverlässige Produktionsbasis und steten Fluss von Steuermitteln. In den von Tilly beschriebenen Prozessen der Konzentration staatlicher Entscheidungsmacht sind zwar sowohl eher durch freie Kapitalallokation als auch eher durch staatlichen Zwang geprägte Entwicklungsprozesse möglich (Tilly 1989: 569) – eine gelingende Evolution funktionsfähiger staatlicher Strukturen ist aber immer auf eine Kooperation beider Seiten angewiesen (Tilly 1985: 172). Dieses Modell liegt letztlich auch näher an Mahans ursprünglichem Konzept, der Seemacht als aufbauend auf zuvor bereits gelungenen territorialen Staatenbildungsprozessen beschrieb, nicht als einen Widerpart der Territorialität *per se*.

Mit empirischen Daten über historische innerstaatliche Prozesse ist der Antagonismus von Land und Meer in Gestalt von Bürokratie und Kommerz ohnehin nur bedingt zu vereinbaren, sie scheint sich eher für die geographische Projektion bereits vorhandener politischer Antagonismen zu eignen (vgl. auch Kyriazis 2006: 102). Carl Schmitt (2002: 74) betrachtete diese Projektion als eine „für das 19. Jahrhundert charakterische Gruppierung: Freiheit, Fortschritt und Vernunft verbunden mit Wirtschaft, Industrie und Technik als Parlamentarismus gegen Feudalismus, Reaktion und Gewalttätigkeit verbunden mit Staat,

---

<sup>110</sup> Generell sind die Kausalitätsaussagen klassischer geopolitischer Texte sehr weit und darüber hinaus auch meist als Tendenzaussagen gefasst, so dass eine Untersuchung mit den Instrumenten der deduktivistischen Sozialwissenschaft fragwürdig scheint. Letztlich könnte man es für eine formentheoretische Beobachtung der Texte aber als unerheblich ansehen, ob die Aussagen der Geopolitik in eine quantitative Sprache übersetzbar sind. Die Resultate sind trotzdem interessant, da sie etwas über Unvereinbarkeiten bestimmter räumlicher Wissensformen aussagen: Die sich ursprünglich in hohem Maße nomothetisch verstehende Geopolitik erscheint gerade vor dem Hintergrund neuerer, quantitativer Methoden der Raumbeschreibung als normative und normierende Erzählung (vgl. Hard 2002: 236).

Krieg, und Politik als Diktatur“ und somit als schon veraltet. Für die Zukunft erwartete er „neue Gruppierungen und Konstellationen“ (ebd.: 75). Mit Blick auf den heutigen Skeptizismus gegenüber jeder Verknüpfung von technologischem Fortschritt und politischer Freiheit kann man eine derartige Prognose der Lockerung überkommener Binarisierungen als durchaus weitsichtig empfinden.

Darüber hinaus wäre die Frage aufzuwerfen, ob die Beschränkung auf die Beobachtung physisch-geographischer Bedingungen der Bildung sozialer Eliten nicht die Betrachtung weiterer, in die basale Dichotomie von Land und Meer nicht einfach zu integrierender und durchaus eigenständiger Eliten verunmöglicht. Im Prozess der Staats- und Imperienbildung der Neuzeit und der frühen Moderne beträfe dies sicherlich besonders den katholischen Klerus, ohne den eine Beherrschung überseeischer Besitzungen insbesondere von Spanien und Portugal kaum möglich gewesen wäre. Vor allem der Jesuitenorden übte hier eine sehr unabhängige Rolle gegenüber staatlichen und privaten Interessen aus, für die Inklusion der indigenen Bevölkerung in die koloniale Sozialstruktur war er unverzichtbar (vgl. Castelnau-L'Estoile 2008: 46f).

In geographischer Hinsicht lassen sich aber religiöse Organisationen kaum in binäre Schemata von Land und Meer – gedacht als Differenz von chorologischer und rhizomatischer Raumstruktur – einordnen. Die katholische Kirche operierte – und tut dies in mancher Hinsicht immer noch – im Rahmen einer intern gebietsmäßigen Organisation mit einem universellen Anspruch auf spirituelle Hegemonie, ohne dabei von spezifischen politischen Herrschaftsmustern abhängig zu sein; protestantische Staatskirchen passten sich in ihrer räumlichen Gliederung den staatlichen Bürokratien (nord-)europäischer Territorialstaaten an, die orthodoxen Kirchen Osteuropas fungierten vor der russischen Oktoberrevolution (und heute eventuell ansatzweise wieder) als Teil einer autokratischen und imperialen, aber multikonfessionellen Ordnung; und charismatische Gruppen wie etwa die der heutigen Pfingstbewegung operieren eher als locker strukturiertes weltweites Netzwerk mit ausgeprägter Anpassungsbereitschaft an lokale Gegebenheiten (Agnew 2010: 42) – um nur eine Auswahl von räumlichen Organisationsmodellen christlicher Konfessionen zu nennen. Es deutet sich bereits an, dass im Kontext einer Gesellschaftstheorie funktionaler Differenzierung derartige Fragen auch raumtheoretisch neu verhandelt werden müssen. Die in manchen Arbeiten zur Geschichte der Staatlichkeit (z.B. Huggill 1999; Tilly 1989) aufscheinende Kontinuität geopolitischer Semantiken, das Auftreten staatsbildender Eliten durch physisch-geographische Gegebenheiten erklären oder zumindest an der Land/Meer-

Dichotomie festmachen zu wollen, führt in vielen Fällen zu letztlich wenig plausiblen Ergebnissen.

Im Falle der Identifikation von kommerziellen Eliten mit Fernhandel, Seeverkehr und maritimer Orientierung ist weiterhin kaum zu ignorieren, dass all diese Phänomene eine raumorganisatorische Gemeinsamkeit aufweisen, die in der grundsätzlich vom globalen Maßstab ausgehenden geopolitischen Literatur wenig Beachtung findet – nämlich die Bindung an die *Großstadt* als Ort ihrer maßgeblichen Operationen. Die Verbindung von Kapitalismus, Fernhandel und Urbanität wird vor allem in der marxistischen Sozialgeographie als grundlegend aufgefasst:

„From their inception, cities have arisen through geographical and social concentrations of a surplus product. Urbanization has always been, therefore, a class phenomenon, since surpluses are extracted from somewhere and from somebody, while the control over their disbursement typically lies in a few hands. This general situation persists under capitalism, of course; but since urbanization depends on the mobilization of a surplus product, an intimate connection emerges between the development of capitalism and urbanization. Capitalists have to produce a surplus product in order to produce surplus value; this in turn must be reinvested in order to generate more surplus value. The result of continued reinvestment is the expansion of surplus production at a compound rate – hence the logistic curves (money, output and population) attached to the history of capital accumulation, paralleled by the growth path of urbanization under capitalism.“ (Harvey 2008: 24)

Ignoriert man geodeterministische Thesen und ihre physisch-topographischen Differenzierungen und betrachtet abstrakt das rhizomatische Raummodell des Seehandels gegenüber der chorologischen Flächenherrschaftslogik der kontinental vorgestellten Staatlichkeit, so könnte man mit Saskia Sassen (2008: 105) die gleiche „dialektische Beziehung zwischen Stadt und Land“ beobachten, die bereits mittelalterliche Urbanisierungsprozesse ausmachte: Die rhizomatisch strukturierten Handelsnetzwerke versuchen sich einerseits von der (feudalen oder territorialstaatlichen) Flächenherrschaft freizumachen, sind aber andererseits auf steten Ressourcenzufluss aus den von ihr dominierten Gebieten – und auf Schutz vor deren Gefahren – angewiesen. Die chorologisch strukturierten Herrschaftssysteme müssten zwar ihrer Expansionslogik zufolge die Kontrolle über diese Netzwerke anstreben, sind aber auch zur Finanzierung ihrer eigenen Herrschafts- und Kriegsapparate auf die Akzeptanz von Ausnahmen angewiesen (ebd.: 106). Diese Ausnahmen, also die der feudalen Ordnung entzogenen bürgerlichen Städte, sind aber selbst wieder nicht nur Knotenpunkte in einem Handelsnetzwerk, sondern ihrerseits auch politisch

strukturierte Flächen mit mehr oder weniger eindeutigen Begrenzungen, also *auch* chorologisch organisiert. Eine derartige Dialektik ließe sich auch der Beziehung von Großstadt und Territorialstaat in der Moderne unterstellen.

Gerd Held (2005) sieht in dieser Binarität von „Großstadt und Territorium“ – also von rhizomatischen und chorologischen Raummustern, die einander in einem Fraktal verschiedener Maßstabsebenen eingeschrieben sind (vgl. ebd.: 98f) – die räumliche Grundlogik der modernen Gesellschaft beschrieben. Die maritime Geopolitik Mahans wäre dieser Lesart zufolge dann eine Semantik der Machtpolitik nicht nur von Staaten, sondern auch von urbanen Eliten, die auf die Verdichtung von Finanz-, Wissens- und anderen Ressourcen an zentralen Orten sowie auf die funktionierende globale Verknüpfung solcher Orte angewiesen sind (vgl. Brenner 1997: 10). Deren je nach Epoche variable, aber sich regelmäßig von nicht-urbanen Gruppen unterscheidende Interessen – etwa an der politischen Unterstützung für internationale Verkehrsinfrastruktur, Fernhandel und Deregulierung des Finanzwesens – werden in den klassischen Texten der maritimen Geopolitik privilegiert, legitimiert sowie mit einer optimistischen Prognose zu deren Durchsetzungschancen versorgt.<sup>111</sup>

Passend dazu liest sich dann die Diagnose, dass die dem Seemachtdenken diametral entgegengesetzte geopolitische Semantik der staatsorganizistischen Landmacht (vgl. Kap. 3.2.3) eine latente Großstadtfeindlichkeit aufweise: Urbanisierung wird dabei nicht nur als Ursache moralischen Verfalls, sondern vor allem auch als der eigentlich notwendigen räumlichen Expansion des Staates entgegengesetzter, unerwünschter Konzentrationsprozess beschrieben (Kost 1989: 163). Der Gegenüberstellung der maritimen und kontinentalen Logiken zufolge – indirekte Einflussnahme unter Betonung der Schaffung von Zugang gegenüber der direkten politischen Kontrolle interessierender Märkte oder Ressourcen (vgl. Voigt 2008: 90) – würden kontinentale Eliten ihrerseits rurale, unter Umständen autarkistische Interessen vertreten, die gegen die *laissez-faire*-Ökonomie der im internationalen Handel aktiven Großstädte Etatismus, höhere Staatsquoten zur infrastrukturellen Erschließung des Territoriums sowie die Abschließung nationaler oder imperialer Handelsräume durch Zollgrenzen einfordern (vgl. Blouet 1987: 358). Eine

---

<sup>111</sup> Man könnte natürlich – und gerade auch im Kontext einer Theorie der funktional differenzierten Weltgesellschaft (Kap. 2.3.2) – argumentieren, dass mit der immer stärkeren Penetration auch peripherer Räume durch Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur eventuelle Interessengegensätze zwischen Stadt und Land an Bedeutung verloren haben (vgl. Wiedinger/Enkelmann 2008: 60). Dies ist nicht unplausibel – dennoch bliebe auch dann der raumstrukturelle Widerspruch zwischen chorologischen und rhizomatischen Mustern, zwischen „Gebietsentwicklung“ und „Dichteentwicklung“ (Held 2005: 367) latent – und zwar auch innerhalb von Städten, auch auf dem flachen Land. Manches spricht dafür, dass diese Interessen keinen antagonistischen Charakter annehmen, in anderen Kontexten sind sie sehr wohl zu beobachten (vgl. z. B. Walsh 2012).

Ausweitung staatlicher Macht würde im Rahmen maritimer Geopolitik durch die Stärkung der eigenen Partizipation an der Nutzung und Sicherung weltweiter Handelswege sowie in der Erzwingung des Zugangs zu neuen Märkten, in der kontinentalen Geopolitik hingegen durch die territoriale Kontrolle von neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten stattfinden (vgl. Voigt 2008: 88).

Eine mögliche weitere, meist implizite Funktion geopolitischer Texte wird so sichtbar: Zu Beginn dieses Kapitels wurde das Selbstverständnis der Geopolitik als Teil der strategischen und außenpolitischen Wissensbestände eines Staates diskutiert, die diesem einen intellektuellen Vorsprung in der strategischen Konkurrenz mit anderen Staaten verschaffen soll und darüber hinaus dessen Machtstreben legitimiert. Man könnte sie aber *auch* verstehen als Narrativ von Eliten, die auf die Legitimation und Durchsetzung eigener Interessen bei zentralen politischen und strategischen Entscheidungen *innerhalb* einer gegebenen staatlichen Ordnung hinarbeiten – Geopolitik stellte dann nicht nur eine Intellektualisierung potenzieller Großmachtkonflikte dar, sondern auch die (latente) Reflexion eines Widerspruchs zwischen urbanen und ruralen, maritimen und kontinentalen Eliten sowie letztlich einen Ausdruck entgegengesetzter chorologischer bzw. rhizomatischer Vorstellungen politischer Räumlichkeit. Friedrich Ratzel als klassischer Autor der kontinentalen Geopolitik (vgl. Kap. 3.2.3) beschrieb die geodeterministische Umsetzung dieser Differenz folgendermaßen:

„Bei den geographischen Bedingungen handelt es sich nur um ein äußerliches Leiten und Richtungsgeben, bei den geographischen Gesetzen um ein inneres Entwickeln in Wachstum oder Rückgang. Mit diesem Entwickeln verwachsen die geographischen Bedingungen, werden fortwirkende Teile davon. Ein Beispiel: Landverkehr und Seeverkehr sind immer unter dem Einfluß der Grundtatsache stehen geblieben, daß der feste Boden den Verkehr zerteilt, zersplittet, ihn über ein Netz von immer dichteren Maschen ausbreitet, während der Seeverkehr konzentriert, verdichtet, große Schiffe, große Seestädte, immer dichtere Schifffahrtswege schafft: also zwei weit auseinandergehende Entwicklungen, auf deren Grunde die Eigenschaften des Landes und des Wassers liegen.“ (Ratzel 1903: 490)

Die These vom grundsätzlichen Antagonismus der See- und Landmächte verläuft somit parallel zur Dualität der „spaces of flows and places“ in der heutigen Sozialgeographie (Taylor 2000: 5), ohne diese Raumlogiken jenseits materieller Aspekte theoretisch zu reflektieren. Sie nimmt aber innerhalb dieser in der kontemporären Diskussion um die *global cities* und ihrem raumordnungspolitischen Gegensatz zur staatlichen Territorialität ebenfalls gegebenen Opposition eine feste Zuordnung vor: Maßgeblich für maritime Staaten ist die

rhizomatische, verdichtende Raumlogik der Städte, maßgeblich für kontinentale Staaten ist die chorologische, einhegende Raumlogik der Territorien.<sup>112</sup> Die Aufforderung von Jeremy Black (2009: 198), geopolitische Ansätze nicht nur auf Fragestellungen der Internationalen Beziehungen, sondern auf verschiedene räumliche Maßstabsebenen der Politik anzuwenden, erscheint in diesem Kontext als sehr relevant – die Frage nach der Sortierung dieser Maßstabsebenen und der dabei jeweils interessierenden politischen und sozialen Strukturen ist aber im Rahmen geodeterministischer Raumsemantiken nicht mehr zu beantworten, sondern bedarf der politik- und gesellschaftstheoretischen Reflexion. Selbst wenn man bereit ist, der klassischen Geopolitik in ihrem Begriff des Raums als einem außergesellschaftlichen, physischen Phänomen zu folgen, lässt sich eine Differenzierung von Maßstabsebenen verschiedener Größenordnung nur unter Voraussetzung eines diese „scales“ kommunizierenden Beobachters vornehmen (Sjoberg 2008: 478).

Die Unterscheidung von See- und Landmacht, von maritimen und kontinentalen *Staaten* durch die klassische Geopolitik – und auch im Rahmen solcher kontemporären Narrative, wie etwa dem der globalen Allmende (Posen 2003), die raumtheoretisch Anschlussfähigkeit an die Unterscheidung herstellen – eliminiert bei der Wahl der Maßstabsebene ein Element der Kontingenz, ohne diese Entscheidung begründen zu müssen. Wenn die Präferenzen für maritime und kontinentale Raumordnungen von vornherein an entsprechend charakterisierte staatliche Einheiten verteilt werden, ist die Entwicklung eines auf zwischenstaatliche Konflikte fokussierten Modells geradezu zwingend – auch wenn sich die Frage nach ihrer Angemessenheit in manchen Fällen aufdrängt: Wurde am 11. September 2001 das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten angegriffen, oder zielten die Anschläge auf das World Trade Center auf zentrale Symbole einer Großstadt (die sich als solche auch auf einem anderen Staatsgebiet hätte befinden können) als Knotenpunkt in globalen kommerziellen Netzwerken (vgl. Sjoberg 2008: 495)? Geopolitik leistet einen Beitrag zur raumbegrifflichen Unsicherheitsabsorption, indem die räumliche Form der Stadt fest an eine bestimmte Form der Staatlichkeit gekoppelt wird. Dementsprechend hat sich die zentrale geopolitische Unterscheidung zwischen Land- und Seemächten in zahllosen Varianten auch in der heutigen Politikwissenschaft gehalten, wobei naturalisierende, deterministische Raumbegrifflichkeiten meist entfallen.

Eine umfassende Aufzählung würde Bände füllen, neben der imperien- und raumtheoretischen Weiterentwicklung durch Herfried Münkler (2007), die mit der

---

<sup>112</sup> Selbstredend ist auch diese Zuordnung beobachterabhängig: Auch eine Stadt erscheint im Bezug auf ihre rechtliche und politische Gestalt als Stadtgebiet, und auch ein Territorium kann als rhizomatisches Netzwerk verschiedenster Infrastrukturen oder dergleichen beschrieben werden (vgl. Kap. 2.2.5).

Staatenzentriertheit der klassischen Geopolitik nicht mehr viel gemein hat, sei zumindest noch auf die andauernde Bedeutung in den Internationalen Beziehungen verwiesen. In den Zeiten der Blockkonfrontation des Kalten Krieges bot es sich geradezu an, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt als Fraktion der kontinentalen Landmächte mit globalem Dominanzanspruch zu beschreiben, inklusive den bereits von Mahan passend etablierten Assoziationen mit Rückständigkeit, Autoritarismus und insbesondere dem Interesse an territorialer Expansion. Sie findet sich sogar in der gesellschaftstheoretischen Einordnung der Sowjetunion durch Luhmann (1997: 671). Passagen aus kontemporären geopolitischen Analysen der Sowjetunion als aggressivem Konkurrenten gleichen der Beschreibung Russlands durch Mahan vollinhaltlich (Dalby 1988: 423-425):<sup>113</sup>

„Notwithstanding its vast territory and rich mineral resources, the Soviet Union can only with difficulty support its population. Its extreme northern latitude makes for a short agricultural season, a situation aggravated by the shortage of rain in areas with the best soil. Its mineral resources, often located in areas difficult to reach, are costly to extract. Its transportation network is still inadequate. The factors have historically been among those compelling Russia – Tsarist and Soviet alike – toward the conquest of neighbouring lands. No empire in history has expanded so persistently as the Russian. The Soviet Union was the only Great Power to have emerged from World War II larger than it was in 1939.“ (Committee on the Present Danger, zitiert bei Dalby 1988: 425)

Zur Einhegung einer so aufgrund ihrer physischen Lage und Topographie als zur militärischen Aggression verdammt dargestellten Macht empfahlen maritim orientierte Geopolitiker eine Marinestrategie, die nach dem vermuteten Einmarsch der mengenmäßig überlegenen Warschauer Pakt-Streitkräfte in Westeuropa die Initiative an sich reißen sollten – was in diesem Fall bedeutete, zum einen die sowjetische seegestützte nukleare Zweitschlagsfähigkeit zu eliminieren und zum anderen mittels Seeverlegung Marineinfanterie und andere Bodenstreitkräfte an selbst gewählten Orten überraschend einzusetzen, so dass die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts nicht zur Geltung kommen möge (Brooks 1986: 65f). Die Beschreibung des Meeres als Raum universeller Beweglichkeit gegenüber der stationären, unflexiblen Landmacht wird auch hier erkennbar – die spezifische, solchen militärischen Überlegungen zugrundeliegende raumtheoretische Dichotomie könnte

---

<sup>113</sup> Dementsprechend war es für Friedensforscher auch zentral, den in strategischen Studien bis heute gängigen Narrativ der Überlegenheit der Sowjetunion bzw. des Warschauer Pakts in der Landkriegsführung zu widerlegen. In dieser Hinsicht interessant ist der Aufsatz von Chalmers und Unterseher (1988), die eine Widerlegung zwar überzeugend leisten, dabei gleichzeitig aber die im maritimen Denken mit Landmächten assoziierten Eigenschaften (Autoritarismus, Intransparenz, Rückständigkeit) zur Beschreibung der – aufgrund dieser Eigenschaften weniger leistungsfähig als gemeinhin angenommenen – sowjetischen Militärmacht nutzen (ebd.: 9; 27; 35).



man wiederum als „Zugangsfreiheit versus Vorherrschaft“ beschreiben (Voigt 2008: 90).<sup>114</sup> Die Strategie des *Containment* wurde dementsprechend auch als Ergebnis maritimer Überlegenheit des westlichen Lagers gewertet:

„The USSR, a continental power, attempted to create buffer states and to export its ideology via subversion and proxy wars. The United States was able to adopt a grand strategy of containment based on its command of the sea – which conferred, among other things, the ability to transport the U.S. Army to where it was needed. Moreover, this freedom of movement on the seas was a major factor in gluing together the cordon of alliances that hemmed in the USSR“ (Rubel 2012: 25).

Nach dem Kalten Krieg entstandene geopolitische Beiträge folgen der Seemacht/Landmacht-Unterscheidung und den von ihr etablierten Assoziationen ebenfalls und erklären z.B. die im 21. Jahrhundert fehlende Tendenz anderer Mächte, sich gegen die Vereinigten Staaten als globalen Hegemon zu verbünden – ganz im Sinne der Doktrin Mahans, aber unter Bezugnahme auf aktuelle Theoriediskussionen in den Internationalen Beziehungen – mit dem wenig intrusiven Charakter der amerikanischen Seemacht (Levy/Thompson 2010: 17f). Andere Seemachttheoretiker sehen wiederum das kontemporäre China als expansive Landmacht, die ihrerseits nach imperial beherrschten Satellitenstaaten und territorialer Kontrolle der asiatischen Randmeere strebe (Rubel 2012: 26f).

In raumtheoretischer Hinsicht interessanter ist jedoch die Weiterentwicklung von Mahans Allmende-begriff durch Barry Posen (2003), der diesen in einem einflussreichen Aufsatz um Luft- und Weltraum zu den „global commons“ als staatsfreie Räume rhizomatischer Machtprojektion ausgeweitet hat. In diesen sei durch die vollständige Dominanz von modernen see-, luft- und vor allem weltraumgestützten Sensor-Effektor-Komplexen eine derartig überlegene Durchsetzungsfähigkeit amerikanischer Streitkräfte gegeben, dass

---

<sup>114</sup> Neben den hier diskutierten Einflüssen auf die politische Theorie und politische Geographie sowie als Stichwortgeber für politische Debatten haben sich die Raumsemantiken der klassischen Geopolitik in oft weitgehend unveränderter Form als Reflexionstheorien (vgl. Kap. 3.5) für militärische Teilstreitkräfte auf den Lehrplänen von Militärakademien und Kriegsschulen in vielen Ländern halten können. Dies gilt insbesondere für Mahans Rezeption in Seestreitkräften in aller Welt (z.B. Rubel 2010; 2012). Landmachttheoretiker (siehe Kap. 3.2.3) vertraten dementsprechend einen der „maritime strategy“ diametral entgegengesetzten Ansatz der maximalen Kräftekonzentration von Landstreitkräften auf dem nordeuropäischen Zentralschauplatz des Ost-West-Konflikts (Mearsheimer 1986: 30). Hier wird wieder deutlich, dass geopolitische Narrative sich auch hervorragend zur Verwendung in Debatten um die spezifische Verwendung von Rüstungsausgaben – in diesem Fall um den Sinn oder Unsinn einer Erweiterung der amerikanischen Marine zu Ungunsten der Landstreitkräfte – eignen (vgl. ebd.: 55). In der tradierten Beschreibung der Zwecke militärischer Organisationen, die eben darin bestünden, „Räume mit Körpern [...] zu besetzen, [...] Körper aus Räumen verdrängen und Körpern den Zugang zu Räumen versperren zu können“ (Gumbrecht 2000: 331), ist eine auf dem physischen Substrat dieser Räume basierende Reflexionstheorie vermutlich durchaus adäquat.

potenziellen Hegemonialkonkurrenten kaum Hoffnung auf ein Aufholen bliebe.<sup>115</sup> Es bestünden auch wenig Anreize für einen solchen Aufholversuch, da die US-Dominanz in der globalen Allmende deren ökonomische Nutzung durch kooperative, regelkonforme Staaten nicht einschränke (ebd.: 8). Anders hingegen sei die Lage hingegen bei amerikanischen Interventionen in kontinentalen eurasischen Ländern wie etwa Irak und Afghanistan, die Posen als „contested zone“ bezeichnet (ebd.: 7). Dieses Konzept erscheint als direkt von Mahan (2003: 67) abgeleitet, der zwischen dem von angelsächsischen Seemächten dominierten Südasien und dem von der Landmacht Russland dominierten Sibirien und Nordostasien einen „debatable and debated ground“ konstatiert, auf dem sich künftige Konflikte zwischen globalen Allianzen aus Land- und Seemächten abspielen würden.

Im Vergleich zu früheren Seemachtkonzepten sieht aber Posen die aus der strategischen Beherrschung der globalen Allmende gewonnenen Wirkmöglichkeiten als wesentlich tiefgreifender. Die USA seien im Gegensatz zu früheren Seemächten nicht nur zu begrenzten Strafexpeditionen im Küstenbereich befähigt, sondern würden alleine schon durch satellitengestützte Aufklärung aus dem All einen bedeutenden Reichtum an Informationen gewinnen, der in jeder denkbaren Konfliktsituation entscheidende Vorteile verspräche. In diesem Narrativ geopolitischer Macht nimmt also die Raumfahrt sowie vor allem die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie die Rolle der effektiv raumbeherrschenden Technologie ein, die bei Mahan vom dampfgetriebenen Kriegsschiff repräsentiert wurde (Posen 2003: 9f). Fast liegt es nahe, hier anstelle von Geodeterminismus etwa von ‚Technodeterminismus‘ zu sprechen, in diesem und zahlreichen anderen Texten ist eine deutlich erkennbare Faszination mit den Möglichkeiten der jeweils neuesten Verkehrs-, Kommunikations- und Militärtechnologie erkennbar – eine Faszination, die sich in mancher Hinsicht in Texten des *spatial turn* zu wiederholen scheint (vgl. Hard 2008: 306) und die dem impliziten Fortschrittsoptimismus der maritimen Geopolitik entspricht.

Zumindest bei Posen schöpft diese Technologie ihre politische Relevanz aber noch aus ihrem Funktionieren in ihrem spezifischen physischen, natürlichen Raum. Die militärische Dominanz in der globalen Allmende wird durch den besonderen materiellen Charakter dieser überhaupt ermöglicht. Ziel dieser Dominanz wie auch des Netzwerks an weltweit verteilten

---

<sup>115</sup> Zwar wird der Luftraum bis zu einer völkerrechtlich gegenwärtig umstrittenen Höhe allgemein als Teil des Staatsgebiets aufgefasst (Khan 2004: 582). Wie andere geopolitische Autoren auch betrachtet Posen (2003: 8) politische Macht über physische Räume aber als reines Resultat deren Kontrolle durch militärische Droh- und Erzwingungsmacht – „[...] there are few countries that can deny their airspace above 15,000 feet to U.S. warplanes“. Rechtlich fixierte Staatsgrenzen erscheinen als gegenüber den Möglichkeiten ihrer militärischen Beherrschung bedeutungslos.

militärischen Stützpunkten ist aber nicht die imperiale Beherrschung anderer Gebiete,<sup>116</sup> sondern lediglich die Sicherung des Zugangs im Konfliktfall und das Verhindern einer neuen Hegemonialkonkurrenz (Posen 2003: 21). Wie Mahan nimmt auch Posen eine grundsätzliche Harmonie zwischen dem amerikanischen Hegemon und anderen am freien Zugang zu globalen Märkten und globaler Kommunikation interessierten Staaten an:

„Command of the commons creates additional collective goods for U.S. allies. These collective goods help connect U.S. military power to seemingly prosaic welfare concerns. U.S. military power underwrites world trade, travel, global telecommunications, and commercial remote sensing, which all depend on peace and order in the commons. Those nations most involved in these activities, those who profit most from globalization, seem to understand that they benefit from the U.S. military position [...].“ (Posen 2003: 46)

Damit bleibt dieser Ansatz innerhalb des konzeptionellen Rahmens der maritimen Geopolitik: Die Staatenwelt wird dominiert durch diejenige Macht, die am besten die von der territorialen Ordnung ausgeschlossenen und für alle hinreichend technisierten und organisierten Staaten zugängliche Außenzonen zu nutzen versteht. Ebenfalls erkennbar ist die positive Wertung von technologischem Fortschritt und Marktwirtschaft, sowie deren Einschätzung als sich grundsätzlich mit einer maritimen Militärstrategie ergänzenden Faktoren. Darüber hinaus ist auch die oben beschriebene urbane Präferenz ebenfalls wieder vorhanden, die wiederum an Staaten als politische Vertretung der entsprechenden Interessen gebunden wird. Der in der Theorie der „global cities“ – der global vernetzten Großstädte als maßgeblicher Treiber, Interessenten und Profiteure globaler Wirtschaft-, Finanz- und Kommunikationsverbindungen – beschriebene latente Konflikt zwischen primär an solchen Verbindungen interessierten Großstädten als Knotenpunkten in weltweiten Netzwerken einerseits und territorial organisierten, an möglichst homogenen Bedingungen in ihrem Staatsgebiet interessierten Staaten andererseits (vgl. Curtis 2011: 1929f) wird hier über die Rolle des den für diese Verbindungen notwendigen physischen Raum sichernden staatlichen Militärs entschärft und

---

<sup>116</sup> Dementsprechend schließt sich Posen (2003: 45) auch der seemachttheoretischen Kritik an der Besetzung und politischen und sozialstrukturellen Umgestaltung von Teilen der kontinentalen „contested zones“ im Rahmen des globalen Antiterrorkrieges der Bush-Regierung an. Nicht nur sei diese mit großen militärischen und politischen Schwierigkeiten verbunden – in den zu erwartenden geographischen Schauplätzen könnte die technologische Überlegenheit der amerikanischen Streitkräfte kaum die gleichen Überlegenheitsverhältnisse generieren wie auf See, in der Luft oder im Weltraum – außerdem sei zu befürchten, dass derartige imperiale Projekte eine Schwächung bestehender Allianzen und damit eine Gefährdung der letztlich entscheidenden Dominanz in der globalen Allmende bewirken könnten.

eventuell auch entpolitisiert.<sup>117</sup> Derartige maritime Raumsemantiken nehmen in diesem Sinne eine harmonisierende Beschreibung der verschiedenen Perspektiven ausdifferenzierter Funktionssysteme der Weltgesellschaft – insbesondere von Politik und Wirtschaft – vor, weswegen man sie auch als *liberalen Modernismus* kennzeichnen könnte.

Andere kontemporäre, ebenfalls mit rhizomatischen Raummodellen und an die maritime Geopolitik angelehnten Semantiken des Zugangs und der Konnektivität argumentierende Autoren lassen allerdings den bei Posen noch erkennbaren Geodeterminismus vollständig entfallen. Dies trifft insbesondere auf Texte zu, in denen das Internet als weiterer Bestandteil einer globalen Allmende beschrieben wird: Staaten, deren wirtschaftliche Existenz in hohem Maße auf Zugang zum virtuellen Informationsraum beruht, würden in einer physisch-geographischen Beschränkungen zunehmend enthobenen Zone operieren – müssten aber gleichzeitig versuchen, Störungen aus der nach wie vor geographisch determinierten, geopolitisch denkenden und handelnden, gewissermaßen rückständigen Restwelt abzuwehren, so lautete eine gängige These aus der Frühzeit der Online-Kommunikation (Spiegel 2000: 121-123). Derartige Beschreibungen einer politisch relevant werdenden *digital divide* zwischen reichen und armen Ländern – analog zur Unterscheidung zwischen See- und Landmächten bei Mahan – konnten sich aber nicht dauerhaft durchsetzen. Die relativ schnelle Adaption der Internettechnologie in zahlreichen Weltgegenden sowie die Konzentration der durch sie bewirkten Vernetzungen in Mustern, die weder territorialen Differenzierungen noch den historisch vorgeprägten Strukturen der zuvor beschriebenen Städtenetzwerke folgten (Townsend 2001: 1705), machten eine solche Unterscheidung von Netzmächten und ‚Offlinemächten‘ wenig plausibel.

Mit zunehmender Reife der Internettechnologie wurde die klassisch-geopolitische Beschreibung des Internet als meeresanaloger Teil der globalen Allmende dann abgelöst durch dessen Identifikation mit einer neuen, eigenständigen Domäne der Geopolitik – in der

---

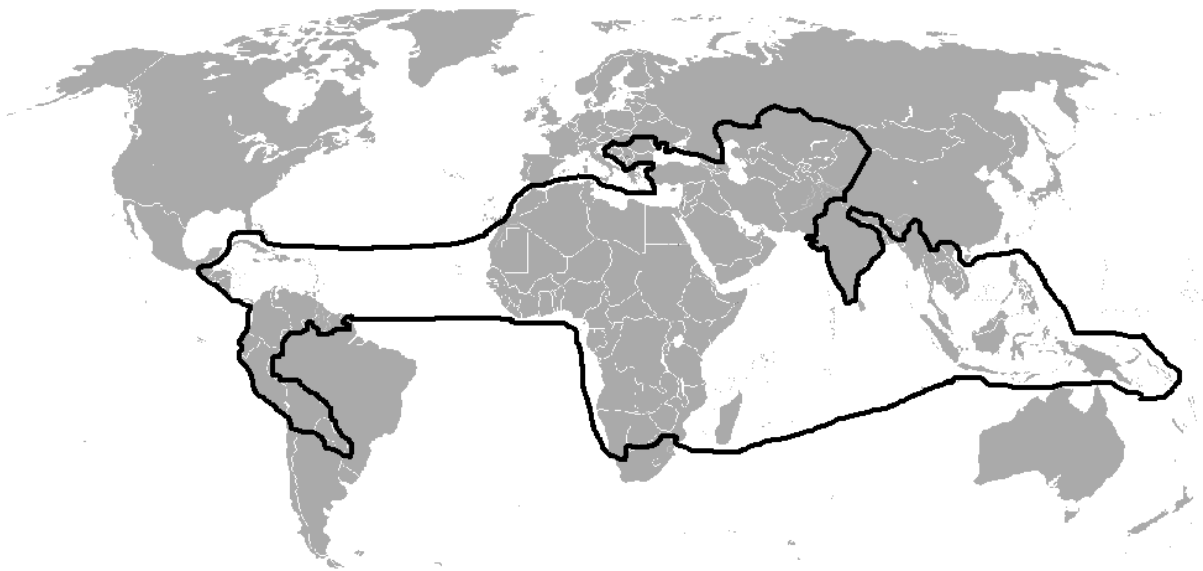
<sup>117</sup> Eine alternative, auf Geodeterminismen jeglicher Art vollständig verzichtende Möglichkeit der Harmonisierung von urbanen und territorialen Interessen sieht die historische Soziologie in Anlehnung an Fernand Braudel im Streben urbaner Großunternehmen nach Monopolgewinnen anstelle der Inkaufnahme des auf globalen Märkten tendenziell herrschenden Wettbewerbs mit anderen weltweit agierenden Unternehmen. Anstatt mit anderen Unternehmen (oder besser: anderen Städten!) zu konkurrieren, bietet es sich als Strategie an, territoriale politische Organisation zur Schaffung geographisch begrenzter Monopole zu nutzen (Taylor 2000: 8). Als Konsequenz einer solchen Strategie ist eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten – somit sei ein wachsender Absatzmarkt in solchen Fällen wohl nur durch territoriale Expansion zu erzielen. Dies erinnert wiederum an die von Mahan unterstellte Ausdehnungsstrategie von Landmächten – ebensolche Strategien wurden aber Taylor zufolge von in geopolitischen Texten im Allgemeinen als typische Seemächte beschriebenen Staaten wie etwa den Vereinigten Staaten, den Niederlanden oder Großbritannien angewandt (vgl. ebd.: 9). Auf diese Diskrepanz wird noch zurückzukommen sein. Sie legt jedenfalls mit der Vielzahl der von Taylor genannten Beispiele bereits nahe, dass die Semantik der physischen Topographie als dominantem Einzelfaktor in der Auseinandersetzung mit der historischen Empirie mit deutlichen Plausibilitätsproblemen zu kämpfen hat. Als naturalisierende Semantik kann sie sicherlich trotzdem immens erfolgreich sein (vgl. Hard 2002: 236).

Diktion des amerikanischen Verteidigungsministeriums nach Land, Meer, Luft- und Weltraum als „fifth domain“ (Bronk 2011: 3). Auch diese Parallelisierung ist aber bereits in ontologischer Hinsicht fragwürdig. Im Gegensatz zu der im Stil des klassischen Geodeterminismus mittels basaler Evidenzlogik an physischen Gegensätzlichkeiten festzumachenden Unterscheidung von Land und Meer ist dem Internet keine derartige materiell basierte Kopplung an bestimmte räumliche Formen abzugewinnen.

Man kann ‚das Internet‘ als Raum von zunächst unbegrenzten Datenströmen beschreiben, in dem staatliche Handlungen punktuellen und vorübergehenden Charakter annehmen. Nicht weniger plausibel ist es aber, das Internet als auf materiell in bestimmten staatlichen Territorien lozierten technischen Infrastrukturen beruhend zu betrachten, also als herkömmlichen tellurischen Machtlogiken nicht prinzipiell widersprechende Erscheinung. Eine andere, auch eher der Frühzeit der politikwissenschaftlichen Internetforschung zuzuordnende Perspektive betrachtet das Internet eher analog der klassisch-geopolitischen Vorstellung von Gebirgen als zerklüftete, schwer von zentralisierten Machtstrukturen zu durchdringenden Räumen, die kleinen zivilgesellschaftlichen oder partisanenhaften Gruppen einen Vorteil gegenüber Staaten versprechen (Agnew 1998: 79).

Aktuelle Forschungen beschäftigen sich dagegen verstärkt mit politischer Internetkommunikation als potenziellem Objekt staatlicher Kontrolle oder Zensur – an die Stelle der Sorge um zu wenig politische oder zu viel kommerzielle Einflussnahme ist die Befürchtung unkontrollierter staatlicher Zensur, Spionage und der Cyberkriegführung getreten (Deibert 2009: 334). Eine auch räumlich eigenständige Funktionslogik für cyberspezifische politische Strukturen lässt sich dem Internet kaum mehr abgewinnen. Dies war eine Vorstellung, die aber auch in der Frühzeit der Online-Kommunikation in der politischen Theorie als wenig aussichtsreich betrachtet wurde (Barber 1997: 210), lediglich in den technologieromantischen Vorstellungen von Internetpionieren wie John Perry Barlow (1996) – der unter großer Medienaufmerksamkeit, aber ohne konkrete Konsequenzen eine „Declaration of the Independence of Cyberspace“ verbreitete – wurde sie kurzzeitig populär. Stattdessen scheinen sich mittlerweile zahlreiche Metaphern der klassischen Geopolitik zur Beschreibung jeweils verschiedener Formen seiner politisch-geographischen Strukturierung zu eignen (vgl. Lonsdale 1999: 139f) – so wird aktuell angesichts der zunehmenden Versicherheitlichung der netzbasierten Kommunikation entlang klassischer Staatsgrenzen sogar die Entwicklung zu einem stark regulierten „New Westphalian Web“ analog zur territorialen Ordnung des Westfälischen Friedens befürchtet oder auch erhofft (Maher 2013: o.S.).

Ein schließlich auch die technologisch-deterministische Konzeption ablegendes Modell legte Thomas P. Barnett mit dem einflussreichen, begrifflich gezielt an frühere geopolitische Raumkonstruktionen anschließenden Werk *The Pentagon's New Map* (Barnett 2004) vor: Zukünftige militärische Konflikte seien grundsätzlich in solchen Teilen der Welt zu erwarten, die geringe oder gar keine Bindungen an globalisierte Wirtschaftsprozesse hätten – diese bezeichnet er als den „Non-Integrating Gap“, der durch Interventionen aus dem „Functioning Core“ zu stabilisieren und an derartige Bindungen heranzuführen sei (ebd.: 8). Die Abkehr vom Geodeterminismus wird explizit vollzogen – sichtbar etwa daran, dass nun klassischerweise aufgrund ihrer physischen Topographie als kontinental betrachtete Länder wie Russland oder China als Teil der vernetzten Welt gewertet und zur vertieften Kooperation der Vereinigten Staaten mit ihnen geraten wird – an dessen Stelle wird nun ein liberal-ökonomischer Determinismus gesetzt (ebd.: 198). Dieser operiert mit der binären Opposition Inklusion/Exklusion (vgl. Kap. 4.4), betrachtet aber nach wie vor Staaten als Objekte dieser Unterscheidung. Derartige Überlegungen stellen somit hybride Semantiken zwischen den Topoi der Globalisierung und der Geopolitik dar, sie bilden m. E. einen *missing link* zwischen der maritimen Geopolitik und den unten (Kap. 3.3) diskutierten Deterritorialisierungs- und Netzwerksemantiken politischer Räume.



**Abbildung 7:** Der „Non-Integrating Gap“ nach Barnett (2004; eigene Darstellung).

Letztlich stellt die maritime Geopolitik Mahans und der zahlreichen ihm folgenden Autoren, wie auch andere geopolitische Texte, trotz ihres Insistierens auf empirischer Evidenz und ‚harten‘ geographischen Fakten eher einen „einen praxeologisch orientierten Theorieversuch zur Legitimation partikularer Interessendurchsetzung hegemonialer Art“ (Diner 1984: 2) denn

eine tatsächlich in irgendeiner Weise überprüfbare oder kritisierbare Argumentation bereit. Insbesondere ihr physisch-geographischer Fokus auf die Weltmeere (oder in der aktualisierten Form die globale Allmende) als Transportweg und potenzielle Konfliktzone könnte auf der Ebene der reinen Evidenz kritisiert werden – in einer Epoche, in der einerseits ein Großteil der monetären Wirtschaftsleistung in immaterieller Form erbracht wird (Albert et al 1999: 245), andererseits aber gewaltsame Konflikte neben Land und Meer zahlreiche andere, teilweise ebenfalls als immateriell beschriebene Schauplätze gefunden haben (Maresch 2002: 238), muss sich jede geopolitische Raumbeschreibung selbst im Fall der Akzeptanz einer historischen Relevanz und der Gültigkeit ihrer Argumentationsweise grundsätzliche Fragen gefallen lassen.

Sie wird in ihrer traditionellen Form zwar nach wie vor zur Selbstbeschreibung militärischer Organisationen im Hinblick auf deren strategische Zwecke genutzt und scheint in diesem Kontext auch überzeugend zu funktionieren (vgl. z.B. Rubel 2010; 2012) – unklar ist aber zuweilen, ob es sich dabei um mehr als eine Form der ideengeschichtlichen Identitätspflege handelt. In *politischer* Hinsicht lassen sich aktuelle maritime raumordnungspolitische Konflikte jedenfalls weniger auf Konflikte zwischen geodeterministisch identifizierten Landmächten und Seemächten zurückführen als vielmehr auf die rechtlich und politisch umstrittene Verfügung über quasi-territorial abgegrenzte maritime Ressourcenvorkommen etwa in der Arktisregion (vgl. Cornell/Kleinschmidt 2009) oder im südchinesischen Meer (vgl. Burgess 2003: 7f) – also eine den geodeterministischen Vorstellungen Mahans vom Meer als ebener Fläche, die von rhizomatischen Verbindungen durchzogen wird, exakt entgegengesetzte Problematik. In diesem Kontext könnte dann von einer „post-Mahanian era“ ausgegangen werden, der aber auch bereits eine Wiederbelebung von Mahans ursprünglicher Idee der Ozeane als einer Zone globaler Konflikte zwischen Großmächten als „neo-Mahanian world“ entgegengesetzt wurde (Hoffman 2010: 52; 68).

Die eigentliche ideengeschichtlich und auch die aktuelle Theoriebildung der Internationalen Beziehungen noch prägende Leistung der maritimen Geopolitik dürfte in der Beschreibung zweier entgegengesetzter räumlicher Modelle der Machtausübung als politische Identitäten bestimmend liegen. Neben den militärstrategischen, außenpolitischen oder gegenwartsanalytischen, generell auf situationsspezifisches Expertentum zur Teilnahme an strategischen oder außenpolitischen Diskursen gerichteten Verwendungen der maritimen Geopolitik ist es eben vor allem das auf der Seemacht/Landmacht-Unterscheidung beruhende abstrakte Modell der Opposition zwischen einer rhizomatisch, nicht-territorial operierenden *Außenzone* der Staatenwelt und deren *interner* chorologischer, territorialer Organisation,

welches bis heute Relevanz beanspruchen kann – auch wenn die Bindung dieser Raummodelle an physisch-geographisch definierte Zonen in Frage gestellt werden darf. Trotz der jedem Geodeterminismus inhärenten epistemischen Probleme hat die maritime Geopolitik, wie oben dargestellt, eine Vielzahl von auch ästhetisch attraktiven Raumsemantiken hervorgebracht. Diese funktionieren nicht nur in militärstrategischen Kontexten, sondern werden darüber hinaus noch in aktuellen gesellschaftstheoretischen Arbeiten zur Beschreibung eines weiten Spektrums an Phänomenen – von der Funktionsweise des modernen Kapitalismus (vgl. auch Steinberg 2001: 162f) bis hin zur Formulierung der Struktur politischer Konflikte etwa zwischen den Vereinigten Staaten als Seemacht und Russland als Landmacht (Kretzschmar 2002: 272) – herangezogen.

Die maritime Semantik ist dabei so einschlägig geworden, dass selbst poststrukturalistische, von geostrategischen Erwägungen im Stile Mahans denkbar weit entfernte Denker sie zur Darstellung ihrer raumtheoretischen Konzepte verwendeten. Paul Virilio entlieh das seestrategische Konzept der „fleet in being“<sup>118</sup> zur Beschreibung eines zwar unsichtbaren, aber in seiner Existenz bekannten und allein durch seine Mobilität und unvorhersehbare Wirkung weite Räume dominierenden virtuellen Machtfaktors (Virilio 1986: 38). Der vielleicht deutlichste Hinweis auf eine fortgesetzte semantische Relevanz ist in der illustrativen Verwendung der Landmacht/Seemacht-Unterscheidung bei Deleuze und Guattari (1992: 533) zu sehen. Hier wird aber auch die andere Seite der bei den Seemachttheoretikern noch so optimistisch betrachteten, rationalistischen gegenseitigen Ergänzung von Welthandel und maritimer militärischer Macht bezeichnet – nämlich die hochgradig dynamische und unvorhersehbare, bestehende soziale und politische Strukturen potenziell irritierende oder auflösende, in mancherlei Hinsicht trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer beanspruchten Zivilisiertheit als „strukturelle Gewalt“ (Nunner-Winkler 2004: 23) beschreibbare Wirkung auf die ihr ausgesetzten Sozialsysteme.

Auch die nicht direkter, imperialer Herrschaft unterworfenen außereuropäischen Gesellschaften wurden durch ihre Einbeziehung in ein seemachtgestütztes Welthandelssystem wie auch durch die damit einhergehende und teils erzwungene Kommunikation verschiedenster politischer, religiöser, rechtlicher und wissenschaftlicher Vorstellungen in ihren autochthonen Strukturen oft massiven Veränderungen und Konflikten ausgesetzt (vgl. Wendt 2007: 152f). Der dieser Dynamik ausgesetzte Staat – „unaufhörlich damit beschäftigt, die Bewegung aufzulösen, wieder zusammenzusetzen und zu transformieren oder die

---

<sup>118</sup> Ursprünglich bezeichnet „fleet in being“ eine Mahans Vorstellungen von entscheidender Seeüberlegenheit komplementär entgegengesetzte Strategie einer Flotte, die – ohne notwendigerweise aktiv zu werden – durch ihr bloßes Vorhandensein gegnerische Kräfte bindet (Harper 1994: 8).



Geschwindigkeit zu regulieren“ (Deleuze/Guattari 1992: 532) – kann sich hier in die Rolle des widerständigen Außenseiters gedrängt sehen. Welthandel und Seemacht – also die im Narrativ der maritimen Geopolitik rein rationalen, sinnvollen Instrumente des Fortschritts – nehmen ihm gegenüber „die Haltung einer Kriegsmaschine an, die sich gegen ihn richtet und in einem feindlichen oder rebellischen glatten Raum aufgestellt wird“ (ebd.: 533).

Es handelt sich bei der maritimen Geopolitik um eine quasi-rationalistische (wenn es sich auch um einen unreflektierten, auf einer basalen kommerziellen Erwerbslogik basierenden Rationalismus handelt) und fortschrittsoptimistische Raumsemantik, die der funktional differenzierten Tiefenstruktur der Moderne eine durch Seefahrt, Kartographie, Militärtechnologie und Welthandel umrissene strategische und geographische Legitimationserzählung zur Seite stellt. Dass eine derartig eindeutig wertender Narrativ in einem für zahlreiche soziale Gruppen durchaus nicht nur vorteilhaften Prozess nicht unwidersprochen bleiben konnte, vermag nicht zu überraschen. Die Raumsemantik der klassischen Geopolitik nimmt daher in ihrem ideengeschichtlichen Ablauf den Charakter eines Dialoges zwischen maritimen und kontinentalen Positionen ein, die jeweils mit unterschiedlichen, oft gegensätzlichen, aber grundsätzlich aufeinander bezogenen Raumbegriffen und politischen Wertungen operieren.

### *3.2.3 Kontinentale Geopolitik und reaktionärer Modernismus*

Es ist unklar, ob die frühen Texte der dieser maritimen geopolitischen Semantik entgegengesetzten, kontinental argumentierenden Geopolitik als Erwiderung seitens sich mit Landmächten identifizierender Geographen verstanden werden sollten (so Murphy 1997: 7), oder ob sie eine unabhängig von ihnen entstandene Reaktion auf andere Prozesse wie z.B. die beginnende Urbanisierung der klassischen Moderne (vgl. Kost 1989) oder die Sorge um die Beständigkeit der von der Seemacht Großbritannien als Hegemon getragenen politischen Weltordnung (vgl. Blouet 1987: 356f) darstellten. In jedem Fall gingen zeitlich die eine Überlegenheit der maritimen Staaten propagierenden Werke von Mahan dem Hauptwerk von Friedrich Ratzel (1897), der allgemein als erster Vertreter der kontinentalen Denkschule der Geopolitik gilt (Köster 2002: 21), um einige Jahre voraus.

Angesichts seines enormen Einflusses auf das politische und strategische Denken seiner Zeit – insbesondere des wilhelminischen Deutschlands – sowie der narrativen Parallelen der beiden geopolitischen Schulen wäre es wenig naheliegend, eine Beeinflussung kategorisch auszuschließen (vgl. Murphy 1997: 3f). Andererseits könnte man auch Friedrich Lists

Schriften zum Eisenbahnbau und die diesem für den Fall Deutschlands zugeschriebene Bedeutung bei der Überwindung der kommerziellen und militärischen Vorteile maritimer Staaten als konzeptionellen Vorläufer Ratzels und anderer Landmachttheoretiker betrachten, gleiches gilt auch für Lists Betonung wirtschaftlicher Autarkie als notwendige Voraussetzung der Überlebensfähigkeit im Kriegsfall (Earle 1986: 255-259). Die Vorstellung, „daß man dem britischen Freihandelskosmopolitismus eine Politik des ökonomischen Nationalismus gegenüberstellen müsse“ (van der Pijl 1996: 153), da ansonsten die Verarmung auf industriellem Gebiet nicht konkurrenzfähiger Volkswirtschaften drohe, war bereits zuvor von verschiedenen Autoren geäußert worden. Sie stellten dabei jedoch keinen speziellen Bezug zur politischen Geographie her, wenn auch einige der für die kontinentale Geopolitik zentralen Topoi bereits angesprochen wurden.

Es könnte ebenfalls die Vermutung zutreffen, dass die kurz *nach* der erstmaligen Veröffentlichung von Ratzels (1897) *Politischer Geographie* erfolgte Erweiterung von Mahans (2003) Seemachttheorie um die Figur der aggressiv-rückständigen Landmacht in *The Problem of Asia* eine Reaktion auf die neue Landmachttheorie darstellte. Damit ließe sich dieser Text dann als passend zur damals insbesondere in der französischen Geographie gängigen Kritik an Ratzel als Legitimationstheoretiker des wilhelminischen Expansionismus (vgl. López 2011: 159) einordnen. Dies erscheint jedoch wenig plausibel, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass Mahan (2003: 120) das wilhelminische Deutschland als moderne Seemacht beschrieb, dessen rationale Wahrnehmung eigener Interessen es sicherlich in ein Bündnis mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten bringen würde. Frankreich hingegen bezeichnete er zwar im Hinblick auf seine geographische Lage als Seemacht, die aufgrund ihres Bündnisses mit Russland jedoch auf globaler Ebene als Teil eines Blocks der Landmächte gelten müsse (ebd.: 86). Damit wird zum einen wieder die hochgradige Kontingenz der geodeterministischen Zuweisung politischer Charakteristika an empirisch beobachtete politische Einheiten deutlich; Mahans Begriffsverwendung an dieser Stelle ist mit dem physischen Determinismus der klassischen Geopolitik als epistemischer Grundlage mit ihrem strikt binären Landmacht/Seemacht-Unterscheidung eigentlich nicht mehr zu begründen. Zum anderen zeigt das Beispiel vor allem aber auch die *wechselseitige Verweisung* von Landmacht- und Seemachtsemantiken aufeinander, die sich – unabhängig von der Frage, welcher Autor nun welches Konzept zuerst entwickelte – mit der Genese der klassischen Geopolitik im späten 19. Jahrhundert in einer Art akademisch-politischem Dialog entfalteten.

Zumindest in raumtheoretischer Hinsicht kann Ratzels politische Geographie *auch* durchaus plausibel als Reaktion auf die Rolle der britischen Seemacht und deren räumlicher Beschreibung in der Welt des ausgehenden 19. Jahrhunderts – mithin als Gegensemantik zur maritimen Geopolitik – gelesen werden. Mit dieser teilt sie auch die Inspiration durch eine epochenspezifische, raumüberwindende Schlüsseltechnologie, in ihrem Fall der Eisenbahnnetzwerke. Sie steht aber gleichzeitig in der Kontinuität der frühen Geographie Herders und Ritters, mit denen sie in Bezug auf die epistemische Priorität der physischen Topographie des Naturraums übereinstimmt und auf die Ratzel sich explizit bezog (vgl. Schultz 1998: 128).

Darüber hinaus ist sowohl in der Begriffsbildung als auch in den zentralen Thesen eine große Nähe zum frühmodernen Biologismus im Allgemeinen sowie zum (Sozial-)Darwinismus im Besonderen gegeben.<sup>119</sup> Diese Nähe drückt sich aber keineswegs in einer Einwirkung der Umwelt auf Menschen *als Lebewesen* aus. Vielmehr besteht ein bedeutender Gegensatz zur (vorbiologisch gedachten) Prägung von den Eigenschaften der Menschen durch ihre physische Umgebung in den Klimatheorien der Aufklärung, die Ratzel nicht wieder aufgreift, in seiner spezifischen Kausalitätsvorstellung. Diese geht von einer *direkten* Prägung sozialer und politischer Lebenswelten und Organisationsformen durch die physische Topographie der von ihren Mitgliedern bewohnten Gebiete aus, nicht mehr „von einem (vermeintlich) biologischen Rassebegriff“ (Sprengel 1996: 77). Einen solchen könnte man bei geographischen Semantiken der Klimatheorie, etwa bei Montesquieu und mehr noch bei Kant, die eine Formung spezieller Menschentypen durch klimatische Besonderheiten als Basis ihres geographischen Kausalitätsnarrativs vorsehen, durchaus noch unterstellen. Das mittels biologischer Schemata beobachtete Element bei Ratzel sind hingegen soziale und politische Handlungen und Strukturen selbst (vgl. Köster 2002: 67). Er formulierte die Parallelen seiner eigenen Vorgehensweise zur damaligen Biologie folgendermaßen:<sup>120</sup>

---

<sup>119</sup> Ó Tuathail (2001: 10) beschreibt diesen Sozialdarwinismus genauer als „Neo-Lamarckismus“, der annimmt, „dass Organismen direkt von ihrer Umwelt modifiziert werden, wohingegen Darwin der Auffassung war, dass der Evolutionsprozess durch zufällige Variationen innerhalb der einzelnen Arten beeinflusst wird“. Dieser Zuordnung ist zumindest bezüglich der Kausalitätsnarrative Ratzels zuzustimmen, wenn man staatliche Strukturen als den modifizierten Organismus identifiziert; bei anderen geopolitischen Autoren ist die Einordnung aufgrund oftmals weniger klarer Formulierungen schwieriger. Eine tatsächliche wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung mit aus der Biologie übernommenen Erkenntnismustern fand ohnehin meist nicht statt.

<sup>120</sup> Mit diesen Bezügen war die *Politische Geographie* im Jahr ihres Erscheinens zwar recht traditionalistisch, aber sicherlich auch nicht völlig antiquiert. Ein Unterschied zu Mahan liegt darin, dass die zentralen Texte Ratzels von Beginn an als akademische Abhandlungen verfasst wurden und eine dementsprechende Begrifflichkeit pflegten. Während die maritime Geopolitik aus marinehistorischen Lehrtexten zur Verwendung an Seekriegsschulen entstand und erst wesentlich später über den strategischen bzw. militärtheoretischen Bereich hinaus wahrgenommen wurde, beeinflussten Ratzel und seine Schüler schon früh Forscher verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen in verschiedenen Ländern. Von den frühen Soziologen setzten

„Für die Biogeographie ist der Staat der Menschen eine *Form der Verbreitung des Lebens* an der Erdoberfläche. Er steht unter denselben Einflüssen wie alles Leben. Die besonderen Gesetze der Verbreitung der Menschen auf der Erde bestimmen auch die Verbreitung ihrer Staaten. Wir haben weder Staaten in den Polargebieten sich bilden sehen, noch in den Wüsten; und sie sind klein geblieben in den Urwaldgebieten der Tropen und in den höchsten Gebirgen. Die Staaten haben sich mit den Menschen allmählich in alle Teile der Erde verbreitet, und indem die Zahl ihrer Menschen wuchs, haben auch die Staaten an Zahl und Größe immer mehr zugenommen. [...] [Ü]berall erkennt man die unabhängig von der inneren Struktur der staatlichen Organisationen aus der Verbindung mit dem Boden herauswirkenden Formähnlichkeiten aller zusammengesetzten Lebensgebilde. Für sie alle, ob Flechte, Koralle oder Mensch, ist ja diese Verbindung allgemeine Eigenschaft, Lebenseigenschaft, weil Lebensbedingung“ (Ratzel 1897: 1f).

Die politische Geographie Ratzels ist also ganz explizit ein Modell, welches biologische Begrifflichkeiten nicht nur als Analogie oder Metapher, sondern durchaus im Sinne der Feststellung einer ontologischen Identität verwendet (vgl. Owens 1999: 64). Der Begriff des „Staatsorganizismus“, dem Ratzel wohl nicht widersprochen hätte, ist also vollkommen zutreffend – entscheidend ist aber die unterstellte strukturelle und operative Identität politischer mit biologischen Systemen, die über reine Metaphorik weit hinausgeht. Der Begriff des Organizismus wird in der heutigen Sozialwissenschaft oft sehr allgemein für jede denkbare Form semantischer Anlehnung an die Biologie verwendet,<sup>121</sup> bei Ratzel ist er sehr konkret zu verstehen.

Ratzel (1940: 28) war sich der Problematik – oder vielleicht besser gesagt: der Drastik – seines Identitätspostulats vermutlich bewusst; bezeichnete wohl deswegen Menschen als „das individualisierteste Erzeugnis der Schöpfung“ und grenzte vorsichtig „Völker und Staaten“ als „Aggregat-Organismen“ von den „eentlichen Organismen“ der Flora und Fauna ab – diese Abgrenzung bezieht sich aber dann letztendlich nur auf die materielle Strukturierung des „Volksorganismus“: Im Gegensatz zu zellulär verbundenen Pflanzen und Tieren sei dieser

---

sich Durkheim und insbesondere Simmel sehr kritisch mit ihm auseinander (vgl. Schroer 2006: 60f). Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass in der heutigen sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der geopolitischen Ideengeschichte die von Ratzel begründete kontinentale Tradition weitaus prominenter vertreten ist (vgl. Dijkink 2004: 460), während Anknüpfungen an die maritime Semantik meist eher implizit erfolgen.

<sup>121</sup> Francis Heylighen (2007: 58f) weist m. E. zu Recht darauf hin, dass der Organizismus *als Metapher*, im Sinne einer semantischen Nutzung von Strukturanalogien von sozialen und biologischen Systemen zur Explikation der eigenen Theoriearchitektur, von der frühen Soziologie bis hin zu autopoietischen Systemansätzen wie dem hier vertretenen verwendet wurde. Insofern muss bei Kritik an ‚Organismen‘ jeglicher Art eigentlich darauf geachtet werden, ob der jeweils kritisierte Text eine *Strukturanalogie* oder eine *ontologische Identität* unterstellt. Walter L. Bühl (1987: 225f) trifft diese Unterscheidung in Bezug auf den Begriff der Autopoiesis bei Luhmann und weist auf die Notwendigkeit klarer Differenzierung im Hinblick auf die Vermeidung einer zu eilfertigen Biologisierung des Konzepts hin.

ausschließlich über den von ihm eingenommenen physischen „Boden“ als „das einzige stofflich Zusammenhängende“ materiell konstituiert (ebd.). In ontologischer Hinsicht werden Staaten in der Tat für identisch mit biologischen Systemen erklärt. Die vollständige Abwesenheit politischer Theorie oder auch nur eines Politikbegriffs, die von Sozialwissenschaftlern ebenso als Manko empfunden wurde wie von der kontemporären Sozialgeographie (vgl. Kost 1989a: 371), dürfte für Ratzel insofern überhaupt kein Defizit dargestellt haben – konnte ihn doch „bei der Erforschung der Stellung des Menschen zur Erde nur dieselbe Methode führen, die wir auf die Verbreitung der Tiere und Pflanzen anwenden“ (Ratzel 1940: 29). Die relativ wenigen Anmerkungen, die er über Charakter und Bedeutung politischer Institutionen machte, lassen eher eine Geringschätzung sowohl der mit ihnen verbundenen Praxen als auch ihrer Bedeutung für die politische Existenz der Staaten erkennen. Den Parlamentarismus, den er als „Politik als Handwerk“ charakterisierte, schien er wenn nicht direkt abzulehnen, so doch als wenig relevant oder zielführend zu betrachten (ebd.: 198).

Diese Haltung ist durchaus kennzeichnend für den Versuch der damaligen Universitätsgeographie in Deutschland, „durch Distanz von der politischen Praxis ihre Disziplin zu einer ‚normalen Wissenschaft‘ aufzuwerten“ (Köster 2002: 60). Dies könnte man mit der kritischen Geopolitik (vgl. Kap. 3.4) sicherlich als Versuch der Depolitisierung eminent politischer Aussagen verstehen. Die Simulation unbedingter Objektivität durch semantische Orientierung an den Naturwissenschaften bei der Betrachtung politischer Strukturen schafft aber auch – zumindest für sozialwissenschaftlich vorgeprägte Leser – einen interessanten, doppelten Verfremdungseffekt, dessen sich Deleuze und Guattari (z.B. 1977: 30f) einige Jahrzehnte später für ihre poststrukturalistische Raumtheorie in sehr ähnlicher Weise bedienten. Der behandelte Gegenstand – die räumliche Struktur politischen Lebens bis ins 19. Jahrhundert – erscheint bei Ratzel (1897) durch die Nutzung biologischer, ansonsten auf Alltagsphänomene wie Pflanzen und Tiere bezogene Begriffswelten einerseits *vertraut*; andererseits aber eben aufgrund der nahezu vollkommenen Ersetzung herkömmlicher politischer Semantik durch biologisch (oder „biogeographisch“!) anmutende Begriffe gleichzeitig als etwas gänzlich *Neues*.

Man könnte hier von einer Ästhetik der Ambivalenz sprechen, die politische Räumlichkeit einerseits der Evidenzlogik alltäglicher Wahrnehmungen konkreter Objekte öffnet, andererseits aber das Vorhandensein und die Durchschaubarkeit einer verborgenen, tieferen, geographischen Wahrheit suggeriert. Es entsteht dass, was Luhmann (1995: 181) in seiner Kunsttheorie als „Atmosphäre“ beschreibt – eine emergente Eigenschaft visualisierter

räumlicher Anordnungen, die über die Anwesenheit konkreter Objekte im Raum hinaus „das Sichtbarwerden der Einheit der Differenz, die den Raum konstituiert“, ermöglicht. Die bei Ratzel konstitutive Differenz wäre die Unterscheidung von natürlichem, konstantem Raum und den sich in diesem Medium bewegendem Staatsorganismen, man könnte die so erzeugte Atmosphäre also in zeitlichem Sinne als Einheit von Statik und Dynamik in der Form organischen Wachstums beschreiben.<sup>122</sup> Das Funktionieren geopolitischer Semantiken über die Ästhetisierung ihres Beobachtungsobjektes könnte als Kontrast zu der Beschreibung der geopolitischen Beobachter als epistemisch privilegierter, pseudo-objektiver Welterklärer „in einer auf kartesischem Perspektivismus beruhenden Auffassung der Realität“ (Ó Tuathail 2001: 10) – sowohl in deren Selbstwahrnehmung als auch in kritischen Perspektiven – dienen. Ob geopolitische Semantiken aufgrund der ihnen eigenen Ästhetik oder wegen ihrer plausiblen Schilderung geographisch-politischer Kausalitäten anschlussfähig wurden, müsste für den jeweiligen Einzelfall entschieden werden.

Der Organizismus der *Politischen Geographie* ermöglichte der kontinentalen Geopolitik jedenfalls die Anschlussfähigkeit an zwei sehr verschiedene, oft geradezu als antagonistisch wahrgenommene Denkstile des 19. Jahrhunderts, die auf epistemischer Ebene als weitgehend inkompatibel erscheinen müssen: Namentlich die romantische Naturverbundenheit und den ihr nahestehenden, letztlich irrationalistischen völkischen Nationalismus einerseits und die

---

<sup>122</sup> In dieser Hinsicht scheint es erwähnenswert, dass Ratzel vor seiner akademischen Karriere unter anderem als Reiseschriftsteller tätig war; auch als Professor für Geographie schrieb er außerhalb der wissenschaftlichen Arbeit weiter seine teils romantisierenden Landschaftsdarstellungen – einige Beobachter sahen in diesem Genre sogar den eigentlichen Schlüssel zu seinem Werk (vgl. Köster 2002: 59). In der Tat entfaltet die bedeutungsschwere Prosa von gewaltigen Staatsorganismen, die sich mit natürlicher Dynamik über die Erdkugel bewegen, eine gewisse Ästhetik. Diese ist ansatzweise vielleicht zu vergleichen mit der Naturalisierung politischer Großereignisse in Ernst Jüngers *In Stahlgewittern* (vgl. Martus 2001: 22), die auch in einem wohl vergleichbaren (wenn auch natürlich in anderer historischer Situation lebendem) Publikumssegment Anklang finden wie die Werke Ratzels und vor allem seiner späteren geopolitischen Epigonen (vgl. ebd.: 19). Insbesondere die Schrift *Der Arbeiter* (Jünger 2007) könnte man mit Köster (2002: 202) als „Nachbardiskurs der Geopolitik“ beschreiben – plausibel etwa bei der Beschreibung der vollständigen staatlichen Durchdringung des Raums im Zuge der „Totalen Mobilmachung“, die in einer „organischen Konstruktion der Planlandschaft“ gipfelt (Jünger 2007: 301-305). Auch hier erscheint wieder die Versöhnungsfunktion organizistischer bzw. naturalistischer Semantiken: In sozialen Milieus, in denen Wissenschaft, Technik und andere Phänomene der damaligen Modernisierung oder ganz allgemein die Vorstellung des gesellschaftlichen Fortschritts an sich von vornherein einen schlechten Ruf genossen, konnte durch Naturalisierung die Notwendigkeit dieser Phänomene als Teil einer kontinuierlichen, organischen Entwicklung kommuniziert werden. Hier zeigen sich allerdings auch die Unterschiede der historischen Situation der beiden Autoren: Für Jünger war die konservative, letztlich auf stratifikatorischer Differenzierung beruhende Weltsicht von Ratzels mutmaßlichem Publikum bereits eindeutige Vergangenheit, deren Reste ohne Hoffnung auf Rettung abgeräumt und durch radikal Neues ersetzt werden mussten (vgl. Schwaabe 2010: 321). Die Landschaftsbeschreibungen Ratzels lassen hingegen noch eine konservativ-modernistische Hoffnung auf evolutionäre statt revolutionäre Entwicklung aufscheinen: „Lübeck ist eine geschlossene Existenz, die ehrwürdiges Alter mit einigen Spuren des Rückgangs verbindet, unter denen aber noch immer ein Strom ruhiger Weiterentwicklung, wenn auch in behaglicher Enge, weitergeht“ (Ratzel 1940: 274f). Die oben bezeichnete Einheit von Statik und Dynamik tritt hier noch deutlicher hervor als in Ratzels akademischen, politikgeographischen Texten. Spätere geopolitische Autoren und Ratzels Spätwerk (s.u.) erinnerten dann auch in der Verkündung von Epochenbrüchen eher an Jünger denn an Ratzel.

positivistisch-materialistische Technik- und (Natur-)Wissenschaftsgläubigkeit – oft verbunden mit einem eher militaristischen, auf Partizipation an globaler Großmachtpolitik und die damit verbundene staatliche Förderung der Schwerindustrie ausgerichteten Nationalismus, eben der wilhelminischen Vorstellung von „*Weltpolitik*“ (vgl. Murphy 1997: 7) – andererseits, so stellt eine ideengeschichtliche Untersuchung fest:

„Like all natural organisms, the Volk derived its most vital impulses and sustaining energies from [...] ecological interconnections, and it was only by maintaining them in a healthy state that the health of the nation be insured. The organicism of the völkisch perspective was markedly influenced by the antirationalist Romanticism of the early nineteenth century, but at the same time – and paradoxically – it drew equal inspiration from the hyperpositivist cult of natural science that spread across Europe in the wake of the Darwinian revolution“ (Bassin 2005: 206).

Wie auch die maritime Geopolitik ist ihr kontinentaler Gegenpart somit in der Lage, gegensätzliche politische Semantiken unter einen Nenner zu bringen. Im ersten Fall (vgl. Kap. 3.2.2) handelt es sich um die ideelle Vereinbarkeit von Kapitalismus und Nationalismus (bzw. Militarismus als Navalismus), bei Ratzel hingegen um eine Versöhnung von idealisierter ruraler, landwirtschaftlicher Existenz mit zentralisierter, nationalstaatlicher Politik und Industrialisierung. Es fällt auf, dass diese durch den geopolitischen Narrativ versöhnten Gegensätze übereinstimmen mit den in der Geschichtswissenschaft beobachteten Problemen auf dem deutschen „Sonderweg“ der Modernisierung, der typischerweise als Auseinanderklaffen von rapider Industrialisierung und Urbanisierung einerseits und der fortgesetzten Dominanz des politischen Systems durch überkommene militärisch-agrarische Eliten beschrieben wurde (Schwaabe 2003: 20; vgl. Bonnell 2011: 589f). Interessant sind in dieser Hinsicht historische Forschungen, die die zeitgleich zu Ratzels Veröffentlichung stattfindende Rezeption von Seemachttheorien und das mit diesen legitimierten Marinerüstungsprogramm im deutschen Kaiserreich ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität ersterer für die Erhaltung der überkommenen Herrschaftsstrukturen des letzteren betrachten. In diesem Fall hätte die maritime Einheitssemantik, einem „sozialimperialistischen Kalkül“ folgend (Epkenhans 1989: 205), durch die Rechtfertigung von Staatsausgaben für den Flottenbau einen Beitrag zur Milderung der Gegensätze zwischen Industriearbeiterschaft und Militäreliten geleistet. Die kontinentale Geopolitik hätte – wenn man denn diesen sozialstrukturellen, *cleavage*-orientierten Interpretationen der Rolle geopolitischer Semantiken in Staatenbildungsprozessen folgen möchte – einen ähnlichen Interessengegensatz zum Gegenstand und seine Parteien als Hauptadressaten haben müssen.

Gerade die organizistische Staats- und Gesellschaftsbeschreibung Ratzels scheint diesen Charakter einer Einheitssemantik geradezu plakativ zu demonstrieren – „konkurrierende staats- oder gesellschaftstheoretische Ansätze“ werden „in einem radikal objektivistischen, physikalistischen und naturalisierenden Konzept von Gesellschaft aufgehoben und überboten“ (Köster 2002: 69f).

Man könnte somit eine gesellschafts- oder metapolitische Motivation Ratzels zur intellektuellen Kompatibilisierung der jeweiligen rural-agrarischen und der militärisch-industriellen Interessen – er gehörte schließlich unter anderem auch zu den Mitbegründern des nationalistischen „Alldeutschen Verbandes“ (ebd.: 59) – für seine diese Widersprüche überbrückende Raumsemantik unterstellen. In dieser – methodologisch nationalistischen – Interpretation hätte er dann vergleichbar mit der Ablösung der *frontier*-Mythologie durch Mahans maritime Geopolitik eine spezifisch für die Situation des wilhelminischen Deutschland funktionierende Raumbeschreibung geliefert.<sup>123</sup> Wenn auch diese voluntaristische Interpretation eine hohe Plausibilität aufweist, so konnte die Semantik vom organischen Staatskörper im physischen Raum aber offensichtlich in zahlreichen Fällen ähnlich gelagerter Modernisierungsproblematiken in anderen Ländern ebenfalls funktionieren. Die *Politische Geographie* war in ideengeschichtlicher Hinsicht (noch!, s.u.) kein deutscher Sonderweg, sondern vielmehr die – vielleicht über die in Deutschland besonders sichtbaren gesellschaftlichen Antagonismen; oder aber durch die dort früh einsetzende Etablierung der Geographie an den Universitäten (vgl. Dodds 2007: 29) zu erklärende – Initialzündung für eine politikgeographische Weltinterpretation, die prägenden Einfluss auf die räumliche Präsentation politischer Strukturen in verschiedensten politischen und theoretischen Kontexten haben sollte (vgl. López 2011: 159).

Ratzel und alle Vertreter der kontinentalen Schule nach ihm sahen nicht nur die grundlegenden Charakteristika politischen Lebens durch dessen Situierung in der physischen Geographie des jeweiligen Staatsgebiets determiniert. Darin wäre noch kein prinzipieller Widerspruch gegenüber der maritimen Geopolitik Mahans zu sehen (vgl. Murphy 1997: 7) – auch er beschrieb Lage, Größe und Bevölkerung des Staatsgebiets als zentrale Faktoren für die Emergenz von Seemächten. Bei Ratzel (1940: 155-157) ist die Deutung der angenommenen Entwicklungsvorteile durch die Kontrolle maritimer Räume größtenteils identisch, wenn auch der militärische Aspekt der defensiven Vorteile der Insellage überwiegt. Er erwähnt auch die durch die technische Entwicklung – gemeint ist wohl wieder der

---

<sup>123</sup> Tatsächlich beschrieb Ellen Churchill Semple, eine amerikanische Geographin und Schülerin Ratzels, im Anschluss an diesen dann die *frontier*-Semantik genau entsprechend seiner Vorstellung sich im physisch-topographischen Raum ausdehnender Staatsorganismen (vgl. Kern 2003: 226).



Eisenbahnbau – nun denkbare allmähliche Überwindung der kommerziellen Überlegenheit des Seehandels.

Eine drastische Divergenz hingegen ist bezüglich der angenommenen Ziele der maritimen Dominanz gegeben. Die maritime Geopolitik sah den natürlich gegebenen Ort planetarischer politischer Macht auf den Weltmeeren; die tellurische Komponente staatlicher Räume diente für sie letztlich nur als Sprungbrett zur Teilnahme an globalen kommerziellen Transaktionen – und gegebenenfalls als Bastion zu deren Verteidigung. Spätestens mit der Spätphase von Mahans Werk ab 1900 – und erst recht in den heute an seine Semantik anschließenden Texten – wurde den Seemächten eine Teleologie der friedlichen, wenn auch militärisch unterfütterten Kooperation zur bestmöglichen Nutzung der globalen Allmende im Sinne ihrer vor allem wirtschaftlich vorgestellten Interessen unterstellt. Daraus erwachse dann deren sowohl zivilisatorische als auch machtpolitische Überlegenheit.

Für die Landmachttheorie ist das genaue Gegenteil der Fall: Sie beschreibt die „Politik der Handelsmächte“ mit ihrem normativen Schwerpunkt auf rentablen Wirtschaftsbeziehungen und indirekter Herrschaft als kurzfristig, da derartige koloniale Strukturen nicht über die Besiedlung großer Gebiete durch den eigenen „Bevölkerungsüberschuß“ dauerhaft an das imperiale Zentrum gebunden seien (Ratzel 1897: 31). Das von ihr beschriebene Herrschaftsinteresse richtet sich weder auf die Kontrolle über eine bestimmten ökonomische oder soziale Nutzung des Raums noch über die Verwirklichung bestimmter rational gewählter oder auch nur im Voraus politisch bestimmbarer Ziele, es gilt vielmehr dem Raum *an sich*: „Der wirtschaftliche Wert des Bodens für den Einzelnen mag früh klar erkannt sein, der politische Wert des Bodens für die Gesamtheit wird erst allmählich recht verstanden“ (ebd.: 32).

Es ist also noch nicht einmal notwendig, mit der politischen Kontrolle von Raum ein bestimmtes willentlich verfolgtes Ziel zu verbinden, da diese Kontrolle selbst bereits den Telos der Politik darstellt: Geschichtlicher Fortschritt – wobei ein konservativ-evolutionärer Fortschritt in Analogie zu organischem Wachstum biologischer System gemeint ist – wäre im Sinne Ratzels das Wachstum einer nicht weiter definierten „Kultur“, welches ausschließlich durch die bisherige politische Strukturen herausfordernde Expansion der bisher kontrollierten Gebiete erreicht werden könne (ebd.: 193-196). Dementsprechend – und unter Fortführung der nationalistischen Rhetorik der Reichseinigung – ist dann auch die Rede vom „Kulturverhängnis der Kleinstaaterei“ (Ratzel 1940: 203). Unter Heranziehung zahlreicher, recht willkürlich ausgewählter historischer Beispiele versucht er als historische bzw. naturgesetzartige Gesetzmäßigkeit darzulegen, dass kleinere und sich in der

sozialdarwinistisch aufgefassten Staatenkonkurrenz als unterlegen erweisende Staaten sukzessive in größeren und dementsprechend besser organisierten Mächten aufgehen – sei es durch Eroberung oder durch kulturelle, ökonomische oder migratorische Penetration (Ratzel 1897: 197-199).<sup>124</sup>

Der als unkontrolliert und gefährlich beschriebene Expansionsdrang der Landmächte in Mahans Schriften (vgl. Kap. 3.2.2) wird hier positiv gewendet – anstelle als Mangel an Rationalität wird er gedeutet als Ausdruck eines willensunabhängigen, naturgegebenen, von den irrelevanten Innerlichkeiten der Welt des Geistigen nicht berührten – und eminent von weiteren biologisch verstandenen Faktoren wie der naturgemäß stetigen Vermehrung der Bevölkerungszahl abhängigen – Kausalprozesses (vgl. Köster 2002: 66f). Wenn eine politikgeographische Perspektive dem eingangs erwähnten ‚Raumfetischismus‘ am nächsten kommt, dürfte es wohl das Werk Ratzels sein – eine vergleichbare Verabsolutierung räumlicher Expansion als Eigenlogik der Politik findet sich allenfalls noch im annotierten Testament des britischen Imperialisten Cecil Rhodes (1902: 190) mit dem berühmten Ausspruch: „I would annex the planets if I could; I often think of that“.<sup>125</sup> Was im gegenwärtigen Kontext fast irrsinnig wirkt, war in der Raumsemantik des späten 19. Jahrhunderts durchaus anschlussfähig.

Es wäre denkbar, diesen Aspekt der theoretischen Rechtfertigung territorialer Expansion schlicht als letztlich irrationalistische Begründung für Militarismus und Aufrüstungspolitik zu verstehen, eine Auffassung, die auch zu Lebzeiten Ratzels vertreten wurde (vgl. Lopez 2011: 159f). Die zuvor bezeichneten Ästhetisierungen würden auch die Einordnung als irrationalistisch nicht unplausibel erscheinen lassen, die beschriebenen deterministischen Abläufe sowie die angesprochene Distanz zu jeder Form der Betrachtung politischer oder sozialer Kalküle jedweger Art – beziehungsweise deren Einstufung als reines Resultat naturräumlicher Zwänge (vgl. Köster 2002: 67) – mögen den gleichen Eindruck erzeugen. Zudem ist der durch den Wachstumsgedanken des Staatsorganismus begründete Widerspruch zu von Ratzel ansonsten als Vorbildern betrachteten frühen Geographen wie Herder, die mit der Besiedlung der durch natürliche Grenzen identifizierten Räume durch Nationalstaaten noch ein Grundelement einer pazifisierten Weltordnung gegeben sahen,

---

<sup>124</sup> Ratzels Argumentation hinterlässt an diesen Stellen einen bisweilen tautologischen Eindruck: Geographische Größe ist abhängig von einer gut funktionierenden politisch-militärischen Organisation; diese Organisation wird aber vor allem unter Bedingungen geographischen Wachstums erreicht. Man könnte in dieser zirkulären Kausalität einen frühen Hinweis auf Selbstreferenzialität und Autopoiesis sehen. Wahrscheinlicher ist, dass schlicht und einfach die in Bezug auf die evolutionäre Fitness von Staaten positiv bewerteten Aspekte der geographischen Ausdehnung und der zentralistischen Organisation in eine nicht weiter reflektiertes gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis gestellt werden.

<sup>125</sup> Das Zitat von Cecil Rhodes zeigt auch, dass insbesondere der späte britische Überseekolonialismus keineswegs nur mit maritimem Seemachtdenken zu beschreiben und zu erklären ist.

eklatant. In dieser Deutung hätte Ratzel die frühe politische Geographie lediglich „tauglich gemacht für den Imperialismus“ (Schultz 2002: 348). Die kontinentale Geopolitik erschiene somit auch nicht mehr als *Gegensemantik* zu ihrem maritimen Pendant, sondern eher als *komplementärer* Narrativ, der ihre prinzipielle Kausalitätserzählung wie auch die geopolitischen Identitätszuweisungen von Land- und Seemacht beibehält und dabei lediglich deren Bewertung umkehrt. Zur politischen Geographie eines rationalistischen, universalistischen Modernismus träte die eines irrationalistischen, partikularistischen Antimodernismus.

Diese Annahme einer komplementären Opposition zweier politikgeographischer Narrative erscheint zunächst auch raumtheoretisch einleuchtend, könnte man doch die maritime Geopolitik mit einem rhizomatischen und voluntaristischen, die kontinentale hingegen mit einem chorologischen und deterministischen Raummodell (vgl. Kap. 2.2.5) identifizieren. Dies wäre eine brauchbare Simplifizierung beider Modelle, würde aber die in den beiden geopolitischen Narrativen zumindest implizierten – jedoch eine sekundäre, unterstützende Rolle einnehmenden, der jeweils primären Beschreibungsformel gegenläufigen – Raumstrukturen ignorieren. Die Abgrenzung der rhizomatisch zu erschließenden globalen Allmende in der maritimen Geopolitik stellt eine Chorologie dar, wohingegen die bereits erwähnte Rolle der Eisenbahnnetze – und generell jede den physischen Raum des Staatsgebiets erschließende materielle Infrastruktur – in der kontinentalen Geopolitik eine rhizomatische Form annimmt:

„Unter allen politischen Prophezeiungen dürfen die *verkehrsgeographischen*, wenn sie sich auf das beständige geographische Element stützen, den größten Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben. Man kann von einer neuen Eisenbahn, einem neuen Kanal mit einer gewissen Sicherheit voraussagen, welcher Verkehr sich ihm zuwenden wird. Drei Dinge sind darin unveränderlich: die Lage des Ausgangsgebietes, die Lage des Zieles und der Weg zwischen beiden. [...] Die *Entwicklung der Verkehrswege* geht wie die Entwicklung der Staaten von kleinen Gebieten aus, an deren Grenze nach nur wenigen Meilen die Pfade undeutlich werden, und umfaßt immer größere, die sie, in naturgewiesenen Richtungen fortschreitend, bis an ihre natürlichen Grenzen zu beherrschen sucht. Dabei bewirkt der Verkehr, von dem Streben nach den kürzesten und leichtesten Wegen ganz beherrscht, einen mächtigen Differenzierungsprozeß, indem er mehrere Wege in einem zu vereinigen und immer mehr Hindernisse mit einer Arbeit zu überwinden strebt.“ (Ratzel 1940: 144)

Die Geographie Ratzels betrachtet den staatlich beherrschten Raum also nicht nur als zu expandierenden Bevölkerungs- und Ressourcenbehälter, sondern auch als – natürlich im

Dienste dieser Expansion – erst infrastrukturell zu erschließende Fläche: „Jedes Verkehrsgebiet strebt aber auch, ein politisches Gebiet zu werden“ (Ratzel 1897: 404). Im Gegensatz zu den Raumbeschreibungen Mahans dienen der kommerzielle Verkehr und die Schaffung der diesen ermöglichenden Infrastrukturen hier der räumlichen Expansion des Staatswesens, nicht umgekehrt. An die Stelle der liberalen Harmonisierung politischer und wirtschaftlicher Interessen im Narrativ der maritimen Geopolitik tritt die dezidierte Unterordnung letzterer unter den politischen Expansionsimperativ, weswegen man die kontinentale Raumsemantik auch als *reaktionären Modernismus* bezeichnen könnte.

Die Effekte solcher Infrastrukturen – von Straßen- und Kanalbau bis hin zur Errichtung von Telegraphennetzen werden in verschiedenen Kontexten betrachtet, zusammenfassend argumentiert Ratzel durchaus im Stil der frühen Soziologie etwa Durkheims, dass die Erschließung weiterer Gebiete durch diese Infrastrukturen über die Nutzung von Standort- und Skalenvorteilen – um seine Aussagen etwas aktueller zu formulieren – „die Arbeitsteilung [...] erst möglich“ mache (ebd.: 409). Diese folgt aber nicht, wie in späteren systemtheoretischen Differenzierungstheorien, ihrer Eigenlogik, sondern es „schließt jede Verkehrsfrage notwendig immer eine politisch-geographische Frage ein“, „die inneren Verkehrswege [sind] Organe des inneren Zusammenhanges der Staaten“ (ebd.: 410f).<sup>126</sup> Wiederum nimmt die technische Entwicklung wie auch der Prozess funktionaler Differenzierung die naturalisierte Gestalt eines in sich harmonischen Wachstums bestehender politischer Organismen an.

„Differenzierung“ (ebd.: 96) in der Begriffsverwendung Ratzels beschreibt dabei nicht wie in der soziologischen Systemtheorie eine Steigerung der Komplexität von als Kommunikation gedachten *sozialen* Systemen gegenüber einer außergesellschaftlichen, *materiellen* Umwelt (Luhmann 1984: 643f). Vielmehr bezeichnet der Begriff eine mit – als Arbeitsteilung gedachter – zunehmender gesellschaftlicher Komplexität gleichlaufende oder vielmehr

---

<sup>126</sup> Dass eine solche territorialistische Sichtweise der Verkehrswege als rein interner Verbindungswege ‚containerräumlich‘ oder besser territorialistisch gedachter Staaten bereits zu Ratzels Lebzeiten nicht mehr vollständig plausibel war, zeigen unter anderem technikhistorische Forschungen. Im Verlauf des europäischen Eisenbahnbaus im 19. Jahrhundert scheint sich die Herstellung transnationaler Konnektivität stets als Priorität gegenüber souveränitätsorientierten oder an militärstrategischen Erwägungen ausgerichteten Überlegungen durchgesetzt zu haben. Die im Eisenbahnsektor zur damaligen Zeit dominanten Privatunternehmen konkurrierten nicht mit den Unternehmen anderer Staaten, sondern vor allem über Staatsgrenzen hinweg um Konzessionen für den Betrieb transnationaler Verbindungen (Schot et al 2011: 268f). Bis zum Ersten Weltkrieg, der in zahlreichen Bereichen einen massiven Trend zur politischen Kontrolle verschiedenster Lebensbereiche auslöste (Tooley 2009: 167f), konnten die Unternehmen sich Verstaatlichungsbestrebungen erfolgreich widersetzen. Erst mit der Mobilmachung der industrialisierten Kriegführung – ein Jahrzehnt nach Ratzels Tod – könnte man unter Umständen von einer vorübergehenden, krisenhaften Verwirklichung von Ratzels verkehrsgeographischen Annahmen sprechen. Dass diese aber mit den insbesondere von militärischer Seite schon lange vor Kriegsausbruch vorgetragenen Verstaatlichungswünschen bestens harmonierten, würde wiederum zur Interpretation geopolitischer Texte als intellektuelle Instrumente in Elitenkonflikten passen (vgl. Schot et al 2011: 271).

angesichts des organischen Charakters der als Staat gedachten Gesellschaft *identische* Ausweitung, Intensivierung und auch Zentralisierung räumlicher politischer Kontrolle. In dieser Vorstellung ist eine rudimentäre Geschichtsphilosophie enthalten, die eine lineare Vorstellung geschichtlichen Fortschritts durch sowohl intensives als auch extensives räumliches Wachstum staatlich-gesellschaftlicher Einheiten und dieses Wachstum seinerseits durch die organizistische Bindung der besagten Einheiten an ihre natürliche Umgebung determiniert sieht (vgl. Ratzel 1897: 97).

Der Geopolitik wird damit – eine Tendenz, die sich bei Mahan nur sehr bruchstückhaft und ausschließlich in späteren Arbeiten (Mahan 2003) findet – der Charakter eines disziplinenübergreifenden, historische und soziologische Fragestellungen nonchalant mitbeantwortenden Supernarrativs verliehen. Man könnte dies als wissenschaftspolitische Strategie gegenüber konkurrierenden, sozialwissenschaftlichen Ansätzen werten,<sup>127</sup> um „als Raumwissenschaft mit der Geschichts- und der Staatswissenschaft in Konkurrenz zu treten“ (Köster 2002: 66). Auch in diesen war die Vorstellung, „dass sich das Soziale aus einem kleinen Gehäuse befreit, um in ein größeres überzugehen“, weit verbreitet (Schroer 2006: 20) – mit der organizistischen Wachstumsmetapher hatte Ratzel aber wohl die wirksamere Begrifflichkeit gefunden, die eher erinnert wird. Die Ansicht, dass „es keine signifikante Episode in der Geschichte soziologischen Denkens zu geben scheint, in der die Geographie ein bedeutsamer Kontaktpartner und Konkurrent war“ (Stichweh 2003: 94), beruht vermutlich auf der Unkenntnis des heute meist ignorierten begrifflichen Austauschs bei der parallelen Genese beider Disziplinen im ausgehenden 19. Jahrhundert sowie auf der äußerst kritischen Haltung der Geographie gegenüber ihrer eigenen Theoriegeschichte (vgl. FN 28).

In politiktheoretischer Hinsicht – zu sehen im Kontext der sozialen Frage sowie des Spätimperialismus des 19. Jahrhunderts – kann man jedenfalls einige Semantiken der in Ratzels kontinentaler Geopolitik enthaltenen organizistischen Rekonstruktion von Modernisierungsphänomenen beobachten, die sich *nicht* auf einen irrationalistischen, reinen Antimodernismus reduzieren lassen – wenn sie auch dessen Gestus oft zu teilen scheint. Vielmehr erscheint sie oft, analog zu religiösen Fundamentalismen der Gegenwart, als „Traum von der halben Moderne“ – also als Semantik, die zumindest „den instrumentellen Teil der Moderne, vor allem die Waffentechnologie, bei gleichzeitiger Ablehnung der Weltbilder der kulturellen Moderne“ (Tibi 2003: 43) übernehmen möchte.

---

<sup>127</sup> Dieses mögliche Konkurrenzverhältnis wird im Kapitel über kritische Geopolitik (Kap. 3.4) weiter betrachtet. Die Verwendung von Begriffen wie „Arbeitsteilung“ durch Ratzel lässt jedenfalls eine Rezeption zeitgenössischer soziologischer Klassiker und die Formulierung einer geodeterministischen Lesart soziologischer Thesen als plausibel erscheinen.

Diese tendenzielle Reduktion von Modernität kommt bei Ratzel schon in der epistemischen Abschneidung des gesamten humanwissenschaftlichen Bereichs aus der politischen Geographie zum Ausdruck – eine Reaktion auf die Herausforderung funktionaler Differenzierung, die verblüffend der von osmanischen und arabischen Herrschern in der frühen Moderne gleicht, die zwar natur- und ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse in ihre Länder importieren wollten, ohne aber die Integrität überkommener sozialer, politischer oder religiöser Wissensbestände zu gefährden (Tibi 2001: 45f). Modernität sollte Werkzeuge zur Stabilisierung, Perfektion und Ausdehnung bestehender Ordnungen bereitstellen, keineswegs aber tradierte politische Autoritätsstrukturen in Frage stellen. Bei Ratzel hingegen ist die Ablehnung von Veränderung nicht absolut. Vielmehr ist hier ein Spannungsverhältnis erkennbar zwischen seinem geopolitischen Expansionsimperativ und einer Empirie, die die Existenz von relativ kompakten und sowie modernen und erfolgreichen Staaten wie etwa der Schweiz zur Kenntnis nehmen musste. Für diesen Fall wird es als denkbar betrachtet, dass die Priorität der räumlichen Ausdehnung hinter der Ausnutzung von als ökologischen Nischen gedachten Zwischenräumen von Großmächten zurückstehen kann, letztlich wird aber auch dies skeptisch als vorübergehender Zustand betrachtet (Ratzel 1921: 13).

Die geopolitische Fetischisierung von räumlicher Größe und Expansion stellt einen Narrativ zur Verfügung, der einen kontinuierlichen Modernisierungsprozess in Aussicht stellt – und zwar insofern, als dass sie Modernisierung nicht als potenziell katastrophale (Luhmann 1997: 616) Wandlung sozialer Strukturen darstellt, sondern vielmehr eine *Externalisierung* sozialen Wandels über dessen Essenzialisierung als intensives und extensives, aber in jedem Fall natürliches (weil organisches) *räumliches Wachstum* betreibt. Die Identifikation der Moderne mit dem „Problem des Riesigen“ in geographischer, technologischer und anderer Hinsicht – „schneller, höher, weiter hinaus“ – ist dabei kein Spezifikum der Geopolitik, sondern findet sich in verschiedensten Alltagssemantiken ebenso wie in den die Moderne problematisierenden philosophischen Ansätzen von Heidegger und Voegelin bis hin zu Popper (Baruzzi 2001: 264f). Anstelle von grundlegender normativer oder epistemologischer Kritik begegnet die politische Geographie Ratzels der Moderne mit der enthusiastischen Bejahung von Wachstum und räumlicher Größe als Selbstzweck – und in epistemischer Hinsicht mit der methodisch unkritischen Anhäufung von riesenhaften Bergen an topographischen Daten und Zahlenmaterial, welches die These von der unbedingten Notwendigkeit räumlicher Expansion politischer Einheiten zu stützen, oder besser: zu illustrieren scheint (vgl. z.B. Ratzel 1897: 400-402).

Diese Wahrnehmung des Riesenhaften als unvermeidliche Begleiterscheinung der technisierten, sich globalisierenden, modernen Welt stellte aber für die bisherigen politischen Raumbeschreibungen des 19. Jahrhunderts ein Problem dar. Dies insofern, als dass die Legitimierung politischer Machtausübung innerhalb eines bestimmten Gebiets – wohl gerade auch als Reaktion auf den aggressiven Universalismus der Französischen Revolution und des napoleonischen Imperiums – in der europäischen Frühmoderne typischerweise, an Herder erinnernd, über die Form der traditionalistischen Identifikation mittels der emotionalen Bindung an eine spezifisch nationale „Heimat“ erfolgte (Bassin 2002: 379). Neben der Problematik einer allgemeinverbindlichen gefühlsmäßigen Identifikation mit bestimmten Räumen waren es vermutlich auch die erwähnte verkehrsgeographische Erschließung weiter Gebiete, verbunden mit der Verkürzung und Verbilligung von Reisen, sowie der spätimperialistische Drang zur Begründung von Kolonien – nicht nur Siedlungskolonien im Sinne des Sozialimperialismus, sondern mehr und mehr auch die territoriale Beherrschung bereits bestehender sozialer und politischer Systeme – die es nahe legten, eine solche auf den relativen Nahraum beschränkte emotive Raumsemantik durch eine auf die normative Kraft des Faktischen vertrauende, deterministische politische Geographie zu ersetzen. Insbesondere für den Fall Deutschlands kam noch die angesichts der Existenz zahlreicher deutschsprachiger Minderheiten in Österreich und Osteuropa (wie auch in Amerika) fragwürdige Plausibilität einer ethnisch oder linguistisch begründeten nationalstaatlichen Legitimationsidee hinzu, die eine ausschließlich räumliche politische Selbstbeschreibung attraktiv gemacht haben mag (Bassin 1987: 475).

Diese – vor dem Hintergrund der später eher betonten militärisch-expansionistischen Aspekte von Ratzels Geopolitik in der Rezeption tendenziell vernachlässigte – semantische Innovation lässt auch seine Polemik gegen einen der Heimatsemantik entsprechenden „Kirchturm-, Hütten-, Gräber-, Kneipenpatriotismus [...], der nur in einer ganz engen Atmosphäre gedeiht“ sowie „unter Aufwand vielen Biers gehegt werden muß“ (Ratzel 1940: 197), verständlich werden. Sie steht nicht im Gegensatz zu den idyllisierenden Landschaftsbeschreibungen, die er *auch* anfertigte – sie wendet sich aber dagegen, politische Raumbeschreibungen aus lebensweltlichen, individuellen Situationen oder kulturell bestimmten Zusammenhängen zu konstruieren. Die den zahlreichen komplexitätssteigernden Differenzierungsprozessen unterliegenden Sozialstrukturen der frühmodernen Gesellschaften des damaligen Europas hätten an derartige hochgradig spezifische Semantiken kaum Legitimationen für politische Entscheidungen anschließen und im Falle des Versuchs wohl auch kaum die Enttäuschung von Erwartungen vermeiden können (vgl. Luhmann 1997: 874f). Die bei Herder noch

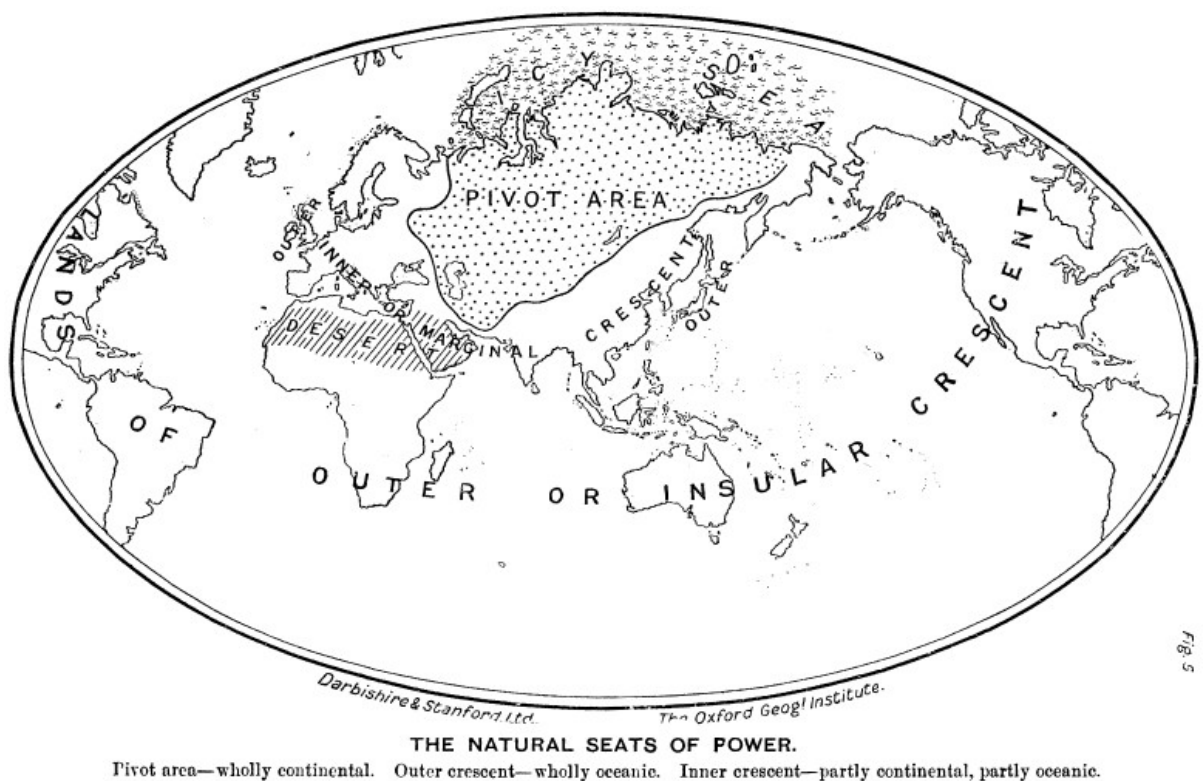
aufzufindende Vorstellung, Staatsgebiete bildeten letztlich nur die identitätsstiftenden und Entscheidungsoptionen einschränkenden Funktionen von Räumen, die in der Lebenswelt von Familien oder *Dorfgemeinschaften* eine Rolle spielen mögen, auf höherer Maßstabsebene ab, musste hier – auch ohne Überseeimperialismus – versagen.

Die kontinentale Raumsemantik Ratzels erfüllt nun im Hinblick auf die stetige räumliche Erweiterung von Handlungsoptionen, die mit der technischen und sozialen Entwicklung seiner Epoche verbunden war, durchaus jene Funktionen, die mit dem Heimatbegriff in seiner Gestalt als „politischer Mythos“ verbunden werden – nämlich „politische Legitimation, Sinn- und Orientierungsstiftung, Homogenitätsfiktion und Komplexitätsreduktion“ (Fischer 2004: 5). Sie löst die verwirrende Vielfalt von Optionen und Zwängen in der dynamischen sozialstrukturellen Evolution der frühen Moderne auf in einem homogenisierenden, alle funktionalen Kriterien überragenden Zweck der räumlichen Expansion politischer Einheiten. Darüber hinaus war die Semantik des Lebensraums, die einen politischen Eigenwert der materiellen Erschließung des Erdbodens insbesondere durch landwirtschaftliche Bebauung und der daraus entstehenden Autarkie annahm, für konservative politische Kreise um die Agrarier verwendbar, um vor allem gegen eine Senkung der Agrarzölle zu agitieren. Im Hinblick auf politisches Engagement standen die kontinentalen Geopolitiker ihren maritimen Gegenparts nicht nach (Smith 1980: 61f).

Dies traf vor allem auch auf den wohl bekanntesten Autor der kontinentalen Geopolitik zu, den Briten Halford Mackinder. Im Gegensatz zu den zahlreichen Veröffentlichungen Ratzels verdankt er seine Bekanntheit hauptsächlich nur einem Aufsatz, der auf einem Vortrag vor der Royal Geographical Society beruhte – *The Geographical Pivot of History* (Mackinder 1904). Diese Variante der kontinentalen Geopolitik wird heutzutage insbesondere in der englischsprachigen Diskussion wohl auch aufgrund ihrer originellen Begriffsprägungen als die ursprüngliche Narration eines Gegensatzes von Land- und Seemächten aufgefasst, deren intellektuelle Wurzeln noch zu erforschen seien (Venier 2004: 335). Tatsächlich zeigt sich bei dem Aufsatz inhaltlich und teils auch in einzelnen Begriffen („Weltinsel“ bzw. „world island“) in weiten Teilen die Rezeption einer späten Veröffentlichung Ratzels (Ratzel 1903; vgl. auch Ratzel 1898). In jedem Fall wird bei beiden von einer fundamentalen Veränderung des jeweiligen Gewichts von Land- und Seemacht durch die Erschließung kontinentaler Räume durch Eisenbahnen ausgemacht. Damit sei laut Mackinder möglicherweise die „Columbian epoch“ der Überlegenheit der Seemächte an ihr Ende gekommen, die über Jahrhunderte hinweg die militärische und wirtschaftliche Überlegenheit westlicher Staaten über die Landmassen Asiens gesichert habe (Mackinder 1904: 421; vgl. Ratzel 1903: 512).



Die gewaltige zentralasiatische „pivot area“ hätte aufgrund der großen zu überwindenden Distanzen nur vorübergehender Kontrolle durch nomadische Reitervölker unterstanden, wohingegen der „marginal crescent“, also die um den ‚Angelpunkt‘ herum gruppierten europäischen, nahöstlichen, indischen und ostasiatischen Randgebiete des eurasischen „world island“ Wiegen der verschiedenen staatlich organisierten Zivilisationen geworden seien. Durch die Entwicklung der Hochseefahrt sei es dann europäischen Seemächten gelungen, ihre Zivilisation in die Gebiete des Amerika, Australien und Subsahara-Afrika umfassenden „insular crescent“ zu verpflanzen und somit eine Stellung globaler Vorherrschaft zu erreichen (Mackinder 1904: 432f).



**Abbildung 8: Halford Mackinders geopolitische Weltkarte (Quelle: Mackinder 1904).**

Mit der laut Mackinder bevorstehenden Erschließung der zentralasiatischen Steppen durch transkontinentale Eisenbahnlinien und der damit einhergehenden industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung dieser Gebiete sei somit die Entstehung einer weder in kommerzieller noch militärischer Hinsicht für Seemächte erreichbaren, völlig autarken Großmacht abzusehen, die ihre immensen Ressourcen dann auch dem Flottenbau und somit der Ablösung des britischen Empire widmen könne. Insbesondere im Falle einer Allianz von Deutschland und Russland würde diese Entwicklung wahrscheinlich – „the empire of the world would then be in sight“ (ebd.: 436). Es wird deutlich, wie einfach eine in der kausalen

Narration mit Ratzels kontinentaler Raumsemantik grundsätzlich kompatible geopolitische Idee eine vollständig konträre normative Wertung erfahren kann. Die zuvor bei Ratzel als naturgegebene politische Dynamik geradezu idyllisierte kontinentale Expansion nimmt ohne substanzielle Veränderung der ursprünglichen Thesen die Form eines die Sicherheit und Freiheit der Menschheit gefährdenden Imperialismus an. Die angenommene zukünftige Bedrohung durch einen expansionistischen kontinentalen Superstaat eignete sich natürlich auch bestens, um eine verstärkte infrastrukturelle und ökonomische Integration der verstreuten Besitztümer Großbritanniens zu fordern – eine Position, die Mackinder auch in seinen politischen Aktivitäten als „Liberal Imperialist“ enthusiastisch vertrat (Ó Tuathail 1992: 105). Der Erste Weltkrieg wurde in einer späteren Publikation von ihm als Konflikt um die Kontrolle der mittlerweile als „Heartland“ bezeichneten kontinentalen Zone gedeutet, und die Entente habe mit ihrem Sieg die potenziell katastrophale Vereinigung von deren Ressourcen mit der industriellen Kapazität des deutschen Kaiserreichs verhindert (Mackinder 1996: 105f). Als Konsequenz empfahl er die stete Beachtung seiner später von zahlreichen Geopolitikern imitierten und abgewandelten Regel:

*„Who rules East Europe commands the Heartland:*

*Who rules the Heartland commands the World-Island:*

*Who rules the World-Island commands the World.“* (Mackinder 1996: 106).

Während und nach dem Ersten Weltkrieg entfaltete die kontinentale Geopolitik ihre bis heute wohl größte Wirkung. Eine unübersehbare Vielzahl von Autoren veröffentlichte eine Vielzahl von entsprechend ausgerichteten Werken, die größtenteils im Stile Ratzels oder Mackinders um die Kontrolle von Räumen im Zuge von Expansions-, Selbstbehauptungs- und Autarkiebestrebungen der verschiedensten Staaten kreisten und entsprechende strategische Imperative formulierten. Selbst marxistische Autoren versuchten sich an Adaptionen geodeterministischer Theoreme an ihren historischen Materialismus (Sprengel 1995: 16), und vor allem in Deutschland wurde sie in der Zeit der Weimarer Republik insbesondere im Lager der politischen Rechten zu einer allgemein als gültig empfundenen politiktheoretischen und außenpolitischen Doktrin.

Zentral waren hier die als Verstümmelung empfundenen Gebietsveränderungen durch den Vertrag von Versailles – hier wurde häufig die Forderung nach einer Ausstattung Deutschlands mit territorialen Räumen im Einklang mit dessen behaupteter besonderer Fähigkeit, diese produktiv zu nutzen, gefordert (Paterson 1987: 111f). Das Lebensraum-Konzept mit seiner von ethnischen Zugehörigkeiten abstrahierenden Betonung von

infrastruktureller und agrarischer Erschließung als Besitzkriterium politischer Räume erschien sicherlich als besonders geeignet, durch „Zurückweisung völkischer Zuordnungen zugunsten wirtschaftlicher und kultureller Argumente“ insbesondere die Abgabe von Gebieten an Polen als etwas Unnatürliches erscheinen zu lassen (Jureit 2012: 186). Geopolitik war ein weiten Teilen eine Ideologie zur Revision dieser Gebietsverluste. Anstelle der geographischen Umdeutung einer Modernisierungskrise, wie noch bei Ratzel erkennbar, ging es in der Geopolitik der Weimarer Republik unter Verwendung der gleichen, den Wert agrarischer Lebensform betonenden Raumsemantiken vor allem aber auch um eine materialistische und nationalistische Konkurrenztheorie unbedingter, durch natürliche Faktoren geradezu erzwungener nationaler Einheit gegen die transnationalen Klassenkampffideologien der Linken (Fahlbusch et al 1989: 357).

Von der Vielzahl der in dieser Hinsicht aktiven Autoren ist heute eigentlich nur noch Karl Haushofer bekannt – dies aber weniger aufgrund des besonderen Interesses an seinen Texten, sondern aufgrund seiner sich durch seine Bekanntschaft zu Rudolf Heß ergebenden marginalen Rolle für die Legitimation der frühen nationalsozialistischen Außenpolitik (Sprengel 1996: 23). In argumentativer Hinsicht waren dessen Arbeiten eine wenig innovative Modifikation der Argumente Mackinders und Ratzels mit klaren propagandistischen Komponenten, zu denen insbesondere – und zwar vor dem mit diesen Überlegungen bekannteren Carl Schmitt (1995) – die Forderung nach der Neuorganisation der bestehenden Staatenwelt in ressourcenmäßig autarke Großräume – „Mindestmaße, jenseits derer kein eigenständiges weltpolitisches Leben mehr berechtigt ist“ (Haushofer 1934: 115). Vor dem Hintergrund der Erfahrung von Hungersnöten in und nach dem Ersten Weltkrieg waren solche Forderungen sicherlich in der Weimarer Republik anschlussfähig – klar musste aber auch jedem Betrachter sein, dass derartig weitgehende Autarkieforderungen nicht ohne erneute bewaffnete Konflikte erfüllt werden könnten. Sie entsprach auch der homogenistischen, anti-maritimen, anti-liberalen und expansionistischen Raumsemantik Ratzels.

Im Zweiten Weltkrieg erfuhr Haushofer dann – zwar peripherer Würdenträger des NS-Staates, aber als Nicht-Parteimitglied politisch stets relativ einflusslos (Diner 1984: 25) – für ihn selbst überraschend eine mediale Aufwertung in amerikanischen Zeitungsberichten und Informationsfilmen, die ihn als Leiter eines „Geopolitical Institute“ in München zeigten, von welchem aus der Vormarsch der deutschen Wehrmacht aus geplant und mit geographischen Informationen versorgt würde. In fast verschwörungstheoretischer Manier wird gezeigt, wie Haushofer und seine Mitarbeiter über unzählige klandestine Mechanismen Informationen sammelten und Einfluss auf höchste Entscheidungsträger ausübten. Der Einfluss dieser

Mythen war so groß, dass das amerikanische Kriegsministerium seinerseits eine „Geopolitical Section“ im Militärnachrichtendienst einrichtete (Ó Tuathail 1996: 117-133). Seither haftet der Geopolitik die Aura einer geheimnisvollen und sinistren Geheimwissenschaft an – obwohl ein derartiges Institut in Deutschland überhaupt nicht existierte und sich Haushofer laut Zeugenaussagen an der Universität München sogar sein Büro mit einem Kollegen teilen musste (Paterson 1987: 107). Seine Ratschläge wurden meist ignoriert – man könnte die Überbewertung der Geopolitik auch als Versuch kontemporärer Beobachter werten, die unverständliche Hysterie der NS-Führung auf irgendeine zugrundeliegende rationale Basis zurückzuführen (Ó Tuathail 1996: 138).



**Abbildung 9: Großraumkonzepte der Zwischenkriegszeit (Quelle: Haushofer 1934)**

Die Frage, ob von der kontinentalen Geopolitik Ratzels ein direkter Weg hin zur genozidalen und totalitären NS-Ideologie führt, wäre allerdings durchaus ernstzunehmen. Verbreitet ist allgemein das Urteil, dass sie zumindest in Teilen erhebliche Parallelen aufweisen, was etwa das Ziel der territorialen Expansion sowie die Polemik sowohl gegen urbane Lebensformen als auch gegen transnationale Abhängigkeiten jeder Art anbetrifft. In dieser Hinsicht sei die deutsche Geopolitik zumindest ein geistiger Wegbereiter gewesen (Fahlbusch et al 1989: 355f). In der systemtheoretischen Beobachtung erscheinen beide zudem letztlich als Entdifferenzierungssemantiken, die eine prinzipiell polyzentrisch vorzustellende moderne Gesellschaft um jeden Preis auf eine einzige, dominante Logik festlegen wollen (vgl. Kleinschmidt 2008: 91), und beide bedienen sich dabei in hohem Maße organizistischer Staatsmetaphern (vgl. Zehnpfennig 2010: 171). Andererseits fehlt den geopolitischen Texten der chiliastische Vernichtungsenthusiasmus wie auch – mit manchen Ausnahmen aus der NS-

Zeit – jegliche Bezugnahme auf rassistische Kriterien, die Ratzel etwa ausdrücklich abgelehnt hatte (Ratzel 1940: 226).<sup>128</sup>

Der Begriff des „Lebensraums“, ursprünglich ebenfalls von Ratzel geprägt, zählte in der Weimarer Republik zum allgemeinen, parteiübergreifend verwendeten Vokabular, zudem scheint die nationalsozialistische Version des Begriffs mit geopolitischen Thesen recht wenig Gemeinsamkeiten aufzuweisen (Lange 1965: 432f). Dies gilt auch in raumtheoretischer Hinsicht: Werden Haushofers (1934: 115) Großraumvorstellung prinzipiell aus der Notwendigkeit der autarken Versorgung mit Rohstoffen, also aus einer determinierenden Naturraumvorstellung her begründet, so trat in den nationalsozialistischen Äußerungen zum Thema sehr viel mehr die voluntaristische Herstellung überlegener Räume durch eine vermeintlich überlegene Rasse in den Vordergrund (Bassin 2005: 228f). An die Stelle der eigentlich konservativen Vorstellung eines rationalen Befolgens externer, naturgegebener Zwänge tritt die heroisierende Erschaffung politischer Räume – „Geopolitik stand nach 1933 eher unter dem Verdacht, gerade durch ihre Betonung des Raumgedankens dem rassenbiologischen Paradigma nicht die notwendige Bedeutung zuzumessen“; die Interessen des Regimes verbanden sich daher auch im Kontext der genozidalen Ostpolitik stärker mit einer entsprechenden Raumplanung und Siedlungspolitik (Jureit 2012: 313). Eine solche lässt sich aber aus den Vorstellungen Ratzels kaum ableiten.

Der durch die NS-Assoziation eines ihrer führenden Köpfe verursachte Imageschaden hatte für die kontinentale Geopolitik jedenfalls die Konsequenz, dass ihre Raumsemantik schließlich fast nur noch in der auf Mackinder zurückgehenden Form einer Warnung vor autoritären, expansionistischen Großstaaten anschlussfähig war. Dazu dürfte auch noch weiter beigetragen haben, dass in der Zeit des Kalten Krieges geopolitische Theorien gelegentlich zur Legitimationsstrategie insbesondere lateinamerikanischer Militärregime avancierte – hier ging es, ähnlich wie bei Ratzel, wieder eher um die Betonung einer organisistischen Harmonie zwischen den verschiedenen Interessengruppen innerhalb von Ungleichheit und krisenhaften Modernisierungsprozessen geprägten politischen Systemen. Aber auch der nun als antikommunistisch instrumentalisierbare Narrativ der Heartland-Theorie wurde entsprechend eingesetzt (Pinochet 1984: 70f). Die lateinamerikanische Tradition geopolitischer Texte ist allerdings seit dem frühen 20. Jahrhundert nachzuweisen – insbesondere die Rezeption Ratzels ist hier als Reflex auf die Rolle schwacher Institutionen in

---

<sup>128</sup> Hitler selbst demonstrierte in seiner Hetzschrift *Mein Kampf* an einer Stelle, dass er „Geopolitik“ offensichtlich zwar als Schlagwort wahrgenommen, aber die Bedeutung des Begriffs überhaupt nicht verstanden hatte – er spricht über die „geopolitische Bedeutung“ zentraler, symbolischer Orte für die Organisation seiner Partei (Hitler 1933: 381), was zwar eine undefiniert räumliche Verortung politischer Macht darstellt, aber mit den geodeterministischen Thesen Ratzels, Haushofers usw. nichts zu tun hat.

oft weitgehend unbesiedelten Staatsgebieten zu betrachten. Die Propagierung einer organischen Inwertsetzung dieser Territorien durch die allmähliche infrastrukturelle Erschließung erscheint etwa in der brasilianischen Literatur als analog zur Vorstellung eines „Manifest Destiny“ in dem USA des 19. Jahrhunderts (Hepple 2004: 360). Ähnliche identitätsbildende Semantiken lassen sich in zahlreichen weiteren südamerikanischen Debatten nachweisen (Dodds 1993) – ebenso wie übrigens im Polen der Zwischenkriegszeit, in der der Zugang zum Meer als Bedingung der Möglichkeit moderner Staatlichkeit betrachtet wurde, was dann wieder eher an maritime Semantiken erinnert (Troebst 2002: 436).

Ansonsten wurde von den geopolitischen Autoren hauptsächlich Mackinder erinnert, der insbesondere im Kalten Krieg eine plausibel erscheinende Semantik der Abwehr von Expansionsbestrebungen kontinentaler Großreiche liefern konnte (Ó Tuathail 1992: 116). Ironisch erscheint daran vor allem, dass durch derartige Semantiken die sozialstrukturellen und ökonomischen Probleme der Sowjetunion eher verdeckt wurden und somit den letztendlichen Zusammenbruch der Sowjetunion als Musterbeispiel einer sozialistischen, funktionale Differenzierung durch undifferenzierten Gebrauch von staatlichem Zwang einblendenden „Organisationsgesellschaft“ (Pollack 1990: 294) in manchen Fällen externen Beobachtern als überraschender erscheinen ließen als den Bewohnern des Landes selber (Cox 2009: 167f). Die immensen Ressourcen, die Mackinder in Zentralasien vermutete, reichten jedenfalls nicht aus, um durch Weltkomplexität überforderte Sozialstrukturen erhalten zu können. Geradezu paradox, im Hinblick auf die hier angenommenen Funktionen geodeterministischer Semantiken allerdings nicht verwunderlich, erscheint der Erfolg explizit an Mackinder anlehnender geopolitischer Texte im postsowjetischen Russland, die aus der vermuteten Machtposition des „Heartland“ heraus einen nationalen Wiederaufstieg und einen Konflikt als Landmacht mit der Seemacht USA prophezeien (Shlapentokh 2008: 253).

Ansonsten hat sich die Geopolitik als eigenständige Denkschule in der akademischen Welt fast nur noch in den Militärwissenschaften sowie in vom wissenschaftlichen *mainstream* recht isolierten Zirkeln außerhalb der renommierten universitären Forschung halten können (vgl. van der Wusten 1993: 237f) – was in gewisser Weise auch eine Rückkehr zu ihren Anfängen darstellt. In den Strategischen Studien werden etwa Mackinders Konzepte einer naturbestimmten Verortung politischer Macht zur Beschreibung der Rolle geostationärer Erdumlaufbahnen in der Weltraumpolitik und -rüstung verwendet und mit einer entsprechenden Neuformulierung strategischer Imperative versehen (Dolman 1999: 90-93). Dies zeigt zumindest, dass je nach Herangehensweise auch der Weltraum in eine entweder

maritime (vgl. Kap. 3.2.2) oder eben eine kontinentale Raumsemantik gefasst werden kann – abhängig eben davon, ob eher die kommerzielle Nutzung oder die dauerhafte politische Kontrolle über chorisch beschriebene Räume im Mittelpunkt steht.

Ansonsten halten sich vom Geodeterminismus hauptsächlich einzelne Konzepte wie etwa das der natürlichen Grenzen – dieses tauchte unlängst im Zuge entwicklungspolitischer Debatten wieder auf und wurde in der politischen Geographie scharf kritisiert (Fall 2010: 140). Eine Modifikation von Ratzels Konzept der geographischen „Differenzierung“ wurde von Stein Rokkan (2000: 414) in die Modernisierungs- und Staatenbildungstheorie eingeführt – Rokkan unterscheidet aber zwischen physisch-räumlichen und sozialen Grenzen und gibt dabei im Zweifelsfall letzteren den kausalen Vorrang (ebd.: 135). In ökologischen Debatten sind populärwissenschaftliche Konzepte wie die von Jared Diamond erfolgreich, die gelegentlich an geodeterministische und klimatheoretische Konzepte anknüpfen, diese aber nicht im hier vertretenen Sinn als politische Raumsemantik fassen.

Die Ideengeschichte des Geodeterminismus ist also mit einem relativ abrupten Ende ihrer akademischen Karriere gekennzeichnet. Nur noch gelegentlich wird die Politische Geographie insgesamt unter den Begriff Geopolitik gefasst, die vor allem von französischen und russischen Geographen häufig noch unter dieser Bezeichnung betrieben wird, dann aber inhaltlich nichts oder sehr wenig mit Ratzel oder Mackinder zu tun hat und insbesondere nur noch selten an geodeterministische Thesen anknüpft (vgl. Gritsai/Kolossov 1993: 260-264). Dies hat sie mit zahlreichen anderen, nicht mehr die ursprüngliche Bedeutung zugrundelegenden Verwendungen des Wortes ‚Geopolitik‘ gemein – lediglich in der deutschsprachigen Wissenschaft und Politik ist eine ausgeprägte Scheu im Bezug auf dessen Verwendung zu beobachten, und zwar selbst dann, wenn tatsächlich gelegentlich auf geopolitisch anmutende Argumentationsmuster zurückgegriffen wird (Behnke 2012: 103).<sup>129</sup>

Die Zeitschrift für Geopolitik als „Zentralorgan“ der deutschsprachigen Geopolitik stellte 1968 ihr Erscheinen ein (Menzel 2001: 61); in einer Fachzeitschrift der deutschsprachigen Geographie wurde zum vermutlich bisher letzten Mal in einem Sonderband zur Politischen Geographie im Jahr 1993 eine denkbare *akademische* „Renaissance geopolitischen Denkens“

---

<sup>129</sup> Diese Scheu entfällt zum einen bei rechtsextremen Autoren, wo die Rede von der Geopolitik teils als Tabubruch inszeniert, teils im Anschluss an Haushofer zur Legitimation nationalistischer Forderungen genutzt wird (vgl. Virchow 2006: 100-107). Die hochgradige Randständigkeit geopolitischen Denkens dürfte dadurch noch befördert worden sein. Desweiteren wird der Begriff gelegentlich zur Unterstellung strategischer ökonomischer Interessen im Bezug auf die Sicherung von Rohstoffvorkommen als ‚eigentlicher‘ Grundlage außenpolitischer Entscheidungen genutzt – typisch etwa jüngst zum Konflikt in Syrien: „Mehrere, seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel“ (Kraus 2012). Im Sinne klassischer geopolitischer Texte wären solche Motivlagen sicher plausibel – die Betrachtung der physischen Geographie wird aber in solchen medialen Stereotypisierungen gerne durch den bloßen Hinweis auf „Geopolitik“ ersetzt, die somit wieder in die Nähe eines obskuren Geheimwissens gerückt wird.

diskutiert und abgelehnt (Sandner 1993: 249f) oder zumindest die ethische Aufladung einer potenziellen neuen Geopolitik gefordert (Oßenbrügge 1993: 255), die sich letztlich in der Kritischen Geopolitik (Kap. 3.4) durchsetzen sollte. Eine manchmal seltsam unkritisch anmutende Übernahme von Begriff und Konzepten findet sich in geradezu paradox erscheinender Weise nur noch in den literaturwissenschaftlichen Beiträgen zum *spatial turn* (vor allem Schlögel 2007; vgl. Lippuner/Lossau 2010: 112f; vgl. Kap. 1.2).

In der Politikwissenschaft hat sich zwar die Bezeichnung in vielen Varianten gehalten, meist allerdings als Bezeichnung für fragwürdige Praxen „der Kontrolle von Räumen“ im Kontext kritischer Theoriebildung (ten Brink 2008: 257). Die klassische Geopolitik hingegen ist aus den Theorien und Begriffen des Fachs heute weitgehend verschwunden. In der deutschsprachigen Politikwissenschaft war ihr wohl letzter bekannter Vertreter Adolf Grabowsky, der zu den nationalistisch-konservativen Geopolitikern gehört hatte und ein erbitterter Gegner der Demokratie der Weimarer Republik war, dann aber wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung aus Deutschland in die Schweiz fliehen musste und nach Kriegsende noch im Vorstand der Vorläuferorganisation der heutigen Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft tätig war. Seine geopolitischen Arbeiten stießen aber nicht mehr auf größeres Interesse. Vermutlich wurde er vor allem wegen seiner Reputation als Herausgeber der *Zeitschrift für Politik* als erster ausschließlich politikwissenschaftlicher Fachzeitschrift in Deutschland geschätzt (Bleek 2001: 272; Klein 2001: 52).

Obwohl die klassische Geopolitik durchaus in ihren Thesensätzen deutliche Parallelen zu späteren Theorien der Internationalen Beziehungen aufweisen kann – insbesondere im Rahmen der realistischen und neorealistischen Theorietradition (Albert et al 2003: 506),<sup>130</sup> als deren Ableger sie trotz sehr unterschiedlicher ideengeschichtlicher Hintergründe gelegentlich betrachtet wird (Guzzini 2012: 28f) – sehen diese ihre intellektuellen Wurzeln heute vor allem in den pazifistisch motivierten Forschungen zu Diplomatie und internationaler Organisation in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg (vgl. Kleinschmidt 1998: 335f). Die klassische Geopolitik taucht in der Disziplingeschichte der Politikwissenschaft und *insbesondere* der Internationalen Beziehungen typischerweise nicht mehr als Vorläufer, sondern allenfalls als

---

<sup>130</sup> In einem frühen Klassiker der Internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit ist eine typisch paradoxe Beschreibung der Beziehung des Fachs zur Geopolitik enthalten: Während diese einerseits als „pseudoscience“ bezeichnet und ihre monokausale Ableitung der globalen Machtverhältnisse aus der physischen Topographie kritisiert wird (Morgenthau 1993: 174f), sind in einem Kapitel über verschiedene Faktoren staatlicher Macht Aussagen über physische Topographie als dem „most stable factor“ eben jener Macht enthalten, die ebenso aus einem Lehrbuch der Geopolitik aus der Zwischenkriegszeit stammen könnten (ebd.: 124-135). Diese Vorgehensweise ist durchaus typisch für das graduelle Verschwinden der Geopolitik aus theoretischen Arbeiten der Politikwissenschaft: Zunächst wird die physische Topographie noch unter explizitem Bezug auf die klassische Geopolitik als ein Kausalfaktor unter mehreren erwähnt, die eigentliche Theoriebildung erfolgt aber ohne ihre Hinzuziehung. Erst die Arbeiten der nächsten Generation von Theoretikern lassen dann – meist – jegliche Bezüge entfallen.



randständige Fehlentwicklung auf, die einem Grundlagenwerk der Internationalen Beziehungen zufolge „als das bürgerliche Gegenstück zum Vulgärmarxismus betrachtet werden kann“ (Menzel 2001: 59).

Dieser Vergleich ist sicherlich bezüglich mancher Autoren, insbesondere der deutschsprachigen Geopolitiker der Zwischenkriegszeit, nicht unangebracht. Er erkennt allerdings, dass insbesondere die englischsprachigen Autoren wie Mackinder oder Spykman oft angesehene Vertreter ihrer jeweiligen Fächer waren – Disziplinen, die ohnehin zu ihrer Zeit noch keineswegs über allgemein akzeptierte wissenschaftstheoretische Standards oder auch nur über ausformulierte Forschungsprogramme verfügten, an denen sie sich hätten orientieren können (vgl. Bleek 2001: 226; Harvey 2009: 127). Eben diese Autoren verfolgten auch, was in der heutigen Assoziation der Geopolitik mit autoritären Politikstilen gelegentlich untergeht, durchaus ernstgenommene Absichten zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung einer liberalen Weltordnung nach beiden Weltkriegen (z. B. Mackinder 1943). Die vorübergehend nahezu konkurrenzlose Durchsetzung dieses liberalen Politikmodells in der Ära nach dem Kalten Krieg war aber bis vor relativ kurzer Zeit in der politischen Rhetorik wie auch in der akademischen Politikwissenschaft Gegenstand einer entgegengesetzten, ebenso wie in ihrer Zeit die klassische Geopolitik zeitweise nahezu hegemonialen Semantik politischer Räumlichkeit.

### **3.3 Deterritorialisierung und Atopizität**

Dabei handelt es sich um eine Raumsemantik, die insofern konträr zu den verschiedenen Geopolitiken verfährt, als dass sie von einer im Zuge der Modernisierung von Gesellschaften von einer zunehmenden Irrelevanz staatlicher Grenzen oder politischer Räumlichkeit überhaupt ausgeht und dieses Verschwinden als zentrales Merkmal der kontemporären politischen Strukturbildung beschreibt. Auch diese Raumsemantik der Deterritorialisierung ist nicht ganz ohne begriffliche Vorläufer – so könnte man einige der fortschritts- oder vielmehr technioptimistischen Szenarien aus der Literatur des 19. Jahrhunderts, die etwa „im Weltpostverein eine administrative Einrichtung eines künftigen Weltstaates“ sehen wollten (Werber 2007: 173), sicherlich relativ problemlos in eine Traditionslinie mit modernen Globalisierungstheoretikern stellen. Auch Herder, für seine Zeit noch von der Gültigkeit geodeterministischer Prämissen überzeugt, sah als „Endziel der Geschichte“ deren Bedeutungslosigkeit und die Heraufkunft einer „universalen Humanität“ (Schultz 2010: 48). Was diese Denkschule in raumtheoretischer Hinsicht mit geopolitischen Semantiken durchaus

gemein hat, ist ihr materielles Raumkonzept. Dieses wird allerdings anstelle des naturräumlichen Determinismus durch einen technikzentrierten Voluntarismus abgelöst:

„Die Erwartung, aus den neuen technischen Kommunikationsverhältnissen gehe mit der Zeit geradezu *zwangsläufig* eine neue soziale Ordnung hervor, ist typisch. Vor dem Zweiten Weltkrieg erwarteten Autoren wie Brecht und Benjamin von den neuen Medien des Radios und Kinos entscheidende Impulse zum Aufbau einer anderen Gesellschaft, und mit dieser anderen Gesellschaft war selbstverständlich nicht jene autoritäre Volksgemeinschaft gemeint, deren Errichtung gerade auch von den ‚totalen‘ Möglichkeiten des Funks und des Films ermöglicht worden ist. [...] Heute soll das Internet ein Atopia gebären, das im Zeitalter der Geopolitik nie eine Chance hatte.“ (Werber 2007: 208f).

Im Hinblick auf oben beschriebenen räumlichen Formen (Kap. 2.2) teilen derartige Raumbeschreibungen die Präferenz für den Raum als unentrinnbare materielle Aktualität, schreiben diese aber sozialen Systemen als Handlung in Form von Technik selbst zu. Insofern stehen sie mehr, als man angesichts der doch drastisch andersartigen Präsentation der entsprechenden Texte erwarten möchte, in der Tradition der Vergrößerung gesellschaftlicher und politischer Räume (vgl. Schroer 2008: 129) – wenn auch diese Erweiterung nun nicht mehr wie bei Ratzel als Naturgesetz gefasst wird, sondern als dramatische Erweiterung menschlichen Handlungsspielraums. Ähnlich anmutende Thesen finden sich, wie bereits erwähnt, auch in der Gesellschaftstheorie Luhmanns (1984: 526). Andererseits wurde gerade an der politischen Soziologie Luhmanns die weitgehende Konzentration auf den Staat als zentraler Selbstbeschreibung des politischen Systems – und als segmentäre Binnendifferenzierung des politischen Systems raumtheoretisch damit impliziert: das staatliche Territorium (vgl. Luhmann 2000: 244) – problematisiert:

„Even though Modern Systems Theory clearly ascribes a primacy to territoriality as the main form of differentiation *within* the political system, it remains rather silent as to the relations which territoriality bears to the concept of ‚space‘. This comes as no surprise given that territorial boundaries circumscribing states may be represented spatially, yet are conceived primarily in their function as enablers and interruptors of communication, or, more precisely: as part of the forms through which the political system observes itself.“ (Albert 2004: 22f)

Diese Anfrage an den systemtheoretischen Raumbegriff ist angesichts der Tatsache, dass auch zahlreiche mit Territorialitätskonzepten kaum vereinbare, aber dennoch räumlich codierte Selbstbeschreibungen des politischen Systems zu beobachten sind (vgl. Kap. 2.2), sicherlich

berechtigt. Bei Luhmann (2000: 244) findet sich zu diesem Thema die Aussage, dass Territorialität in Form von Staatsgrenzen eben einen Sonderfall interner, segmentärer Systemdifferenzierung zur Anpassung an „die Besonderheiten sehr verschiedener Territorien“ darstelle – das Staatsgebiet sei letztlich Ausdruck der Organisationsgebundenheit von Politik. In diesem Sinne wäre die Form des Staatsgebiets ein „Programmraum“ im Sinne von Klüter (2002: 146), der Organisationen die notwendige „adressatenspezifische Exaktheit“ bei der Kommunikation ihrer Verhaltenszumutungen an ihr jeweiliges Publikum ermögliche.

Dieser Sicht auf politische Räumlichkeit sind aber zwei Probleme inhärent: *Erstens* ist Luhmanns Aussage, dass Staaten Territorialität ausbildeten, um auf die Spezifika „verschiedener Territorien“ zu reagieren, tautologisch. Offensichtlich werden hier zwei verschiedenartige Raumbegriffe impliziert: Einerseits eine Art materielle, realräumliche Form der Umwelt des politischen Systems, in der verschiedene sozialstrukturelle Gegebenheiten beobachtet werden können, und andererseits eine virtuelle Territorialität, die zur Bearbeitung dieser Gegebenheiten in Form segmentärer Differenzierung durch das politische System in diese Umgebung projiziert werden. Die Annahme einer gesellschaftsexternen Räumlichkeit begibt sich allerdings auf die Ebene einer Beobachtung erster Ordnung, sie ist – wie oben gezeigt (Kap. 2.1.3) – unter der Annahme operativer Schließung sozialer Systeme eigentlich nicht statthaft. Die Kritik von Schroer (2006: 159), Luhmann denke inkonsequenterweise „beim Thema Raum an erdräumliche Differenzierungen“, erscheint so als sehr berechtigt. *Zweitens* wäre auch bei einer Lösung dieses Problems noch nicht klar, warum gerade im politischen System diese organisationsbasierte Binnendifferenzierung in Form von Territorialität derartig prominent auftritt, Klüter (2002: 149f) nimmt jedenfalls keine spezifische Relevanz der „Programmräume“ für das politische System in Form von Territorialität an, sondern sieht sie als in zahlreichen verschiedenen Systemen gegebene Form der Adressierung des Publikums von Organisationen.

Die Verdichtung problemspezifischer Kommunikationen ist keineswegs ein Privileg der Politik, sondern in nahezu allen Funktionssystemen der modernen Gesellschaft zu beobachten. Betrachtet man mit Nassehi (2002: 56f) „Kollektivität als politische Problemformel“, so besteht trotzdem noch keine Notwendigkeit, diese zur Adressierung von Machtkommunikation grundsätzlich in Form von Staatsgebieten anzusprechen (vgl. ebd.: 57). Man könnte zwar im Bezug auf die Rückbindung des systemspezifischen Mediums Macht an eine latente, invisibilisierte Gewaltdrohung davon ausgehen, dass diese eben am effektivsten mittels eines territorial formulierten Gewaltmonopols und in Form von einem „flächendeckend arbeitenden Polizeiapparat“ erfolge (Junge 1995: 230). Dem wäre

entgegenzuhalten, dass einerseits *gerade* die räumliche Beschreibung der Arbeit von Sicherheitsbehörden keineswegs auf chorologische Semantiken beschränkt sein muss – man könnte sie auch sehr plausibel rhizomatisch „as an instance of the type of decentralized, capillary power“ fassen (Herbert 1996: 49). Entscheidend ist hier weniger die Frage einer objektiven räumlichen Realität, sondern eher, ob das Gewaltmonopol als chronifizierte, dauerhafte Erwartbarkeit beschrieben werden soll oder aber als Kette von Ereignissen im Bezug auf seine fallweise Durchsetzung (vgl. Kap. 2.2.5).

Insofern erscheint es als denkbar, die territorialen Beschreibungsformeln der Politik als „Übergangssemantik“ (Luhmann 1993a: 83) zu charakterisieren – als eine vorübergehende Bewahrung identitärer, eigentlich älteren Differenzierungsformen angemessener Ideen (vgl. auch Luhmann 1997: 809). Insofern erscheint es für diese Arbeit als besonders interessant, dass Luhmanns Theorie – wie bereits erwähnt – bisweilen als Kronzeugin von Deterritorialisierungsprozessen betrachtet wurde. Maßgeblich ist in dieser Hinsicht das Buch „Atopia“ des Luhmann-Schülers Helmut Willke. Willke betrachtet die Theorie der funktionalen Differenzierung als eine „Utopie der Ortlosigkeit“ bzw. genauer als „Utopie der Irrelevanz divergierender Örtlichkeit“ (Willke 2001: 35), da die vorbezeichneten Leitunterscheidungen der Funktionssysteme keinen Unterschied zwischen territorialen Grenzen oder auch nur unterschiedlichen Punkten an der Erdoberfläche machten. Als Vorbedingung der Verwirklichung dieser Utopie betrachtet Willke die globale Echtzeitkommunikation durch Internet und Satellitentelefone, die national- bzw. territorialstaatlich umgrenzte Regelsysteme aufbreche. Eine fortgesetzte Relevanz derart räumlich begrenzter Ordnungen für wirtschaftliche Transaktionen sei nur für eben auch auf diese räumliche Ebene beschränkte Märkte zu erwarten (ebd.: 37). Auch für autoritäre politische Systeme mit ihrer Betonung territorialer Herrschaftsstrukturen – als Beispiel nennt er die Volksrepublik China (ebd.: 38)<sup>131</sup> – erwartet er eine alternativlose Öffnung für globale Transaktionen.

Damit verknüpft sieht er auch das Ende des bisherigen und von ihm so bezeichneten Primats der Politik (ebd.: 51), das sich durch die souveräne Entscheidungsfähigkeit über den Geltungsbereich funktionaler Systemlogiken ausgezeichnet habe – etwa in der Ausklammerung bestimmter Einkommensgruppen aus einigen Formen ökonomischer Logik durch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen. Für diese erwartet er dementsprechend auch einen Umbau nach Maßgabe ökonomischer Risikokalkulationen und somit auch z.B. das Ende der

---

<sup>131</sup> Gerade bei diesem Beispiel könnte eingewendet werden, dass territoriale Strukturen hier vor allem aufgrund des *houkou*-Systems für die Ausübung politischer Macht *weniger* relevant seien als in liberal-demokratischen Regimen (vgl. Kap. 4.4).

Zwangsversicherungen. In diesem Sinne unterscheidet sich die deterritorialisierende Raumsemantik bei Willke in einigen zentralen Punkten von der Gesellschaftstheorie Luhmanns, die das Primat funktionaler Differenzierung auch im Zeitalter der Nationalstaaten als bereits prinzipiell gegeben ansah. Hier wurde Territorialität lediglich als segmentäre Binnendifferenzierung im politischen und rechtlichen Funktionssystem angesehen, ohne dass Abstriche von der weltgesellschaftlichen Globalität zu machen gewesen wären. Politische Globalität im Sinne Luhmanns bestand darin, dass eben weltweit eine konkrete Form der politischen Binnendifferenzierung durchgesetzt war, auch wenn diese Form vielleicht nicht zufriedenstellend begründet wurde. Territorialstaatliche Strukturen in der Politik bedeuten bei Luhmann keineswegs ein ‚Globalisierungsdefizit‘, sondern lediglich eine mögliche Unterscheidungsformel für die Zuschreibung machtbasierter Kommunikation. Bei Willke hingegen nimmt das von ihm prophezeite Atopia – gewissermaßen als Telos funktionaler Differenzierung – gelegentlich die Züge einer idealisierten Welt vollständiger Wahlfreiheit an:

„Warum sollte eine Person nicht die Freiheit haben, sich ganz unterschiedlichen Kollektiven zuzuordnen, je nachdem, ob es um Politik, Kultur, Erziehung, Sport, Gesundheit, Wissenschaft, Religion, Familie, Freizeit oder anderes geht? Warum kann ich mich als deutscher Staatsbürger nicht dem amerikanischen Gesundheitssystem angliedern, dem britischen Erziehungssystem, der Kultur Tibets und dem Sportsystem Brasiliens?“ (ebd.: 53)

Durchaus im Stil der Globalisierungseuphorie der 90er Jahre wird hier die sich globalisierende Logik der Funktionssysteme als Befreiung vom stahlharten Gehäuse der Souveränität gefeiert, ohne zu beachten, dass sich nach den Grundlagen der eigenen Theoriebildung – eben dem gesamtgesellschaftlichen Primat funktionaler Differenzierung – dieses stahlharte Gehäuse von vornherein als eine funktionssystemspezifische, nämlich politische, Semantik darstellt. Die Problematik dieser Bedeutungsverschiebung wird dadurch klar, dass bereits in der vermeintlich noch territorialstaatlich ‚intakten‘ Welt der 70er oder 80er Jahre die meisten der von Willke als durch Territorialität zwangsweise ausgeschlossen betrachteten Handlungsoptionen auch für einen deutschen Staatsbürger durchaus erreichbar waren (vgl. Luhmann 2005d: 66) – unter Voraussetzung entsprechender Zahlungs-, Lern- und Rechtsfähigkeit, die aber auch im Rahmen von Willkes Globalsystemen hilfreich für die Inklusion in jegliche soziale Zusammenhänge sein dürften.

Die Behauptung, dass mit der Satellitentelefonie und Hochgeschwindigkeitsinternet nun „zum ersten Mal in der Geschichte“ (Willke 2001: 70) die Möglichkeit zum weltweiten

Datenaustausch gegeben sei, ignoriert die einfache Tatsache bereits vorher bestehender derartiger Möglichkeiten wie des Telefax oder auch schon der Telegraphie – ohne deren vergleichsweise drastische Limitation leugnen zu wollen. Es scheint sich um die Wiederholung von bereits im 19. Jahrhundert durch neuartige Technologien inspirierten Raumsemantiken zu handeln: „Die Eisenbahn habe den Raum vernichtet, heißt es bereits bei Heinrich Heine“, die Ernüchterung folgte recht bald (Werber 2007: 211). Auch für die gegenwärtigen Kommunikationsinfrastrukturen gilt, dass sie eng mit den ihre Sicherheit und häufig auch ihre Anschubfinanzierung garantierenden staatlichen Organisationen verflochten sind, die Kontrolle über ihre Verfügung ist territorialen Zurechnungen keineswegs entzogen (Hugill 1999: 231-233; vgl. Kap. 3.2.3). Und die staatliche Überwachung virtueller, internetbasierter Kommunikation erlaubt möglicherweise sogar eine effektivere Umsetzung panoptischer Kontrollmechanismen als die auf materielle Strukturen und schriftliche Kommunikation gegründete klassische Territorialität (Wunderlich 1999: 351).

Dies scheint typisch für die paradoxe Vorgehensweise der Deterritorialisierungsnarrative: um eine bereits gegenwärtige, sich gegenwärtig ankündigende oder gar bereits vollzogene Atopie plausibel beschreiben zu können, wird die territoriale Strukturierung oder anderweitig beschriebene räumliche Beschränkung historischer Gesellschaften einer prononcierten Übertreibung unterzogen. So werden auch noch den Staaten der gegenwärtigen westlichen Welt „Visionen der Allzuständigkeit“ unterstellt. Deren Demokratie müsse vielmehr „als Ordnungsmodell hochkomplexer Territorialsysteme neu erfunden werden“ (Willke 2001: 63), während wohlfahrtsstaatliche Solidarität sich in „freiwilligen und territorial ungebundenen Kollektiven“ verwirklichen solle, ohne die Frage zu beantworten, wie Freiwilligkeit zum eigenen finanziellen Nachteil und wie die Verbindlichkeit der auch freiwillig eingegangenen Verpflichtung ohne territoriale Kontrolle machtmäßig abgesichert werden soll.

Worin besteht aber der raumtheoretische Effekt von Willkes Postulat der gegenwärtigen Unvollständigkeit funktionaler Differenzierung und der daraus abgeleiteten Prophezeiung einer atopischen Welt, wenn diese doch gegenüber dem differenzierteren Modell Luhmanns einige Plausibilitätsprobleme mit sich bringt? Im Grunde scheint es darum zu gehen, die Weltgesellschaftstheorie Luhmanns in eine mit gängigen Annahmen kongruente Globalisierungstheorie umzudeuten. Dies wird erreicht durch das Austauschen des auf Anschlussfähigkeit abzielenden Gesellschaftsbegriffs Luhmanns gegen einen verhältnismäßig konventionellen, eigentlich der klassischen parsonsschen Nationalgesellschaft entsprechenden Begriff der Gesellschaft als „viable polit-ökonomische Einheit“, als „Sozialsystem mit den Fähigkeiten zur Selbststeuerung und zur Selbstversorgung“ (ebd.: 73). Explizit wird

Steuerung als das Setzen verbindlicher Regeln *gesamtgesellschaftlicher* Gültigkeit definiert, was mit der eigentlich grundlegenden Annahme funktionaler Differenzierung und operativer Schließung kaum vereinbar sein dürfte und eher an methodologische Nationalismen älterer soziologischer Traditionen erinnert (vgl. Beck/Grande 2010: 189f).

In diesem Kontext eines derartigen etatistischen Gesellschaftsbegriffs ist es natürlich konsequent, einerseits wegen dem Nichtvorhandensein eines Weltgesetzgebers und einer Weltexekutive die Vorstellung der Weltgesellschaft abzulehnen und andererseits aufgrund der gegenüber anderen Funktionslogiken begrenzten Handlungsfähigkeit der existierenden Staaten auch die reale Existenz einer dem Modell von Parsons entsprechenden Gesellschaft zu bestreiten. Dementsprechend kann dann das eigene Modell „lateraler Weltsysteme“ als alternatives Modell vorgestellt werden (Willke 2001: 131f) – ein Konzept der kontemporären Überwindung des zuvor neu in Kraft gesetzten und konsequent praktizierten methodologischen Nationalismus auf eine soziale Realität, die ihm in operativer Hinsicht noch nie entsprochen hat. Die eigentlich von vornherein zu erwartende Erwartungsenttäuschung kann dann mit einer stattfindenden Entgrenzung der Gesellschaft erklärt werden, womit die Anschlussfähigkeit an kontemporäre Globalisierungssemantiken gegeben wäre. Diese sind aber dann problematisch, wenn sie die Vorstellung „von homogen-integrierten ‚Container-Gesellschaften‘“ als historisch gültige Tatsachenbeschreibung unterstellen (Pries 2008: 32).

Wie manche anderen zeitdiagnostischen Raumbeschreibungen verlässt sich der Narrativ der Deterritorialisierung bei der Beschreibung der aktuellen Lage zu häufig auf ahistorische Idealisierungen, die teils wie Karikaturen einer als ungeheuer primitiv imaginierten Vergangenheit anmuten. So stellt Willke (2001: 135) die „Kontextsteuerung“ als neuartige Form der Politik im Zeitalter autonomer Funktionssysteme vor, also die Steuerung jener Systeme durch die gezielte Beeinflussung von deren Umweltparametern anstelle durch direkten Befehl. Dieser Logik folgte aber wohl auch schon die Bismarcksche Sozialreform in Bezug auf die Organisationen der Arbeiterbewegung (vgl. Bonnell 2011: 592). Frühere Formen der Politik wären in dieser Betrachtung wohl kaum von einem Kasernenhof zu unterscheiden. Die Ironie des Modells liegt darin, dass sich das ältere und nach Ansicht Willkes wohl auch veraltete Gesellschaftsverständnis von Luhmann letztlich als flexibler erweist – nämlich im Umgang mit einer Welt, in der nicht trotz, sondern gerade aufgrund der globalen Logik nicht-hierarchisch angeordneter Funktionssysteme sich selbst als territorial beschreibende politische Einheiten als maßgebliche Form politischer Kommunikation existieren können, auch wenn sie nicht die Essenz von Gesellschaft darstellen. Die

Systemtheorie „weist kein eingebautes Präjudiz zugunsten des Verschwindens klassischer Grenzen beispielsweise des Nationalstaates auf“, sie muss diese aber auch nicht als einzig denkbare Form der politischen Grenze verabsolutieren (Stichweh 2000: 27). Entscheidend ist, dass die Genese räumlicher Formen als operative, politisch codierte Unterscheidung *innerhalb* einer funktional differenzierten Weltgesellschaft beschrieben wird.

In diesem Sinne wären auch Deterritorialisierungssemantiken eben als *eine* mögliche Form der Beschreibung von Politik im Kontext funktionaler Differenzierung zu betrachten, nicht als die Feststellung einer materialen Realität auf der Ebene der Beobachtung erster Ordnung. Angesichts der relativen zeitlichen Aktualität der entsprechenden Texte und ihrer Verwendung kontemporärer sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeiten mag eine solche Betrachtungsweise sogar schwerer fallen als bei den vergleichsweise archaisch anmutenden Texten der klassischen Geopolitik. Übersetzt man allerdings die Sprache beider in die Systematik der oben vorgestellten räumlichen Unterscheidungen (Kap. 2.2), so erscheinen sie als durchaus kommensurabel: Die klassische geopolitische Semantik postulierte die Determination menschlichen Handelns durch materiell gegebene, chorologisch strukturierte Naturräume (vgl. Kap. 3.2.1). Die Semantik der Deterritorialisierung hingegen betrachtet eine zunehmende Freiheit menschlichen Handelns durch ebenfalls materiell gegebene, aber nunmehr technisch erzeugte und typischerweise rhizomatisch strukturierte Räume im Rahmen einer als Globalisierung verstandenen Modernisierung. Beide stellen sich somit in raumtheoretischer Hinsicht als zwei Seiten der gleichen Medaille dar:

„The network society is the connection of points as much as the state-system of modern Europe, and by extension the world, ever was. Globalization – ontologically – rests upon exactly the same idea of homogenous, calculable space. It is, effectively, a continuation of Cartesian thought by other means.“ (Elden 2005: 16)

Was sich aber geändert hat, ist die Systemreferenz der Raumbeschreibung. Steht bei Willke – wie im Übrigen schon in der Semantik der maritimen Theoretiker nach Mahan (Kap. 3.2.2) – eine durchaus begrüßenswerte Steigerung der Bewegungsfreiheit wirtschaftlicher und wissensbasierter Kapital- und Informationsströme im Mittelpunkt, wird die gleiche rhizomatische Mobilität in anderen Varianten atopischer Semantiken eher mit der prekären Situation migrantischer Arbeiter und Flüchtlinge sowie mit der lohnminimierenden Wirkung des Freihandels identifiziert (Hardt/Negri 2000: 397f) – was wiederum an die skeptische Beurteilung von Urbanität und transnationaler Mobilität durch die kontinentalen Geopolitiker erinnert (Kap. 3.2.3). Es geht in beiden Fällen um die „*Hypostasierung einzelner*



*Funktionsprimat*“ (Luhmann 2008: 87), die entgegen der Vermutung Luhmanns eben nicht nur in Menschenbildern angelegt sein kann, sondern über ihre Projektion auf materielle Räumlichkeit in der klassischen Geopolitik ebenso wie in der Deterritorialisierungssemantik den Charakter einer Beobachtung der Gesellschaft *von außen* annimmt.

Beide Raumsemantiken – Geopolitik *und* Atopizität – reduzieren die Kontingenz von politischen Weltbeschreibungen und den eventuell auf ihnen basierenden Entscheidungen dadurch, dass sie *eine* systemische Funktionslogik mit dem Funktionieren der materiellen Welt identifizieren und dadurch privilegieren. Während dies als Semantik im politischen System eine möglicherweise erfolgversprechende Strategie darstellen könnte, ist eine derartige Entdifferenzierung für eine gesellschaftstheoretische Beobachtung zweiter Ordnung nicht mehr möglich. Auch in der Diskussion um den Globalisierungsbegriff in den Internationalen Beziehungen scheinen sich Überlegungen durchzusetzen, dass dieser weniger zur Bezeichnung einer einzigen kohärenten Raumlogik, sondern eines Formwandels verschiedener Differenzierungstypen verwendet werden sollte (vgl. Albert 2007: 175). Als Konsequenz aus der notwendigen Pluralität räumlicher Systembezüge zieht Willke denn auch in einem späteren Werk den Schluss, anstelle der universalen Atopizität die Annahme einer „Multiplizität und Polyzentrik globaler Gouvernanzregime“ vorzuziehen, innerhalb dieses „Heterotopia“ erscheint eine gegenseitige Korrektur der Exzesse verschiedener als Funktionssysteme vielleicht möglich (Willke 2003: 139f). Aber auch hier bleibt es letztlich bei der problematischen, weil essenzialistischen Identifikation der Politik mit dem Staatsgebiet (vgl. Schroer 2006: 172f).

### **3.4 Kritische Geopolitik**

Eine die klassischen räumlichen Begrifflichkeiten nicht aufgebende, sondern vielmehr radikal umwertende theoretische Strömung entstand Anfang der 1990er Jahre mit der sogenannten „kritischen Geopolitik“, oftmals auch in deutschsprachigen Texten als „critical geopolitics“ bezeichnet (vgl. Albert et al 2003). Bezüglich ihres intellektuellen Einflusses, abzuschätzen etwa an der Häufigkeit ihr zuzurechnenden Veröffentlichungen in begutachteten Zeitschriften, dürfte sie zumindest für den Bereich der Politischen Geographie als gegenwärtig dynamischste und am meisten akzeptierte theoretische Perspektive auf den Themenkomplex der politischen Räumlichkeit anzusehen sein (vgl. Redepenning 2007: 91).

Im Bezug auf seine Kritik an der materiellen Beschreibung des Raumes steht dieser Ansatz in der Tradition der frühen Soziologen wie Durkheim und Simmel, die in einem „Streit der

Fakultäten“ gegen den in der Geographie ihrer Zeit vertretenen Geodeterminismus argumentierten (Köster 2002: 89-94). Man könnte auch eine Parallele zum Nomos-Denken Carl Schmitts ziehen – unabhängig von dessen konträrer politischer Orientierung ging es auch dort letztlich um die virtuelle Projektion von geometrischen Linien als Manifestation politischer Ideen, nicht um eine naturhafte Determination politischer Existenz (vgl. Schroer 2006: 261). Die wohl klassische Formulierung einer solchen sozialwissenschaftlich sicherlich eher anschlussfähigen, epistemischen Privilegierung virtueller über materielle Räume findet sich bei Georg Simmel:

„Ein geographischer Umfang von so und so vielen Quadratmeilen bildet nicht ein großes Reich, sondern das tun die psychologischen Kräfte, die die Bewohner eines solchen Gebietes von einem herrschenden Mittelpunkt her politisch zusammenhalten. Nicht die Form räumlicher Nähe oder Distanz schafft die besonderen Erscheinungen der Nachbarschaft oder Fremdheit, so unabweislich dies scheinen mag: Vielmehr sind auch dies rein durch *seelische* Inhalte erzeugte Tatsachen, deren Ablauf zu ihrer Raumform in keinem prinzipiell andern Verhältnis steht als eine Schlacht oder ein Telefongespräch zu den ihrigen – so zweifellos auch diese Vorgänge sich eben nur unter ganz bestimmten Raumbedingungen verwirklichen können. Nicht der Raum, sondern die von der Seele her erfolgende Gliederung und Zusammenfassung seiner Teile hat gesellschaftliche Bedeutung.“ (Simmel 2006: 16)

So entsteht eine Art Gegensemantik zum klassischen Geodeterminismus – soziale und politische Räume und Grenzen erscheinen als „Resultat menschlicher, und das heißt sozialer Beziehungen“ (Eigmüller 2006: 68). Für die Beschreibung politischer Räume wurde Simmels Ansatz zu seiner Zeit nicht sonderlich einflussreich – sie erscheint als von marxistischen und geopolitischen Determinismen geprägt. Die viel spätere Entstehung der raumtheoretisch eigentlich Simmel folgenden kritischen Geopolitik ließe sich auf den Zusammenfluss mehrerer Faktoren zurückführen: Zum einen stellte sie in vielerlei Hinsicht schlicht eine Anwendung sich vor der Jahrtausendwende etablierender sozialkonstruktivistischer und poststrukturalistischer Ansätze auf traditionelle Themen der klassischen Geopolitik dar (vgl. Albert et al 2003: 524f). Desweiteren stellte sie eine Reaktion von sich politisch als progressiv verortenden Akademikern auf eine wahrgenommene Wiederbelebung reaktionärer Orientierungen in kontemporären geopolitischen Diskursen dar und sah sich als solche in der Tradition marxistischer Kritik am klassischen geopolitischen Denken (Ó Tuathail 1986:

73).<sup>132</sup> Und schließlich bot sich der Ansatz der kritischen Geopolitik mit seiner Betonung von Agentur, Dynamik und Wandel nach dem Zerfall des Warschauer Pakts und dem mit ihm einhergehenden Bedeutungswandel zahlreicher räumlicher Differenzierungen ebenso wie die Semantik der Deterritorialisierung an, eine kritische Neubeschreibung des Geschehens zu liefern, welches durch herkömmliche Ansätze kaum erklärbar schien (Luke 1996: 492). Reuber und Wolkersdorfer (2001: 4) weisen auch auf die Inspiration durch den „Spatial Turn“ und „Linguistic Turn“ in den Kultur- und Sozialwissenschaften hin, die eine Anwendung entsprechender Konzepte auf das Gebiet der politischen Geographie nahelegten.

Gemeinsamer Nenner der – intern durchaus heterogenen – Ansätze der kritischen Geopolitik ist dabei die Orientierung am Zusammenhang von Macht und Wissen über politische Räume (Redepenning 2006: 76).<sup>133</sup> Entsprechend ihrer poststrukturalistischen Ausrichtung und im Gegensatz zur klassischen Geopolitik wird aber nicht von einer präexistierenden und durch den Forscher objektiv zu erkennenden geographischen Realität mit aus ihr abzuleitenden Folgen für politisches Handeln ausgegangen, sondern vielmehr von der epistemisch wie auch politisch wirkmächtigen Konstruktion räumlicher Weltbilder durch interessierte geopolitische Akteure.

Deren an und für sich kontingente Konstruktionen würden aufgrund der mit ihnen verbundenen Interessen als objektive, naturhafte geographische Realität – typischerweise etwa über das Mittel der politischen Landkarte – präsentiert (Albert et al 2003: 515). In dieser Sichtweise üben geopolitische Raumbilder einen epistemischen Zwang auf nicht zu deren Entschlüsselung befähigte Akteure aus. Das Anliegen der kritischen Geopolitik liegt nun darin, das Zustandekommen und die Wirkmächtigkeit derartiger Raumbilder, vor allem aber deren Charakter als Ausübung von Macht zu beschreiben und deren inhärente Logik und Funktionsweise zu verstehen, nicht zuletzt auch um im Sinne kritischer Theoriebildung

---

<sup>132</sup> Im deutschen Sprachraum lassen sich möglicherweise bereits frühere Untersuchungen zu den geopolitischen Diskursen des Nationalsozialismus dieser kritischen Denkrichtung zuordnen (vgl. Müller/Reuber 2008: 460). Auch die Arbeiten von Yves Lacoste gelten als vorbildhaft für die Konzeption der kritischen Geopolitik, beharren aber noch auf der zumindest potenziellen Objektivität geographischer Weltbeschreibungen (Ó Tuathail 1994: 328f), sie stehen damit – die Möglichkeit einer klaren Trennung zumindest zu Gliederungszwecken vorausgesetzt – epistemologisch der klassischen Geopolitik näher, auch wenn sie in normativer Hinsicht definitiv der kritischen Sozialwissenschaft zuzurechnen wären. Ähnliches gilt für Wittfogel (1985) und andere marxistische Autoren.

<sup>133</sup> Hier wäre anzumerken, dass entgegen der im Zusammenhang mit kritischer Geopolitik meist geäußerten Ansichten der Konnex von (räumlicher) Macht und (räumlichem) Wissen durchaus auch in der klassischen Geopolitik eine gewichtige Rolle spielt – nur dass es sich bei letzterer eben um objektives Wissen über die realen Konsequenzen physisch-geographischer Strukturen drehte (vgl. Redepenning 2006: 84). Gemeinsam ist letztlich beiden Ansätzen die Vermutung der Privilegierung geopolitischer Theoretiker wie auch Praktiker durch ihre epistemische Sonderstellung. Ein Verfechter der Wiederbelebung klassischer Geopolitik kommentierte Vorwürfe eines ihrer Kritiker, dass geopolitische Ansätze an Staateninteressen gebunden seien und zu deren Legitimation beitragen würden, zwar zustimmend, aber gleichzeitig den Neuigkeitswert dieser Aussage bestreitend: „Welche Erkenntnis?“ (Brill 2004: 218). Der Unterschied liegt fast ausschließlich in den jeweiligen Annahmen über die Legitimität dieser Verknüpfung.

alternative Handlungsoptionen zu eröffnen. Dementsprechend ist die „Enttarnung (*disclosure*)“, also die Entlarvung geopolitischer Weltbilder als eben solche und nicht als materielle Realität, eines ihrer zentralen Anliegen (Redepenning 2006: 80f).<sup>134</sup>

Wie verhält sich nun das Erkenntnisprogramm der kritischen Geopolitik zu den oben eingeführten Unterscheidungen sozialwissenschaftlicher Raumtheorien (Kap. 2.2)? Unproblematisch ist die Feststellung, dass durch die Figur des geopolitischen Codes als kontingente Beschreibung politischer Räumlichkeit im Rahmen der Unterscheidung physischer und sozialer Räume letztere präferiert werden, womit die epistemische Gegenposition zur klassischen Geopolitik bezogen wird: Raum bedeutet für die kritische Geopolitik immer die kommunikative Repräsentation von Raum, und nichts außerhalb dieser Repräsentation. Weiterhin kann bezüglich der Genese geopolitischer Codes – hier also deren bewusster, strategischer Konstruktion durch geopolitische Eliten – ohne Weiteres von uneingeschränktem Raumvoluntarismus gesprochen werden. Und schließlich handelt es sich bei geopolitischen Codes stets um typischerweise grenzbildende räumliche Unterscheidungen, die ein identitäres „us here“ von einem alteritären „them there“ trennen (Ó Tuathail 2000: 394), es wird also bevorzugt ein chorologischer Raumbegriff verwendet. Diese Präferenz wird aber exogen durch die betrachteten geopolitischen Diskurse vorgegeben, sie wird meist als kontingent behandelt und durchaus bewusst offengehalten – wie es der Betonung begrifflicher Pluralität und positionaler Theoriebildung in der kritischen Geopolitik entspricht (Ó Tuathail 2001a: 140).

Diese begriffliche Anschlussfähigkeit an politische Raumdiskurse mit ihrer charakteristischen Containersemantik bedeutet auch, dass es sich – trotz der teils gemeinsamen poststrukturalistischen Grundlagen – bei der kritischen Geopolitik nicht lediglich um eine Umsetzung des *spatial turn*-Raumparadigmas im Rahmen der politischen Geographie handelt, sondern um eine durchaus eigenständige Denkschule. Deren Bindung an klassische geopolitische Diskurse macht eine Auseinandersetzung mit den komplexen Raumkonzeptionen, die sich etwa in der kontemporären Sozialgeographie entwickelt haben (vgl. Hard 2008: 293f), unnötig; es geht nicht um eine Neubeschreibung des kommunizierten Raums anhand theorieendogener Kriterien, sondern letztlich um eine Dekonstruktion im Rahmen der Rekonstruktion, um auf diesem Wege die Kontingenz der untersuchten Raumrepräsentation zu demonstrieren (Albert et al 2003: 526). Nach Ansicht sozialgeographisch informierter Beobachter wird diese raumtheoretische Leerstelle durch

---

<sup>134</sup> Eine analoge Konzeption findet sich auch in anderen kritischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen wieder, etwa den „critical security studies“, welche sich der Enttarnung des ideologischen bzw. von Eliteninteressen bestimmten Charakters sicherheitspolitischer Diskurse widmen (vgl. Schirmer 2008: 38f).

Orientierung an der Leitdifferenz „konservativ/progressiv“ kompensiert, wobei die staatszentrierten Raumrepräsentationen der klassischen und neoklassischen Geopolitik offensichtlich der konservativen, deren Dekonstruktionen durch kritische Geopolitik dementsprechend der progressiven Seite zugerechnet werden (Redepenning 2006: 91). Dabei werden generell vier heuristische Ansatzpunkte unterschieden, die Gearóid Ó Tuathail (1999: 110-120) differenziert in

- „*formal geopolitics*“, also die Auseinandersetzung mit Texten der klassischen und neoklassischen Geopolitik, insbesondere die ‚Enttarnung‘ ihrer als wissenschaftliche Realitätsbeschreibung kodierten Theorien als hegemoniale Realitätskonstrukte;
- „*practical geopolitics*“, die Bezugnahme auf die handlungsbezogenen räumlichen Weltbilder politischer Eliten und deren durch räumliche Skripte vermittelten Legitimationsstrategien, sowie
- „*popular geopolitics*“, die die Vermittlung räumlicher Vorstellungen von der politischen Welt – in Form einer „Geopolitik des gesunden Menschenverstands“ (ebd.: 114), also verbreiteten geopolitischen Allgemeinwissens – durch Medien und Massenkultur in den Blick nimmt,<sup>135</sup> und schließlich
- „*structural geopolitics*“, womit diejenigen gesellschaftlichen Prozesse und Strukturen bezeichnet werden, die die Artikulation geopolitischer Weltbilder ermöglichen und konditionieren.

Diese Differenzierung erweist sich in der Durchführung als äußerst flexibel; im konzeptionellen Rahmen der kritischen Geopolitik wurden – um nur beispielhafte Themen und Thesen zu nennen – die Interessengebundenheit und ‚Machthaftigkeit‘ zahlreicher politischer Raumbilder beschrieben: im Bereich der formalen Geopolitik etwa die Bedeutung des Deterritorialisierungsdiskurses für Forderungen nach weitergehender Deregulierung der weltweiten Finanzströme (Ó Tuathail 1999a: 146f) oder die normativen Konsequenzen von Mackinders Weltinsel-These bezüglich der britischen Gleichgewichtspolitik auf dem europäischen Kontinent (Dodds 2005: 140). Themen aus der praktischen Geopolitik waren etwa die Nutzung räumlicher Metaphern wie der des „Schurkenstaates“ oder der „Achse des Bösen“ durch die Regierung der USA zur Legitimierung ihres Raketenabwehrprogramms als

---

<sup>135</sup> An anderer Stelle charakterisierte Ó Tuathail (1996: 114) diese ersten drei ‚Geopolitiken‘ einfach als geopolitische Texte jeweils abnehmenden intellektuellen Anspruchs – von akademischen Werken über populärwissenschaftliche Bücher bis hin zu geopolitischen Bezügen in der Regenbogenpresse und den Unterhaltungsmedien.

nicht gegen Staaten wie Russland oder China gerichtet (Helmig 2008: 177), oder die Beschreibung des Terroranschlags auf eine Schule in Beslan als Phänomen des globalen militanten Dschihadismus anstelle von innerrussländischen ethnischen Konflikten durch die russische Führung zur Vermeidung einer Eskalation eben dieser Konflikte (Ó Tuathail 2009: 13f). Als Beispiel für Forschungen aus der populären Geopolitik seien genannt eine Studie von Jason Dittmer (2008: 277f) zur Funktion der populären „Left Behind“-Buchserie für die Einpassung weltpolitischer Ereignisse in die Vorstellungswelt evangelikaler Christen in den USA sowie Fraser MacDonalds (2008: 629f) Untersuchung zur gegenseitigen Bedingung „charismatischer“ Visionen der bemannten Weltraumfahrt und der Entwicklung ballistischer Raketen als Träger von Nuklearwaffen. Es wird deutlich, dass ‚Geopolitik‘ im Rahmen der kritischen Geopolitik letztlich für jede Form der Verräumlichung von Politik stehen kann.

Diese offensichtliche thematische Flexibilität wird generell als Vorteil der kritischen Geopolitik betrachtet und bei Redepenning (2007: 92) plausibel auf die methodische Vereinfachung des diskursanalytischen Ansatzes durch die Einführung geopolitischer Eliten als Anknüpfung an die „lebensweltliche Vorstellung handelnder Subjekte“ (ebd.) zurückgeführt. Im Gegensatz zu der Vielfalt an Forschungen in den drei primär textorientierten Kategorien der kritischen Geopolitik existieren aber zur *strukturalen* Geopolitik – also zur Ko-Konstitution geopolitischer Diskurse durch soziale Strukturen – nur relativ wenige Arbeiten, die sich etwa mit der wechselseitigen Konstruktion der EU und Russlands als geopolitische Subjekte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (Aalto 2001: 9) oder mit den Plausibilitätsproblemen, die transnationale, netzwerkförmige Bedrohungen für traditionelle territoriale Konzepte der Geopolitik verursachen, beschäftigen (Ó Tuathail 2001a: 134). Dass trotz ihrer expliziten Etablierung als eigene heuristische Kategorie kaum Forschungen zu den ‚strukturellen‘ – also nicht exklusiv texthaften – Aspekten politischer Räumlichkeit vorhanden sind, weist aber m. E. bereits auf ein der Theoriearchitektur der kritischen Geopolitik inhärentes Problem hin. Dieses Problem beruht auf ihrer Einbeziehung höchst unterschiedlicher epistemologischer Perspektiven bereits in ihr metatheoretisches Fundament, namentlich eines starken Konstruktivismus bezüglich der gezielten Erschaffung geopolitischer Skripte durch politische, akademische und mediale Eliten einerseits – und andererseits eines dezidierten Poststrukturalismus in Bezug auf den Wirklichkeitscharakter und den Außenbezug bzw. die ‚Unentrinnbarkeit‘ eben dieser geopolitischen Skripte (vgl. Helmig 2008: 59).

Als Konsequenz dieses „pluralistischen Theorieimports“ befindet sich die kritische Geopolitik von vornherein in einem Spannungsverhältnis von Handlungstheorie und Diskurstheorie,

welches innerhalb ihres selbst gesetzten Rahmens kaum aufzulösen sein dürfte (Redepinning 2007: 92): Bei der Entscheidung für einen konsequent handlungstheoretischen Rahmen müsste man die Handlungsrelevanz struktureller (aber subjektiv konstruierter) gesellschaftlicher Tatsachen wie auch möglicher konkurrierender Akteure differenziert betrachten, anstelle dem poststrukturalistischen Diskursmonismus zu folgen (vgl. Reuber 2001: 83f).<sup>136</sup> Fiele die Präferenz hingegen auf Poststrukturalismus und Diskurstheorie, so würde es nötig, den Akteurscharakter geopolitischer Eliten aufzugeben und stattdessen deren eigene Konstitution durch Diskurse in den Blick zu nehmen (vgl. Albert et al 2003: 525).<sup>137</sup> In jedem Fall ist die Rolle der geopolitischen Akteure, die zwar konstruktionistisch (also individuell, zielorientiert und subjektiv die Welt interpretierend) handeln, aber mit ihrem Handeln dann poststrukturalistische (also allumfassende, Realität erst hervorbringende) Diskurse produzieren, theorietechnisch äußerst fragwürdig. Im Rahmen der bestehenden Konzeption wird sowohl der Begriff des Akteurs (der subjektive Konstruktionen geopolitischer Realität, aber keinen Diskurs im Foucault'schen Sinne produzieren kann) als auch der des Diskurses (der im poststrukturalistischen Rahmen Akteursfiktionen erzeugen, aber nicht das Resultat von als real verstandenen Handlungen sein kann) entstellend oder zumindest entgegen dem in den Sozialwissenschaften üblichen Sprachgebrauch verwendet (Müller/Reuber 2008: 462f).

Diese Begriffsverwendung stellt sich im Hinblick auf die Legitimierung der kritischen Geopolitik als auch politisch-normatives Projekt als bedenklich dar: so führt das unklare Verhältnis der kritischen Geopolitik zu derart fundamentalen gesellschaftstheoretischen Fragen zu Paradoxien wie der, dass der Diskurs über die Deterritorialisierung zum Einen als „ideological expressions of material interests“ im Rahmen der formalen Geopolitik kapitalistischer Eliten entlarvt wird (Ó Tuathail 1999: 150), die mit dem gleichen Ausdruck bezeichneten sicherheitspolitischen Phänomene aber als unzweifelhafte Realität strukturaler

---

<sup>136</sup> Einer derartigen Vorgehensweise folgt implizit z.B. John Agnew (1998), ohne allerdings die theoretischen Grundlagen seiner Arbeit näher zu erläutern. Es ist zwar auch hier von „discourse“ (ebd.: 86) die Rede, es wird aber im weiteren Verlauf klar, dass eigentlich soziale Konstruktionen der die (real existierende) Welt interpretierenden Akteure gemeint sind (z.B. ebd.: 109f). Einer *kritischen* Geopolitik – Agnew vermeidet es, sein eigenes Werk unter diesen Begriff zu subsumieren – müsste dann aber zugemutet werden, problematische geopolitische Raumrepräsentationen mit eigenen, ‚besseren‘ oder zumindest angemesseneren Konstruktionen zu konfrontieren.

<sup>137</sup> Was dann wiederum die Frage nach der möglichen Konstitution dieser politischen Eliten durch andere, nicht spezifisch räumliche oder geopolitische Diskurse, und mithin die Notwendigkeit der Integration in eine allgemeine politische Theorie nach sich ziehen würde. Vermutlich wäre es sinnvoller, die Figur der geopolitischen Eliten stattdessen aufzugeben und sich ganz auf die Binnenlogik geopolitischer Diskurse zu konzentrieren. Einige Spielarten der „critical security studies“ folgen bezüglich ihres Forschungsgegenstands just dieser Logik (vgl. Schirmer 2008: 49). Damit würde aber m. E. die große Stärke der kritischen Geopolitik, nämlich ihre empirische Flexibilität und Anschlussfähigkeit an politische Alltagsdiskurse, wieder aufgegeben.

Geopolitik beschrieben werden – verbunden mit der Kritik, dass „paranoide territoriale Diskurse“ der „Realität der globalen Risikogesellschaft“ nicht angemessen seien (Ó Tuathail 2001b: 234). Hier begibt sich die kritische Geopolitik selbst in die Rolle der ansonsten kritisierten geopolitischen Intellektuellen, indem sie arbiträr über die normative Wünschbarkeit wie auch den Realitätscharakter von Bestandteilen eines Diskurses entscheidet, die aber beide integrale Bestandteile dessen darstellen (vgl. Kap. 1.3):

„Die *critical geopolitics* kritisiert die Vorstellung eines allsehenden und allwissenden geopolitischen Beobachters, doch scheint auch sie allsehend und allwissend zu sein, wenn es um die Enttarnung der komplexitätsreduzierenden Geopolitiken geht.“ (Redepenning 2007: 92)

Der gegenüber der klassischen Geopolitik und zahlreichen alltäglichen geopolitischen Semantiken häufig geäußerte Vorwurf der übermäßigen Reduktion von Komplexität (z.B. Ó Tuathail 2001a: 134) wird unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls problematisch: Kann man der klassischen Geopolitik mit ihrem geographischen Determinismus vorwerfen, die notwendige Kontingenz politischer Repräsentationen geographischer Räume zu ignorieren, so ist aber der kritischen Geopolitik gegenüber der gleiche Vorwurf bezüglich der notwendigen Kontingenz politischer Machtverhältnisse durchaus angebracht.<sup>138</sup> Die radikale Kritik gegenüber der komplexitätsreduzierenden Wirkung geopolitischer Dichotomisierungen – verbunden mit der Forderung, Geopolitik ohne „dominant referent or transcendental signified“, also ohne eigenständige Theorievorgaben „in its messy historical con-textuality“ (Ó Tuathail 1996: 72) zu untersuchen – droht zudem ohne eine beobachtungstheoretische Vorstellung von dem, was eine *angemessene* Reduzierung von Komplexität darstellen könnte, in ein ebenso problematisches Gegenbild verkehrt zu werden.

Beschreibungen politischer Räumlichkeiten bliebe dann nur die Option, die Form der fiktiven Landkarte aus einer Kurzgeschichte von Jorge Luis Borges anzunehmen: Die Geographie verweigert sich jeder Komplexitätsreduktion und produziert „eine Karte des Reiches, die die Größe des Reiches besaß und sich mit ihm in jedem Punkte deckte“ (zitiert bei Geppert et al 2005: 15). Dem geringen Orientierungswert dieser Karte entsprechend gerät die derart über das Ziel hinausgeschossene Disziplin in Verruf und schließlich in Vergessenheit – denn: Jede Beschreibung von Gesellschaft in der Gesellschaft muss Komplexität reduzieren, um

---

<sup>138</sup> Interessant ist in diesem Kontext, dass ein klassischer Geopolitiker wie Halford J. Mackinder (1996: 130f) sehr wohl dazu bereit ist, eine von der physischen Geographie unabhängige Rolle unterschiedlicher, in diesem Fall zentralisierter oder dezentralisierter, politischer Organisationsformen zuzugeben. Damit wird ein höherer Grad an *politischer* Kontingenz zugelassen als mit den weitgehend uniformen Akteuren der kritischen Geopolitik, wofür aber der Einfluss der physischer Gegebenheiten als unabänderbar dargestellt wird.



überhaupt einen Informationswert zu besitzen (Luhmann 1984: 47). Komplexitätsreduktion als Vorwurf ist absurd, wenn nicht ein gesellschaftstheoretischer Maßstab mitgeliefert wird, anhand dessen man über die Angemessenheit bestimmter Formen von Komplexitätsreduktion diskutieren könnte. Dazu fehlt es der kritischen Geopolitik schlicht an dem, was sie selbst als strukturelle Geopolitik bezeichnet: Nämlich eine Gesellschaftstheorie, die über eine diffuse und im Kontext fast aller heute akzeptierten soziologischen Ansätze als unterkomplex zu bezeichnende Beschreibung geopolitischer Eliten hinausgeht. Derartige Inkohärenzen werden von den Vertretern der kritischen Geopolitik durchaus diskutiert und problematisiert, als Strategie zu ihrer Bewältigung ist allerdings vor allem der „Rückgriff auf moralische Kommunikation“ zu beobachten (Redepenning 2007: 92).

Die kritische Geopolitik geht damit über die ledigliche Neubeschreibung des geopolitischen Nexus von Macht und Wissen hinaus und versteht sich – zumindest nach Ansicht ihrer zentralen Vertreter – als epistemisch *und* moralisch überlegene Alternative mit dem erklärten Ziel, radikaldemokratische Konzeptionen politischen Lebens gegen die etablierten repressiven Diskurse der Geopolitik denkbar zu machen (z.B. Ó Tuathail 2000: 393). Dass ein derart grundlegender Anspruch nicht zur Gänze und nicht ohne Inkaufnahme epistemischer Inkohärenzen umsetzbar ist, kann nicht verwundern, eine solche Anforderung würde zudem jegliche Art kritischer (im Sinne von politisch engagierter oder positionaler) Theoriebildung delegitimieren. Wohl muss sie sich aber vorwerfen lassen, mit ihrem myopischen Fokus auf die Schaffung ausschließlich exkludierender Raumsemantiken durch in ihrer Wirkmächtigkeit systematisch überzeichnete geopolitische Eliten die Möglichkeit zur Konzeptualisierung anderer, normativ vielleicht weniger fragwürdiger Verständnisse politischer Räumlichkeit zu verschließen. Selbst staatszentrierte und vor einem traditionell vorwiegend militärstrategisch geprägten historischen Hintergrund ablaufende geopolitische Diskurse können in manchen Fällen auf eine nicht-exkludierende Form von Regionalisierung hinauslaufen, wie etwa eine Studie zum Wandel der raumpolitischen Wahrnehmung der Arktis im Hinblick auf umweltpolitische und indigene Interessen nach dem Ende des Kalten Krieges zeigt (Heininen/Nicol 2007).

Die in der kritischen Geopolitik implizit festgelegten, hochgradig linearen *sozialen* Kausalitäten lassen sich in weiterer Hinsicht kritisieren, insbesondere im Hinblick auf ihr hierarchisches Verständnis geopolitischer Kommunikation. Entgegen der kruden Elitentheorie der kritischen Geopolitik, die eine chauvinistische Manipulationstechnik geopolitischer Eliten zum Zweck der Perpetuierung von Innen/Außen-Abgrenzungen und internen Machtverhältnissen eines Staates unterstellt, können anscheinend gerade auch die von ‚unten‘

an die Machthaber herangetragene Raumsemantiken konfliktverschärfend wirken und sie in eine defensive Rolle drängen: Derartige Fälle lassen sich gegenwärtig bei den maritimen Grenzdisputen zwischen ostasiatischen Staaten beobachten, in denen die beteiligten Regierungen tendenziell versuchen, eine moderierende Rolle gegenüber den mit nationalistischem Gestus vorgetragenen Gebietsansprüchen weiter Teile ihrer jeweiligen Zivilgesellschaft einzunehmen (Ciorciari/Weiss 2012: 61f). Im Falle Chinas werden die zunehmenden anti-japanischen Proteste und Ausschreitungen in Reaktion auf Grenzzwischenfälle im ostchinesischen Meer als Teil eines Prozesses der Verselbständigung einer ursprünglich von der Regierung geförderten nationalistischen Raumsemantik beschrieben: Diese beschränkt nun aber ihrerseits ihren Handlungsspielraum in internationalen Verhandlungen beträchtlich und wird darüber hinaus für die Kommunistische Partei Chinas insofern problematisch, als dass nun eine selbstorganisierte, von der Partei strukturell unabhängige Protestbewegung entstanden ist, die zukünftig potenziell auch nicht regimekonforme Inhalte verfechten könnte (Beukel 2011: 23f).

In diesem Fall hat die Etablierung einer prinzipiell an klassischen Narrativen der maritimen Geopolitik orientierten Raumsemantik (vgl. Yoshihara/Holmes 2010: 11) eine Erweiterung oppositioneller Handlungsspielräume ermöglicht – derartige Prozesse wären aber in die monolithische und unter Unterstellung moralischer Eindeutigkeit operierende (vgl. Redepenning 2006) Beschreibung geopolitischer Texte durch die kritische Geopolitik nicht mehr integrierbar. Auch die der agrarischen Ideologie nahestehende politische Geographie Ratzels war keineswegs nur ein intellektuelles Werkzeug von militärischen Eliten, sondern eben *auch* ein Ausdruck von Präferenzen vergleichsweise marginaler ruraler Bevölkerungen (vgl. Kap. 3.2.3). Die kritische Geopolitik operiert gewissermaßen mit der Annahme einer invariablen, stratifizierten Sozialstruktur – die sich im Endeffekt auf die Gegenüberstellung amorpher geopolitischer Textproduzenten und ebenso amorpher, rein passiver Rezipienten dieser Texte reduzieren lässt, sofern Letztere nicht durch die eigene Kritik aufgeklärt werden – auf deren Grundlage dann verschiedene, diese basale Struktur stützende und daher moralisch abzulehnende, geopolitische Texte entstehen. In der systemtheoretischen Wiederbeschreibung erscheint dieses Verhältnis von angenommener Sozialstruktur und geopolitischem Text als „lineare Nachträglichkeit der Semantik“ (Stäheli 1998: 317), die aber Situationen wie die oben beschriebene, in denen die Einführung bestimmter politischer Raumsemantiken die strukturelle Eröffnung neuer Möglichkeiten der Handlung bzw. der Handlungszurechnung ermöglicht, nicht mehr erfassen kann: „Die ‚harten‘ Sozialstrukturen bestimmen die ‚weichen‘ kulturellen Formen“ (ebd.: 322).

Der als Elitendeterminismus gefasste Raumvoluntarismus der kritischen Geopolitik erscheint in seiner linearen Logik durchaus als Äquivalent zu geodeterministischen Aussagen wie etwa bei Spykman (1938: 29): „Ministers come and ministers go, even dictators die, but mountain ranges stand unperturbed“. Die Vorstellung einer unitären Staatselite, die ohne wesentliche interne Interessenkonflikte agiert und somit quasi autonom staatliche Politik gestalten kann, wurde in dieser Form etwa von C. Wright Mills (2000) in der Frühzeit des Kalten Krieges – als eine starke Solidarität politischer, ökonomischer und militärischer Eliten, durchaus vergleichbar mit der Beschreibung geopolitischer Eliten in der kritischen Geopolitik, zeitweise als sehr plausible Zustandsbeschreibung auch der westlichen politischen Systeme erschien – noch einflussreich vertreten. Sie wurde aber schon sehr früh als unterkomplex kritisiert und in der politikwissenschaftlichen Forschung durch Ansätze, die eine *Elitenkonkurrenz* im Rahmen der Polyarchie betonten, abgelöst (vgl. Kleinschmidt 2010: 95).<sup>139</sup> Eine damit kompatible, eher pluralistische Gesellschaftsbeschreibung ließe sich z.B. für den Bereich der politischen Geographie in den historisch-soziologischen Untersuchungen zu divergierenden Interessen maritim und kontinental orientierter Eliten finden (vgl. Kap. 3.2.2). Eine Auseinandersetzung mit solchen stärker differenzierenden und Sozialstruktur als Kontext geopolitischer Ideen thematisierenden Ansätzen ist in der kritischen Geopolitik nicht wirklich festzustellen. Sie würde m. E. auch ihren identitätsstiftenden Protestcharakter als akademische Schule, die sich primär *gegen* einen bestimmten Modus wissenschaftlich-politischer Raumbeschreibung richtet, unterminieren. Die kritische Geopolitik „suggestiert, eine ‚andere‘, und möglicherweise doch ‚bessere‘, Antwort gefunden zu haben. Nämlich eben nicht die, die gerade entlarvt wurde“ (Helmig 2008: 64).

Neben der nicht erklärten Unterstellung eines unterkomplexen Modells des Funktionierens moderner politischer Systeme privilegiert die kritische Geopolitik die problematischen Aspekte der klassischen Geopolitik vor allem auch dadurch, dass sie diese zum fast

---

<sup>139</sup> Eine konzise Problematisierung der empirischen Grundlagen von Mills' Elitentheorie im heutigen Kontext findet sich bei Wolfe (2001). Darüber hinaus wird Theorien unitärer Machteliten auch gelegentlich eine strukturelle Nähe zur Argumentation gängiger Verschwörungstheorien unterstellt (z.B. Basham 2006: 94). Manche Texte der kritischen Geopolitik könnten sich diesem Vorwurf angesichts der prominenten Rolle genau solcher Eliten ebenfalls ausgesetzt sehen. Andererseits fehlt ihnen generell das zentrale Element genuiner Verschwörungstheorien, nämlich die *kausale Erklärung* sozialer Phänomene – die meist einzige von der kritischen Geopolitik definierte Kausalitätsbeziehung ist die der Entstehung geopolitischer Texte aus nicht weiter erklärten Interessen geopolitischer Eliten, deren Zustandekommen ebenfalls nicht weiter erläutert wird. Die fehlende Falsifizierbarkeit als häufiger Kritikpunkt an Verschwörungstheorien (vgl. ebd.: 95) lässt sich auf die kritische Geopolitik aufgrund ihrer poststrukturalistischen beziehungsweise konstruktivistischen – oder besser: eklektischen Methodik ohnehin nicht anwenden – sie beschränkt sich letztlich auf die Interpretation der narrativen Logik geopolitischer Texte im Rahmen vorgegebener moralischer Schemata. Problematisch ist daran eher die fehlende Anschlussfähigkeit an die allgemeine sozial- und politikwissenschaftliche Theoriebildung, die auch eine systematische Infragestellung der durchaus fragwürdigen Elitenkonzeption verhindert.

exklusiven Fokus ihrer Kritik macht – wobei diese Präferenz für reaktionäre, militaristische u.ä. Raumbeschreibungen durch ihre verdeckte moralisch-politische Leitdifferenz und somit durch ihre epistemische Grundstruktur vorgegeben ist. Dementsprechend wurde auch der Vorwurf erhoben, die kritische Geopolitik stelle die klassische Geopolitik als „roaring success stories of academic and intellectual life of Europe and the USA“ dar – was weder ihrem tatsächlichen, bis auf vorübergehende Ausnahmen fast immer eher marginalen Status als wissenschaftliche Disziplin noch ihrem Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse entspreche (Heffernan 2000: 350).

Die grundsätzliche Bezogenheit auf klassische geopolitische Konzeptionen wird aber auch innerhalb der kritischen Geopolitik affirmiert, so wird ihr in einem zentralen Text ein parasitäres Verhältnis zu ihrem Gegenstand zugesprochen (Ó Tuathail 1996: 68) – ein parasitäres Verhältnis zwar, welches der Unterwanderung der epistemischen Grundlagen der behandelten Texte dienen soll, aber deren mitlaufende Reproduktion nicht vermeiden kann (vgl. Albert et al 2003: 526).<sup>140</sup> Das Ziel der Eröffnung neuer Optionen für die Beschreibung politischer Räumlichkeit wird insofern zu einem problematischen Unterfangen, als dass deren epistemischer Ansatzpunkt sich auf die Ablehnung exkludierender oder repressiver Narrative beschränken muss, ohne dass Zustandekommen alternativer Raumerzählungen in irgendeiner Art und Weise plausibel beschreiben zu können. Eine noch weitergehende Kritik könnte auch fragen, ob die normative Problematik klassischer geopolitischer Dichotomisierungen überhaupt in deren räumlichem Charakter begründet werden sollte, oder nicht vielmehr regelmäßig aufgrund der Kombination mit nicht-räumlichen, z.B. biologistischen oder rassistischen Kriterien, entsteht (vgl. Kap. 3.2.3).

Der kritischen Geopolitik kann uneingeschränkt der Verdienst zugesprochen werden, im Kontext einer zunehmend ‚raumvergessenen‘ Sozialwissenschaft die weiterbestehende Problematik machtbasierter räumlicher Abgrenzungen thematisiert zu haben. Diese wurden entgegen der der klassischen Geopolitik inhärenten Logik der Sachzwänge als kontingent behandelt und somit für weitere Debatten offen gehalten. Zudem konnte sie die überaus problematische „Trennung einer vermeintlich sauberen, d.h. objektiven Politischen Geographie von einer als pseudowissenschaftlich und nationalsozialistisch gebrandmarkten Geopolitik“ (Lossau 2002: 58) – und damit auch die krampfhaft Vermeidung von Themen der ‚großen Politik‘ im Kontext der politischen Geographie – überwinden helfen. Das

---

<sup>140</sup> Ein Phänomen, welches bei der poststrukturalistischen Machtanalyse im Allgemeinen beobachtet werden kann: im „grenztheoretischen Subtext“ dieser werden allgemeine, strukturelle Annahmen klassischer Theorien über Form und Wirkung politischer Unterscheidungen mitgeführt und somit auch in die diskurstheoretische Beschreibung hineingetragen (Vasilache 2007: 324).

fundamentale Problem der kritischen Geopolitik aber – nämlich ihre fehlende epistemologische und gesellschaftstheoretische, vor allem aber auch raumtheoretische Fundierung (vgl. Redepenning 2006: 97) – lässt sie letztlich an ihren selbstgestellten kognitiven und normativen Anforderungen scheitern. In der epistemischen Beliebigkeit liegt eine überraschende Nähe zu den sich betont wissenschaftlich-positivistisch gebenden, aber dann auf einfache alltagslogische Binarisierungen und Kausationsbehauptungen zurückgreifenden klassisch-geopolitischen Ansätzen. Wie diese scheint auch die kritische Geopolitik – sehr im Gegensatz zu ihrem vorherigen Selbstverständnis als raumordnungstheoretisches „Allheilmittel“ (Helmig 2008: 67) – daher in der politikwissenschaftlichen wie auch der politikgeographischen Debatte auch nur noch auf ein recht verhaltenes Echo zu stoßen. Vor dem Hintergrund einer Lage theoretischer Frustration scheint sich die kritische Geopolitik gegenwärtig darauf zu konzentrieren, nicht mehr raum- oder politiktheoretisch, sondern eher als Legitimationssemantik für zivilgesellschaftlichen Aktivismus in Erscheinung zu treten:

„When searching for an appropriate way to voice our fieldwork experiences I (and my colleagues) felt the dissatisfying gap between writing distant policy recommendations for the EU project and the things we saw along no-man’s land in Nicosia. We all agreed that the appropriate way to voice the situation on Cyprus was by bringing together the lives of people whom we met during our fieldwork in a seminar that we organised in the middle of the geopolitical heart of Cyprus. Here musicians from north and south who had joined together in the Olive Tree Project, children from bicomunal schools, NGOs working in common on environmental projects, academics, architects, and politicians shared their common vision for a peaceful future. The seminar represented an alternative representational space that gave voice to a transformative geopolitics, not only because it created a grounded geopolitical osmosis that incorporated various voices, but also because of its location in the UN-controlled buffer zone right in the middle of Nicosia.“ (Boedeltje 2011: 517)

Ein derartiges Engagement in Form einer Anti-Geopolitik ‚von unten‘ würde sicherlich zur in der kritischen Geopolitik angelegten Präferenz für normativ stark aufgeladene Binarisierungen passen – sie könnte gewissermaßen „als parasitäre Taktik von innen wirkend Geopolitik verändern“ (Redepenning 2006: 116). Man müsste andererseits aber fragen, was von ihrer ursprünglichen Vorstellung eines sozialwissenschaftlich und raumtheoretisch informierten Projekts in einem solchen Kontext dann noch zu retten wäre. Als momentan protestsemantisch wesentlich anschlussfähiger scheinen sich stadtgeographische Ansätze zu erweisen (Harvey 2013), die sich auf eine marxistisch inspirierte Kritik von Gentrifizierungs-

und Kommerzialisierungsphänomenen spezialisieren. Ohnehin liegt in der Verbindung von moralisierender Elitenkritik einerseits und poststrukturalistischer Raumtheorie andererseits ein gewaltiger Widerspruch verborgen – hat doch letztere die „Hoffnung auf einheitliche Integration aufgegeben“, während Moral doch tendenziell eine „Sicherung der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft“ beansprucht (Redepenning 2006: 110). Das von der kritischen Geopolitik skandalisierte geopolitische Prozessieren von Alterität und Identität (s. o.) würde so letztlich in anderer Form weitergeführt, und die ursprüngliche, berechtigte Frage nach einer theoretisch gehaltvollen Beschreibung politischer Räume bliebe weiterhin unbeantwortet. Die kritische Geopolitik würde damit den Weg der klassischen Geopolitik wie auch zahlreicher Globalisierungstheorien gehen, die nach einem Start im Rahmen akademischer Theoriebildung ihre weitere Karriere als populärwissenschaftliche Politikbeschreibungen oder auch als ideologische Raumsemantiken vollzogen.

### **3.5 Zur Beobachtung politischer Raumsemantiken**

Der letztlich bei allen hier betrachteten *modernen* Raumsemantiken zu beobachtende Fehlschlag, sich über einzelne Begriffsbildungen hinaus für die politikwissenschaftliche Theoriebildung als anschlussfähig zu erweisen, lässt sich mit der grundverschiedenen Logik erklären, die beiden *als soziale Semantik* zugrunde liegt. Die modernen Sozialwissenschaften reflektieren in ihrer Theoriebildung die Tiefenstruktur funktionaler Differenzierung, das heißt, sie operieren mit einer explizit oder implizit klaren Systemreferenz, die die für sie relevante Empirie theorievorgängig bezeichnet und Anschlussmöglichkeiten im Bezug auf die Legitimierung oder Kritik der jeweiligen Funktionssysteme ermöglicht – sei es die Pädagogik für das Erziehungssystem, die Rechtswissenschaften für das Rechtssystem oder die Ökonomie für das Wirtschaftssystem (Luhmann 1984: 620f).

„All diese Reflexionstheorien teilen mit dem System, das sie reflektieren, ein Rationalitätskontinuum, das sie zu rekonstruieren und nicht zu dekonstruieren haben, und ferner ein Motivationskontinuum, das gleichfalls unter Dekonstruktionsverbot steht. Außerdem wird angenommen, daß diese beiden Kontinua sich auch zueinander kontinuierlich verhalten, daß also Rationalität motiviert und nicht demotiviert.“ (Kieserling 2004: 172)

Es wird mit Blick auf die oben betrachteten Raumsemantiken der Politik schnell deutlich, dass es sich bei diesen keineswegs um Reflexionstheorien des modernen politischen Systems

handeln kann.<sup>141</sup> Bei den vormodernen Geographien wäre dies ohnehin nicht zu erwarten, auch wenn hier möglicherweise eine äquivalente Funktion der gesellschaftstheoretischen Unsicherheitsabsorption unterstellt werden könnte. Bereits bei der geodeterministischen Theorie Montesquieus – dessen Gewaltenteilungstheoreme bekanntermaßen durchaus Eingang in moderne juristische Reflexionstheorien gefunden haben – konnte ein konzeptuelles Mißverhältnis zwischen der „konventionellen Klimatologie“ einerseits und liberal-moderner, für sozialwissenschaftliche Theoriebildung anschlussfähiger „normativer politischer Theorie“ andererseits festgestellt werden (Fischer 2009: 23; vgl. Kap. 3.1.3).

Noch offensichtlicher wird diese Differenz bei den späteren geopolitischen Ansätzen – ein „Rationalitätskontinuum“ politischer Systeme wird nicht einmal dekonstruiert, sondern dessen Existenz mittels Geodeterminismus schlichtweg abgestritten und durch eine unterstellte natürliche Funktionsweise der als Staatsorganismus gedachten Gesamtgesellschaft zurückgeführt.<sup>142</sup> In ähnlicher Art wird eine Eigenlogik der Politik im Rahmen der zahlreichen Deterritorialisierungssemantiken negiert oder vielmehr tendenziell – und meist unbegründet – auf staatlichen Zwang reduziert, die technisch vermittelte Überwindung staatlicher Territorialität erscheint als eigentlicher Telos der Moderne: „Unter der Herrschaft der Weltwirtschaft, so könnte man den Gedanken weiterspinnen, gebe es keinen Krieg und keine Grenzen“ (Werber 2007: 211f). In der kritischen Geopolitik wiederum ist ebenfalls keine Eigenlogik von Funktionssystemen auszumachen, sondern lediglich die amorphen Absichten verschiedener geopolitischer Eliten, die hauptsächlich durch ihre moralische Ablehnung definiert werden (Redepenning 2006: 108f).

Raumsemantiken der Politik erscheinen dementsprechend als „Einheitssemantik“, sie tendieren dazu, eine gegenüber anderen Funktionssystemen oder einer anderweitig zu beschreibenden sozialen Pluralität *differenzorientierten* Politiktheorie auf der Basis einer einheitlichen, gemeinschaftlichen Logik der Harmonie verschiedener, nicht grundsätzlich differenter Teile zu negieren (vgl. Göbel 1995: 268). Der Geodeterminismus wäre damit eine Einheitssemantik der *Natur*, die Deterritorialisierungssemantik in der hier untersuchten Gestalt eine Einheitssemantik der *Technik* und die kritische Geopolitik schließlich eine

---

<sup>141</sup> Es sei dahingestellt, ob die Trennung zwischen Reflexionstheorien und soziologischen Theorien so plakativ dargestellt werden kann wie hier (Kieserling 2004: 172). Insbesondere bei den gegenwärtigen Anwendungen der Systemtheorie auf politiktheoretische Fragestellungen (vgl. Kap. 1.3) ist nicht einzusehen, warum diese nicht den gleichen semantischen Status haben sollten wie entsprechende soziologische Arbeiten. Für die Sichtbarmachung der Unterschiede zwischen den hier interessierenden politischen Raumsemantiken und der politikwissenschaftlichen oder -soziologischen Theoriebildung ist die Unterscheidung in jedem Fall hilfreich.

<sup>142</sup> Selbstredend kann die Trennlinie nicht immer absolut scharf gezogen werden. Geopolitiker wie Mackinder oder seine moderneren Epigonen ließen durchaus in manchen Aspekten organisatorische oder sozialstrukturelle Elemente als intervenierende Variablen zu (so auch Spykman 2008: 18f; 225) – diese wurden aber generell als sekundär betrachtet oder selbst wiederum auf ‚harte‘ physisch-geographische Fakten reduziert. Keineswegs können sie als politische oder soziale Eigenlogik gewertet werden.

Einheitssemantik der *Moral*. Im Falle der frühen geodeterministischen Ansätze könnte man noch annehmen, dass deren Funktion als Einheitssemantik in der Kontinuierung von noch anschlussfähigen gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen aus früheren Epochen stratifizierter Gesellschaft bestand – gewissermaßen als „*Übergangsssemantik*“ (Luhmann 1993a: 83) zur Verringerung evolutionsbedingter Unsicherheiten. Der viel spätere – wenn auch im Wissenschaftssystem meist recht schnell vorübergehende – Erfolg anderer raumbasierter Einheitssemantiken zeigt allerdings, dass eine auf räumlicher Projektion basierende Perspektivenkongruenz auch bei längst etablierter funktionaler Differenzierung zeitweise attraktiv werden kann.

Derartige Narrative gesellschaftlicher Einheitlichkeit geraten dabei tendenziell unter Ideologieverdacht – „Beschreibungen der Gesamtgesellschaft, die entweder den Staat oder die Wirtschaft für zentral halten, nehmen im 19. Jahrhundert die Form von Ideologien an“ (Kieserling 2004: 174) – und werden gerade auch im Hinblick auf religiösen Extremismus häufig im Kontext potenzieller Gewalttätigkeit beobachtet (vgl. Nassehi 2002a: 197). Demgegenüber scheinen die raumbasierten Einheitssemantiken einen eher quietistischen Einschlag zu haben – bis auf vielleicht manche heute radikal erscheinenden, im 19. Jahrhundert noch eher der Norm entsprechenden geopolitischen Texte (vgl. Kap. 3.2.3) lässt sich nur aus den wenigsten der hier betrachteten Raumsemantiken ein gegenüber anderen politischen Ideologien gesteigertes Aggressionspotenzial herauslesen. Es läge die Spekulation nahe, dass in einem solchen einheitsstiftenden Quietismus auch eine latente Funktion insbesondere der geodeterministischen Texte läge: Werden politische Konflikte über den Charakter von Menschen (wie in rassistischen Thesen) oder über deren religiöse Überzeugungen (wie in religiösen Extremismen oder ‚Kulturrassismen‘) beschrieben, so lägen einschlägige gewalttätige Lösungen offensichtlich näher, als wenn eine bestimmte Konfiguration von Steppenländern und Flußläufen als deren Ursache proklamiert würde. Für politik- und sozialwissenschaftlich ambitionierte Raumtheorien indes werden derartige Raumsemantiken trotzdem nicht anschlussfähig:

„Ideologisch werden solche ‚Einheitssemantiken‘ schon dadurch, daß es in den modernen Gesellschaften keinen sozialen Ort mehr gibt, auf den sie sich realistisch beziehen könnten: Im Gegensatz zu vormodernen, z. B. hierarchisch strukturierten Gesellschaften, gibt es hier keine ‚Spitze‘ und kein ‚Zentrum‘ mehr, die in irgendeiner Weise ‚das Ganze‘ repräsentieren, ‚für das Ganze sprechen‘ und für die ganze Gesellschaft das gute Ganze begreifen (d. h. in der Gesellschaft perspektivfrei abbilden) könnten. Das übliche Schicksal solcher quasi-religiösen Einheitssemantiken ist leicht zu verfolgen. Sobald sie expliziert werden, d. h. unter Beobachtung



2. Ordnung geraten, erscheint die jeweilige Einheit/Ganzheit/Totalität (z. B. ‚Natur‘) nur noch als eine Möglichkeit neben anderen.“ (Hard 2003: 348)

Das Resultat der Untersuchung politischer Raumsemantiken besteht letztlich in einer solchen Entzauberung. Hatte die naturalisierende Raumsemantik des Aristoteles ebenso wie die von Ibn Khaldūn noch eine sozialstrukturelle Relevanz im Sinne der Erhaltung von Zugehörigkeit zu einer in Zentrum und Peripherie differenzierten Gesellschaft (vgl. Kap. 2.3.2; 3.1.1), so wäre diese Relevanz bei den Geopolitikern ebenso wie bei Deterritorialisierungsnarrativen und kritischer Geopolitik allenfalls in einer polemischen Funktion im Rahmen von Elitenkonkurrenz oder in der Wiedergabe von an bestimmte Milieus gebundenen Präferenzen oder dergleichen zu suchen. Bei den von ihrer Wortwahl und Theoriearchitektur her schon antiquiert wirkenden geopolitischen Semantiken stellt dies vermutlich eine geringere Überraschung dar als bei den aktuellen, sozialwissenschaftlich formulierten Beschreibungen der Deterritorialisierung und der kritischen Geopolitik. Zu einem sehr ähnlichen Ergebnis kommt ein systemtheoretisch vorgehender Geograph im Bezug auf Raumsemantiken generell, es

„[...] läge die Bedeutung raumbezogener Semantiken in der Bereitstellung einer *coping*-Strategie für die durch Unsicherheit hervorgerufene Krisenanfälligkeit der Gesellschaft, indem sie raumbezogene Übersichtlichkeit als Semantik (oder Schema) der sozialstrukturell erfahrbaren Unsicherheit und erschwerten Orientierung gegenüber stellt und letztere absorbieren hilft. Es ginge dann zwar weiterhin um das Ziel gesellschaftlicher Integration, aber nicht mehr als *räumliche* Integration der Kommunikation (also als *harte* sozialstrukturelle Wirklichkeit), sondern um das Wuchern raumbezogener Semantiken als Kompensation zum Verlust räumlicher Integration (also als *weiche*, auf Reflexion bezogene semantische Wirklichkeit). Und dann kann man formulieren, dass die Vorstellung des Endes *des* Raums (etwa im Sinne einer Verdichtungsmaschine für Kommunikation) zur Garantie des Fortbestandes *von* raumbezogenen Semantiken wird, die jetzt die Funktion der (semantischen) Integration zu übernehmen *versuchen*.“ (Redepenning 2006: 133f)

Gerade der Erfolg von Raumsemantiken als Literatur und sicherlich in der politischen Rhetorik demonstriert aber auch, dass derartige Ganzheitsvorstellungen keineswegs immer unter die Formel einer „linearen Nachträglichkeit“ (Stäheli 1998: 317) der Semantik gefasst werden können, die Veränderungen in der Sozialstruktur lediglich zeitverzögert nachvollzieht. Vielmehr scheinen politische Raumsemantiken unabhängig von der ihnen zugrundeliegenden Sozialstruktur *stets* die Form einer gedachten Landkarte anzunehmen, auf der alle

Unterscheidungen einer polylogischen Gesellschaft sich der einen zur Verfügung stehenden Projektion des gedachten Kartographen zu fügen haben. Dies würde in einer funktional differenzierten Gesellschaft eine kaum behebbare Schwäche darstellen – wenn man diese Semantiken denn als wissenschaftlich anschlussfähige Raumtheorien und nicht als lediglich politische Positionierung oder dergleichen verstehen möchte. Da derartige Ansprüche durchaus noch vertreten werden (Ó Tuathail 1996: 255f), erscheint eine raumtheoretische Abhilfe als durchaus geboten. Ein denkbarer systemtheoretischer Ansatz dazu soll im Folgenden vorgestellt werden.

## 4. Räumliche Formen als parasitäre Codierung der Macht

### 4.1 Zur Operation räumlicher Formen im Medium der Macht

Dennoch dürfte feststehen, dass politische Systeme immer noch *auch* über die Einschreibung räumlicher Differenzen in ihre machtbasierten Formen kommunizieren, und dass sie sich dafür einer Vielzahl von Formen bedienen, die teilweise aus den oben beschriebenen Raumsemantiken gewonnen werden, dies aber typischerweise ohne eine vollständige Übernahme des entsprechenden Sinngehalts. Man könnte eine weitere Funktion der verschiedenen politischen Raumsemantiken darin sehen, den ästhetischen Gehalt verschiedener historischer Raumformen für eine eventuelle spätere Verwendung aufzubewahren. Kein politisches System könnte sich aber langfristig durch die ständige Übernahme von Einheitssemantiken dieser Art selbst überfordern, ohne in totalitäre Formen überzugehen oder sonstige problematische Entwicklungen etwa in Form von „Entdifferenzierung“ zu zeitigen – oder diese in Form der „Politisierung“ bei anderen Funktionssystemen zu bewirken (vgl. Bora 2001: 177f). Die Produktion von Raumsemantiken dieser Art ist für die politische Theorie keine erstrebenswerte Aufgabe. Was man allerdings sehr wohl beobachten kann, ist eine häufige punktuelle, gewissermaßen eher taktische als strategische Übernahme von einzelnen räumlichen Formen im Verlauf ‚normaler‘ politischer Kommunikation.

Es spricht m. E. nichts dagegen, diese punktuelle Übernahme als Bildung von räumlichen *Machtformen* zu bezeichnen – nur eben, dass diese Formen nicht notwendigerweise in einer Gestalt auftauchen, die man landkartenanalog als dauerhafte physische oder virtuelle Realität oder als intentionales Handeln im Sinne der deterministischen oder voluntaristischen Raumsemantiken beschreiben könnte. Vielmehr tauchen räumliche Machtformen wie oben beschrieben *parasitär* (Kap. 2.2.2) auf als Form einer spezifischen Codierung politischer Kommunikation im Medium der Macht. Die Metapher der Grenze eignet sich zu deren Beschreibung insofern, als dass mit ihr auch auf die Funktion *machtbasierter* räumlicher Unterscheidungen zur Beschränkung von Handlungsspielräumen und somit der Ermöglichung anderweitiger, in quasi-anarchischen sozialen Situationen unbegrenzter Handlungsspielräume und insofern in der Tat *grenzenloser* Kontingenz nicht gegebenen Anschlussmöglichkeiten für Kommunikation hingewiesen wird (vgl. Luhmann 1988: 93). Es handelt sich bei diesen Formen aber nicht notwendigerweise um chorische Formen der Verräumlichung.

Die spezifische Form der Performanz räumlicher Grenzen könnte für das politische System etwa darin liegen, bei der Kommunikation von Verhaltenszumutungen an Personen in

spezifizierten Strukturen mit *weniger komplexen*, da visualisierten, naturalisierten, technisierten oder anderweitig ästhetisch codierbaren Beschreibungen auszukommen, als dies ohne den Rückgriff auf räumliche Formen möglich wäre (vgl. Hard 1986: 79). Das Problem der oben beschriebenen Raumsemantiken *als Theorien* läge dann vor allem darin, dass sie diese Visualisierung, Ästhetisierung, Technisierung oder Naturalisierung radikalisierten und als universelle Logik politischer Existenz zu fassen suchen.

Mit der Figur des parasitären Raums (Kap. 2.2.2) kann eine solche Überdeterminierung vermieden werden. Potenzielle Raumdifferenzierungen sind im Rahmen der in der modernen Gesellschaft relevanten funktionalen Codes stets *sekundäre* Formen und innerhalb der systemischen Gesellschaftstheorie keineswegs als primordiale Unterschiede zu denken (Luhmann 1997: 166f). Vielmehr reduzieren räumliche Formen *innerhalb* spezifischer sozialer Systeme Komplexität, in dem sie das Zustandekommen bestimmter Kommunikationen erleichtern und andere unterbinden – in Organisationen aller Art über die Unterteilung in Büros, in der Wirtschaft etwa über Produktionsketten und regionalisierte Märkte, in der Religion über Stätten besonderer Heiligkeit – und in der Politik klassischerweise über territorial beschriebene Machtrelationen (vgl. Kap. 1.1), ohne dass diese die einzigen zentralen Formen politischer Raumformen darstellten, wovon angesichts der Ubiquität territorialer Differenzierungen auch systemtheoretische Ansätze zur Grenztheorie noch häufig ausgehen (Schimank 2005: 398). Vielmehr werden verschiedene Raumformen bei dieser Betrachtungsweise insofern flexibel, als dass sie ohne Tangierung der gesamtgesellschaftlichen Tiefenstruktur funktionaler Differenzierung oder der basalen Operationsweise des politischen Systems modifiziert oder ausgetauscht werden könnten (vgl. Kuhm 2000: 333f).

Entscheidend für die Funktionalität von räumlichen Formen wäre dabei die Frage, in welcher Form sie parasitär an der Autopoiesis von Politik partizipieren. Wie bereits angedeutet ist die territoriale Eingrenzung segmentärer Binnendifferenzierungen analog zu älteren sozialwissenschaftlichen Modellen von Container-Gesellschaften zu sehen, die sich in ihrer Grundstruktur auf prämoderne Gesellschaftsformationen zurückführen lassen, was in der Moderne eine semantische Identifikation der Gesellschaft mit dem Territorialstaat impliziert (Stichweh 2005: 177). Diese Assoziation ist aber nicht notwendig zwingend. Man könnte anstelle derartiger ‚Container-Modelle‘ bei der politiktheoretischen Beschreibung räumlicher Phänomene davon ausgehen, dass räumliche Formen innerhalb der Operationen des politischen Systems mitgeführt werden und dabei die Leistung einer über Visualisierung oder Naturalisierung erhöhten Anschlussfähigkeit erbringen. Es wäre dies gegenüber der

Betrachtung von Raumsemantiken ein bescheidenerer, gewissermaßen mikropolitisch-er Ansatz, der aber gegenüber ‚großen Erzählungen‘ politischer Raumsemantiken den Vorteil mitbringt, für gesellschaftstheoretische Überlegungen und entsprechend informierte empirische Forschungen anschlussfähig zu sein. Die folgenden Überlegungen können als Plädoyer für eine derartige Herangehensweise in der politikwissenschaftlichen Forschung zum Thema Raum gelesen werden.

Das Medium Macht und die durch dieses erzeugten Anschlussmöglichkeiten für den Parasiten-Raum sollen dabei im Zentrum der Überlegungen stehen. Die spezifische Unterscheidung des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Macht ist die von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit, wobei im Falle der Nichtbefolgung von unter Annahme von Machtüberlegenheit gegebenen Anordnungen als letzte „Vermeidungsalternative“ die Anwendung physischer Gewalt als *symbiotischer Mechanismus* der Politik als Möglichkeit angenommen werden muss (vgl. Kap. 2.2.1) – ohne aber, dass machtbasierte Kommunikation in ihrer operativen Verwendung stets gleich mit einer Gewaltdrohung verbunden wäre. Ganz im Gegenteil: Die ständige Anwendung von physischer Gewalt innerhalb eines politischen Systems würde einem ständigen Abheben von Geld seitens der Kontoinhaber einer Bank entsprechen – mit den entsprechend desaströsen Konsequenzen: Die Anschlussfähigkeit von Kommunikation (in Form von Geld oder Macht) ginge verloren, das System würde letztlich kollabieren (vgl. Luhmann 1988: 64f).

Politische Systeme stehen also unter dem ständigen Druck, Alternativen zur Anwendung von Gewalt bereitzustellen, die nicht eine einfache Nichtbefolgung von machtbasierter Kommunikation, sondern vielmehr ein frühzeitiges Aufzeigen von Vermeidungsalternativen zum Gegenstand haben. Selbstredend ist auch für die letztendliche Anwendung von Gewalt eine Verortung der Körper der davon Betroffenen notwendig, worauf bestehende systemtheoretische Territorialitätstheorien hinweisen (Junge 1995; Schimank 2005) – derartige Überlegungen stellen letztlich eine systemtheoretische Aktualisierung des Zusammenhangs von „Ordnung und Ortung“ bei Schmitt (1997: 13f) oder zumindest eine Übernahme von dessen Begrifflichkeit dar.

Ich halte eine solche *direkte* Verbindung zwischen Raum und physischer Gewalt als Symbiont der Politik für wenig sinnvoll, auch Schmitt nimmt diese Assoziation in dieser Form nicht vor, sondern bezeichnet alle denkbaren Gegebenheiten als durch räumliche Zuordnung einer rechtlichen Definition unterzogen. Die Verortung von Körpern unter dem Gesichtspunkt der potenziellen Gewaltanwendung gegen sie wäre keine Verräumlichung von *Politik*, sondern eine Verräumlichung von *Konflikt* – eine sicherlich im Bezug auf Politik auch überaus

wichtige Überlegung, aber keine, die die ubiquitäre Rolle von räumlichen Formen in politischen Selbstbeschreibungen zufriedenstellend erklären würde. Auch in anderen Funktionssystemen – man denke an die Medizin! – ist der potenzielle Zugriff auf den Menschen als Körper entscheidend, die organisatorische Verräumlichung von Krankenhäusern betrifft aber nur den tatsächlich erfolgenden Zugriff auf den Patienten in Form einer „Kulisse“ für Interaktion (vgl. Klüter 2002: 146).

Viel entscheidender für die im Verlauf funktionaler Differenzierung zunehmend komplexere administrative Verhaltenssteuerung durch das politische System dürfte die Notwendigkeit der Erzeugung von Vermeidungsalternativen sein. Auch das Medizinsystem oder das Wirtschaftssystem können nicht nach Belieben auf symbiotische Bedürfnisbefriedigung zurückgreifen – sie verfügen dabei aber über andere Optionen zur Generation von Vermeidungsalternativen: Man könnte für das Medium Geld etwa einen äquivalenten Mechanismus im Zins sehen, der anstelle des sofortigen Konsums einen noch größeren zukünftigen Konsum verspricht – und im Medium der Krankenbehandlung wird vermutlich ohnehin nur selten eine freiwillige unnötige Inanspruchnahme von Heilungsprozessen erfolgen. Politik verfügt im Hinblick auf ihren symbiotischen Mechanismus über keine derartige „automatische“ Vermeidungsalternative. Ein von Luhmann entsprechend beschriebener und in mancher Hinsicht der hier vorgeschlagenen Funktionsweise räumlicher Formen in der Politik analoger Mechanismus ist im System der Wissenschaft zu beobachten: „Reputation“ von Wissenschaftlern informiert in genereller Weise über die vermutete Relevanz von unter deren Namen publizierten Texten und nimmt somit die „Form eines *Nebencodes* des Wahrheitsmediums“ an (Luhmann 1991: 246f) – dessen Verwendung erlaubt es unter anderem, nicht jedes publizierte Forschungsergebnis sofort einer Prüfung seiner Richtigkeit zu unterziehen, sondern zunächst angesichts der Reputation des Verfassers das Ergebnis als wahr zu behandeln.

Analog dazu kann der Adressat politischer Kommunikation zunächst davon ausgehen, dass politisch codierte Raumformen in der Tat an entsprechende Machtressourcen gekoppelt sind und im Falle drastischer oder ständiger Erwartungsverweigerung letztendlich doch eine Drohung und ein schließlicher Gewalteinsatz erfolgt. Umgekehrt kann auch bei der *Infragestellung* politischer Entscheidungen die punktuelle regelwidrige Besetzung von Räumen eine – zudem medial wirksame – Form der Auseinandersetzung darstellen (vgl. Kaltmeier 2012: 76), die letztlich sowohl dem Protest als auch der Legitimation politischer Strukturen dient: Dissens wird als Regelverstoß öffentlich gemacht, aber die Wirksamkeit des Mediums Macht wird, da ja keine Gewalt eingesetzt wird, auch bestätigt. An die Stelle der

gelegentlichen exemplarischen Bestrafungen von Devianz in der vormodernen Gesellschaft tritt die strukturelle, chronifizierte und territorialisierte, verräumlichte Eskalationsdominanz des Staates – auch ohne panoptischen Überwachungsmechanismus, der eine ständige Normkonformität gewährleisten würde (vgl. Kap. 1.2).

Raum wird so über eine analoge Sekundärcodierung zu einem Funktionsmodus der Macht als symbolisch generalisiertem Kommunikationsmedium, und diese Generalisierung erlaubt dem politischen Subsystem der Gesellschaft nun eine erhebliche Reduktion von Umweltkomplexität, da es nicht mehr für jede einzelne Verhaltenszumutung Drohungen und Versprechungen bereithalten muss und sich damit weitreichendere Möglichkeiten der Beeinflussung des Entscheidungsspielraums des Publikums sichert (vgl. Luhmann 1988: 67f). In diesem Sinne erscheint es sinnvoll, räumliche Formen im Medium der Macht nicht (lediglich) als eine Form der systemischen Binnendifferenzierung zu sehen, sondern vielmehr als parasitäre *Zweitcodierung* zu betrachten, die jeweils in spezifischer Form an die Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit anschließt. Diese Unterscheidung würde somit durch die Einführung des räumlichen Parasiten kopiert in eine Unterscheidung von Stelle und Objekt. Unerheblich ist dabei zunächst, an welcher Seite die Raumform an Machtkommunikation anschließt – je nach Situation können eine Vielzahl von Objekten und Stellen entsprechend codiert werden (vgl. Kap. 2.2.6). Entscheidend für die Funktionalität räumlicher Formen in der Politik dürfte vielmehr die Art und Weise der Sekundärcodierung in der Form der Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit sein.

		Raumform		
		Territorial	Hegemonial	Exkludierend
Sinndimension	Sachdimension	Staatsgrenzen, Kataster, Regionalisierungen, ...	Imperien, Stadt/Land-Differenzen, Mobilitätsregime, ...	Globale Allmende, gescheiterte Staaten, disziplinäre Institutionen, ...
	Sozialdimension	Homogenisierung	Hierarchisierung	Depersonalisierung
	Zeitdimension	Synchronisierung	Linearisierung	Desynchronisierung

Abbildung 10: Politische Raumformen in den Sinndimensionen (eigene Darstellung)

## 4.2 Territoriale Formen

Im Falle *absoluter* Verräumlichung von Macht kommt es zu einer Form, die ich hier im Anschluss an die klassische Terminologie als *territorial* bezeichnen möchte: Die Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit wird in einem gemeinsamen Raum verortet und somit in der Zeitdimension *synchronisiert*. Gleichzeitig findet in der Sozialdimension eine *Homogenisierung* statt: Die Anwesenden – die nicht notwendigerweise natürliche Personen sein müssen, es kann sich auch um organisatorische Adressaten handeln – stehen unabhängig von ihrer Rolle als Machthaber oder Machtunterwerfener innerhalb einer Machtbeziehung mit identischen Relevanzkriterien. Dabei handelt es sich bei territorialen Machtbeziehungen in diesem Sinne nicht notwendigerweise um einen „Behälter-Raum“ (Schroer 2006: 178): Auch die Teilnehmer an einer Demonstration und die sie überwachenden Polizisten oder Autofahrer und die sie überwachende Verkehrspolizei – in beiden Fällen plausible Kandidaten für eine rhizomatische Raumbeschreibung (vgl. Kaltmeier 2012: 76) – befinden sich in dieser Situation in einer territorialen Machtbeziehung. Ob die Raumform chorologisch oder rhizomatisch beschrieben wird, ist in dieser Hinsicht vor allem für die Anschlussfähigkeit im Bezug auf die Behandlung der Situation als Ereignis oder als dauerhafte Erwartbarkeit von Bedeutung (siehe Kap. 2.2.5). Entscheidend ist, in welcher Weise jeweils durch sekundäre räumliche Unterscheidungen an die Territorialisierung von Machtkommunikation angeschlossen wird (vgl. Kap. 2.2.1). Die generell häufigste Form, die chorologische Territorialisierung als Staatsgebiet, dürfte zum einen der Anschlussfähigkeit an überkommene Semantiken sein und zum anderen der Zentralität des Staates als der definitiven Selbstbeschreibung des politischen Systems (vgl. Luhmann 2000: 190).

Schließlich kann die Territorialisierung von Macht auch als Handlung dem System als Eigenleistung zugerechnet werden oder aber als Determinismus systemexternen Zwängen zugerechnet werden. In ersterem Fall wird über die mögliche politische Infragestellung eine Verunsicherung des politischen Systems bewirkt, wie sie etwa durch die Theorie der verräumlichten Ausnahmezustände in Flüchtlingslagern bei Agamben sowie entsprechender zivilgesellschaftlichen Proteste gegen entsprechende Grenzsicherungspolitiken *als Politik* demonstriert wird (Kap. 1.2). In letzterem Fall würde eine kausale Zurechnung erschwert und eine Akzeptanz der betreffenden Form von Machtgebrauch erleichtert – andererseits aber auch das Risiko einer Ausweitung potenzieller Konflikte über die dann implizierten Fremdreferenzen entstehen (vgl. auch Kleinschmidt/Strandsbjerg 2010: 11f). Eines von zahlreichen hier geeigneten Beispielen wären etwa die naturräumlichen Differenzierungen der



Erde bei Herder – eine an sich an der ‚fairen‘ Aufteilung von Raum durch erdräumlich markierte Abgrenzungen interessierte Semantik wandelte sich im Streit um die Rheingrenze binnen weniger Jahre zum Anlass kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich (Kap. 3.1.4).

Schließlich kann die Territorialisierung von Politik auch als materiell oder virtuell beobachtet werden. Diese Beobachtung muss wiederum von einem externen Beobachter zweiter Ordnung nicht als Realitätsdefinition akzeptiert werden – vielmehr wäre es möglicherweise produktiv, hier eine tendenzielle Rekursivität anzunehmen und deren Prozessieren zwischen der dadurch gekennzeichneten Aktualität und Potenzialität politischer Räumlichkeit zu beobachten (Kap. 2.2.3). Die Errichtung von Grenzbefestigungen oder Gefängnissen wird aufgrund bestimmter Planungen vorgenommen, die anschließend als materielle Fakten umgesetzt werden, bis wieder die zugrundeliegenden textförmigen Ideen in Frage gestellt und entsprechende Änderungen gefordert und eventuell umgesetzt werden. Bisherige Raumtheorien der Politik gehen hier typischerweise von einem statischen Verhältnis aus: Die in der Politikwissenschaft verbreitete Orientierung am Staatsgebiet als Rechtsnorm (Kap. 1.1) etwa beobachtet die stete Reaktion auf diese Norm in Form politischen Handelns, geopolitische Semantiken nehmen eine einmalige Kartierung physischer Räume vor (Kap. 3.2.1), und im Rahmen der kritischen Geopolitik wird eine generelle Charakterisierung jeglicher Verräumlichung von Politik als interessen geleiteter Texte vorgenommen (Kap. 3.4).

Durch die operative Beobachtung des Funktionierens räumlicher Unterscheidungen *im* politischen System könnte hier eher eine komplexitätsangemessene Betrachtungsweise erreicht werden: „Raum ist stabil, weil er dynamisch ist“ (Redepinning 2006: 131). Preis dafür ist sicherlich der theoriebedingte Wegfall von Fragen nach „Interessen, Intentionen und Handlungen“ (Eigmüller 2007: 29; 33). Andererseits könnte man behaupten, dass der in dieser Hinsicht an materialistischen Raumtheorien meist kritisierte Schwachpunkt – nämlich die Fiktion eines beobachterunabhängigen Raumes, der mit absoluter Objektivität betrachtet werden kann – durch die Theoriefigur des sequenziell beobachtenden und seinerseits beobachteten Beobachters keinesfalls mehr gegeben ist (Luhmann 1991: 74f). Hauptvorteil dürfte allerdings sein, dass ohne jegliche Modifikation an den theoretischen Grundlagen – und trotz des häufig angenommenen räumlichen Desinteresses der Systemtheorie – die Beobachtung einer Multiplizität von Räumen ermöglicht wird, die sich eben nicht auf eine Modifikation oder Kritik überkommener Raumsemantiken stützt. Die territoriale Verräumlichung von Politik ist eine wichtige und häufige Operation politischer Systeme, die nicht nur aus überkommenen Traditionen heraus reflektiert werden sollte, sondern aus

theoretischen Überlegungen ableitbar müsste. Gleichzeitig ist sie keineswegs die einzige, und es ist nicht von vornherein notwendig, ihr einen epistemischen Sonderstatus zuzusprechen.

#### 4.4 Hegemoniale Formen

Im Falle der *relationalen* Verräumlichung von Macht ist eine Form zu beobachten, die ich – ebenfalls unter versuchsweiser Beibehaltung passend scheinender Begriffe aus der politischen Ideengeschichte – als die *hegemoniale* Form bezeichnen möchte. In diesem Fall tritt nicht die Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit in eine wie auch immer strukturierte räumliche Unterscheidung ein, sondern umgekehrt:<sup>143</sup> Die räumliche Unterscheidung tritt ein in das Medium Macht, jegliche räumliche Differenzierung markiert somit auch ein Machtgefälle. In der Sozialdimension wäre somit von einer *Hierarchisierung* der von der Verräumlichung betroffenen Adressaten machtbasierter Kommunikation auszugehen – und zwar nicht nur im Sinne einer Aufteilung in Machthaber und Machtunterworfenen, sondern im Bezug auf die Zuweisung jeweils anderer Relevanzkriterien an beide Seiten: Die Bezeichnung der überlegenen Seite ist spezifisch, etwa im Sinne eines formalen Machtkreislaufs, während auf der anderen Seite „unstrukturierte und entstrukturierende Komplexität“ unterstellt wird, die typischerweise als Schwundform der Strukturen auf der überlegenen Seite betrachtet wird (Neves 2007: 201f). In dieser Hinsicht könnte man in der Zeitdimension von einer *Linearisierung* der zeitlichen Verhältnisse sprechen – eine Seite liegt im Aufbau von Eigenkomplexität und in der Reduktion von Fremdkomplexität zeitlich vorn, und die hegemoniale Unterscheidung würde im Falle eines wie auch immer gearteten Gleichziehens zusammenbrechen.

Hier kann man auf zahlreiche Beschreibungen der Differenzierung von Zentrum und Peripherie zurückgreifen, die häufig strukturanaloge Phänomene beschreiben – ähnlich wie mit der territorialen Form eine segmentäre Differenzierung impliziert wird, auch wenn beide Formen zunächst nur operative Kopplungen der Medien Macht und Raum beschreiben. Selbstredend ist hier ebenso die sekundäre Information der hegemonialen Form über die bereits genannten Unterscheidungen denkbar. Eine materielle und deterministische Operationalisierung wäre etwa die Beschreibung der zentralasiatischen Reitervölker durch Mackinder (Kap. 3.2.3), wobei sich durch die Entwicklung der Seefahrt das Verhältnis der

---

<sup>143</sup> Handlungstheoretisch formuliert bedeutete dies, dass „Raum in den Handlungsverlauf eingerückt wird“ (Löw 2001: 268). In der hier vertretenen systemtheoretischen Perspektive auf die Unterscheidung absoluter und relationaler Räume (siehe Kap. 2.2.6) wird entsprechend Raum parasitär in die Unterscheidungen des Wirtssystems eingefügt.

Hegemonie umkehrt. Ein kontemporäres Äquivalent könnte man etwa in den verschiedenen Regimen globaler Mobilität sehen (Shamir 2005: 199), welches Personen aus bestimmten Gebieten die Einreise in bestimmte andere Räume erschwert oder erleichtert. Die Grenzlinie verläuft in diesem Fall zwischen den Territorien der Peripherie, die als Ausgangspunkt privater Gewalt in Gestalt von Terrorismus und Kriminalität, und solchen des Zentrums, die als Ziel oder ‚Opfer‘ derartiger Gewalt beobachtet werden (ebd.: 204f) – und dementsprechend eine Vermeidungsalternative zum eigenen Gewaltgebrauch in Gestalt von verschiedenartigen, „qualitativ abgestuften Grenzregimes“ konstruieren müssen oder wollen (Huhnholz 2010: 19), je nachdem, ob und wie die Unterscheidung von Determinismus und Voluntarismus hier gehandhabt würde.

Aber abgesehen von zwischenstaatlichen hegemonialen Verräumlichungen sind auch zahlreiche Operationen der hegemonialen Unterscheidung in kleineren räumlichen Maßstäben zu beobachten. Dabei wäre etwa an die neuzeitliche Betonung der Wichtigkeit der Hauptstadt zu denken, die nicht nur im Bezug auf militärische und politische Dominanz über ihr Gebiet, sondern auch als „Beispiel für gute Sitten“ und als „Ort des Luxus“ ihre Überlegenheit ausstrahlen sollte (Foucault 2006: 31). Derartige urbane Prärogative sind aber keineswegs ein historisches Phänomen – bis heute werden etwa durch das „hukou“-System Millionen chinesischer Landbewohner von Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und anderen öffentlichen Dienstleistungen, die aber qualitativ hochwertig nur in Städten erhältlich sind, ausgeschlossen und so in weitgehend rechtlose Einwanderer im eigenen Land verwandelt (Zhang/Tao 2012: 2884).

Diese Operationen scheinen einer einheitlichen Logik zu folgen, nach der für Personen innerhalb des hegemonialen Zentrums weitgehende Bewegungsfreiheit herrscht, der Zugang *zum* Zentrum allerdings bisweilen harten Beschränkungen unterliegt – während die Reise aus dem Zentrum in die Peripherie meist relativ problemlos möglich ist (auch wenn seitens staatlicher Behörden möglicherweise vor ihrer Gefährlichkeit gewarnt wird). „Zentrum bedeutet Emanzipation von der geographischen Lage, Peripherie bedeutet Reduktion auf die geographische Lage“ (Sprengel 1999: 107) – so würde eine materielle Verräumlichung der hegemonialen Form politischer Räume plausibel zusammengefasst. Angesichts der betroffenen Masse von Menschen ist es eigentlich nicht von vornherein einleuchtend, dass solche innerstaatlichen Abgrenzungen als grundsätzlich weniger relevant als internationale Grenzregime gewertet werden. Unzählige weitere Beispiele könnten genannt werden.

## 4.5 Exkludierende Formen

Schließlich ist logisch noch eine dritte basale Form der operativen Kopplung räumlicher Unterscheidungen an die Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit denkbar – nämlich eine solche der Dissoziation eines bezeichneten Raumes vom Medium der Macht, die ich hier als *exkludierende* Form bezeichne und damit schlicht der systemtheoretischen Terminologie folge. In diesem Fall wird eine, wie auch immer strukturierte Raumform zwar bezeichnet, aber lediglich im Sinne der Abwesenheit von Macht als symbolisch generalisiertem Kommunikationsmedium. Sie verweist auf den unmarkierten Raum der Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit. Die Exklusion von Personen aus sozialen Zusammenhängen wurde bereits in historischen Gesellschaften tendenziell verräumlicht – in einer funktional differenzierten Gesellschaft ist Exklusion hingegen ein kumulativer Prozess jeweils systemspezifischer Prozesse (Stichweh 2005a: 52). Mit einer solchen Exklusion ist in der Sozialdimension eine *Depersonalisierung* verbunden, was nichts anderes bedeutet, als dass strukturell nicht erwartet werden kann, dass in solchen Räumen verortete Personen als Adressaten für weltgesellschaftliche Kommunikation in Frage kommen – oder möglicherweise nur dann, wenn in Sonderfällen ihre fallweise Inklusion durch Organisationen oder Familien sichergestellt ist. In der Zeitdimension könnte man von einer *Desynchronisierung* sprechen – der normale zeitliche Ablauf funktionaler Routinen in den ‚Normalbereichen‘ der Gesellschaft wird hier nicht als gültig angenommen, auch historisch entfernt anmutende Differenzierungsformen und Praktiken können hier noch als normal akzeptiert werden.

Es sind dies Räume, in denen mit der Fungibilität symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien (Macht, Geld, Recht, usw.) nicht ohne weiteres zu rechnen ist, was im Extremfall bis hin zu einer „aufs Körperliche reduzierte[n] Existenz“ (Luhmann 1995b: 147) gehen kann und insofern auch die Wirksamkeit des symbiotischen Mechanismus politischer Systeme untergräbt. Neben der vermutlich ersten systemtheoretischen Assoziation von Exklusionsräumen mit urbanen Exklusionsphänomenen, die die von Luhmann selbst eingeführte Form darstellte, sollten aber auch solche Formen nicht ignoriert werden, die auf einer naturräumlich-deterministischen Grundlage aus dem weltpolitischen System exkludiert werden: Die Form der globalen Allmende von Luft, Meer und Weltraum (Kap. 3.2.1) demonstriert, dass jenseits der Differenzierung in territoriale Segmente, die allesamt fest an das symbolisch generalisierte Medium Macht mit seiner Unterscheidung von Machtüberlegenheit und Machtunterlegenheit gekoppelt sind, und auch jenseits der in Grenzregimes, internationalen Organisationen und bilateralen Verträgen institutionalisierten

Ungleichheit von zentralen und peripheren Staaten eine weitere Ebene der Trennung besteht. Hier scheidet sich die ‚ordentliche‘, territoriale Welt von den unspezifizierten Räumen mit wesentlich lockereren Restriktionen von Gewaltdrohungen – auch wenn es sich bei dieser Form der Exklusion um eine graduelle, nicht totale handelt, auch auf hoher See bleiben Personen Rechtsträger, Wirtschaftssubjekte und dergleichen. Die routinierte Verlässlichkeit symbolisch generalisierter Macht ist allerdings suspendiert, und ebenso wie andere Raumformen könnte diese Verräumlichung der Exklusion vom Medium Macht mit deterministischen, voluntaristischen, materiellen oder virtuellen Qualitäten beobachtet werden und würde entsprechend in ihrer Anschlussfähigkeit an weitere Kommunikation modifiziert (vgl. Steinberg 2001).

Diese Situation der globalen Allmende könnte ebenfalls – und während diese Identifikation paradox klingt, ist sie medientheoretisch angemessen – in den disziplinaren Institutionen Foucaults zu beobachten sein (1994) – auch hier ist statt der wechselseitigen Beschränkung individueller Entscheidungsspielräume, auf der das Medium Macht beruht, ein Ausschluss von jeglicher Form machtbasierter Kommunikation gegeben, die durch die Allgegenwärtigkeiten physischen Zwangs in Form materieller Bewegungshindernisse „annulliert“ wird (Luhmann 1988: 61). Andere, verwandte Formen wären etwa die der „rogue states“, von denen ebenfalls ein lediglich zwangs- oder gewaltbasierter Umgang mit der restlichen politischen Welt erwartet wird (Saunders 2006), oder die herrschaftsfreien Räume der „failed states“, denen der Zugang zu internationalen Foren zwar noch auf rechtlicher Basis offensteht, auch wenn mit Machtkommunikation keine Erfolgserwartung mehr verknüpft wird (Luhmann 2000: 226). Im Vergleich zur hegemonialen Form wird hier kein Komplexitätsgefälle, sondern eine letztlich auf nahezu Null geschrumpfte Komplexität oder vielmehr schlicht die völlige Irrelevanz der dort vorhandenen Adressaten auf der Ebene der Funktionssysteme angenommen. Dies bedeutet selbstredend nicht, dass in den Exklusionszonen der Welt keine Kommunikation stattfindet – schließlich handelt es sich bei dem Vorgang der Exklusion selbst um einen auf Operationen des politischen Systems basierenden Prozess, der thematisiert werden kann und wird.

## 5. Fazit: Politische Räume als fraktales Ensemble

Das Thema politischer Räume ist aktuell, wie die zahlreichen Publikationen zum Thema zeigen: „Räumeln ist in“ (Redepenning 2006: 135). Die in dieser Arbeit vorgestellten Überlegungen zu einer möglichen Typologie politischer Räume sollen vor allem demonstrieren, dass die politikwissenschaftliche Forschung zum Raumthema nicht wirklich angewiesen auf prinzipiell die Konstruktion räumlich-gesellschaftlicher Einheit betreibender Raumnarrative, die an ihren heutigen Theoriekorpus ohnehin kaum anschlussfähig sind. Andere Versuche zum Raumthema waren tendenziell gekennzeichnet von der Übernahme eher traditioneller Raumkonzepte aus der rechtsphilosophischen Tradition, wie sie sich in dem starken Interesse an Carl Schmitt und der fortgesetzten Verwendung einfacher territorialer Vorstellungen der Drei-Elemente-Lehre Jelineks ausdrückt. Sie kann dabei gleichzeitig trotz der Zulassung einer großen Varietät an denkbaren Verräumlichungen des Politischen auf zahlreichen Maßstabsebenen theoretische Kohärenz innerhalb einer etablierten Großtheorie wahren.

Insbesondere erscheint es als wichtig, die Vorstellung eines automatischen Antagonismus verschiedenster Verräumlichungen aufzugeben zugunsten der Überlegung, dass es sich bei Territorien und Netzwerken, virtuellen und materiellen, voluntaristisch und deterministisch aufgefassten Räumen keineswegs um exklusive, einander ausschließende Phänomene handelt. Vielmehr sollte davon ausgegangen werden, dass identische Phänomene unter dem Gesichtspunkt verschiedener Anschlussmöglichkeiten mit höchst unterschiedlichen räumlichen Formen beobachtet werden können und werden.<sup>144</sup> In dieser Hinsicht erscheint es als vielversprechend, anstelle groß angelegter Raumtheorien der Politik – wie sie in den hochgradig räumlich überspezifizierten Ansätzen der Geopolitik, der verschiedenen Deterritorialisierungsansätze oder der kritischen Geopolitik zu beobachten sind – eher die Beobachtung der operativen Selbstverräumlichungen politischer Systeme im Rahmen der interessierenden Phänomene zu betreiben.

Schließlich wären – und zwar unabhängig davon, ob man sich für eine systemtheoretische Metatheorie politischer Räume entscheidet oder für ebenfalls denkbare Ansätze etwa aus dem Sozialkonstruktivismus, der Anthropologie und insbesondere aus der gegenwärtig, wie auch

---

<sup>144</sup> So könnte man bezüglich der völkerrechtspolitischen Legitimation des Drohnenkriegs in Pakistan davon sprechen, dass hier gleichzeitig eine hegemoniale Form (im Sinne des Interventionsrechts in einem fremden Staatsgebiet trotz Abwesenheit eines Kriegszustandes), eine exkludierende Form (wegen des faktischen Ausschlusses der lokalen Bevölkerung über die politischen Entscheidungen, die sie betreffen) und auch eine territoriale Form (da die Souveränität Pakistans ja explizit anerkannt wird und möglicherweise sogar durch die Intervention gestärkt wird) vorliegen (Kleinschmidt 2012: 113).

die hier zitierte Literatur demonstriert haben soll, höchst dynamischen sozialgeographischen und raumsoziologischen Diskussion – so theoretische Kartierungen der wechselseitigen Verschränkung der diversen Raumformen in verschiedenen Maßstabsebenen denkbar. Darauf deutet auch die beginnende Rezeption der *scale*-Debatte in der Politikwissenschaft hin: Unabhängig von den gewählten theoretischen Voraussetzungen sollte Globalität nicht mehr mit dem einfachen Verschwinden traditionell definierter Machtbehältergrenzen gleichgesetzt werden, sondern eher mit kontingenten Zusammenhängen zwischen Verräumlichungen von Politik – und anderen Funktionssystemen! – in kleinsten und größten Maßstabsebenen. Die dafür dann geeignete Metapher wäre wohl nicht mehr eine konkretistische wie der Container, das Meer, das Schachbrett oder andere überkommene Raummetaphern früherer Raumtheorien, sondern vielleicht eine Art globale Koch'sche Schneeflocke als Symbol eines globalen Ensembles fraktaler Verräumlichungen des Politischen.

Traditionelle politische Raumsemantiken nehmen in ihrer hier vorgenommenen Neubeschreibung verschiedene Formen der Naturalisierung, der Technisierung, der Moralisierung und der Ästhetisierung des Politischen an. Für derartig zuspitzende Texte wird es sicherlich auch in Zukunft Bedarf geben – sei es aufgrund ihrer politischen Nutzbarkeit, aufgrund ihres Orientierungswerts in einer komplexen Welt oder schlicht aufgrund ihrer bildhaften Anschaulichkeit. Auch weiterhin werden politische Zusammenhänge in allen denkbaren Kontexten in räumlicher Form naturalisiert, technisiert, moralisiert und ästhetisiert werden – dies ist wohl nicht nur unvermeidlich, sondern in vielerlei Hinsicht auch begrüßenswert. Eine dementsprechend zentrale Aufgabe für die diese Entwicklungen begleitende Politiktheorie ist es, die entsprechenden begrifflichen und theoretischen Instrumente für eine Beobachtung und gegebenenfalls Kritik derartiger Konzepte bereitzuhalten, anzuwenden und weiterzuentwickeln. Dazu sollte diese Arbeit einen kleinen, konstruktiven Beitrag leisten.

## Literatur

- Aalto, Pami (2001): *Structural Geopolitics in Europe. Constructing Geopolitical Subjectivity for the EU and Russia* (=COPRI Working Paper), Kopenhagen.
- Abend, Gabriel (2006): Styles of Sociological Thought: Sociologies, Epistemologies, and the Mexican and U.S. Quests for Truth, in: *Sociological Theory* 24/1, S. 1-41.
- Addison, Kenneth N. (2009): "We Hold These Truths to be Self-evident...". *An Interdisciplinary Analysis of the Roots of Racism and Slavery in America*, Lanham, MD.
- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand (Homo sacer II.1)*, aus dem Italienischen von Ulrich Müller-Schöll, Frankfurt a. M.
- Agamben, Giorgio (2006): *Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik*, 2. Aufl., übers. von Sabine Schulz, Zürich/Berlin.
- Agnew, John (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory, in: *Review of International Political Economy* 1/1, S. 53-80.
- Agnew, John (1998): *Geopolitics. Re-visioning World Politics*, London.
- Agnew, John (2006): Religion and Geopolitics, in: *Geopolitics* 11, S. 183-191.
- Agnew, John (2010): Deus Vult: The Geopolitics of the Catholic Church, in: *Geopolitics* 15/1, S. 39-61.
- Agnew, John/Hannah, Matthew G./Sharp, Joanne/Hugill, Peter J./Dowler, Lorraine/Kearns, Gerry (2011): Reading Gerry Kearns' Geopolitics and Empire: The Legacy of Halford Mackinder, in: *Political Geography* 30, S. 49-58.
- Agnew, John/Muscarà, Luca (2012): *Making Political Geography*, 2. Aufl., Lanham, MD.
- Alatas, Syed Hussein (2006): The Autonomous, the Universal and the Future of Sociology, in: *Current Sociology* 54/7, S. 7-23.
- Albert, Mathias (2002): *Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung*, Weilerswist.
- Albert, Mathias/Brock, Lothar/Hessler, Stephan/Menzen, Ulrich/Neyer, Jürgen (1999): *Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie*, Frankfurt a. M.
- Albert, Mathias (2004): On the Modern Systems Theory of society and IR. Contacts and disjunctures between different kinds of theorizing, in: Ders./ Hilkermeier, Lena (Hg.): *Observing International Relations. Niklas Luhmann and World Politics*, London/New York, NY, S. 13-29.
- Albert, Mathias (2007): „Globalization Theory“: Yesterday's Fad or More Lively than Ever?, in: *International Political Sociology* 1, S. 165-182.



- Albert, Mathias/Hilkermeier, Lena (Hg.) (2004): *Observing International Relations. Niklas Luhmann and World Politics*, London/New York, NY.
- Albert, Mathias/Reuber, Paul (2007): Introduction: The Production of Regions in the Emerging Global Order – Perspectives on ‘Strategic Regionalisation’, in: *Geopolitics* 12/4, S. 549-554.
- Albert, Mathias/Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2003): Kritische Geopolitik, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, S. 505-529.
- Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.) (2007): *Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*, Wiesbaden.
- Albrecht, Christoph V. (1998): *Geopolitik und Geschichtsphilosophie 1748-1789*, Berlin.
- Albrecht, Sascha (2012): Pirateriebekämpfung an Land: maritime Optionen Deutschlands, Stiftung Wissenschaft und Politik, online am 18.8.2012: <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/pirateriebekaempfung-an-land-maritime-optionen-deutschlands.html>.
- Alexander, Jeffrey C. (1994): Modern, Anti, Post, and Neo: How Social Theories Have Tried to Understand the “New World” of “Our Time”, in: *Zeitschrift für Soziologie* 23/3, S. 165-197.
- Ambler, Wayne H. (1985): Aristotle’s Understanding of the Naturalness of the City, in: *Review of Politics* 47/2, S. 163-185.
- Anand, Dibyesh (2007): Western Colonial Representations of the Other: The Case of Exotica Tibet, in: *New Political Science* 29/1, S. 23-42.
- Anckar, Carsten (2008): Size, Islandness and Democracy: A Global Comparison, in: *International Political Science Review* 29/4, S. 433-459.
- Andres, Jan/Geisthövel, Alexa/Schwengelbeck, Matthias (Hg.) (2005): *Die Sinnlichkeit der Macht. Herrschaft und Repräsentation seit der Frühen Neuzeit*, Frankfurt/New York.
- Andreski, Stanislaw (1964): *The Uses of Comparative Sociology*, Berkeley/Los Angeles, CA.
- Anter, Andreas (2004): *Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen*, Tübingen.
- Antonsich, Marco/Kolossov, Vladimir/Pagnini, M. Paola (Hg.) (2001): *Europe Between Political Geography and Geopolitics II* (=Memorie della Società Geografica Italiana, Volume LXIII), Rom.
- Appadurai, Arjun (1996): *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis, MN.

- Aristoteles (1989) [zuerst ca. 350 v.Chr.]: *Politik. Schriften zur Staatstheorie*, übersetzt und hrsg. von Franz F. Schwarz, Stuttgart.
- Asada, Sadao (2006): *From Mahan to Pearl Harbour. The Imperial Japanese Navy and the United States*, Annapolis, MD.
- Assmann, Jan (2005): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 5. Aufl., München.
- Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.) (2011): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, Wien.
- Augé, Marc (2011): *Nicht-Orte*, 2. Aufl., München.
- Axtmann, Roland (2007): Humanity or Enmity? Carl Schmitt on International Politics, in: *International Politics* 44, S. 531-551.
- Aydinli, Ersel/Mathews, Julie (2008): Periphery theorising for a truly internationalised discipline: spinning IR theory out of Anatolia, in: *Review of International Studies* 34, S. 693-712.
- Baecker, Dirk (2000): Kommunikation im Medium der Information, in: Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.): *Kommunikation – Medien – Macht*, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 329-341.
- Baecker, Dirk (2004): *Wozu Soziologie?*, Berlin.
- Baecker, Dirk (2005): A Note on Space, in: *German Law Journal* 6/1, S. 65-69.
- Baecker, Dirk (2007): *Form und Formen der Kommunikation*, Frankfurt a. M.
- Baecker, Dirk/Krieg, Peter/Simon, Fritz B. (Hg.) (2002): *Terror im System. Der 11. September und die Folgen*, Heidelberg.
- Baecker, Dirk/Münkler, Herfried/Hagen, Wolfgang (2009): „Was ist Politik“ – oder war Luhmann doch unpolitisch?, in: Hagen, Wolfgang (Hg.): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*, Berlin, S. 133-160.
- Bahrenberg, Gerhard (1987): Unsinn und Sinn des Regionalismus in der Geographie, in: *Geographische Zeitschrift* 75/3, S. 149-160.
- Bahrenberg, Gerhard/Kuhm, Klaus (1999): Weltgesellschaft und Region – eine systemtheoretische Perspektive, in: *Geographische Zeitschrift* 87/4, S. 193-209.
- Baraldi, Claudio/Corsi, Giancarlo/Esposito, Elena (1997): *GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*, Frankfurt a. M.
- Barber, Benjamin R. (1997): The New Telecommunications Technology: Endless Frontier or the End of Democracy?, in: *Constellations* 4/2, S. 208-228.

- Bardmann, Theodor M./Dollhausen, Karin/Kleinwellfonder, Birgit (1992): Technik als Parasit sozialer Kommunikation: Zu einem konstruktivistischen Ansatz sozialwissenschaftlicher Technikforschung, in: *Soziale Welt* 43/2, S. 201-216.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace, online am 2.5.2011: <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html>.
- Barnett, Lincoln (1951): *Einstein und das Universum. Mit einem Vorwort von Albert Einstein*, Frankfurt a. M.
- Barnett, Thomas P. M. (2004): *The Pentagon's New Map. War and Peace in the Twenty-First Century*, New York, NY.
- Bartelson, Jens (2010): The Social Construction of Globality, in: *International Political Sociology* 4/2010, S. 219-235.
- Baruzzi, Arno (2001): Kritik der Moderne nach Voegelin und Heidegger. Thesen und Fragen, in: *Zeitschrift für Politik* 48/3, S. 257-267.
- Basham, Lee (2006): Malevolent Global Conspiracy, in: Coady, David (Hg.): *Conspiracy Theories: The Philosophical Debate*, Aldershot, S. 93-106.
- Bassin, Mark (1987): Imperialism and the nation state in Friedrich Ratzel's political geography, in: *Progress in Human Geography* 11, S. 473-495.
- Bassin, Mark (2002): Imperialer Raum/Nationaler Raum. Sibirien auf der kognitiven Landkarte Rußlands im 19. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28, S. 378-403.
- Bassin, Mark (2005): Blood or Soil? The *Völkisch* Movement, the Nazis, and the Legacy of Geopolitik, in: Brüggemeier, Franz-Josef/Cioc, Mark/Zeller, Thomas (Hg.): *How Green Were the Nazis? Nature, Environment, and Nation in the Third Reich*, Athens, OH, S. 204-242.
- Bassin, Mark (2007): Civilisations and Their Discontents: Political Geography and Geopolitics in the Huntington Thesis, in: *Geopolitics* 12/3, S. 351-374.
- Baumann, Wolfgang (2004): Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren? In: Schober, Wolfgang (Hg.): *Vielfalt in Uniform*, Bd. 1, Wien, S. 7-61.
- Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich (2008): *Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen: Soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert* (Eröffnungsvortrag zum Soziologentag „Unsichere Zeiten“ am 6. Oktober 2008 in Jena), Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang/Lau, Christoph (2004): Entgrenzung erzwingt Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?, in: Beck, Ulrich/Lau, Christoph

- (Hg.): *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?*, Frankfurt a. M., S. 13-62.
- Beck, Ulrich/Lau, Christoph (Hg.) (2004): *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?*, Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2010): Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außereuropäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne, in: *Soziale Welt* 61/3-4, S. 187-216.
- Behnke, Andreas (2012): The theme that dare not speak its name: *Geopolitik*, geopolitics and German foreign policy since unification, in: Guzzini, Stefano (Hg.): *The Return of Geopolitics in Europe? Social Mechanisms and Foreign Policy Identity Crises*, Cambridge, S. 101-126.
- Behr, Hartmut (2004): *Entterritoriale Politik. Von den Internationalen Beziehungen zur Netzwerkanalyse. Mit einer Fallstudie zum globalen Terrorismus*, Wiesbaden.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg.) (2011): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, 3. Aufl., Münster.
- Bender, John (1987): *Imagining the Penitentiary. Fiction and the Architecture of Mind in Eighteenth-Century England*, Chicago, IL.
- Bennett, Colin J. (2005): What happens when you book an airline ticket? The collection and processing of passenger data post-9/11, in: Zureik, Elia/Salter, Mark B. (Hg.): *Global Surveillance and Policing. Borders, Security, Identity*, Cullompton, S. 113-138.
- Bennett, Jonathan (1999): Space and Subtle Matter in Descartes's Metaphysics, in: Gennaro, Rocco J./Huenemann, Charles (Hg.): *New Essays on the Rationalists*, Oxford, S. 3-25.
- Bentham, Jeremy (1843): *The Works of Jeremy Bentham*, Bd. 4, hrsg. von John Bowring, Edinburgh.
- Bentham, Jeremy (2000) [zuerst 1781]: *An Introduction to the Principles and Morals of Legislation*, Kitchener.
- Benz, Arthur (1998): Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen, S. 317-351.
- Bernath, Klaus (1988): Thomas von Aquin und die Erde, in: Zimmermann, Albert (Hg.): *Thomas von Aquin: Werk und Wirkung im Licht neuerer Forschungen*, Berlin/New York, S. 175-191.
- Berndt, Christian/Pütz, Robert (Hg.) (2007): *Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn*, Bielefeld.

- Best, Ulrich (2003): Die Konstitution des Sozialen bei Deleuze und Guattari, in: *Jenaer Geographische Manuskripte* 30, S. 67-79.
- Beukel, Erik (2011): *Popular Nationalism in China and the Sino-Japanese Relationship. The Conflict in the East China Sea, an Introductory Study* (=DIIS Report 2011/1), Kopenhagen.
- Biersteker, Thomas J. (2002): State, Sovereignty and Territory, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hg.): *Handbook of International Relations*, London, S. 157-175.
- Birkenhauer, Josef (2001): *Traditionslinien und Denkfiguren. Zur Ideengeschichte der sogenannten Klassischen Geographie in Deutschland*, Stuttgart.
- Birle, Peter/Dewey, Matías/Mascareño, Aldo (2012): Zur Einführung – Luhmann und Lateinamerika, in: Dies. (Hg.): *Durch Luhmanns Brille. Herausforderungen an Politik und Recht in Lateinamerika und in der Weltgesellschaft*, Wiesbaden, S. 7-16.
- Birle, Peter/Dewey, Matías/Mascareño, Aldo (Hg.) (2012a): *Durch Luhmanns Brille. Herausforderungen an Politik und Recht in Lateinamerika und in der Weltgesellschaft*, Wiesbaden.
- Birkenhauer, Josef (2001): *Traditionslinien und Denkfiguren. Zur Ideengeschichte der sogenannten Klassischen Geographie in Deutschland*, Stuttgart.
- Black, Jeremy (2001): *War in the New Century*, London/New York.
- Black, Jeremy (2005): *Geschichte der Landkarte. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Leipzig.
- Black, Jeremy (2009): *Geopolitics*, London.
- Bleek, Wilhelm (2001): *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München.
- Blommaert, Jan (2010): *The Sociolinguistics of Globalization*, Cambridge.
- Blotevogel, Hans H. (1999): Sozialgeographischer Paradigmenwechsel? Eine Kritik des Projekts der handlungszentrierten Sozialgeographie von Benno Werlen, in: Meusburger, Peter (Hg.): *Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion*, Stuttgart, S. 1-33.
- Blouet, Brian W. (1987): The political career of Sir Halford Mackinder, in: *Political Geography Quarterly* 6/4, S. 355-367.
- Blouet, Brian W. (Hg.) (2005): *Global Geostrategy. Mackinder and the Defence of the West*, London/New York.
- Blumenwitz, Dieter (1994): Abstammungsgrundsatz und Territorialitätsprinzip. Zur Frage der Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit in Deutschland, in: *Zeitschrift für Politik* 41/3, S. 246-260.

- Bobbitt, Philip (2002): *The Shield of Achilles. War, Peace, and the Course of History*, New York, NY.
- Bodemer, Klaus (2007): „Petropolitics“ – politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten, in: *Lateinamerika Analysen* 16/1, S. 169-201.
- Boedeltje, Freerk (2011): Discontented geopolitics, in: *Environment and Planning A* 43, S. 515-518.
- Boesler, Klaus-Achim (1997): Neue Ansätze der Politischen Geographie und Geopolitik, in: *Erdkunde* 51, 309-317.
- Bohler, Karl Friedrich/Hildenbrand, Bruno (2006): Nord – Süd, in: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 234-255.
- Bollnow, Otto Friedrich (2004) [zuerst 1963]: *Mensch und Raum*, 10. Aufl., Stuttgart.
- Bolz, Norbert (2012): *Ratten im Labyrinth. Niklas Luhmann und die Grenzen der Aufklärung*, München.
- Bonacker, Thorsten (Hg.) (2002): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Opladen.
- Bonacker, Thorsten (2002a): Die Konflikttheorie der autopoietischen Systemtheorie, in: ders. (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Opladen, S. 267-291.
- Bonacker, Thorsten (2007): Debordering by human rights. The challenge of postterritorial conflicts in world society, in: Stetter, Stephan (Hg.): *Territorial Conflicts in World Society. Modern Systems Theory, International Relations and Conflict Studies*, London/New York, NY, S. 21-36.
- Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph (2006): *Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure – Strukturen – Dynamiken*, Frankfurt/New York.
- Bondarenko, Dmitri M. (2008): Kinship, Territoriality and the Early State Lower Limit, in: *Social Evolution & History* 7/1, S. 19-53.
- Bonnell, Andrew G. (2011): Debating the German Empire, in: *Australian Journal of Politics and History* 57/4, S. 589-596.
- Bora, Alfons (2001): Öffentliche Verwaltungen zwischen Recht und Politik. Die Multireferentialität organisatorischer Kommunikation, in: Tacke, Veronika (Hg.): *Organisation und gesellschaftliche Differenzierung*, Wiesbaden, S. 170-190.
- Boria, Edoardo (2008): Geopolitical Maps: A Sketch History of a Neglected Trend in Cartography, in: *Geopolitics* 13/2, S. 278-308.

- Borries, Friedrich von/Walz, Steffen P./Böttger, Matthias (Hg.) (2007): *Space Time Play. Computer Games, Architecture and Urbanism: The Next Level*, Basel.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Distinction. A Social Critique of the Judgement of Taste*, übersetzt von Richard Nice, Cambridge, MA.
- Bowman, Isaiah (1942): Geography versus Geopolitics, in: *Geographical Review* 32/4, S. 646-658.
- Braudel, Fernand (1993) [zuerst 1963]: *A History of Civilizations*, übersetzt von Richard Mayne, New York, NY.
- Brenner, Neil (1997): Globalisierung und Reterritorialisierung: Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa, in: *WeltTrends* 17, S. 7-30.
- Brenner, Neil (1998): Global cities, glocal states: global city formation and state territorial restructuring in contemporary Europe, in: *Review of International Political Economy* 5/1, S. 1-37.
- Brian, Éric (2001): *Staatsvermessungen. Condorcet, Laplace, Turgot und das Denken der Verwaltung*, Wien.
- Brill, Heinz (2004): Geopolitisches Denken in den internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Politik* 51/2, S. 201-219.
- Brock, Lothar/Albert, Mathias (1995): Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/2, S. 259-285.
- Brockey, Liam Matthew (Hg.) (2008): *Portuguese Colonial Cities in the Early Modern World*, Farnham.
- Bröckling, Ulrich/Bühler, Benjamin/Hahn, Marcus/Schöning, Matthias/Weinberg, Manfred (Hg.) (2004): *Disziplinen des Lebens. Zwischen Anthropologie, Literatur und Politik*, Tübingen.
- Bronk, Christopher (2011): Blown to Bits. China's War in Cyberspace, August-September 2020, in: *Strategic Studies Quarterly* Spring 2011, S. 1-20.
- Brooks, Linton F. (1986): Naval Power and National Security. The Case for the Maritime Strategy, in: *International Security* 11/2, S. 58-88.
- Brooks, Rosa Ehrenreich (2005): Failed States, or the State as Failure?, in: *The University of Chicago Law Review* 72/4, S. 1159-1196.
- Bruce, Travis (2010): Piracy as Statecraft: The Mediterranean Policies of the Fifth/Eleventh-Century Taifa of Denia, in: *Al-Masaq. Islam and the Medieval Mediterranean* 22/3, S. 235-248.

- Brüggemeier, Franz-Josef/Cioc, Mark/Zeller, Thomas (Hg.) (2005): *How Green Were the Nazis? Nature, Environment, and Nation in the Third Reich*, Athens, OH.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York, NY.
- Bubner, Rüdiger (2002): *Polis und Staat. Grundlinien der Politischen Philosophie*, Frankfurt a. M.
- Buchanan, Ian/Lambert, Gregg (Hg.) (2005): *Deleuze and Space*, Edinburgh.
- Bühl, Walter L. (1987): Grenzen der Autopoiesis, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39/2, S. 225-254.
- Bühl, Walter L. (1990): *Sozialer Wandel im Ungleichgewicht. Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen*, Stuttgart.
- Burgess, J. Peter (2003): The Politics of the South China Sea: Territoriality and International Law, in: *Security Dialogue* 34/1, S. 7-10.
- Burgess, Rod (1978): The Concept of Nature in Geography and Marxism, in: *Antipode* 10/2, S. 68-78.
- Burrows, Mathew J./Harris, Jennifer (2009): Revisiting the Future: Geopolitical Effects of the Financial Crisis, in: *The Washington Quarterly* 32/2, S. 27-38.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole (2003): *Regions and Powers. The Structure of International Security*, Cambridge.
- Call, Charles T. (2010): Beyond the 'failed state': Toward conceptual alternatives, in: *European Journal of International Relations* 17/2, S. 303-326.
- Calliess, Galf-Peter/Fischer-Lescano, Andreas/Wielsch, Dan/Zumbansen, Peer (Hg.) (2009): *Soziologische Jurisprudenz. Festschrift für Gunther Teubner zum 65. Geburtstag*, Berlin.
- Caplan, Jane/Torpey, John (Hg.) (2001): *Documenting Individual Identity. The Development of State Practices in the Modern World*, Princeton, NJ.
- Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hg.) (2002): *Handbook of International Relations*, London.
- Carrera, Magali M. (2003): *Imagining Identity in New Spain. Race, Lineage, and the Colonial Body in Portraiture and Casta Paintings*, Austin, TX.
- Castells, Manuel (2001): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*, übers. von Reinhart Kößler, Opladen.
- Castelnau-L'Estoile, Charlotte de (2008): The Jesuits and the Political Language of the City: Riot and Procession in Early Seventeenth-Century Salvador da Bahia, in: Brockey, Liam Matthew (Hg.): *Portuguese Colonial Cities in the Early Modern World*, Farnham, S. 41-62.



- Chadwick, Andrew/Howard, Philip N. (Hg.) (2009): *Routledge Handbook of Internet Politics*, New York, NY.
- Chalmers, Malcolm/Unterseher, Lutz (1988): Is There a Tank Gap? Comparing NATO and Warsaw Pact Tank Fleets, in: *International Security* 13/1, S. 5-49.
- Chandler, David (2008): The Revival of Carl Schmitt in International Relations: The Last Refuge of Critical Theorists?, in: *Millennium* 37/1, S. 27-48.
- Chandler, David (2009): Critiquing Liberal Cosmopolitanism? The Limits of the Biopolitical Approach, in: *International Political Sociology* 3, S. 53-70.
- Christian, David (2005): *Maps of Time. An Introduction to Big History*, Berkeley/Los Angeles, CA.
- Ciorciari, John D./Weiss, Jessica Chen (2012): The Sino-Vietnamese Standoff in the South China Sea, in: *Georgetown Journal of International Affairs* 13/1, S. 61-69.
- Clausewitz, Carl von (2001) [zuerst 1832]: *Vom Kriege*, als Handbuch bearbeitet und mit einem Essay ‚Zum Verständnis des Werkes‘ hrsg. von Wolfgang Pickert und Wilhelm Ritter von Schramm, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg.
- Coady, David (Hg.) (2006): *Conspiracy Theories: The Philosophical Debate*, Aldershot.
- Coenen, Reinhard (Hg.) (2001): *Integrative Forschung zum globalen Wandel. Herausforderungen und Probleme*, Frankfurt a. M.
- Coleman, Mat/Agnew, John/Murphy, Alexander B./Debrix, François/Deudney, Daniel (2012): Reading Daniel Deudney's Bounding Power: Republican Security Theory from the Polis to the Global Village, in: *Political Geography* 31, S. 389-398.
- Collins, John M. (1998): *Military Geography for Professionals and the Public*, Washington, D.C.
- Cooper, Robert (1996): *The Post-Modern State and the World Order*, London.
- Cornell, Phillip E./Kleinschmidt, Jochen (2009): Energy and High North Governance: Charting Uncertainty, in: *Journal of Energy Security* June 2009, online am 20.5.2011: [http://www.ensec.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=202:energy-and-high-north-governance-charting-uncertainty&catid=96:content&Itemid=345](http://www.ensec.org/index.php?option=com_content&view=article&id=202:energy-and-high-north-governance-charting-uncertainty&catid=96:content&Itemid=345).
- Cox, Kevin R. (1998): Spaces of dependence, space of engagement and the politics of scale, or: looking for local politics, in: *Political Geography* 17/1, S. 1-23.
- Cox, Michael (2009): Why did We Get the End of the Cold War Wrong?, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 11, S. 161-176.
- Crane, Gregory (1998): *Thucydides and the Ancient Simplicity. The Limits of Political Realism*, Berkeley, CA.

- Criekemans, David (2011): Réhabilitation et rénovation en matière de pensée géopolitique, in: *L'Espace Politique* 12/3, S. 2-13.
- Curtis, Simon (2011): Global cities and the transformation of the International System, in: *Review of International Studies* 37/4, S. 1923-1947.
- Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. (Hg.) (2003): *Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s*, Lexington, MA.
- Czerwick, Edwin (2008): *Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen im Werk Luhmanns*, Wiesbaden.
- Daase, Christopher (1996): Vom Ruinieren der Begriffe. Zur Kritik der Kritischen Friedensforschung, in: Meyer, Berthold (Hg.): *Eine Welt oder Chaos?*, Frankfurt a. M., S. 455-490.
- Dabrock, Peter (2002): Zum Status angewandter Ethik in Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann, in: Jähnichen, Traugott/Maaser, Wolfgang/Soosten, Joachim von (Hg.): *Flexible Welten. Sozialethische Herausforderungen auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Münster, S. 11-42.
- Dalby, Simon (1988): Geopolitical Discourse: The Soviet Union As Other, in: *Alternatives* 13/4, S. 415-442.
- Dalby, Simon (2008): Imperialism, Domination, Culture: The Continued Relevance of Critical Geopolitics, in: *Geopolitics* 13/3, S. 413-436.
- Davies, Paul (1981): *Mehrfachwelten. Entdeckungen der Quantenphysik*, übersetzt von Hermann-Michael Hahn, Düsseldorf/Köln.
- de Berg, Henk/Schmidt, Johannes (Hg.) (2000): *Rezeption und Reflexion. Zur Resonanz der Systemtheorie Niklas Luhmanns außerhalb der Soziologie*, Frankfurt a. M.
- Deibert, Ronald J. (2009): The geopolitics of internet control: censorship, sovereignty, and cyberspace, in: Chadwick, Andrew/Howard, Philip N. (Hg.): *Routledge Handbook of Internet Politics*, New York, NY, S. 323-336.
- Delaney, David/Leitner, Helga (1997): The political construction of scale, in: *Political Geography* 16/2, S. 93-97.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): *Rhizom*, Berlin.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1992): *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*, übersetzt von Gabriele Ricke und Ronald Voullié, Berlin.
- Demandt, Alexander (2004): Staatsformen in der Antike, in: Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): *Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart*, München, S. 57-90.

- Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.) (2010): *Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World*, Washington, DC.
- Detjen, Hans-Jürgen (2010): *Geltungsbegründungen traditionsabhängiger Weltdeutungen im Dilemma. Theologie, Philosophie, Wissenschaftstheorie und Konstruktivismus*, Münster.
- Diamond, Jared (2005): *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt a. M.
- Diamond, Jared (2006): *Arm und reich. Das Schicksal menschlicher Gesellschaften*, Frankfurt a. M.
- Dicke, Klaus (2002): Raumbezogene Leitbilder in der politischen Ideengeschichte, in: Schmitt, Karl (Hg.): *Politik und Raum*, Baden-Baden, S. 11-27.
- Dietz, Mary G. (2012): Between Polis and Empire: Aristotle's Politics, in: *American Political Science Review* 106/2, S. 275-293.
- Dijkink, Gertjan (2004): GEOPOLITICS DEBATE IV. Geopolitics as a Social Movement? In: *Geopolitics* 9/2, S. 460-475.
- Diner, Dan (1984): „Grundbuch des Planeten“. Zur Geopolitik Karl Haushofers, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 32/1, S. 1-28.
- Dittmer, Jason (2008): The geographical pivot of (the end) of history: Evangelical geopolitical imaginations and audience interpretation of Left Behind, in: *Political Geography* 27, S. 280-300.
- Dodds, Klaus-John (1993): Geopolitics, cartography and the state in South America, in: *Political Geography* 12/4, S. 361-381.
- Dodds, Klaus (2005): Halford Mackinder and the geographical pivot of history: A brief assessment, in: Blouet, Brian W. (Hg.): *Global Geostrategy. Mackinder and the Defence of the West*, London/New York, S. 137-141.
- Dodds, Klaus (2007): *Geopolitics. A Very Short Introduction*, Oxford.
- Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.) (2008): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld.
- Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.) (2009): *Mediengeographie. Theorie – Analyse – Diskussion*, Bielefeld.
- Dolman, Everett C. (1999): Geostrategy in the space age: An astropolitical analysis, in: *Journal of Strategic Studies* 22/2-3, S. 83-106.
- Drepper, Thomas (2003): *Organisationen der Gesellschaft. Gesellschaft und Organisation in der Systemtheorie Niklas Luhmanns*, Wiesbaden.

- Drezner, Daniel (1997): Globalizers of the World, Unite!, in: *The Washington Quarterly* 24/1, S. 209-225.
- Dryzek, John S. (2006): Revolutions Without Enemies: Key Transformations in Political Science, in: *American Political Science Review* 100/4, S. 487-492.
- Duffield, Mark (2005): Getting savages to fight barbarians: development, security and the colonial present, in: *Conflict, Security & Development* 5/2, S. 141-159.
- Durkheim, Emile (1964) [zuerst 1912]: *The Elementary Forms of the Religious Life*, translated from the French by Joseph Ward Swain, 5. Aufl., London.
- Dussel, Enrique (2000): The Formal Thought of Jürgen Habermas from the Perspective of a Universal Material Ethics, in: Hahn, Lewis Edwin (Hg.): *Perspectives on Habermas*, Peru, IL, S. 235-255.
- Earle, Edward Mead (1986): Adam Smith, Alexander Hamilton, Friedrich List: The Economic Foundations of Military Power, in: Paret, Peter (Hg.): *Makers of Modern Strategy*, Princeton, NJ, S. 217-261.
- Eberl, Oliver (2008): Großraum und Imperium. Die Entwicklung der „Völkerrechtlichen Großraumordnung aus dem Geiste des totalen Krieges, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 185-206.
- Egner, Heike (2006): Autopoiesis, Form und Beobachtung – moderne Systemtheorie und ihr möglicher Beitrag für eine Integration von Human- und Physiogeographie, in: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 148, S. 92-108.
- Egner, Heike/Elverfeldt, Kirsten von (2009): A bridge over troubled waters? Systems theory and dialogue in geography, in: *Area* 41/3, S. 319-328.
- Ehlers, Eckart (2001): Transekte – Möglichkeiten und Grenzen integrativer Umweltforschung – Das Beispiel AQUA/GLOWA, in: Coenen, Reinhard (Hg.): *Integrative Forschung zum globalen Wandel. Herausforderungen und Probleme*, Frankfurt a. M., S. 123-140.
- Eigmüller, Monika (2006): Der duale Charakter der Grenze. Bedingungen einer aktuellen Grenztheorie, in: Dies./Vobruba, Georg (Hg.): *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden, S. 55-73.
- Eigmüller, Monika (2007): *Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze*, Wiesbaden.
- Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hg.) (2006): *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden.
- Elden, Stuart (2005): Missing the point: globalization, deterritorialization and the space of the world, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 30, S. 8-19.

- Elden, Stuart (2010): Land, terrain, territory, in: *Progress in Human Geography* 34/6, S. 799-817.
- Ensberg, Claus (1995): *Die Orientierungsproblematik der Moderne im Spiegel abendländischer Geschichte. Das literarische Werk Reinhold Schneiders*, Tübingen.
- Epkenhans, Michael (1989): Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse. F. A. Krupp und die Anfänge des deutschen Schlachtflottenbaus 1897-1902, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15/2, S. 196-226.
- Europäische Kommission (2003): *Mehr Einheit und mehr Vielfalt. Die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union*, Brüssel.
- Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hg.) (1985): *Bringing the State Back In*, Cambridge.
- Fahlbusch, Michael/Rössler, Mechtild/Siegrist, Dominik (1989): Conservatism, ideology and geography in Germany 1920-1950, in: *Political Geography Quarterly* 8/4, S. 353-367.
- Fall, Juliet J. (2010): Artificial states? On the enduring geographical myth of natural borders, in: *Political Geography* 29, S. 140-147.
- Feiner, Sabine/Kick, Karl G./Krauß, Stefan (Hg.) (2001): *Raumdeutungen. Ein interdisziplinärer Blick auf das Phänomen Raum*, Hamburg.
- Ferguson, Niall (2006): *Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert?*, Berlin.
- Filippov, Alexander (2000): Wo befinden sich Systeme? Ein blinder Fleck der Systemtheorie, in: Merz-Benz, Peter-Ulrich/Wagner, Gerhard (Hg.): *Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns*, Konstanz, S. 381-410.
- Fischer, Joachim/Makropoulos, Michael (Hg.) (2004): *Potsdamer Platz. Soziologische Theorien zu einem Ort der Moderne*, München.
- Fischer, Karsten (2004): „Heimat“ – zur sozialen Konstruktion einer politischen Utopie, in: *Erziehen heute* 54/1, S. 2-10.
- Fischer, Karsten (2009): Demokratie und Differenzierung bei Montesquieu, in: *Zeitschrift für Politik* 56/1, S. 19-34.
- Fischer-Lescano, Andreas (2009): Kritische Systemtheorie Frankfurter Schule, in: Calliess, Galf-Peter/ders./Wielsch, Dan/Zumbansen, Peer (Hg.): *Soziologische Jurisprudenz. Festschrift für Gunther Teubner zum 65. Geburtstag*, Berlin, S. 49-68.
- Fischer-Lescano, Andreas/Liste, Philip (2005): Völkerrechtspolitik. Zu Trennung und Verknüpfung von Politik und Recht der Weltgesellschaft, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12/2, S. 209-249.
- Flint, Colin (2006): *Introduction to Geopolitics*, New York, NY.

- Flint, Colin/Adduci, Michael/Chen, Michael/Chi, Sang-Hyun (2009): Mapping the Dynamism of the United States' Geopolitical Code: The Geography of the State of the Union Speeches, 1988-2008, in: *Geopolitics* 14/4, S. 604-629.
- Foucault, Michel (1980): *Power/Knowledge. Selected Interviews and Other Writings 1972 – 1977*, hrsg. von Colin Gordon, New York, NY.
- Foucault, Michel (1994) [zuerst 1975]: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2006): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2009): *Le Corps Utopique suivi de Les Hétérotopies*, hrsg. und mit einem Nachwort von Daniel Defert, Fécamp.
- Fox, Edward Whiting (1971): *History in Geographic Perspective. The Other France*, New York, NY.
- Fox, Edward Whiting (1991): *The Emergence of the Modern European World. From the Seventeenth to the Twentieth Centuries*, Cambridge, MA.
- Frank, Jill (2004): Citizens, Slaves, and Foreigners: Aristotle on Human Nature, in: *American Political Science Review* 98/1, S. 91-104.
- Fremont-Barnes, Gregory (2003): *The Boer War 1899-1902*, Oxford.
- Frenkel, Stephen (1992): Geography, Empire, and Environmental Determinism, in: *Geographical Review* 82/2, S. 143-153.
- Friedman, George (2009): *The Next 100 Years. A Forecast for the 21<sup>st</sup> Century*, New York.
- Friedman, George (2011): Never Fight a Land War in Asia, *Stratfor Global Intelligence*, 1. März 2011, online am 2.5.2011: <http://www.stratfor.com/weekly/20110228-never-fight-land-war-asia>.
- Friedman, Thomas L. (2008): *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*, erw. und akt. Aufl., Frankfurt a. M.
- Fröhlich, Günter (2001): Die Lehre von Raum und die Grenze der Metaphysik. Die Raumfrage bei Platon und Kant, in: Feiner, Sabine/Kick, Karl G./Krauß, Stefan (Hg.): *Raumdeutungen. Ein interdisziplinärer Blick auf das Phänomen Raum*, Hamburg, S. 23-39.
- Fuchs, Peter (2004): *Das System „Terror“. Versuch über eine kommunikative Eskalation der Moderne*, Bielefeld.
- Füllsack, Manfred (2000): „Luhmannianstvo“ – oder wie die Systemtheorie nach Rußland kam. Ein Beitrag zur Rezeptionsgeschichte der Theorie sozialer Systeme, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 48/3, S. 420-434.

- Fürst, Dietrich (1993): Raum – die politikwissenschaftliche Sicht, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 4/2, S. 293-315.
- Fukuyama, Francis (2006): *Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik*, Berlin.
- Funken, Christiane/Löw, Martina (Hg.) (2003): *Raum – Zeit – Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien*, Opladen.
- Gallaher, Carolyn/Dahlman, Carl T./Gilmartin, Mary/Mountz, Alison/Shirlow, Peter (2009): *Key Concepts in Political Geography*, London.
- Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.) (2004): *Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart*, München.
- Gamões, Luís de (2000) [zuerst 1572]: *Os Lusíadas*, lektoriert und mit Vorwort und Anmerkungen von Álvaro Júlio da Costa Pimpão, hrsg. von Aníbal Pinto de Castro, 4. Aufl., Lissabon.
- Garland, David (2008): *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*, übers. von Andreas Wirthensohn, Frankfurt a. M.
- Gartzke, Erik/Lupu, Yonatan (2012): Trading on Preconceptions. Why World War I Was Not a Failure of Economic Interdependence, in: *International Security* 36/4, S. 115-150.
- Gates, Warren E. (1967): The Spread of Ibn Khaldūn's Ideas on Climate and Culture, in: *Journal of the History of Ideas* 28/3, S. 415-422.
- Gelinsky, Eva (2001): Ästhetik in der traditionellen Landschaftsgeographie und in der postmodernen Geographie – die Renaissance eines klassischen Paradigmas?, in: *Erdkunde* 55, S. 138-150.
- Gennaro, Rocco J./Huenemann, Charles (Hg.) (1999): *New Essays on the Rationalists*, Oxford.
- Geppert, Alexander C.T./Jensen, Uffa/Weinhold, Jörn (2005): Verräumlichung. Kommunikative Praktiken in historischer Perspektive, 1840-1930, in: dies. (Hg.): *Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld, S. 15-48.
- Geppert, Alexander C.T./Jensen, Uffa/Weinhold, Jörn (Hg.) (2005a): *Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld.
- Gerber, Judith (1997): Beyond dualism – the social construction of nature and the natural and social construction of human beings, in: *Progress in Human Geography* 21/1, S. 1-17.
- Geulen, Eva (2010): Politischer Raum: Öffentlichkeit und Ausnahmezustand, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, S. 134-144.

- Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hg.) (2009): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Bielefeld.
- Glick, Thomas F. (1983): In search of geography, in: *Isis* 74/1, S. 92-97.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Berkeley, CA.
- Giddens, Anthony (1989): A reply to my critics, in: Held, David/Thompson, John B. (Hg.): *Social Theory of Modern Societies. Anthony Giddens and his Critics*, Cambridge, S. 249-301.
- Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a. M.
- Gill, Bernhard (1992): Kettenmoleküle und Assoziationsketten. Metaphern in der Gentechnologie und Genomanalyse, in: *PROKLA* 22/3, S. 413-433.
- Gilpin, Robert (1988): The Theory of Hegemonic War, in: *The Journal of Interdisciplinary History* 18/4, S. 591-613.
- Göbel, Andreas (1995): Paradigmatische Erschöpfung. Wissenssoziologische Bemerkung zum Fall Carl Schmitts, in: Ders./van Laak, Dirk/Villinger, Ingeborg (Hg.): *Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren*, Berlin, S. 267-286.
- Göbel, Andreas (2000): Politikwissenschaft und Gesellschaftstheorie. Zu Rezeption und versäumter Rezeption der Luhmann'schen Systemtheorie, in: de Berg, Henk/Schmidt, Johannes (Hg.): *Rezeption und Reflexion. Zur Resonanz der Systemtheorie Niklas Luhmanns außerhalb der Soziologie*, Frankfurt a. M., S. 134-174.
- Göbel, Andreas/van Laak, Dirk/Villinger, Ingeborg (Hg.) (2005): *Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren*, Berlin.
- Goeke, Pascal (2007): Handeln und Erleben im Krieg. Die Differenz zwischen Hier und Dort als legitimierende und entfremdende Sinndimension, in: Berndt, Christian/Pütz, Robert (Hg.): *Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn*, Bielefeld, S. 53-82.
- Goeke, Pascal/Lippuner, Roland (2011): Editorial: Geographien sozialer Systeme, in: *Soziale Systeme* 17/2, S. 227-233.
- Goeke, Pascal/Moser, Evelyn (2011): Raum als Kontingenzformel der Geographie. Zu den Ausdifferenzierungsbesonderheiten und -schwierigkeiten einer Disziplin, in: *Soziale Systeme* 17/2, S. 234-254.



- Görg, Christoph (2007): Räume der Ungleichheit: Die Rolle gesellschaftlicher Naturverhältnisse in der Produktion globaler Ungleichheiten am Beispiel des Millennium Ecosystem Assessments, in: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Ethnizität und Geschlecht*, Frankfurt a. M., S. 131-150.
- Goudie, Andrew S. (2000): The integration of physical geography, in: *Geographica Helvetica* 55/3, S. 163-168.
- Grabowsky, Adolf (1962): Geopolitik und Geographie, in: *Erdkunde* 16, S. 216-219.
- Gray, Colin S./Sloan, Geoffrey (Hg.) (1999): *Geopolitics. Geography and Strategy*, London/Portland.
- Gregory, Derek (1989): Presences and absences: time-space relations and structuration theory, in: Held, David/Thompson, John B. (Hg.): *Social Theory of Modern Societies. Anthony Giddens and his Critics*, Cambridge, S. 185-214.
- Gren, Martin/Zierhofer, Wolfgang (2003): The unity of difference: a critical appraisal of Niklas Luhmann's theory of social systems in the context of corporeality and spatiality, in: *Environment and Planning A* 35/4, S. 615-630.
- Greven, Michael Th. (1974): *Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse. Kritik der Werte und Erkenntnismöglichkeiten in Gesellschaftsmodellen der kybernetischen Systemtheorie*, Darmstadt/Neuwied.
- Greven, Michael Th. (1998): Mitgliedschaft, Grenzen und politischer Raum. Problemdimension der Demokratisierung der Europäischen Union, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*, Opladen, S. 249-270.
- Grillo, Ioan (2011): *El Narco. The Bloody Rise of Mexican Drug Cartels*, London.
- Gritsai, Olga/Kolossov, Vladimir (1993): Die Renaissance geopolitischen Denkens in Russland. Neue Ansätze und Forschungsfelder, in: *Geographische Zeitschrift* 81/4, S. 256-265.
- Groh, Kathrin/Weinbach, Christine (2005): Zur Genealogie des politischen Raumes der Demokratie, in: Dies. (Hg.): *Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel*, Wiesbaden, S. 9-52.
- Groh, Kathrin/Weinbach, Christine (Hg.) (2005a): *Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel*, Wiesbaden.
- Gross, Raphael (2005): *Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre*, durchges. und erw. Ausg., Frankfurt a. M.

- Grutzpalk, Jonas (2007): Umma und Asabiya. Ein muslimisches Gegenkonzept zu „Gemeinschaft und Gesellschaft“ oder eine mögliche Ergänzung der Tönnieschen „Grundbegriffe der reinen Soziologie“? In: *Tönnies-Forum* 1/2007, S. 29-44.
- Günzel, Stephan (2004): Geographie der Aufklärung. Klimapolitik von Montesquieu zu Kant, Teil 1, in: *Aufklärung und Kritik* 2/2004, S. 66-91.
- Günzel, Stephan (2005): Geographie der Aufklärung. Klimapolitik von Montesquieu zu Kant, Teil 2, in: *Aufklärung und Kritik* 1/2005, S. 25-47.
- Günzel, Stephan (2007): „Eastern Europe, 2008“. Maps and Geopolitics in Computer Games, in: Borries, Friedrich von/Walz, Steffen P./Böttger, Matthias (Hg.): *Space Time Play. Computer Games, Architecture and Urbanism: The Next Level*, Basel, S. 444-449.
- Günzel, Stephan (2008): *Spatial Turn – Topographical Turn – Topological Turn*. Über die Unterschiede zwischen Raumparadigmen, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 219-237.
- Günzel, Stephan (Hg.) (2009): *Raumwissenschaften*, Frankfurt a. M.
- Günzel, Stephan (Hg.) (2010): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart.
- Gumbrecht, Hans Ulrich (2000): Was sich nicht weggemunikizieren läßt, in: Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.): *Kommunikation – Medien – Macht*, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 329-341.
- Guzzini, Stefano (2012): Which geopolitics?, in: Ders. (Hg.): *The Return of Geopolitics in Europe? Social Mechanisms and Foreign Policy Identity Crises*, Cambridge, S. 18-44.
- Guzzini, Stefano (2012a) (Hg.): *The Return of Geopolitics in Europe? Social Mechanisms and Foreign Policy Identity Crises*, Cambridge.
- Habermas, Jürgen (1986): Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: *Die ZEIT*, 11.7.1986, online am 23.6.2011: <http://www.zeit.de/1986/29/eine-art-schadensabwicklung/komplettansicht>.
- Häußermann, Hartmut (2006): Stadt – Land, in: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 256-272.
- Hagen, Joshua (2010): Architecture, symbolism, and function: the Nazi Party’s ‘Forum of the Movement’, in: *Environment and Planning D* 28, S. 397-424.
- Hagen, Wolfgang (Hg.) (2009): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*, Berlin.
- Hahn, Lewis Edwin (Hg.) (2000): *Perspectives on Habermas*, Peru, IL.
- Hamm, Bernd/Rasche, Barbara (2002): *Bioregionalismus. Ein Überblick*, Trier.

- Hansel, Mischa (2010): Keine neue Weltordnung mehr? – Ludwig Dehios „Gleichgewicht oder Hegemonie“ als Beitrag zur Theoriebildung in den Internationalen Beziehungen, in: *Leviathan* 38, S. 533-558.
- Hard, Gerhard (1986): Der Raum – einmal systemtheoretisch gesehen, in: *Geographica Helvetica* 41/2, S. 77-83.
- Hard, Gerhard (1999): Raumfragen, in: Meusburger, Peter (Hg.): *Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion*, Stuttgart, S. 133-161
- Hard, Gerhard (2002): *Landschaft und Raum. Aufsätze zur Theorie der Geographie. Band 1*, Osnabrück.
- Hard, Gerhard (2003): *Dimensionen geographischen Denkens. Aufsätze zur Theorie der Geographie. Band 2*, Osnabrück.
- Hard, Gerhard (2004): Von einem neuerdings erhobenen konfessionellen Ton in der Geographie, in: *Geographische Revue* 6/1, S. 39-54.
- Hard, Gerhard (2008): Der *Spatial Turn*, von der Geographie her beobachtet, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 263-315.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*, Cambridge/London.
- Harper, Steven R. (1994): *Submarine Operations During the Falklands War*, Newport, RI.
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*, Edinburgh.
- Harvey, David (2008): The Right to the City, in: *New Left Review* 53, S. 23-40.
- Harvey, David (2009): *Cosmopolitanism and the Geographies of Freedom*, New York, NY.
- Harvey, David (2011): Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination, in: Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg.): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, 3. Aufl., Münster, S. 36-60.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*, übersetzt von Yasemin Dinçer, Frankfurt a. M.
- Hatzichronoglou, Thomas (1999): *The Globalisation of Industry in the OECD Countries* (=OECD Science, Technology and Industry Working Papers 1999/02), Paris.
- Haushofer, Karl (1934): *Weltpolitik von heute*, Berlin.
- Haushofer, Karl (1979) [zuerst 1931]: Zur Geopolitik, in: Jacobsen, Hans-Adolf (1979): *Karl Haushofer. Leben und Werk*, Bd. 1, Boppard am Rhein, S. 542-552.
- Hayek, Friedrich A. (2005) [zuerst 1944]: *The Road to Serfdom*, Abingdon/New York.
- Hecker, Wolfgang/Klein, Joachim/Rupp, Hans Karl (Hg.) (2001): *Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Band 1: Zur Geschichte des Instituts*, Münster.

- Heffernan, Michael (2000): Balancing visions: comments on Gearoid Ó Tuathail's critical geopolitics, in: *Political Geography* 19, S. 347-352.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970) [zuerst 1821]: *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. Hrsg. von Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Frankfurt a. M.
- Heininen, Lassi/Nicol, Heather N. (2007): The Importance of Northern Dimension Foreign Policies in the Geopolitics of the Circumpolar North, in: *Geopolitics* 12, S. 133-165.
- Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmann (Hg.) (2005): *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*, Stuttgart.
- Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hg.) (2004): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt a. M.
- Held, David/Thompson, John B. (Hg.) (1989): *Social Theory of Modern Societies. Anthony Giddens and his Critics*, Cambridge.
- Held, Gerd (2005): *Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne*, Wiesbaden.
- Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten (2003): Niklas Luhmanns politische Theorie in der politikwissenschaftlichen Diskussion, in: Dies./Bluhm, Harald (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*, Wiesbaden, S. 9-16.
- Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten/Bluhm, Harald (Hg.) (2003): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*, Wiesbaden.
- Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.) (2002): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt a. M.
- Helmig, Jan (2007): Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20-21/2007, S. 31-37.
- Helmig, Jan (2008): *Metaphern in geopolitischen Diskursen. Raumrepräsentationen in der Debatte um die amerikanische Raketenabwehr*, Wiesbaden.
- Hepple, Leslie W. (2004): South American heartland: the Charcas, Latin American geopolitics and global strategies, in: *The Geographical Journal* 170/4.
- Herbert, Steve (1996): The geopolitics of the police: Foucault, disciplinary power and the tactics of the Los Angeles Police Department, in: *Political Geography* 15/1, S. 47-57.
- Herder, Johann Gottfried (2001) [zuerst 1784]: Von der Annehmlichkeit, Nützlichkeit und Notwendigkeit der Geographie, in: Birkenhauer, Josef (2001): *Traditionslinien und Denkfiguren. Zur Ideengeschichte der sogenannten Klassischen Geographie in Deutschland*, Stuttgart, S. 110-114.

- Herz, John (1957): Rise and Demise of the Territorial State, in: *World Politics* 9/4, S. 473-493.
- Heylighen, Francis (2007): The Global Superorganism: An Evolutionary-cybernetic Model of the Emerging Network Society, in: *Social Evolution & History* 6/1, S. 57-117.
- Hidalgo, Oliver (2010): Montesquieu, Charles-Louis de Secondat, in: Voigt, Rüdiger/Weiß, Ulrich (Hg.): *Handbuch Staatsdenker*, Stuttgart, S. 294-298.
- Hildebrand, Daniel (2008): Imperialismus der Ströme statt Imperialismus der Räume? Überlegungen zum Bedeutungswandel der Raumdimension imperialer Herrschaft, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 207-217.
- Hindess, Barry (2006): Terrortory, in: *Alternatives* 31, S. 243-257.
- Hitler, Adolf (1933): *Mein Kampf*, 77. Aufl., München.
- Hobsbawm, Eric (2009): *Globalisierung, Demokratie und Terrorismus*, aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn, München.
- Hobson, Rolf (2002): *Imperialism at Sea. Naval Strategic Thought, the Ideology of Sea Power, and the Tirpitz Plan, 1875-1914*, Boston.
- Hoch, Martin (2002): Die Rückkehr des Mittelalters in der Sicherheitspolitik, in: *WeltTrends* 35, S. 17-34.
- Hoefer, Carl (1996): The Metaphysics of Space-Time Substantivalism, in: *The Journal of Philosophy* 93/1, S. 5-27.
- Hofer, Lutz/Schemann, Jasmin/Stollen, Torsten/Wolf, Christian (Hg.) (2005): *Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation. Strukturen, Akteure, Prozesse*, Berlin/München.
- Hofer, Stefan (2007): *Die Ökologie der Literatur. Eine systemtheoretische Annäherung. Mit einer Studie zu Werken Peter Handkes*, Bielefeld.
- Hoffman, Frank (2010): The Maritime Commons in the Neo-Mahanian Era, in: Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.): *Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World*, Washington, DC, S. 49-76.
- Hogrebe, Wolfram/Bromand, Joachim (Hg.) (2004): *Grenzen und Grenzüberschreitungen. XIX. Deutscher Kongress für Philosophie*, Berlin.
- Holmes, James R./Yoshihara, Toshi (2006) : China and the Commons. Angell or Mahan?, in: *World Affairs* 168/4, S. 172-191.
- Hossfeld, Uwe/Olsson, Lennart (2002): From the Modern Synthesis to Lysenkoism, and Back?, in: *Science* No. 5578, S. 55-56.
- Hourani, Albert (1992): *Die Geschichte der arabischen Völker*, 4. Aufl., Frankfurt a. M.

- Howarth, David (2006): Space, Subjectivity, and Politics, in: *Alternatives* 31, S. 105-134.
- Huber, Hans-Dieter (2009): Gibt es Kunst außerhalb der Kunst? Niklas Luhmann im Gespräch mit Hans-Dieter Huber, in: Hagen, Wolfgang (Hg.): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*, Berlin, S. 80-98.
- Hugill, Peter J. (1999): *Global Communications since 1844. Geopolitics and Technology*, Baltimore, MD/London.
- Hugill, Peter J. (2005): Trading states, territorial states, and technology: Mackinder's contribution to the discourse on states and politics, in: Blouet, Brian W. (Hg.): *Global geostrategy. Mackinder and the defence of the West*, New York, NY, S. 107-124.
- Huhnholz, Sebastian (2010): *Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus*, Berlin.
- Huhnholz, Sebastian (2010a): Do All Roads Lead to Rome? Ancient Implications and Modern Transformations in the Recent US Discourse on an *American Empire*, in: *Mediterraneo Antico* 13/1-2, S. 49-70.
- Huhnholz, Sebastian (2012): Dschihadismus und Territorialität. Ursachen, Bedingungen und Folgen fehlenden Territorialitätsdenkens im militanten sunnitischen Fundamentalismus, in: Kleinschmidt, Jochen/Schmid, Falko/Schreyer, Bernhard/Walkenhaus, Ralf (Hg.): *Der terrorisierte Staat. Entgrenzungsphänomene politischer Gewalt*, Stuttgart, S. 189-216.
- Huhnholz, Sebastian (2012a): Imperiale oder Internationale Beziehungen? Imperiumszyklische Überlegungen zum jüngeren American-Empire-Diskurs, in: Münkler, Herfried/Haustein, Eva Marlene (Hg.): *Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M., S. 194-230.
- Hunter, James M. (1967): The Extent of the Legal Confines, The State-Idea, and the Zone of Function of France and Germany in the Saarland, in: *International Studies Quarterly* 11/3, S. 237-243.
- Huntington, Samuel P. (1997): *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, 6. Aufl., München/Wien.
- Huntington, Samuel P. (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*, New York.
- Huysmans, Jef (2008): The Jargon of Exception – On Schmitt, Agamben and the Absence of Political Society, in: *International Political Sociology* 2, S. 165-183.
- Ibn Khaldūn (2011) [zuerst 1377]: *Die Muqaddima. Betrachtungen zur Weltgeschichte*, aus dem Arabischen übertragen und mit einer Einführung von Alma Giese, München.

- Ikegami, Masako (2011): *New Imperial China: A Challenge for the US-Japan Alliance*, in: *Asia Pacific Bulletin* 122, Washington D.C.
- Irwin, John (2009): *Lifers. Seeking Redemption in Prison*, New York, NY.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1998): *Europäische Integration*, Opladen.
- Jacobsen, Hans-Adolf (1979): *Karl Haushofer. Leben und Werk*, Bd. 1, Boppard am Rhein.
- Jähnichen, Traugott/Maaser, Wolfgang/Soosten, Joachim von (Hg.) (2002): *Flexible Welten. Sozialethische Herausforderungen auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Münster.
- Jammer, Max (1960): *Das Problem des Raumes. Die Entwicklung der Raumtheorien*, Darmstadt.
- Japp, Klaus P. (2007): Regionen und Differenzierung, in: *Soziale Systeme* 13/1-2, S. 185-195.
- Jellinek, Georg (1914): *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., durchgesehen und ergänzt von Walter Jellinek, Berlin.
- Jensen, Stefan (1999): *Erkenntnis – Konstruktivismus – Systemtheorie. Einführung in die Philosophie der konstruktivistischen Wissenschaft*, Opladen/Wiesbaden.
- Jessop, Bob (2005): Gramsci as a Spatial Theorist, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 8/4, S. 421-437.
- Jessop, Bob/Brenner, Neil/Jones, Martin (2008): Theorizing sociospatial relations, in: *Environment and Planning B: Society and Space* 26, S. 389-401.
- Johnson, Peter (2008): Foucault's spatial combat, in: *Environment and Planning D* 26, S. 611-626.
- Jomini, Antoine-Henri, Baron de (1862): *The Art of War*, New Edition, With Appendices and Maps, Translated from the French by Capt. G.H. Mendell and Lieut. W.P. Craighill, Philadelphia, PA.
- Jones, Stephen B. (1954): A Unified Field Theory of Political Geography, in: *Annals of the Association of American Geographers* 44/2, S. 111-123.
- Jünger, Ernst (1960): *Der Weltstaat. Organismus und Organisation*, Stuttgart.
- Jünger, Ernst (2007) [zuerst 1932]: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*, 3. Aufl. der Neuausgabe, Stuttgart.
- Junge, Kay (1995): Staatlichkeit und Territorialität. Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Ordnung und Ordnung, in: *Berliner Debatte Initial* 4-5/1995, S. 227-233.
- Jureit, Ulrike (2012): *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, mit Extraheft mit Karten und Abbildungen, Hamburg.
- Jurich, Dirk (2006): *Staatssozialismus und gesellschaftliche Differenzierung. Eine empirische Studie*, Berlin.

- Kaldewey, David (2011): Das Realitätsproblem der Sozialwissenschaften: Anmerkungen zur Beobachtung des Außersozialen, in: *Soziale Systeme* 17/2, S. 277-307.
- Kaltmeyer, Olaf (2012): *Politische Räume jenseits von Staat und Nation*, Göttingen.
- Kant, Immanuel (1977) [zuerst 1781]: *Kritik der reinen Vernunft*, Frankfurt a. M.
- Kant, Immanuel (1984) [zuerst 1795]: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, hrsg. von Rudolf Malter, Stuttgart.
- Kaplan, Robert D. (2012): *The Revenge of Geography. What the Map Tells Us About Coming Conflicts and the Battle Against Fate*, New York, NY.
- Kapp, Ernst (1868): *Vergleichende Allgemeine Erdkunde in wissenschaftlicher Darstellung*, 2. verb. Aufl., Braunschweig.
- Kaspersen, Lars Bo/Strandsbjerg, Jeppe (2009): The spatial practice of state formation: territorial space in Denmark and Israel, in: *Journal of Power* 2/2, S. 235-254.
- Kaufmann, Stefan (2005): *Soziologie der Landschaft*, Wiesbaden.
- Kazig, Rainer/Weichhardt, Peter (2009): Die Neuthematisierung der materiellen Welt in der Humangeographie, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 83/2, S. 109-128.
- Keegan, John (2001): *Die Kultur des Krieges*, übersetzt von Karl A. Klewer, 2. Aufl., Reinbek.
- Kern, Stephen (2003): *The Culture of Time & Space, 1880-1918*, mit neuem Vorwort, Cambridge, MA.
- Keynes, John Maynard (1920): *The Economic Consequences of the Peace*, New York, NY.
- Khan, Daniel-Erasmus (1996): *Die Vertragskarte. Völkerrechtliche Untersuchung zu einem besonderen Gestaltungsmittel in der internationalen Rechtsetzung*, München.
- Khan, Daniel-Erasmus (2004): *Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen*, Tübingen.
- Khanna, Parag (2008): *Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*, mit einem Vorwort von Jan Roß, übers. von Thorsten Schmidt, Berlin.
- Kick, Karl G. (2001): Demokratie braucht Raum. Zur realen und metaphorischen Räumlichkeit demokratischer Herrschaft, in: Feiner, Sabine/ders./Krauß, Stefan (Hg.): *Raumdeutungen. Ein interdisziplinärer Blick auf das Phänomen Raum*, Hamburg, S. 225-249.
- Kielmansegg, Sebastian Graf von (2012): Das Sonderstatusverhältnis, in: *Juristische Arbeitsblätter* 44/12, S. 881-887.
- Kieserling, André (2004): *Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung. Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens*, Frankfurt a. M.



- Kjellén, Rudolf (1933): *Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege*, 24. Aufl., hrsg. von Karl Haushofer, Leipzig/Berlin.
- Klein, Joachim (2001): „Ich habe mich in Marburg sehr wohl gefühlt.“ Adolf Grabowsky – ein vergessener Politikwissenschaftler?, in: Hecker, Wolfgang/ders./Rupp, Hans Karl (Hg.): *Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg. Band 1: Zur Geschichte des Instituts*, Münster, S. 50-64.
- Kleinschmidt, Harald (1998): *Geschichte der internationalen Beziehungen. Ein systemgeschichtlicher Abriss*, Stuttgart.
- Kleinschmidt, Jochen (2008): Politische Räume, Großräume und Weltgesellschaft, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 71-96.
- Kleinschmidt, Jochen (2010): Dahl, Robert Alan, in: Voigt, Rüdiger/Weiß, Ulrich (Hg.): *Handbuch Staatsdenker*, Stuttgart, S. 95-96.
- Kleinschmidt, Jochen (2012): Zur politischen Geographie der *targeted killings*, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?*, Baden-Baden, S. 107-119.
- Kleinschmidt, Jochen/Schirmer, Werner (2005): Differenz statt Einheit. Zur Ambivalenz der Werte in der politischen Kommunikation, in: Hofer, Lutz/Schemann, Jasmin/Stollen, Torsten/Wolf, Christian (Hg.): *Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation. Strukturen, Akteure, Prozesse*, Berlin/München, S. 97-115.
- Kleinschmidt, Jochen/Schmid, Falko/Schreyer, Bernhard/Walkenhaus, Ralf (Hg.) (2012): *Der terrorisierte Staat. Entgrenzungsphänomene politischer Gewalt*, Stuttgart.
- Kleinschmidt, Jochen/Strandsbjerg, Jeppe (2010): After Critical Geopolitics: Why Spatial IR Theorizing Needs More Social Theory (Arbeitspapier, vorgestellt auf dem Millennium Conference 2010: International Relations in Dialogue, 16.-17. Oktober 2010 in London), online am 17.5.2012: [http://millenniumjournal.files.wordpress.com/2010/09/kleinschmidt-strandsbjerg\\_after-critical-geopolitics\\_1-4.pdf](http://millenniumjournal.files.wordpress.com/2010/09/kleinschmidt-strandsbjerg_after-critical-geopolitics_1-4.pdf).
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.) (2007): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Ethnizität und Geschlecht*, Frankfurt a. M.
- Klüter, Helmut (1986): *Raum als Element sozialer Kommunikation*, Gießen.
- Klüter, Helmut (1987): Räumliche Orientierung als sozialgeographischer Grundbegriff, in: *Geographische Zeitschrift* 75/2, S. 86-98.
- Klüter, Helmut (2002): Raum und Kompatibilität, in: *Geographische Zeitschrift* 90/3-4, S. 142-156.

- Kneer, Georg/Nassehi, Armin (2000): *Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. Eine Einführung*, 4., unveränd. Aufl., München.
- Koch, Helge von (1906): Une méthode géométrique élémentaire pour l'étude de certaines questions de la théorie des courbes planes, in: *Acta Mathematica* 30, S. 145-174.
- Köster, Werner (2002): *Die Rede über den „Raum“. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts*, Heidelberg.
- Kötter, Matthias (2007): *Der Governance-Raum als Analysefaktor – am Beispiel von „Räumen begrenzter Staatlichkeit“* (SFB-Governance Working Papers Series, Nr. 3), Berlin.
- Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen*, Opladen.
- Kolb, Frank (2005): *Die Stadt im Altertum*, München.
- Konigsberg, Charles (1960): Climate and Society: A Review of the Literature, in: *The Journal of Conflict Resolution* Vol. 4/1, S. 67-82.
- Koskeniemi, Martti (2004): International Law as Political Theology: How to Read *Nomos der Erde?*, in: *Constellations* 11/4, S. 492-511.
- Kost, Klaus (1986): Begriffe und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie, in: *Geographische Zeitschrift* 74/1, S. 14-30.
- Kost, Klaus (1989): Großstadtfeindlichkeit und Kulturpessimismus als Stimulans für Politische Geographie und Geopolitik bis 1945, in: *Erdkunde* 43/3, S. 161-170.
- Kost, Klaus (1989a): The conception of politics in political geography and geopolitics in Germany until 1945, in: *Political Geography Quarterly* 8/4, S. 369-385.
- Kradin, Nikolay N. (2008): Early State Theory and the Evolution of Pastoral Nomads, in: *Social Evolution & History* 7/1, S. 107-130.
- Krämer-Badoni, Thomas/Kuhm, Klaus (Hg.) (2003): *Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie*, Opladen.
- Krasner, Stephen D. (2001): Rethinking the sovereign state model, in: *Review of International Studies* 27/5, S. 17-42.
- Kratochwil, Friedrich (1986): Of Systems, Boundaries, and Territoriality: An Inquiry into the Formation of the State System, in: *World Politics* 39/1, S. 27-52.
- Kraus, Hans-Christof (2012): Und ihr denkt, es geht um einen Diktator, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.7.2012, online am 27.8.2012: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/syrien-und-ihr-denkt-es-geht-um-einen-diktator-11830492.html>.

- Krause, Detlef (2001): *Luhmann-Lexikon. Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann*, 3., neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Stuttgart.
- Kretzschmar, Dirk (2002): Region oder Imperium? Zur Semantik von Geopolitik, Raum und Kultur in Russland, in: Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.): *Raum – Wissen – Macht*, Frankfurt a. M., S. 263-286.
- Kriesel, Karl Marcus (1968): Montesquieu: Possibilistic Political Geographer, in: *Annals of the Association of American Geographers* Vol. 58/3, S. 557-574.
- Kristof, Ladis K.D. (1960): The Origins and Evolution of Geopolitics, in: *The Journal of Conflict Resolution* Vol. 4/1, S. 15-51.
- Kruse, Volker (2009): Mobilisierung und kriegsgesellschaftliches Dilemma. Beobachtungen zur kriegsgesellschaftlichen Moderne, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38/3, S. 198-214.
- Kuhm, Klaus (2000): Raum als Medium gesellschaftlicher Kommunikation, in: *Soziale Systeme* 6/2, S. 321-348.
- Kuhm, Klaus (2003): Was die Gesellschaft aus dem macht, was das Gehirn dem Bewusstsein und das Bewusstsein der Gesellschaft zum Raum ‚sagt‘, in: Krämer-Badoni, Thomas/ders. (Hg.): *Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie*, Opladen, S. 13-32.
- Kyriazis, Nicholas (2006): Seapower and socioeconomic change, in: *Theory and Society* 35, S. 71-108.
- Lacoste, Yves (1990): *Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik*, mit einem Vorwort von Mechthild Rössler, übers. von Matthias Wolf, Berlin.
- Lacoste, Yves (1994): Für eine neue und umfassende Konzeption der Geopolitik, in: *WeltTrends* 4, S. 21-24.
- Ladwig, Bernd (2003): „Die Unterscheidung von Freund und Feind als Kriterium des Politischen“, in: Mehring, Reinhard (Hg.): *Carl Schmitt – Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar*, Berlin, S. 45-60.
- Lamla, Jörn (2002): Die Konflikttheorie als Gesellschaftstheorie, in: Bonacker, Thorsten (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Opladen, S. 207-229.
- Lange, Karl (1965): Der Terminus „Lebensraum“ in Hitlers „Mein Kampf“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 13/4, S. 426-437.
- Latka, Thomas (2003): *Topisches Sozialsystem. Die Einführung der japanischen Lehre vom Ort in die Systemtheorie und deren Konsequenzen für eine Theorie sozialer Systeme*, Heidelberg.

- Latour, Bruno (1991): Technology is society made durable, in: Law, John (Hg.): *A Sociology of Monsters. Essays on Power, Technology and Domination*, London, S. 103-131.
- Latour, Bruno (2008): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt a. M.
- Lattimore, Owen (1962): *Studies in Frontier History. Collected Papers 1928-1958*, London/New York.
- Law, John (Hg.) (1991): *A Sociology of Monsters. Essays on Power, Technology and Domination*, London.
- Lehmann, Matthias (2012): Entmaterialisierung, Entgrenzung und Recht, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 98/2, S. 263-281.
- Lehnert, Detlef (2003): „Der Staat als Form der politischen Einheit, durch den Pluralismus in Frage gestellt“, in: Mehring, Reinhard (Hg.): *Carl Schmitt – Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar*, Berlin, S. 71-92.
- Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (Hg.) (2006): *Transformationen des Staates?*, Frankfurt a. M.
- Leitner, Ulrich (2011): *Imperium. Geschichte und Theorie eines politischen Systems*, Frankfurt a. M.
- Lemanski, Charlotte (2012): Everyday human (in)security: Rescaling for the Southern city, in: *Security Dialogue* 43/1, S. 61-78.
- Lemke, Thomas (2004): Die politische Ökonomie des Lebens. Biopolitik und Rassismus bei Michel Foucault und Giorgio Agamben, in: Bröckling, Ulrich/Bühler, Benjamin/Hahn, Marcus/Schöning, Matthias/Weinberg, Manfred (Hg.): *Disziplinen des Lebens. Zwischen Anthropologie, Literatur und Politik*, Tübingen, S. 257-274.
- Lessenich, Stephan (2006): Beweglich – Unbeweglich, in: Ders./Nullmeier, Frank (Hg.): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 336-352.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York.
- Leuerer, Thomas (2002): Raum und Politik – am Beispiel Montesquieus, in: Schmitt, Karl (Hg.) (2002): *Politik und Raum*, Baden-Baden, S. 29-42.
- Levy, Jack S. (1990): Preferences, Constraints and Choices in July 1914, in: *International Security* 15/3, S. 151-186.
- Levy, Jack S./Thompson, William R. (2010): Balancing on Land and at Sea. Do States Ally against the Leading Global Power?, in: *International Security* 35/1, S. 7-43.
- Lévy-Strauss, Claude (1973): *Das wilde Denken*, Frankfurt a. M.

- Link, Werner (2001): *Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, 3., durchgesehene und mit einem Nachwort versehene Aufl., München.
- Lippuner, Roland (2005): *Raum – Systeme – Praktiken. Zum Verhältnis von Alltag, Wissenschaft und Geographie*, Stuttgart.
- Lippuner, Roland (2007): Kopplung, Steuerung, Differenzierung. Zur Geographie sozialer Systeme, in: *Erdkunde* 61, S. 174-185.
- Lippuner, Roland (2012): Information der Funktion. Ein systemtheoretischer Blick auf die Funktionalität von Design, in: *Wolkenkuckucksheim* 32, S. 210-231.
- Lippuner, Roland/Lossau, Julia (2010): Kritik der Raumkehren, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, S. 110-119.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M.
- Löwenthal, Richard/Meissner, Boris (Hg.) (1984): *Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie*, Köln.
- Long, James Weldon (2011): Plunging into the Atlantic: The oceanic order of Herman Melville's Moby-Dick, in: *Atlantic Studies* 8/1, S. 69-91.
- Lonsdale, David J. (1999): Information power: Strategy, geopolitics, and the fifth dimension, in: *Journal of Strategic Studies* 22/2-3, S. 137-157.
- Lopes de Souza, José Marcelo (1995): Die fragmentierte Metropole: Der Drogenhandel und seine Territorialität in Rio de Janeiro, in: *Geographische Zeitschrift* 83/3-4, S. 238-249.
- López Trigal, Lorenzo (2011): "Las leyes del crecimiento espacial de los Estados" en el contexto del determinismo geográfico ratzeliano, in: *Geopolítica(s). Revista de estudios sobre espacio y poder* 2/1, S. 157-163.
- Lorraine, Tamsin (2005): Ahab and Becoming-Whale: The Nomadic Subject in Smooth Space, in: Buchanan, Ian/Lambert, Gregg (Hg.): *Deleuze and Space*, Edinburgh, S. 159-175.
- Lossau, Julia (2001): *Anderes Denken in der Politischen Geographie: Der Ansatz der Critical Geopolitics*, in: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, S. 57-76.
- Lossau, Julia (2002): Politische Geographie und Geopolitik. Bemerkungen zu einem (un-)bestimmbaren Verhältnis, in: *Erdkunde* 56, S. 73-80.
- Lossau, Julia/Lippuner, Roland (2004): Geographie und *Spatial Turn*, in: *Erdkunde* 58/3, S. 201-211.

- Lowenfeld, Andreas F. (1997): Forum Shopping, Antisuit Injunctions, Negative Declarations, and Related Tools of International Litigation, in: *The American Journal of International Law* 91/2, S. 314-324.
- Luft, Stefan (2008): Staat und Integration – Zur Steuerbarkeit von Integrationsprozessen, in: *Migration und ethnische Minderheiten* 2008/1, S. 11-39.
- Luhmann, Niklas (1982): Territorial Borders as System Boundaries, in: Strassoldo, Raimondo/delli Zoti, Giovanni (Hg.): *Cooperation and Conflict in Border Areas*, Milan, S. 235-244.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1988): *Macht*, 2., durchgesehene Aufl., Stuttgart.
- Luhmann, Niklas (1991): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, 2. Aufl., Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1993): *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1993a): *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 1*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1995): *Die Kunst der Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1995a): Kausalität im Süden, in: *Soziale Systeme* 1/1, S. 7-28.
- Luhmann, Niklas (1995b): *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Band 4*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1998): *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zu Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 3*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1999): *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 4*, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1999a): *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*, 6. Aufl., Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (2002): *Einführung in die Systemtheorie*, hrsg. von Dirk Baecker, Heidelberg.
- Luhmann, Niklas (2003): *Soziologie des Risikos*, Berlin.
- Luhmann, Niklas (2005): *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, 7. Aufl., Wiesbaden.

- Luhmann, Niklas (2005a): *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*, 4. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2005b): *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2005c): *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2005d): *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*, 5. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2005e): *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2006): *Beobachtungen der Moderne*, 2. Aufl., 2006.
- Luhmann, Niklas (2008): *Die Moral der Gesellschaft*, hrsg. von Detlef Horster, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (2008a): *Ideenevolution. Beiträge zur Wissenssoziologie*, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (2008b): *Ökologische Kommunikation. Kann sich die moderne Gesellschaft auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, 5. Aufl., Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (2009): Zur Komplexität von Entscheidungssituationen, in: *Soziale Systeme* 15/1, S. 3-35.
- Luhmann, Niklas (2010): *Politische Soziologie*, hrsg. von André Kieserling, Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (2011): *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, mit einem Nachwort von Michael Hein, München.
- Luke, Timothy (1996): Governmentality and contragovernmentality: rethinking sovereignty and territoriality after the Cold War, in: *Political Geography* 15/6/7, S. 491-507.
- Luke, Timothy (2007): Unbundling the state: Iraq and the 'recontainerization' of rule, production, and identity, in: *Environment and Planning A* 39, S. 1564-1581.
- Lutterbeck, Klaus-Gert (2007): Apriorische Politikwissenschaft? – Über die Erfahrungsgebundenheit von Politik, in: *Zeitschrift für Politik* 54/1, S. 21-39.
- Luutz, Wolfgang (2005): *Raum, Macht, Einheit. Sozialphilosophische und politiktheoretische Reflexionen*, München.
- Luutz, Wolfgang (2007): Vom „Containerraum“ zur „entgrenzten“ Welt – Raumbilder als sozialwissenschaftliche Leitbilder, in: *Social Geography* 2, S. 29-45.
- MacDonald, Fraser (2008): Space and the Atom: On the Popular Geopolitics of Cold War Rocketry, in: *Geopolitics* 13/4, S. 611-634.

- Maciel Sánchez, Carlos (2009): Arenas: Una paradoja marina, in: *Arenas. Revista Sinaloense de Ciencias Sociales* No. 21, S. 145-151.
- Mackinder, Halford J. (1904): The Geographical Pivot of History, in: *The Geographical Journal* 23/4, S. 421-437.
- Mackinder, Halford J. (1943): The Round World and the Winning of the Peace, *Foreign Affairs* 21/4, S. 595-605.
- Mackinder, Halford J. (1996) [zuerst 1919]: *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, hrsg. und mit neuem Vorwort von Stephen V. Mladineo, Washington, D.C.
- Mahan, Alfred T. (1918) [zuerst 1890]: *The Influence of Sea Power upon History, 1660-1783*, 12. Aufl., Boston.
- Mahan, Alfred T. (2003) [zuerst 1900]: *The Problem of Asia. Its Effect upon International Politics*, mit neuer Einleitung von Francis P. Sempa, New Brunswick, NJ.
- Maher, Katherine (2013): The New Westphalian Web, in: *Foreign Policy*, 25.2.2013, online am 26.2.2013:  
[http://www.foreignpolicy.com/articles/2013/02/25/the\\_new\\_westphalian\\_web?page=full](http://www.foreignpolicy.com/articles/2013/02/25/the_new_westphalian_web?page=full).
- Maier, Charles S. (2006): *Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge, MA.
- Mandelbrot, Benoît B. (1987): *Die fraktale Geometrie der Natur*, Basel.
- Mansbach, Richard W. (2002): Deterritorializing Global Politics, in: Puchala, Donald J. (Hg.): *Visions of International Relations. Assessing an Academic Field*, Columbia, SC, S. 101-117.
- Maresch, Rudolf (2002): Hard Power/Soft Power. Amerikas Waffen globaler Raumnahme, in: ders./Werber, Niels (Hg.): *Raum – Wissen – Macht*, Frankfurt a. M., S. 237-262.
- Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.) (2000): *Kommunikation – Medien – Macht*, 2. Aufl., Frankfurt a. M.
- Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.) (2002): *Raum – Wissen – Macht*, Frankfurt a. M.
- Marr, Paul/Sutton, Christopher (2004): Impacts of Transportation Changes on the Woodworking Industry of Mexico's Purépecha Region, in: *Geographical Review* 94/4, S. 440-461.
- Martin, Dirk (2010): *Überkomplexe Gesellschaft. Eine Kritik der Systemtheorie Niklas Luhmanns*, Münster.
- Martus, Steffen (2001): *Ernst Jünger*, Stuttgart.
- Marx, Karl (1974) [zuerst 1858]: *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie* (=MEW 42), Berlin.



- Masala, Carlo (2008): Carl Schmitts Großraumtheorie: Eine Theorie der internationalen Politik?, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 169-183.
- Massey, Doreen (2006): Space, Time and Political Responsibility in the Midst of Global Inequality, in: *Erdkunde* 60/2, S. 89-95.
- May, Jon/Thrift, Nigel (2001): Introduction, in: dies. (Hg.): *TimeSpace. Geographies of Temporality*, London, S. 1-45.
- May, Jon/Thrift, Nigel (Hg.) (2001): *TimeSpace. Geographies of Temporality*, London.
- Mayhew, Robert J. (2001): The effacement of early modern geography (c. 1600-1850): a historiographical essay, in: *Progress in Human Geography* 25/3, S. 383-401.
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1991): *Politische Theorie des Verfassungsstaates. Eine Einführung*, München.
- McDaniel, James P. (2003): Figures of Evil. A Triad of Rhetorical Strategies for Theopolitics, in: *Rhetoric & Public Affairs* 6/3, S. 539-550.
- McDermott, Roger N. (2009): Russia's Conventional Armed Forces and the Georgian War, in: *Parameters*, Spring 2009, S. 65-80.
- Mearsheimer, John J. (1986): A Strategic Misstep. The Maritime Strategy and Deterrence in Europe, in: *International Security* 11/2, S. 3-57.
- Megoran, Nick (2010): Neoclassical Geopolitics, in: *Political Geography* 29, S. 187-189.
- Mehring, Reinhard (Hg.) (2003): *Carl Schmitt – Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar*, Berlin.
- Mehring, Reinhard (2009): *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall*, München.
- Melville, Herman (1952) [zuerst 1851]: *Moby-Dick, or, The Whale*, hrsg. von Luther S. Mansfield und Howard P. Vincent, New York, NY.
- Meinken, Arno (2007): Das Fehlen des Raums. Über Geopolitik und Internationale Beziehungen, in: *WeltTrends* 54, S. 127-135.
- Meir, Avinoam (1988): Nomads and the state: the spatial dynamics of centrifugal and centripetal forces among the Israeli Negev Bedouin, in: *Political Geography Quarterly* 7/3, S. 251-270.
- Meissner, Boris (1984): Die zwei Kreise des sowjetischen Bündnissystems, in: Löwenthal, Richard/ders. (Hg.): *Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie*, Köln, S. 49-114.
- Menzel, Ulrich (2001): *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Frankfurt a. M.

- Merz-Benz, Peter-Ulrich/Wagner, Gerhard (Hg.) (2000): *Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns*, Konstanz.
- Messmer, Heinz (2003): *Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion*, Stuttgart.
- Meusburger, Peter (Hg.) (1999): *Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion*, Stuttgart.
- Meyer, Berthold (Hg.) (1996): *Eine Welt oder Chaos?*, Frankfurt a. M.
- Miggelbrink, Judith (2009): Verortung im Bild. Überlegungen zu ‚visuellen Geographien‘, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Mediengeographie. Theorie – Analyse - Diskussion*, Bielefeld, S. 179-202.
- Millán, René (2008): *Complejidad social y nuevo orden en la sociedad mexicana*, México, D. F.
- Mills, Charles Wright (2000) [zuerst 1956]: *The Power Elite*, mit neuem Nachwort von Alan Wolfe, Oxford.
- Minca, Claudio/Vaughan-Williams, Nick (2012): Carl Schmitt and the Concept of the Border, in: *Geopolitics* 17, S. 756-772.
- Moeller, Hans-Georg (2012): *The Radical Luhmann*, New York, NY/Chichester.
- Montesquieu, Charles-Louis de Secondat, Baron de la Brède et de (2011) [zuerst 1748]: *Vom Geist der Gesetze*, Auswahl, Übersetzung und Einleitung von Kurt Weigand, bibliographisch ergänzte Ausg., Stuttgart.
- Morgenthau, Hans J. (1993) [zuerst 1948]: *Politics Among Nations. The Struggle For Power and Peace. Brief Edition*, hrsg. von Kenneth W. Thompson, Boston.
- Morozova, Natalia (2009): Geopolitics, Eurasianism, and Russian Foreign Policy Under Putin, in: *Geopolitics* 14/4, S. 667-686.
- Motyl, Alexander J. (2001): *Imperial Ends. The Decay, Collapse, and Revival of Empires*, New York, NY.
- Müller, Martin/Reuber, Paul (2008): Empirical Verve, Conceptual Doubts: Looking from the Outside in at Critical Geopolitics, in: *Geopolitics* 13/3, S. 458-472.
- Münkler, Herfried (2003): *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, 2. Aufl., Weilerswist.
- Münkler, Herfried (2007): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Reinbek bei Hamburg.
- Münkler, Herfried (2010): *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin.

- Münkler, Herfried/Haustein, Eva Marlene (Hg.) (2012): *Die Legitimation von Imperien. Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M.
- Muller, Jean-Claude (2008): Political Structure and its Ritual Expression. The Symbolism of Initiation Rites in Two Chiefdoms, in: *Social Evolution & History* 7/1, S. 154-165.
- Murphy, David T. (1997): *The Heroic Earth. Geopolitical Thought in Weimar Germany, 1918-1933*, Kent, OH.
- Nasr, Seyyed Hossein (1993): *An Introduction to Islamic Cosmological Doctrines*, Albany, NY.
- Nassehi, Armin (2002): Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen, in: Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt a. M., S. 38-59.
- Nassehi, Armin (2002a): Der Erste Welt-Krieg oder: Der Beobachter als revolutionäres Subjekt, in: Baecker, Dirk/Krieg, Peter/Simon, Fritz B. (Hg.): *Terror im System. Der 11. September und die Folgen*, Heidelberg, S. 175-200.
- Nassehi, Armin (2003): *Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Nassehi, Armin (2006): *Der soziologische Diskurs der Moderne*, Frankfurt a. M.
- Nassehi, Armin (2008): *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit. Neuauflage mit einem Beitrag „Gegenwarten“*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Netzwerk Systemtheoretische Geographie (2012): Systemtheoretische Geographie [Online-Ressource], online am 23.9.2012: <http://www.systemtheoretische-geographie.de/index.html>.
- Neves, Marcelo (2007): Die Staaten im Zentrum und die Staaten an der Peripherie: Einige Probleme mit Niklas Luhmanns Auffassung von den Staaten der Weltgesellschaft, in: Ders./Voigt, Rüdiger (Hg.): *Die Staaten der Weltgesellschaft. Niklas Luhmanns Staatsverständnis*, Baden-Baden, S. 181-221.
- Neves, Marcelo/Voigt, Rüdiger (Hg.) (2007): *Die Staaten der Weltgesellschaft. Niklas Luhmanns Staatsverständnis*, Baden-Baden.
- Niesen, Peter (2007): Anarchie der kommunikativen Freiheit – ein Problemaufriss, in: Ders./Herborth, Benjamin (Hg.): *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt a. M., S. 7-25.
- Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.) (2007): *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt a. M.
- Nissimi, Hilda (2006): Mau Mau and the Decolonisation of Kenya, in: *Journal of Military and Strategic Studies* 8/3, S. 1-35.

- Nitschke, Peter (2008): Raumkonstruktionen des Politischen, in: Voigt, Rüdiger (Hg.) (2008): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 47-55.
- Noack, Konstanze/Oevermann, Heike (2010): Urbaner Raum: Platz – Stadt – Agglomeration, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, S. 266-279.
- Noeske, Nina (2009): Musikwissenschaft, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raumwissenschaften*, Frankfurt a. M., S. 259-273.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft*, 2 Bde., 4. erw. Aufl., München.
- Nozick, Robert (2006): *Anarchie, Staat, Utopia*, übers. von Hermann Vetter, München.
- Nunner-Winkler, Gertrud (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff, in: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt a. M., S. 21-62.
- Odysseos, Louiza (2007): Crossing the Line? Carl Schmitt on the ‘spaceless universalism’ of cosmopolitanism and the War on Terror, in: Dies./Petito, Fabio (Hg.): *The International Political Thought of Carl Schmitt. Terror, liberal war and the crisis of global order*, New York, NY, S. 124-143.
- Odysseos, Louiza/Petito, Fabio (Hg.) (2007): *The International Political Thought of Carl Schmitt. Terror, liberal war and the crisis of global order*, New York, NY.
- Onuf, Nicholas Greenwood (1998): *The Republican Legacy in International Thought*, Cambridge.
- Osiander, Andreas (2001): Sovereignty, International Relations, and the Westphalian Myth, in: *International Organization* 55/2, S. 251-287.
- Osiander, Andreas (2001a): Before sovereignty: society and politics in *ancien régime* Europe, in: *Review of International Studies* 27, S. 119-145.
- Oßenbrügge, Jürgen (1993): Kritik der Geopolitik und Alternativen, in: *Geographische Zeitschrift* 81/4, S. 253-255.
- Osterhammel, Jürgen (1998): Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: *Neue Politische Literatur* 43/3, S. 374-397.
- Osterhammel, Jürgen (2010): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, 5., durchges. Aufl., München.
- O’Sullivan, David/Unwin, David J. (2003): *Geographic Information Analysis*, Hoboken, NJ.
- Ottmann, Henning (2004): Grenzen in einer Welt, die immer grenzenloser wird, in: Hoguebe, Wolfram/Bromand, Joachim (Hg.): *Grenzen und Grenzüberschreitungen. XIX. Deutscher Kongress für Philosophie*, Berlin, S. 334-343.

- Ó Tuathail, Gearóid (1986): The language and nature of the 'new geopolitics' – the case of US-El Salvador relations, in: *Political Geography Quarterly* 5/1, S. 73-58.
- Ó Tuathail, Gearóid (1992): Putting Mackinder in his place. Material transformations and myth, in: *Political Geography* 11/1, S. 100-118.
- Ó Tuathail, Gearóid (1994): The critical reading/writing of geopolitics: Re-reading/writing Wittfogel, Bowman and Lacoste, in: *Progress in Human Geography* 18/3, S. 313-332.
- Ó Tuathail, Gearóid (1996): *Critical Geopolitics. The Politics of Writing Global Space*, Minneapolis.
- Ó Tuathail, Gearóid (1999): Understanding Critical Geopolitics: Geopolitics and Risk Society, in: Gray, Colin S./Sloan, Geoffrey (Hg.): *Geopolitics. Geography and Strategy*, London/Portland, S. 107-124.
- Ó Tuathail, Gearóid (1999a): Borderless Worlds? Problematising Discourses of Deterritorialisation, in: *Geopolitics* 4/2, S. 139-154.
- Ó Tuathail, Gearóid (2000): Dis/placing the geopolitics which one cannot want, in: *Political Geography* 19, S. 385-396.
- Ó Tuathail, Gearóid (2001): Geopolitik – zur Entstehungsgeschichte einer Disziplin, in: Verein Kritische Geographie (Hg.): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, Wien, S. 9-28.
- Ó Tuathail, Gearóid (2001a): Rahmenbedingungen der Geopolitik in der Postmoderne: Globalisierung, Informationalisierung und die globale Risikogesellschaft, in: Verein Kritische Geographie (Hg.): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, Wien, S. 120-142.
- Ó Tuathail, Gearóid (2001b): Bedrohungen ohne Grenzen: Widersprüche beim Zusammentreffen von Geopolitik und „Risikogesellschaft“, in: Verein Kritische Geographie (Hg.): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, Wien, S. 231-239.
- Ó Tuathail, Gearóid (2009): Placing blame: Making sense of Beslan, in: *Political Geography* 28, S. 4-15.
- Ó Tuathail, Gearóid/Luke, Timothy W. (1994): Present at the (Dis)Integration: Deterritorialization and Reterritorialization in the New Wor(l)d Order, in: *Annals of the Association of American Geographers* 84/3, S. 381-398.
- Owens, Mackubin Thomas (1999): In Defense of Classical Geopolitics, in: *Naval War College Review* 52/4, S. 59-76.
- Paasi, Anssi (2012): Border studies reanimated: going beyond the territorial/relational divide, in: *Environment and Planning A* 44, S. 2303-2309.

- Paetau, Michael (2003): Raum und soziale Ordnung – Die Herausforderung der digitalen Medien, in: Funken, Christiane/Löw, Martina (Hg.): *Raum – Zeit – Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien*, Opladen, S. 191-216.
- Painter, Joe (2010): Rethinking Territory, in: *Antipode* 42/5, S. 1090-1118.
- Paret, Peter (Hg.) (1986): *Makers of Modern Strategy*, Princeton, NJ.
- Parsons, Talcott (1961): *Theories of Society. Foundations of Modern Sociological Theory*, New York, NY/London.
- Paterson, J. H. (1987): German geopolitics reassessed, in: *Political Geography Quarterly* 6/2, S. 107-114.
- Patrick, Stewart (2007): “Failed” States and Global Security: Empirical Questions and Policy Dilemmas, in: *International Studies Review* 9, S. 644-662.
- Patzelt, Werner J. (1997): *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumsbegleitende Orientierung*, Passau.
- Pauen, Michael (2001): Grundprobleme der Philosophie des Geistes und der Neurowissenschaften, in: ders./Roth, Gerhard (Hg.): *Neurowissenschaften und Philosophie. Eine Einführung*, München, S. 83-122.
- Pauen, Michael/Roth, Gerhard (Hg.) (2001): *Neurowissenschaften und Philosophie. Eine Einführung*, München.
- Pavlovskaya, Marianna (2006): Theorizing with GIS: a tool for critical geographies?, in: *Environment and Planning A* 38, S. 2003-2020.
- Pfaff-Czarnecka, Joanna (2012): *Zugehörigkeit in der mobilen Welt. Politiken der Verortung*, Göttingen.
- Pinochet Ugarte, Augusto (1984): *Geopolítica*, 4. Aufl., Santiago de Chile.
- Pollack, Detlef (1990): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: *Zeitschrift für Soziologie* 19/4, S. 292-307.
- Popper, Karl (2002) [zuerst 1945]: *The Open Society and its Enemies*, Nachdruck der 5. Aufl. von 1995, London.
- Posen, Barry R. (2003): Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony, in: *International Security* 28/1, S. 5-46.
- Pott, Andreas (2004): Ethnizität und Lokalität als Aufstiegsressourcen. Theoretische Überlegungen und das Beispiel des Bildungsaufstiegs in der zweiten türkischen Migrantengeneration in Deutschland, in: *Erdkunde* 54/1, S. 42-52.

- Pott, Andreas (2007): *Orte des Tourismus. Eine raum- und gesellschaftstheoretische Untersuchung*, Bielefeld.
- Pott, Andreas (2007a): Sprachliche Kommunikation durch Raum – das Angebot der Systemtheorie, in: *Geographische Zeitschrift* 95/1-2, S. 56-71.
- Pries, Ludger (2008): *Die Transnationalisierung der sozialen Welt*, Frankfurt a. M.
- Puchala, Donald J. (Hg.) (2002): *Visions of International Relations. Assessing an Academic Field*, Columbia, SC.
- Ramadan, Adam (2009): Destroying Nahr el-Bared: Sovereignty and uricide in the space of exception, in: *Political Geography* 28, S. 153-163.
- Rasch, William (2000): *Niklas Luhmann's Modernity. The Paradoxes of Differentiation*, Stanford, CA.
- Ratzel, Friedrich (1897): *Politische Geographie*, München/Leipzig.
- Ratzel, Friedrich (1898): Politisch-geographische Rückblicke, in: *Geographische Zeitschrift* 4/5, S. 268-274.
- Ratzel, Friedrich (1903): Die geographischen Bedingungen und Gesetze des Verkehrs und der Seestrategie, in: *Geographische Zeitschrift* 9/9, S. 489-513.
- Ratzel, Friedrich (1921): *Deutschland. Einführung in die Heimatkunde*, 3. Aufl., Berlin.
- Ratzel, Friedrich (1940): *Erdenmacht und Völkerschicksal. Eine Auswahl aus seinen Werken*, hrsg. und eingeleitet von Generalmajor a.D. Prof. Dr. Karl Haushofer, Stuttgart.
- Rausch, Ulrike (2010): Gebiet/Gebietsreform, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, 2 Bde., 4. erw. Aufl., München, S. 292.
- Rausch, Ulrike (2010a): Territorialität, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*, 2 Bde., 4. erw. Aufl., München, S. 1087.
- Redepenning, Marc (2006): *Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken*, Leipzig.
- Redepenning, Marc (2007): Die Moral der *critical geopolitics*, in: *Geographische Zeitschrift* 95/1+2, S. 91-104.
- Reese-Schäfer, Walter (2002): Parteien als politische Organisationen in Luhmanns Theorie des politischen Systems, in: Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt a. M., S. 109-130.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2006): Ost – West, in: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 209-233.

- Reuber, Paul (2001): Möglichkeiten und Grenzen einer handlungsorientierten Politischen Geographie, in: ders./Wolkersdorfer, Günter (Hg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, S. 77-92.
- Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2001): Die neuen Geographien des Politischen und die neue politische Geographie – eine Einführung, in: dies. (Hg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, S. 1-16.
- Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hg.) (2001a): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg.
- Reutlinger, Christian (2009): Erziehungswissenschaft, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raumwissenschaften*, Frankfurt a. M., S. 93-108.
- Rhode-Jüchtern, Tilman (1998): Raum des „Wirklichen“ und Raum des „Möglichen“: Versuche zum Ausstieg aus dem „Container“-Denken, in: *Erdkunde* 52/1, S. 1-13.
- Rhodes, Cecil J. (1902): *The Last Will and Testament of Cecil J. Rhodes. With Elucidatory Notes to which Are Added Some Chapters Describing the Political and Religious Ideas of the Testator*, hrsg. von W. T. Stead, London.
- Roach, Steven C. (2005): Decisionism and Humanitarian Intervention: Reinterpreting Carl Schmitt and the Global Political Order, in: *Alternatives* 30, S. 443-460.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt a. M.
- Rommelse, Gijs A. (2011): An early modern naval revolution? The relationships between ‘economic reason of state’ and maritime warfare, in: *Journal for Maritime Research* 13/2, S. 138-150.
- Rosenberg, Justin (2000): *The Follies of Globalisation Theory. Polemical Essays*, London/New York, NY.
- Rosière, Stéphane (2008): Concepts et échelles pour penser l’espace politique: outils scientifiques, instruments idéologiques et marqueurs épistémologiques (Arbeitspapier, vorgestellt auf dem Colloque International de Géographie Politique, 2-4 April 2008 in Reims).
- Roth, Gerhard (2001): Die neurobiologischen Grundlagen von Geist und Bewusstsein, in: Pauen, Michael/ders. (Hg.): *Neurowissenschaften und Philosophie. Eine Einführung*, München, S. 155-209.
- Rubel, Robert C. (2010): Talking About Sea Control, in: *Naval War College Review* 63/4, S. 38-47.



- Rubel, Robert C. (2012): Command of the Sea. An Old Concept Resurfaces in a New Form, in: *Naval War College Review* 65/4, S. 21-33.
- Rufin, Jean-Christophe (1993): *Das Reich und die neuen Barbaren*, aus dem Französischen von Joachim Meinert, mit einem Geleitwort von Adolf Muschg, Berlin.
- Ruggie, John Gerard (1989): International Structure and International Transformation: Space, Time, and Method, in: Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. (Hg.): *Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s*, Lexington, MA, S. 21-35.
- Ruggie, John Gerard (1993): Territoriality and Beyond: Problematizing Modernity in International Relations, in: *International Organization* 47/1, S. 139-174.
- Russell, Greg (2006): Theodore Roosevelt, geopolitics, and cosmopolitan ideals, in: *Review of International Studies* 32, S. 541-559.
- Sack, Robert David (1980): *Conceptions of Space in Social Thought. A Geographic Perspective*, Minneapolis, MN.
- Samuel, Ana J. (2009): The Design of Montesquieu's *The Spirit of the Laws*: The Triumph of Freedom over Determinism, in: *American Political Science Review* 103/2, S. 305-321.
- Sandner, Gerhard (1993): Renaissance des geopolitischen Denkens in der Geographie? Versuchungen, Herausforderungen, Perspektiven, in: *Geographische Zeitschrift* 81/4, S. 248-252.
- Sassen, Saskia (2008): *Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter*, aus dem Amerikanischen von Nikolaus Gramm, Frankfurt a. M.
- Saunders, Peter (1989): Space, urbanism and the created environment, in: Held, David/Thompson, John B. (Hg.): *Social Theory of Modern Societies. Anthony Giddens and his Critics*, Cambridge, S. 215-234.
- Saunders, Elizabeth N. (2006): Setting Boundaries: Can International Society Exclude "Rogue States"?, in: *International Studies Review* 8, S. 23-53.
- Savage, Jesse Dillon (2010): The stability and breakdown of empire: European informal empire in China, the Ottoman Empire and Egypt, in: *European Journal of International Relations* 17/2, S. 161-185.
- Schaffner, Martin (2008): Furcht vor dem Volk?, in: *WerkstattGeschichte* 49, S. 33-49.
- Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.) (2003): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen.
- Schimank, Uwe (2000): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*, 2. Aufl., Opladen.

- Schimank, Uwe (2005): Weltgesellschaft und Nationalgesellschaften: Funktionen von Staatsgrenzen, in: Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmann (Hg.): *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*, Stuttgart, S. 394-414.
- Schirmer, Werner (2007): Addresses in world societal conflicts. A systems theoretical contribution to the theory of the state in international relations, in: Stetter, Stephan (Hg.): *Territorial Conflicts in World Society. Modern Systems Theory, International Relations and Conflict Studies*, London/New York, NY, S. 125-148.
- Schirmer, Werner (2008): *Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit*, Wiesbaden.
- Schlichte, Klaus (2005): Was kommt nach dem Staatszerfall? Die Gewaltordnungen in Uganda seit 1986, in: *africa spectrum* 39/1, S. 83-113.
- Schlögel, Karl (2007): *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, 2. Aufl., München.
- Schlottmann, Antje (2005): *RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie*, Stuttgart.
- Schmidt, Jan C. (2009): Physik, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raumwissenschaften*, Frankfurt a. M., S. 290-307.
- Schmitt, Carl (1994) [zuerst 1940]: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles*, 3. Aufl., Berlin.
- Schmitt, Carl (1995): *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969*, hrsg. von Günter Maschke, Berlin.
- Schmitt, Carl (1996): *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, 7. Aufl., Berlin.
- Schmitt, Carl (1997) [zuerst 1950]: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, 4. Aufl., Berlin.
- Schmitt, Carl (2001) [zuerst 1942]: *Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung*, 4. Aufl., Stuttgart.
- Schmitt, Carl (2002) [zuerst 1932]: *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*, 7. Aufl., 5. Nachdruck der Ausg. von 1963, Berlin.
- Schmitt, Carl (2002a) [zuerst 1963]: *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*, 5. Aufl., Berlin.
- Schmitt, Carl (2010) [zuerst 1923]: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, 9. Aufl., Berlin.

- Schmitt, Karl (Hg.) (2002): *Politik und Raum*, Baden-Baden.
- Schober, Wolfgang (Hg.) (2004): *Vielfalt in Uniform*, Bd. 1, Wien
- Schöller, Peter (1958): Das Ende einer Politischen Geographie ohne sozialgeographische Bindung, in: *Erdkunde* 12, S. 313-316.
- Schöller, Peter (1959): Die Geopolitik im Weltbild des Historischen Materialismus, in: *Erdkunde* 13, S. 88-98.
- Schönwälder-Kunze, Tatjana/Wille, Katrin/Hölscher, Thomas (2009): *George Spencer Brown. Eine Einführung in die „Laws of Form“*, 2., überarb. Auflage, Wiesbaden.
- Schot, Johan/Buiter, Hans/Anastasiadou, Irene (2011): The dynamics of transnational railway governance in Europe during the long nineteenth century, in: *History and Technology* 27/3, S. 265-289.
- Schouten, Peer (2008): Immanuel Wallerstein on World-Systems, the Imminent End of Capitalism and Unifying Social Science, *Theory Talk* #13, online am 7.2.2013: <http://www.theory-talks.org/2008/08/theory-talk-13.html>.
- Schroer, Markus (2006): *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes*, Frankfurt a. M.
- Schroer, Markus (2008): „Bringing space back in“ – Zur Relevanz des Raums als soziologischer Kategorie, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 125-148.
- Schubert, Venanz (1987): Erlebnis, Anschauung und Begriff des Raumes, in: Ders. (Hg.): *Der Raum. Raum des Menschen – Raum der Wissenschaft*, St. Ottilien, S. 15-45.
- Schubert, Venanz (1987a) (Hg.): *Der Raum. Raum des Menschen – Raum der Wissenschaft*, St. Ottilien.
- Schützeichel, Rainer (2003): *Sinn als Grundbegriff bei Niklas Luhmann*, Frankfurt a. M.
- Schultz, Hans-Dietrich (1998): Herder und Ratzel: Zwei Extreme, ein Paradigma?, in: *Erdkunde* 52, S. 127-143.
- Schultz, Hans-Dietrich (2001): Geopolitik „avant la lettre“ in der deutschsprachigen Geographie bis zum Ersten Weltkrieg, in: Verein Kritische Geographie (Hg.) (2001): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, S. 29-50.
- Schultz, Hans-Dietrich (2002): Raumkonstrukte der klassischen deutschsprachigen Geographie des 19./20. Jahrhunderts im Kontext ihrer Zeit. Ein Überblick, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28, S. 343-377.
- Schultz, Hans-Dietrich (2010): Kulturklimatologie und Geopolitik, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, S. 44-59.

- Schwaabe, Christian (2003): *Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbildes*, München.
- Schwaabe, Christian (2010): Seismographie des Abgründigen. Ernst Jüngers Auseinandersetzung mit der Moderne aus postheroischer Perspektive, in: *Scheidewege* 40, S. 315-329.
- Schwelling, Birgit (2004): Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen, in: Dies. (Hg.): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 11-29.
- Schwelling, Birgit (2004) (Hg.): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden.
- Semple, Janet (1993): *Bentham's Prison. A Study of the Panopticon Penitentiary*, Oxford.
- Serres, Michel (1982): *The Parasite*, übersetzt von Lawrence R. Schehr, Baltimore, MD/London.
- Shah, Nisha (2012): The Territorial Trap of the Territorial Trap: Global Transformation and the Problem of the State's Two Territories, in: *International Political Sociology* 6, S. 57-76.
- Shamir, Ronen (2005): Without Borders? Notes on Globalization as a Mobility Regime, in: *Sociological Theory* 23, S. 197-217.
- Shaw, Martin (2000): *Theory of the Global State. Globality as Unfinished Revolution*, Cambridge.
- Shlapentokh, Dmitry (2008): Alexander Dugin's Views on the Middle East, in: *Space and Polity* 12/2, S. 251-268.
- Simmel, Georg (2006) [zuerst 1908]: Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft, in: Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hg.): *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden, S. 15-23.
- Simonsen, Kirsten (1996): What kind of space in what kind of social theory?, in: *Progress in Human Geography* 20/4, S. 494-512.
- Sjoberg, Laura (2008): Scaling IR Theory: Geography's Contribution to Where IR Takes Place, in: *International Studies Review* 10, S. 472-500.
- Skinner, G. William (1965): Marketing and Social Structure in Rural China: Part II, in: *The Journal of Asian Studies* 24/2, S. 195-228.
- Sluyter, Andrew (2003): Neo-Environmental Determinism, Intellectual Damage Control, and Nature/Society Science, in: *Antipode* 35/4, S. 813-817.
- Smith, Monica L. (2005): Networks, Territories, and the Cartography of Ancient States, in: *Annals of the Association of American Geographers* 95/4, S. 832-849.

- Smith, Woodruff D. (1980): Friedrich Ratzel and the Origins of Lebensraum, in: *German Studies Review* 3/1, S. 51-68.
- Soustelle, Jacques (1986): *El Universo de los Aztecas*, 2. Aufl., México, D. F.
- Sparke, Matthew (2005): *In the Space of Theory. Postfoundational Geographies of the Nation-State*, Minneapolis, MN.
- Spiegel, Steven L. (2000): Traditional space vs. Cyberspace: The changing role of geography in current international politics, in: *Geopolitics* 5/3, S. 114-125.
- Sprengel, Rainer (1995): Geopolitik und Marxismus, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 3/1995, S. 11-24.
- Sprengel, Rainer (1996): *Kritik der Geopolitik. Ein deutscher Diskurs 1914-1944*, Berlin.
- Sprengel, Rainer (1999): Politische Grenzen und politische Karten, in: *WeltTrends* 22, S. 97-112.
- Spykman, Nicholas J. (1938): Geography and Foreign Policy I, in: *The American Political Science Review* 32/1, S. 28-50.
- Spykman, Nicholas J. (2008) [zuerst 1942]: *America's Strategy in World Politics. The United States and the Balance of Power*, 2. Aufl., mit einem Vorwort von Francis P. Sempa, New Brunswick, NJ.
- Staack, Michael (2000): *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn.
- Stäheli, Urs (1998): Die Nachträglichkeit der Semantik. Zum Verhältnis von Sozialstruktur und Semantik, in: *Soziale Systeme* 4/2, S. 315-339.
- Stäheli, Urs (2007): Die Sichtbarkeit sozialer Systeme: Zur Visualität von Selbst- und Fremdbeschreibungen, in: *Soziale Systeme* 13/1+2, S. 70-85.
- Stehr, Nico (1996): The Ubiquity of Nature: Climate and Culture, in: *Journal of the History of the Behavioral Sciences* 32, S. 151-159.
- Steinberg, Philip E. (2001): *The Social Construction of the Ocean*, Cambridge.
- Stetter, Stephan (2007) (Hg.): *Territorial Conflicts in World Society. Modern Systems Theory, International Relations and Conflict Studies*, London/New York, NY.
- Stetter, Stephan (2008): *World Society and the Middle East. Reconstructions in Regional Politics*, Basingstoke/New York, NY.
- Stichweh, Rudolf (1998): Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie, in: *Soziale Systeme* 4/2, S. 341-358.
- Stichweh, Rudolf (2000): *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*, Frankfurt a. M.

- Stichweh, Rudolf (2003): Raum und moderne Gesellschaft. Aspekte der sozialen Kontrolle des Raums. In: Krämer-Badoni, Thomas/Kuhm, Klaus (Hg.): *Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie*, Opladen, S. 93-102.
- Stichweh, Rudolf (2005): Zum Gesellschaftsbegriff der Systemtheorie: Parsons und Luhmann und die Hypothese der Weltgesellschaft, in: Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmann (Hg.): *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*, Stuttgart, S. 174-185.
- Stichweh, Rudolf (2005a): *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, Bielefeld.
- Stichweh, Rudolf (2007): Dimensionen des Weltstaats im System der Weltpolitik, in: Albert, Mathias/ders. (Hg.): *Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*, Wiesbaden, S. 25-36.
- Stichweh, Rudolf (2008): Kontrolle und Organisation des Raums durch Funktionssysteme der Weltgesellschaft, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 149-164.
- Stöver, Bernd (2007): *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991*, München.
- Stollberg-Rilinger, Barbara (2005): Herstellung und Darstellung politischer Einheit: Instrumentelle und symbolische Dimensionen politischer Repräsentation im 18. Jahrhundert, in: Andres, Jan/Geisthövel, Alexa/Schwengelbeck, Matthias (Hg.): *Die Sinnlichkeit der Macht. Herrschaft und Repräsentation seit der Frühen Neuzeit*, Frankfurt/New York, S. 73-92.
- Storch, Hans von/Stehr, Nico (1997): Climate Research: The Case for the Social Sciences, in: *Ambio* 26/1, S. 66-71.
- Strabon (1923): *The Geography of Strabo in Eight Volumes*, hrsg. und übersetzt von Jones, Horace L./Sitlington Sterrett, John Robert, 2. Bd., Cambridge.
- Strandsbjerg, Jeppe (2010): *Territory, Globalization and International Relations. The Cartographic Reality of Space*, Basingstoke.
- Strassoldo, Raimondo/delli Zoti, Giovanni (Hg.) (1982): *Cooperation and Conflict in Border Areas*, Milan.
- Strausz-Hupé, Robert (1945): *Certain Aspects of Geopolitics. Seminar conducted by the Department of Research, The Army Industrial College*, Washington D.C.
- Sumida, Jon (1999): Alfred Thayer Mahan, geopolitician, in: *Journal of Strategic Studies* 22/2-3, S. 39-62.

- Tacke, Veronika (Hg.) (2001): *Organisation und gesellschaftliche Differenzierung*, Wiesbaden.
- Taschwer, Klaus (2009): "That's not my problem". Niklas Luhmann im Interview mit Klaus Taschner, in: Hagen, Wolfgang (Hg.): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*, Berlin, S.17-33.
- Taylor, Mark C. (2001): *The Moment of Complexity. Emerging Network Culture*, Chicago/London.
- Taylor, Peter J. (1994): The state as container: territoriality in the modern world-system, in: *Progress in Human Geography* 18/2, S. 151-162.
- Taylor, Peter J. (1994a): Geopolitische Weltordnungen, in: *WeltTrends* 4, S. 25-37.
- Taylor, Peter J. (1995): Beyond containers: internationality, interstateness, interterritoriality, in: *Progress in Human Geography* 19/1, S. 1-15.
- Taylor, Peter J. (2000): World cities and territorial states under conditions of contemporary globalization, in: *Political Geography* 19/1, 5-32.
- Telò, Mario (Hg.) (2012): *State, Globalization and Multilateralism. The Challenges of Institutionalizing Regionalism*, Dordrecht.
- ten Brink, Tobias (2008): *Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick*, Stuttgart.
- Teschke, Benno (2006): Geopolitics, in: *Historical Materialism* 14:1, S. 327-335.
- Teschke, Benno (2011): The Fetish of Geopolitics. Reply to Gopal Balakrishnan, in: *New Left Review* 69, S. 81-100.
- Teusch, Ulrich (2003): *Die Staatengesellschaft im Globalisierungsprozess. Wege zu einer antizipatorischen Politik*, Wiesbaden.
- Thränhardt, Dietrich (2006): Deutsche – Ausländer, in: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 273-294.
- Thrift, Nigel (1996): *Spatial Formations*, London.
- Tibi, Bassam (2001): *Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus*, München.
- Tibi, Bassam (2003): *Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik*, 4. durchgesehene und erweiterte Aufl., München.
- Tilly, Charles (1985): War Making and State Making as Organized Crime, in: Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hg.): *Bringing the State Back In*, Cambridge, S. 169-188.

- Tilly, Charles (1989): Cities and States in Europe, 1000-1800, in: *Theory and Society* 18, S. 563-584.
- Tkachenko, Yuri (2003): an-Nibariya and Ancient Russia, online am 26.2.2013: <http://idrissi.narod.ru/index-en.html>.
- Tönnies, Sibylle (2002): *Cosmopolis Now. Auf dem Weg zum Weltstaat*, Hamburg.
- Tooley, T. Hunt (2009): Some Costs of the Great War. Nationalizing Private Life, in: *The Independent Review* 14/2, S. 165-174.
- Torpey, John (2001): The Great War and the Birth of the Modern Passport System, in: Caplan, Jane/ders. (Hg.): *Documenting Individual Identity. The Development of State Practices in the Modern World*, Princeton, NJ, S. 256-270.
- Townsend, Anthony M. (2001): Network Cities and the Global Structure of the Internet, in: *American Behavioral Scientist* 44/10, S. 1697-1716.
- Trautmann, Wolfgang (1986): Geographical Aspects of Hispanic Colonization on the Northern Frontier of New Spain, in: *Erdkunde* 40/4, S. 241-250.
- Troebst, Stefan (2002): „Intermarium“ und „Vermählung mit dem Meer“: Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28, S. 435-469.
- Troll, Carl (1947): Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933-1945. Eine Kritik und Rechtfertigung, in: *Erdkunde* 1, S. 3-48.
- Turner, Jonathan H. (1990): The Misuse and Use of Metatheory, in: *Sociological Forum* 5/1, S. 37-53.
- Usui, Ryuichiro (2008): Großraum bei Kita Ikki. Eine Skizze, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 243-261.
- van der Pijl, Kees (1996): *Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive*, Opladen.
- van Dijk, Jan/Hacker, Kenneth (2003): The Digital Divide as a Complex and Dynamic Phenomenon, in: *The Information Society* 19, S. 315-326.
- van der Wusten, Herman (1993): Politisch-geographische Herausforderungen in der gegenwärtigen Phase des geopolitischen Übergangs, in: *Geographische Zeitschrift* 81/4, S. 237-247.
- Vasilache, Andreas (2007): *Der Staat und seine Grenzen. Zur Logik politischer Ordnung*, Frankfurt a. M.
- Vasilache, Andreas (2012): The Rise of Executive Sovereignty in the Era of Globalization, in: Telò, Mario (Hg.): *State, Globalization and Multilateralism. The Challenges of Institutionalizing Regionalism*, Dordrecht, S. 137-157.



- Vattel, Emmerich de (1805) [zuerst 1758]: *The Law of Nations; or Principles of the Law of Nature; Applied to the Conduct and Affairs of Nations and Sovereigns. A Work Tending to Display the True Interest of Powers*, Northampton, MA.
- Vaughan-Williams, Nick (2009): The generalised bio-political border? Re-conceptualising the limits of sovereign power, in: *Review of International Studies* 35, S. 729-749.
- Venier, Pascal (2004): The Geographic Pivot of History and early twentieth century geopolitical culture, in: *The Geographical Journal* 170/4, S. 330-336.
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno (1984): *Universelles Völkerrecht. Theorie und Praxis*, 3. Aufl., Berlin.
- Verein Kritische Geographie (Hg.) (2001): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte*, Wien.
- Viehöver, Willy/Gugutzer, Robert/Keller, Reiner/Lau, Christoph (2004): Vergesellschaftung der Natur – Naturalisierung der Gesellschaft, in: Beck, Ulrich/Lau, Christoph (Hg.): *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt a. M., S. 65-94.
- Vinci, Anthony (2008): Anarchy, Failed States, and Armed Groups: Reconsidering Conventional Analysis, in: *International Studies Quarterly* 52, S. 295-314.
- Virchow, Fabian (2006): *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten*, Wiesbaden.
- Virilio, Paul (1986): *Speed and Politics. An Essay on Dromology*, New York, NY.
- Vobruba, Georg (2010): Die postnationale Grenzkonstellation, in: *Zeitschrift für Politik* 57/4, S. 434-452.
- Vogd, Werner (2007): Empirie oder Theorie? Systemtheoretische Forschung jenseits einer vermeintlichen Alternativen, in: *Soziale Welt* 58/3, S. 295-321.
- Vogel, Walther (1926): Wirtschaft und Geopolitik, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 23, S. 185-206.
- Voigt, Rüdiger (2007): Zwischen Leviathan und Res Publica. Der Staat des 21. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für Politik* 54/3, S. 259-271.
- Voigt, Rüdiger (2008): *Krieg ohne Raum. Asymmetrische Konflikte in einer entgrenzten Welt*, Stuttgart.
- Voigt, Rüdiger (Hg.) (2008a): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart.

- Voigt, Rüdiger (2008b): Denken in Großräumen. Imperien, Großräume und Kernstaaten in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts, in: Ders. (Hg.): *Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung*, Stuttgart, S. 27-45.
- Voigt, Rüdiger (Hg.) (2012): *Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?*, Baden-Baden.
- Voigt, Rüdiger/Weiß, Ulrich (Hg.) (2010): *Handbuch Staatsdenker*, Stuttgart.
- Wacquant, Loïc (2012): Klasse, Rasse und Hypereinkerkerung im revanchistischen Amerika, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): *Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?*, Baden-Baden, S. 121-142.
- Wagner, Kirsten (2010): Topographical Turn, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, S. 100-109.
- Walby, Sylvia (2004): No One Polity Saturates the Space in a Given Territory, in: *Sociology* 38/5, S. 1035-1042.
- Walby, Sylvia (2009): *Globalization and Inequalities. Complexity and Contested Modernities*, London.
- Walker, R. B. J. (2006): Lines of Insecurity: International, Imperial, Exceptional, in: *Security Dialogue* 37/1, S. 65-82.
- Walker, R. B. J. (2010): *After the Globe, Before the World*, New York, NY.
- Wallerstein, Immanuel (1984): *The Politics of the World-Economy. The States, the Movements and the Civilizations*, Cambridge.
- Wallerstein, Immanuel (1998): The time of space and the space of time: the future of social science, in: *Political Geography* 17/1, S. 71-82.
- Walsh, Katherine Cramer (2012): Putting Inequality in its Place: Rural Consciousness and the Power of Perspective, in: *American Political Science Review* 106/3, S. 517-532.
- Waltz, Kenneth (2001) [zuerst 1959]: *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*, 2. Aufl. mit neuem Vorwort, New York, NY.
- Wardenga, Ute (1995): *Geographie als Chorologie. Zur Genese und Struktur von Alfred Hettners Konstrukt der Geographie*, Stuttgart.
- Weber, Max (1984): *Soziologische Grundbegriffe*, 6., erneut durchgesehene Aufl. mit einer Einführung von Johannes Winckelmann, Tübingen.
- Wendt, Reinhard (2007): *Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500*, Paderborn.
- Weichhardt, Peter (1994): Die Welt als prästabilisierte Harmonie? Anmerkungen zu Dietrich Fliedners Versuch einer systemtheoretischen Grundlegung der Sozialgeographie, in: *Geographische Zeitschrift* 82/1, S. 1-24.

- Weidmann, Nils B./Kuse, Doreen (2009): WarViews: Visualizing and Animating Geographic Data on Civil War, in: *International Studies Perspectives* 10, S. 36-48.
- Weigand, Kurt (2011): Einleitung, in: Montesquieu, Charles-Louis de Secondat, Baron de la Brède et de (2011) : *Vom Geist der Gesetze*, Auswahl, Übersetzung und Einleitung von Kurt Weigand, bibliographisch ergänzte Ausgabe, Stuttgart, S. 5-84.
- Weiß, Alexander (2012): Monitoring in der Politischen Theorie. Wie wir Theorien aus anderen Disziplinen erfassen und im Fach aufbereiten, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 3/1, S. 42-56.
- Wellman, Barry (2001): Physical Place and Cyberplace: The Rise of Personalized Networking, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 25/2, S. 227-252.
- Wells, Herbert George (1921): *The Outline of History. Being a Plain Outline of Life and Mankind*, 3. verb. Auflage, New York, NY.
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Werber, Niels (1998): Raum und Technik. Zur medientheoretischen Problematik in Luhmanns Theorie der Gesellschaft, in: *Soziale Systeme* 4/1, S. 219-232.
- Werber, Niels (2007): *Die Geopolitik der Literatur. Eine Vermessung der medialen Weltraumordnung*, München.
- Werber, Niels (2008): Die Geo-Semantik der Netzwerkgesellschaft, in: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 165-183.
- Werber, Niels (2011): Raumvergessenheit oder Raumontologie, Latour oder Luhmann? Zur Rolle der Systemtheorie in einer (medien)geographischen Kontroverse, in: *Soziale Systeme* 17/2, S. 361-372.
- Werlen, Benno (1993): Gibt es eine Geographie ohne Raum? Zum Verhältnis von traditioneller Geographie und zeitgenössischen Gesellschaften, in: *Erdkunde* 47/4, S. 241-255.
- Werlen, Benno (2004): *Sozialgeographie. Eine Einführung*, 2., überarbeitete Aufl., Bern/Stuttgart/Wien.
- Werlen, Benno (2009): Geographie/Sozialgeographie, in: Günzel, Stephan (Hg.): *Raumwissenschaften*, Frankfurt a. M., S. 142-158.
- Wiedinger, Nicole/Enkelmann, Wolf Dieter (2008): Städte – das Leben von der Spekulation auf die Zukunft, in: *Widerspruch* 46, S. 49-64.
- Wilhelm, Jan Lorenz (2012): *Wozu Evaluation? Organisationssysteme bewerten Stadtteolförderung mit Kalkül*, Potsdam.

- Willke, Helmut (1996): *Systemtheorie I: Grundlagen*, 5., überarb. Aufl., Stuttgart.
- Willke, Helmut (1996a): *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Willke, Helmut (2001): *Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Willke, Helmut (2003): *Heterotopia. Studien zur Krisis der Ordnung moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Wittfogel, Karl A. (1985): Geopolitics, Geographical Materialism and Marxism, Translated by G.L. Ulmen, in: *Antipode* 17, S. 21-72.
- Wohlforth, William C. (2001): The Russian-Soviet empire: a test of neorealism, in: *Review of International Studies* 27, S. 213-235.
- Wolfe, Alan (2001): The Power Elite Now, in: *The American Prospect*, 16.11.2001, online am 21.9.2009: <http://prospect.org/article/power-elite-now>.
- Wolkersdorfer, Günter (2001): Politische Geographie und Geopolitik: Zwei Seiten derselben Medaille?, in: Reuber, Paul/ders. (Hrsg.): *Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*, Heidelberg, S. 33-56.
- Wunderlich, Stefan (2000): Vom digitalen Panopticon zur elektrischen Heterotopie. Foucaultsche Topographien der Macht, in: Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hg.): *Kommunikation – Medien – Macht*, 2. Aufl., Frankfurt a. M., S. 342-367.
- Yoshihara, Toshi/Holmes, James R. (2010): The Japanese Archipelago through Chinese Eyes, in: *China Brief* 10/16, S. 9-12.
- Zacher, Mark W. (2001): The Territorial Integrity Norm: International Boundaries and the Use of Force, in: *International Organization* 55/2, S. 215-250.
- Zehnpfennig, Barbara (2010): Hitler, Adolf, in: Voigt, Rüdiger/Weiß, Ulrich (Hg.): *Handbuch Staatsdenker*, Stuttgart, S. 171-172.
- Zhang, Li/Tao, Lo (2012): Barriers to the acquisition of urban hukou in Chinese cities, in: *Environment and Planning A* 44, S. 2883-2900.
- Zhang, Yongjin (2001): System, empire and state in Chinese international relations, in: *Review of International Studies* 27/5, S. 43-63.
- Ziai, Aram (2007): *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*, Münster.
- Ziai, Aram (2011): Die Peripherie der Sozialwissenschaften, in: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*, Wien, S. 24-38.

- Ziemann, Andreas (2003): Der Raum der Interaktion – eine systemtheoretische Beschreibung, in: Krämer-Badoni, Thomas/Kuhm, Klaus (Hg.): *Die Gesellschaft und ihr Raum. Raum als Gegenstand der Soziologie*, Opladen, S. 131-153.
- Ziemann, Andreas/Göbel, Andreas (2004): Die (Re-)Konstruktion des Potsdamer Platzes. Der Potsdamer Platz aus der Perspektive der Systemtheorie, in: Fischer, Joachim/Makropoulos, Michael (Hg.): *Potsdamer Platz. Soziologische Theorien zu einem Ort der Moderne*, München.
- Zierhofer, Wolfgang (2005): State, power and space, in: *Social Geography* 1, S. 29-36.
- Zierhofer, Wolfgang (2007): Representative cosmopolitanism: representing the world within political collectives, in: *Environment and Planning A* 39, S. 1618-1631.
- Zimmermann, Albert (Hg.) (1988): *Thomas von Aquin: Werk und Wirkung im Licht neuerer Forschungen*, Berlin/New York.
- Zureik, Elia/Salter, Mark B. (Hg.) (2005): *Global Surveillance and Policing. Borders, Security, Identity*, Cullompton.

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Panopticon, gezeichnet von Willey Reveley (Quelle: Bender 1987: 209) .	33
Abbildung 2: Selbstähnliches Fraktal – Iterationen der Koch-Kurve (Quelle: Koch 1906) ..	122
Abbildung 3: Chorologische und rhizomatische Raumstrukturen (Quelle: Skinner 1965) ...	146
Abbildung 4: Funktionen räumlicher Formen in sozialen Systemen (eigene Darstellung) ...	154
Abbildung 5: Topographische Karte von al-Idrisi, 1154 (Quelle: Tkachenko 2003). ....	175
Abbildung 6: Ptolemäische Weltkarte (Quelle: Wells 1921; Wikimedia Commons). ....	197
Abbildung 7: Der „Non-Integrating Gap“ nach Barnett (2004; eigene Darstellung).....	237
Abbildung 8: Halford Mackinders geopolitische Weltkarte (Quelle: Mackinder 1904). ....	256
Abbildung 9: Großraumkonzepte der Zwischenkriegszeit (Quelle: Haushofer 1934) ....	259
Abbildung 10: Politische Raumformen in den Sinndimensionen (eigene Darstellung) ....	294